Quellen zur Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien

ERSTE REIHE

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Erste Reihe

Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik

Im Auftrage der Kommission
für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Werner Conze und Erich Matthias

BAND 5

Von Bassermann zu Stresemann

Die Sitzungen
des nationalliberalen Zentralvorstandes
1912 bis 1917

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Von Bassermann zu Stresemann

Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917

bearbeitet von Klaus-Peter Reiß

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

1967

Gesamtherstellung: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber 7

Einleitung

A. Die Entstehung des Zentralvorstandes in der Nationalliberalen Partei . . 11
B. Die Funktion des Zentralvorstandes nach der Satzung von 1905 14
C. Die politische Rolle des Zentralvorstandes im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches 22
D. Der Zentralvorstand als Führungsorgan 37
E. Zur Edition 45

Anlagen

Die Satzungen der Nationalliberalen Partei von 1893, 1905 und 1912 51
Verzeichnis der nationalliberalen Vertretertage und der Sitzungen des Zentralvorstandes seit 1902 64
Mitgliederverzeichnis des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei (1913—1917) 66
Verzeichnis der Archivalien 81
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur 83

I. Sitzung des Zentralvorstandes am 24. 3. 1912

a) Offizieller Bericht 89
b) Aufzeichnung des Generalsekretärs Paul Breithaupt 90
c) Bericht des Berliner Tageblatts (Nr. 156 vom 25. 3. 1912) 94
d) Stellungnahme der Nationalliberalen Correspondenz zum Bericht des Berliner Tageblatts (Nr. 71 vom 26. 3. 1912) 97
e) Bericht der Jungliberalen Blätter (Nr. 14 vom 30. 3. 1912) 99

II. Sitzung des Zentralvorstandes am 9. 2. 1913

a) Stenographisches Protokoll 107
b) Offizieller Bericht der Nationalliberalen Correspondenz 189

III. Sitzung des Zentralvorstandes am 15. 8. 1915

a) Aufzeichnung Stresemanns 195
b) Resolution 203

IV. Sitzung des Zentralvorstandes am 21. 5. 1916

Stenographisches Protokoll 207

V. Sitzung des Zentralvorstandes am 23. 9. 1917

Stenographisches Protokoll 293

Register 433

Vorwort der Herausgeber

Den wesentlichen Inhalt der vorliegenden Edition bilden drei bisher unveröffentlichte stenographische Protokolle von Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes aus den Jahren 1913, 1916 und 1917. Es handelt sich dabei unseres Wissens um die einzigen überlieferten Protokolle dieser Art; sie verdienen um so größere Beachtung, als die wörtliche Protokollierung, wie es scheint, keiner ständigen Übung entsprach. Damit ist bereits gesagt, daß wir in diesen Protokollen eine wichtige institutionsgeschichtliche Quelle vor uns haben, die für die Beurteilung von Arbeitsweise, Funktion und politischer Bedeutung des Zentralvorstandes unentbehrlich sein dürfte. Das Verhältnis der verschiedenen Parteiinstanzen zueinander und der Prozeß der innerparteilichen Willensbildung werden hier aus einer besonders interessanten Perspektive beleuchtet, nämlich aus der Perspektive desjenigen Parteigremiums, das die Züge der Honoratiorenpartei wohl am deutlichsten konservierte.

Um den — in der sorgfältigen Einleitung des Bearbeiters unterstrichenen — institutionsgeschichtlichen und parteisoziologischen Ertrag der Edition nicht zu beeinträchtigen, wurden auch die Kürzungen, die in den Protokollen vom Februar 1913 und vom Mai 1916 wünschenswert schienen, mit großer Vorsicht vorgenommen. Im übrigen geben vermutlich gerade diese Protokolle einen lebendigen Einblick in die politische Vorstellungswelt der Nationalliberalen, vor allem in ihren ebenso diffusen wie wortgewaltigen Vorkriegsimperialismus, in ihre Kriegspolitik und ihre Kriegszielambitionen.

Den wertvollsten Beitrag zur Geschichte des Rechtsliberalismus in der letzten Phase des deutschen Kaiserreiches bietet aber zweifellos das unverkürzt abgedruckte Protokoll der Zentralvorstandssitzung vom 23. September 1917, das gleichzeitig eine glückliche Ergänzung des in der gleichen Reihe erschienenen Quellenwerkes über den „Interfraktionellen Ausschuß" der Mehrheitsparteien (= Quellen 1/I und 1/II) darstellt. Dieses Protokoll illustriert jedoch nicht nur die internen Spannungen und die kritische Situation der Nationalliberalen Partei nach der Bildung der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution. Nicht minder bemerkenswert erscheint es als Zeugnis für die politische Entwicklung Stresemanns, der nach Bassermanns Tod an die Spitze der Reichstagsfraktion getreten war und sich nun in der Vorstandssitzung mit seinem großen Referat zur politischen Lage als der eigentliche neue Parteiführer präsentierte, wenn er auch formal nur die Position des Zweiten Vorsitzenden übernahm.

Den Herausgebern ist es ein Bedürfnis, an dieser Stelle dem Bundesarchiv, der Bibliothek des Deutschen Bundestags und der Bonner Universitätsbibliothek für ihre Hilfsbereitschaft und Unterstützung zu danken. Weiterhin gilt unser besonderer Dank der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die auch die Bearbeitung dieses Bandes durch eine Sachbeihilfe gefördert hat.

Heidelberg und Mannheim, im Februar 1967

Werner Conze Erich Matthias

Einleitung

A. Die Entstehung des Zentralvorstandes in der Nationalliberalen Partei

Bis Anfang der 90er Jahre hatte die Nationalliberale Partei ihr organisatorisches Zentrum in den Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses[1]). Zwischen ihnen und den örtlichen Vereinen bzw. Komitees bestand nur ein lockerer Zusammenhang, der lediglich in Wahlzeiten intensiviert wurde. Dieser Verfassung der Partei entsprach es, daß die zentralen Parteigremien auf Initiative der beiden Berliner Fraktionen entstanden waren, und zwar zunächst fast ausschließlich zur Vorbereitung der Wahlen. Während das Zentralwahlkomitee, das sich primär aus Abgeordneten zusammensetzte, für den Wahlaufruf und allgemeine Kundgebungen zuständig war, war es die Aufgabe des Zentralwahlbüros, die Agitation durch den Versand von Flugschriften und die Vermittlung von Rednern zu koordinieren. Aus beiden Gremien waren im Laufe der 80er Jahre ständige Einrichtungen geworden, womit eine bezeichnende Namensänderung verknüpft war. Künftig wurde von Zentralvorstand und Zentralbüro gesprochen.

Wie stark die fraktionelle Initiative im Vordergrund stand, zeigt die Entstehung des ständigen Zentralbüros und des Geschäftsführenden Ausschusses[2]). Als sich die mangelnde Kontinuität des Zentralwahlbüros den rasch wachsenden organisatorischen und bürotechnischen Aufgaben nicht mehr gewachsen zeigte, beauftragte die Reichstagsfraktion im Jahre 1883 den Abgeordneten *Simon* mit seiner Reorganisation und der weiteren Überwachung seiner politischen Arbeit. *Simon* stellte einen Generalsekretär sowie mehrere Hilfskräfte an und ließ sich von der Fraktion zur wirksameren Leitung und Kontrolle des Zentralbüros drei weitere Abgeordnete beigeben. Aus diesem Gremium entwickelte sich der Geschäftsführende Ausschuß, dem *Simon* bis 1903 vorstand, gleichsam um die neu gewonnene Kontinuität zu demonstrieren.

Bereits in den 80er Jahren wurde es offenkundig, daß die beiden Berliner Fraktionen für den Kontakt mit den lokalen und regionalen Organisationen der Partei nicht ausreichten. Die Sezession des linken Fraktionsflügels sowie die Erstarkung der Konservativen im Zeichen der *Bismarckschen* Schutzzollpolitik hatten dazu geführt, daß die Nationalliberalen zeitweise mehr als die Hälfte ihrer einstigen Mandatszahl verloren. Ganze Landschaften, vor allem große Teile des deutschen Ostens, blieben fortan ohne nationalliberale Vertretung. Wollten die Fraktionen in Berlin diesem Schrumpfungsprozeß nicht tatenlos zusehen, dann mußte es ihnen wünschenswert erscheinen, auch diejenigen Landschaften, die keine oder nur wenige Abgeordnete in die Parlamente entsandten, dennoch an der Zentralleitung zu beteiligen[3]). So entschloß sich der Zentralvorstand zur Kooptation von Honoratioren, die sich „im Lande" um die Partei verdient gemacht hatten.

[1]) Zur Entwicklung der nationalliberalen Parteiorganisation vgl. Nipperdey S. 86 ff.

[2]) Organisationshandbuch 1911, Vorwort.

[3]) Vgl. Allgemeiner Delegiertentag 1902/I S. 83.

Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß sich in den Provinzen und Einzelstaaten sogenannte landschaftliche Verbände bildeten, die der Partei allmählich eine mehr oder weniger übersichtliche Gliederung gaben[4]). In den Einzelstaaten hatten die Landtagsfraktionen von Anfang an Kristallisationspunkte für regionale Parteigremien gebildet. In den Provinzen fühlte sich die führende Schicht der Partei im wesentlichen erst durch den Druck der Sezession von 1881 dazu genötigt, die dezimierte und desorientierte Parteianhängerschaft von einem regionalen Zentrum aus wieder zu sammeln. Auch legte die Notwendigkeit zu Stichwahlabsprachen es nahe, im größeren Rahmen zu planen, weil auf diese Weise bei den Verhandlungen mit anderen Parteien das nationalliberale Potential der einzelnen Wahlkreise am wirksamsten zur Geltung gebracht werden konnte. – Als Beispiel für die Entstehungsweise einer regionalen Organisation sei auf das Rheinland verwiesen[5]). Hier hatte sich im Juni 1882 ein Komitee von nationalliberalen Honoratioren gebildet, das einen rheinischen Parteitag berief und sich durch diesen legitimieren ließ. Das Komitee blieb beisammen und bereitete für den Herbst die Konstituierung eines rheinischen Zentralkomitees vor. Seine Zusammensetzung mag als charakteristisch für die nun entstehenden Provinzialausschüsse gelten: 12 Abgeordnete des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses, 22 kooptierte Vertreter aus den Wahlkreisen und 11 aus dem „Vorort Köln", wo das Komitee zu tagen pflegte[6]).

Nach 1890 gingen die landschaftlichen Verbände auch dazu über, Generalsekretäre anzustellen, um so den Ausbau ihrer Organisation weiter voranzutreiben und die Agitation im regionalen Bereich zu koordinieren[7]). Tatsächlich haben die Generalsekretariate, die zunächst in Thüringen (1890), Hannover (1891) und in der Provinz Sachsen (1892) und dann allmählich im ganzen Reichsgebiet eingerichtet wurden, erheblich zur Festigung der Partei beigetragen. Vor allem wurde es durch ihre Mittlertätigkeit erst möglich, eine engere Verbindung zwischen der Zentralleitung in Berlin und der Anhängerschaft „im Lande" herzustellen. Die Wahlniederlage von 1890, bei der nur 42 nationalliberale Abgeordnete in den Reichstag gelangten — im Gegensatz zu 99 bei den vorangegangenen Wahlen — legte es indessen nahe, die Partei als Ganzes zu reorganisieren. Es waren in erster Linie zwei Momente, die einen rascheren Ausbau der Parteiorganisation als dringlich erscheinen ließen. Auf der einen Seite nahm das Wachstum der Sozialdemokratie für das städtische Bürgertum immer bedrohlichere Formen an, und auf der anderen Seite wirkte sich die Entstehung von mitgliederstarken Interessenverbänden und Agitationsgesellschaften (Alldeutscher Verband, Kolonialgesellschaft usw.) dahin aus, daß das parteipolitische Engagement in der nationalliberalen Anhängerschaft erheblich geschwächt wurde[8]).

[4]) Vgl. Nipperdey S. 114 ff.

[5]) Siehe Moldenhauer, Aus der Geschichte der Nationalliberalen Partei der Rheinprovinz, in: Kölnische Zeitung Nr. 609 vom 26. 6. 1917.

[6]) Vgl. L. F. Seyffardt, Erinnerungen — Als Handschrift gedruckt, Leipzig 1900, S. 460 f.

[7]) Vgl. Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei, Jg. 17, 20. 4. 1905; ferner Allgemeiner Delegiertentag 1902/I S. 86 u. Wittig S. 59.

[8]) Vgl. Allgemeiner Delegiertentag 1902/I S. 84 f.

Wollte die Partei nicht vor dem zermürbenden Druck von außen und vor dem schleichenden Zerfall im Innern kapitulieren, so war es für sie dringend geboten, den eigenen Zusammenhalt zu stärken. In dieser Lage fand der Grundsatz „Organisieren tut not" eine ständig wachsende Resonanz[9]). Jetzt endlich konnte sich die Partei dazu aufraffen, sich eine Satzung zu geben[10]). Für den allgemeinen Stand der Organisation war es dabei charakteristisch, daß die Initiative wieder bei den beiden Berliner Fraktionen lag.

Die Satzung, die im Januar 1892 beschlossen wurde, beschränkte sich im wesentlichen auf Bestimmungen über die verschiedenen zentralen Institutionen. Zum Teil war diese Zurückhaltung in dem damaligen preußischen Vereinsrecht begründet, das die Verbindung gleichartiger Vereine und damit eine stufenmäßige Gliederung der Parteiorganisation nicht gestattete. Andererseits hätte es auch gar nicht in der Macht der Zentrale gelegen, die lokalen und regionalen Organisationsverhältnisse mit ihrer nahezu unerschöpflichen Vielfalt einheitlich zu normieren. Es war daher von der staatsrechtlichen wie von der faktischen Situation her verständlich, daß in der Satzung die mittlere und untere Ebene der Partei nur in Gestalt von „Vertrauensmännern" erschien. Ein Delegationsrecht wurde nicht statuiert.

Der Verzicht auf klare Delegationsverhältnisse hatte verständlicherweise zur Folge, daß das Übergewicht der beiden Berliner Fraktionen gegenüber dem bisherigen Zustand nur wenig eingeschränkt wurde. Dies kam schon in dem Verfahren, nach dem sich der Zentralvorstand konstituierte, deutlich zum Ausdruck. Die Vorstände der nationalliberalen Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhausfraktion bildeten zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode des Reichstags den provisorischen Zentralvorstand, der sich dann durch Kooptation zu ergänzen hatte. Dabei war das Rumpfgremium zwar verpflichtet, die prominentesten Vertreter aus den nationalliberalen Fraktionen der Einzelstaaten heranzuziehen, im übrigen aber war es zunächst ziemlich frei in der Zuwahl der regionalen Vertrauensmänner. Allerdings vermochten die regionalen Verbände die Entwicklung bald dahin zu lenken, daß ihre Kandidatenvorschläge als mehr oder weniger verbindlich angesehen wurden[11]). Wie es scheint, hat gerade dieses Präsentationsrecht und der damit verbundene Einfluß auf die Zentralleitung den Ausbau der regionalen Verbände gefördert. Auf jeden Fall wurde von der Kooptation in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Bereits um die Jahrhundertwende hatte der Vorstand mehr als 100 ständige Mitglieder[12]).

Eine gewisse Stärkung der Parteiorganisation bedeutete es auch, daß dem Zentralvorstand die Kompetenz zugesprochen wurde, den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen. Diesem Ausschuß oblag die Erledigung der laufenden organisatorischen Angelegenheiten, womit sich ein erheblicher Einfluß verbinden konnte.

[9]) Vgl. z. B. Wippermann 1891/I S. 101.

[10]) Den Wortlaut der Satzung siehe S. 51 ff.

[11]) Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei, Jg. 17, Nr. 1 vom 20. 4. 1905.

[12]) Nach dem nicht ganz zuverlässigen Verzeichnis im Organisationshandbuch von 1914/15 (S. 36 ff.) hatte im Jahre 1900 der Zentralvorstand 102 Mitglieder.

In der Regel wurden jedoch nach wie vor in den Geschäftsführenden Ausschuß Abgeordnete oder doch gewesene Abgeordnete gewählt[13]), was zum Teil damit zu erklären ist, daß seine Mitglieder möglichst ständig in Berlin präsent sein mußten.

In der Satzung wurde auch der Delegiertentag verankert, der sich, abgesehen von den Angehörigen der nationalliberalen Fraktionen und des Zentralvorstandes, hauptsächlich aus den Vertrauensmännern der Wahlkreise zusammensetzen sollte. Im wesentlichen blieb der Delegiertentag auf die „Genehmigung" allgemeiner Programmkundgebungen beschränkt. Er wurde nur selten einberufen und konnte auch nur einen geringen Einfluß auf den Kurs der Partei entwickeln. Die Satzung nannte ihn an letzter Stelle.

B. Die Funktion des Zentralvorstandes nach der Satzung von 1905

Der Rahmen für den Parteiaufbau war mit der Satzung von 1892 abgesteckt, für seine Ausfüllung blieb indes noch viel zu tun. Als sich um 1900 allenthalben der Gedanke durchsetzte, daß die Zukunft der werdenden Industriegesellschaft durch schlagkräftige Organisationsarbeit gekennzeichnet werde, zeigte sich auch bei den Nationalliberalen das Verlangen, aus einem System der Aushilfen mit seinen vielen regionalen Zufälligkeiten zu einem allseits durchgebildeten Parteiaufbau zu kommen. Besonders die Gruppe der Jungliberalen machte sich zum unermüdlichen Verfechter der Reform.

Diese Jungliberalen, die sich nicht mit ihrer anfänglichen Rolle einer Wahlhilfstruppe und eines Rekrutierungsorgans begnügen wollten, hatten es sich zu ihrer spezifischen Aufgabe gemacht, das erstarrte Honoratiorentum in der nationalliberalen Partei zu überwinden[14]). Um das zu erreichen, hatten sich ihre Vereine im Jahre 1900 zu einem „Reichsverband" zusammengeschlossen, der sich gegenüber der Parteiführung mehr und mehr zu einer ideellen pressure group entwickelte. Zwar ging es den Jungliberalen hauptsächlich darum, ihre Partei von der Vorherrschaft opportunistischer Erwägungen zu befreien und sie für eine entschiedene liberale Programmpolitik zu gewinnen. Aber sie waren doch bald zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Ziel sich nur erreichen ließe, wenn

[13]) Im Jahre 1904 hatte der Geschäftsführende Ausschuß 17 Mitglieder; davon waren 4 sowohl im Reichstag wie im preußischen Abgeordnetenhaus, 5 im Reichstag, 4 im preußischen Abgeordnetenhaus, 3 waren ehemalige Abgeordnete, und nur einer, der Geschäftsführer, hatte nie einem Parlament angehört. Vgl. Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei Nr. 10 vom 28. 2. 1904.

[14]) Über die Jungliberalen siehe C. Köhler, Der Jungliberalismus, Köln 1908; Nipperdey S. 94 ff. u. S. 126 ff.; Eschenburg S. 11 f., 81 ff., 126 f.; Peter Gilg, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im wilhelminischen Deutschland — Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 37), Wiesbaden 1965, S. 230 ff.

die Parteiorganisation von Grund auf demokratisiert würde[15]). Sie faßten daher auf ihrer Vertreterversammlung im September 1902 die Resolution[16]):

Die Partei möge die Nutzanwendung aus der Aufhebung der vereinsgesetzlichen Beschränkung der Verbindung politischer Vereine ziehen und eine einheitliche Reichsorganisation der nationalliberalen Partei ausarbeiten, deren lokale und allgemeine Vertretungen aus der Wahl durch die Parteimitglieder hervorgehen. Der Reichsverband der nationalliberalen Jugend erhofft von einer solchen Reform eine Steigerung des Interesses der einzelnen Parteimitglieder, eine neue Belebung der lokalen Parteitätigkeit, eine Vermehrung der Autorität der Parteitage und ihres Eindrucks auf die öffentliche Meinung und insbesondere eine Erhöhung der Schlagkräftigkeit der Partei im allgemeinen und in ihren Gliedern.

Neben der Belebung der örtlichen Vereinstätigkeit war das Kernstück der jungliberalen Reformvorschläge eine Stärkung des Delegiertentages. Ihm wollte man gleichsam die Rolle eines „Jungbrunnens" zuweisen, in dem sich die Partei jährlich einmal erneuern sollte[17]). Der Hebel zur Reform des Delegiertentages sollte bei der Regelung der Delegationsverhältnisse angesetzt werden. Bisher waren die Delegierten vielfach nur „von oben" ernannt worden, nun sollten sie durch die Wahlkreise gewählt werden, wobei sich die Zahl der Delegierten nach der Zahl der Parteimitglieder richten sollte. War hiermit das moralische Gewicht des Delegiertentages erhöht, so sollte seine Position als oberstes Organ vor allem durch zwei Kompetenzerweiterungen aufgewertet werden: 1. sollte ihm das Recht zugesprochen werden, die Mitglieder des Zentralvorstandes zu wählen, und 2. sollte der Zentralvorstand seinerseits dazu verpflichtet sein, dem fortan jährlich einzuberufenden Delegiertentag Bericht zu erstatten[18]). – Es liegt auf der Hand, daß bei einer derartigen Reform der Zentralvorstand stark an Bedeutung verloren hätte und auch qualitativ verändert worden wäre. Aus dem lockeren Honoratiorengremium der Landes- und Provinzialvorstände, das sich aus freier Initiative durch Kooptation ergänzte, wäre eine kontrollierte Parteiinstanz geworden.

Die Jungliberalen konnten jedoch nur mit einem Teil ihrer Reformbestrebungen durchdringen. Zwar wurden zwei ihrer Vertreter zu den Beratungen der Satzungskommission hinzugezogen, auch wurde ihr Satzungsentwurf als Verhandlungsgrundlage angenommen[19]), aber die Routiniers des Geschäftsführenden Ausschusses hielten offenbar wenig von durchgreifenden Reformen. „Wir sind

[15]) O. *Poensgen* vertrat auf der jungliberalen Vertreterversammlung am 13. 9. 1902 die Ansicht, daß eine liberale Partei „in einem gewissen Sinne auch demokratisch" sein müsse und dementsprechend sich „von unten herauf organisch" aufbauen müsse. „Dazu kommt, daß eine solche Organisation, die im direkten Zusammenhang mit den nationalliberalen Wählern steht, mehr als eine andere geeignet ist, ein wirkliches maßgebendes Programm aufzustellen, und das ist es, was man am meisten in Wählerkreisen vermißt: ein festes Programm, um das man sich scharen kann." Nationalliberale Jugend 1902 S. 123 f.

[16]) Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei vom 30. 9. 1902.

[17]) Vgl. Nationalliberale Jugend Nr. 11 vom 10. 11. 1907.

[18]) Vgl. a.a.O., Jg. 3, Sept. 1903; Jg. 4, Beilage (Leipziger Tagung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend am 3.—4. Sept. 1904); Allgemeiner Delegiertentag 1905/I S. 83 ff.; Nipperdey S. 131 u. 141 ff.

[19]) Vgl. Nationalliberale Jugend, Jg. 3, Sept. 1903.

oben zu anderen Ergebnissen gekommen, weil die praktischen Erfahrungen bestimmend und maßgebend sein mußten." So resümierte der Generalsekretär *Breithaupt* die Verhandlungen[20]).

Offenbar haben die „praktischen Erfahrungen" dafür gesprochen, daß der Zentralvorstand im wesentlichen in seiner bisherigen Form erhalten blieb. Die jungliberale Forderung, ihn aus einer Wahl durch den Delegiertentag hervorgehen zu lassen, ist wohl gar nicht ernsthaft diskutiert worden. Auch als im Frühjahr 1912 von jungliberaler Seite beantragt wurde, wenigstens 40 Mitglieder des Zentralvorstandes und 10 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses durch den Vertretertag wählen zu lassen[21]), hat es die Parteileitung offensichtlich vermocht, die Antragsteller zum Verzicht zu bewegen. Der Zentralvorstand blieb also ein Organ, das sich vollkommen unabhängig vom Vertretertag konstituierte.

Die Vorstände der nationalliberalen Fraktionen im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus gehörten ihm weiterhin ex officio als Mitglieder an. Den Landes- bzw. Provinzialverbänden wurde nunmehr satzungsgemäß das Recht zugestanden, ihre Delegierten direkt in den Zentralvorstand zu entsenden, und zwar sollte auf je 20000 Wählerstimmen ein Delegierter kommen[22]). Da dieses Delegationsrecht ganz in den Händen der regionalen Parteivorstände, die sich z. T. selbst durch Kooptation ergänzten[23]), liegen sollte, dominierte von dieser Seite her der Honoratiorentyp, der schon seit Jahrzehnten das Gesicht der Nationalliberalen Partei geprägt hatte. Die einzelnen regionalen Parteivorstände wiederum wiesen in sich vielfach eine auffallende Homogenität auf, so daß bestimmte Landschaften sozusagen traditionsgemäß fast nur Vertreter einer einzigen Richtung nach Berlin entsandten. So galten auf der einen Seite „die Westfalen" als ausgesprochene Vertreter des rechten Flügels wie auf der anderen Seite „die Badenser" als Vertreter des linken Flügels[24]). Gelegentlich kam es sogar vor, daß einzelne regionale Parteivorstände bei der Auswahl der Delegierten die Wortführer einer starken Minderheit völlig unberücksichtigt ließen[25]). Nur insofern hatten die jungliberalen Reformbestrebungen einen gewissen

[20]) Nationalliberale Jugend, Jg. 4, Beilage (Leipziger Tagung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend am 3.—4. Sept. 1904).

[21]) Siehe die Anträge zum 14. Allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 12. Mai 1912, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 243. Der Antrag wurde auf dem Vertretertag nicht verhandelt.

[22]) Bezogen auf das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1903 ergab sich dabei die Summe von 55 Vertretern der Regionalverbände; vgl. Allgemeiner Delegiertentag 1905/I S. 96. — Im Jahre 1912 wurde in einer Satzungsänderung festgelegt, daß bereits 15000 Stimmen bei der Reichstagswahl zur Entsendung eines Vertreters in den Zentralvorstand berechtigen sollten; siehe § 13,2 in der Satzung von 1912.

[23]) In der rheinischen Provinzialorganisation z. B. bis zum 3. 4. 1910; vgl. Jahresbericht des Geschäftsführenden Ausschusses vom 9. 3. 1911, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 172.

[24]) Vgl. Nipperdey S. 118.

[25]) Dies traf z. B. 1912 für den hessischen Landesverband zu, der auf eine Beschwerde hin allerdings eine Neuwahl abhalten mußte. Vgl. S. 91; ferner NLC Nr. 77 vom 3. 4. 1912 und Nr. 83 vom 13. 4. 1912.

Erfolg, als fortan nur noch ein Drittel der Vorstandsmitglieder kooptiert werden durfte.

Eine „Demokratisierung" des Zentralvorstandes wurde freilich auch dadurch nicht erreicht. „Wohl in kaum einer anderen Partei", bemerkte noch im Jahre 1917 Erich *Dombrowski* im Berliner Tageblatt[26]), „sind die Paradeherren, die gesellschaftlich respektablen Gestalten der einzelnen Organisationsbezirke, so zahlreich, so ausschließlich in der Zentralleitung vertreten wie gerade in der Nationalliberalen Partei."

Tatsächlich konnten Vertreter der niederen Volksschichten nur ausnahmsweise in das leitende Gremium gelangen. Arbeiter waren in ihm überhaupt nicht vertreten. Erst im Kriege sah man sich veranlaßt, wenigstens einen der drei Arbeitervertreter, die bereits im Reichstag saßen, in den Vorstand zuzuwählen[27]). Handwerker gab es unter den Mitgliedern nur wenige, und der Anteil der Landwirte war gleichfalls gering. In diesem Zusammenhang verdient es auch erwähnt zu werden, daß selbst der Generalsekretär der Gesamtpartei nicht satzungsgemäß dem Vorstand angehören sollte[28]) und schon gar nicht die Parteibeamten der Regionalverbände.

Das Bild des Zentralvorstandes wurde vielmehr entscheidend von Juristen, Fabrikanten und Verbandsfunktionären geprägt, die zusammen etwa die Hälfte der Mitglieder ausmachten[29]). Das städtische Honoratiorentum war durch die Reform der Satzung keineswegs aus dem Führungskreis der Partei verdrängt worden, sondern es hatte eigentlich nur einen festeren institutionellen Rahmen erhalten.

Auch erhielt der Delegiertentag, der nunmehr Vertretertag genannt wurde, in der neuen Satzung nicht diejenige Stellung, die ihm die Reformer zugedacht hatten. Zwar wurde der Vertretertag formal zur „obersten Instanz der Partei" erklärt[30]), aber alle Versuche, diesem Anspruch durch entsprechende Befugnisse reale Geltung zu verschaffen, hatten keinen Erfolg gehabt. Wie sich Vertretertag und Zentralvorstand völlig unabhängig voneinander konstituierten, so war in der praktischen Arbeit ihr Verhältnis durch ein gewisses Nebeneinander gekennzeichnet, jedenfalls läßt sich von keinem klaren „Instanzenzug" sprechen. Die Forderung nach einer jährlichen Berichtspflicht des Zentralvorstandes an den Vertretertag ließ sich nicht durchsetzen. Die Nationalliberalen, so wurde in der Diskussion gesagt, sollten als Bürgerliche nicht das schlechte bürokratische Beispiel der SPD nachzuahmen versuchen; auch würde ein solcher Bericht nur zu langwierigen Detaildebatten führen und im übrigen den ohnehin überstrapazierten ehrenamtlichen Kräften noch zusätzliche Arbeit machen[31]). Ebenso

[26]) Nr. 514 vom 8. 10. 1917.

[27]) *Ickler.*

[28]) Allgemeiner Delegiertentag 1905/I S. 112.

[29]) Eine präzise Aufgliederung der Zentralvorstandsmitglieder nach ihrer gesellschaftlichen Stellung ist leider nicht möglich, da die Berufsangaben in den nationalliberalen Organisationshandbüchern sehr ungenau sind.

[30]) Siehe § 2 der Satzung von 1905.

[31]) Zur Diskussion über die Berichtspflicht siehe Allgemeiner Delegiertentag 1905/I S. 83 ff.

wurde die jungliberale Forderung nach jährlicher Einberufung des Vertretertages abgelehnt[32]). Verständlicherweise war damit die Kontrollfunktion des Vertretertages gegenüber den anderen Parteigremien erheblich eingeschränkt. Darüber hinaus entwickelte der jeweils am Vorabend tagende Zentralvorstand ein großes Geschick darin, Anträge, die zu unliebsamen Kontroversen führen konnten, von der Tagesordnung fernzuhalten[33]) oder auch ihre En-bloc-Annahme zu empfehlen[34]). Der Vertretertag sah sich in der Regel vor vollendete Tatsachen gestellt, und man erwartete von ihm lediglich, daß er den von der Parteiführung gesteuerten Kurs — schlimmstenfalls nach einigen mehr oder weniger heftigen Worten — legitimierte. Tatsächlich lag also auch nach der neuen Satzung „der Schwerpunkt der Partei im Zentralvorstand", wie ein Delegierter 1905 auf dem Vertretertag feststellte[35]), ohne daß sich aus der Versammlung ein Widerspruch meldete.

Die relativ starke Stellung des Zentralvorstandes lag zunächst in seiner Zuständigkeit für die Organisation begründet. Gewiß fiel es in die Kompetenz des Vertretertages, die Satzung der Partei zu beschließen, aber dies war nur ein formales Recht. Tatsächlich ist der Vertretertag in den Beschlüssen, welche die Satzung betrafen, sowohl 1905 wie 1912 den Empfehlungen des Zentralvorstandes gefolgt, ohne größeren Widerstand geltend zu machen[36]).

Zu den organisatorischen Aufgaben des Vorstandes gehörte es, im einzelnen festzustellen, welche politischen Vereinigungen bzw. Presseorgane auf dem Boden der Partei standen und welche nicht. Er hat von diesem Recht freilich nur sehr selten Gebrauch gemacht, zumal ihm die Machtmittel fehlten, harte Entscheidungen gegen eine beachtliche Minderheit durchzusetzen. Es handelte sich in der Hauptsache darum, lästige Außenseiter auf den äußersten Flügeln abzuschütteln. Dies geschah z. B. in der Sitzung vom 9. Februar 1913, als der Vorstand erklärte, daß die weit rechts stehende Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz als nicht zur Partei gehörig zu betrachten sei[37]). Gleichsam um die Parität zu wahren, wurde jedoch in derselben Sitzung mit einer entschiedenen Einmütigkeit, die einem Beschluß nahekam, gefordert, daß Vertreter des linken Flügels nicht beim Berliner Tageblatt Zuflucht nehmen sollten, um Richtungskämpfe innerhalb der nationalliberalen Partei auszufechten[38]). Im übrigen hatte weder der Vorstand noch der Vertretertag die Möglichkeit eines regelrechten Ausschlußverfahrens.

---

[32]) Vgl. Allgemeiner Delegiertentag 1905/I S. 42 ff.

[33]) So z. B. 1910 vor dem Vertretertag in Kassel, wo die bayerischen Delegierten den Antrag gestellt hatten, einen berufsständischen Ausschuß zur Beratung der Parteileitung zu bilden. Siehe 12. Allgemeiner Vertretertag 1910 S. 42.

[34]) Dies geschah z. B. mit den Satzungsänderungen im Mai 1912. Vgl. 14. Allgemeiner Vertretertag 1912 S. 18 ff.

[35]) Allgemeiner Delegiertentag 1905/I S. 100.

[36]) A.a.O. S. 13 ff.; ferner 14. Allgemeiner Vertretertag 1912 S. 10 ff.

[37]) Bezeichnenderweise geschah dies in der Form einer allgemeinen Willenskundgebung, nicht durch einen förmlichen Beschluß; vgl. S. 172. Die Willenskundgebung wurde jedoch in dem offiziellen Pressebericht bekanntgegeben; vgl. S. 190.

[38]) Siehe S. 168, 171 f., 190

Möglich war eigentlich nur die Erklärung, daß jemand nicht mit dem nationalliberalen Programm übereinstimme[39]).

In den Bereich dieser Aufgaben fiel auch die Abgrenzung der Partei gegenüber anderen Parteien. Selbst dies war angesichts der heterogenen Struktur der Nationalliberalen nicht immer einfach. Als im Herbst 1917 die Vaterlandspartei gegründet wurde, waren die Ansichten, wie man sich zu der neuen Gründung stellen solle, im Zentralvorstand durchaus geteilt[40]). Um aufreibende Auseinandersetzungen zu vermeiden, überließ man die Entscheidung dem Geschäftsführenden Ausschuß, der die Mitarbeit in der Vaterlandspartei den nationalliberalen Parteimitgliedern freistellte[41]). Dagegen setzte sich der Zentralvorstand entschieden für die Aufrechterhaltung der nationalliberalen Selbständigkeit ein, als sich 1916 in Bayern Bestrebungen geltend machten, die auf eine Verschmelzung der liberalen Parteien hinzielten[42]).

Sodann hatte sich der Zentralvorstand mit der Frage zu befassen, wie die verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen organisatorisch am besten in die Partei eingegliedert werden könnten. Bereits 1908 hatten sich einige führende Nationalliberale, unter ihnen *Leidig* und *Stresemann*, für die Gründung eines nationalliberalen Industriellenverbandes eingesetzt. Dieser Versuch war damals an den Gegensätzen unter den Industriellen gescheitert[43]). Nach einigen Jahren lebten ähnliche Bestrebungen wieder auf[44]), und der Zentralvorstand beschloß am 29. März 1914, eine Kommission einzusetzen, welche die Möglichkeiten einer „engeren und besseren Fühlungnahme" mit den „wirtschaftlichen Kreisen" untersuchen sollte[45]). Zu greifbaren Ergebnissen hat diese Arbeit indes ebenso wenig geführt wie während des Krieges der Versuch, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüsse zu bilden[46]).

Im allgemeinen konnte der Zentralvorstand seine organisatorische Funktion nur in Form gelegentlicher Weisungen und einer lockeren Oberaufsicht ausfüllen. Die Routinearbeit, auf die es bei den Organisationsfragen entscheidend ankommt, lag in den Händen des Geschäftsführenden Ausschusses. Wenn dieser auch dem Vorstand einmal im Jahr Bericht erstatten mußte, so hatte er doch einen beachtlichen Spielraum für seine Tätigkeit. Er war das eigentliche Zentrum der Initiative. Dem Zentralvorstand fiel demgegenüber häufig nur die Aufgabe zu, den Entscheidungen und Wünschen seines Ausschusses im Lande Resonanz und An-

[39]) Ein solcher Fall ereignete sich gegenüber dem preußischen Landtagsabgeordneten Johannes *Menck*, der 1904 öffentlich gegen das gleiche Wahlrecht zum Reichstag Stellung genommen hatte. Vgl. Deutsche Stimmen, Jg. 16, 7. 5. 1904.

[40]) Vgl. S. 362 f., 412 u. 429 ff.

[41]) Vgl. S. 431 Anm. V, 429.

[42]) Vgl. S. 282.

[43]) Vgl. Eschenburg S. 114 ff.

[44]) Vgl. auch Einleitung Anm. 33.

[45]) NLC Nr. 68 vom 30. 3. 1914; Kölnische Zeitung Nr. 362 vom 30. 3. 1914.

[46]) Es läßt sich immerhin ein „Beirat des Zentralvorstandes für Beamtenfragen" nachweisen; vgl. Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz, Jg. 11, 17. 10. 1917.

erkennung zu verschaffen[47]). Er hatte dann gleichsam nur eine vermittelnde Funktion. In der Tat mußte dem Vorstand besonders im Hinblick auf einheitliche Stichwahlabsprachen an einer Kräftigung der Exekutive gelegen sein. In diesem Sinne sprach er am 19. 3. 1911 die „Erwartung aus, daß die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem Eingehen taktischer Wahlabkommen sich mit dem Geschäftsführenden Ausschuß ins Einvernehmen setzen"[48]).

Auf der anderen Seite hatte der Vorstand kaum eine Möglichkeit, die Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses wirksam zu kontrollieren. Als im Februar 1913 eine beachtliche Gruppe im Vorstand die Einsetzung einer Kommission forderte, die einige Mißstände und Verfehlungen im Zentralbüro untersuchen sollte, vermochte sich der Geschäftsführende Ausschuß unter der Leitung *Friedbergs* geschickt der Kontrolle zu entziehen[49]).

Zunächst setzte *Friedberg* es durch, daß die Untersuchungskommission vom Geschäftsführenden Ausschuß selbst und nicht vom Zentralvorstand ausgewählt wurde[50]); sodann verstand er es, zu verhindern, daß zurückliegende Vorfälle in den Bereich der Untersuchung einbezogen würden[51]). Die Kommission sollte sich lediglich mit der Frage befassen, wie die Beziehungen zwischen dem Zentralbüro und den Geschäftsstellen im Lande am zweckmäßigsten geregelt werden sollten. Es liegt auf der Hand, daß durch diese Beschränkung der Kritik des Zentralvorstandes am Geschäftsführenden Ausschuß und dem Zentralbüro die Spitze abgebrochen wurde. Tatsächlich scheint auch der Zentralvorstand nicht mehr auf diese Angelegenheit zurückgekommen zu sein[52]).

Wichtiger als die organisatorische Funktion des Zentralvorstandes war sein Einfluß auf den Kurs der Partei. Zwar war es dem Vertretertag vorbehalten, das allgemeine Programm festzulegen; dieses aber mußte ziemlich vage und dehnbar bleiben, da die Nationalliberalen sehr heterogene Elemente in sich vereinigten und zudem als Mittelpartei auf ständige Kompromisse angewiesen waren[53]). Beinahe alles kam darauf an, auf welche Weise das allgemeine Pro-

[47]) Ganz augenfällig geschah dies z. B. mit einem Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses vom 1. 10. 1911, worin dagegen Stellung bezogen wurde, daß nationalliberale Kandidaten gegenüber anderen Parteien bindende Verpflichtungen eingingen. Diesen Beschluß brachte der Zentralvorstand seinerseits in seiner Sitzung vom 29. 3. 1914 in Erinnerung. Vgl. NLC Nr. 68 vom 30. 3. 1914.

[48]) Wippermann 1911/I S. 114.

[49]) Vgl. S. 151 ff.

[50]) Vgl. S. 157 u. 181.

[51]) In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 5. 3. 1913 erklärte *Friedberg*, „daß, wenn von seiten der Kommission in der Richtung derartiger persönlicher Angriffe und der Aufrührung von Dingen, die in der Vergangenheit liegen, verfahren würde, er sein Amt als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses sofort niederlege. Solche Dinge mache er nicht mit". Vgl. Bundesarchiv R 45/I,4.

[52]) In dem Pressebericht über die nächste Zentralvorstandssitzung am 29. 3. 1914, dem das Ergebnis der Untersuchung vorgelegt werden sollte, wird die Arbeit der Kommission gar nicht erwähnt. Vgl. NLC Nr. 68 vom 30. 3. 1914.

[53]) Vgl. *Bassermanns* Rede auf dem 12. Allgemeinen Vertretertag 1910 (Protokoll S. 27): „...Wir sind und wir müssen bleiben eine Mittelpartei, die bestrebt sein muß, den Ausgleich zu schaffen zwischen rechts und links; und wir sind uns weiter bewußt, daß, so wie die Dinge in unserer Partei liegen, es nicht möglich ist, die Selbständigkeit der Provinzen anzutasten."

gramm im Hinblick auf Einzelfragen konkretisiert werden sollte. Hierbei konnte dem Zentralvorstand, dem durch sein häufigeres Zusammentreten Ad-hoc-Beschlüsse immerhin möglich waren, eine wichtige Rolle zufallen. Eignete sich der Vorstand als parlamentsfernes Organ auch nicht als Lobby für interessenpolitische Einzelforderungen, so lag es doch nahe, ihn für die Klärung von Grundsatzfragen heranzuziehen. Tatsächlich ist er auch eigens dazu einberufen worden, um zur Schulfrage[54]), zur Reichsfinanzreform[55]), zur Friedensresolution[56]) und zur preußischen Wahlrechtsfrage[57]) Stellung zu nehmen.

Fraglich war es jedoch, inwieweit der Zentralvorstand seine Entscheidungen auch für die nationalliberalen Fraktionen verbindlich machen konnte. Für die Nationalliberalen war die Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten durchaus noch ein anerkanntes Ideal[58]), wie auch ihre Fraktionen bei der Anhängerschaft nach wie vor in hohem Ansehen standen. Auch waren der Zentralvorstand und die beiden Berliner Fraktionen miteinander zu stark verklammert, als daß es ohne weiteres zu einer direkten Konfrontation zwischen der „parlamentarischen Partei" und der „nichtparlamentarischen Partei" hätte kommen können. Der so einflußreiche Geschäftsführende Ausschuß setzte sich ja fast ausschließlich aus Abgeordneten bzw. ehemaligen Abgeordneten zusammen[59]), die ein kräftiges Bindeglied zwischen beiden Seiten darstellten.

Immerhin verkörperte sich im Zentralvorstand jetzt in hohem Grade das Eigengewicht der Organisation, die mit der Satzung von 1905 ihre Selbständigkeit gewonnen hatte[60]). Dieser inzwischen recht beachtlichen Organisation mit ihren selbstbewußten regionalen Verbänden war schwerlich zuzumuten, daß sie ihre Aufgaben lediglich in Hilfsdiensten für die Wahlen sah. Sie wollte fortan auch gehört werden und den Kurs der Partei mitbestimmen.

Vermutlich wäre dennoch ein mehr oder weniger einträchtiges Zusammenwirken zwischen parlamentarischer und nichtparlamentarischer Partei möglich gewesen, wenn nicht unter den Vertretern der parlamentarischen Partei selbst prinzipielle Gegensätze aufgebrochen wären. Dies geschah, als nach 1905 allmählich immer lebhaftere Bestrebungen zur Reform der *Bismarckschen* Reichsverfassung einsetzten. Die nationalliberale Reichstagsfraktion zeigte sich bis zu einem gewissen

[54]) Am 12. 6. 1904 anläßlich des preußischen Volksschulunterhaltungsgesetzes; vgl. Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei vom 24. 6. 1904.

[55]) Am 20. 5. 1909; vgl. Jahresbericht des Geschäftsführenden Ausschusses vom 13. 3. 1910, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 172.

[56]) Am 23. 9. 1917, siehe S. 309 f. u. 327 ff.; ferner Einleitung S. 33.

[57]) Am 1. 3. 1908; vgl. Jungliberale Blätter Nr. 3 vom 10. 3. 1908.

[58]) Auf dem Delegiertentag von 1905 sagte in diesem Sinne *Friedberg* (Protokoll I S. 85): „Es findet eine gewisse Berührung zwischen beiden Körperschaften statt, aber die Fraktionen sind an und für sich dem Zentralvorstand gegenüber vollkommen selbständig."

[59]) Im Jahre 1912 (seit 11. Mai) gehörten von den 19 Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses allein 16 der Reichstags- bzw. der preußischen Landtagsfraktion an. Vgl. auch Anm. 13.

[60]) Der ehemalige Generalsekretär *Patzig* hatte auf dem Delegiertentag von 1905 (Protokoll I S. 16 f.) dieses Moment klar in das Bewußtsein der Delegierten gehoben: „Ich für mein Teil erkenne einen der wesentlichsten Grundgedanken in dem Entwurfe [. . .] darin, daß wir hier mit unserem Statut unsere volle Selbständigkeit deklarieren."

Grade bereit, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Nach dem Scheitern des *Bülow*blocks löste sie sich aus der Verbindung mit der Rechten und war fortan bemüht, eine nach beiden Seiten unabhängige Mittelposition einzunehmen[61]). Namentlich *Bassermann* und sein Kreis setzten sich jetzt entschiedener für liberale Reformen ein, wobei ein gewisser antiagrarischer Affekt unüberhörbar war. Am deutlichsten markiert wurde der Linksruck durch die badischen Nationalliberalen, die seit den Landtagswahlen von 1905 sogar ein taktisches Bündnis mit den Sozialdemokraten eingingen, um durch diesen „Großblock" den Einfluß des Zentrums niederzuhalten[62]).

Diese Schwenkung vollzog sich indes unter schweren Kämpfen, zumal ihre Gegner beachtliche innerparteiliche Machtbasen zu ihrer Verfügung hatten, an erster Stelle die Mehrheit der preußischen Abgeordnetenhausfraktion. Ihr Führer *Friedberg*, der wohl stärkste Motor des Widerstandes gegen den neuen Kurs, war seit 1904 Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses und hatte damit einen beherrschenden Einfluß sowohl auf die offizielle Parteikorrespondenz[63]) wie auf das Zentralbüro[64]), das er ganz in seinem Sinne leitete und von dem das Berliner Tageblatt schrieb[65]), es sei so homogen „wie nur ein *Bethmannsches* Ministerium". Auch verstand es *Friedberg*, sich dadurch unentbehrlich zu machen, daß er über die Abgeordnetenhausfraktion, in der sich zahlreiche Industrievertreter aus Westfalen befanden, bedeutende Geldquellen erschloß. Im Jahre 1913 z. B. übertraf der Beitrag dieser Fraktion zum Budget des Zentralbüros denjenigen der Reichstagsfraktion fast um das Zehnfache[66]).

In diese Kräftekonstellation war der Zentralvorstand im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches hineingestellt. Immer wieder war er in den ständig schwelenden und gelegentlich aufflammenden Auseinandersetzungen dazu aufgerufen, Stellung zu beziehen. Die Intervention oder doch wenigstens der Versuch der Intervention gegenüber der Politik der parlamentarischen Vertretungen war damit gleichsam automatisch gegeben.

C. Die politische Rolle des Zentralvorstands im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches

Bei den Auseinandersetzungen anläßlich der preußischen Wahlrechtsfrage kündigte sich in der Nationalliberalen Partei zum ersten Mal eine deutliche Polarisierung der Kräfte an. Während sich die Jungliberalen grundsätzlich für die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten einsetzten[67]), machten

[61]) Vgl. hierzu Koch S. 26 f. u. 50 ff.

[62]) Vgl. L. Frank, Der badische Großblock, in: Der März Jg. 7/III S. 149 ff.

[63]) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 160 vom 27. 3. 1912, wo es heißt: „*Bassermanns* Einfluß auf die amtlichen Parteiorgane war von jeher sehr gering; darüber hält Herr *Friedberg* seine Vaterhände."

[64]) Den Jungliberalen Blättern zufolge (Nr. 12 vom 10. 12. 1907) setzte *Friedberg* nur den rechtsgerichteten Kurs des Zentralbüros fort, der bereits von *Miquel* inauguriert worden war.

[65]) Nr. 319 vom 25. 6. 1912.

[66]) Mitgeteilt in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 12. 11. 1913; vgl. Bundesarchiv R 45/I,4.

[67]) Vgl. C. Köhler, Der Jungliberalismus, Köln 1908, S. 28 u. 29.

sich in der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses starke Widerstände gegenüber durchgreifenden Reformen des Landtagswahlrechts geltend[68]).

Als nun im Jahre 1908 die Frage spruchreif zu werden schien, setzte der Zentralvorstand eine Kommission ein, die eine verbindliche Stellungnahme der Partei erarbeiten sollte[69]). Faktisch lief diese Einsetzung der Kommission darauf hinaus, daß man das preußische Wahlrecht als eine deutsche Frage anerkannte[70]). Die Kommission folgte dem vorherrschenden reformfreundlichen Zug in der Partei und sprach sich immerhin nicht nur für eine Änderung der alten Wahlkreiseinteilung, sondern auch für das direkte und geheime Wahlrecht aus; eine Abstufung des Stimmgewichts sollte freilich nach Auffassung der Kommission erhalten bleiben. Wenn auch die geheime Wahl namentlich von Kreisen der preußischen Landtagsfraktion erbittert bekämpft wurde, so stellte sich der Zentralvorstand mit Unterstützung großer Teile der Reichstagsfraktion doch auf den Boden des Kommissionsvorschlags[71]). Zwar wagten weder die Landtagsfraktion noch der preußische Vertretertag diesen Beschluß umzustürzen; aber die Kluft in der Partei war weit aufgerissen. Als die nationalliberalen Vertreter zwei Jahre später bei den Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus eine stark retardierende Haltung einnahmen, wagte es *Bassermann* schon nicht mehr, in dieser — formal gesehen — preußischen Frage den Zentralvorstand einzuberufen, weil er, wie er in einem Brief an *Schiffer* am 24.5.1910 schrieb[72]), befürchtete, daß dadurch „die Gefahr einer Sprengung der Partei heraufbeschworen" würde. Er fügte hinzu: „Sie können aber überzeugt sein, daß ich an der Verantwortung der Nichtberufung schwer trage."

Wenn *Bassermann* 1910 so skeptisch über die Integrationsfähigkeit des Zentralvorstandes dachte, so hatte dies seinen Grund nicht zuletzt in der allgemeinen Verschärfung der innerparteilichen Gegensätze. Die Abwendung von den Konservativen nach dem Scheitern des *Bülow*blocks war in einzelnen regionalen Verbänden, vor allem in Westfalen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und z. T. auch im Großherzogtum Hessen, auf entschiedenen Widerstand gestoßen[73]), ja es wurde von dieser Seite vielfach auch der Verdacht ausgesprochen, daß *Bassermann* den in Baden erprobten Großblock auf das Reich übertragen wollte[74]). Es war daher eine entscheidende Frage, ob die führenden Gremien der Partei bereit sein würden, die unter *Bassermann* vollzogene Linksschwenkung gutzuheißen. Mit großer Spannung erwartete man den auf die Tage vom 1. bis 3. Oktober 1910 nach Kassel einberufenen Vertretertag, der seine Schatten in zahlreichen Pressefehden vorausgeworfen hatte. Auf der am Vortage stattfindenden

[68]) Eschenburg S. 109 f.

[69]) Nationalliberale Blätter, Jg. 20, 26. 1. 1908.

[70]) Vgl. dazu die Zuschrift eines „süddeutschen Zentralvorstandsmitgliedes" in: Jungliberale Blätter, Jg. 10, 28. 5. 1910.

[71]) Vgl. Nationalliberale Blätter, Jg. 20, 8. 3. 1908. — Die nichtpreußischen Zentralvorstandsmitglieder hatten an der Abstimmung nicht teilgenommen.

[72]) Kleine Erwerbungen Nr. 303—17.

[73]) Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 1079 vom 7. 10. 1910; ferner Koch S. 50 ff.

[74]) Vgl. Koch S. 50.

Sitzung des Zentralvorstandes kam das Gewicht der opponierenden Regionalverbände entsprechend der föderativen Struktur dieses Gremiums sehr stark zur Geltung[75]). Auch „die Badenser" nahmen für sich in Anspruch, daß den Landesorganisationen bezüglich der einzuhaltenden Taktik freie Hand gelassen werden müßte[76]). Angesichts dieser Konstellation blieb *Bassermann* auf dem nachfolgenden Vertretertag nichts anderes übrig, als in seiner großen Rede vor aller Öffentlichkeit anzuerkennen, „daß, so wie die Dinge in unserer Partei liegen, es uns nicht möglich ist, die Selbständigkeit der Provinzen anzutasten"[77]). Die erwartete große Kraftprobe blieb freilich auf dem Vertretertag aus. *Bassermann* vermochte es, mit seiner großen Eröffnungsrede die 1000köpfige Versammlung derart in seinen Bann zu ziehen, daß die Opposition sich nur mit mehr oder weniger versöhnlichen Diskussionsbeiträgen zu Wort meldete[78]). Hier hatte der Stil der Volksversammlung über den Stil des debattierenden Klubs einen Sieg davongetragen. *Bassermann* war es gelungen, seine Partei auf einen mittleren Kurs festzulegen, was eine Absage an eine engere Verbindung mit den Konservativen und dem Zentrum in sich schloß[79]). Damit waren die Weichen für den schon früh einsetzenden Reichstagswahlkampf gestellt, aber die große Auseinandersetzung innerhalb der Partei war nur vertagt.

Nach den Wahlen im Januar 1912 kam es zum offenen Ausbruch der Krise[80]). Da die Nationalliberalen 7 Mandate verloren hatten[81]), lag es für die Gegner des *Bassermannschen* Kurses nahe, den Parteiführer für den Wahlmißerfolg verantwortlich zu machen[82]). Die weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem Wahlergebnis erhielt bald noch einen zusätzlichen Auftrieb durch das Verhalten der Fraktion bei der Wahl des Reichstagspräsidiums. Etwa 15 Nationalliberale gaben bei der Stichwahl zwischen Peter *Spahn* und August *Bebel* ihre Stimme für den letzteren ab[83]), der damit beinahe zum Präsidenten gewählt worden wäre[84]), und

[75]) Vgl. Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz vom 4. 10. 1910, 7. 10. 1910, 17. 10. 1910.

[76]) Frankfurter Zeitung vom 30. 9. 1910, Abendblatt.

[77]) 12. Allgemeiner Vertretertag 1910 S. 27.

[78]) Ein Führer der badischen Jungliberalen bemerkte dazu: „Wenn da die Gegner schwiegen, so geschah das nicht aus Courtoisie, sondern sie haben es aus Angst getan." Zitiert in: Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz vom 26. 11. 1910.

[79]) Vgl. auch Koch S. 71 f.

[80]) Für den Gesamtzusammenhang vgl. Hugo Böttger, Nationalliberale Parteikrisis, in: Nord und Süd Bd. 141 (1912) S. 160 ff.

[81]) Vgl. Koch S. 121.

[82]) Vgl. Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz in den Wochen nach der Reichstagswahl.

[83]) Die Zahlenangaben hierüber schwanken. Der Berliner Börsenkurier sprach (lt. Kölnische Zeitung Nr. 154 vom 10. 2. 1912) von 24 nationalliberalen Stimmen für *Bebel*, der Abgeordnete *Keinath* von 15; vgl. Gottlob Egelhaaf, Lebens-Erinnerungen — Zum Druck bearbeitet von Adolf Rapp (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Reihe A Bd. 5) Stuttgart 1960, S. 126.

[84]) Wie es scheint, war diese Stimmabgabe als ein taktisches Manöver gedacht. Man rechnete damit, daß *Bebel* die Wahl ablehnen würde, und hoffte, im Nachstoß den *Prinzen zu Schönaich-Carolath* durchzubringen. *Bassermann* selbst lehnte dieses Verfahren ab. Vgl. die Aufzeichnung *Bassermanns* in: Kleine Erwerbungen Nr. 303—10, sowie Frankfurter Zeitung vom 11. 4. 1912, 2. Morgenblatt.

die überwiegende Mehrheit der nationalliberalen Fraktion unterstützte dann *Scheidemann* bei der Wahl zum ersten Vizepräsidenten. Darauf erhob sich in den breitesten Parteikreisen ein großer Entrüstungssturm[85]), der zudem noch vom Zentralbüro gefördert wurde[86]). Die opponierenden Gruppen glaubten jetzt die abschließenden Beweise dafür zu haben, daß der eingeschlagene Kurs etappenweise zur Koalition „von *Bebel* bis *Bassermann*" führen würde[87]).

Mit besonderer Wucht richtete sich der Protest gegen den jungliberalen Reichsverband, in dem man die treibende Kraft für den „Abmarsch nach links" erblickte[88]). Von konservativer Seite wurde geradezu vom „*Bassermannschen* Jungliberalismus" gesprochen[89]). Wenn damit der Einfluß der jungliberalen Gruppe auch weit überschätzt wurde, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie zu den Wegbereitern des Bruches mit den Konservativen gerechnet werden mußte. Ihr Reichsverband war in der Tat eher eine Organisation des linken reformerischen Parteiflügels als eine Organisation zur Werbung unter der Jugend[90]). Für die rechtsstehenden Nationalliberalen lag es daher nahe, die Bestrebungen und Argumente der Jungliberalen durch den Vorwurf der Sonderbündelei zu paralysieren. In diesem Sinne schrieb Prof. *Leidig* am 12. 4. 1912 in der Täglichen Rundschau:

So bildet der Jungliberalismus heute eine Partei innerhalb der Partei, der für sich das Recht beansprucht, überall seine eigene Meinung in der Partei und der Öffentlichkeit kundzutun, nach eigener Meinung seine politischen Aktionen durchzuführen und überall als selbständige Macht, mit der verhandelt werden muß und die für ihre Mitwirkung ihre Bedingungen stellt, angesehen zu werden[91]).

Aus der Kritik an der Sonderbündelei entwickelte sich in zunehmendem Maße die Forderung, den Status der Jungliberalen innerhalb der Nationalliberalen Partei zu überprüfen. Bisher hatten der Reichsverband und die ihm angeschlossenen Vereine einen weitaus größeren Freiheitsspielraum für sich in Anspruch nehmen können, als irgendeine andere Partei ihrer Jugendorganisation zuzugestehen bereit gewesen war. Lediglich die Führung der Jungliberalen, der „Reichsverband", war in die nationalliberale Organisation eingegliedert, während

[85]) Vgl. S. 92 u. 93.

[86]) *Hopf* (Stuttgart) an Generalsekretär *Thorbecke* (Karlsruhe) am 26. 3. 1912, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 243.

[87]) Vgl. für den Gesamtzusammenhang Hugo Böttger, Nationalliberale Parteikrisis, in: Nord und Süd Bd. 141 (1912) S. 160 ff.

[88]) Auch in der Frankfurter Zeitung hieß es am 29. 1. 1911: „Die verdienstvolle Pionierarbeit des Jungliberalismus ebnete die Wege nach links und erzeugte schließlich eine erhebliche Umformung der nationalliberalen Partei."

[89]) Siehe Sten. Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1912/13 Bd. I Sp. 103 (*v. Puttkamer* am 12. 3. 1912). — So wenig es angeht, *Bassermann* als einen Jungliberalen anzusprechen, so gewiß ist es, daß sich die Jungliberalen ihrerseits als eine „feste Stütze der *Bassermannschen* Politik" verstanden. Vgl. Bruno Marwitz, Die Jungliberalen, in: Die Grenzboten Jg. 71/II (1912) S. 157.

[90]) Vgl. R. Friedberg, Jungnationalliberale und Altnationalliberale, in: NLC Nr. 75 vom 10. 4. 1914.

[91]) Vgl. auch Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz vom 22. 9. 1910.

ihre lokalen Vereine sich nur zum geringeren Teil den Vereinen bzw. Verbänden der „alten" Partei angeschlossen hatten[92]).

Einerseits ließ sich der Zentralvorstand auf den jungliberalen Verbandstagen durch einige seiner führenden Mitglieder repräsentieren, und andererseits delegierte der Reichsverband eine bestimmte Anzahl von Vertretern in den Zentralvorstand bzw. zum allgemeinen Vertretertag[93]), womit deren Beschlüsse auch für die Jungliberalen verbindlich wurden. Außerdem suchte die „alte" Partei den jungliberalen Reichsverband durch einen jährlichen Zuschuß von etwa 3000 Mark an sich zu binden[94]). Insgesamt gesehen war jedoch der Reichsverband mit den führenden nationalliberalen Gremien viel zu locker verbunden, als daß diese eine wirksame Kontrolle hätten ausüben können. Die rechtsgerichteten Nationalliberalen hatten daher nicht ganz unrecht mit ihrer Ansicht, daß der Einfluß der Jungliberalen nicht so sehr in ihrer zahlenmäßigen Stärke als in ihrer organisatorischen Sonderstellung begründet war[95]).

Als sich am 24. 3. 1912 der Zentralvorstand für die Dauer der neuen Legislaturperiode konstituierte[96]), kam der ganze Unmut zum Ausbruch, der sich aus Verärgerung über das schlechte Wahlergebnis, über die Abstimmungen für *Bebel* und *Scheidemann* und speziell über die Jungliberalen in der Partei angesammelt hatte. Die Kritik wurde hauptsächlich getragen von den rechtsoppositionellen Landesverbänden Westfalen und Schleswig-Holstein[97]), deren Vertreter am Vorabend mit Gleichgesinnten aus anderen Landesteilen zusammentrafen und ein gemeinsames Vorgehen vereinbarten[98]). Mindestens insgeheim wurde ihre Aktion auch vom Zentralbüro und von *Friedberg* unterstützt[99]).

In der Sitzung wurde die Reichstagsfraktion keineswegs von der Kritik verschont. Da man jedoch über die Fraktion nicht verfügen konnte, wählte man indirekte Mittel, um auf den Kurs der Partei Einfluß zu nehmen. Diese Mittel waren teils personalpolitischer, teils organisatorischer Art. Bei der Wahl des Vorsitzenden versagte man die beantragte Akklamationswahl und setzte die Abstimmung mit Zetteln durch, wobei sich 30 Enthaltungen bei 109 abgegebenen Stimmen ergaben. Noch drastischer war das Vorgehen der Rechtsopposition bei der Wahl

[92]) Vgl. Max Kuhn, Der Jungliberalismus und die Nationalliberale Partei, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 192.

[93]) Siehe § 13,3 und 8 der Satzung von 1905. — Da der jungliberale Reichsverband für 3000 Mitglieder je einen Delegierten in den Zentralvorstand entsenden durfte, war er im Jahre 1912 bei einer Mitgliedschaft von knapp 20000 (vgl. Jungliberale Blätter, Jg. 12, 6. 4. 1912) mit 6 Delegierten im Zentralvorstand vertreten.

[94]) Vgl. Bundesarchiv R 45/I,5.

[95]) Dies wurde übrigens von jungliberaler Seite offen zugegeben. So schrieb *Marwitz*, der Führer der Berliner Jungliberalen, über die nationalliberale Jugend: „Ohne Organisation kann sie nicht wirken, nur auf ihr beruht ihr Einfluß." Panther, Jg. 2 (1914) S. 678.

[96]) Zum folgenden vgl. S. 89 ff.

[97]) Vossische Zeitung Nr. 157 vom 26. 3. 1912.

[98]) Frankfurter Zeitung vom 11. 4. 1912, 2. Morgenblatt.

[99]) Für die Haltung des Zentralbüros ist das Versäumnis charakteristisch, dem jungliberalen Reichsverband den gegen ihn eingereichten Antrag mitzuteilen; vgl. das Rundschreiben des Reichsverbandes vom 23. 3. 1912, in: Nachlaß Stresemann 120. Vgl. auch Einleitung Anm. 64 u. 103.

des Geschäftsführenden Ausschusses. Hier gelang es ihr, mit Hilfe vorbereiteter Listen *Stresemann* und *Fischer*, den ehemaligen Vorsitzenden des Reichsverbandes, herauszuwählen und durch zwei Vertreter des rechten Parteiflügels zu ersetzen[100]).

Den schärfsten Zusammenstoß gab es indes über den Antrag, daß „nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, welche ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden". Praktisch lief dieser Antrag auf die Forderung hinaus, daß der jungliberale Reichsverband aufgelöst werden sollte. Offensichtlich in der Absicht, die westfälisch/schleswig-holsteinische Herkunft dieses Antrages[101]) zu verschleiern, hatte man auf der Vorbesprechung den Dresdener Rudolf *Heinze* für die Begründung in der Vorstandssitzung bestimmt[102]). Den Höhepunkt der Debatte bildete jedoch das Eingreifen *Friedbergs*, der sich schon seit vielen Jahren als organisatorischer Leiter der Partei mit den Sonderbestrebungen der Jungliberalen auseinanderzusetzen hatte[103]). Schließlich wurde der Antrag mit der erstaunlich klaren Mehrheit von 63:43 Stimmen angenommen. Es wäre indes verfehlt, von diesem Ergebnis direkt auf das Stärkeverhältnis der einzelnen Flügelgruppen zu schließen. Für viele, die mit Ja stimmten, mag einfach das Bedürfnis maßgebend gewesen sein, durch die Auflösung des Reichsverbandes einen ständigen Unruheherd zu beseitigen[104]).

Die Gegenseite reagierte prompt mit einem Antrag auf rasche Einberufung des Vertretertages, um das Votum des konservativeren Vorstandes korrigieren zu lassen. Vermutlich war sie dabei von der heimlichen Hoffnung geleitet, daß — ähnlich wie in Kassel vor zwei Jahren — die Ausstrahlungskraft des Parteiführers die große Versammlung mitreißen und die Opposition zum Einlenken bringen würde[105]).

Auch wenn man auf dem allgemeinen Vertretertag mit anderen Mehrheitsver-

[100]) *Bassermann* vermutete hinter dieser Wahl das Zentralbüro; vgl. seinen Brief an *Stresemann* am 28. 3. 1912, in: Nachlaß Stresemann 136.

[101]) Die Zustimmungsliste zu diesem Antrag enthielt insgesamt 127 Namen, davon waren: 70 aus Westfalen, 14 aus Schleswig-Holstein, 9 aus Magdeburg, 5 aus Bayern rechts des Rheins; vgl. S. 100. Hieraus gehen die regionalen Schwerpunkte deutlich hervor.

[102]) Frankfurter Zeitung vom 11. 4. 1912, 2. Morgenblatt.

[103]) Bereits 1906 hatte *Friedberg* auf dem Allgemeinen Vertretertag (Protokoll S. 121) die Überzeugung geäußert, „daß durch die jungliberale Bewegung in unsere Partei eine gewisse Disziplinlosigkeit hineingekommen ist, die auf die Dauer meines Erachtens nicht weitergehen kann". Vgl. auch Jungliberale Blätter Nr. 12 vom 10. 12. 1907, sowie Eschenburg S. 82 f.

[104]) Als typisch für diese Gruppe dürfte der Vorsitzende der ostpreußischen Organisation anzusehen sein, der sich nach der Zentralvorstandssitzung für einen Kompromiß zwischen „den Westfalen" und den Jungliberalen einsetzte. Sollte keine Einigung zu erzielen sein, „dann wird, wie ich glaube, der größere Teil der Ostpreußen [auf dem Delegiertentag] für den Antrag auf Vereinheitlichung der Organisation stimmen, aber unter der ganz ausdrücklichen Erklärung, daß diese Abstimmung mit *Bassermann* nicht das mindeste zu tun hat, und daß wir in Ostpreußen unentwegt zu *Bassermann* halten [. . .]" *Wyneken* an *Stresemann* am 17. 4. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118.

[105]) Vgl. hierzu die bereits vor der Sitzung erschienene Nummer der Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz vom 22. 3. 1912.

hältnissen rechnen konnte[106]), so war es doch durch die Vorstandssitzung offenbar geworden, daß die Rechtsopposition gegen den *Bassermannschen* Kurs diesmal wesentlich stärker sein würde als 1910 in Kassel. An zahlreichen Stellen der Parteiorganisation, vor allem im Zentralbüro, in der preußischen Landtagsfraktion und in einzelnen Landesverbänden hatte der rechte Parteiflügel mächtige Stützpunkte, die sich nicht so einfach beiseite schieben ließen, ganz abgesehen davon, daß man bei einem solchen Versuch den Verlust der finanzkräftigsten Geldgeber riskiert hätte.

Bassermann hielt es daher nicht für geraten, sich auf dem Vertretertag vor den Wagen der Jungliberalen spannen zu lassen[107]), sondern suchte den Weg für einen Kompromiß zu finden. So wurde auf Antrag der rheinischen Organisation ein Vermittlungsausschuß berufen[108]), der es sich angelegen sein ließ, jede drastische Verschiebung der Gewichte innerhalb der Nationalliberalen Partei zu vermeiden. In diesem Sinne wurde dem Antrag der Reichstagsfraktion, in cumulo in den Zentralvorstand aufgenommen zu werden[109]), nicht stattgegeben, weil dadurch die von Anfang an bestehende Parität mit der Preußenfraktion in Frage gestellt worden wäre[110]). Hinsichtlich der Jungliberalen einigte man sich darauf, daß sich ihre Vereine den Landesverbänden der „alten" Partei anschließen sollten, während der Reichsverband selbst fortan als außerhalb der Parteiorganisation stehend betrachtet werden sollte[111]). Eine ganze Lösung des Problems konnte der Vorschlag freilich nicht sein, denn der Reichsverband blieb als Aktionszentrum erhalten, wenn er auch auf die bisherige Subvention aus der Parteikasse und — von der nächsten Legislaturperiode an — auf seine Vertretung im Zentralvorstand verzichten mußte. Trotz dieser offenkundigen Halbheit wurde der in der freien Kommission ausgehandelte Kompromiß am 11. bzw. 12. Mai 1912 sowohl durch den Zentralvorstand als auch durch den Vertretertag angenommen. Zu größeren Auseinandersetzungen ist es auf diesem letzten Vertretertag der Nationalliberalen Partei nicht mehr gekommen, weil man den Eindruck der Uneinigkeit nicht noch weiter verstärken wollte. Immerhin reichte

[106]) Vgl. Vossische Zeitung Nr. 157 vom 26. 3. 1912: „Uns wird aus nationalliberalen Kreisen bestätigt, daß die Beschlüsse des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei keine Rückschlüsse gestatten auf die Haltung des Vertretertags. Insbesondere die Reichstagsfraktion stehe zu 80 v. H. zu *Bassermann*."

[107]) Der Vorsitzende des Reichsverbandes unternahm den Versuch, in diesem Sinne auf *Bassermann* über den damals stark erbitterten *Stresemann* einzuwirken: Trotz der veränderten Mehrheitsverhältnisse „bin ich nach wie vor der Ansicht, daß der Kampf diesmal durchgefochten werden muß und daß, wenn auch die Vertreter dank dem Einfluß der ‚Bonzen' uns bloß eine knappe Mehrheit geben, die schließliche Sezession der Rechtsstehenden keinen gefährlichen Umfang annehmen wird." Robert *Kauffmann* an *Stresemann* am 27. 3. 1912, in: Nachlaß Stresemann 120.

[108]) Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz vom 19. 4. 1912.

[109]) NLC Nr. 74 vom 29. 3. 1912.

[110]) Die preußische Landtagsfraktion hatte selbst einen Aufnahmeantrag für den Zentralvorstand gestellt. Für den Fall, daß nur die Reichstagsfraktion aufgenommen werden sollte, drohte sie nicht nur mit dem Entzug ihrer Subvention für das Zentralbüro, sondern auch mit der Gründung einer selbständigen preußischen Parteiorganisation. Vgl. NLC Nr. 82 vom 12. 4. 1912.

[111]) Vgl. 14. Allgemeiner Vertretertag S. 3 f. u. 10 ff.

das bloße „moralische Gewicht" des Vertretertages aus, um den ursprünglichen Beschluß des Zentralvorstandes zu modifizieren.

Wie wenig der erreichte Kompromiß befriedigte, zeigte sich bereits unmittelbar nach dem Vertretertag, als sich die Angehörigen des äußersten rechten Parteiflügels im „Altnationalliberalen Reichsverband" sammelten[112]). Die neue Gründung war eine ausgesprochene Reaktion auf das Fortbestehen des jungliberalen Reichsverbandes, und dementsprechend wurde von vornherein die Erklärung abgegeben, daß man sich auflösen wolle, sobald der Gegenspieler zu bestehen aufgehört habe[113]).

Bei dem altliberalen Verband, der auf jeden vereinsmäßigen Unterbau verzichtete, handelte es sich um einen Zusammenschluß von gesellschaftlich und finanziell einflußreichen Persönlichkeiten, die durch Geld und weitläufige Beziehungen ihre Interessen bei der Presse und bei der Kandidatenaufstellung geltend zu machen suchten. Geschäftsführer wurde *Fuhrmann*, der bisher Generalsekretär im Zentralbüro gewesen war. Im übrigen dauerte es über ein Jahr, bis die Namen der Vorstandsmitglieder bekanntgegeben wurden[114]). Verständlicherweise löste diese etwas undurchsichtige Gründung bei der Mehrheit der Parteianhänger starke Protestreaktionen aus[115]), zumal als das Gerücht durchsickerte, daß zur Werbung für die „Altnationalliberalen" Listen aus dem Zentralbüro benutzt worden waren[116]).

Wenn auch die Jungliberalen immer wieder auf die Werbearbeit unter der Jugend als ihre spezifische Funktion hinwiesen, so lief die Entwicklung doch praktisch darauf hinaus, daß beide Flügel der Partei jetzt ihre Sonderorganisationen hatten[117]). Es mußte der Parteileitung daher alles darauf ankommen, die tief aufgewühlten Gegensätze zu kalmieren. Man war sich durchaus darüber klar, daß eine mehrfache Wiederholung von derartig stürmischen Auseinandersetzungen, wie man sie auf der Märzsitzung des Zentralvorstandes erlebt hatte, früher oder später den Ruin der Nationalliberalen Partei bedeuten würde[118]). Deshalb stellte der Geschäftsführende Ausschuß die von der rheinischen Organisation beantragte Einberufung des Zentralvorstandes vorerst „als nicht zweckmäßig" zurück[119]) und versuchte behutsam, wenigstens die lästigsten Störungsfaktoren auszuschalten. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Entlassung des allzu polemischen Redakteurs der Nationalliberalen Correspondenz[120]) sowie die unmißver-

[112]) Vgl. Hannoverscher Courier Nr. 29924 vom 4. 6. 1912; Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz vom 28. 6. 1912.

[113]) In diesem Sinne hatte sich das Zentralkomitee der westfälischen Nationalliberalen bereits Anfang April 1912 geäußert. Vgl. Jungliberale Blätter vom 13. 4. 1912.

[114]) Vgl. Das neue Deutschland vom 15. 11. 1913.

[115]) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 319 vom 25. 6. 1912.

[116]) Siehe S. 152, 154 f. u. 177.

[117]) Schwäbischer Merkur Nr. 259 vom 6. 6. 1912.

[118]) Vgl. z. B. *Ossent* an Geheimrat *(Friedberg)* am 14. 4. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118, sowie Böttger a.a.O. S. 160.

[119]) NLC Nr. 217 vom 31. 10. 1912; Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz vom 24. 12. 1912.

[120]) NLC Nr. 188 vom 17. 9. 1912.

ständliche Desavouierung der pommerschen Parteileitung, als sie in der Öffentlichkeit *Bassermann* schwächliche Nachgiebigkeit gegenüber den reaktionären Kreisen in der eigenen Partei vorwarf[121]). So trat im Winter 1912/13 allmählich eine gewisse Beruhigung ein[122]).

Nicht zuletzt um die schwebenden Gegensätze niederzuhalten, stellte *Bassermann* bei der nächsten turnusmäßigen Zentralvorstandssitzung die bevorstehende große Wehrvorlage und die auswärtige Politik in den Mittelpunkt. Hierüber gab es in der Tat nur geringfügige Meinungsverschiedenheiten, zumal in der grundsätzlichen Bejahung imperialistischer Zielsetzungen sich Jung- und Altliberale völlig einig waren[123]). Dann folgte zwar der bereits oben erwähnte jungliberale Antrag auf Einsetzung einer Kommission, welche die Arbeit der Parteizentrale untersuchen und — falls notwendig — Empfehlungen für ihre Verbesserung ausarbeiten sollte[124]). Da aber kaum jemand die Neigung hatte, zur Vertiefung der Gegensätze beizutragen, konnte es *Friedberg* durchsetzen, daß aus dem Antrag eine recht harmlose Resolution wurde. Das Bedürfnis, die durch *Bassermanns* Rede geschaffene einheitliche Stimmung zu erhalten, siegte auf der ganzen Linie.

Es dürfte auf den krisenhaften Zustand der Nationalliberalen Partei zurückzuführen sein, daß die nächste Sitzung des Zentralvorstandes erst wieder für den 29. März 1914 einberufen wurde. Die fortwährenden Pressefehden zwischen den beiden Flügelorganisationen hatten die Partei in der Zwischenzeit nicht zur Ruhe kommen lassen[125]). In zunehmendem Maße setzte sich daher in der nationalliberalen Anhängerschaft die Ansicht fest, daß die an sich unvermeidlichen Gegensätze, wie sie jede Partei kennt, „durch das Nebeneinanderbestehen zweier organisierter Gruppen [. . .] künstlich zu einer unangemessenen Höhe heraufgeschraubt" würden[126]). Die Kritik richtete sich also immer weniger gegen bestimmte politische Anschauungen als gegen die organisatorische Sonderstellung ihrer Träger. Damit war aus dem Richtungsstreit weitgehend eine organisatorische Frage geworden.

So kam es in der Vorstandssitzung Ende März 1914 zu dem Antrag, „den Geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, Verhandlungen einzuleiten, um die gleichzeitige Auflösung des jungliberalen wie des altnationalliberalen Verbandes unverzüglich herbeizuführen"[127]). Dieser war u. a. von den beiden Antipoden *Bassermann* und *Friedberg* unterschrieben und wurde gegen die 5 Stimmen der jungliberalen Vertreter angenommen. Nur dadurch, daß man den Richtungs-

[121]) Siehe S. 169.

[122]) Vgl. Altnationalliberale Reichskorrespondenz vom 13. 12. 1912.

[123]) Vgl. Frankfurter Zeitung vom 11. 2. 1913 (Abendblatt): „[. . .] es liegt nahe, die übertriebene Betonung der Rüstungsfragen mit den inneren Parteischwierigkeiten in Zusammenhang zu bringen." In der außenpolitischen Diskussion war es dann immerhin bemerkenswert, daß sich *Prinz zu Schönaich-Carolath* — abweichend von den anderen Rednern — mit Wärme für eine deutsch-englische Verständigung einsetzte.

[124]) Vgl. dazu S. 151ff.

[125]) Vgl. A. Weber, Nationalliberale Politik, in: Panther vom 26. 7. 1913, und die Reaktion der Altliberalen, in: Kleine Erwerbungen Nr. 303—9.

[126]) R. Friedberg, Jungnationalliberale und Altnationalliberale, in: NLC Nr. 75 vom 10. 4. 1914.

[127]) NLC Nr. 68 vom 30. 3. 1914; vgl. auch Kölnische Zeitung Nr. 362 vom 30. 3. 1914.

streit sozusagen ausgeklammert hatte, war eine solch erstaunliche Einmütigkeit möglich geworden.

Dennoch blieb dem Vorstandsbeschluß ein Erfolg versagt. Es kam zwar unter *v. Krause* zur Bildung einer Kommission, die den Beschluß durchführen sollte[128]), aber die beiden Sonderorganisationen zeigten in den Verhandlungen wenig Bereitschaft, ihre Existenz aufzugeben[129]). Formal konnten sie sich ja darauf berufen, daß sie offiziell nicht zur Partei gehörten. — Das Verhandlungsergebnis entbehrte sogar nicht einer gewissen Komik. Generalsekretär *Breithaupt* berichtete hierüber vor dem rheinischen Vertretertag am 14. Juni 1914[130]):

Der Verlauf ist der gewesen, daß am Ende der Verhandlungen die vollste Harmonie und die größte Herzlichkeit zwischen den Herren auf der rechten Seite, den Altnationalliberalen, und den Herren auf der linken Seite, den Jungnationalliberalen, sich offenbarte und daß die beiden sich zusammenfanden und sagten: „Was wollt ihr eigentlich? Die Störenfriede seid ihr in der Mitte!"

Wieder einmal hatte es sich gezeigt, wie gering die Integrationskraft des Zentralvorstandes gegenüber vitalen Gegensätzen war. Bevor indes der Vertretertag die endgültige Entscheidung treffen konnte, brach der Krieg aus.

Während des Krieges erhöhte sich die Bedeutung des Zentralvorstandes, weil es nun praktisch die einzige Instanz war, in der die Ansichten und Stimmungen in den regionalen Verbänden zum Ausdruck kommen konnten. Hier im Vorstand vollzog sich zu einem nicht geringen Teil die nationalliberale Willensbildung hinsichtlich der Kriegsziele, und zwar im Sinne eines extensiven Annexionismus. Es war daher nur zu verständlich, daß *Bassermann* und die anderen Vertreter der „schärferen Richtung" sich dieses Instruments zu bedienen suchten.

Zum ersten Mal geschah dies im August 1915, als eine kleine, aber einflußreiche Gruppe nationalliberaler Parlamentarier, unter denen sich *Schiffer*, *Friedberg* und *Junck* befanden, die Partei auf die maßvollere Linie *Bethmanns* festlegen wollte[131]). Als dabei *Bassermann* ziemlich unmißverständlich desavouiert wurde, entschloß er sich, kurzfristig den Zentralvorstand einzuberufen, um seinen annexionistischen Kurs durchzusetzen. Die Sitzung gestaltete sich zu einer eindeutigen Vertrauenskundgebung für *Bassermann* und geradezu zu einem Tribunal gegenüber den wenigen Anhängern *Bethmanns*. Zugleich wurde das Kriegszielprogramm bestätigt, das bereits am 16. Mai 1915 in Verhandlungen des Geschäftsführenden Ausschusses und der Landesvorsitzenden aufgestellt worden war[132]). Man forderte einen Frieden, „der unter Erweiterung unserer Grenzen in Ost und West und Übersee uns militärisch, politisch und wirtschaftlich gegen neuen Überfall sichert und die ungeheuren Opfer lohnt . . ."[133]). Gesamtpolitisch sollte diese Erklärung zu einem wichtigen Markstein bei der Zerstörung des

[128]) NLC Nr. 98 vom 15. 5. 1914.

[129]) Vgl. NLC Nr. 105 vom 24. 5. 1914; vgl. auch NLC Nr. 81 vom 24. 4. 1914.

[130]) Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz vom 26. 6. 1914.

[131]) Siehe S. 196ff.

[132]) Vgl. Nationalliberale Blätter vom 6. 6. 1915.

[133]) Siehe S. 203.

„Burgfriedens" werden[134]). Innerparteilich war an dieser Sitzung vor allem bemerkenswert, daß *Bassermann* seinen Sieg, wie *Schiffer* in der Rückschau schrieb, „hauptsächlich dem Eintreten der Schwerindustrie zu seinen Gunsten" verdankte[135]).

Die Gruppe der opponierenden Parlamentarier vermehrte sich jedoch im Frühjahr 1916, als die Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges in den Mittelpunkt aller Erörterungen rückte. Die Interpellation, in welcher der sofortige rücksichtslose Einsatz dieses Kampfmittels gefordert wurde[136]), fand in der nationalliberalen Reichstagsfraktion nur eine Mehrheit von 34:10 Stimmen[137]). Als der Zentralvorstand dann im Mai 1916 zusammenkam, stand die Frage zur Diskussion, wie man sich zum Nachgeben der deutschen Regierung angesichts der amerikanischen Intervention in der Frage des verschärften U-Boot-Krieges stellen sollte[138]).

Zwar wurde diesmal auf ein Ketzergericht über die Minderheit verzichtet, aber es wurde in der Resolution eine Formulierung vorgezogen, die einen Dank an die Reichstagsfraktion bewußt vermied[139]). Die Entschließung brachte die weitverbreitete Mißstimmung über die deutsche Nachgiebigkeit gegenüber Amerika zum Ausdruck und verlangte für den Fall, daß Amerika England nicht zur Mäßigung der Blockade bewegen würde, die unverzügliche Aufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges. Als diese Resolution die Zensur nicht zu passieren vermochte, benutzte die Reichstagsfraktion eine Plenarsitzung des Parlaments, um ihren Wortlaut der Öffentlichkeit bekannt zu machen[140]).

Wohl die bedeutendste Sitzung des Zentralvorstandes in der nationalliberalen Parteigeschichte war diejenige vom 23. September 1917[141]). Ihr unmittelbarer Anlaß war die Notwendigkeit, für den im Juli verstorbenen Parteivorsitzenden *Bassermann* einen Nachfolger zu wählen. Gleich im Anschluß an die Beerdigung kam eine *Stresemann* nahestehende Gruppe überein, für *Friedbergs* Kandidatur als eine Übergangslösung zu wirken. Sie wollte damit „einstweilen die Tradition [. . .], welche durch die alten Mitglieder mehr repräsentiert wird", wahren, um allmählich *Stresemann*, der im September zunächst zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden sollte, sozusagen nachschieben zu können[142]).

[134]) Vgl. auch Berliner Tageblatt Nr. 416 vom 16. 8. 1915.

[135]) Schiffer, Um Bassermann und Bethmann, in: Historisch-politisches Archiv zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Bd. I (1930) S. 200. *Schiffer* bemerkt dazu weiter: „*Bassermann* Arm in Arm mit der Schwerindustrie — ein groteskes Bild für denjenigen, der die früheren Zustände kannte."

[136]) Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 231, 17. 3. 1916.

[137]) NLC Nr. 45 vom 22. 3. 1916. Unter den Opponierenden befanden sich wieder *Schiffer* und *Junck*.

[138]) Vgl. S. 228 ff.

[139]) Siehe S. 245 u. 281; vgl. auch Thieme S. 92.

[140]) Sten. Berichte Bd. 307 S. 1268 f., 25. 5. 1916.

[141]) Bereits am 27. 8. 1917 schreiben die Berliner Neuesten Nachrichten (Nr. 433): „Die Sitzung des Zentralvorstandes dürfte die bedeutsamste werden, die jemals in der Geschichte der Partei zu verzeichnen sein wird."

[142]) *Weber* an Stadtdirektor *Tramm* am 28. 7. 1917, in: Nachlaß Stresemann 173, maschinenschriftliche Abschrift.

Demgemäß schrieb der mit *Stresemann* befreundete August *Weber* an einen Nationalliberalen: „Ist er *[Stresemann]* einmal im Präsidium des Zentralvorstands, so liegt darin die Qualifizierung für die Zukunft, wie Sie mir ohne weiteres zugeben werden."[143])

Die Initiatoren des Vorschlags entfalteten eine lebhafte Aktivität. Sie hatten Erfolg. In der Vorstandssitzung wurde *Friedberg* zum I. Vorsitzenden und *Stresemann* zu seinem Stellvertreter gewählt[144]).

Hauptaufgabe der Vorstandssitzung war es jedoch, Stellung zu nehmen zu der veränderten Lage, wie sie sich seit der russischen Februarrevolution ergeben hatte. Die Sitzung fiel gerade in die Zeit, als sich in der öffentlichen Meinung zahlreiche Stimmen gegen die Friedenskundgebung des Reichstags erhoben[145]). In den Augen des rechten Parteiflügels hatte sich jener Teil der Reichstagsfraktion, der sich zum Anschluß an die Friedenskundgebung der Mehrheitsparteien bereit gezeigt hatte, einer „würdelosen Schwäche" schuldig gemacht. Man hoffte nun, mit Hilfe des Zentralvorstandes dieses Schwanken wenigstens nachträglich zu korrigieren und die Reichstagsfraktion wieder auf den alten Standpunkt in der Kriegszielfrage zurückzuführen. Bereits am 16. Juni hatte sich die Versammlung der Landesvorsitzenden in diesem Sinne ausgesprochen[146]). Jetzt sollte nun das ganze Gewicht der Parteiorganisation gegen gewisse „Linkstendenzen" in der Reichstagsfraktion mobilisiert werden. So schrieb der Vorsitzende des sächsischen Landesvereins Prof. Erich *Brandenburg* unmittelbar vor der Sitzung:

Der Zentralvorstand könne die Fraktion zwar nicht in Einzelfragen lenken, „aber er muß dafür sorgen, daß in den großen Fragen, die unser aller Schicksal betreffen, die Fraktion in den Bahnen erhalten wird, die den nationalliberalen Wählern im Lande als die richtigen erscheinen und bei ihnen Verständnis finden[147])".

Die hier angesprochene Frage der Richtlinienkompetenz wurde zum beherrschenden Thema der ganzen Sitzung. Es waren vor allem die Vertreter aus den „Provinzen", welche den Zentralvorstand als übergeordnete Instanz gegenüber der Reichstagsfraktion zur Geltung bringen wollten. *Osann* (Darmstadt) ging so weit, den Abgeordneten das Recht zu bestreiten, sich nur nach dem Gewissen zu entscheiden:

Dann brauchen wir überhaupt keine Parteiversammlung mehr zu halten, dann brauchen die Herren nicht mehr in den Zentralvorstand zu gehen. Hier im Zentralvorstand ist die Stelle, wo auch die Stimme der Provinzialen einmal nach Berlin ertönen muß[148]).

Vogel (Dresden) verwies in diesem Zusammenhang auf die straffe sozialdemokratische Organisation und sprach ihr gleichsam vorbildliche Bedeutung zu.

[143]) *Weber* an *Zöphel* am 28. 7. 1917, siehe a.a.O.

[144]) *Friedberg* galt zu dieser Zeit nicht mehr als ausgesprochener Exponent des rechten Parteiflügels. — Für die Wahlvorbereitungen vgl. den Briefwechsel im Nachlaß Stresemann 173.

[145]) Die Alldeutschen Blätter (Nr. 40 vom 29. 9. 1917) stellten befriedigt fest, „daß der Deutschgedanke wieder marschiert".

[146]) Vgl. Deutsche Stimmen Nr. 12 vom 25. 6. 1917.

[147]) Berliner Neueste Nachrichten Nr. 477 vom 20. 9. 1917.

[148]) Siehe S. 394.

Der Zentralvorstand habe sich unter dem verstorbenen *Bassermann* deutlich genug geäußert. Wenn einzelne Abgeordnete glaubten, diese Richtlinien nicht befolgen zu können, sei es „doch das mindeste, was man meiner Ansicht nach fordern kann, daß sie stillschweigend nicht mitmachen, meinethalben hinausgehen. Richtiger würde es vielleicht noch sein, wenn sie auch da dem Willen der Gesamtpartei sich fügen", denn für den Erfolg einer Partei käme es auf einmütiges Auftreten an[149]). *Vogels* Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die Reichstagsfraktion in gewissem Sinne „das ausführende Organ der Partei" sei[150]).

Gegen diese Auffassung, die sich schwerlich mit liberaler Tradition vereinbaren ließ[151]), setzten sich mehrere Vertreter der Reichstagsfraktion entschieden zur Wehr[152]). Neben der Berufung auf das Gewissen wollten sie nur das Urteil ihrer Wähler als wirklich maßgebend gelten lassen. Gewiß verdienten die Verlautbarungen des Zentralvorstandes durchaus sorgfältige Beachtung, aber, so stellte *Prinz zu Schönaich-Carolath*, der in den vergangenen Monaten den Vorsitz in der Fraktion geführt hatte, nachdrücklich fest, „ich kann unmöglich im Zentralvorstand eine Instanz sehen, die uns den Weg vorschreibt, den wir in der Politik zu gehen haben. Das müssen Sie uns überlassen. Das muß jeder einzelne Politiker seinem Gewissen gegenüber und seinen Wählern gegenüber verantworten"[153]). In ähnlichem Sinne äußerte sich der Abgeordnete *List*[154]). Unter keinen Umständen, so führte er aus, würde sich die Reichstagsfraktion in die Rolle eines „ausführenden Organs" drängen lassen. Das widerspräche auch der Reichsverfassung, in der die Unabhängigkeit der Abgeordneten verbrieft sei. Ihre Selbständigkeit ließe sich die Reichstagsfraktion unter keinen Umständen nehmen. Notfalls müßte sie es eben in Kauf nehmen, zum Zentralvorstand in Widerspruch zu treten.

Ein Beschluß in der Kompetenzfrage wurde nicht gefaßt. In der Sache jedoch lief die große Resolution des Zentralvorstandes auf einen Tadel der Reichstagsfraktion hinaus[155]). Zwar wurde darin der Reichstagsfraktion gedankt, daß sie die Friedenskundgebung einmütig abgelehnt habe, aber zugleich wurden auch wieder wie in den Jahren 1915 und 1916 „Machterweiterung" in Ost und West sowie „ausreichende Kriegsentschädigungen" gefordert. Derartige Ansprüche hatte die Fraktion in den letzten Monaten nicht mehr geäußert. Ebenso mußte es als ein Abrücken von der Fraktion gedeutet werden, daß der Zentralvorstand die „Übertragung des parlamentarischen Systems" in jeder Form ablehnte. Ein Antrag, sich nur gegen den Parlamentarismus „nach fremdem Muster" auszusprechen, wurde mit der knappen Mehrheit von 52:50 Stimmen zu Fall

[149]) Siehe S. 396.

[150]) Siehe ebd.

[151]) Vgl. Einleitung S. 21.

[152]) Bezeichnenderweise befanden sich unter ihnen nicht *Stresemann* und der den Schwerindustriellen nahestehende Abgeordnete *Hirsch*, die sich für die Beibehaltung einer energischen Kriegszielpolitik einsetzten.

[153]) Siehe S. 422.

[154]) Siehe S. 417.

[155]) Siehe S. 379 u. 425 ff.

gebracht[156]). Gerade hierin lag ein scharfer Affront gegen die nationalliberale Kooperation im Interfraktionellen Ausschuß der Mehrheitsparteien, die bisher in einer gewissen Gemeinsamkeit des innerpolitischen Reformwillens eine — wenn auch schmale — Basis gehabt hatte[157]). Es unterlag also keinem Zweifel, daß die Reichstagsfraktion eine „moralische Niederlage" erlitten hatte.

Für die Auswirkung dieser Resolution ist es nun bezeichnend, daß sie vor allem in der preußischen Landtagsfraktion eine günstige Resonanz fand. Der weit rechtsstehende Abgeordnete *Fuhrmann* verlas sie am 12. Dezember 1917 im Plenum des Abgeordnetenhauses[158]), und man wird *Thieme* recht geben müssen, wenn er darin „gleichsam eine Gegenerklärung zur Stellungnahme der Nationalliberalen Reichstagsfraktion am 19. Juli" sieht[159]). Dennoch setzte sich bei den nationalliberalen Parlamentariern, vor allem denen in der Reichstagsfraktion, in verfassungspolitischen Fragen eine gewisse „Linkstendenz" fort. Als am 10. März 1918 der Zentralvorstand zur Erörterung der Wahlrechtsfrage berufen wurde, fand der hinhaltende Widerstand der preußischen Landtagsfraktion selbst in diesem Gremium bei der Mehrheit keine Unterstützung[160]). Mit einem Abstimmungsergebnis von 64:24 bei den preußischen Mitgliedern forderte der Zentralvorstand die Landtagsfraktion auf, sich „unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken [...] auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen". Die Stimmung in der Partei, besonders bei den Vorstandsmitgliedern, blieb jedoch den ganzen Sommer 1918 so gereizt, daß der Geschäftsführende Ausschuß es nicht für ratsam hielt, den Vorstand zusammenzurufen, obwohl es von verschiedenen Seiten verlangt wurde[161]).

Die im Oktober 1918 beginnende staatliche Umwälzung machte dann aber eine Stellungnahme des Zentralvorstandes unbedingt erforderlich. Schon vor dem Umsturz der Monarchie war auf einen Antrag des Abg. *Rießer* in der Reichstagsfraktion eine Vorstandssitzung auf den 17. November angesetzt worden, in der über ein Wahlbündnis mit der benachbarten Fortschrittlichen Volkspartei beraten werden sollte. Die Einladungsschreiben gingen am 7. November hinaus[162]). Angesichts der Revolution mußte jedoch diese Zusammenkunft wieder abgesagt werden[163]).

Bei den nun beginnenden Fusionsverhandlungen mit der Fortschrittlichen Volks-

[156]) Siehe S. 428.

[157]) In außenpolitischen Fragen hatten die Nationalliberalen beim Eintritt in den Interfraktionellen Ausschuß von vornherein für sich Bewegungsfreiheit in Anspruch genommen. Vgl. Quellen 1/I S. 133.

[158]) Siehe Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 6 Sp. 6925.

[159]) Thieme S. 77.

[160]) Vgl. NLC Nr. 53 vom 10. 3. 1918; ferner Aufzeichnung von unbekannter Hand, in: Reichskanzlei 1935.

[161]) Vgl. Protokoll über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 14. 6. 1918, in: Bundesarchiv R 45/I,5.

[162]) Vgl. G. Wittig, Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei, November-Dezember 1918, Beiträge zur Parteigeschichte, in: Deutsche Stimmen, Jg. 40, 1928, S. 680 f.; ferner Bundesarchiv R 45/I,6.

[163]) NLC Nr. 220 vom 15. 11. 1918.

partei[164]) lag die Initiative ganz bei denjenigen führenden Vertretern der Nationalliberalen Partei, die gerade in Berlin waren. Zwar befanden sich unter ihnen *Friedberg* und *Stresemann*, die beiden Vorsitzenden des Zentralvorstandes, aber bevollmächtigte Parteigremien waren im übrigen nicht eingeschaltet. Von der Organisation waren schließlich nur die Reichsgeschäftsstelle und verschiedene Landesvorstände, also ein Teil der „Exekutive", einigermaßen aktionsfähig geblieben.

Nach längerem Hin und Her, das hier nicht im einzelnen zu schildern ist, kam *Friedberg* ziemlich unerwartet am 3. Dezember mit seinen Verhandlungspartnern überein, daß die Nationalliberale Partei mit der neu entstandenen Deutschen Demokratischen Partei fusionieren sollte[165]). Da er als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses über die Reichsgeschäftsstelle verfügte, konnte er einen Teil der nationalliberalen Organisation mit sich ziehen. Dagegen konnte sich der sofort meldende Widerspruch gegen die Verschmelzung, der vor allem von *Stresemann* getragen wurde, nur schwer Geltung verschaffen[166]), zumal auch die Berliner Nationalliberalen zunächst mehr zur Deutschen Demokratischen Partei hinzuneigen schienen[167]). Angesichts dieser Konstellation war es nur noch möglich, den Kampf gegen die Fusion von den Provinzen aus zu organisieren[168]). Die Initiative dazu ging — wohl unter Anstoß von *Stresemann* — vom nationalliberalen Provinzialvorstand in Hannover aus[169]). Am 7. Dezember versandte dieser ein Rundschreiben[170]) an die nationalliberalen Organisationen, von denen zu hoffen war, daß sie gleichfalls für den Fortbestand der Nationalliberalen Partei eintreten würden. Darin wurde ein Vertretertag der getreuen Nationalliberalen in Hannover vorgeschlagen und dazu aufgefordert, bis zur Gründung einer Geschäftsstelle in Berlin alle Zuschriften nach Hannover zu senden. Außerdem beantragten die Hannoveraner bei *Friedberg*, den Zentralvorstand in eine mitteldeutsche Stadt einzuberufen[171]).

Als der Zentralvorstand am 15. Dezember — allerdings wieder in Berlin — zusammentrat, hatten *Stresemann* und seine Gesinnungsgenossen bereits viele Vorkehrungen für das Fortbestehen der Nationalliberalen Partei getroffen[172]), und andererseits hatten mehrere Unterorganisationen, voran die von Württemberg[173]) und Baden[174]), die Vereinigung mit der Deutschen Demokratischen

[164]) Vgl. zum folgenden Hartenstein S. 17 ff.

[165]) Vgl. z. B. NLC Nr. 231 vom 4. 12. 1918.

[166]) Vgl. Hartenstein S. 29 f.

[167]) Für die einander widersprechenden Beschlüsse des Nationalliberalen Hauptvereins Berlin siehe NLC Nr. 234 vom 9. 12. 1918 sowie Nr. 237 vom 13. 12. 1918.

[168]) Vgl. Hartenstein S. 30.

[169]) Vgl. G. Wittig a.a.O. S. 683.

[170]) Siehe Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 243.

[171]) Vgl. G. Wittig a.a.O. S. 683. — Die Einberufung erfolgte am 6. 12. 1918, vgl. NLC.

[172]) Vgl. Hartenstein S. 31.

[173]) Vgl. K. Heger, Die Deutsche Demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien H. 24), Leipzig 1927, S. 65 f.

[174]) Hartenstein S. 29.

Partei schon vollzogen. Im wesentlichen hatte es also der Zentralvorstand mit vollendeten Tatsachen zu tun[175]).

Ihm war nur noch die Aufgabe verblieben, darüber abzustimmen, ob er die von *Friedberg* vereinbarte Fusion gutheißen oder sich für ein Fortbestehen als Deutsche Volkspartei aussprechen wollte[176]). Die Entscheidung fiel mit der knappen Mehrheit von 33:28 Stimmen für den Fortbestand — ein Ergebnis, das dadurch noch weniger überzeugend wurde, daß 168 Vorstandsmitglieder nicht daran mitgewirkt hatten. Höchstwahrscheinlich wäre die Deutsche Volkspartei auch dann gegründet worden, wenn die Abstimmung negativ ausgefallen wäre[177]). Immerhin wurde durch den Vorstandsbeschluß die historische Kontinuität zwischen Nationalliberaler Partei und Deutscher Volkspartei hergestellt, was in der Agitation der kommenden Jahre keine geringe Rolle spielen sollte[178]).

D. Der Zentralvorstand als Führungsorgan

Wie groß der Einfluß des Zentralvorstandes auf die Politik der Nationalliberalen Partei war, wird sich nicht genau abschätzen lassen. Denn so unübersichtlich wie die Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Parteigremien war, so unwägbar war auch ihr Einfluß. Das Schema eines wohlfunktionierenden Instanzenzuges ist für die so stark vom Honoratiorentum geprägte Partei schlechthin unanwendbar.

Vor allem blieb die Scheidelinie zwischen der Organisation und den parlamentarischen Vertretungen stets gewahrt, mochte auch gelegentlich bei harten Meinungskämpfen im Vorstand der Anspruch erhoben werden, daß die Fraktionen die von ihm aufgestellten Grundsätze zu befolgen hätten[179]). In jedem Fall aber zeigten sich die beiden Berliner Fraktionen für imperative Weisungen unzugänglich. Im wesentlichen blieb also der Vorstand auf seine Überzeugungskraft und auf moralischen Druck, d. h. indirekte Mittel, angewiesen.

Nur in ruhigeren Zeiten fiel dem Zentralvorstand ausnahmsweise einmal die Aufgabe zu, für die Gesamtpartei eine programmatische Stellungnahme eigen-

[175]) Die Kölnische Zeitung (Nr. 1153 vom 17. 12. 1918) bemerkte hierzu aus der Rückschau: „Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre dieses bedauerliche Ergebnis vermieden worden, wenn einige Organisationen im Lande mehr Disziplin bekundet und sich mit der Leitung in Verbindung gesetzt hätten, ehe sie auf eigene Faust Parteien gegründet oder in der Demokratie aufgegangen wären."

[176]) Über den Verlauf der Sitzung siehe Kölnische Zeitung Nr. 1150 vom 16. 12. 1918.

[177]) So auch Hartenstein S. 32. Demgegenüber neigt Nipperdey (S. 140) zu einer ungebührlichen Überschätzung dieser Vorstandssitzung, wenn er schreibt: „Eigentlich politische Macht fiel dem Vorstand 1918 zu, als er die geschichtliche Entscheidung über Bestand und Schicksal der Partei zu treffen hatte, weil er die Spitze der Organisation darstellte."

[178]) Zur Akzentuierung der Kontinuität vgl. E. Leidig, Der Übergang der Nationalliberalen Partei zur DVP, in: Deutscher Aufbau — Nationalliberale Arbeit der DVP, hrsg. A. Kempkes, Berlin 1927, S. 10.

[179]) Vgl. Einleitung S. 33f.

ständig zu erarbeiten, wie dies im Jahre 1908 im Anfangsstadium des preußischen Wahlrechtskampfes gewesen war[180]). Als dann nach 1909 die innerparteilichen Spannungen in bedenklicher Weise zunahmen, hat sich die im Geschäftsführenden Ausschuß konzentrierte Parteiführung zeitweise geradezu gescheut, ein Votum des Vorstandes einzuholen, weil zu befürchten stand, daß dadurch die schwelenden Gegensätze zum offenen Ausbruch kamen. Den erfahrenen Routiniers schien es in kritischen Situationen ratsamer, die Fraktionen mehr oder weniger geschickt lavieren zu lassen als zielbewußt eine „reinigende Krise" durchzustehen, und die Mitglieder des Zentralvorstandes waren von sich aus kaum in der Lage, die Initiative zur Lösung schwieriger Fragen an sich zu ziehen. Sie waren untereinander zu uneins, und das Gremium als Ganzes war zu schwerfällig, als daß hier ein in die Zukunft weisendes Programm hätte beschlossen werden können.

In der Regel war also der Vorstand darauf beschränkt, zu dem politischen Kurs der Berliner Fraktionen, wie er sich einmal herausgebildet hatte, Stellung zu nehmen. Oft hatten daher seine Verhandlungen einen allzu retrospektiven Charakter.

Immerhin lassen die gründlichen Vorbereitungen für die einzelnen Sitzungen erkennen, wie wichtig sie in der ganzen Partei genommen wurden. Zum Teil mochte diese lebhafte Beachtung daher rühren, daß sich im Zentralvorstand weitaus mehr als in irgendeinem anderen Gremium die Kontinuität der Nationalliberalen Partei verkörperte. Während die 1912 gewählte Reichstagsfraktion über zwei Drittel neue Mitglieder zählte, waren es beim ebenfalls neu gebildeten Vorstand nur etwa ein Drittel. Vor allem aber war es für die Stellung des Vorstandes wichtig, daß in ihm die Stimmungen der angesehenen Honoratioren in den Einzelstaaten und Provinzen zum Ausdruck kommen konnten und tatsächlich kamen. Mochten die parlamentarischen Fraktionen auch noch so sehr auf ihre Selbständigkeit pochen, auf die Dauer — spätestens beim Herannahen der Wahlen — wäre es ihnen unmöglich gewesen, gegen die erklärten Ansichten und deutlich artikulierten Stimmungen des Vorstandes einen eigenen Kurs beizubehalten. Zwar konnten im ausgehenden Kaiserreich auch in der Nationalliberalen Partei die „Honoratioren" nicht mehr uneingeschränkt dominieren, aber sie waren doch noch immer die wichtigsten Meinungsträger und folglich auch die — allerdings nicht mehr alleinigen — Sprecher der Wählerschaft.

Somit war der Zentralvorstand nicht der Ort der letzten politischen Entscheidungen in der Nationalliberalen Partei, aber er stand an einem wichtigen Platz im Vorraum dieser Entscheidungen. Er war in erster Linie ein Organ der Willensklärung und Willenskundgebung[181]) und darüber hinaus ein nicht zu unterschätzender Faktor der öffentlichen Meinung.

Seine geschichtliche Rolle wurde dadurch bestimmt, daß er durch Zusammensetzung und Tradition nach dem Scheitern des *Bülow*blocks rechts von der Reichstagsfraktion stand. In dem Prozeß der Abwendung von den Konservativen haben die Stellungnahmen des Zentralvorstandes zweifellos retardierend ge-

[180]) Siehe Einleitung S. 22f.

[181]) Vgl. hierzu Nipperdey S. 133 f.

wirkt. Von *Bassermann* ist bekannt, daß er den Stimmungsäußerungen des Vorstands auch in den Jahren vor 1914 große Beachtung geschenkt hat. *Schiffer* berichtet, daß er sich nach seiner Niederlage auf der Sitzung vom 24. März 1912 sogar mit dem Gedanken an seinen Rücktritt getragen hat[182]).

Im Kriege hat *Bassermann* es dann ebenso geschickt wie sein Nachfolger *Stresemann* verstanden, die „strammere" annexionistische Haltung des Vorstandes gegen die gemäßigten Elemente in der Reichstagsfraktion auszuspielen. Diesen sollte eindrucksvoll demonstriert werden, daß sie „im Lande" ohne Anhängerschaft waren. Als z. B. am 7. Oktober 1917 *Frhr. v. Richthofen* sich auf dem hannoverschen Provinzialparteitag für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Friedensresolution einsetzte, gab ihm der Vaterlandsparteiler *Tramm* zu verstehen, „daß dem Führer [d. i. *Stresemann*] pariert werden müsse, sonst müsse derselbe sich an den Zentralvorstand wenden, der schon das Seinige tun werde"[183]). — Nicht zuletzt machte sich in dieser rechtsgerichteten Haltung des Vorstandes der Einfluß der preußischen Landtagsfraktion geltend, die dort von Anfang an stark vertreten war und auf diesem Wege versuchte, sich auch in außenpolitischen Fragen Gehör zu verschaffen[184]).

Auch in organisatorischen Fragen beruhte das Gewicht des Vorstandes mehr auf seinen allgemeinen Willenskundgebungen als auf praktischen Entscheidungen. Ließ sich auch die Auflösung des jungliberalen und des altnationalliberalen Reichsverbandes nicht durchsetzen, so wirkten die dahingehenden Beschlüsse doch als eine deutliche Demonstration, die den Sonderbestrebungen der opponierenden Flügelgruppen mindestens moralisch das Wasser abgrub. Gegenüber schwächeren innerparteilichen Widersachern war der Vorstand übrigens durchaus erfolgreich, wie im Februar 1913 das Beispiel der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz zeigte, die als außerhalb der Partei stehend erklärt wurde und bald darauf einging[185]).

Seit der Krise von 1912 wurden die Schwächen des Zentralvorstandes immer offenkundiger. Das führte zu zahlreichen Überlegungen, wie sich eine bessere Verklammerung des Vorstandes mit denjenigen Kräften, die für die nationalliberale Willensbildung von Bedeutung waren, bewerkstelligen lassen konnte. In erster Linie wurde es als störend empfunden, daß Vorstand und Reichstagsfraktion häufig an verschiedenen Strängen zogen. Um den Reibungskoeffizienten zwischen beiden Gremien herabzumindern, hatte sich die Reichstagsfraktion, wie oben bereits erwähnt[186]), im Frühjahr um einen geschlossenen Eintritt in den Zentralvorstand bemüht. Dieser Versuch war an der Eifersucht gescheitert, mit der die Preußenfraktion ihre Ebenbürtigkeit verteidigte.

Dagegen wurde nach der Revolution die Reichstagsfraktion der neugegründeten Deutschen Volkspartei, deren Satzung sich eng an die Satzung der National-

[182]) Vgl. Schiffer a.a.O. S. 200.

[183]) Vgl. die Aufzeichnung *Frhr. v. Richthofens* in seinem Nachlaß Fasz. 12.

[184]) Vgl. Thieme S. 53 ff.

[185]) Siehe Einleitung S. 18 sowie S. 190.

[186]) Siehe Einleitung S. 28.

liberalen anlehnte, in cumulo in den Zentralvorstand aufgenommen[187]). Zugleich änderte sich jetzt auch die Funktion der Kooptation, die bei den Nationalliberalen eindeutig die Honoratioren begünstigt hatte. Künftig sollten die Zuwahlen primär dazu benutzt werden, um Vertreter von bisher weniger berücksichtigten Berufsgruppen (Arbeiter, Handwerker u. ä.) in den Vorstand hineinzubringen[188]). Als am 12. April 1919 die ersten Zuwahlen zum Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei veranstaltet wurden, erklärte daher *Stresemann:* „[...] wenn Sie aus ganz Deutschland nur einen Handwerker wählen, dann müssen wir uns umsehen, ob wir noch Handwerker für den Zentralvorstand bekommen können[189])." Ebenso sollte es der besseren Integration der für die Partei tätigen Kräfte dienen, daß künftig einige Pressevertreter[190]) sowie einige Geschäftsführer der Regionalverbände in den Vorstand aufgenommen werden sollten[191]). Letzteres bedeutete zweifellos für die rasch wachsende Parteibürokratie eine große Anerkennung.

Alle diese Reformen wirkten sich dahin aus, daß der Repräsentationsmodus für das Führungsgremium der veränderten sozialen Situation besser angepaßt wurde. Daneben waren vielfältige Bemühungen darauf gerichtet, wie die Schwerfälligkeit des Vorstandes ausgeglichen werden könnte. Der nationalliberale Zentralvorstand war im Laufe des Krieges auf schließlich 229 Mitglieder angewachsen. Schon durch diese Größe erwies er sich für rasche und detaillierte Beschlußfassung als wenig geeignet. Auch der Umstand, daß die Einladungsschreiben mindestens 14 Tage vor der Sitzung hinausgehen mußten[192]), war ein schweres Handikap.

Um nun die Arbeit wirkungsvoller zu gestalten, gab der Rheinische Provinzialvorstand 1916 die Anregung nach Berlin, „den Sitzungen eine etwas andere Struktur zu geben, damit sie weniger als Vertretertage, sondern mehr als politisch-wissenschaftliche Arbeitsgelegenheiten in Erscheinung träten"[193]). An dem Ablauf der Sitzungen wurde daraufhin zwar nichts geändert, aber vielleicht hat die rheinische Anregung mit dazu beigetragen, daß beim nächsten Zusammentritt des Vorstandes verschiedene Ausschüsse eingesetzt wurden, z. B. ein Finanzausschuß, der im Hinblick auf die zu erwartenden Kriegsfolgelasten „den Entscheidungen der nationalliberalen Fraktionen in den Parlamenten" vorarbeiten sollte[194]).

[187]) Vgl. Bundesarchiv R 45/II,34 S. 245. — Den Text der neuen Satzung siehe in: Nachlaß Stresemann 210.

[188]) In der Satzung vom 13. 4. 1919 hieß es: „Bei der Zuwahl ist dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alle Berufe und Bevölkerungsschichten in Stadt und Land ausreichend berücksichtigt sind."

[189]) Vgl. Bundesarchiv R 45/II,34 S. 23.

[190]) Bereits auf der Zentralvorstandssitzung vom 10. 3. 1918 war die Aufnahme von drei Vertretern des „Reichsvereins der nationalliberalen Presse" beschlossen worden. Vgl. NLC Nr. 53 vom 10. 3. 1918.

[191]) In der Satzung vom 13. 4. 1919 hieß es: „Fünf der Zuzuwählenden müssen aus dem Kreise der leitenden Parteibeamten gewählt werden."

[192]) In der Regel erfolgten die Einladungen etwa einen Monat vor der Sitzung.

[193]) Siehe Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz, Jg. 10, 10. 6. 1916.

[194]) *Friedberg* an Geheimrat *[Rebmann]* am 20. 2. 1917, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 243.

Die beschränkte Aktionsfähigkeit des Zentralvorstandes ließ es zudem je länger desto mehr geraten erscheinen, zur Leitung der Partei ein engeres Gremium heranzuziehen. Ohne daß dafür eine Bestimmung in der Parteisatzung vorhanden war, bildete sich aus diesem Grunde die Gewohnheit heraus, für schnelle Entscheidungen ein Treffen der Landesvorsitzenden einzuberufen.
Anlaß dazu war zunächst die Notwendigkeit, die Kandidatenaufstellung besser zu koordinieren und die Möglichkeiten von zentralen, für das ganze Reich geltenden Stichwahlabkommen zu prüfen[195]). Zwar lagen die Verhandlungen mit anderen Parteien traditionsgemäß in den Händen des Geschäftsführenden Ausschusses, aber was hätte dessen Initiative genutzt, wenn ganze Landesverbände nicht bereit waren, mitzumachen.
Zur Vorbereitung der Reichstagswahlen wurden die Landesvorsitzenden wohl zum ersten Male im April 1910 herangezogen[197]). Der Erfolg ihres Zusammentreffens scheint allerdings nicht bedeutend gewesen zu sein; jedenfalls versagten sich im nächsten Jahr die Organisationen von Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen-Darmstadt dem von vielen Seiten geäußerten Wunsch, schon bei den Hauptwahlen mit der Fortschrittlichen Volkspartei zusammenzugehen[198]). Erst als unter dem Eindruck der schlecht ausgefallenen Hauptwahlen die Landesvorsitzenden am 16. Januar 1912 erneut zusammengerufen wurden, waren sie bereit, wenigstens für die Stichwahlen einer allgemeinen Wahlabsprache mit den Linksliberalen ihre Zustimmung zu geben[199]).
Zu größerer Bedeutung gelangte die Konferenz der Landesvorsitzenden, die zusammen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß zu tagen pflegte, erst im Weltkriege. Noch bevor sich die Reichstagsfraktion und der Zentralvorstand auf annexionistische Ziele festgelegt hatten, setzten sich die Landesvorsitzenden am 16. Mai 1915 öffentlich dafür ein, daß die militärischen Erfolge „auch politisch restlos ausgenützt werden" müßten. „Insbesondere im Westen", so hieß es im offiziösen Bericht[200]), sei „das zur Sicherung und Verstärkung unserer Machtstellung zu Wasser und zu Lande nötige Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich an das Deutsche Reich" anzugliedern. „Im Osten müßten nicht nur strategisch bessere Landesgrenzen, sondern auch neues Siedlungsland erworben werden." Durch diese Willenskundgebung, mit der sich übrigens zum ersten Mal während des Krieges eine politische Partei für einen ausgesprochenen Siegfrieden einsetzte, wurde der annexionistische Kurs der Nationalliberalen Partei so markiert, wie er unter gewissen Modifikationen bis in das Jahr 1918 hinein in Geltung bleiben sollte. Die drei Monate später, am 15. August 1915 stattfindende Vorstandssitzung brachte dann gleichsam nur noch die Bestätigung des hier eingeschlagenen Weges[201]).

[195]) Zur Problematik vgl. allgemein: E. Bau, Zentralisation der Stichwahlverhandlungen, in: Jungliberale Blätter, Jg. 10, Nr. 33 vom 20. 8. 1910.

[197]) Vgl. den Jahresbericht des Geschäftsführenden Ausschusses vom 19. 3. 1911, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 172.

[198]) Vgl. den Artikel „Das nationalliberal-fortschrittliche Wahlabkommen", in: Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz, Jg. 2, 20. 4. 1911; ferner Koch S. 112.

[199]) Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 56 vom 17. 1. 1912.

[200]) Siehe Nationalliberale Blätter, Jg. 27, 6. 6. 1915.

[201]) Siehe S. 203.

Noch unmittelbarer war die Einwirkung der Konferenz der Landesvorsitzenden auf den Zentralvorstand, als sie im Mai 1916 vom Geschäftsführenden Ausschuß in die Vorbereitung der einzubringenden Resolutionen eingeschaltet wurde[202]).

Nach der russischen Februar-Revolution und der Osterbotschaft waren es wiederum die Landesvorsitzenden, die als erstes repräsentatives Gremium stellvertretend und vorgreifend für die Gesamtpartei Stellung nahmen. *Stresemann* hatte die Einberufung der Konferenz befürwortet, um auf diese Weise die Forderung nach einem Zusammentritt des Zentralvorstandes aufzufangen. Wenn schon, so meinte er, „nach irgendeiner Richtung hin einmal ein Ventil geöffnet" werden müsse, so sei die Aussprache in diesem kleineren Kreise vorzuziehen. Dort hoffte *Stresemann*, der Kritik an der Reichstagsfraktion, die hauptsächlich vom schwerindustriellen Flügel um den Abgeordneten *Hirsch* geübt wurde, besser begegnen zu können[203]). Zwar bekannten sich die Landesvorsitzenden auch in der veränderten Situation zu einem „unbeugsamen Festhalten an den bisherigen Kriegszielen der Partei" und brachten z. T. auch starke Bedenken gegen die reformerische Arbeit der nationalliberalen Vertreter im Verfassungsausschuß zum Ausdruck[204]), aber es gelang *Friedberg* und *Stresemann* dann doch, in der abschließenden Resolution einen Passus durchzusetzen, in dem — unter Ablehnung einer „Parlamentsherrschaft nach fremden Muster" — entschieden eine „Erweiterung der Parlamentsrechte" gefordert wurde[205]). Die weitere positive Mitarbeit im Verfassungsausschuß schien damit gesichert, und *Stresemann* schrieb befriedigt an *Bassermann:* „Ich hoffe, daß wir für lange Zeit jetzt mehr Ruhe haben werden, und ich bitte Sie nur, sich nicht durch Einflüsterungen von beteiligter Seite zu der Auffassung bringen zu lassen, als wenn es in der Partei schlecht stände."[206])

Freilich sollte die Ruhe nur kurze Zeit dauern, denn bereits einen Monat später stürzte die Friedensresolution des Reichstags die Nationalliberale Partei in schwerste innere Kämpfe. Der Zentralvorstand, der am 23. September tagte, nahm die Kritik der Landesvorsitzenden an der Reichstagsfraktion in wesentlich massiverer Form wieder auf und ließ sich aus dieser Oppositionsstellung heraus zu einer Verurteilung des Parlamentarismus in jeder Form hinreißen[207]).

Eine erweiterte, nicht nur vorbereitende Funktion erhielten die Landesvorsitzenden dann am 13. Oktober 1918, als sie einberufen wurden, um den Eintritt der Nationalliberalen in die Regierung *Max von Baden* zu sanktionieren[208]). Unter normalen Umständen wäre dies eine Aufgabe des Zentralvorstandes gewesen.

[202]) Siehe S. 220f.

[203]) *Stresemann* an *Prinz zu Schönaich-Carolath* am 13. 6. 1917, in: Nachlaß Stresemann 172.

[204]) Zum Verlauf der Konferenz vgl. den Bericht *Rebmanns* (badischer Vertreter) vom 20. 6. 1917, in: Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 243; ferner *Stresemann* an *Bassermann* am 19. 6. 1917, in: Nachlaß Stresemann 133.

[205]) Text der Resolution in: Schulthess 1917/I S. 641 f.

[206]) Vgl. Anm. 204.

[207]) Siehe S. 428.

[208]) Vgl. NLC Nr. 197 vom 13. 10. 1918; auch Quellen 2 S. 178 ff.

Im Laufe des Krieges hatte sich also das neue Gremium einen ziemlich festen Platz im Gefüge der Partei erworben. Es war daher nur zu verständlich, daß bei den Beratungen über die Satzung der Deutschen Volkspartei, in die große Teile der alten nationalliberalen Organisation übergingen, der Vorschlag gemacht wurde, die Konferenz der Landesvorsitzenden zu einer satzungsgemäßen Einrichtung zu machen.
Zur Begründung führte der Vertreter der oldenburgischen Organisation aus:

Der Zentralvorstand ist nur sehr bedingt arbeitsfähig, dafür sprechen alle Erfahrungen. Ich glaube, dem werden Sie alle zustimmen, und wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine Versammlung der Landesvorsitzenden, die aus etwa 30 bis 40 und höchstens 60 Herren bestand, sich als ausgezeichnet arbeitswirksam bewährt hat[209]).

Beim ersten Anlauf konnten sich jedoch die Befürworter der neuen Zwischeninstanz noch nicht durchsetzen[210]). Die erste Fassung der volksparteilichen Statuten hielt sich noch ganz an das alte nationalliberale Schema.
Trotzdem nahm die Bedeutung der Konferenz weiter zu. Als die uneinheitliche Haltung der Volkspartei während des *Kapp*-Putsches in den eigenen Reihen große Verwirrung anstiftete, beeilte sich *Stresemann*, die Wahlkreisvorsitzenden, die jetzt etwa an die Stelle der Landesvorsitzenden getreten waren, zusammenzurufen und sich von ihnen ein Vertrauensvotum geben zu lassen[211]). Im Jahre 1920 tagten die Wahlkreisvorsitzenden nicht weniger als viermal[212]).
Als im Dezember 1921 die Satzungen revidiert wurden, kam es dann zur Einsetzung eines „Reichsparteiausschusses“[213]), der sich aus dem Geschäftsführenden Ausschuß, den Wahlkreisvorsitzenden und ihren Stellvertretern zusammensetzen sollte. Dieser Ausschuß sollte „in Fällen eiliger wichtiger Entscheidungen, zur Besprechung vertraulicher politischer Angelegenheiten und zur Aufstellung des Reichswahlvorschlages“ einberufen werden[214]). Das neue Gremium deckte sich also nach Zusammensetzung und Funktion im wesentlichen mit der Konferenz der Landesvorsitzenden. In der Hand eines so geschickten Organisators wie *Stresemann* bedeutete es zweifellos eine Straffung des Zusammenhaltes, zumal bei der Satzungsänderung gleichzeitig festgelegt wurde, daß die Geschäftsführer der Wahlkreisverbände nur im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß in Berlin anzustellen seien[215]).
Vorgeschichte und Entstehung des Reichsausschusses bezeichnen einen wichtigen Schritt zum Aufbau einer rational durchgegliederten Organisation. Erst jetzt läßt sich im Hinblick auf die nationalliberale bzw. volksparteiliche Organisation von einem „Apparat“ sprechen. Der Zentralvorstand als Organ

[209]) Siehe Protokoll der Sitzung des Zentralvorstandes vom 12. 4. 1919, in: Bundesarchiv R 45/II,34 S. 211.

[210]) A.a.O. S. 215.

[211]) Vgl. NLC Nr. 67 vom 29. 3. 1920.

[212]) Am 28. 3. 1920, 17. 4. 1920, 16. 6. 1920, 4. 10. 1920 (nach NLC).

[213]) Vgl. Vierter Parteitag der DVP in Stuttgart, 1. und 2. Dez. 1921, Gesamtbericht, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin o. J.

[214]) Den Text der veränderten Satzung siehe in: Bundesarchiv R 45/II,27.

[215]) Vgl. R. Thimme, Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923—25 (Historische Studien H. 382), Lübeck und Hamburg 1961, S. 61.

der Honoratioren blieb indes weiter bestehen, wenn er auch durch den Reichsausschuß und andere Organisationsformen sozusagen stillschweigend unterwandert wurde[216]).

Wenn sich der Zentralvorstand in seiner Eigenart als Honoratiorengremium so erstaunlich lange hielt, so lag das vor allem in dem Charakter des deutschen Rechtsliberalismus selbst begründet. Der Vielfalt verschiedenartiger Gruppierungen im großen und mittleren Bürgertum entsprach am ehesten eine lockere Organisationsform, die für ein konsequentes rationales Entscheidungshandeln durchaus ungeeignet war. So konnte auch der Einfluß eines solchen Gremiums wie des Zentralvorstandes nur in seiner auctoritas, nicht in seiner potestas liegen. Die Integration der divergierenden Strömungen konnte sich nur in allgemeinen Stimmungskundgebungen, nicht in einer profilierten Programmatik vollziehen.

Mochte *Bassermann* gelegentlich auch mit der Majorität des Vorstandes in Reibung geraten, so war doch sein Führungsstil diesem Gremium mit seinem lockeren Nebeneinander selbstbewußter Honoratiorengruppen völlig angepaßt. Als er einmal von Freunden aufgefordert wurde, gegenüber den streitenden Gruppen energischer durchzugreifen, erklärte er „sehr nachdrücklich, die Partei könnte nur durch Nachgeben zusammengehalten werden, jedes schärfere Anziehen der Zügel würde sie sprengen. Sie sei eine Mittelpartei, alle Berufsschichten umfassend, und deshalb gezwungen, die mittlere Linie zu halten, so daß sie auch niemals die Führung in einer Klassenbewegung bekommen oder energisch geführte Klassenelemente befriedigen könne; das müsse er stets berücksichtigen"[217]). Dementsprechend bestand *Bassermanns* Führungsmethode im Zentralvorstand hauptsächlich darin, durch eine geschickt abgewogene Rede eine einheitliche Grundstimmung in der Versammlung zu erzeugen, ohne den Mitgliedern das Gefühl zu nehmen, daß sie den Kurs der Partei mitbestimmen könnten. Der Erfolg dieses Verfahrens war oft so groß, daß in der anschließenden Aussprache viele Schärfen vermieden und gelegentlich sogar Anträge mit Rücksicht auf die positive Stimmung zurückgezogen wurden.

Stresemann ist später in der Deutschen Volkspartei in dieser Hinsicht durchaus den Spuren seines Vorgängers gefolgt. Seiner glänzenden Rednergabe gelang es immer wieder, den Vorstand in seinen Bann zu ziehen[218]) und gelegentlich auch

---

[216]) Diese Tendenz setzte sich auch in den von *Stresemann* inaugurierten Reformbestrebungen der Jahre 1928/29 fort. Dem Zentralvorstand sollten fortan alle Wahlkreisgeschäftsführer als geborene Mitglieder angehören, während das Recht zur Kooptation in die Hand eines kleinen Führungsgremiums, des „Parteivorstandes", gelegt werden sollte. Auch in der neuen Bezeichnung „Parteiführer" statt bisher „Parteivorsitzender" sollte die Straffung des Apparates zum Ausdruck kommen. Vgl. Staatssekretär a. D. *Kempkes* an *Stresemann* am 10. 9. 1929, in: Nachlaß Stresemann 106; ferner Henry Ashby Turner (jr.), Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963, S. 254 f.

[217]) Siehe Schiffer, Um Bassermann und Bethmann, in: Historisch-politisches Archiv zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Bd. 1, Leipzig 1930, S. 200 f.

[218]) Wie weit *Stresemanns* Wirkung gehen konnte, spiegelt sich in einer Notiz der Nationalliberalen Correspondenz (Nr. 189 vom 15. 11. 1924) über die Zentralvorstandssitzung vom 13. 11. 1924: „Der Zentralvorstand stellte sich ohne wesentliche Aussprache auf den Boden der Grundsätze, die vom Parteiführer Reichsminister Dr. *Stresemann* entwickelt wurden."

dissentierende Mitglieder der Reichstagsfraktion vor den Augen der nichtparlamentarischen Partei zu isolieren. Als er z. B. im Sommer und Herbst 1928 wegen seines eigenmächtigen Vorgehens bei der Bildung der Großen Koalition in seiner Fraktion starker Kritik ausgesetzt war, da war es der Zentralvorstand, der durch sein einmütiges Vertrauensvotum die angeschlagene Autorität des Parteiführers wiederherstellte[219]).

Aber der Nachfolger *Bassermanns* verstand sich nicht nur auf die irrationalen Momente in der Behandlung des Zentralvorstandes (und des Parteitages), sondern genau so gut auch darauf, wie man mit Geschäftsführern bürokratisch arbeitet und wie man durch eine zielbewußte Personalpolitik seine Stellung untermauern kann. Ebenso wußte er als langjähriger Syndikus „die Bedeutung der Verbände für das eigene politische Wirken und für die eigene politische Situation" in Rechnung zu stellen[220]). Hierin war er ganz das Kind einer moderneren Welt, die das bloße Honoratiorentum hinter sich gelassen hatte. Es gehörte also auch im organisatorischen Bereich zur Eigenart und zur Stärke *Stresemanns*, daß er das Alte mit dem Neuen in wirkungsvoller Weise zu verbinden wußte.

E. Zur Edition

Die vorliegende Edition setzt sich eine doppelte Aufgabe: sie möchte einerseits am Beispiel des Zentralvorstandes die innerparteilichen Entscheidungsprozesse bei den Nationalliberalen beleuchten und andererseits zur Klärung des Weges beitragen, den der rechte Liberalismus beim Übergang Deutschlands zur parlamentarischen Demokratie gegangen ist. Damit berührt sich diese Arbeit auf einem Teilgebiet mit der Edition der Materialien zum Interfraktionellen Ausschuß, in der bereits mehrfach auf den nationalliberalen Zentralvorstand Bezug genommen wurde[221]).

Leider sind Protokolle von diesen Vorstandssitzungen nur teilweise erhalten. Aus der Vertraulichkeit der Verhandlungen ergab es sich als eine Selbstverständlichkeit, daß die Protokolle nicht veröffentlicht wurden. Offensichtlich sind auch nicht von allen Verhandlungen stenographische Protokolle aufgenommen worden[222]). Von der Sitzung am 24. März 1912 z. B. wurde durch den General-

[219]) Vgl. Gustav Stresemann, Vermächtnis, hrsg. Henry Bernhard, Berlin 1933, Bd. 3 S. 322. Ähnliches ereignete sich auf der Vorstandssitzung vom 18. 11. 1923, vgl. a.a.O. Bd. 1 S. 226.

[220]) Siehe Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie, München 1964, S. 152. Zu *Stresemanns* organisatorischem Geschick vgl. allgemein: Franz Miethke, Dr. Gustav Stresemann als Wirtschaftspolitiker, Dresden 1919; ferner Anm. 215.

[221]) Quellen 1/I S. 157, 194, 559 sowie 1/II S. 222 u. 293.

[222]) Sicher belegt ist das Vorhandensein eines stenographischen Protokolls nur noch für die Vorstandssitzung vom 11. 5. 1912; vgl. Bundesarchiv R 45/I,4 (Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 9. 6. 1913). Sinnprotokolle sind erhalten von den Sitzungen am 9. 5. 1893, 7. 3. 1898 und 20. 3. 1898, siehe Kleine Erwerbungen Nr. 303—9.

sekretär lediglich ein Sinnprotokoll angefertigt[223]). Vollständige stenographische Aufzeichnungen sind uns jedenfalls nur für die Sitzungen am 9. Februar 1913, 21. Mai 1916 und 23. September 1917 überliefert. Sie befanden sich im Nachlaß von Eduard *Dingeldey*[224]), der sie bei der Auflösung der Deutschen Volkspartei aus dem Parteiarchiv herausgenommen hatte, um Vorgeschichte und Geschichte seiner Partei zu schreiben.

Angesichts des beträchtlichen Umfangs der Protokolle erwies sich eine Kürzung des Textes als notwendig. Von den weggelassenen Abschnitten wurden Regesten angefertigt; um eine Zerstückelung des Textes zu vermeiden, wurden jedoch möglichst nur größere Verhandlungskomplexe in Regestenform wiedergegeben. Namentlich wurden davon die Erörterungen über „Fleischteuerung und innere Kolonisation" (Februar 1913) sowie über die Errichtung des Kriegsernährungsamtes (Mai 1916) betroffen, in denen kaum etwas gesagt wird, was nicht auch seinen Niederschlag in gedruckten zeitgenössischen Zeugnissen gefunden hat.

Auf der anderen Seite schien es jedoch wünschenswert, wenigstens für die Zeit des letzten kaiserlichen Reichstags der relativen Zufälligkeit der Überlieferung entgegenzuwirken. Um das besonders schmerzliche Fehlen eines ausführlichen Protokolls für die konstituierende Vorstandssitzung am 24. März 1912 auszugleichen, wurden mehrere Berichte aus Korrespondenzblättern, Parteiakten und Tageszeitungen nebeneinander gestellt, wodurch sich ein leidlich abgerundetes Bild von dieser wichtigen Tagung gewinnen läßt. Ferner wurde eine längere Aufzeichnung *Stresemanns* über die Vorstandssitzung vom 15. August 1915 aufgenommen, in der die Integrationskraft des Zentralvorstandes besonders eindrücklich hervortrat. — Um deutlich zu zeigen, wieviel von den vertraulichen Verhandlungen[225]) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, wird außerdem der parteioffiziöse Pressebericht über eine Vorstandssitzung abgedruckt. Freilich wurde in der Praxis die Vertraulichkeit nur dann einigermaßen gewahrt, wenn es gelang, scharfe Kontroversen von den Verhandlungen fernzuhalten. Sowohl bei den Versuchen, den Einfluß der Jungliberalen auszuschalten[226]), als auch bei der Stellungnahme zur Frage des Parlamentarismus im Frühherbst 1917[227]) wurden zahlreiche Einzelheiten über den Sitzungsverlauf in die Öffentlichkeit getragen.

[223]) Abgedruckt S. 90 ff. Diesen Aufzeichnungen des Generalsekretärs für den Geschäftsführenden Ausschuß war der Vorwurf mangelnder Objektivität gemacht worden, vgl. S. 90 u. 93. Es wäre daher durchaus möglich, daß die Parteileitung diese Kritik zum Anlaß genommen hat, fortan ein stenographisches Büro mit der Protokollaufnahme zu beauftragen.

[224]) Im Nachlaß Dingeldey befanden sich außerdem noch mehrere Protokolle von Vorstandssitzungen der DVP, siehe Bundesarchiv R 45/II,34 u. 38.

[225]) Während der Sitzung wurde immer wieder auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen hingewiesen. Vgl. S. 136, 150, 176, 233, 249, 294, 321, 324, 335, 351, 421.

[226]) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 156 vom 25. 3. 1912.

[227]) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 490 vom 25. 9. 1917 und Nr. 494 vom 27. 9. 1917, worin es heißt: „Es hätte vielleicht zum Verständnis der Stimmungen und Strömungen bei der Zentralvorstandssitzung beigetragen, wenn auch schon im parteiamtlichen Bericht mitgeteilt worden wäre, daß die Frage der Parlamentarisierung verschiedenen Auffassungen begegnete und die jetzige völlige Ablehnung des Gedankens einer weitergehenden Parlamentarisierung nur mit der sehr geringen Mehrheit von zwei Stimmen bei mehr als 100 Abstimmungen zum Beschlusse erhoben wurde."

Im großen und ganzen dürfen die überlieferten Stenogramme, die von „Max *Bäckler's* Stenographischem Bureau" angefertigt wurden, als zuverlässig gelten. Dem Text der Edition wurde jeweils die korrigierte Fassung der maschinenschriftlichen Übertragung zugrunde gelegt. Nur gelegentlich erwies es sich als notwendig, die Anträge aus den Vorakten zu der entsprechenden Sitzung in den fortlaufenden Text einzufügen. — Im übrigen wurden Zeichensetzung und Rechtschreibung stillschweigend normalisiert. Die Namen sind im Text hervorgehoben, und zwar die Sprecher durch Fettdruck, die übrigen Namen durch Kursivdruck. Regesten und Antragstexte sind in einer kleineren Type wiedergegeben. Die Technik der Anmerkungen wurde analog zu den bisherigen Bänden dieser Editionsreihe eingerichtet.

Für die Kommentierung wurden neben der gedruckten Parteiliteratur die Nachlässe von *Schiffer*, *Frhr. v. Richthofen*, *Marwitz* und vor allem von *Stresemann*, der an den Vorbereitungen für die Sitzungen stets sehr intensiv beteiligt war, herangezogen. Auf einen Abdruck ergänzender Dokumente wurde jedoch verzichtet. Dafür macht es sich die Einleitung zur Aufgabe, die allgemeinen organisationsgeschichtlichen Gesichtspunkte herauszustellen und den politischen Hintergrund der Vorstandssitzungen kurz zu skizzieren. Ferner wurde aus den Listen, welche jeweils den Protokollen beiliegen, ein Verzeichnis zusammengestellt, das über Beruf, Parteistellung, regionale Herkunft, Anwesenheit und Wortmeldungen der Zentralvorstandsmitglieder Auskunft gibt.

Anlagen

Die Satzungen der Nationalliberalen Partei von 1892, 1905 und 1912

Satzungen der Nationalliberalen Partei von 1912

(Beschlossen vom Allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Berlin am 12. Mai 1912.)

I. Organisation

§ 1.

Die Organisation der Nationalliberalen Partei umfaßt:

1. den Allgemeinen Vertretertag als oberstes beschließendes Organ;
2. den Zentralvorstand mit seinem Geschäftsführenden Ausschuß als oberstes verwaltendes Organ;
3. die landschaftlichen Verbände, die Wahlkreis-, Bezirks- und örtlichen Organisationen;
4. die besonderen, der Vertretung nationalliberaler Grundsätze gewidmeten Vereine (Arbeiter-, Jugendvereine usw.).

II. Allgemeiner Vertretertag

§ 2.

Der Allgemeine Vertretertag ist die oberste Instanz der Partei. Er hat die Grundsätze und Ziele der Partei festzusetzen und zu erläutern sowie die allgemeinen Programmkundgebungen zu erlassen.

Organisations-Statut der Nationalliberalen Partei von 1905

(Beschlossen vom Allgemeinen Delegiertentag der Nationalliberalen Partei in Dresden am 20. Mai 1905.)

1. Organisation

§ 1.

Die Organisation der Nationalliberalen Partei umfaßt:

1. den allgemeinen Vertretertag als oberstes beschließendes Organ;
2. den Zentralvorstand mit seinem Geschäftsführenden Ausschuß als oberstes verwaltendes Organ;
3. die landschaftlichen Verbände, die Wahlkreis-, Bezirks- und örtlichen Organisationen;
4. die besonderen, der Vertretung nationalliberaler Grundsätze gewidmeten Vereine (Arbeiter-, Jugendvereine usw.) mit ihren Verbänden.

2. Allgemeiner Vertretertag

§ 2.

Der allgemeine Vertretertag ist die oberste Instanz der Partei. Er hat die Grundsätze und Ziele der Partei festzusetzen und zu erläutern und die allgemeinen Programmkundgebungen zu erlassen.

Organisations-Statut vom 20. Januar 1892

(Beschluß der vereinigten Fraktionen der Nationalliberalen Partei des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses.)

§ 14.

Allgemeine Programmkundgebungen der Partei bedürfen der Genehmigung des Allgemeinen Delegiertentages, welcher durch den Zentralvorstand berufen wird.

1912	1905	1892
§ 3.	§ 3.	
Der Vertretertag wird durch den Zentralvorstand berufen. Er muß innerhalb zweier Kalenderjahre mindestens einmal berufen werden.	Der Vertretertag wird durch den Zentralvorstand berufen. Er muß innerhalb zweier Kalenderjahre mindestens einmal berufen werden.	
Der Zentralvorstand kann beschließen, daß während des Vertretertages am Orte desselben eine besondere Versammlung stattfindet, zu der jeder Parteigenosse Zutritt hat. Auf solche Versammlungen findet § 2 keine Anwendung.	Der Zentralvorstand kann beschließen, daß während des Vertretertages am Orte desselben eine besondere Versammlung stattfindet, zu der jeder Parteigenosse Zutritt hat. Auf solche Versammlungen findet § 2 keine Anwendung.	
§ 4.	§ 4.	
Den Ort und die Tagesordnung des Vertretertages bestimmt der Zentralvorstand, soweit nicht durch einen Vertretertag bereits Anordnungen hierüber getroffen sind.	Den Ort und die Tagesordnung des Vertretertages bestimmt der Zentralvorstand, soweit nicht durch einen Vertretertag bereits Anordnungen hierüber getroffen sind.	
Anträge, welche von mindestens 15 Vertretern (§ 5, 1—7) vierzehn Tage vorher dem Zentralvorstande eingereicht werden, sind auf die Tagesordnung zu setzen und sofort den Mitgliedern des Zentralvorstandes mitzuteilen.	Anträge, welche von mindestens 15 Vertretern (§ 5, 1—7) vierzehn Tage vorher dem Zentralvorstand eingereicht werden, sind auf die Tagesordnung zu setzen und sofort den Mitgliedern des Zentralvorstandes mitzuteilen.	
§ 5.	§ 5.	§ 15.
Zum Allgemeinen Vertretertag sind einzuladen:	Zum Allgemeinen Vertretertag sind einzuladen:	Zum Allgemeinen Delegiertentag sind einzuladen:
1. die Mitglieder des Zentralvorstandes;	1. die Mitglieder des Zentralvorstandes;	1. die nationalliberalen Abgeordneten des Reichstags und der Landtage der Einzelstaaten und die Mitglieder des Zentralvorstands;
2. die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Reichstags;	2. die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Reichstages;	2. die Vertrauensmänner der provinziellen
3. die nationalliberalen Landtagsmitglieder, soweit sie als solche zu den Listen	3. die nationalliberalen Landtagsmitglieder, soweit sie als solche zu den Listen	

der Geschäftsstelle des Zentralvorstandes gemeldet sind;

4. die innerhalb der organisierten Reichstagswahlkreise gewählten Vertreter (§ 6);
5. die vom Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes benannten Vertreter der nicht organisierten Reichstagswahlkreise (§ 7);
6. Vertreter der besonderen, einem landschaftlichen Verbande angeschlossenen Vereine (§ 1, 4);
7. die Geschäftsführer der landschaftlichen Verbände.

Bei den Verhandlungen des Vertretertages sind die Mitglieder der in § 1 Nr. 3 und 4 bezeichneten Verbände und Vereine in der Regel und soweit es der Raum gestattet, als Zuhörer zuzulassen.

§ 6.

Den organisierten Wahlkreisen steht das Recht zu, je zwei Vertreter zu wählen. Sind in einem Wahlkreis bei den Reichstagswahlen im ersten Wahlgange mehr als 3000 Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben, so kann für diesen Wahlkreis ein dritter Vertreter gewählt werden. Sind mehr als 6000 Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben, so kann ein vierter Vertreter gewählt werden, desgleichen ein fünfter, wenn mehr als 10000 nationalliberale Stimmen im ersten Wahlgang abgegeben worden sind.

der Geschäftsstelle des Zentralvorstands gemeldet sind;

4. die innerhalb der organisierten Reichstagswahlkreise gewählten Vertreter (§ 6);
5. die vom Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes benannten Vertreter der nicht organisierten Reichstagswahlkreise (§ 7);
6. die innerhalb des Reichsverbands der nationalliberalen Jugendvereine gewählten Vertreter und die Vertreter der übrigen besonderen Vereine (§ 1 Nr. 4);
7. die Geschäftsführer der landschaftlichen Verbände.

Bei den Verhandlungen des Vertretertags sind die Mitglieder der in § 1 Nr. 3 und 4 bezeichneten Verbände und Vereine in der Regel und soweit es der Raum gestattet, als Zuhörer zuzulassen.

§ 6.

Den organisierten Wahlkreisen steht das Recht zu, je zwei Vertreter zu wählen. Sind in einem Wahlkreis bei den Reichstagswahlen im ersten Wahlgange mehr als 3000 Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben, so kann für diesen Wahlkreis ein dritter Vertreter gewählt werden. Sind mehr als 6000 Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben, so kann ein vierter Vertreter gewählt werden, desgleichen ein fünfter, wenn mehr als 10000 nationalliberale Stimmen im ersten Wahlgang abgegeben worden sind.

und landschaftlichen Verbände mit der Maßgabe, daß in der Regel für jeden Reichstagswahlkreis, den die Organisation umfaßt, dem Verbandsvorstand drei Einladungskarten zur Verfügung gestellt werden;

3. die Vertrauensmänner der nicht organisierten Bezirke, mit der Maßgabe, daß für jeden Reichstagswahlkreis dieser Bezirke höchstens drei Einladungen durchschnittlich versandt werden.

Für den Allgemeinen Delegiertentag, wie für allgemeine Parteitage gilt die Geschäftsordnung des Reichstags.

1912	1905	1892
Ist die Nationalliberale Partei in einem Reichstagswahlkreise für einen Kompromißkandidaten anderer Parteirichtung eingetreten, so entscheidet der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralvorstandes, nach welchem Stimmenmaß die Abordnung von gewählten Vertretern erfolgen darf.	Ist die Nationalliberale Partei in einem Reichstagswahlkreise für einen Kompromißkandidaten anderer Parteirichtung eingetreten, so entscheidet der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralvorstands, nach welchem Stimmenmaß die Abordnung von gewählten Vertretern erfolgen darf.	
Organisierten Wahlkreisen steht im Falle des Abs. 3 das Recht zu, für je 500 eingeschriebene Mitglieder aller im Wahlkreis vorhandenen, der Organisation angeschlossenen Vereine einen Delegierten zu wählen. Jede angefangene Zahl von 500 wird beim vollendeten zweiten Hundert für voll gerechnet.	Organisierten Wahlkreisen steht im Falle des Abs. 3 das Recht zu, für je 500 eingeschriebene Mitglieder aller im Wahlkreis vorhandenen, der Organisation angeschlossenen Vereine einen Delegierten zu wählen. Jede angefangene Zahl von 500 wird beim vollendeten zweiten Hundert für voll gerechnet.	
Handelt es sich im Falle des Abs. 3 um Wahlkreise, die einem landschaftlichen Verband angehören, so ist vor der Entscheidung die Verbandsleitung zu hören.	Handelt es sich im Falle des Abs. 3 um Wahlkreise, die einem landschaftlichen Verband angehören, so ist vor der Entscheidung die Verbandsleitung zu hören.	
§ 7.	§ 7.	
Für nicht organisierte Wahlkreise wird vom Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes in der Regel ein Vertreter ernannt, sofern Vertrauensmänner in dem Kreise vorhanden sind, die in Verkehr mit der Zentralleitung stehen.	Für nicht organisierte Wahlkreise wird vom Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes in der Regel ein Vertreter ernannt, sofern Vertrauensmänner in dem Kreise vorhanden sind, die im Verkehr mit der Zentralleitung stehen.	
§ 8.	§ 8.	
Die besonderen einem landschaftlichen Verbande angeschlossenen Vereine (§ 1, 4) wählen für je 500 Mitglieder ihrer Gesamtzahl innerhalb des landschaftlichen	Der Reichsverband der nationalliberalen Jugendvereine, sowie die übrigen besonderen Vereine und Verbände (§ 1 Nr. 4) wählen für je 500 Mitglieder einen Ver-	

Verbandes einen Vertreter. Jede angefangene Zahl von 500 wird beim vollendeten zweiten Hundert für voll gerechnet.

§ 9.

Alle aus Wahlen hervorgegangenen Vertreter müssen sich darüber ausweisen, daß sie als solche gewählt sind.

§ 10.

Der Zentralvorstand ernennt vor Beginn des Vertretertages einen Ausschuß zur Prüfung dieser Ausweise.

§ 11.

Für den Vertretertag gilt die Geschäftsordnung des Reichstages.

III. Zentralvorstand

§ 12.

Dem Zentralvorstand der Partei liegt nach Maßgabe der Beschlüsse des Vertretertages die Verbreitung der Parteigrundsätze, die Vorbereitung der Wahlen und die Organisation der Partei ob.

treter. Jede angefangene Zahl von 500 wird beim vollendeten zweiten Hundert für voll gerechnet.

§ 9.

Alle aus Wahlen hervorgegangenen Vertreter müssen sich darüber ausweisen, daß sie als solche gewählt sind.

§ 10.

Der Zentralvorstand ernennt vor Beginn des Vertretertages einen Ausschuß zur Prüfung dieser Ausweise.

§ 11.

Für den Vertretertag gilt die Geschäftsordnung des Reichstages.

3. Zentralvorstand

§ 12.

Dem Zentralvorstand der Partei liegt nach Maßgabe der Beschlüsse des Vertretertages die Verbreitung der Parteigrundsätze, die Vorbereitung der Wahlen und die Organisation der Partei ob.

§ 1.

Zur Wahrnehmung derjenigen Geschäfte, die sich auf die Organisation und Agitation der Partei im Lande beziehen, insbesondere zur Betreibung der Wahlen zum Reichstag und preußischen Abgeordnetenhause, zur Veranstaltung von allgemeinen Partei- und Delegiertentagen und zum Erlaß der (§ 14) vereinbarten offiziellen Kundgebungen, wird der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei auf die Dauer je einer Reichstagslegislatur berufen. Er führt nach Abschluß einer allgemeinen

1912

§ 13.

Mitglieder des Zentralvorstands sind:

1. die Mitglieder der Vorstände der nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses sowie die nach § 13 Nr. 3a zuzuwählenden Vertreter der Nationalliberalen Partei in anderen Landtagen der Einzelstaaten;
2. die Vertreter der landschaftlichen Verbände, mit der Maßgabe, daß jeder landschaftliche Verband einen Vertreter und, wenn bei den letzten Reichstagswahlen innerhalb des Verbandsbezirks mehr als 15000 nationalliberale Stimmen abgegeben wurden, für je weitere 15000 Stimmen einen weiteren Vertreter in den Zentralvorstand entsenden darf. Hierbei sind die den landschaftlichen Verbänden angeschlossenen besonderen Vereine (§ 1, 4) entsprechend dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl zu den in den anderen nationalliberalen Vereinen organisierten Parteiangehörigen zu berücksichtigen. Diese Vertreter sind durch die Gesamtleitung des landschaftlichen Verbandes zu wählen;
3. die vom Zentralvorstande selbst er-

1905

§ 13.

Mitglieder des Zentralvorstands sind:

1. die Mitglieder der Vorstände der nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses, sowie die nach § 13 Nr. 4a zuzuwählenden Vertreter der Nationalliberalen Partei in anderen Landtagen der Einzelstaaten;
2. die Vertreter der landschaftlichen Verbände, mit der Maßgabe, daß jeder landschaftliche Verband einen Vertreter und, wenn bei den letzten Reichstagswahlen innerhalb des Verbandsbezirks mehr als 20000 nationalliberale Stimmen abgegeben wurden, für je weitere 20000 Stimmen einen weiteren Vertreter in den Zentralvorstand entsenden darf; diese Vertreter sind durch die Gesamtleitung des landschaftlichen Verbandes zu wählen;
3. die Vertreter des Reichsverbands der

1892

Reichstagsneuwahl bis zu der in § 3 vorgesehenen Ergänzungswahl, die baldmöglichst herbeizuführen ist, die Geschäfte fort.

§ 3.

Die Zusammensetzung des Zentralvorstandes erfolgt in der Weise, daß zunächst die Mitglieder des Vorstands der nationalliberalen Fraktion des Reichstags und des Vorstands der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses als provisorischer Zentralvorstand sich konstituieren, um demnächst die Ergänzung, insbesondere zur Herbeiführung einer angemessenen Vertretung der landschaftlichen Verbände (§ 2), im Wege der Zuwahl zu bewirken.

§ 2.

Im Zentralvorstand erhalten die landschaftlichen (organisierten) Parteiverbände entsprechende Vertretung.

gänzungsweise, insbesondere auch zur Vertretung

a) der Nationalliberalen Partei in den Landtagen der Einzelstaaten außerhalb Preußens,

b) der nicht organisierten Landschaften

zugewählten Mitglieder.

Die Gesamtzahl der letzteren (Nr. 3b) darf die Hälfte der unter Nr. 1 und 2 und 3a bezeichneten Mitglieder nicht übersteigen.

§ 14.

Der Zentralvorstand waltet seines Amtes für die Dauer einer Reichstagslegislaturperiode.

Er führt nach vollzogenen allgemeinen Reichstagsneuwahlen die Geschäfte fort, bis die nationalliberale Fraktion im neugewählten Reichstag sich konstituiert hat. Deren Vorstand veranlaßt dann die Neubildung des Zentralvorstandes.

nationalliberalen Jugendvereine und der übrigen besonderen Vereine und Verbände (§ 1 Nr. 4) mit der Maßgabe, daß für je 3000 Mitglieder ein Vertreter in den Zentralvorstand entsendet werden darf. Jede angefangene Zahl von 3000 wird beim vollendeten ersten Tausend für voll gerechnet;

4. die vom Zentralvorstande selbst ergänzungsweise, insbesondere auch zur Vertretung

   a) der Nationalliberalen Partei in den Landtagen der Einzelstaaten außerhalb Preußens,

   b) der nicht organisierten Landschaften

   zugewählten Mitglieder.

   Die Gesamtzahl der letzteren (Nr. 4b) darf die Hälfte der unter Nr. 1—3 und 4a bezeichneten Mitglieder nicht übersteigen.

§ 14.

Der Zentralvorstand waltet seines Amtes für die Dauer einer Reichstagslegislaturperiode.

Er führt nach vollzogenen allgemeinen Reichstagsneuwahlen die Geschäfte fort, bis die nationalliberale Fraktion im neugewählten Reichstag sich konstituiert hat. Deren Vorstand veranlaßt dann die Neubildung des Zentralvorstands.

§ 4.

Die endgültige Konstituierung des Zentralvorstandes erfolgt, sobald die im § 3 vorgesehene Zuwahl unter Berücksichtigung der landschaftlichen Verbände erstmals vollzogen ist.

1912	1905	1892
§ 15. Der Zentralvorstand wählt sich einen Vorsitzenden, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden, sowie einen Schriftführer und Schatzmeister.	§ 15. Der Zentralvorstand wählt sich einen Vorsitzenden, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden, sowie einen Schriftführer und Schatzmeister.	§ 5. Der Zentralvorstand wählt sich einen ersten Vorsitzenden und einen ersten und einen zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden, ebenfalls für die Dauer der Reichstagslegislaturperiode, sowie einen Schatzmeister und einen besoldeten Geschäftsführer.
§ 16. Der Zentralvorstand wird vom Vorsitzenden berufen. Er muß berufen werden auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses oder auf Verlangen von mindestens zehn Mitgliedern des Zentralvorstandes. Die Einladungen ergehen durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter mit Angabe der Tagesordnung, möglichst so, daß sie spätestens vier Tage vor der Sitzung in den Händen der Mitglieder sein können. Der Zentralvorstand setzt seine Geschäftsordnung selbst fest.	§ 16. Der Zentralvorstand wird vom Vorsitzenden berufen. Er muß berufen werden auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses oder auf Verlangen von mindestens zehn Mitgliedern des Zentralvorstandes. Die Einladungen ergehen durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter mit Angabe der Tagesordnung, möglichst so, daß sie spätestens vier Tage vor der Sitzung in den Händen der Mitglieder sein können. Der Zentralvorstand setzt seine Geschäftsordnung selbst fest.	§ 11. Der Zentralvorstand wird im übrigen berufen entweder durch den Vorsitzenden, oder auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses oder auf Verlangen von mindestens 10 Mitgliedern des Zentralvorstandes. Die Einladungen ergehen durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter möglichst gleichzeitig und mit Angabe der Tagesordnung. § 12. Der Zentralvorstand trifft alle Entscheidungen durch absolute Mehrheit der Anwesenden. Stimmengleichheit ist der Ablehnung gleichbedeutend. § 13. Die vereinigte Sitzung der beiden Fraktionen wird vom Vorstand der Reichstagsfraktion einberufen und geleitet; sie entscheidet nach dem gleichen Abstimmungsgrundsatz (§ 12).

IV. Geschäftsführung

§ 17.

Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wählt der Zentralvorstand einen Geschäftsführenden Ausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern des Vorsitzenden und mindestens weiteren sechs Mitgliedern. Die Geschäftsstelle der Partei untersteht der Aufsicht dieses Geschäftsführenden Ausschusses.

§ 18.

Die Leitung der Geschäftsstelle wird einem Geschäftsführer übertragen, den der Zentralvorstand auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses anstellt.

Die Anstellung von anderen Beamten geschieht namens des Zentralvorstandes durch dessen Vorsitzenden im Einverständnis mit dem Geschäftsführenden Ausschuß.

§ 19.

Die Mittel des Zentralvorstands werden vom Schatzmeister verwaltet und von diesem der Geschäftsstelle nach den vom Geschäftsführenden Ausschuß festgestellten Bedürfnissen angewiesen. Letzterer ist hierbei an die allgemeine Anweisung des Zentralvorstands gebunden.

4. Geschäftsführung

§ 17.

Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wählt der Zentralvorstand einen Geschäftsführenden Ausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern des Vorsitzenden des Zentralvorstandes und mindestens weiteren sechs Mitgliedern. Die Geschäftsstelle der Partei untersteht der Aufsicht dieses Geschäftsführenden Ausschusses.

§ 18.

Die Leitung der Geschäftsstelle wird einem Geschäftsführer übertragen, den der Zentralvorstand auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses anstellt.

Die Anstellung von anderen Beamten geschieht namens des Zentralvorstands durch dessen Vorsitzenden im Einverständnis mit dem Geschäftsführenden Ausschuß.

§ 19.

Die Mittel des Zentralvorstands werden vom Schatzmeister verwaltet, und von diesem der Geschäftsstelle nach den vom Geschäftsführenden Ausschuß festgestellten Bedürfnissen angewiesen. Letzterer ist hierbei an die allgemeine Anweisung des Zentralvorstandes gebunden.

§ 6.

Zur Erledigung der laufenden Geschäfte bestellt der Zentralvorstand einen Geschäftsführenden Ausschuß, bestehend aus mindestens 3 Mitgliedern, darunter der Geschäftsführer.

Der Geschäftsführende Ausschuß hält regelmäßig — im Winterhalbjahr wöchentlich, im Sommerhalbjahr halbmonatlich — Sitzungen.

§ 7.

Als Geschäftsstelle des Zentralvorstands ist das Zentralbureau der Nationalliberalen Partei eingerichtet, dem der Geschäftsführer vorsteht.

§ 8.

Die Mittel des Zentralvorstandes werden vom Schatzmeister verwaltet bzw. von diesem dem Zentralbureau nach den vom Geschäftsführenden Ausschuß festgestellten Bedürfnissen angewiesen. Letzterer ist hierbei an die allgemeine Instruktion des Zentralvorstands gebunden.

Die Anstellung von Beamten geschieht namens des Zentralvorstands durch den Geschäftsführenden Ausschuß unter Zuziehung des Vorsitzenden des Zentralvorstands.

1912

§ 20.

Der Geschäftsführende Ausschuß erstattet dem Zentralvorstand alljährlich zwischen Neujahr und Ostern einen Geschäftsbericht.

V. Vereins-Organisation

§ 21.

Vereine können nur dann der Partei-Organisation angeschlossen werden, wenn sie

1. ihren Mitgliedern die Vertretung der Grundsätze der Nationalliberalen Partei satzungsgemäß zur Pflicht machen;
2. einen Vorstand besitzen, der zum größeren Teil aus Wahlen durch die Vereinsmitglieder hervorgegangen ist;
3. ihre Satzungen, das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Beziffe-rung der Mitgliederzahl an die Geschäftsstelle des Zentralvorstands eingereicht haben.

Über den Anschluß und Ausschluß entscheidet der Zentralvorstand. Handelt es sich dabei um Vereine im Bezirk eines landschaftlichen Verbands, so ist vor der Entscheidung die Verbandsleitung zu hören.

1905

§ 20.

Der Geschäftsführende Ausschuß erstattet dem Zentralvorstand alljährlich zwischen Neujahr und Ostern einen Geschäftsbericht.

5. Vereins-Organisation

§ 21.

Vereine können nur dann der Partei-Organisation angeschlossen werden, wenn sie

1. ihren Mitgliedern die Vertretung der Grundsätze der Nationalliberalen Partei satzungsgemäß zur Pflicht machen;
2. einen Vorstand besitzen, der zum größeren Teil aus Wahlen durch die Vereinsmitglieder hervorgegangen ist;
3. ihre Satzungen, das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Beziffe-rung der Mitgliederzahl an die Geschäftsstelle des Zentralvorstands eingereicht haben.

Über den Anschluß und Ausschluß entscheidet der Zentralvorstand. Handelt es sich dabei um Vereine im Bezirk eines landschaftlichen Verbands, so ist vor der Entscheidung die Verbandsleitung zu hören.

1892

§ 9.

Der Geschäftsführende Ausschuß erstattet dem Zentralvorstand alljährlich zwischen Neujahr und Ostern einen Geschäftsbericht.

§ 10.

Der Zentralvorstand erstattet demnächst, und zwar alljährlich im Verlaufe der Frühjahrssession des Reichstags und Landtags, der vereinigten Sitzung beider Fraktionen den Jahresbericht.

VI. Wahlkreis-Organisation

§ 22.

Ein Reichstagswahlkreis wird als organisiert angesehen, wenn daselbst ein nationalliberaler Verein vorhanden ist, welcher satzungsgemäß mindestens jedem wahlberechtigten Angehörigen der Partei im Kreise die Gelegenheit bietet, Mitglied zu werden, oder wenn sonst ein gemeinsames Organ (Wahlkreis-Ausschuß, Wahlkreis-Komitee oder dergleichen) vorhanden und in der Lage ist, mit den Vertrauensmännern der Partei in den verschiedenen Bezirken des Wahlkreises zu verkehren, und ihnen die Möglichkeit bietet, die gemeinsamen Interessen der Partei im Wahlkreis wahrzunehmen.

§ 23.

Innerhalb einer organisierten Landschaft gilt ein Reichstagswahlkreis nur dann als organisiert, wenn seine Organisation von der landschaftlichen Verbandsleitung anerkannt ist.

§ 24.

Für jeden organisierten Reichstagswahlkreis wird von den Vertrauensmännern oder von den Vereinen des Kreises ein Obmann (Wahlkreisvorsitzender) gewählt, der den Kreis nach außen einheitlich vertritt, desgleichen ein Stellvertreter des Obmanns (Wahlkreisvorsitzenden).

Für nicht organisierte Wahlkreise ernennt der landschaftliche Verband und, wo ein

6. Wahlkreis-Organisation

§ 22.

Ein Reichstagswahlkreis wird als organisiert angesehen, wenn daselbst ein nationalliberaler Verein vorhanden ist, welcher satzungsgemäß mindestens jedem wahlberechtigten Angehörigen der Partei im Kreise die Möglichkeit bietet, Mitglied zu werden, oder wenn sonst ein gemeinsames Organ (Wahlkreis-Ausschuß, Wahlkreis-Komitee oder dgl.) vorhanden und in der Lage ist, mit den Vertrauensmännern der Partei in den verschiedenen Bezirken des Wahlkreises zu verkehren, und ihnen die Möglichkeit bietet, die gemeinsamen Interessen der Partei im Wahlkreis wahrzunehmen.

§ 23.

Innerhalb einer organisierten Landschaft gilt ein Reichstagswahlkreis nur dann als organisiert, wenn seine Organisation von der landschaftlichen Verbandsleitung anerkannt ist.

§ 24.

Für jeden organisierten Reichstagswahlkreis wird von den Vertrauensmännern oder von den Vereinen des Kreises ein Obmann (Wahlkreisvorsitzender) gewählt, der den Kreis nach außen einheitlich vertritt, desgleichen ein Stellvertreter des Obmanns (Wahlkreisvorsitzenden).

Für nicht organisierte Wahlkreise ernennt der landschaftliche Verband und, wo ein

1912	1905	1892
solcher nicht besteht, der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralvorstands den Obmann (Wahlkreisvorsitzenden) und seinen Stellvertreter.	solcher nicht besteht, der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralvorstands den Obmann (Wahlkreisvorsitzenden) und seinen Stellvertreter.	
VII. Landschaftliche Verbände	**7. Landschaftliche Verbände**	
§ 25.	§ 25.	
Ein landschaftlicher Verband wird als organisiert angesehen, wenn für mindestens drei landschaftlich zusammengehörige Reichstagswahlkreise eine Organisation in der Weise geschaffen ist, daß die Angelegenheiten der Partei durch eine gemeinsame Geschäftsleitung wahrgenommen werden. In diese sind auch aus den der landschaftlichen Organisation angeschlossenen besonderen Vereinen (§ 1, 4) Vertreter zu entsenden, und zwar im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl zu den in den anderen nationalliberalen Vereinen organisierten Parteiangehörigen.	Ein landschaftlicher Verband wird als organisiert angesehen, wenn für mindestens drei landschaftlich zusammengehörige Reichstagswahlkreise eine Organisation in der Weise geschaffen ist, daß die Angelegenheiten der Partei durch eine gemeinsame Geschäftsleitung wahrgenommen werden.	
VIII. Verkehr des Zentralvorstands mit den Obmännern	**8. Verkehr des Zentralvorstands mit den Obmännern**	
§ 26.	§ 26.	
Der Verkehr zwischen dem Zentralvorstand und solchen Wahlkreisen, die einem landschaftlichen Verband angeschlossen sind, erfolgt durch Vermittlung desselben	Der Verkehr zwischen dem Zentralvorstand und solchen Wahlkreisen, die einem landschaftlichen Verband angeschlossen sind, erfolgt durch Vermittlung desselben	

bzw. seiner Geschäftsstelle. Wird in dringenden Fällen ein direkter Verkehr zwischen der Zentralleitung und solchen Wahlkreisen notwendig, so ist dem landschaftlichen Verband bzw. seiner Geschäftsstelle gleichzeitig Kenntnis zu geben.

IX. Inkrafttreten des Statuts

§ 27.

Die Satzungen treten sofort in Kraft. Der jetzige Zentralvorstand bleibt für die gegenwärtige Legislaturperiode bestehen.

bzw. seiner Geschäftsstelle. Wird in dringenden Fällen ein direkter Verkehr zwischen der Zentralleitung und solchen Wahlkreisen notwendig, so ist dem landschaftlichen Verband bzw. seiner Geschäftsstelle gleichzeitig Kenntnis zu geben.

9. Inkrafttreten des Statuts

§ 27.

Diese Satzungen treten am 1. Oktober 1905 in Kraft. Der gegenwärtige Zentralvorstand und seine Organe führen die Geschäfte bis 1. Januar 1907 fort.

Verzeichnis der nationalliberalen Vertretertage und der Sitzungen des Zentralvorstandes seit 1902

Jahr	Zentralvorstandssitzungen		Vertretertage	
	Datum	Ort	Datum	Ort
1902	6. 7. 1902	Berlin		
	10. 10. 1902	Eisenach	11.—13. 10. 1902	Eisenach
1903	2. 5. 1903	Berlin	3. 5. 1903	Berlin
	26. 9. 1903	Hannover*	26.—27. 9. 1903	Hannover**
1904	17. 4. 1904	Berlin		
	12. 6. 1904	Berlin		
1905	29. 1. 1905	Berlin		
	19. 5. 1905	Dresden	19.—21. 5. 1905	Dresden
1906	4. 2. 1906	Berlin		
	6. 5. 1906	Berlin		
	4. 10. 1906	Goslar	5.— 6. 10. 1906	Goslar
1907	14. 4. 1907	Berlin		
	4. 10. 1907	Wiesbaden	5.— 6. 10. 1907	Wiesbaden
1908	19. 1. 1908	Berlin		
	1. 3. 1908	Berlin		
	25. 4. 1908	Magdeburg*	25.—26. 4. 1908	Magdeburg**
	1. 11. 1908	Berlin		
1909	7. 3. 1909	Berlin		
	20. 5. 1909	Berlin		
	3. 7. 1909	Berlin	4. 7. 1909	Berlin
	16. 10. 1909	Berlin		
1910	13. 3. 1910	Berlin		
	30. 9. 1910	Kassel	1.— 2. 10. 1910	Kassel
1911	19. 3. 1911	Berlin		
	18. 11. 1911	Berlin	19. 11. 1911	Berlin
1912	24. 3. 1912	Berlin		
	11. 5. 1912	Berlin	12. 5. 1912	Berlin

* Sitzung der preußischen Zentralvorstandsmitglieder

** Preußischer Vertretertag

Jahr	Zentralvorstandssitzungen		Vertretertage	
	Datum	Ort	Datum	Ort
1913	9. 2. 1913	Berlin		
	5. 4. 1913	Hannover*	6. 4. 1913	Hannover**
1914	29. 3. 1914	Berlin		
1915	15. 8. 1915	Berlin		
1916	21. 5. 1916	Berlin		
1917	4. 2. 1917	Berlin		
	23. 9. 1917			
1918	10. 3. 1918	Berlin		
	27. 4. 1918	Berlin*	28. 4. 1918	Berlin**
	15. 12. 1918	Berlin		
1919	12. 4. 1919	Jena	13. 4. 1919	Jena
	17. 10. 1919	Leipzig	18.—20. 10. 1919	Leipzig
1920	18. 4. 1920	Berlin		
	5. 10. 1920	Hannover		
	2. 12. 1920	Nürnberg	3.— 4. 12. 1920	Nürnberg

Mitgliederverzeichnis des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei (1913 — 1917)*

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Albrecht, Dr. Karl	Rechtsanwalt		Hamburg	—	—	O
Andres, Carl	Weingutsbesitzer	M. d. A. seit 1913	Rheinprovinz	—	—	—
Arnstatt, Otto	Fabrikant		Posen	S	A	A
Appelius, Dr. Alfred	Geh. Justizrat	M.d.L. (Sachsen-Weimar) seit 1904, Landtagspräsident	Thüringen	O	Z/A	—
Arning, Dr. Wilhelm	Stabsarzt a. D.	M.d.A. seit 1908, M.d.R. 1907—1912	Hannover	G/S	Z	—
Bartels, C. Volckmar	Fabrikant	Vorsitzender d. sächsischen Provinzialvorstandes seit April 1918	Prov. Sachsen	A	A	A
Bartels, Dr.	Regierungsrat		Schlesien	O	Z	—
Bartikowski, Dr. E.	Arzt		Oldenburg	—	—	—
Bartling, Eduard	Bergwerksdirektor, Gutsbesitzer, Geh. Kommerzienrat	M.d.R. 1903—1907 u. seit 1912, M.d.A. seit 1904, Gf.A., Vors. d. nassauischen Organisation	Reg.-Bez. Wiesbaden	A	—	A
Bassermann, Ernst	Rechtsanwalt	M.d.R. 1893—1903 u. seit 1904, Gf.A., Vors. d. Zentralvorstandes	Rheinprovinz	S	S	† 24. 7. 1917
Baumann, Julius	Oberbahnsekretär	M.d.L. seit 1907	Württemberg	—	A	A
Beck, Anton Eugen	Geh. Regierungsrat	M.d.R. 1898—1914	Baden	A	O	O
Behnke, Emil	Schiffsreeder, Konsul		Westpreußen	O	Z	A
Best, Franz	Gutsbesitzer, Ökonomierat	M.d.L. seit 1905	Hessen-Darmstadt	O	Z	—
Beyer, Dr.	Landgerichtsrat		Anhalt	O	Z	—

Beyer, Otto	Rechtsanwalt		Bayern, rechtsrheinisch	O	Z	—
Bickes, Theodor	Chemiker		Württemberg	S	A	A
Bielfeld, Dr. Harald	Oberbürgermeister von Arnstadt	M.d.L. (Schwarzburg—Sondershausen) seit 1912	Thüringen	A	A	A
Bieske, Emil	Unternehmer	Stadtrat	Ostpreußen	O	Z/A	—
Blank, Dr. Oskar	Fabrikant		Jungliberaler Reichsverband	A	A	A
Blankenhorn, Dr. Ernst	Weingutsbesitzer, Kommerzienrat	M.d.R. 1887—1890 u. seit 1893, Gf.A.	Baden	A	A	† 19. 5. 1917
Blüher, Richard	Landgerichtspräsident	M.d.L. (Sachsen-Weimar) seit 1912	Thüringen	O	Z/A	—
Blum, Dr. Friedrich	Gymnasialdirektor	M.d.L. seit 1913	Baden	O	Z	—
Boehm, Theodor	Fabrikant		Hessen	O	O	Z/A
Böttger, Dr. Hugo	Schriftsteller, später Syndikus	M.d.R. 1903—1907 u. seit 1912	Brandenburg	G	Z/A	A
Bohm, Felix	Fabrikant		Provinz Sachsen	—	Z	—
Boisly, Theodor	Landgerichtsdirektor, Geh. Justizrat	M.d.A. seit 1908	Provinz Sachsen	A	S	A
Bollert, Dr. Gerhart	Rechtsanwalt	M.d.R. seit 1912	Brandenburg	G	Z	A
Boltz, Heinrich	Geh. Justizrat	M.d.R. 1898—1912	Vorschlag Gf. A.	O	Z	—
Bong-Schmidt, Paul	Justizrat	stellv. Vors. d. schleswig-holst. Prov.-Organisation	Schleswig-Holst.	—	—	A
Brandenburg, Dr. Erich	Univ.-Professor	Vors. d. sächsischen Organisation	Kgr. Sachsen	—	—	S

*) Dieses Verzeichnis wurde aus den Mitglieder- und Anwesenheitslisten des Zentralvorstandes zusammengestellt. Für die Angaben über Beruf und politische Stellung wurden ergänzend biographische Nachschlagewerke sowie parteiamtliche Materialien, namentlich die Organisationshandbücher der Nationalliberalen Partei, herangezogen. Die Angaben für die Reichstagsmandate stützen sich auf die von Alfred Milatz bearbeitete Dokumentation: Der Deutsche Reichstag 1867—1918. Materialien zur Wahlgeschichte, die in Kürze im Rahmen der Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, erscheinen wird. Die Daten für die Landtagsmandate sind Hermann Kalkoff: Nationalliberale Parlamentarier 1867—1917 des Reichstages und der Einzellandtage, Berlin 1917, entnommen.
Erklärung der Zeichen und Abkürzungen: O nicht in der Mitgliederliste geführt; — nicht anwesend; A anwesend; S Sprecher; Z zugewählt; G Gast; Gf. A. Geschäftsführender Ausschuß.

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Breithaupt, Paul	Generalsekretär	Leiter der Reichsgeschäftsstelle	Berlin	A	† 11. 1. 1916	
Broecker, Dr. J. v.	Landrichter		Hamburg	S	† Nov. 1914	
Brües, Ernst	Chefredakteur	ab 1.7.1918 Generalsekr. d. rhein. Organisation	Rheinland	A	A	A
Bürklin, Dr. Albert	Oberschulrat a. D., Gutsbesitzer, Wirkl. Geh. Rat	M.d.R. 1877/78, 1884 bis 1898, M.d.L. 1875—1881, Vizepräs. d. Landtages	Baden	—	—	—
Burchard, Dr. W. A.	Rechtsanwalt		Hamburg	—	—	—
Calker, Dr. Fritz van	Univ.-Professor	M.d.R. seit 1912	Elsaß-Lothringen	G	Z	S
Calman, Eugen	Rechtsanwalt und Notar, Justizrat	M.d.L. seit 1911	Hessen-Darmstadt	S	—	—
Campe, Dr. Rudolf von	Landgerichtsdir., später Regierungspräs. in Hildesheim	M.d.A. seit 1904	Hannover	—	S	A
Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu		M.d.R. seit 1881, Mitgl. d. Herrenhauses, Gf.A., stellvertr. Vors. d. brandenburg. Prov.-Organisation	Brandenburg	S	S	S
Casselmann, Dr. Leopold von	Oberbürgermeister von Bayreuth	M.d.R. 1891—1893, M.d.L. seit 1897	Bayern, rechtsrheinisch	—	Z	S
Cloß, W. A. Gotthard	Ingenieur		Lübeck	A	A	A
Coupienne, Jean Bapt.	Fabrikant		Rheinprovinz	A	A	—
Cremer, Dr. Carl	Rechtsanwalt	M.d.A. seit 1913	Westfalen	A	—	S
Deesen	Rechtsanwalt		Provinz Sachsen	O	Z/S	S
Dieckmann, Dr.	Professor		Hannover	O	Z/A	S
Döring, G.	Justizrat		Schleswig-Holst.	O	Z	A

Dreyer, Dr. Ludwig	Rentier		Reg.-Bez. Wiesbaden	—	—	—
Erk	Landgerichtsdir.		Oldenburg	O	Z	A
Falk, Bernhard	Justizrat		Rheinprovinz	S	—	S
Felde, C.	Kaufmann		Hessen-Nassau	O	Z/A	—
Fink, Gustav	Senator	M.d.A. seit 1905	Hannover	A	—	—
Fischer, Dr. Hermann	Rechtsanwalt, seit 1913 Bankdirektor	Gf. A.	Jungliberaler Reichsverband	A	—	A
Fleischer, Dr. Friedrich	Wirkl. Geh. Oberregierungsrat		Vorschlag Gf. A.	—	—	A
Freigang, Hermann	Rechtsanwalt		Kgr. Sachsen	—	A	A
Frey, Ernst	Kammerstenograph		Baden	O	Z	—
Frey, Wilhelm	Rechtsanwalt		Jungliberaler Reichsverband	A	A	—
Friedberg, Dr. Robert	Univ.-Professor, Geh. Regierungsrat	M.d.R. 1893—1898, M.d.A. seit 1886, Vizepräs. im preuß. Staatsministerium seit 9.11. 1917, Vors. d. Gf.A., 2. Vors. d. Zentralvorst., seit 23.9.1917 1. Vors.	Rheinprovinz	S	S	S
Friedensburg, Dr. Leopold	Rechtsanwalt	Stellv. Vors. d. schlesischen Prov.-Organisation	Schlesien	O	Z	—
Fritsch, Bruno	Unterstaatssekr. Geh. Rat	M.d.A. seit 1904	Schlesien	O	A	A
Fromme, Heinrich	Professor	M.d.A. 1908—1913	Westfalen	A	O	O
Fuhrmann, Paul	Generalsekretär	M.d.R. 1907—1912 M.d.A. seit 1913	Westfalen	O	S	S
Gebhardt, Dr. Rudolf	Gymnasial-Professor		Thüringen	O	Z/A	A
Gläser	Staatsanwalt		Thüringen	A	—	—

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Glockner, Dr. Karl	Präs. des Verwaltungsgerichtshofes Geh. Rat	M.d. I. Badischen Kammer	Baden	O	Z/A	A
Goehring, Emil	Fabrikant	M.d.L. seit 1909	Baden	A	—	A
Görck, Dr. Wilhelm	Amtsgerichtsrat	M.d.A. seit 1904	Schleswig-Holst.	—	—	A
Graser, Julius	Fabrikant		Kgr. Sachsen	A	A	A
Gregor, Paul	Stadtrat		Kgr. Sachsen	O	O	A
Grund, Dr. Bernhard	Kaufmann, Reg.-Assessor	Vors. d. schlesischen Prov.-Organisation	Schlesien	—	—	—
Haarmann, Wilhelm	Erster Staatsanwalt a. D., Geh. Justizrat	M.d.A. seit 1904, Gf.A.	Westfalen	S	S	A
Haas, Wilhelm	Kgl. Förster	1. Vors. der nat.-lib. Landespartei	Bayern rechtsrheinisch	O	Z/A	A
Haeuser, Dr. Adolf	Fabrikdirektor, Justizrat	M.d.A. seit 1915	Hessen-Nassau	O	Z	—
Hamm, Dr. Oskar	Oberlandesgerichts-Präs., Wirkl. Geh. Rat	Mitgl. d. Herrenhauses	Rheinprovinz	—	—	—
Hammerschmidt, Dr. Carl	Kgl. Gymnasialdir.	M.d.L. 1899—1916	Bayern—Pfalz	—	—	—
Hartmann, Dr. Fritz	Chefredakteur des Hannov. Kurier			O	O	A
Hausmann, Fritz	Fabrikant, Bürgermeister a. D.	M.d.R. 1905—1911, M.d.A. seit 1892, Gf.A.	Hannover	A	—	A
Hebel, Otto	Gymnasialprofessor	Vors. der kurhess. Organisation	Reg.-Bez. Kassel	A	—	A
Heimann-Kreuser, Carl	Kaufmann		Jungliberaler Reichsverband	—	A	A

Heinze, Dr. Rudolf	Reichsgerichtsrat	M.d.R. 1907—1911, M.d.L. 1915—1916	Kgr. Sachsen	—	—	O
Heraeus, Dr. Wilhelm	Fabrikant		Reg.-Bez. Kassel	—	—	—
Hermanni, Bernhard	Direktor		Elsaß-Lothringen	O	Z	—
Herwig, Dr. Friedrich	Gymnasial-professor	M.d.A. seit 1913	Rheinprovinz	A	—	—
Hettner, Franz	Landgerichtsdir.	M.d.L. seit 1907, Vors. der Fraktion	Kgr. Sachsen	—	—	A
Heygster	Rechtsanwalt		Ostpreußen	A	† ?. 5. 1914	—
Hieber, Dr. Johannes von	Gymnasial-professor a. D., Reg.-Direktor	M.d.R. 1898—1910, seit 1917 Gf.A.	Vorschlag Gf. A.	O	O	Z/A
Hillmann, Paul	Kommerzienrat	M.d.L. seit 1912	Schaumburg-Lippe	O	O	Z
Hinrichs	Hauptlehrer		Hannover	O	Z	—
Hirsch, Wilhelm	Syndikus der Handelskammer	M.d.R. seit 1916, M.d.A. seit 1902	Westfalen	—	S	S
Hirschberg	Amtsgerichtsrat, Geh. Justizrat		Brandenburg	O	Z	A/S
Hobrecker, Eduard	Direktor		Westfalen	O	Z/A	A
Hoffmann, Leberecht	Generaldirektor	M.d.L. seit 1896, Vize-präs. d. Landtags	Lippe	—	A	A
Hugo, Dr. Otto	Chefredakteur	seit Aug. 1916 General-sekretär der Partei	Hannover	A	S	A
Ickler, Gustav	Vorschlosser	M.d.R. seit 1912	Vorschlag Gf. A.	O	Z	A
John, Dr. W.	Syndikus		Westpreußen	O	Z/A	—
Junck, Dr. Johannes	Reichsgerichtsrat, Geh. Justizrat	M.d.R. seit 1907	Kgr. Sachsen	—	—	—
Kahl, Dr. Wilhelm	Univ.-Professor, Geh. Justizrat		Vorschlag Gf. A.	O	Z	A
Kauffmann, Dr. Robert	Rechtsanwalt	Vors. d. Jungliberalen Reichsverbandes	Jungliberaler Reichsverband	S	S	A

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Kehren, Ernst	Justizrat		Rheinprovinz	O	Z	—
Keil, Dr. Friedrich	Rechtsanwalt, Justizrat	M.d.A. seit 1904	Prov. Sachsen	—	—	—
Keinath, Otto	Schriftsteller, Verbandsvertreter	M.d.R. seit 1912	Württemberg	A	—	A
Kirchrath, Anton	Chefredakteur	Gf.A. seit 1918	Vorschlag Gf. A.	O	O	Z
Kisker, Georg	Fabrikant		Westfalen	—	A	A
Knoll, Hans	Kommerzienrat		Bayern—Pfalz	O	Z	A
Knupe, Karl	Bergwerksdir.	M.d.A. seit 1911	Westfalen	O	Z	A
Koch, Dr. Fritz	Oberamtsrichter	M.d.L. seit 1909	Baden	A	A	—
Köhler, Dr.	Verbandsvertreter		Vorschlag Gf. A.	O	O	Z
Koehler, Heinrich	Oberbürgermeister von Worms	M.d.L. 1897—1902 und seit 1910, Präs. d. Landtages	Hessen-Darmstadt	—	—	—
Kölblin, Hermann	Buchdruckereibes.	M.d.L. seit 1909	Baden	O	Z	—
Kölsch, Leopold	Großkaufmann, Kommerzienrat	M.d.R. 1912—1913 (Mandat 27.11.1913 niedergelegt)	Baden	—	—	—
Krause, Dr. Paul von	Geh. Justizrat, Staatssekr. des Reichsjustizamtes seit 5. 8. 1917	M.d.A. 1889—1917, 2. Vizepräs. d. Abgeordnetenhauses, Gf.A.	Ostpreußen	S	S	A
Krug, E.	Bankdirektor	Vors. der bremischen Organisation	Bremen	A	A	A
Krumbhaar, Dr. Heinrich	Zeitungsverleger, Kommerzienrat		Schlesien	O	Z	A
Kübel, Franz	Fabrikant	M.d.L. seit 1907	Württemberg	O	Z	—
Künne, Robert	Fabrikant,	seit 15.7.1917 Vors. der rhein. Prov.-Organisation	Rheinprovinz	A	S	A

Künzer, Franz	Bürgermeister von Posen	M.d.A. seit 1913, Vors. d. Posener Prov.-Organisation	Posen	A	—	A
Laser, Otto Karl	Bürgermeister	M.d.R. seit 1912	Ostpreußen	A	—	A
Lauts, Adolf	Landwirt		Oldenburg	O	Z	—
Leidig, Dr. Eugen	Professor, Reg.-Rat	Vors. der brandenburg. Prov.-Organisation	Brandenburg	S	S	S
Lentzke, von	Gutsbesitzer		Ostpreußen	—	O	O
Leuckel, Heinrich	Kaufmann		Westfalen	O	Z/A	A
Levy, Dr. Leopold	Fabrikant Assessor a. D.	M.d.A. seit 1912	Posen	O	Z	—
Lichtenberg, Alb.	Rektor		Vorschlag Gf. A.	O	Z/A	A
Liebreich, Dr. Julius	Fabrikant		Rheinland	—	—	—
Liepmann, Dr. Paul	Amtsgerichtsrat a. D.	M.d.A. seit 1913	Brandenburg	A	S	A
List, Friedrich	Rechtsanwalt	M.d.R. seit 1912	Württemberg	A	A	S
Loeser, Ottomar	Justizrat		Brandenburg	A	A	—
Lohmann, Dr. Walter	Amtsgerichtsrat	M.d.A. seit 1908	Reg.-Bez. Wiesbaden	A	S	S
Lohse, Fr.	Rechtsanwalt		Oldenburg	A	—	A
Ludewig, Dr. Friedrich	Rechtsanwalt, Justizrat	M.d.A. seit 1913	Prov. Sachsen	O	Z	—
Ludewig	Geh. Justizrat	Vors. d. pommerschen Prov.-Organisation	Pommern	A	—	—
Luge, Dr.	Staatsanwalt, später Regierungsrat	M.d.L. (Sachsen-Meiningen) seit 1909	Thüringen	—	—	—
Lusensky, Franz	Ministerialdirektor, Wirkl. Geh. Oberreg.-Rat	M.d.A. 1904—1911	Vorschlag Gf. A.	O	Z	—
Lux, J.	Bankdirektor		Anhalt	A	—	—
Mahla, Friedrich	Bürgermeister, Hofrat	M.d.L. 1903—1904, 1907—1910	Bayern—Pfalz	—	† 26. 12. 13	O

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Mallinckrodt, Gustav von	Rentier, Stadtverordneter		Rheinprovinz	A	—	—
Marwitz, Dr. Bruno	Rechtsanwalt, Justizrat	Vors. d. Nat.-lib. Hauptvereins Berlin	Berlin	S	S	S
Mathis, Karl	Landgerichtspräs., Geh. Oberjustizrat	M.d.A. seit 1904	Brandenburg	O	—	† 9. 4. 1917
Menzel, Karl	Rechtsanwalt	Vors. der westpr. Prov.-Organisation	Westpreußen	A	A	A
Mettenheimer, Dr. Bernhard	Justizrat		Frankfurt/Main	O	—	—
Meyer, Theodor	Pastor	M.d.R. seit 1912	Westfalen	A	A	—
Meyer, Wilhelm	Rechtsanwalt	M.d.R. seit 1912	Hannover	—	—	A
Meyersahm, Hans Hermann	Univ.-Professor		Schleswig-Holst.	A	—	S
Mittelmann, Dr. Fritz	Schriftsteller		Pommern	O	O	Z/A
Moldenhauer, Franz	Gymnasialprofessor	Vors. der rhein. Prov.-Organisation	Rheinland	S	A	† 1. 7. 1917
Morath, Albrecht	Postsekretär		Vorschlag Gf. A.	O	Z	—
Müller, Eduard	Fabrikant, Kommerzienrat	M.d.R. 1898—1903, 1907—1911	Thüringen	O	Z	—
Nebelthau, August	Kaufmännischer Angestellter		Bremen	O	Z	A
Neumayer, Friedrich	Justizrat	Vors. der pfälzischen Organisation	Bayern—Pfalz	A	S	A
Neven Du Mont, Dr. Josef	Verleger, Geh. Kommerzienrat		Rheinprovinz	A	† 31. 10. 1915	
Niethammer, Dr. Konrad	Fabrikant Kommerzienrat	M.d.L. seit 1908, 2. Vors. d. Fraktion	Kgr. Sachsen	—	A	A
Nitzschke, Emil	Kaufmann	M.d.L. seit 1909	Kgr. Sachsen	O	Z/A	A
Noelle, Ernst Otto	Geh. Oberfinanzrat	M.d.A. 1895—1903	Westfalen	A	—	A

Obkircher, Dr. Rudolf	Landgerichtsdir. direktor	M.d.R. 1912—1916	Baden	—	† 3. 4. 1916	
Osann, Dr. Arthur	Rechtsanwalt	M.d.R. 1907—1911, Vors. d. hessischen Organisation	Hessen-Darmstadt	O	Z	S
Ossent, Dr. C.	Chefarzt		Pommern	A	A	A
Paasche, Dr. Hermann	Geh. Reg.-Rat	M.d.R. 1881—1884 und seit 1893, Vizepräs. d. Reichstages 1912—1918, M.d.A. 1894—1908, Gf.A.	Rheinprovinz	A	S	—
Paß, Walter	Fabrikant		Rheinprovinz	O	Z/A	A
Peters, Dr. Albert	Univ.-Professor, Geh. Medizinalrat		Mecklenburg	—	—	S
Pflug, Philipp	Oberlehrer	M.d.L. 1907—1909	Kgr. Sachsen	A	A	A
Poensgen, Dr. Oskar	Geh. Reg.-Rat		Jungliberaler Reichsverband	S	S	S
Prager, Dr. Michael	Arzt		Bayern, rechtsrheinisch	A	—	A
Rapmund, Dr.	Professor, Geh. Medizinalrat		Minden-Ravensberg u. Waldeck-Lippe	O	Z	A
Rebmann, Edmund	Realgymnasialdir., Geh. Hofrat	Vors. der badischen Organisation	Baden	S	A	S
Reichardt, Hermann	Kaufmann	M.d.A. 1894—1903	Prov. Sachsen	A	—	A
Reiß, Dr.	Amtsgerichtsrat		Prov. Sachsen	A	A	A
Reitz, Carl	Fabrikant,		Bayern, rechtsrheinisch	—	—	—
Richter, Ernst von	Staatsminister a. D. (Sachsen-Coburg-Gotha), Oberpräsident (Hannover) seit Mai 1917		Vorschlag Gf. A.	O	O	—
Rießer, Dr. Jacob	Präs. des Hansa-Bundes	M.d.R. seit 1916	Vorschlag Gf. A.	O	Z	S

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Rimpau, Hans	Ökonomierat, Gerichtsass. a. D.	M.d.R. 1890—1912 M.d.A. 1891—1908	Prov. Sachsen	A	—	—
Röchling, Dr. Karl	Landgerichtsdir., Geh. Justizrat	M.d.A. seit 1904, Gf.A.	Rheinprovinz	S	S	S
Roenick, Dr. Paul	Sanitätsrat		Anhalt	A	A	—
Rohde, Adolf	Regierungsbaumeister a. D., Bürgermeister		Braunschweig	A	A	A
Rosenhauer, Dr.	Oberlehrer		Schlesien	A	S	—
Rosenzweig, Georg	Geh. Kommerzienrat		Reg.-Bez. Kassel	—	A	—
Rückert, Max	Fabrikant	M.d.L. seit 1914	Kgr. Sachsen	O	Z	A
Rust, Dr.	Sanitätsrat		beide Mecklenburg	A	—	—
Sachs, Hans	Kaiserl. Reg.-Rat		Württemberg	O	Z/A	A
Sanne, Louis	Kaufmann		Hamburg	O	Z	A
Sauerlandt, Dr. Paul	Amtsrichter		Pommern	O	Z/A	—
Sauerwein, Wilhelm	Rechtsanwalt		Mecklenburg	O	Z	A
Schäfer, Carl Ludwig	Kaufmann		Frankfurt/Main	A	O	O
Scheller-Steinwartz, Robert Richard von	Staatsminister a.D.		Vorschlag Gf. A.	O	O	Z/A
Schenckendorff, Dr. Emil von	Telegraphendirektionsrat a. D.	M.d.A. 1882—1896, 1904—1913	Schlesien	A	† 3. 3. 1915	
Schiffer, Eugen	Oberverwaltungsgerichtsrat, dann Min.-Direktor	M.d.R. seit 1912, M.d.A. seit 1904, Gf.A.	Prov. Sachsen	S	S	A
Schifferer, Dr. Anton	Rittmeister d. R.	M.d.A. 1908—1913, Vors. d. schleswig-holst. Prov.-Organisation	Schleswig-Holst.	S	—	S

Schlee, Bernhard	Rechtsanwalt, Notar, Justizrat	M.d.R. seit 1912	Westpreußen	—	—	O
Schleicher, Carl	Fabrikant		Rheinland	O	O	—
Schmidt, Dr. Hermann	Großkaufmann, Geh. Kommerzienrat	M.d.L. seit 1892	Braunschweig	A	A	A
Schmidthals, Wilhelm	Rittergutspächter		Schlesien	S	S	A
Schmieding, Theodor	Landgerichtsrat a. D.	Mitgl. d. Herrenhauses, 2. Vors. d. westf. Prov.-Organisation	Westfalen	—	O	O
Schnabel, Alban	Kaufmann	M.d.L. seit 1909	Kgr. Sachsen	O	—	O
Schön, Ignaz	Buchdruckereibesitzer, Verleger, Kommerzienrat	M.d.L. 1907—1916	Bayern, rechtsrheinisch	O	Z	—
Schoenner, Dr. Georg	Kommerzienrat		Bayern, rechtsrheinisch	A	—	A
Schröder, Hermann	Kommerzienrat		Hessen-Nassau	G	Z	—
Schüler	Rechtsanwalt		Pommern	O	Z/A	A
Schulenburg, Georg	Kaufmann	M.d.R. seit 1912	Westfalen	O	—	A
Schwabach, Felix	Geh. Reg.-Rat	M.d.R. seit 1907, M.d.A. 1908—1913, Gf.A.	Ostpreußen	A	A	S
Schwabach, Paul von	Bankier		Vorschlag Gf. A.	O	O	Z/A
Schweinitz, Hans Hermann Graf von	Hauptmann a. D.		Vorschlag Gf. A.	O	Z	A
Semler, Johannes	Rechtsanwalt	M.d.R. 1900—1914	Hannover	—	†23. 9. 1914	
Seyfert, Dr. Richard	Schulrat, Seminardirektor	M.d.L. seit 1909	Kgr. Sachsen	A	S	A
Siebert, Fritz	Justizrat		Reg.-Bez. Wiesbaden	—	—	—
Sieg, E. Julius	Rittergutsbesitzer	M.d.R. seit 1898, Gf.A.	Westpreußen	S	—	—
Simon, Gustav	Konsul		Ostpreußen	—	—	A
Stadthagen, Dr. Hans E.	Geh.Regierungsrat		Brandenburg	S	S	S

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Steiner, Victor	Rechtsanwalt		Elsaß-Lothringen	O	Z	S
Stephan, Dr. Karl	Rechtsanwalt, Geh. Justizrat	M.d.L. seit 1911	Hessen-Darmstadt	O	Z	—
Stettiner, Dr. Paul	Stadtschulrat, Professor		Ostpreußen	O	A	A
Stöfen, W.	Hofbesitzer		Schleswig-Holst.	O	Z	—
Stresemann, Dr. Gustav	Syndikus	M.d.R. 1907—1912 und seit 1914, Vors. d. Reichstagsfraktion seit September 1917, Gf.A. seit Februar 1917	Kgr. Sachsen	S	S	S
Struckmann, Dr. Gustav	Oberbürgermeister a. D.	M.d.R. 1874—1877, 1884—1890	Hannover	S	S	S
Stubmann, Dr. Peter	Direktor	M.d.R. seit 1917	Hamburg	O	—	A
Stürken, Alfred	Kaufmann		Hamburg	—	O	O
Teudeloff, Friedrich	Lehrer		Vorschlag Gf. A.	O	Z	A
Thiel, Heinrich	Fabrikant		Lübeck	O	Z/A	A
Thießen, H.	Hofbesitzer		Schleswig-Holst.	O	Z	—
Tönnies, G. Corn. Johannes	Hofbesitzer	M.d.R. 1898—1903, M.d.A. seit 1909	Schleswig-Holst.	G	Z	A
Tramm, Heinrich	Stadtdirektor	Mitgl. d. Herrenhauses seit 1892	Hannover	—	—	—
Trittel, Gustav	Gymnasialdir.	M.d.R. seit 1917	Prov. Sachsen	O	Z/A	A
Varnhagen	Rechtsanwalt	Vors. d. Nat.-lib. Landesvereins für Waldeck und Pyrmont	Waldeck	A	A	A
Ventzki, August	Fabrikant, Kommerzienrat		Westpreußen	O	Z	O

Vogel, Dr. Paul	Geh. Hofrat	M.d.L. seit 1901, 3. Vors. d. Zentralvorstandes	Kgr. Sachsen	S	S	S
Vogt, Johannes	Geh.Regierungsrat		Brandenburg	O	Z	A
Wachhorst de Wente, Friedrich Wilhelm	Hofbesitzer	M.d.R. 1907—1912 und seit 1914, M.d.A. seit 1913	Hannover	S	A	A
Wagner, Franz	Justizrat		Brandenburg	O	Z/A	A
Wallbrecht, Dr. Max	Gutsbesitzer		Hannover	O	Z	—
Wamhoff, Hermann	Hofbesitzer	M.d.R. 1893—1898, 1899—1903, 1904—1907, 1912—1915, M.d.A. 1894—1913	Prov. Sachsen	A	†18.10.1915	
Warschauer, Dr. Otto	Professor		Vorschlag Gf. A.	O	Z	†29. 9. 1916
Weber, Dr. Carl W. Aug.	Bankdirektor	M. d. R. 1907—1911, Gf. A.	Kgr. Sachsen	—	—	S
Wehrmann, Karl	Professor, Oberrealschuldirektor		Westfalen	—	A	A
Werner, Josef	Rechtsanwalt		Bayern, rechtsrheinisch	—	—	—
Wessel, Heinrich	Buchdruckereibesitzer	M.d.L. seit 1911	Braunschweig	O	Z	A
Westermann, Heinrich	Bauer, Ehrenamtmann	M.d.R. 1903—1906, M.d.A. seit 1899	Westfalen	A	S	A
Westphal, Rudolf	Chefredakteur		Thüringen	A	—	A
Wieland, Philipp	Fabrikant, Kommerzienrat	M.d.L. seit 1909	Württemberg	A	A	A
Wieseler, Theodor	Verbandsdirektor		Bayern, rechtsrheinisch	A	A	A
Windecker, Adolf	Rechtsanwalt, Justizrat	M.d.L. 1904—1905	Hessen-Darmstadt	—	—	—
Witzmann, Julius	Landgerichtsrat, Geh. Justizrat	M.d.A. seit 1904	Schlesien	A	A	A
Wölz, Dr. Otto	Rechtsanwalt	Vors. des württ. Landesverbandes der Junglibe-ralen	Württemberg	O	Z/S	A

Name und Vorname	Beruf	Politische Stellung	Organisation	Sitzung 9. 2. 1913	Sitzung 21. 5. 1916	Sitzung 23. 9. 1917
Wolff, M.	Konrektor		Brandenburg	O	Z	A
Wyneken, Alexander	Chefredakteur	Vors. d. ostpreuß. Prov.-Organisation	Ostpreußen	A	A	A
Zapf, Dr. Albert	Rechtsanwalt		Bayern-Pfalz	O	Z/A	A
Zechlin, Dr. Arthur	Lyzeumsdirektor, Geh. Studienrat		Hannover	A	A	A
Zöphel, Dr. Georg	Rechtsanwalt	M.d.L. 1907—1909 und seit 1911	Kgr. Sachsen	O	Z	—

Verzeichnis der Archivalien

Nachlaß Richthofen	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hartmann Frhr. von Richthofen
Nachlaß Schiffer	Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nachlaß Eugen Schiffer
Nachlaß Stresemann	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Nachlaß Gustav Stresemann, zitiert mit Faszikelnummer
Nationalliberale Partei	Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 45/I, Nationalliberale Partei
Deutsche Volkspartei	Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 45/II, Deutsche Volkspartei
Kleine Erwerbungen Nr. 303	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaßsplitter Robert Friedberg, Bruno Marwitz, Ernst Bassermann
Archiv der Nationalliberalen Partei Badens	Badisches Generallandesarchiv, Bestand Abt. 69y
Politisches Archiv	Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Akten betr. Weltkrieg
HA.	Deutscher Bundestag Abt. III, Verhandlungen des Ausschusses für den Reichshaushalt, Filmkopien, zitiert mit Nummer und Datum der Sitzung

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Albertini	Luigi *Albertini:* The Origins of the War of 1914. London/New York/Toronto 1952—1957.
Allgemeiner Delegiertentag	6.—14. allgemeiner Delegiertentag (seit 1906: Vertretertag) der Nationalliberalen Partei. Protokoll auf Grund stenographischer Aufnahme. Berlin 1902—1912.
Anlagen zu den Sten. Berichten	Verhandlungen des Reichstages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Berlin.
Arning	Wilhelm *Arning:* Marokko—Kongo. Leipzig 1912.
Bassermann	Ernst *Bassermann:* Sein politisches Wirken. Reden und Aufsätze. Hrsg. von F. *Mittelmann.* Berlin 1914.
Bernstorff	*Graf* Johann-Heinrich *Bernstorff:* Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. Berlin 1920.
Bethmann	Theobald *von Bethmann Hollweg:* Betrachtungen zum Weltkriege. Berlin 1919—1922. 2 Bde.
Bethmann Hollwegs Kriegsreden	*Bethmann Hollwegs* Kriegsreden. Hrsg. und historisch-kritisch eingeleitet von Friedrich *Thimme.* Stuttgart 1919.
Birnbaum	Karl E. *Birnbaum:* Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States April 18, 1916–January 9, 1917. (Acta universitatis Stockholmiensis, Stockholm Studies in History 2.) Uppsala 1958.
Bülow	Bernhard Wilhelm *Fürst von Bülow:* Denkwürdigkeiten. Hrsg. von Franz *von Stockhammern.* Berlin 1930/31. 4 Bde.
Conze	Werner *Conze:* Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4.) Köln/Graz 1958.
Delbrück	Clemens *von Delbrück:* Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Hrsg. von Joachim *von Delbrück.* München 1924.
Edwards	Marvin L. *Edwards:* Stresemann and the Greater Germany 1914–1918. New York 1963.
Epstein	Klaus *Epstein:* Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin/Frankfurt-M. 1962.
Erzberger	Matthias *Erzberger:* Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart/Berlin 1920.
Eschenburg	Theodor *Eschenburg:* Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block. Nach unveröffentlichten Papieren aus dem Nachlaß Ernst Bassermanns. Eingeleitet von Gustav *Stresemann.* Berlin 1929.
Fischer	Fritz *Fischer:* Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961.
Groener	Wilhelm *Groener:* Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich *Frhr. Hiller von Gaertringen.* (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 41.) Göttingen 1957.
Große Politik	Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes *Lepsius,* Albrecht *Mendelssohn Bartholdy,* Friedrich *Thimme.* Berlin 1922—1927. 40 Bde.

Grunewald/Scherer	Jacques *Grunewald* — André *Scherer*, L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la Première Guerre Mondiale. Paris 1962.
Haegy-Werk	Das Elsaß von 1870—1932. Hrsg. im Auftrage der Freunde des Abbé Haegy von J. *Rossé* u. a. Colmar 1936. 4 Bde.
Hallgarten	George W. F. *Hallgarten:* Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg. 2. Aufl., München 1963. 2 Bde.
Der Handelskrieg mit U-Booten	Der Handelskrieg mit U-Booten. Bearbeitet von Arno *Spindler*. In: Der Krieg zur See 1914—1918. Hrsg. vom Marine-Archiv. Berlin 1932—1934. 3 Bde.
Hartenstein	Wolfgang *Hartenstein:* Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918—1920. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 22.) Düsseldorf 1962.
Haußmann	Conrad *Haußmann:* Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. von Ulrich *Zeller*. Frankfurt-M. 1924.
Helfferich	Karl *Helfferich:* Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band. Karlsruhe 1919.
Janßen	Karl-Heinz *Janßen:* Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18. Göttingen/Berlin/Frankfurt/Zürich 1963.
Koch	Walter *Koch:* Volk und Staatsführung vor dem Weltkriege. (Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges 29.) Stuttgart 1935.
Kriegbaum	Günther *Kriegbaum:* Die parlamentarische Tätigkeit des Freiherrn C. W. Heyl zu Herrnsheim. (Mainzer Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte.) Meisenheim (Glan) 1962.
Kühlmann	Richard *von Kühlmann:* Erinnerungen. Heidelberg 1948.
Maenner	Ludwig *Maenner:* Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath. Ein parlamentarisches Leben der wilhelminischen Zeit (1852–1920). Stuttgart/Berlin 1931.
Michaelis	Georg *Michaelis:* Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin 1922.
Müller	Georg Alexander *von Müller:* Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914—1918. Hrsg. von Walter *Görlitz*. Göttingen/Berlin/Frankfurt 1959.
NDB	Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1953 ff.
NLC	Nationalliberale Correspondenz. Offizielles Organ der Nationalliberalen Partei Deutschlands (seit 1919: der Deutschen Volkspartei). Berlin Jg. 39 (1912) — Jg. 51 (1924).
Nipperdey	Thomas *Nipperdey:* Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18.) Düsseldorf 1961.
Organisationshandbuch	Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches. Hrsg. vom Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei. Berlin 1907—1914. 6 Jgg.
Parliamentary Debates	Hansard's Parliamentary Debates (Official Report). Ser. V. London.

Payer	Friedrich *von Payer:* Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt-M. 1923.
Quellen 1/I und 1/II	Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearbeitet von Erich *Matthias* unter Mitwirkung von Rudolf *Morsey*. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Band 1/I und 1/II.) Düsseldorf 1959.
Reichsland-Werk	Das Reichsland Elsaß-Lothringen 1871—1918. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Institut der Elsaß-Lothringer im Reich. Berlin 1931—1938. 4 Bde.
Ritter	Gerhard *Ritter:* Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus" in Deutschland. München 1959 ff. 3 Bde.
Schäfer	Dietrich *Schäfer:* Mein Leben. Berlin/Leipzig 1926.
Scheidemann, Memoiren	Philipp *Scheidemann:* Memoiren eines Sozialdemokraten. Dresden 1928. 2 Bde.
Schiffer	Eugen *Schiffer:* Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951.
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm *Stahl*. Neue Folge. Jg. 23 (1907)—34 (1918) München 1908—1922.
Sten. Berichte	Verhandlungen des Reichstags. XI.—XIII. Legislaturperiode. Stenographische Berichte. Berlin 1903—1918. Sten. Berichte — s. a. Anlagen zu den Sten. Berichten.
Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs.	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 21.—22. Legislaturperiode. Berlin 1908—1918.
Tansill	Charles Callen *Tansill:* Amerika geht in den Krieg. Berechtigte Übersetzung aus dem Amerikanischen von Erwin *Weiss*. Stuttgart 1939.
Thieme	Hartwig *Thieme:* Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914—1918. (Schriften des Bundesarchivs 11.) Boppard am Rhein 1963.
Tirpitz	Alfred *von Tirpitz:* Politische Dokumente. Bd. 2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg 1926.
15. Untersuchungsausschuß	Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung nebst Beilagen. [1.—15. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses] Berlin 1920. 2 Bde.
Weltkampf	Der Weltkampf um Ehre und Recht. Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden und Akten beruhend. Unter Beteiligung von 70 hervorragenden Mitarb. hrsg. von Max *Schwarte*. Leipzig u. a. 1921—1933. 10 Bde.
Weltkrieg	Der Weltkrieg 1914—1918. Bearb. im Reichsarchiv [Bd. 10 ff.:] im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. v. d. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, [Bd. 13:] Bearb. im Reichsarchiv, [Bd. 14:] im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearb. u. hrsg. v. d. Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt d. Heeres. — Die militärischen Operationen zu Lande: Bd. 1—14. Berlin 1925—1944.
Westarp	Kuno *Graf von Westarp:* Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Berlin 1935. 2 Bde.

Wippermann Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begr. Karl Wippermann. Hrsg. Friedrich *Purlitz*. Jg. 28 (1912)—33 (1917) Leipzig.

WUA Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Bd. 1—12/I. Berlin 1925—1930. S. a. 15. Untersuchungsausschuß.

Zmarzlik Hans-Günter *Zmarzlik:* Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909—1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innerpolitischen Machtstellung. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11.) Düsseldorf 1957.

I.

Sitzung des Zentralvorstandes am 24. März 1912

Tageosrdnung*)

1. *Konstituierung des Zentralvorstandes gemäß § 13 der Satzungen.*
   a) *Wahl des Vorsitzenden;*
   b) *Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden;*
   c) *Zuwahl des ersten Geschäftsführers des Zentralbüros;*
   d) *Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses.*
2. *Vorlage des Jahresberichtes. Aussprache, eingeleitet durch Herrn Abg. Bassermann.*
3. *Anträge.*
4. *Festsetzung des diesjährigen allgemeinen Vertretertages und Wahl des Tagungsortes.*

Ia: Offizieller Bericht. NLC Nr. 70a vom 24. März 1912

Die auf Sonntag, den 24. März 1912, einberufene konstituierende Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei war vollzählig aus allen Teilen des Reiches besucht. An der Spitze der Tagesordnung stand die Wahl des Vorstandes. Es wurden die bisherigen Vorsitzenden wiedergewählt: Reichstagsabg. *Bassermann* als Vorsitzender, Landtagsabg. Dr. *Friedberg* als erster, Abg. *Vogel*, Präsident der sächsischen Zweiten Kammer, als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden. Generalsekretär *Breithaupt*[1]), erster Geschäftsführer des Zentralbüros, wurde in den Zentralvorstand zugewählt. Die Neuwahl des Geschäftsführenden Ausschusses hatte folgendes Ergebnis: Abgeordnete *Bartling*, *Beck* (Heidelberg), Dr. *Blankenhorn*, *Hausmann*, Dr. *Krause*, Dr. *Paasche*, Dr. *Röchling*, *Schiffer* (Magdeburg), *Schwabach*, Dr. *Semler*, *Sieg*, *Prinz Schönaich-Carolath*, Generalsekretär *Breithaupt* und Bankdirektor Dr. *Weber* (Löbau). Im Anschluß an den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, der mit den Reichstagswahlen abschloß, gab Reichstagsabg. *Bassermann* einen Rückblick auf die seitherigen Ereignisse und besprach vor allem die Wehrvorlagen. Die Situation in den letzten Wochen sei keine erfreuliche gewesen, aber es sei doch zu begrüßen, daß nunmehr durch die veröffentlichten Grundzüge[2]) Klarheit darüber geschaffen sei, daß in der Stärkung unserer Rüstung zu Wasser und zu Land zielbewußt fortgeschritten werde. Die Deckungsfrage werde Schwierigkeiten bereiten; den Unstimmigkeiten in der Regierung sei bereits der Schatzsekretär *Wermuth*[3]) zum Opfer gefallen,

*) NLC Nr. 63 vom 16. 3. 1912

[1]) Der Generalsekretär gehörte nicht zu den geborenen Mitgliedern des Zentralvorstandes, sondern mußte jeweils zugewählt werden. *Breithaupt*, der seit 1901 das Zentralbüro der Partei leitete, war bereits seit 1903 Mitglied des Zentralvorstandes.

[2]) Die Umrisse der neuen Wehrvorlagen, die für die nächsten 6 Jahre Mehrausgaben von etwa 750 Mill. Mark verursachen sollten, waren am 22. 3. 1912 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bekanntgegeben worden. Vgl. dazu Zmarzlik S. 51 ff.

[3]) Adolf *Wermuth* (1855—1927), der die neuen Wehrausgaben mit Hilfe der Erbschaftssteuer decken wollte, hatte an seiner Haltung auch dann noch festgehalten, als sich von seiten der Bundesstaaten und der Rechtsparteien starke Widerstände zeigten. Er geriet darüber in Spannungen mit *Bethmann Hollweg* und erhielt am 15. 3. 1912 seinen Abschied. Vgl. Zmarzlik S. 51 ff., bes. S. 57.

dessen Rücktritt in den weitesten Kreisen bedauert werde. Fest stehe, daß die Erbanfallsteuer der ursprüngliche Plan des *Kanzlers* gewesen sei. Die jetzt angebotene Beseitigung der Liebesgabe[4]) werde vielleicht 15 Millionen bringen, die allerdings vom Konsum getragen würden, dem gegenüber die Fraktion sich ihre Stellungnahme vorbehalten müsse. Trotz der dadurch geschaffenen schwierigen Lage werde die nationalliberale Fraktion im Reichstag ihre Schuldigkeit tun, wie sie die nationalen Traditionen der Partei erfordern.

An die Ausführungen *Bassermanns* knüpfte sich eine ausführliche Debatte, welche sich sowohl mit der letzten Vergangenheit der Partei wie auch mit der Politik der Partei gegenüber den neuen Aufgaben beschäftigte. In erster Beziehung wurde bei aller Verschiedenheit der Auffassungen in Einzelfragen festgestellt, daß die Partei ebensoweit von grundsätzlicher Abneigung gegen ein positives Zusammenarbeiten mit allen bürgerlichen Parteien entfernt sei, wie sie die Unterstellung der Absicht, eine Großblockpolitik treiben zu wollen, entschieden zurückweisen müsse. Bezüglich der neuen Aufgaben war man einmütig der Überzeugung, daß die Nationalliberale Partei ihren Traditionen gemäß alles aufbieten werde, um die Wehrvorlagen zur Verabschiedung zu bringen.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurde folgender Antrag angenommen:

> dem nächsten Vertretertage den Entwurf einer Statutenänderung vorzulegen, nach welchem nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, welche ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, innerhalb von sechs Wochen einen Vertretertag einzuberufen, der sich vornehmlich mit Satzungsfragen befassen soll. Die Festsetzung von Ort und Zeit dieses Vertretertages wurde dem Geschäftsführenden Ausschuß überlassen[5]).

Ib: Aufzeichnung des Generalsekretärs Paul Breithaupt, eigenhändig. Nachlaß Stresemann 136[6])

Sitzung des Zentralvorstandes im Zimmer Nr. 12 des Reichstags. Sehr starker Besuch. Starke elektrische Spannung. Der Zentralvorstand konstituiert sich.

[4]) Mit der sogenannten Liebesgabe ist eine Steuervergünstigung für Branntweinbrennereien gemeint. Nach dem Brennsteuergesetz von 1887 waren auf die Brennereien nach festgelegten Grundsätzen Alkoholkontingente verteilt, die nach niedrigeren Sätzen versteuert wurden.

[5]) Der Geschäftsführende Ausschuß setzte die Einberufung des Vertretertages auf den 12. 5. 1912 fest; vgl. NLC Nr. 74 vom 29. 3. 1912.

[6]) Bei dieser Aufzeichnung handelt es sich vermutlich um eine Eintragung in das Tagebuch des Zentralbüros, von dem einige herausgerissene Seiten in den Nachlaß Stresemann gelangt sind (vgl. auch Anm. II, 141). Die offenherzige Art des Berichtes ist wohl damit zu erklären, daß er nur für den internsten Gebrauch, vor allem für *Friedberg* als den Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, bestimmt war. *Friedberg* war ebenso wie *Breithaupt* seit Jahren ein entschiedener Gegner des jungliberalen Reichsverbandes, der sich der Einflußnahme durch die Parteizentrale möglichst weitgehend zu entziehen suchte. Vgl. Eschenburg S. 82 f.; August *Weber* an die Geschäftsstelle der Nationalliberalen Partei in Württemberg am 28. 3. 1912, in: Nachlaß Stresemann 120.

Ich **[Breithaupt]** verlese die Namen der gewählten Mitglieder, gegen die, Hessen-Darmstadt ausgenommen[7]), kein Widerspruch erfolgt. Gegen die Herren Dr. *Osann*, Dr. *Windecker*, Dr. *Pagenstecher* und Justizrat *Calman* erhebt **Bassermann** auf Grund schriftlichen Einspruchs des Dr. *Pagenstecher*[8]) wegen nicht ordnungsgemäß erfolgter Wahl selbst Einspruch und begründet merkwürdigerweise selbst diesen Einspruch. Dagegen wird, von Dr. *Röchling*[9]) unterstützt, durch *Friedberg* und andere beantragt, die anwesenden Herren aus Hessen aus Billigkeitsgründen ohne Präjudiz zuzulassen. Der Zentralvorstand beschließt demgemäß mit großer Mehrheit, und *Bassermann* hat seine erste Niederlage weg. Er beschränkte sich nunmehr lediglich auf die formelle Leitung der Sitzung. Zur Vorstandswahl nimmt Geh. Rat **Ludewig**[10]) das Wort, um Akklamationswahl *Bassermanns* vorzuschlagen. Das war bei der Situation und der Stimmung des Zentralvorstandes, die Herrn *Ludewig* nicht unbekannt sein konnte, ein Fehler. Abg. **Schmieding** erhob denn auch sofort Einspruch. Das war ein zweiter échec, den *Bassermann* ohne sein Verschulden erlitt, und der nur möglich war, [dadurch] daß Geh. Rat *Ludewig* zu denjenigen „Freunden" gehört, vor denen einen am liebsten Gott bewahrt. Wie wenig Menschenkenntnis hat doch *Bassermann*! Wie konnte er sich und seine angeblich bedrohte Stellung — kein Mensch hat daran gedacht — in solche Hände legen[11]). Es vollzieht sich Zettelwahl. *Bassermann* wird zum 1. Vorsitzenden gewählt, bekommt aber 30 weiße Zettel. Bei der Wahl Dr. *Friedbergs* zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wird von jungliberaler Seite Einspruch erhoben. *Friedberg* wird gewählt, bekommt aber auch 28 weiße Zettel, über welchen Vorgang er sehr vergnügt ist. Präsident Dr. *Vogel* (Dresden) wird mit Akklamation zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sodann werde ich auf Vorschlag **Bassermanns** einstimmig in den Zentralvorstand kooptiert, „denn wir brauchen unseren Geschäftsführer im Geschäftsf.[ührenden] Ausschuß". Nun vollzieht sich die Wahl des Geschäftsf.[ührenden] Ausschusses. Es wird zunächst festgestellt, daß dem Geschäftsf.[ührenden] Ausschuß die drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes an-

[7]) Die nationalliberale Organisation in Hessen-Darmstadt litt seit langem unter aufreibenden Flügelkämpfen (Frankfurter Zeitung vom 11. 4. 1912, 2. Morgenblatt; Kölnische Zeitung Nr. 499 vom 3. 5. 1912), die schließlich zu einer fünf Jahre andauernden Spaltung führten (Kölnische Zeitung Nr. 911 vom 22. 9. 1917). Offensichtlich hatte der rechte Flügel bei den Wahlen zum Zentralvorstand die Andersdenkenden rücksichtslos majorisiert und benachteiligt.

[8]) *Pagenstecher* war Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins in Mainz, der zusammen mit der Fortschrittlichen Volkspartei in scharfem Gegensatz zum Zentrum stand und den *Bassermann*schen Kurs nachdrücklich unterstützte. Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 499 vom 3. 5. 1912.

[9]) Karl *Röchling*, der zu der bekannten saarländischen Industriellenfamilie gehörte und diese gleichsam im Parlament vertrat, stand auf dem rechten Flügel der nationalliberalen Abgeordnetenhausfraktion; vgl. Thieme S. 49, 71, 80, 82, 101, 106, 110, 114 f., 117 f., 185, 193, 195.

[10]) *Ludewig* war Vorsitzender der pommerschen Provinzialorganisation, die gegenüber der konservativen Übermacht in mühsamer Arbeit Boden zu gewinnen suchte. *Ludewig* und seine Organisation wurden damals dem linken Parteiflügel zugerechnet. Siehe S. 169.

[11]) Inwieweit die Initiative *Ludewigs* geplant oder ob sie gar mit *Bassermann* abgesprochen war, ließ sich nicht feststellen. Gewiß ist, daß die pommerschen Zentralvorstandsmitglieder sich vor der Sitzung mit anderen Parteifreunden außerhalb Pommerns in Verbindung gesetzt hatten, wogegen *Friedberg* protestierte. Vgl. *Ossent* (Stettin) an *Friedberg* am 14. 4. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118.

gehören und 14 Herren zuzuwählen sind. Es liegt ein Vorschlag vor des sogenannten rechten Flügels auf bläulichem Papier mit den Namen Dr. *Krause*, *Bartling*, Dr. *Blankenhorn*, *Breithaupt*, *Schwabach*, *Hausmann*, Dr. *Paasche*, Dr. *Röchling*, *Schiffer* (Magdeburg), *Prinz* [*zu Schönaich-*] *Carolath*, Dr. *Semler*, *Sieg*, *Beck*, Dr. *Weber*; ferner ein Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses (des alten) auf weißem Papier (die Namen gedruckt): *Bartling*, *Beck*, Dr. *Blankenhorn*, *Breithaupt*, *Prinz* [*zu Schönaich-*] *Carolath*, Dr. *Fischer*, Dr. *Krause*, Dr. *Paasche*, Dr. *Röchling*, *Schiffer*, Dr. *Semler*, *Sieg*, Dr. *Stresemann*, Dr. *Weber*; und endlich ein Vorschlag der Pommern, der Jungliberalen und Dr. *Stresemanns* mit den Namen: *Beck*, *Blankenhorn*, *Prinz* [*zu Schönaich-*] *Carolath*, Dr. *Fischer*, *Junck*, Dr. *Krause*, Dr. *Liepmann*, *Neumayer*, Dr. *Paasche*, Dr. *Poensgen*, Dr. *Semler*, *Sieg*, Dr. *Stresemann*, Dr. *Weber*.

Gewählt wurden: *Bartling* (82), Dr. *Blankenhorn* (109), *Beck* (110), *Breithaupt* (79), *Prinz* [*zu Schönaich-*] *Carolath* (109), *Hausmann* (63), Dr. *Krause* (112), Dr. *Paasche* (103), Dr. *Röchling* (70), *Schiffer* (84), Dr. *Semler* (93), *Sieg* (109), *Schwabach* (55), Dr. *Weber* (107). Dazu traten die Herren *Bassermann*, Dr. *Friedberg* und Dr. *Vogel*. Es erhielten außerdem Stimmen: Dr. *Fischer* (51), Abg. *Junck* (42), Dr. *Stresemann* (39), Dr. *Poensgen* (29), *Liepmann* (28), *Neumayer* (28)[12]).

Das Ergebnis war also, daß die Herren Dr. *Fischer*[13]) und Dr. *Stresemann* hinausgewählt waren[14]), ja daß besonders Dr. *Stresemann* eine schwere Niederlage erlitt. Das war die Antwort auf seine Agitation und seine Offenbacher Rede[15]), die starken Unmut ausgelöst und vor allem den Abg. *Schiffer* (Magdeburg) zum Gegner gemacht hatte. Ich fand nach Schluß der Sitzung einen Zettel mit einer stenographischen Niederschrift, die nur von Dr. *Stresemann* stammen konnte und in der Übertragung lautete: „In voller Ruhe das Ergebnis hinnehmen, trotzdem ein Stück Zukunft für meine politische Entwicklung von dieser Wahl abhängt. Mir hat vieles geschadet, namentlich die Offenbacher Rede. Das Vater-

[12]) Dr. *Fischer*, Abg. *Junck*, Dr. *Stresemann* und Dr. *Poensgen* galten damals als ausgesprochene Vertreter des linken Parteiflügels.

[13]) Hermann *Fischer*, der bis 1911 den Vorsitz im jungliberalen Reichsverband geführt hatte, war bisher gleichsam der Sprecher seiner Organisation im Geschäftsführenden Ausschuß gewesen.

[14]) An ihrer Stelle traten die mehr rechtsstehenden Abgeordneten *Hausmann* und *Schwabach* in den Geschäftsführenden Ausschuß.

[15]) Gustav *Stresemann*, der bei den Reichstagswahlen im Januar unterlegen war, hatte sich am 28. 2. 1912 in einer Rede in Offenbach nachdrücklich für den Parteiführer *Bassermann* eingesetzt, der wegen seiner Haltung in der Reichstagspräsidentenwahl einer starken Kritik ausgesetzt war. Bei der Wahl des Reichstagspräsidenten hätte sich der Abgeordnete Eugen *Schiffer* ebenso für *Scheidemann* als Vizepräsidenten ausgesprochen wie *Bassermann* selbst. *Schiffer* ließ diese Behauptung in der NLC (Nr. 220 vom 5. 11. 1912) richtigstellen. „Ich gehörte zu denjenigen, die nicht nur kein Großblock-Präsidium, sondern überhaupt keinen Sozialdemokraten im Präsidium haben wollten. Nachdem aber in der Fraktion ein Kompromiß dahin zustande gekommen war, daß man, wenn ein Großblock-Präsidium vermieden würde, einen Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten wählen könne, bin ich für möglichste Einmütigkeit der Fraktion eingetreten, habe festgestellt, wieviel Mitglieder ihrem Beschluß zu folgen gewillt waren, und mich, nachdem Herr *Spahn* gewählt, also ein Großblock-Präsidium unmöglich geworden war, dahin ausgesprochen, daß nunmehr ein Sozialdemokrat ebensogut zum ersten wie zum zweiten Vizepräsidenten gewählt werden könne. Das ist alles, was ich in dieser Angelegenheit getan habe."

land (Kons. Blatt in Sachsen) wird jubeln, die Wormser Ecke[16]) ebenfalls...[17])." Ich glaube, es gab sehr viele auch außerhalb des Zentralvorstandes in der Partei, die *Stresemann* diese Lehre gönnten; seine Vielgeschäftigkeit und seine Eitelkeit hat ihm mehr Gegner geschaffen als er selbst weiß[18]). *Bassermann* hat mir mehr wie einmal im Reichstage gesagt, noch zu der Zeit, als *Stresemann* Abgeordneter war, daß er sich mit seiner Vielrederei um seine ganze politische Entwicklung bringe. Heute allerdings ruft derselbe *Bassermann* wie ein brünstiger Hirsch nach demselben *Stresemann*, ohne den er angeblich in der Fraktion nicht mehr fertig werden könne[19]). Heute so, morgen so, wie's trifft.

Dr. **Heinze** (Landgerichtsdirektor in Dresden), der 1912 in Dresden durchfiel, hielt dann eine politische Rede[20]), die stellenweise ebenso starke Zustimmung wie Widerspruch auslöste. Sie war nicht schlecht, aber reichlich theoretisch. Die Debatte nahm dann große Breite an, wurde aber durchaus sachlich geführt. *Bassermann* wurde erst durch Dr. **Fischer** einbezogen, der ausrief: „Wenn Sie den Antrag annehmen, dann wird die Öffentlichkeit das dahin auslegen, daß *Bassermann* eine Niederlage erlitten hat!" Dr. **Friedberg** sprach, vielleicht etwas zu temperamentvoll, aber sehr nachdrücklich gegen die Jugendorganisation. Die Abstimmung über den Antrag, der die Beseitigung dieser Jugendorganisation bezweckte, ergab 66 Stimmen dafür, 46 dagegen[21]). Die Anträge, welche einen Tadel der Reichstagsfraktion wegen der *Bebel*stimmen[22]) aussprechen sollten, wurden nach der gründlichen Aussprache darüber, in der viele bittere Worte fielen, zurückgezogen. Ein Antrag, der den Eintritt der Reichstagsfraktion in den

[16]) Der Begriff „Wormser Ecke" diente der Kennzeichnung der Gruppe um den *Frhrn. v. Heyl zu Herrnsheim* (Worms), der auf dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen Partei stand.

[17]) Die Verwendung dieses Notizzettels für das Sitzungsprotokoll wurde *Stresemann* bekannt und hatte für *Breithaupt* noch ein unangenehmes Nachspiel. Vgl. *Stresemann* an das Zentralbüro am 21. 7. 1912 und Aufzeichnung *Breithaupts* vom 8. 3. 1913, in: Nachlaß Stresemann 118 u. 136.

[18]) Auf der Zentralvorstandssitzung wurden auch Bedenken gegen *Stresemanns* enge Verbindung mit dem Hansabund laut, bei dem er für den Geschäftsführerposten im Gespräch war. Offensichtlich aber hat *Stresemann* durch seine Erklärung, daß er den Posten nicht annehmen wolle, die Versammlung nicht umstimmen können. Vgl. Wippermann 1912/I S. 190 f.; *Miethke (Stresemanns* Privatsekretär) an *Illgen* am 1. 4. 1912, sowie *Stresemann* an August *Weber* am 29. 3. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118 u. 120.

[19]) In diesem Sinne schrieb *Bassermann* an *Stresemann* am 1. 3. 1912: „Es ist zu dumm, daß Sie nicht hier sind; ich trage daran zu schwer." In: Nachlaß Stresemann 137.

[20]) Die Frankfurter Zeitung vom 11. 4. 1912 spricht die Vermutung aus, daß *Heinze* von „den Westfalen" als Sprecher vorgeschickt wurde. Man habe damit den Eindruck verwischen wollen, als handele es sich nur um die Austragung alter Gegnerschaften.

[21]) Den Jungliberalen Blättern zufolge betrug die Zahl der Gegenstimmen 43.

[22]) Als bei der Reichstagspräsidentenwahl der Zentrumführer Peter *Spahn* und August *Bebel* in die Stichwahl kamen, votierte ein Teil der nationalliberalen Fraktion für *Bebel*. Der Berliner Börsenkurier sprach von 24 Stimmen für den sozialdemokratischen Parteiführer (vgl. Kölnische Zeitung Nr. 154 vom 10. 2. 1912), der nationalliberale Abg. Otto *Keinath* von 15 Stimmen (vgl. Gottlob Egelhaaf, Lebens-Erinnerungen, zum Druck bearbeitet von Adolf Rapp, Stuttgart 1960, S. 126). Obwohl diese Stellungnahme nicht auf einem Fraktionsbeschluß beruhte und auch von *Bassermann* selbst abgelehnt wurde (NLC Nr. 60 vom 13. 3. 1912), sahen die Kritiker auf dem rechten Parteiflügel in der Abstimmung für *Bebel* eine Frucht der *Bassermannschen* Politik, die die Gegensätze zum Zentrum und zu den Konservativen im Wahlkampf scharf herausgekehrt hatte.

Zentralvorstand verlangte, wurde dem Zentralvorstande zur Behandlung in seiner nächsten Sitzung überwiesen[23]).

Um ½7 Uhr war die Schlacht zu Ende. Bei dem gemeinsamen Essen im Savoy-Hotel fehlten 22 Herren, darunter die Abgeordneten *Beck* und *Sieg*. *Bassermann*, der gar nicht zugesagt hatte, fuhr nach Hamburg zu einer Aufsichtsratssitzung, die schon seit Wochen feststand. Die Teilnehmer am Essen haben sich dadurch die Laune nicht verderben lassen.

25. März 1912. Das „Berliner Tageblatt" bringt einen, in der Hauptsache richtigen, aber doch tendenziös zugespitzten Bericht über die gestrige Sitzung des Zentralvorstandes unter der Überschrift: „Niederlage *Bassermanns* und Dr. *Stresemanns*"[24]). Also grobe Indiskretion eines Mitgliedes des Zentralvorstandes, trotzdem *Bassermann* zweimal die Vertraulichkeit der Verhandlungen betont hatte.

Ic: Berliner Tageblatt Nr. 156 vom 25. März 1912, mit der Überschrift: „Krach bei den Nationalliberalen. Friedberg gegen Bassermann"

Einmal mußte das kommen. Man hat solange klaffende Risse verkleistert und Widerstrebendes zusammengeleimt, daß der innerlich morsche Bau der nationalliberalen Einigkeit eines Tages mit weithin hörbarem Krach zusammenbrechen mußte. Ein kleines Vorspiel gab es jüngst im nationalliberalen Verein Berlin[25]). Da erlaubte sich eine Mehrheit, für die der Liberalismus noch nicht Schall und Rauch geworden, den bisherigen Vorsitzenden, den Abg. Hugo *Böttger*, hinauszuwählen. Hugo *Böttger*, den vom Vertrauen des Zentrums und der westfälischen Industriekonservativen getragenen Jungliberalen von vorvorgestern[26]). Ein Leidensgenosse und Staatsanwaltschaftsrat, der gleichfalls aus dem Vorstande hinausbefördert worden war, beschuldigte darauf, nach Anleitung der „Kreuzzeitung", den Jungliberalismus des gewalttätigen Umsturzes in der Partei[27]) und drohte, die gefährdete Einheit durch Gründung eines Konkurrenzvereins — retten zu wollen. Es ist zwar nicht ein Jungliberaler mehr in den Vorstand gewählt worden — aber das haben die rechten Flügelmänner der Partei nun schon von der schwarzblauen Presse gelernt: wenn etwas geschieht, was ihnen wider den Strich geht, so schreien sie, daß der Jungliberalismus die Partei tyrannisiere und ruiniere. Als ob sie selbst nie ein Wässerchen getrübt und in

[23]) Die Aufnahme der Reichstagsfraktion in den Zentralvorstand ließ sich in der nächsten Sitzung nicht durchsetzen, da die Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses dann ebenfalls aufgenommen zu werden wünschte. Vgl. Einleitung S. 28.

[24]) Nr. 155 vom 25. 3. 1912.

[25]) Vgl. den Artikel „Eine ‚Palastrevolution' im nationalliberalen Verein Berlin", in: Jungliberale Blätter Nr. 13 vom 23. 3. 1912.

[26]) *Böttger* war bei den Januarwahlen im Wahlkreis Duisburg-Mülheim-Oberhausen mit Unterstützung des Zentrums gewählt worden. Vgl. Koch S. 120; Kölnische Zeitung Nr. 168 vom 14. 2. 1912.

[27]) Die Zuschrift des Staatsanwaltschaftsrates *Fuchs* sprach von der „Fuchtel des Jungliberalismus", vgl. Jungliberale Blätter a.a.O.

der Partei, durch ihren Widerstand gegen jede zeitgemäße Verjüngung, die Wählerzahl nicht zum Stillstand gebracht hätten.

Gestern nun, in der konstituierenden Sitzung des Zentralvorstandes, ist die Bombe geplatzt. Die Bombe, die Herr *Friedberg* geladen und mit all der Wut und dem Gift und der Galle gefüllt hatte, die sich bei ihm seit zehn und mehr Jahren gegen die unruhige „Jugend" in der Partei angesammelt hat[28]). Herr *Friedberg* führt den Kampf gegen die Jugend, gleich dem auch nicht schwindelfreien Baumeister Solneß, als einen Kampf für sein eigenes Dasein. Und da er sein Leben — naturgemäß — lieb hat, so kämpft der sonst phlegmatische Genießer dann auch wie ein Löwe. Für Herrn *Friedberg* ist es nämlich ein Lebensbedürfnis, von den Reden der Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhaus mindestens 99 Prozent, am liebsten aber alle allein zu halten. Das Reden scheint für Herrn *Friedbergs* leibliches Wohlbefinden unentbehrlich zu sein wie für andere wohlbeleibte Männer die regelmäßige Massagekur im Frühjahr und im Herbst. Da aber die reaktionäre Mehrheit des Abgeordnetenhauses Herrn *Friedberg* von jeher zu den ihren gezählt hat, so ließ sie ihm das unschuldige Vergnügen. Herr *Friedberg* erwies sich dafür dankbar, indem er sein Bestes tat, um sowohl Preußen wie die Nationalliberale Partei dauernd in jenem Zustande idyllischer Sterilität zu erhalten, die für Ehren-, Meer- und Mummelgreise am zuträglichsten ist. Das Aufkommen der Jugendbewegung und die verständnisvolle Haltung, die *Bassermann* ihr gegenüber einnahm, erfüllte diesen Epikuräer, der politische Betätigung nur insoweit wünscht, als sie der Verdauung zuträglich ist, mit steigendem Unbehagen. Wenn *Bassermann* auf Parteitagen einen liberalen Anlauf nahm, wie in Wiesbaden, wo er unter dem Jubel der Versammelten das geheime Wahlrecht forderte[29]), ging *Friedberg* mit hängenden Ohren umher und prophezeite im vertrauten Kreise das nahe Weltende.

Die Irrungen und Wirrungen, die im Anschluß an die Präsidentenwahl unter den Nationalliberalen ausgebrochen sind — nicht ohne Nachhilfe von kundiger Hand natürlich —, schienen ihm eine günstige Gelegenheit zu bieten, einen entscheidenden Vorstoß gegen den Nebenbuhler zu führen. Die Präsidentenwahl ist für *Friedberg* und die Seinen natürlich nur Vorwand. Wer diese Leute kennt, zuckt über ihre „patriotische Entrüstung", wegen der nationalliberalen Stimmen für *Bebel*, lächelnd die Achseln. Was sie für die Nationalliberale Partei erstreben, ist das bescheidene Plätzchen an der Sonne der Regierungsgunst, dessen sie sich in der alten *Kardorff*mehrheit[30]) — Konservative, Zentrum, Nationalliberale — erfreute. Da ließ sich gut leben, für die Führer wenigstens. Den Wählern machte man auf Parteitagen und wenn sonst man geruhte, zum Volke hinabzusteigen,

[28]) Auch *Bassermann* erblickte in *Friedberg*, dem das Zentralbüro unterstand, den Drahtzieher der Opposition. Vgl. seinen Brief an *Stresemann* vom 28. 3. 1912, in dem es heißt: „Die Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß sind unerhört. Das war des Zentralbüros Geschoß." In: Nachlaß Stresemann 136.

[29]) Vgl. Zehnter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 5. und 6. Oktober 1907 in Wiesbaden, Berlin 1907, S. 17.

[30]) Diese Gruppierung, die vor allem durch die Initiative des freikonservativen Abgeordneten Wilhelm *v. Kardorff* zusammengehalten wurde, hatte dem Reichstag vor 1906 das Gepräge gegeben.

einigen blauen Dunst vor. Und auch den „süddeutschen Liberalen" *Bassermann* ließ man sich als Führer ganz gerne gefallen, solange er immer hübsch Anschluß nach rechts suchte. Nun aber macht man die unangenehme Entdeckung, daß dieser *Bassermann* ein selbständiger Kopf sein will, der — als Parteiführer — Politik und nicht Geschäfte machen will! Der den Kampf gegen Schwarzblau, der den Nationalliberalen aufgezwungen wurde, ernst nimmt, statt anstandshalber ein kurzes Scheingefecht zu führen und dann schleunigst seinen Frieden mit denen zu machen, die nun einmal die „gottgewollten" Herren im Deutschen Reiche zu sein scheinen. Dagegen organisierte der bei den Reichstagswahlen von Rechts wegen durchgefallene Herr *Schifferer*[31]) einen gesinnungstüchtigen Dreibund aus Holsteinern, Westfalen und Sachsen.

Gestützt auf solche Rückendeckung, packte Herr *Friedberg* aus, was er gegen den Nachwuchs der eigenen Partei auf dem Herzen hatte. *Bassermann* als Führer einfach abzusägen, wagte man freilich nicht, um des Skandals willen, den das in der Öffentlichkeit gemacht hätte. Öffentlichkeit aber ist das, was diese Kulissenschieber des politischen Quietismus am meisten scheuen. Hübsch in der Dunkelkammer des Zentralvorstandes gedachte man Herrn *Bassermann*, zum zweitenmal in seinem politischen Leben, vor dem „Rate der Alten" auf die Knie zu zwingen[32]). Über der unbotmäßigen Jugend aber wünschte man das Damoklesschwert eines Antrages aufzuhängen, der das brutal-deutliche „Wer nicht pariert, fliegt" ins Nationalliberal-Mittelparteiliche übersetzt.

Es kam aber diesmal ein wenig anders. Herr *Friedberg*, der leicht in Hitze gerät, wo die politische Verdauungsruhe auf dem Spiel steht, hat sich fortreißen lassen und anscheinend die gesamte Reichstagsfraktion vor den Kopf gestoßen. Selbst ein des Jungliberalismus so wenig verdächtiger Mann wie Herr *Sieg*[33]) soll schließlich recht unangenehm geworden sein. Beim gemeinsamen Essen hinterher, wo man sonst in brüderlich-einigen Hochgefühlen zu plätschern pflegte, sah Herr *Friedberg* nur seinen Sozius *Schiffer* und den allzeit getreuen *Bartling* wieder[34]). Herr *Bassermann* war abgereist und die übrige Reichstagsfraktion zog es vor, mit dem Triumphator *Friedberg* nicht an einer Tafel zu speisen. Die Freude der Sieger soll denn auch ziemlich gedämpft gewesen sein. Die Abwesenheit der treuen Kollegen vom Reichstag hätten die Herren von der anderen Fakultät zur Not ertragen. Aber — es drohte

[31]) Anton *Schifferer* (1871—1943), Vorsitzender der schleswig-holsteinischen Organisation, hatte sich beim linken Liberalismus dadurch besonders unbeliebt gemacht, daß er für den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte Dr. *Roesicke* gegen den fortschrittlichen Kandidaten Dr. *Struve* eingetreten war; vgl. Vossische Zeitung Nr. 157 vom 26. 3. 1912 und Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz Nr. 46 vom 16. 6. 1911.

[32]) Der erste Versuch war im Oktober 1910 in Kassel unternommen worden, als 15 Landesverbände ihre Vertreter mit dem Votum entsandt hatten, auf die Ablösung *Bassermanns* als Vorsitzenden des Zentralvorstandes zu dringen. Damals vermochte *Bassermann* den unmittelbar darauffolgenden Parteitag in eine Vertrauenskundgebung umzuwandeln. Vgl. Eschenburg S. 272.

[33]) Julius *Sieg* war Rittergutsbesitzer im Kreise Kulm/Westpreußen.

[34]) *Schiffer* und *Bartling*, die gleichzeitig Abgeordnete im Reichstag und preußischen Landtag waren, wurden damals dem rechten Parteiflügel zugerechnet.

noch ein Nachspiel! Nachdem nämlich die freiwillige *Bethmann*-Schutztruppe[35]) des Zentralvorstandes auf dem linken Flügel sattsam herumgetrampelt hatte, raffte sich dieser endlich zum Gegenschlag auf. Er verlangte, daß der auf Ausschluß der Jungliberalen drängende Antrag binnen sechs Wochen einem Vertretertage vorgelegt werde, und diese Forderung ging im allgemeinen Trubel des Sitzungsschlusses durch. Das war nun nicht die Meinung des „Rates der Alten" gewesen! Der obersten Parteiinstanz öffentlich Rede und Antwort zu stehen, darauf sind die um *Friedberg* nie sonderlich erpicht gewesen. Denn die erwählten Vertreter der Partei im Lande verachten und scheuen sie zugleich. Sie verachten sie als Reaktionäre im Herzen und sie scheuen sie als Auchliberale, denen der ehrlich konstitutionelle *Bassermann* vor der Öffentlichkeit über ist. Was dieser Parteitag, vor dem als Berufungsinstanz nun verhandelt wird, für die Partei und unsere gesamte innere Entwicklung bedeutet, das hängt davon ab, ob Herr *Bassermann* seine Stunde richtig begreift. Wird wieder geleimt und verkleistert, dann wird man der alten „Partei der Reichsgründung" endgültig das Totenglöcklein läuten dürfen.

Id: Nationalliberale Correspondenz Nr. 71 vom 26. März 1912, mit der Überschrift: „Zur gestrigen Zentralvorstandssitzung."

Trotzdem die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes einen streng vertraulichen Charakter haben, ist das „Berliner Tageblatt" in der Lage, einen Bericht über die gestrige Sitzung zu bringen, der, wenn er auch in Einzelheiten unzutreffend ist, doch auch manche richtige Mitteilung enthält, die ihm nur durch eine bedauerliche Indiskretion zugegangen sein kann. Wir lassen dahingestellt, wer dabei am meisten zu tadeln ist; ob derjenige, der solche Indiskretionen begeht, oder derjenige, der einen anderen dazu verleitet, um das, was er auf diese Weise erfährt, zu seinen Zwecken auszubeuten. Jedenfalls wird man sagen müssen, daß derjenige, welcher sich der Indiskretion schuldig gemacht hat, der Sache, der er nützen wollte, den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen hat. Denn er mußte sich darüber klar sein, daß seine indiskreten Mitteilungen diejenigen Kommentare hervorrufen würden, die Blätter von der Richtung des „Berliner Tageblatts" ihnen tatsächlich gegeben haben. Demgegenüber wird eine Richtigstellung am Platze sein, obgleich wir nicht hoffen dürfen, das „Berliner Tageblatt" im besonderen zu einer objektiveren Würdigung des Ganges der Verhandlungen zu veranlassen. Es ist grundfalsch, die Abstimmungen und Beschlüsse der gestrigen Sitzung zu einer Niederlage *Bassermanns* stempeln zu wollen. Diese Behauptung kann nur vom „Berliner Tageblatt" und von solchen Leuten aufgestellt werden, die es lieben, den Namen des allseitig verehrten Führers *Bassermann* für ihre eigenen Zwecke zu verwerten. Wenn *Bassermann* nicht einstimmig gewählt worden ist, so trifft das ebenfalls auf den zweiten

[35]) *Bethmann Hollweg*, der bei den Reichstagswahlen ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien zu fördern gesucht hatte, bedauerte den „Linksabmarsch" der liberalen Parteien, weil er wohl am liebsten mit einer Kombination von Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen regiert hätte. Vgl. Schulthess 1912 S. 5; Sten. Berichte Bd. 283 S. 65; Zmarzlik S. 43 f.

Vorsitzenden Dr. *Friedberg* zu, was in dem Bericht des „Berliner Tageblatts" sorgfältig verschwiegen wird. Schon aus diesem Umstande ergibt sich, daß die tendenziöse Behauptung von einer „Niederlage" *Bassermanns* vollständig aus der Luft gegriffen ist. Daß sich in der Diskussion auch tadelnde Stimmen über das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der ersten Präsidentenwahl erhoben haben, ist nach den in voller Öffentlichkeit darüber gepflogenen Verhandlungen im Lande gewiß nicht zu verwundern. Es wurde aber doch schließlich anerkannt, daß die Reichstagsfraktion selbst den gemachten Fehler nicht vertuschen will, und daß ihre Haltung bei der neuen Wahl des Präsidiums als durchaus korrekt im Sinne der Parteipolitik betrachtet werden muß[36]). Am meisten irreführend ist der Bericht des „Berliner Tageblatts" über den Antrag, der die Statutenänderung betrifft. Es handelt sich hier um eine organisatorische Frage, welche die Partei schon lange beschäftigt. Es ist das die Frage, ob Organisationen mit eigener Spitze innerhalb der Partei bestehen können. Sie ist um so wichtiger, als mit dem Emporblühen der nationalliberalen Arbeitervereine[37]), mit dem Anwachsen der nationalliberalen Frauenbewegung[38]), auch hier die Erwägung Platz greifen konnte, ob eine Sonderorganisation innerhalb der Partei, wie sie der „Reichsverband der nationalliberalen Jugend" darstellt, im Parteiinteresse annehmbar sei. Der gefaßte Beschluß bedeutet weiter nichts, als daß dergleichen Organisationen innerhalb der Partei auf die Dauer mit der notwendigen Einheit derselben nicht verträglich seien. Wer diesen Beschluß zu einem politischen, gegen die Jugend gerichteten stempeln will, bringt die Frage absichtlich auf ein falsches Geleise. Wir können nicht unterlassen, dem „Berliner Tageblatt" in Erinnerung zu bringen, wie man innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei über die gleiche Frage denkt. Auf dem allgemeinen Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, der am 5. März 1910 stattfand und zu dem Zwecke einberufen war, das Organisationsstatut für die neu zu bildende Fortschrittliche Volkspartei festzustellen, äußerte sich auch Herr Dr. *Wiemer* über die Jugendorganisation. Er sagte, daß ein besonderer Reichsjugendverband sich nicht empfehlen würde, vielmehr der Anschluß an die bestehenden Organisationen vorzuziehen sei[39]). Das ist auch der Sinn des Antrages, der in der gestrigen Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes gefaßt wurde, und, wie wir ausdrücklich hervorheben, nicht

[36]) Bei der Neuwahl des Reichstagspräsidiums unterstützten die Nationalliberalen die Kandidaturen von *Kaempf* (FVP), *Paasche* (Nat.-Lib.) und *Dove* (FVP), die auch tatsächlich gewählt wurden.

[37]) Es gab nur ganz vereinzelt nationalliberale Arbeitervereine, die lose verstreut waren (NLC Nr. 169 vom 14. 8. 1912) und kaum die Aussicht hatten, sich zu einem beachtlichen Faktor innerhalb der Partei zu entwickeln.

[38]) Als im Herbst 1912 die nationalliberalen Frauengruppen ihr erstes Treffen auf Reichsbasis organisierten, machte Generalsekretär *Breithaupt* zwar darauf aufmerksam, „daß etwa zu gründende Frauengruppen keinerlei Sonderstellung beanspruchen könnten, sondern sich der nächsten Organisation einzufügen hätten" (NLC Nr. 199 vom 4. 10. 1912), aber eine ernsthafte Gefahr für die Einheit der Partei war von dieser Seite nie gegeben.

[39]) Dementsprechend wurde in der Satzung der neugegründeten Fortschrittlichen Volkspartei festgelegt: „Als Jugendvereine gelten Parteivereine mit Mitgliedern unter 35 Jahren. Solche Vereine schließen sich den Ortsvereinen oder den Bezirksvereinen an." In: Erster Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Berlin am 6. März 1910, Berlin 1910, S. 10.

nur die Jugendvereine[40]), sondern auch alle anderen Sondervereine in gleicher Weise angeht. Es ist demgemäß eine durchaus unwahre Behauptung und eine willkürliche Unterstellung, wenn das „Berliner Tageblatt" behauptet, daß es auf eine „Herausdrängung" der Jungliberalen abgesehen sei. Eine weitere Aufrechterhaltung der bisherigen Organisation würde unzweifelhaft die Gefahr heraufbeschwören, daß, wie wir schon andeuteten, noch andere Organisationen mit bestimmten Tendenzen innerhalb der Partei ein Recht auf Sonderorganisation und Betätigung beanspruchen würden, so daß man mit der vollständigen Desorganisation der Partei rechnen müßte. Würde der Delegiertentag im Sinne des gestern angenommenen Antrages beschließen, so würden damit die Jugendvereine in keiner Weise vernichtet oder ihre Mitglieder aus der Partei herausgedrängt. Vielmehr würden sie nach wie vor in dem Rahmen der landschaftlichen Organisation eine segensreiche Tätigkeit entfalten können, ganz in dem Sinne, wie das Herr Dr. *Wiemer* für die freisinnige Jugendorganisation in Aussicht gestellt hat.

Auf Kombinationen beruht auch, was das „Berliner Tageblatt" über die Nichtwiederwahl Dr. *Stresemanns* in den Geschäftsführenden Ausschuß der Partei und angebliche gegen diese Wiederwahl erhobene Bedenken schreibt. Eine Diskussion über die Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß hat überhaupt nicht stattgefunden.

Wenn das „Berliner Tageblatt" endlich für die gestrigen Beschlüsse Herrn *Fuhrmann* verantwortlich macht und ihn als „Sieger auf der ganzen Linie über Herrn *Bassermann*" hinstellt[41]), so entspricht das der Gehässigkeit, mit der das „Berliner Tageblatt" seit Jahren Herrn *Fuhrmann* verfolgt. Wahr ist davon natürlich kein Wort. Herr *Fuhrmann* ist Generalsekretär der Partei und treibt als solcher keine selbständige Politik[42]).

Ie: Jungliberale Blätter Nr. 14 vom 30. März 1912, mit der Überschrift: „Ein kritischer Tag."

Die Zentralvorstandssitzung vom Sonntag, den 24. März 1912, hat eine Krise zum Ausdruck kommen lassen, die schon längst latent vorhanden war. Nach den Reichstagswahlen schienen es bestimmte Kreise der Partei für nötig zu befinden, neben Mißtrauensvoten gegen die Reichstagsfraktion und ihre Führung auch eine schleunige Beseitigung der Jungliberalen zu fordern. Solche Wünsche

[40]) Bereits zu jenem Zeitpunkt waren — vor allem in Süddeutschland — zahlreiche jungliberale Vereine an die landschaftlichen Organisationen angeschlossen; vgl. Jungliberale Blätter Nr. 21 vom 18. 5. 1912.

[41]) Berliner Tageblatt Nr. 155 vom 25. 3. 1912.

[42]) Tatsächlich war die Behauptung des Berliner Tageblatts durchaus zutreffend. Paul *Fuhrmann*, der seit 1909 als Generalsekretär dem Zentralbüro angehörte, war in eine zunehmende Opposition zum *Bassermannschen* Kurs getreten, der ein deutliches Abrücken von den Konservativen bedeutete, und war an der Gründung des rechtsgerichteten „Altnationalliberalen Reichsverbandes" aktiv beteiligt. Die neue Organisation, die am 13. 5. 1912 ins Leben gerufen wurde, bestellte *Fuhrmann* zu ihrem Generalsekretär. Vgl. Thieme S. 202; Johannes Fischart [Erich Dombrowski], Das alte und das neue System, Berlin 1919, Bd. I S. 298 ff.; ferner Paul Fuhrmann, Der Altnationalliberale Reichsverband, in: Der Tag Nr. 123 vom 29. 5. 1912.

wurden offiziell in Resolutionen von Westfalen, Schleswig-Holsteinern und Magdeburgern festgelegt, wie wir bereits früher mitgeteilt haben[43]). Wir sind dessen sicher, daß die Liebe der westfälischen Freunde uns nie umschmeichelt hat. In Westfalen saßen stets unsere erbittertsten Gegner[44]). Schon immer haben diese gegen unsere Organisation Sturm gelaufen, jetzt aber schien ihnen der rechte Augenblick gekommen zu sein, unsere im Reichsverband verkörperte Organisation zu vernichten. Dem Zentralvorstand am 24. cr. lagen deshalb unter Punkt 3 der Tagesordnung folgende Anträge vor:

1. Der Zentralvorstand wolle beschließen: Dem nächsten Vertretertag den Entwurf einer Statutenänderung vorzulegen, nach welchem nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, welche ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden.

2. Der Zentralvorstand wolle beschließen: finanzielle Subventionen an solche speziellen Vereine, welche den Landesverbänden nicht angeschlossen sind und einen besonderen organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden, nicht zu leisten[45]).

Die Antragsteller stammen in ihrer Mehrzahl aus Westfalen, Schleswig-Holstein und Magdeburg. Dazu kommt auch je ein Vertreter aus Hessen und Bayern r.[echts] d.[es] Rh.[eins]. Vereinzelte Gegner unserer Organisation schlossen sich den Anträgen an[46]). Nachträglich unterzeichnete auch der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion Dr. *Friedberg*. Der Reichsverband als angegriffene Organisation erhielt überhaupt keine Benachrichtigung von den eingebrachten Anträgen, die Zentralvorstandsmitglieder erst fünf Tage vor der Sitzung, obgleich, wie die den Anträgen beigefügte Zustimmungsliste zeigte, dieselben schon längst in denjenigen Landesteilen kursiert waren, wo unsere Gegner sitzen. Von den 127 Namensunterschriften kommen 70 aus Westfalen, 14 aus Schleswig-Holstein, 9 aus Magdeburg und 5 aus Bayern r.[echts] d.[es] Rh.[eins]. Gerade diese Namensliste genügt wohl, um die Tendenz der Anträge festzustellen. Daß die Herren auch an der Fraktionsführung Kritik üben wollten, kam dadurch zum Ausdruck, daß sie sich vorher vereinbart hatten, Herrn *Bassermann* nicht durch Zuruf wählen zu lassen und bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der Partei weiße Zettel abzugeben[47]). Jetzt sagen uns die Herren, diese weißen Zettel

[43]) Jungliberale Blätter Nr. 8 vom 17. 2. 1912 sowie Nr. 12 vom 16. 3. 1912.

[44]) Vgl. den Artikel „Die Altliberalen", in: Frankfurter Zeitung vom 11. 4. 1912, 2. Morgenblatt.

[45]) Der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend war bisher von der Parteizentrale subventioniert worden. Er hatte pro Jahr 3000 bzw. 4500 M erhalten. Vgl. Bundesarchiv 45/I, 5.

[46]) Hierzu gehörten *Bartels* (Breslau), *Leidig* (Berlin) und *Heinze* (Dresden); vgl. A. *Wyneken* an *Stresemann* am 15. 4. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118, ferner Jungliberale Blätter Nr. 20 vom 11. 5. 1912.

[47]) *Stresemann* zufolge hatten die Gegner der Jungliberalen und *Bassermanns* vorher sehr weitgehende Absprachen getroffen: „Die Leute haben die Parole ausgegeben, nur 30 Stimmzettel gegen *Bassermann* auszugeben, weil sie keinen Nachfolger haben. Man weiß auch dort zu genau, daß Herr *Schiffer* die Führung der Reichstagsfraktion nicht übernehmen kann", da zur Zeit niemand von dem rechten Flügel die Aussicht habe, die Mehrheit der Fraktion auf sich zu vereinigen. Vgl. *Stresemann* an August *Weber* am 29. 3. 1912, in: Nachlaß Stresemann 120. Beweise für oder gegen die Richtigkeit von *Stresemanns* Behauptung konnten nicht gefunden werden.

hätten selbstverständlich nicht dem „allverehrten Führer" *Bassermann* gegolten, sondern allein seiner Politik. Diese Erklärung ist unverständlich, charakterisiert aber deutlich die Situation. Gewiß hat auch Geheimrat *Friedberg* bei der Abstimmung weiße Zettel erhalten; das geschah aber nur, um die Herrn *Bassermann* zuteil gewordene Brüskierung nicht allzu scharf in die Erscheinung treten zu lassen. Deshalb stimmten viele Freunde *Bassermanns* auch gegen die Akklamationswahl des Herrn *Friedberg* und gaben bei seiner Wahl ebenfalls weiße Stimmzettel ab. Die ganze Aktion galt aber nicht Herrn *Friedberg*, der einstimmig gewählt worden wäre, wenn nicht die Gegenseite vorher gegen die Akklamationswahl *Bassermanns* demonstriert hätte. Die Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß zeigten dann ferner die wohl vorbereitete Absicht unserer Gegner. Sowohl der als jungliberal verdächtige *Stresemann* als auch insbesondere unser Dr. *Fischer* wurden aus dem Geschäftsführenden Ausschuß herausgewählt. Die Listen dazu hatten die Antragsteller Tage vorher sorgfältig vorbereitet, sie verteilten blaue Zettel. Bei der dann folgenden politischen Aussprache griff zunächst unter dem lauten Beifall wiederum derselben Gegner Dr. *Heinze* (Dresden) die Politik der Reichstagsfraktion auf das schärfste an. Er warf ihr nichts weniger als Demagogie vor und wünschte schließlich eine versöhnliche Politik nach rechts hin, insbesondere ein Zusammengehen mit der Regierung. Die Nationalliberale Partei müsse eine gouvernementale sein, das ist die kürzeste Formel für die Rede *Heinzes*. Die Gegner wiederum aus Holstein,Westfalen oder Magdeburg unterstützten auch weiterhin eine Resolution, die dem Verhalten der Reichstagsfraktion post festum ein durchaus „ungenügend" in ihrem Verhalten ausstellte. Die gestellten, von uns selbstverständlich als untunlich bekämpften Anträge wurden allerdings zurückgenommen. Aber die damit gewollte Absicht konnte in ihrem Kern auch nur ein Mißtrauensvotum gegen *Bassermann* bedeuten. Dann kam die Begründung der vorgenannten Anträge. Der Sprecher der Westfalen, Herr *Schmieding*, brachte die alten, schon oft gehörten Gründe gegen uns Jungliberale und unsere Organisation vor und glaubte insbesondere den Ton der „Jungliberalen Blätter" rügen zu müssen. Aber seine Ausführungen machten einen allzu nachhaltigen Eindruck auf die Zentralvorstandsmitglieder nicht. Unser Vorsitzender Dr. *Kauffmann* verwahrte sich in seiner Erwiderung gegen die Überrumpelungstaktik, mit der die Anträge in letzter Stunde eingebracht worden seien. Jede Antastung unserer Verbände, die die Anträge zertrümmern wollen, sei unannehmbar, weil dieselben die unerläßliche Voraussetzung unserer ganzen Arbeit seien, die doch die Partei nicht entbehren könne. Die Zerstörung des Reichsverbandes schädige die Partei weiter dadurch, daß sie den Eindruck eines Abmarsches nach rechts erwecken müsse, und wäre auch ein Akt der Undankbarkeit nach unserer treuen Mitarbeit bei den letzten Wahlen. Die Anträge hätten demnach überhaupt keinen organisatorischen Zweck, sondern einen ausgesprochen politischen; und da wir Jungliberalen seit langen Jahren die Politik der Partei rückhaltlos mitgemacht hätten, so ginge der Angriff der Westfalen eben gegen die Politik, die die Partei gemacht habe, gegen die Politik *Bassermanns*[48]). Mit allem Nachdruck wies Dr. *Kauffmann* sodann

[48]) Die Identifizierung der Jungliberalen mit *Bassermann* und ihr Wunsch, daß sich der Parteiführer für sie exponiere (vgl. R. *Kauffmann* an *Stresemann* am 27. 3. 1912, in: Nachlaß Strese-

die Behauptung des Begründers der Anträge zurück, daß die Jungliberalen bis jetzt der Partei nur Verderben gebracht hätten. Die Partei sei in den 10 Jahren, seit dem Bestehen unserer Bewegung[49]), innerlich und äußerlich erstarkt, ein weiterer Beweis dafür, daß keinerlei Grund bestehe, an unserer bewährten Organisation zu rütteln.

Die Debatte verlief zunächst friedlich weiter. Wir Jungliberale hätten wahrscheinlich einem Antrag zugestimmt, der die Einsetzung einer Kommission zur Gesamtrevision der Statuten vorsah. Schon in der Zentralvorstandssitzung in Kassel[50]) haben wir uns zu solchen Verhandlungen, die die Aufrechterhaltung unserer bisher von der Partei anerkannten Selbständigkeit nicht in Frage stellten, bereit erklärt, was besonders festgestellt werden muß. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde aber von Herrn Abg. *Schifferer* aus Schleswig-Holstein und seinen westfälischen Freunden nicht beliebt, da diese eine „Verschleppung" nicht wünschten, sondern eine klare Entscheidung auf der Zentralvorstandssitzung selbst wollten. Die Herren hatten eben alles so gründlich vorbereitet, daß sie sich ihres Sieges über uns sicher waren. Man stellte die Angelegenheit eben so harmlos als möglich hin, um diesen oder jenen Anwesenden noch durch die angebliche Bedeutungslosigkeit der Anträge für sich zu gewinnen. Die kritische Situation wurde erst geschaffen, als auch Herr Geheimrat Dr. *Friedberg* gegen uns Jungliberale und unsere Organisation das Wort ergriff. Er betonte mit großer Schärfe die Schwierigkeiten, die wir angeblich der preußischen Landtagsfraktion gemacht hätten[51]) und bezeichnete unseren Reichsverband in seiner jetzigen Gestalt als unerträglich. Diese Ausführungen zwangen unseren zweiten Redner, Herrn Dr. *Fischer*, zu einer scharfen Entgegnung. Er legte dar, daß die ganze Aktion gegen den Reichsverband nicht eine organisatorische, sondern eine rein politische sei, die sich vornehmlich gegen *Bassermann* richte. Wie in Kassel, so zeige sich auch heute die beliebte Verquickung: um *Basser-*

---

mann 120), entsprangen zu einem guten Teil taktischen Motiven. Tatsächlich bekundete gerade die Parteimitte, zu der *Bassermann* doch auch gehörte, einen starken Widerwillen gegen die jungliberale Sonderorganisation. So machte der ehemalige Reichstagsabgeordnete August *Weber* in einem Brief an *Stresemann* vom 28. 3. 1912 keinen Hehl daraus, daß er „sachlich die getrennte Organisation nicht für richtig halte" (Nachlaß Stresemann 120), und Alexander *Wyneken*, der Vorsitzende der ostpreußischen Organisation, versuchte *Stresemann* in einem Brief vom 15. 4. 1912 davon zu überzeugen, „wie falsch es ist, anzunehmen, daß diejenigen, die für die Einschränkung der Jugendorganisation im Zentralvorstande gestimmt haben, damit gegen *Bassermann* demonstrieren wollten. Ich meinerseits kann von mir sagen, daß ich nach den langjährigen Erfahrungen im Zentralvorstande mit voller Überzeugung für den Antrag *Bartels* gestimmt habe, daß ich aber mit unentwegter Treue an *Bassermann* hänge und für ihn eintrete. Ich weiß, daß so wie ich zahllose Nationalliberale denken, und namentlich glaube ich, daß wir Ostpreußen alle so gesinnt sind." In: Nachlaß Stresemann 118.

[49]) Nachdem in den Jahren 1899 und 1900 zunächst in Köln und dann auch in anderen Städten jungliberale Vereine gegründet worden waren, war am 21. 10. 1900 der „Reichsverband für die Vereine der nationalliberalen Jugend" entstanden. Vgl. Curt Köhler, Der Jungliberalismus, Köln 1908, S. 4 u. 7.

[50]) Am 30. 9. 1910.

[51]) Die Jungliberalen hatten sich z. B. bereits im Jahre 1906 für die Einführung des gleichen Wahlrechts in den Einzelstaaten eingesetzt und hatten 1904 die Simultanschule als gleichberechtigte Schulart gefordert, als die nationalliberale Abgeordnetenhausfraktion die Bekenntnisschule als Norm zu akzeptieren bereit war. Vgl. Curt Köhler a.a.O. S. 29 u. 12.

mann zu treffen, schlage man auf uns Jungliberale. Die Abgabe der weißen Zettel gerade am heutigen Tage sei dafür der beste Beweis. Statt aller Worte gegen die Jungliberalen verlangte Dr. *Fischer* den Nachweis, daß der Reichsverband jemals das Parteiprogramm verletzt oder sich den Beschlüssen der Vertretertage nicht gefügt habe. Wenn es dem Jungliberalismus gelungen sei, auf die Parteibeschlüsse solchen Einfluß zu gewinnen, wie es jetzt von seinen Gegnern übertriebenerweise hingestellt würde, dann sei eigentlich ein solches Zugeständnis der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer Arbeit. Der Reichsverbandsvorstand habe sich niemals als Spitze, sondern stets als ein Glied der Organisation der Nationalliberalen Partei gefühlt. Er warne vor einem Parteitag, damit nicht die Partei vor aller Öffentlichkeit gegen sich feststellen lassen müsse, daß sie es in mehr als 10 Jahren jedenfalls nicht verstanden habe, sich eine Jugendbewegung, die sich ihr aus freien Stücken und mit vollem Herzen zur Verfügung gestellt habe, in richtiger Weise dienstbar zu machen. Wolle aber die Mehrheit des Zentralvorstandes den Kampf auf dem Vertretertage, den Jungliberalen sei es recht.

Bei den nun folgenden heftigen Auseinandersetzungen sprachen noch insbesondere Herr Oberbürgermeister *Struckmann* (Hildesheim) und unser früheres Vorstandsmitglied *Brües* (Krefeld) für uns. Dann kam es zum Schluß der Debatte. Das Ergebnis der Abstimmung war das bekannte: der Antrag der Westfalen und Genossen wurde bei namentlicher Abstimmung, welche unser Dr. *Fischer* beantragt hatte, mit 63 gegen 43 Stimmen angenommen. Plötzlich, nach der Annahme des Antrages und nach den Reden und Gegenreden, die wegen der weiteren Behandlung des Beschlusses folgten, wurde es den Anwesenden klar, daß ein Beschluß gefaßt worden war, dessen Tragweite noch keiner absehen konnte. Der Abg. *Schiffer* mußte sich von uns auch auf die geäußerte Meinung festlegen lassen, daß die Anträge zum mindesten politischen Charakters sein könnten. Daß sie von seiten der Westfalen und der übrigen Antragsteller so gemeint waren, steht schon aus dem Grunde fest, daß sie für den Fall der Ablehnung der Anträge einen Eventualantrag vorbereitet hatten des Inhalts, daß diejenigen Parteimitglieder, welche den politischen Beruf der Nationalliberalen Partei nicht in einseitigem Anschluß nach links, sondern auch in der Aufrechterhaltung der Fühlung nach rechts erblicken, sich als besondere Gruppe mit eigener Spitze (ohne Altersgrenze?)[52]) organisieren sollten! Hilfe in der Not erschien der Vorschlag, bis zum Vertretertag den Verlauf der Zentralvorstandssitzung geheimzuhalten. Herr Dr. *Fischer* führte demgegenüber sofort mit aller Deutlichkeit aus, daß wir, als die Angegriffenen, die Vertraulichkeit nicht wahren könnten. Nachdem der allgemeine Vertretertag der Partei zu entscheiden habe, sei es geradezu unsere Pflicht, die Parteifreunde draußen in vollstem Umfange aufzuklären. Gerade der Verlauf der Zentralvorstandssitzung müsse bekannt werden, da er richtig erkennen lasse, was der Beschluß letzten Endes bezwecke. Aber auch ohne diese vorherige Feststellung hätten wir es jetzt nicht mehr

[52]) Der jungliberale Reichsverband durfte sich nach seiner Satzung nur aus solchen Vereinen zusammensetzen, denen über 40 Jahre alte Personen nicht als Mitglieder angehörten. Mit dieser Selbstbeschränkung wollte der Reichsverband den Vorwurf entkräften, daß es sich bei ihm um eine Richtungsorganisation handele. Vgl. Curt Köhler a.a.O. S. 40.

nötig, auf diese Verwahrung Dr. *Fischers* nachdrücklich hinzuweisen. Die vorliegenden Zeitungsberichte haben bereits das vertrauliche Material der Sitzung an die Öffentlichkeit gebracht[53]); wir haben deshalb diese Darstellung gegeben, um Irrtümer nicht aufkommen zu lassen. Der sogenannte parteiamtliche Bericht ist zustande gekommen, ohne daß mit uns vorher irgendwie Fühlung genommen worden sei. Daß die „Nationalliberale [C]orrespondenz" jetzt versucht, die Harmlosigkeit der Anträge und der Beschlüsse vom Sonntag ausführlich darzustellen[54]), verrät zwar einen bestimmten Willen der Parteileitung, entspricht aber nicht der Wirklichkeit. Die große Presse hat deshalb auch diesen jetzt vielleicht gutgemeinten Vertuschungsversuch entsprechend zurückgewiesen.

Wir enthalten uns in diesem Stadium jeder eigenen weiteren Kritik; wir betonen aber noch einmal, daß diese oben mitgeteilten Anträge in ihrer Tendenz allein gegen den Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend gehen können, da andere „spezielle Vereine mit eigener Spitze" in der Partei nicht bestehen. Es ist weiter Tatsache, daß die Anträge nicht lediglich einen formalen, organisatorischen Charakter besitzen, sondern hochpolitischen Inhaltes sind. Wie die geschichtliche Entwicklung der jungliberalen Bewegung sich vollzogen hat, bedeutet heute der Reichsverband die jungliberale Bewegung. Wer uns unsere Organisation jetzt, nachdem wir 13 Jahre in der Partei arbeiten und allezeit treu auf dem Boden des nationalliberalen Parteiprogramms uns bewegt haben, nehmen will, führt einen Vernichtungskampf gegen unsere Bewegung überhaupt. Diese Bedeutung der Anträge hat die gesamte Presse mit Ausnahme derjenigen, die wieder eine unkluge Vogelstraußpolitik treiben will, erkannt.

Wir bedauern auf das lebhafteste die durch die Angriffe gegen uns geschaffene Situation und finden die rücksichtslose Art des Vorgehens gegen uns besonders hart. Unsere Parteitreue, so oft schon auf die Probe gestellt, kommt aber auch diesmal nicht ins Schwanken. Wir werden die notwendige Ruhe bewahren und uns nicht zu übereilten Beschlüssen reizen und drängen lassen. Aber aufklären werden wir, soweit es in unserer Kraft steht.

Wie wir uns bis zum allgemeinen Vertretertag der Partei, der am 12. Mai in Berlin stattfindet, im einzelnen verhalten werden, wird unser auf Sonntag, den 31. März, nach Frankfurt a. M. einberufener Gesamtvorstand zu entscheiden haben. Zunächst sagen wir für all die Zustimmungserklärungen unserer Freunde, alten und jungen, aus dem Lande unseren herzlichen Dank!

---

[53]) Besonders eingehende Berichte brachte auch die Vossische Zeitung in Nr. 156 vom 25. 3. 1912 sowie Nr. 157 vom 26. 3. 1912.

[54]) Vgl. S. 99.

II.

Sitzung des Zentralvorstandes am 9. Februar 1913

Tagesordnung

1. *Auswärtige Politik und Landesverteidigung. Kostendeckung. Referent: Abg. Bassermann.*
2. *Fleischversorgung und innere Kolonisation. Referent: Abg. Schiffer (Magdeburg).*
3. *Erstattung des Jahresberichts 1912. Aussprache.*

II a: Stenographisches Protokoll. Bundesarchiv R 45/I, 1

Vorsitzender Abgeordneter **Bassermann:** Meine Herren, ich eröffne die Sitzung des Zentralvorstandes[1]) und heiße die erschienenen Mitglieder willkommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatte ich mir, dreier Parteifreunde zu gedenken, die uns durch den Tod entrissen worden sind. (Die Anwesenden erheben sich.)

Ich nenne zuerst unseren Freund *Hobrecht*, den langjährigen Vorsitzenden des Zentralvorstandes unserer Partei. Ein hervorragender Politiker ist uns in ihm durch den Tod entrissen worden, ein Politiker, dessen Tätigkeit zurückreicht in die große, in die *Bismarcksche* Zeit, der Minister des großen Kanzlers war, ein Politiker großen Stiles, erfüllt von nationaler Gesinnung und darin vorbildlich für uns alle, auch ein treuer liberaler Mann, der in seiner ganzen parlamentarischen Tätigkeit überzeugt war von der Notwendigkeit des gemäßigten Liberalismus, der verkörpert ist in unserer Partei. Er ist in den Sielen gestorben. Er war bis zum Schlusse seines langen Lebens politisch tätig und, nachdem er aus dem Reichstage ausgeschieden war, ein hervorragendes Mitglied der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses und deren Führer[2]). Wir werden diesem treuen nationalliberalen Manne ein gutes und warmes Andenken bewahren.

Es ist uns sodann entrissen worden das langjährige Mitglied des Zentralvorstandes Herr Landtagsabgeordneter Dr. *Hackenberg*. Auch er ist unter der Zahl der hervorragenden nationalliberalen Politiker zu nennen. Auch er ein Mann, dessen Bedeutung weit hinausreichte über den Parteistandpunkt[3]), erfüllt von großen politischen Idealen, treu uns zugetan und jederzeit bereit, im politischen Kampfe für das Vaterland und für die Partei seinen Mann zu stehen. Er ist in verhältnismäßig jungen Jahren nach schwerer Krankheit, in der er, längst vom Tode gezeichnet, immer noch seine Pflicht tat, uns entrissen worden.

Wir lesen heute die Nachricht, daß zum dritten Herr Geheimrat *Haas* in Darmstadt gestorben ist. Auch er war ein treuer Parteigenosse, der in guten und schlechten Zeiten zur Fahne unserer Partei gehalten hat. Sein Hauptwirkungskreis in parlamentarischer Beziehung war das Großherzogtum Hessen, wo er in der Partei und dann als langjähriger Präsident des hessischen Landtages eine hervorragende Rolle spielte. Er war auch Abgeordneter für den Deutschen Reichstag

[1]) Die Einladung zur Zentralvorstandssitzung war am 9. 1. 1913 erfolgt.

[2]) Arthur *Hobrecht* (1824—1912) war von März 1878 bis Juli 1879 preußischer Finanzminister, danach bis zu seinem Tode am 7. 7. 1912 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

[3]) Pfarrer Albert *Hackenberg* (1852—1912) war Präses der Rheinischen Provinzialsynode und gehörte dem preußischen Abgeordnetenhause seit 1899 an.

und hat unserer Fraktion viele Jahre hindurch angehört. Es ist darüber hinaus zu erwähnen, daß er ein Führer war in dem deutschen Genossenschaftswesen und daß er diesem wichtigen Zweige unserer Volkswirtschaft neue Bahnen gewiesen hat[4]).

Wir werden diesen drei treuen Parteigenossen, diesen drei Männern, deren ganzes Leben dem Vaterlande und seiner Größe und Stärke geweiht war, ein treues Andenken bewahren. Sie haben sich zum Zeichen dessen von Ihren Sitzen erhoben. Ich stelle das fest.

Meine Herren, ich darf wohl vor Eintritt in die Tagesordnung noch bemerken, daß der Geschäftsführende Ausschuß, was die Frage der Kooptation für den Zentralvorstand anlangt, sich dahin schlüssig geworden ist, nachdem vielfache Wünsche aus dem Lande laut geworden sind, einzelne Herren für den Zentralvorstand zu kooptieren, und nachdem wir hoffentlich mit dieser Sitzung über eine Periode der Unstimmigkeit hinausgekommen sein werden, in der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes die Kooptation auf die Tagesordnung zu setzen[5]). Ich teile dies mit, damit die erschienenen Vertreter auch den Freunden im Lande davon Kenntnis geben können.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein, und Sie gestatten mir wohl, zum ersten Punkte Ihnen das Referat zu erstatten.

Bickes (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich gestatte mir, den Vorschlag zu machen, eine Änderung in der Reihenfolge unserer Tagesordnung eintreten zu lassen, und zwar in der Weise, daß wir Punkt 1 und 3 ausscheiden, daß wir also zunächst den Jahresbericht entgegennehmen.

In der Aussprache zu diesem Jahresbericht werden ja, wie wir aus den vorliegenden Anträgen ersehen, auch organisatorische Fragen besprochen werden. Erfahrungsgemäß aber ermüden derartige Fragen, wenn sie an das Ende einer langen Sitzung gestellt werden, und es wird ihnen nicht mehr das Interesse entgegengebracht, das sie bei ihrer Wichtigkeit verdienen[6]). Ich möchte noch ganz besonders darauf aufmerksam machen, daß, wenn wir erst am Schlusse über diese Fragen sprechen und wenn sich dann die Notwendigkeit zeigen würde, gewisse Gegensätze, die vielleicht da auftauchen, zu beseitigen, es uns dann an der nötigen Zeit fehlen würde und eine Pause nicht mehr eintreten könnte.

Abgeordneter Dr. **Röchling** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, wir haben in unserer Partei immer den Grundsatz befolgt: das Vaterland über die Partei!, und da der erste Punkt der Tagesordnung ein hochgradiges patriotisches Interesse erregt, da er die schwere Frage der Zukunft unseres Vaterlandes und der Rüstung dem Auslande gegenüber erörtert, so bitte ich, die Änderung der Tagesordnung nicht vorzunehmen (Beifall.), sondern unter allen Umständen den

[4]) Wilhelm *Haas* (1839—1913) war Mitglied der Zweiten Hessischen Kammer (1881—1911) und zugleich Syndikus des „Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften".

[5]) Die Zuwahlen zum Zentralvorstand sollten schließlich erst in der Sitzung vom 21. 5. 1916 stattfinden, siehe S. 208 ff. u. 244.

[6]) Theodor *Bickes* hatte vor dem Vertretertag vom 12. 5. 1912 zu der Gruppe derjenigen gehört, die sich für eine Demokratisierung des Wahlmodus zum Zentralvorstand eingesetzt hatte. Vgl. Badisches Generallandesarchiv Abt. 69y Fasz. 243, sowie Einleitung S. 16.

ersten Punkt der Tagesordnung vorweg zu behandeln. Bezüglich des Tausches zwischen 2 und 3 wird man dann später sehen können. (Bravo!)

Vorsitzender [Bassermann]: Ich möchte auch der Anregung gegenüber darauf hinweisen, daß die Fragen zu Punkt 1 der Tagesordnung akut sind. Wir wissen nicht, ob nicht schon in den allernächsten Wochen die Militärvorlage und die Deckungsvorlage im Reichstage eingebracht werden wird[7]), und es ist heute die einzige Gelegenheit für den Zentralvorstand, sich über diese hochwichtigen Dinge auszusprechen.

Bickes (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, im Falle der Ablehnung meines Vorschlages schlage ich vor, dann den Punkt 3 an die zweite Stelle zu setzen. (Zustimmung.)

Vorsitzender [Bassermann]: Ich werde auf diesen Vorschlag nach Erledigung des Punktes 1 zurückkommen.

Dann darf ich wohl mit meinem Referat beginnen:

Auswärtige Politik. Landesverteidigung und Kostendeckung.

Wir haben als ersten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt: Auswärtige Politik. Landesverteidigung und Kostendeckung und, wie ich soeben hervorgehoben habe, sind diese Fragen dringlicher Natur. Sie haben einen akuten politischen Charakter, da anzunehmen ist, daß sich das Parlament, wenn nicht vor Ostern, so doch unmittelbar nach den Osterferien mit einer großen Militärvorlage und mit der äußerst schwierigen Frage der Deckung der Kosten, die zum mindesten, wie wir heute annehmen können, 100 Millionen M[ark] dauernde Mehrausgaben betragen, zu befassen haben wird.

Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist ja in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund der Besprechung nicht nur der Presse, sondern auch in unseren Versammlungen und Vereinen, überhaupt in den Diskussionen der deutschen Politiker getreten[8]). Die Lage des Deutschen Reiches ist schwieriger geworden von Jahr zu Jahr. Unsere militärische Überlegenheit ist im Laufe der Jahre verschwunden. Die internationale Lage ist drohender geworden. Feinde ringsum, und die Freunde, die wir besitzen, doch zum Teil jedenfalls laue Freunde, auf die wir nicht in allen Phasen einer politischen Entwicklung werden rechnen können.

Daß in dieser Zeit, in einer Zeit der Epigonen, wie man sie wohl mit Recht nennen kann, die Sehnsucht nach einem starken Staatsmanne, wie es einst *Bismarck* war, stärker und stärker sich geltend macht, daß Unzufriedenheit und herbe Kritik an unserer auswärtigen Politik in den Vordergrund dringt, daß wir die Tatsache zu verzeichnen haben, daß die Zahl der Persönlichkeiten, die sich eines ausgeprägten Vertrauens im deutschen Volke erfreuen, geringer wird von Jahr zu Jahr, das sind Zeiterscheinungen, an denen wir nicht vorübergehen können.

Es ist mir authentisch mitgeteilt worden, daß der englische Kriegsminister

[7]) Am 7. 4. 1913 begann im Reichstag die erste Lesung für die Militär- und Deckungsvorlage.

[8]) Einen lebendigen Eindruck von dem sich ständig steigernden Interesse *Bassermanns* an der auswärtigen Politik vermittelt die Sammlung seiner Reichstagsreden. Vgl. Bassermann passim.

Haldane, der ja lange Tage hier war[9]) und damals auch wegen der Marokkoangelegenheit und der Spannung zwischen England und Deutschland verhandelte, sich geäußert hat, es sei ihm geradezu aufgefallen, in welcher erschreckenden Weise die Zahl der Charaktere in Deutschland zurückgegangen sei. Da er hauptsächlich in den Kreisen der oberen Regierungsbehörden verkehrt hat, wird sich das wohl mehr auf diese Sphäre beziehen (Heiterkeit), als im übrigen auf unsere Situation in Deutschland; denn wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung ins Auge fassen, Industrie, Handel, auch die intensive Tätigkeit der Landwirtschaft, so kann man da an einen Mangel an Charakteren und Persönlichkeiten wohl kaum glauben.

Die Verschlechterung unserer politischen Lage knüpft an an zwei Faktoren. Das erste ist als dauernder Faktor, der nach dieser Richtung eingestellt werden muß, Frankreich, in dem der Revanchegedanke zu keiner Zeit erloschen ist. Es sind Phantasien der Sozialdemokraten und anderer, wenn sie glauben, daß nach dieser Richtung irgend einmal eine Besserung eingetreten ist. Die *Bismarcksche* Politik zielte dahin ab, Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten. *Bismarck* hat im Jahre 1876 und 1877 allerdings ein Bündnis mit Rußland abgelehnt. Er wollte nicht in Abhängigkeit von der russischen Politik kommen. Der Berliner Kongreß, ein Kongreß, der an die Balkanwirren und an den Krieg zwischen Rußland und der Türkei anknüpft[e], hinterließ starke Verstimmungen. Die Tätigkeit *Bismarcks* als ehrlicher Makler hat ihm den Dank Rußlands nicht eingetragen. Ich habe einmal jüngst mich an authentischer Stelle erkundigt, ob das Wort *Bismarcks* richtig sei, daß er gesagt habe, er habe damals Politik gemacht wie ein Berliner Stadtverordneter. Es ist mir gesagt worden, ob das Wort „justament" gefallen sei, das könne man nicht feststellen. Daß aber *Bismarck* seine Politik des Jahres 1878 später als absolut falsch bezeichnet habe, sei zutreffend. Jedenfalls ist damals das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland sehr trübe geworden. Andrerseits ist dadurch, daß der *Graf Schuwalow*, der ja damals der offizielle Bevollmächtige Rußlands war, dem Rate *Bismarcks*, sofort nach Petersburg zu fahren und dem Kaiser Bericht zu erstatten, nicht gefolgt ist, weil er zunächst zu einer ihm befreundeten Dame nach Brüssel fuhr, ihm *Gortschakow* damals zuvorgekommen — das ist historisch — und hat den Kaiser in einer absolut [für] Deutschland unfreundlichen Weise orientiert[10]).

Immerhin ist es *Bismarck* im Jahre 1887 gelungen, diese Mißstimmung zwischen Deutschland und Rußland nach jener bekannten Aussprache mit dem *russischen Kaiser* zu überwinden. Er hat damals den berühmten Rückversicherungsvertrag abgeschlossen, dessen Inhalt dahin ging: Wohlwollende Neutralität, wenn Rußland oder Deutschland angegriffen wird. Dieser Vertrag gab uns die Deckung gegen Frankreich. Rußland mußte in diesem Falle Gewehr bei Fuß stehen, und damit war die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich unmöglich gemacht.

[9]) Der Besuch von *Haldane* fiel in die Zeit vom 8.—12. 2. 1912.

[10]) Tatsächlich hatte *Gortschakow* den *Zaren* bereits von Berlin aus heimlich informiert (Große Politik Bd. 3 Nr. 440). Überhaupt scheint *Bassermanns* Urteil stark durch sein Ressentiment wegen der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages geprägt zu sein. Neuere Forscher neigen dazu, die Chancen für ein positiveres deutsch-russisches Verhältnis in der späten Bismarckzeit skeptischer zu beurteilen. Vgl. vor allem Reinhard Wittram, Bismarcks Rußlandpolitik nach der Reichsgründung, in: Historische Zeitschrift Bd. 186 S. 261 ff.

Ich verweise auf die Zeit *Caprivis*, das Jahr 1890, die erste Tat *Caprivis*, diesen Rückversicherungsvertrag aufzuheben und damit die Basis zu der russisch-französischen Annäherung zu geben, die sich dann in Kronstadt und Toulon vollzog, die in der Folge zu einem immer enger werdenden Bündnis geführt hat, zu der Tatsache, daß Frankreich der Geldgeber für Rußland in großem Stile wurde, daß Rußland heute diese goldenen französischen Ketten trägt.

Diese Entwicklung reicht in ihren Folgen natürlich hinein bis in unsere Tage. Darüber ist kein Zweifel. Das Bündnis mit Rußland gibt Frankreich diese große, starke Rückendeckung, aus der sich die ganze französische Entwicklung nach den verschiedensten Richtungen erklärt. Einmal war es Frankreich möglich, mit diesem Bündnis die so großartige Kolonialpolitik zu machen, die in Asien, dann aber namentlich in Afrika ein Weltreich für Frankreich erworben hat. Es ist in dieser Periode über schlummernde Zeiten hinweg der Revanchegedanke stärker und stärker geworden bis in die jetzige Zeit, von der wir wissen, daß die nationalistische Bewegung in Frankreich immer weitere Kreise zieht, daß die ganze französische Jugend in chauvinistisch-nationalistischem Geiste aufwächst und erzogen wird, Wellen, die heute nach Elsaß-Lothringen hinüberspülen. Die ganze unangenehme Situation in Elsaß-Lothringen — das wird mir Herr *van Calker* jedenfalls bestätigen[11]) — ist in der Hauptsache mit zurückzuführen auf die engen Zusammenhänge zwischen Elsaß-Lothringen und den Franzosen und auf diesen nationalistischen Geist, der sich nunmehr auch auf Elsaß-Lothringen überträgt. Es ist ja wunderbar, wie dieser radikalsozialistische Staat, diese Republik sich in dieser intensiven Weise mit der Armee beschäftigt. Militärvorlage auf Militärvorlage, keine Forderung zu schwer, heute in Aussicht stehend, Rückwärtsrevidierungen, wie sie sonst kaum möglich sind bezüglich der aktiven Dienstpflicht bei der Kavallerie, wo in wachsendem Maße auf die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich hingearbeitet wird[12]).

Das ist der eine Faktor, der immer wieder in den Vordergrund tritt. Bei jeder internationalen Reibung, besonders stark bei der Marokkofrage, aber auch im Balkankriege sehen wir die schärfste Initiative Frankreichs, und heute sehen wir seine Einwirkung auf den Balkanbund stärker als die irgendeines anderen Staates wieder aktiv in die Erscheinung treten.

Der zweite Faktor der Verschlechterung der internationalen Lage ist England. Darüber ein ganz kurzes Wort. Das sind ja Dinge, die den Herren allen bekannt sind.

Die Industrieentwicklung Deutschlands, seine wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkte, die Verdrängung Englands aus alten, eingesessenen Wirtschaftsgebieten, wo England früher ausschlaggebend war, in der Folge diese gewaltige Entwicklung der deutschen Handelsflotte, der deutschen Kolonialpolitik,

[11]) *van Calker* (1864—1957) galt seit den Beratungen über die elsaß-lothringische Verfassung als ausgesprochener Sachkenner für die politischen Probleme der Reichslande. Vgl. sein Referat im September 1917 (S. 351 ff.) sowie Anm. V, 230.

[12]) Tatsächlich wurde am 6. 3. 1913 die Gesetzesvorlage für die dreijährige Dienstpflicht von der französischen Regierung vorgelegt und am 20. 7. 1913 durch die Deputiertenkammer mit 358 gegen 205 Stimmen angenommen. Vgl. Schulthess 1913 S. 537 u. 553.

schwer ertragen von England damals, als *Bismarck* mit ihr in Afrika begann, und dann darüber hinaus die Schaffung der deutschen Kriegsflotte ein Verdienst des *Kaisers*, und damals der Eintritt Deutschlands in eine große Weltpolitik und eine immer größer werdende deutsche Kriegsflotte. Das knüpft an an den Rücktritt des vor wenigen Tagen verstorbenen Admirals *v. Hollmann*[13]), der damals jene Zeit im Reichstag miterlebt hat, wo der Kampf um das einzelne Schiff in der erbittertsten Form geführt wurde. Er wird es dankbar begrüßt haben, daß der *Kaiser* damals die Initiative ergriff, daß er damals, wo er *Bülow* von Rom herrief zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und mit ihm den Admiral *Tirpitz* aus Ostasien zurückrief, ihnen die Forderung stellte, die deutsche Kriegsflotte zu schaffen. Es wird einstmals die Geschichte anerkennen, daß es der geschickten Diplomatie *Bülows* einerseits und des Admirals *v. Tirpitz* andererseits gelungen ist, in großem organisatorischen Aufbau, zielbewußt, zum Teil vorbildlich für alle Mächte diese deutsche Kriegsflotte auf die Beine zu bringen und dabei die große Gefahr zu vermeiden, ihr auszuweichen, in dem Werden der deutschen Flotte einen Krieg mit England heraufzubeschwören. Es lag ja sehr nahe, daß England seiner Tradition gerecht wurde und, ehe die deutsche Flotte groß geworden ist, ehe die Gefahr zu groß war, versuchte, sie niederzuschlagen[14]). Das ist vermieden worden.

Aber wir sehen, wie alle diese Jahre bis auf den heutigen Tag erfüllt sind von dem Gegensatz zwischen Deutschland und England, von dem Mißtrauen in England gegen unsere **Flottenpolitik**, von Englands Furcht vor Invasionen — die Phantasie des englischen Volkes ist hier ja aufs äußerste erregt worden. Auch darüber geben die letzten Jahre ja in vollem Umfange Auskunft.

Annäherungs- und Anbiederungsversuche unsererseits sind im allgemeinen gescheitert. Es kann auch gegenüber den Debatten in der Budgetkommission dieser Tage immer wieder darauf hingewiesen werden[15]), daß es uns eine englandfreundliche Politik im Burenkriege, die ja, wie die Daily Telegraph-Verhandlungen bewiesen haben[16]), zu starker aktiver Betätigung des *Kaisers* geführt hat — jener bekannte Kriegsplan usw., eine Mitteilung, die an das englische Kabinett erfolgte über unfreundliche Anerbietungen anderer Seiten —, daß alles das nichts genützt hat. Nachdem England den Burenkrieg beendet hatte, war das Verhältnis mit Deutschland genauso schlecht wie zuvor. Es war am schlechtesten unter *Eduard VII.*, vielleicht auf der Grundlage dynastischer Verstimmungen, und hat dann zu jener Einkreisungspolitik geführt, über die

[13]) Der am 20. 1. 1913 verstorbene Admiral Fritz *v. Hollmann* war von 1890 bis 1897 Staatssekretär im Reichsmarineamt gewesen und hatte zu den Gründern des Flottenvereins gehört.

[14]) Namentlich der britische Admiral Sir John *Fisher* hatte sich während der Regierungszeit *Eduards VII.* dafür eingesetzt, die deutsche Flotte zu „copenhagen", bevor sie eine gefährliche Stärke erreichen würde. Vgl. Bülow II S. 83 f., 194 ff., 320.

[15]) In den Debatten des Haushaltsausschusses vom 6. und 7. 2. 1913 hatten sich Vertreter der Sozialdemokratie, des Fortschritts und des Zentrums nachdrücklich für eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen durch eine Flottenverständigung eingesetzt, nachdem *Tirpitz* erklärt hatte, daß für ihn ein Verhältnis von 10:16 bei den Schiffen der Dreadnought-Klasse akzeptabel sei. Vgl. HA 55. und 56. Sitzung.

[16]) Das am 28. 10. 1908 veröffentlichte Daily Telegraph-Interview *Wilhelms II.* ist abgedruckt u. a. in: Große Politik Bd. 24 als Anlage zu Nr. 8251.

Bülow sehr deutlich wurde. Er hat im Reichstag damals gesagt: Eine Politik, die darauf ausging[e], Deutschland einzukreisen, um es zu isolieren und lahmzulegen, [sei] eine für den europäischen Frieden bedenkliche Politik[17]).

Es fällt in jene Periode dann auch — der *König Eduard* war ja ein hervorragender Diplomat und Staatsmann — sein Werben einmal um Italien[18]), wo ihm der sehr geschickte französische Botschafter *Barrère*, der eine große Rolle in der internationalen Politik dieser Jahre gespielt hat, zu Hilfe kam, dann aber auch das starke Liebeswerben um Österreich, das nur an der absoluten Loyalität und Bündnistreue des *Kaisers Franz Joseph* gescheitert ist, und so kommen wir als Abschluß dieser ganzen Entwicklung hinein in die Periode, in der der Dreibund gegen [die] Triple-Entente steht, der Dreibund über jede Phase des Mißtrauens bis auf den heutigen Tag bestehend und in diesen Tagen erneuert[19]).

Ich habe einmal die Frage aufgeworfen, ob das Bündnis mit Italien für uns einen praktischen Wert habe[20]), und ein jetzt vor kurzem verstorbener Staatsmann[21]) hat mir gesagt: Nach seiner Auffassung liegt die Sache so: Italien wird im Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland immer zunächst zuwarten, wie das immer italienische Politik war, wohin sich der Sieg neigt und hernach seine Entschließung fassen. Allein es ist für die deutsche Politik doch von Wesenheit, daß dieses Italien nicht sofort — und das würde eintreten, wenn es nicht mehr Mitglied des Dreibundes ist — gegen uns, gegen Österreich in die internationalen Konflikte hineingezogen würde, daß wir wenigstens die Chance haben durch die Aufrechterhaltung des Bündnisses auch mit Italien, daß Italien in einem Kriege je nach dem Ausfall der ersten Schlachten seine Entschließung trifft, also damit auch die Möglichkeit, sie für uns zu treffen.

Dieser Gesichtspunkt beweist, wie notwendig es ist, unser Heer dahin auszubauen, daß uns die Möglichkeit einer raschen Mobilmachung und einer starken Offensive in den ersten Tagen gewährleistet ist, weil die ersten Entscheidungen unendlich wichtig sein werden. (Sehr richtig!)

Nun diese ständige Spannung und Kriegsgefahr, die uns ja von Militärvorlage zu Militärvorlage bringt und zu diesen großen Opfern, die auf finanziellem Gebiete damit von dem Volke gefordert werden müssen — ich kann Sie hinweisen

[17]) Sten. Berichte Bd. 218, S. 3624, 14. 11. 1906.

[18]) Am 18. 4. 1907 war *Eduard VII.* in Gaeta mit König *Victor Emanuel* zusammengetroffen. An diesen Besuch knüpften sich damals hinsichtlich der mangelnden italienischen Bündnistreue zahlreiche Befürchtungen, die namentlich auch von *Bassermann* zum Ausdruck gebracht wurden. Vgl. Hallgarten II S. 56 f.

[19]) Der Dreibund war am 8. 12. 1912 für weitere 6 Jahre verlängert worden.

[20]) Ernst *Bassermann* hatte in der Nachwirkung der Algeciras-Konferenz am 14. 11. 1906 im Reichstag festgestellt: „Eine Kritik, die heute an den Dreibund angelegt wird, wird zu dem Resultat kommen müssen, daß derselbe einen praktischen Nutzen für Deutschland heute kaum mehr besitzt, jedenfalls in seinem Einfluß, in seiner Bedeutung ganz erheblich gemindert ist." Vgl. Sten. Berichte Bd. 218 S. 3620.

[21]) *Bassermann* bezieht sich hier offensichtlich auf den am 30. 12. 1912 verstorbenen Staatssekretär *v. Kiderlen-Wächter*, der hinsichtlich des Dreibundes „ohne jede Selbsttäuschung" darüber war, „etwas anderes als eine verhältnismäßige zeitweilige Neutralität [Italiens] [. . .] erwarten zu können". Vgl. Ernst Jäckh, Kiderlen-Wächter — Der Staatsmann und Mensch, Stuttgart 1924, Bd. II S. 207, zum Zusammenhang siehe S. 205 ff.

auf die Vorgänge, die der Konferenz von Algeciras vorangingen, das war mit die stärkste Politik, die Deutschland damals trieb dem marokkanischen Reiche gegenüber, als der *Kaiser* hinunterfuhr nach Tanger und dort sich gewissermaßen verbürgte für die Aufrechterhaltung der Integrität und Selbständigkeit des scherifischen Reiches. Das wird man immer im Gedächtnis behalten müssen, wenn man verstehen will, wieso heute ein so starker Rückgang des Ansehens Deutschlands gerade in diesen Gegenden der islamitischen Welt eingetreten ist. Damals war die deutsche Regierung unter allen Umständen gewillt, keinen Krieg um Marokko entstehen zu lassen. Wenn das der feste Wille war, dann wäre es vielleicht klüger gewesen, den *Kaiser* nicht durch diese Reise zu engagieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Es kam die zweite Periode: Das waren die Kämpfe um Bosnien und die Herzegowina. Da war nun wirkliche Kriegsgefahr vorhanden. Ich werde noch mit einem Wort darauf zu sprechen kommen.

Dann kamen die Marokkowirren des Jahres 1911, wo wir offenbar sehr nahe vor dem Kriege standen, und heute der Balkankrieg mit seinen scharfen Gegensätzen, die jetzt zwischen Rußland und Österreich in dieser Phase der internationalen Politik in die Erscheinung getreten sind.

Wenn man einen Blick wirft auf die Entwicklung, die Deutschlands Ansehen und Deutschlands Machtstellung in diesen Phasen der internationalen Entwicklung genommen hat — Höhepunkt war ja naturgemäß *Bismarck* mit seiner Kontinentalpolitik, im wesentlichen darauf gerichtet, Frankreich niederzuhalten und dem immer wieder auftauchenden Revanchegedanken in dieser Beziehung auch durch den Dreibund zu begegnen.

Wenn Sie die *Bülowsche* Periode ansehen — in dieser Periode ist ja viel gesündigt worden durch große Reden, die in hohen Tönen sprachen, ohne daß der entsprechende Vollzug an diese Ankündigungen sich anknüpfen konnte, so daß unsere Politik oft den Eindruck des Schwankens, auch der Liebeswerbung bald um Rußland bald um England gemacht hat. Aber dabei wollen wir zweierlei bedenken: einmal, daß diese *Bülowsche* Politik doch in der Frage Bosnien und Herzegowina große Erfolge erzielt hat. Als damals jene absolute Kriegsentschlossenheit Deutschlands klar wurde, war das auch der Moment, in dem die Einkreisungspolitik des Königs *Eduard VII.* erledigt war, in dem es klar wurde, diese große Militärmacht rüstet nicht nur der Theorie halber, sondern sie ist bereit, für den Bundesgenossen Österreich das Schwert in die Waagschale zu werfen. Das war die Zeit der Nibelungentreue[22]), von der ja soviel in den Blättern dann gesprochen worden ist.

Dann ist diese *Bülowsche* Politik insofern hervorzuheben, als sie uns territoriale Erwerbungen brachte, einmal in der Südsee und dann Kiautschou[23]).

---

[22]) Das Schlagwort von der „Nibelungentreue" war von *Bülow* in seiner Reichstagsrede vom 29. 3. 1909 geprägt worden; vgl. Sten. Berichte Bd. 236 S. 7802.

[23]) Bei dem recht günstigen Bild, das *Bassermann* hier von der *Bülowschen* Politik entwickelt, ist zu berücksichtigen, daß beide Männer seit vielen Jahren in freundschaftlichem Gedankenaustausch standen. Ein Teil ihres Briefwechsels ist abgedruckt bei Wilhelm Spickernagel, Fürst Bülow, Hamburg 1921, S. 146 ff.

Ich könnte ein Wort sagen über diese Marokkopolitik, die uns eigentlich vor den Krieg geführt hat, die Marokkopolitik des Jahres 1911. Darüber sind die Akten natürlich nicht abgeschlossen. Es stehen sich hier diametral widersprechende Äußerungen des verstorbenen Staatssekretärs *v. Kiderlen* gegenüber, Äußerungen, die zuerst dahin gingen, daß wir Fuß fassen wollten im Süden von Marokko, welche Behauptung später auf das entschiedenste von demselben Staatssekretär bestritten worden ist, indem er sagte: Niemals wollten wir dort territoriale Erwerbungen machen[24]). Meine Herren, wenn das richtig ist, wenn er nur darauf ausging, gemäßigte Konzessionen für die Einverleibung Marokkos durch Frankreich zu verlangen, dann war die Entsendung des Panther nach Agadir zweifellos ein Fehler (sehr richtig!), und sie ist in vielen Kreisen der Diplomatie, auch bei Staatsmännern in Deutschland, auch als solcher erkannt worden. Ich habe damals einem hochstehenden Funktionär gesagt: Dann hätten Sie nicht den Panther nach Agadir, sondern Herrn *Dernburg*[25]) nach Paris schicken sollen; dann wäre es ohne diese große Aufregung abgegangen. Jedenfalls ist mir von mancher Seite, die orientiert ist, gesagt worden, daß darüber kein Zweifel sein könne, daß in dieser ganzen Periode Deutschlands Ansehen im Auslande Not gelitten hat, und daß der Eindruck erweckt worden ist, daß wir unter

[24]) Daß *Kiderlen-Wächter* mit der Entsendung des „Panther“ nach Agadir keinen Landerwerb in Westmarokko einleiten wollte, darf heute wohl als eine gesicherte Erkenntnis angesehen werden. Vgl. hierzu Albertini I S. 327 ff.; Oscar Frhr. v. d. Lancken Wakenitz, Meine dreißig Dienstjahre 1888—1918, Berlin 1931, S. 96 u. 99 ff. Um sich jedoch in den Augen der auswärtigen Mächte eine größere Variationsbreite seiner Möglichkeiten zu wahren, hatte er am Anfang einige nichtamtliche Persönlichkeiten, deren er sich zu praktischen und agitatorischen Helfersdiensten bedienen wollte, über seine wahren Absichten im unklaren gelassen. Dies gilt beispielsweise von dem Syndikus Dr. *Regendanz* von der Fa. *Warburg*, der unmittelbar nach dem Panthersprung nach Agadir entsandt wurde (vgl. Friedrich Rosen, Aus einem diplomatischen Wanderleben, Berlin 1931, Bd. I S. 339) und von einigen rechtsstehenden Agitatoren. So behauptete der alldeutsche Verbandsführer Heinrich *Claß* (siehe: Wider den Strom, Berlin 1932, S. 204 f.), daß die alldeutsche Resolution vom 23. 4. 1911, in der Westmarokko als Siedlungskolonie gefordert wurde, „im Einverständnis mit dem Leiter unserer Außenpolitik zustande kam“. Auch am 1. 7. 1911, dem Tage des Panthersprungs, sei er von Unterstaatssekretär *Zimmermann* dahingehend informiert worden, daß Deutschland sich in Westmarokko festsetzen wolle (a.a.O. S. 206). *Claß* fügt an anderer Stelle (a.a.O. S. 223) hinzu: „Mir haben während der öffentlichen Auseinandersetzungen im 2. Halbjahr 1911 Männer wie Heinrich *Rippler*, Paul *Liman* und Dr. *Lohan*, die nicht nur auf den Ämtern verkehrten, sondern auch von den Maßgebenden empfangen zu werden pflegten, versichert, daß ihnen gegenüber Äußerungen gefallen sind, die sie dazu bestimmten, an die Absicht deutschen Landerwerbs in Marokko zu glauben.“ Die Letztgenannten standen der Nationalliberalen Partei nahe. — *Kiderlen* selbst erzählt (vgl. Ernst Jäckh, v. Kiderlen-Wächter — Der Staatsmann und Mensch, Stuttgart 1925, Bd. 2 S. 123), daß er einen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten zu überzeugen versucht habe, daß Deutschland sich nicht in Agadir festsetzen wolle. Aber das „Rindvieh“ habe es einfach nicht glauben wollen. Zu den entstandenen Mißverständnissen mag allerdings auch die eigensinnige Zugeknöpftheit *Kiderlens* (vgl. Otto Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, Berlin 1922, S. 86) beigetragen haben.

[25]) Bernhard *Dernburg* (1865—1937), der den Ruf eines tüchtigen Geschäftsmannes hatte, war 1907—1910 Staatssekretär im Reichskolonialamt gewesen. Da *Dernburg* zur Zeit der Agadirkrise schon wieder Privatmann war, ist es nicht ausgeschlossen, daß *Bassermann* ihn hier mit dem derzeitigen Staatssekretär *v. Lindequist* verwechselt.

den Drohreden des Sir Edward *Grey*, des Herrn *Asquith* und des Herrn *Lloyd George* eben doch in unserer Politik zurückgewichen sind[26]).

Meine Herren, dieses deutsche Ansehen und diese deutsche Machtstellung ist nun natürlich nicht erhöht worden durch die Vorgänge am Balkan. Hier ist auch einmal das vollständige Versagen der deutschen Diplomatie in den Balkanstaaten zu verzeichnen. Es wird zwar da und dort erzählt, daß unsere Konsuln zum Teil vortreffliche Berichte nach Berlin geschickt haben sollen, die auf die ganze Spannung aufmerksam machten. Unsere Diplomaten haben, soviel ich weiß, dahin berichtet, daß an einen Krieg gar nicht zu denken sei. Jedenfalls ist die Stellung der Diplomatie, auch der unsrigen, im Orient keine glänzende gewesen[27]). Zuerst diese Ankündigung: Es gibt keinen Krieg, die ja natürlich auch in Konstantinopel gemacht worden ist[28]) und die in gewissem Sinne die Türkei irreführen mußte, auch zur Entlassung starker türkischer Truppenteile im ungeeignetsten Moment geführt hat. Zum zweiten die Ankündigung, daß der Status quo aufrechterhalten werden soll, daß territoriale Veränderungen überhaupt nicht eintreten sollen, eine Behauptung, die ja heute nur noch Lächeln hervorrufen kann[29]). Auch die Tatsache, daß das türkische Heer so zusammengebrochen ist, wie das doch der Fall ist, obwohl diese Hunderte von Türken hier in der preußischen Armee ausgebildet sind, obwohl wir eine Menge deutscher Offiziere in die türkische Armee entsandt haben, konnte natürlich der Mehrung unseres Ansehens angesichts der Niederlagen der Türkei nicht dienen und ist auch weidlich von der ausländischen Presse gegen uns ausgenützt worden.

Es wird ja auch darüber noch in Zukunft manches zu sagen sein. Jedenfalls sind die deutschen Offiziere, nachdem Herr *Kiamil Pascha* Großwesir [geworden] war[30]), nicht mehr dort zur Geltung gekommen. Immerhin hat das Ausland ein großes Geschrei gemacht und die Niederlage eigentlich als eine Niederlage der deutschen Militärpolitik bezeichnet.

---

[26]) *Bassermann* dürfte hier vor allem an die Rede *Lloyd Georges* vom 21. 7. 1911 denken, die zugunsten Frankreichs eine unmißverständliche Warnung an die deutsche Regierung enthielt. Wie Sir Edward *Grey* später im Unterhaus bekanntgab, war die Rede mit ihm und *Asquith* abgesprochen worden. Vgl. hierzu Große Politik Bd. 29 Nr. 10621; ferner Fritz Hartung, Die englische Politik in der Marokkokrisis des Jahres 1911, in: Berliner Monatshefte Jg. 10, 1932, S. 752 ff.

[27]) *Bassermann* hat vermutlich vor allem Belgrad im Auge, wo Konsul *Schlieben* im Gegensatz zum deutschen Botschafter die kommenden Verwicklungen richtig beurteilt hatte. Anläßlich der späteren Versetzung *Schliebens* kam dieser Fall sogar (am 14. 5. 1914) im Plenum des Reichstags zur Sprache; vgl. Sten. Berichte Bd. 295 S. 8840 f.. Der deutsche Botschafter in Sofia, *v. Below-Saleske*, hatte noch zwei Tage vor der bulgarischen Mobilmachung nach Berlin gemeldet, daß die Lage in Bulgarien „nach wie vor zu keinen ernsten Besorgnissen Anlaß gibt". (Große Politik Bd. 33 Nr. 12175, 28. 9. 1912)

[28]) Die in der „Großen Politik" veröffentlichte Berichterstattung des *Frhrn. v. Wangenheim* bestätigt nicht diese Behauptung *Bassermanns;* vgl. Bd. 33 Nr. 12142 und weitere Berichte.

[29]) Gemeint ist hier wohl die Beteiligung Deutschlands an der Note der europäischen Großmächte, die am 11. 10. 1912 der Hohen Pforte überreicht wurde und sich für Reformen bei Aufrechterhaltung des territorialen Bestandes einsetzte. Vgl. Schulthess 1913 S. 457.

[30]) *Kiamil Pascha* war am 29. 10. 1912 Großwesir geworden. Sein Kabinett wurde am 23. 1. 1913 durch einen jungtürkischen Putsch unter Führung von *Enver Bey*, der die Fortsetzung des Krieges durchsetzen wollte, gestürzt. Siehe Wippermann 1913/I S. 52.

Nun, was die jetzige Lage anlangt — es steht Ihnen ja vor Augen, wie sich alle diese Dinge im Balkan abgespielt haben. Wir sind mit unserer türkenfreundlichen Politik stark ins Gedränge gekommen, dieser türkenfreundlichen Politik, die anknüpft an die Tätigkeit des *Fürsten Bülow* und seines Botschafters am Goldenen Horn, des *Freiherrn v. Marschall*[31]), die uns ja wirtschaftlich großen Nutzen gebracht hat, sowohl in der europäischen Türkei selbst, wenn Sie die Ziffern sich ansehen und die Investierung deutschen Kapitals und überhaupt die Größe der Wirtschaftsbeziehungen, als namentlich in der kleinasiatischen Türkei[32]).

An Agadir hat sich als selbstverständliche Folge Tripolis angeschlossen. In dem Augenblick, in dem wir selbst diese Mittelmeerfragen in Marokko in Tätigkeit setzten, haben die Italiener von dem alten Versprechen, daß man ihnen Tripolis überlassen werde, Gebrauch gemacht und haben nun den Krieg gegen die Türkei begonnen. Wir kamen damit sofort in eine schwierige Lage. Und an die Niederlage der Türkei in Tripolis hat sich mit einer gewissen Notwendigkeit dann das Vorgehen der vier Balkankönigreiche angeschlossen[33]).

Wir haben in dieser Phase der internationalen Politik ja im Reichstage an einem Tage von den verbündeten Regierungen Auskunft bekommen, eine Auskunft, die uns befriedigt hat, da der *Kanzler* erklärt hat: Wir stehen treu zu Österreich und wir sind auch bereit, wenn Österreich wegen seiner Lebensinteressen angegriffen wird, für Österreich zu fechten[34]). Immerhin wird es vielleicht später einmal klar werden, inwieweit wir lähmend auf die österreichische Initiative eingewirkt haben, ob wir das getan haben[35]). Es möchte beinahe herausklingen aus gewissen Äußerungen, die kürzlich der Botschafter *Fürst von Lichnowsky* in London getan hat über die mäßigende Tätigkeit Deutschlands Österreich, gegenüber[36]).

---

[31]) *Frhr. Marschall v. Bieberstein* (1842—1912) war Botschafter in Konstantinopel von 1897—1912.

[32]) Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und der Türkei war allerdings recht gering. Im deutschen Export stand die Türkei im Jahre 1912 lediglich an 17. Stelle, im deutschen Import sogar nur an 23. Stelle. Siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte Jg. 35, 1914, S. 257 f.

[33]) Der erste Balkankrieg war am 8. 10. 1912 ausgebrochen, während der Frieden zwischen Italien und der Türkei am 18. 10. 1912 geschlossen wurde.

[34]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 286 S. 2472, 2. 12. 1912.

[35]) Dies war sogar öffentlich geschehen. Vor der zitierten *Bethmann*-Rede hatte *Kiderlen* am 25. 11. 1912 durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung „einen kalten Wasserstrahl" hingespritzt und „betont, daß die Großmächte übereingekommen sind, sich in keiner einzelnen Frage des Balkanproblems zum voraus festzulegen". Vgl. Aufzeichnung Kiderlens, in: Ernst Jäckh (hrsg.), Kiderlen-Wächter — Der Staatsmann und Mensch. Stuttgart 1924, Bd. II S. 191. Damit waren der Donaumonarchie weitgehend die Hände gebunden.

[36]) *Fürst Lichnowsky* hatte am 1. 2. 1913 vor der deutschen Kolonie in London erklärt: „[. . .] Auch sind wir bemüht, den beteiligten Staaten zur Mäßigung zu raten, in der Annahme, daß sich dadurch vielleicht weiteres Blutvergießen vermeiden ließe." Zitiert nach Kölnische Zeitung Nr. 130 vom 3. 2. 1913. — Die Vermutung *Bassermanns* wird durch die Akten bestätigt. Vgl. Große Politik Bd. 34/I Nr. 12562, Nr. 12696 und öfter; ferner Fürst Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund, Dresden 1927, Bd. I S. 96 ff., sowie W. Frhr. v. Giesl, Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient, Berlin 1927, S. 236 u. 238 f.

Die österreichische Politik ist ja schwer zu verstehen. Mir ist gesagt worden, daß niemals die Österreicher eine großzügige Politik im Balkan beabsichtigt haben, eine großzügige Politik, die ja am letzten Ende immer dahin gehen müßte, die Serben zu erwürgen. Diese Politik ist wohl gescheitert an dem Alter und an der Friedensliebe des greisen *Kaisers Franz Joseph*. Heute wird es als ein Fehler bezeichnet in der ganzen österreichischen öffentlichen Meinung, daß *Graf Aehrenthal* damals seine Friedensliebe damit zu dokumentieren wünschte, daß er das Sandschak, also jene Zunge, die sich hineinerstreckt und Serbien und Montenegro voneinander trennt, wieder an die Türkei zurückgab[37]). Heute gibt *Graf Berchtold*[38]) die frühere österreichische Politik preis, als deren erstes Axiom immer galt, den Weg nach Saloniki sich offenzuhalten. Heute wird dieses überflüssigerweise abgetretene Sandschak wohl in die Hände der Serben und Bulgaren übergehen[39]).

Österreich schneidet somit schlecht ab. Es hat eine Masse Geld ausgegeben, an Ansehen in den südslawischen Staaten verloren; und das Ende dieser ganzen Politik, wenn der Friedensschluß erfolgt sein wird, wird das sein, daß Österreich genauso verstimmt aus der ganzen Affäre herausgeht, wie im Jahre 1878 Rußland vom Berliner Kongreß schied. Das wird die Zukunft erweisen.

Wir hatten jüngst große Bedenken in der Reichstagsfraktion über die Tätigkeit, die unsere Regierung bei der Kollektivnote entwickelt hat, die der Türkei überreicht worden ist, in der ihr geraten wird, Adrianopel und die ägäischen Inseln abzutreten[40]). Man kann im Zweifel sein, ob damit die Grenze der wohlwollenden Neutralität der Türkei gegenüber, die doch Grundsatz für uns sein muß, nicht überschritten ist, da nicht gleichzeitig auch Vorschläge an den Balkanbund wegen Mäßigung seiner Ansprüche ergangen sind.

Auch diese Politik der europäischen Diplomatie ist jedenfalls vollständig gescheitert. Dieser Druck, der auf die Türkei ausgeübt wurde, war am letzten Ende das Signal für die Erhebung von *Mahmud Schewket Pascha* und *Enver Bey*, für den Sturz von *Kiamil* und den Wiederbeginn der Kämpfe: also genau das entgegengesetzte Resultat von dem, das die Diplomatie damals bei der Kollektivnote erstrebt hat[41]).

Wenn wir in die Zukunft sehen und uns fragen, was wird nun sein, wenn der Friedensschluß erfolgt? Werden damit der internationalen Politik freundliche Aspekte erblühen? — Ich möchte das bezweifeln.

---

[37]) Im Herbst 1908 bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina.

[38]) Leopold *Graf v. Berchtold* (1863—1942) war im Januar 1912 dem *Grafen Aehrenthal* als Leiter des österreichisch-ungarischen Außenministeriums gefolgt.

[39]) Bei fünf internen Konferenzen am Ballhausplatz in der zweiten Oktoberhälfte von 1912 war festgestellt worden, „daß nur die Festsetzung einer Großmacht auf dem östlichen Ufer der Adria bzw. des Ionischen Meeres Österreich-Ungarn zur ‚ultimo ratio' zwingen würde [. . .] Die weitere Frage, ob eine dauernde Besitzergreifung des Sandschaks Novibazar durch Serbien und Montenegro den vitalen Interessen Österreich-Ungarns zuwiderlaufe, wurde verneint." Vgl. Hans Übersberger, Österreich zwischen Rußland und Serbien. Zur südslawischen Frage und zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, Köln/Graz 1958, S. 88.

[40]) Die Note der fünf europäischen Großmächte war am 17. 1. 1913 in Konstantinopel überreicht worden, ihren Wortlaut siehe bei Schulthess 1913 S. 627.

[41]) Vgl. Anm. 30.

Wir haben in den letzten Tagen uns auch in der Budgetkommission vertraulich unterhalten über Rüstungsabkommen und über die Beziehungen zwischen England und Deutschland, und der Herr *Staatssekretär* hat uns gesagt, diese Beziehungen seien recht gut, es sei aber eine zarte Pflanze, die man sorgfältig behandeln müsse[42]). Er hat selber gebeten, diese beiden Mitteilungen vertraulich zu behandeln, so daß ich das auch hier tue, obwohl das mit der zarten Pflanze meiner Erinnerung nach im Plenum vom *Fürsten Bülow* schon ausgesprochen und das andere ja in der Rede des Herrn *v. Lichnowsky* uns auch schon zur Kenntnis gebracht worden ist[43]).

Diese Frage der Rüstungsabkommen ist ja nunmehr aufgeworfen und Admiral *v. Tirpitz* hat, wie Sie in den Zeitungen lesen, die Erklärung abgegeben, daß ein Verhältnis von 16:10 für die militärischen Interessen Deutschlands akzeptabel sei. An diese Bemerkung knüpft sich heute bereits eine große Polemik an[44]). Ich habe persönlich immer die größten Bedenken gehabt, daß wir auf dem Wege dieses Rüstungsabkommens in Verhandlungen treten (sehr richtig!)[45]), und zwar aus folgenden Gründen: England ist so viel stärker in allen diesen Dingen als wir, weil England erstens für eine Reihe von ausländischen Staaten Schiffe baut, die es im Ernstfalle jederzeit an die englische Kriegsmarine heranziehen kann — das ist eine notorische Tatsache —, zum zweiten, weil England heute doch auch in die Entwicklung bereits hineingerät, daß seine Kolonien Dreadnoughts bauen, vielleicht im großen Umfange[46]), und England wohl kaum geneigt sein wird, alle diese großen Schiffe der Kolonien, bei denen man ja ohne weiteres behaupten kann, daß sie nicht den Zwecken gegen Deutschland dienen sollen, sondern die vielleicht entstehen wegen des Panamakanals oder aus anderen Gründen — ich glaube, daß die ganze Frage der Garantien, wie das auch der Admiral *v. Tirpitz* gesagt hat, zu den größten Schwierigkeiten in der Erörterung führen wird. Und darüber ist mir kein Zweifel, wenn diese Verhandlungen gepflogen werden und nicht zu einem positiven Resultat führen, dann wird die Verstimmung zwischen Deutschland und England größer sein, als sie ohne

[42]) Vgl. HA 55. und 56. Sitzung, 6. und 7. 2. 1913. Der offizielle Wortlaut der Erklärungen von *Jagow* und *Tirpitz* ist auszugsweise abgedruckt in: Große Politik Bd. 39 Anm. zu Nr. 15563. Siehe auch Alfred v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht (Politische Dokumente Bd. I), Stuttgart/Berlin 1924, S. 380 f.

[43]) Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 130 vom 3. 2. 1913. — Am 30. 11. 1912 hatte *Lichnowsky* in seiner Rede als Gast der Royal Society sogar erklärt: „Niemals sind unsere Beziehungen offener und freundschaftlicher gewesen als heute." Vgl. Schulthess 1912 S. 357.

[44]) Die relativ maßvolle Erklärung von Admiral *v. Tirpitz* muß vor dem Hintergrunde der damaligen Gesamtsituation gesehen werden: Deutschland bedurfte für eine Beilegung des Balkankonfliktes der vermittelnden Haltung Englands und zudem ließ die große Militärvorlage keine Mittel frei für eine neue Flottenvermehrung (vgl. allgemein Ritter II S. 237 f.). Obwohl *Tirpitz* in der Budgetkommission eine Formulierung gebrauchte, durch welche das laufende Bauprogramm nicht berührt wurde (vgl. Hallgarten II S. 417), stieß sein Vorschlag in der deutschen Öffentlichkeit verschiedentlich auf Kritik.

[45]) Diese Bedenken hat *Bassermann* auch wiederholt im Reichstag ausgesprochen, so am 29. 3. 1909 (Bassermann S. 154) und am 23. 4. 1912 (Bassermann S. 197).

[46]) Am 14. 2. 1913 wurde im kanadischen Unterhaus ein Regierungsantrag auf Bewilligung von 35 Mill. Dollar für drei kanadische Dreadnoughts als Beitrag für die britische Reichsflotte angenommen; siehe Schulthess 1913 S. 691 ff. u. 709.

solche Verhandlungen gewesen wäre. (Zustimmung.) Also nach dieser Richtung haben wir immer Bedenken gehabt, haben sie ja auch heute noch.

Im übrigen: Es wird ja heute rasch vergessen. Der Balkankrieg hat manches in den Hintergrund gedrängt, auch die höchst unerfreulichen Vorgänge, die sich an die Zusammenkunft von Baltishport angeschlossen haben[47]). Sie erinnern sich an das Potsdamer Abkommen, das Persien [an] Rußland freigab[48]). Sie erinnern sich an die Besprechung von Baltishport und das Triumphgeschrei, das in einem Teil unserer Presse damals über die deutschen Erfolge angestimmt worden ist. Das Resultat von Baltishport war zweifellos ein Flottenabkommen zwischen Frankreich, Rußland und England[49]). Und wenn man die Presse der Franzosen las, die ja oft in so unvorsichtiger Weise die letzten Ziele enthüllt, so war dort festzustellen, daß der französische Wille jedenfalls dahingeht, die Ostsee zum russischen Meer auszugestalten, die Nordsee der englischen Einflußsphäre vorzubehalten und die ganze französische Flotte im Mittelmeer zu konzentrieren[50]). Also auch nach dieser Richtung hin zeichnen sich Vorgänge ab, die für die Zukunft Deutschlands Stellung nicht erleichtern werden.

Die Tatsache einer neuen großen russischen Flotte in der Ostsee ist natürlich für die militärische Stellung Deutschlands von höchster Bedeutung. Dazu kommen die großen kleinasiatischen Fragen, die sich jetzt in immer beunruhigenderer Weise in den Vordergrund drängen. Wir hören, wie der deutsche Botschafter in Konstantinopel, *Freiherr v. Wangenheim*, bereits in kräftigeren Tönen spricht als hier die Zentrale und erklärt, daß Deutschland ein Antasten der Integrität der asiatischen Türkei nicht dulden werde[51]). Wir lesen von großen Plänen Englands, die ja am letzten Ende immer dahin abzielen, größeren Einfluß unter den Mohammedanern zu gewinnen und schließlich die Schutzherrschaft über den Islam unter einem arabischen Kalifat zu erzielen. Das hängt seinerseits dann wieder zusammen und bildet jedenfalls die Anfänge von einem Abkommen

---

[47]) Zur Zusammenkunft *Wilhelms II.* mit dem *Zaren* vom 4.—6. 7. 1912 vgl. Große Politik Bd. 31 Nr. 11534 ff.

[48]) Im sog. Potsdamer Abkommen von Anfang November 1910 grenzten Rußland und Deutschland ihre Interessensphären in Vorderasien ab. Deutschland verzichtete auf Konzessionen für Eisenbahnen, Wege und Telegraphen in Nordpersien, während Rußland sich verpflichtete, dem deutschen Bahnbau bis Bagdad keine Hindernisse in den Weg zu legen. Vgl. Große Politik Bd. 27/II Nr. 10155 u. 10159.

[49]) Ein solches dreiseitiges Flottenabkommen hat es nicht gegeben. Es handelte sich lediglich um eine zweiseitige Absprache zwischen Frankreich und Rußland am 16. 7. 1912 in Ergänzung zur Militärkonvention von 1892 (Text bei Friedrich Stieve, Deutschland und Europa 1890 bis 1914, Berlin 1928, S. 237) sowie um eine gleichsam stillschweigende Übereinkunft zwischen Frankreich und England, wonach der französischen Flotte das Mittelmeer, der englischen die Nordsee und der Kanal als Operationsgebiet zugeteilt wurde (vgl. Sidney Bradshaw Fay, Der Ursprung des Weltkrieges, Berlin 1930, Bd. I S. 220 ff.). Zu der von der russischen Regierung erstrebten Flottenkonvention mit England ist es vor Kriegsbeginn nicht gekommen (vgl. Friedrich Stieve a.a.O. S. 119; Große Politik Bd. 39 Nr. 15862 ff.).

[50]) Zu den französischen Presseäußerungen im August 1912 vgl. Große Politik Bd. 31 Nr. 11579, 11580, 11582, 11587, auch 11595.

[51]) Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 113 vom 29. 1. 1913. Die Zeitung hatte dazu am folgenden Tage (Nr. 114) einschränkend festgestellt, daß die Geburtstagsreden von Botschaftern nicht der Zustimmung des Auswärtigen Amtes bedürfen.

Englands mit Frankreich über Syrien, Arabien und den Libanon[52]), kurz und gut, Dinge, die dahin deuten, daß in kurzer Frist auch diese kleinasiatischen Fragen aufgerollt sein werden mit einer äußerst schwierigen Situation für Deutschland, da wir, die wir keine Mittelmeermacht sind, natürlich viel größere Schwierigkeit haben, unsere Einflußsphäre in dem Streitgebiet von Euphrat und Tigris in Mesopotamien zu schützen, als dies an der Küste [und] in Armenien für Frankreich, für England, für Rußland der Fall ist[53]). Nehmen Sie hinzu, daß die ganzen Balkanregelungen, wenn sie einmal erfolgt sein werden, das unabhängige Albanien, die Regelung der Frage Konstantinopels und der Dardanellenfrage, lediglich Provisorien darstellen (sehr richtig!), Provisorien, in denen die Keime zu neuen Verwicklungen stecken: nehmen Sie hinzu, daß in der Errichtung eines autonomen Albanien der Zankapfel hingeworfen ist für Österreich und Italien — Österreich und Italien werden um die Seele dieses autonomen Albanien ringen —, ob nicht in diesem neuen Staat ein Gebilde geschaffen ist, das einstmals die jetzt vorhandene Harmonie zwischen Österreich und Italien, eine Harmonie, die vorhanden ist wegen gleichlaufender Adriainteressen, zerstört, auch das steht dahin.

Jedenfalls, wo wir hinsehen ist eine Reihe dunkler Punkte, die uns mahnen zur größten Vorsicht und die einen Ernst der Situation für uns schaffen, wie er nie zuvor vorhanden war.

Allerdings kann man ja auf den Dreibund hinweisen. Ich habe ein paar Bemerkungen über Italien bereits gemacht. Was Österreich anlangt, so werden seine Interessen Österreich vielleicht in absehbarer Zeit noch immer wieder an die Seite Deutschlands stellen; aber wir dürfen nicht vergessen, daß in Österreich immer mehr die slawischen Elemente sich geltend machen, daß in Österreich verschiedene Rassen und Stämme beisammen sind, von denen nicht alle deutschfreundliche Politik machen, daß in Österreich insbesondere auch ein starker polnischer Einfluß sich geltend macht, der natürlich auch für Deutschland nicht vorteilhaft ist. Es wird mir in Erinnerung bleiben die Erörterung in der Budgetkommission aus dem vorigen Jahre[54]), wo nicht von uns, sondern von der Partei des Zentrums offen ausgesprochen worden ist, daß, wenn ein Weltkrieg kommt, bereits der Standpunkt überwunden ist, daß Deutschland diesen

[52]) Mit der türkischen Niederlage in Europa hatten auch die Bestrebungen an Boden gewonnen, die eine Aufteilung der asiatischen Türkei in Interessensphären der Großmächte zum Ziele hatten. Vgl. hierzu Große Politik Bd. 34 Nr. 12710 sowie Erich Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, 2. Aufl., Berlin 1925, S. 404 ff.

[53]) Aus dieser Besorgnis heraus hatte *Bassermann* bereits Mitte Januar im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: „Sind dem Herrn Reichskanzler Mitteilungen darüber geworden, daß zwischen England, Frankreich und Rußland Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in den armenischen, syrischen und arabischen Gebietsteilen der Türkei getroffen worden sind, und welche Stellung gedenkt der Herr Reichskanzler solchen Vereinbarungen gegenüber einzunehmen?" (Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 301 Nr. 694, 23. 1. 1913). — Die diplomatischen Erörterungen wegen der Teilungsfrage zogen sich bis in den Sommer hin und führten schließlich zu keinem Ergebnis; E. Brandenburg (a.a.O. S. 408) zufolge hat „die Anmeldung der deutschen Ansprüche" für den Fall der Teilung „bei den Ententemächten, namentlich bei England, offenbar den Wunsch gestärkt, die Türkei möglichst lange zu erhalten".

[54]) Vermutlich HA. 25. Sitzung, 30. 4. 1912, oder 26. Sitzung, 1. 5. 1912. Dieser Teil der Ausschußverhandlungen war vertraulich und wurde daher auch nicht in das Protokoll aufgenommen.

Krieg nach zwei Fronten zu führen haben wird. Es ist offen ausgesprochen worden: Wenn diese große Abrechnung kommt, dann wird Deutschland genötigt sein, gegen drei Fronten zu schlagen, auf der einen Seite gegen Rußland, auf der anderen Seite gegen Frankreich und dann gegen die von Norden herankommenden englischen Hilfstruppen, vielleicht verbündet mit Holland, Belgien, Dänemark[55]), jedenfalls militärische Anstrengungen Deutschlands erfordernd, wie sie in keinem Stadium der Geschichte, vielleicht mit Ausnahme der Periode der *Kaunitzschen* Koalition gegen *Friedrich den Großen*, vorhanden waren.
Wenn Sie diese Dinge zusammenfassen, dann werden Sie mit der Reichstagsfraktion, mit allen Politikern, die sich mit diesen Fragen befassen müssen, wohl übereinstimmen, daß man aussprechen kann: Wenn auch keine unmittelbare Kriegsgefahr vorhanden ist, so beweist doch die Geschichte der letzten Jahre, wie nahe die Kriegsgefahr war, wie sie jeden Moment wieder hervorbrechen kann.
Wir stehen diesen Fragen nicht mit chauvinistischen Gefühlen, wir stehen ihnen nicht mit Hurra-Patriotismus gegenüber, auch dann, wenn wir für neue Militärforderungen in Deutschland eintreten. Wohl aber ist es der Eindruck — und das ist auch mein Eindruck aus dem Lande, der ich doch gerade in den letzten zwei Monaten in allen Teilen unseres Vaterlandes gesprochen habe und auch zu langen Nachversammlungen mit unseren Freunden beisammen war — es ist der Eindruck eines tiefen patriotischen Ernstes, der über unserem deutschen Volke liegt, nicht des Verzagens, nicht der Mutlosigkeit, aber eines festen nationalen Willens und einer Opferwilligkeit, wie sie in früheren Zeiten wohl kaum in diesem Maße vorhanden war. (Beifall.)
Nun, meine Herren, wir wollen Ihnen eine Resolution vorschlagen, in der einmal hingewiesen wird auf diese internationale auswärtige Lage, in der aber auch ein Passus enthalten ist, der sich mit unserer Diplomatie befaßt. Ich darf Ihnen den Eingang vorlesen:

„Der Ernst der Zeit erfordert mehr als je zum Schutz unserer nationalen und wirtschaftlichen Interessen eine kraftvolle, stetige und zielbewußte auswärtige Politik. Zu ihrer Durchführung bedarf es zunächst einer zeitgemäßen Reform des auswärtigen Dienstes, der durch Beseitigung der herrschenden Exklusivität allen dazu geeigneten Kräften unseres Volkes zugänglich zu machen ist."

Zu dieser diplomatischen Frage ist ja so oft auch im Reichstage gesprochen worden, daß ich mich hier wohl sehr kurz fassen kann[56]). Wir sind der Über-

[55]) Bereits während der ersten Marokko-Krise waren im Oktober 1905 Nachrichten an die Öffentlichkeit gedrungen, daß England im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich in Jütland bzw. Schleswig-Holstein 100000 Mann landen wolle (vgl. Sidney Bradshaw Fay, Der Ursprung des Weltkrieges, Berlin 1930, Bd. I S. 132 ff.). Auch in späteren Jahren sind solche Pläne erwogen worden, namentlich von *Churchill* (vgl. British Documents on the Origins of the War 1898 to 1914, ed. by G. P. Gooch and Harold Temperley, Bd. 10 Nr. 471 f.).

[56]) Vgl. die Stellungnahmen des Redners in: Bassermann S. 63 (9. 12. 1905), S. 114 (30. 4. 1907), S. 128 f. (10. 11. 1907), S. 131 f., 145 ff. (29. 3. 1909) und öfter. Am 8. 4. 1913 konnte dann *Bassermann* befriedigt feststellen, „daß die Erörterungen, die wir jüngst in der Budgetkommission gepflogen haben, gezeigt haben, daß das Auswärtige Amt gegenüber den Wünschen, die aus allen Parteien geäußert worden sind, wegen Reformen in unserem diplomatischen Dienst, eine freundlichere Haltung eingenommen hat als früher". Sten. Berichte Bd. 289 S. 4540.

zeugung, daß diese ganze höfische, repräsentative Seite der diplomatischen Vertreter an auswärtigen Höfen stark in den Hintergrund getreten ist, wenn sie ja vielleicht in einzelnen Staaten auch immer noch eine gewisse Rolle spielt. Wir sind der Meinung, daß auch die formale Ausbildung nicht mehr die Bedeutung hat wie früher, und diese Meinung setzt sich in uns insbesondere dann fest, wenn wir hinsehen auf die Erfolge der französischen Diplomatie, die vielfach unbekümmert um formale Vorbildung die tüchtigen Leute hineinnahm in die Diplomatie da, wo sie dieselben gefunden hat, und wenn wir sehen, wie demgegenüber in unserer Diplomatie ein auffallender Mangel an Persönlichkeiten sich geltend macht. (Sehr richtig!)

Es war wohl ein beschämender Vorgang, als die Stelle des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes besetzt werden mußte, wie gering die Zahl der Personen war, die überhaupt für dieses Amt in Betracht kamen[57]). So wird es auch bei manchen Botschaften sein. Es ist eine sehr heikle Sache, hier Namen hineinzuwerfen, aber eine notorische Tatsache ist es und eine Tatsache, die mir von hervorragendsten Seiten, aktiven und inaktiven Staatsmännern bestätigt worden ist, daß wir an einzelnen wichtigen Zentralen der Welt durch absolut unfähige Persönlichkeiten vertreten sind[58]). (Sehr richtig!) Dann kann man natürlich keine große Politik machen. Übersetzen Sie die Sache in das Privatleben, übersetzen Sie sie in unsere großen Industrien mit ihren starken Konzentrationsbewegungen, mit den Werdegängen und dem Siegeszug unserer deutschen Industrie, der so übermächtig ist durch diese erstklassigen, energischen, tatkräftigen, fleißigen Persönlichkeiten, die an der Spitze solcher großen Verbände und der Werke stehen, dann klafft eine große Lücke zwischen diesem Siegeszug der privaten Tätigkeit und der Entwicklung unserer Bürokratie. Es hat mir kürzlich einmal ein dem Herrn *Reichskanzler* sehr nahestehender Mann gesagt: Es ist gar nicht zu leugnen, wir haben auch in der inneren Verwaltung heute bei der Besetzung mancher Stellen schon das Gefühl, daß ein großer Mangel an Persönlichkeiten vorhanden ist. Für die Diplomatie ist das nun besonders schädlich, wenn wir genötigt sind, ich will auch einmal sagen, in die Balkanstaaten Persönlichkeiten als Gesandte hinunterzuschicken, die, wie das auch ein öffentliches Geheimnis ist, eben doch ihren Aufgaben absolut nicht gewachsen sind. So möchten wir den Kreis der Persönlichkeiten erweitern, wir möchten haben, daß z. B. auch Söhne von Leuten, die nicht mit so großen Glücksgütern gesegnet sind, daß sie diese großen Zulagen geben können, in die diplomatische Karriere hineinzukommen, weil der Staat diese Posten der Legationssekretäre, der Legationsräte, der Botschaftsräte so besolden und bezahlen soll, daß diese

[57]) Nachfolger des am 30. 12. 1912 verstorbenen Staatssekretärs *v. Kiderlen-Wächter* war *v. Jagow* geworden, dessen Ernennung am 14. 1. 1913 bekanntgegeben worden war. Vgl. Schulthess 1913 S. 21.

[58]) In einem am 17. 11. 1914 an *Schiffer* gerichteten Brief nannte *Bassermann* die Namen derjenigen Diplomaten, die sich nach seiner Ansicht als besonders unfähig erwiesen hatten: „Man müßte ein Mindestmaß von Verstand von unseren Gesandten verlangen. *Schoen, Tschirschky, Lichnowsky, Below, Waldthausen, Griesinger* und *Flotow* müßten alsbald entfernt werden." Vgl. Kleine Erwerbungen Nr. 303—17. Mag bei dieser Aufzählung auch die Enttäuschung über die deutsche Isolierung im Kriege mitgesprochen haben, die Zielrichtung von *Bassermanns* Kritik lag sowohl in sachlicher als auch personeller Hinsicht bereits 1913 fest.

großen Privatzuschüsse unnötig werden[59]). Wo kann heute der Sohn eines Beamten, wenn er nicht großes Privatvermögen hat, daran denken, in den diplomatischen Dienst einzutreten!

Wir denken also nach dieser Richtung an eine Erweiterung des Personenkreises. Wir denken auch an die Frage einer engeren Verschmelzung der Konsulare und der Diplomaten (Zustimmung.), an die Notwendigkeit, stärker als bisher gerade aus der Konsularkarriere in den diplomatischen Dienst Leute hineinzunehmen, die sich bewährt haben[60]).

Meine Herren, ich will auf die Frage nicht weiter eingehen. Ich weise Sie darauf hin, daß in dieser Richtung Anträge in der Budgetkommission im vorigen Jahre spezialisiert gestellt sind[61]). Sie werden in diesem Jahr wiederholt werden[62]). Sie sind in der Budgetkommission und im Reichstage angenommen worden. Es ist damit der Beweis geliefert, daß auch in dem Parlament, in den breitesten Schichten die Erkenntnis vorhanden ist, daß das jetzige System überlebt ist und daß es nottut, nach dieser Richtung Luft und Licht zu schaffen.

Ich möchte auch auf das Verhältnis zwischen Adel und Bürgertum in der Diplomatie eingehen. Ich habe mir hier eine Zusammenstellung machen lassen über Versetzungen von Beamten des diplomatischen Dienstes im Jahre 1912. Es sind insgesamt 33 Personen. Unter diesen 33 Personen befindet sich ein bürgerlicher Attaché in Brasilien (Heiterkeit.), der Gesandte in Lissabon, Herr Dr. *Rosen*, und ein Legationssekretär, auch in Lissabon. Das sind 3 Bürgerliche, die auf diese 33 Personen, die im Jahre 1912 ihre Stelle gewechselt haben, entfallen[63]).

Das würde das sein, was ich über die Diplomatie zu sagen hätte.

Und nun gestatten Sie mir noch ein Wort über die Heeresvorlage. Ich habe in der Besprechung über die auswärtige Lage im Reichstage beim Etat darauf

---

[59]) Am 18. 5. 1912 war dem Reichstag ein Resolutionsantrag „*Dr. Heckscher, Frhr. v. Richthofen*" zugeleitet worden, worin der Reichskanzler ersucht wird, in der Etatvorlage für 1913 „die Besoldungsverhältnisse der Botschaftsräte, Legationssekretäre und Attachés und somit die Anstellungsverhältnisse dieser Beamten derart zu gestalten, daß bei der Zulassung zum diplomatischen Dienst infolge nicht ausreichender Leistungsfähigkeit des Bewerbers Schwierigkeiten nicht mehr entstehen können". Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 299 Nr. 474. — Der den Nationalliberalen nahestehende Hansabund, in dem die Exportindustrie besonders stark vertreten war, hatte daraufhin präzise Vorschläge ausgearbeitet, in denen Gehaltserhöhungen und Beihilfen für die Attachés vorgesehen wurden. Vgl. Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, Mitteilungen, Nr. 55 vom 2. 10. 1913.

[60]) Nach dem Ersten Weltkriege wurden im Zuge der Reform des auswärtigen Dienstes die diplomatische und die konsularische Laufbahn miteinander vereinigt. Vgl. The Diplomats (1919 to 1939), ed. by Gordon A. Craig and Felix Gilbert, Princeton 1953, S. 150, vgl. auch S. 127 f.

[61]) Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 299 Nr. 95.

[62]) Vgl. den Bericht von: Ernst Bassermann, Die Reichstagsverhandlungen über die Reform des diplomatischen Dienstes, in: Nationalliberale Blätter Nr. 19 vom 11. 5. 1913.

[63]) Nach Rücksprache im Auswärtigen Amt stellte *Bassermann* jedoch in der Fraktionssitzung vom 3. 4. 1913 fest: „Die Bevorzugung des Adels jetzt zu beanstanden, wäre nicht zweckmäßig, da gerade in letzter Zeit sehr viele Bürgerliche an obere Stellen gesetzt würden." Vgl. Bundesarchiv R 45/I, 10.

hingewiesen: Andere Staaten bekommen Länder, wir bekommen regelmäßig eine neue Militärvorlage[64]), und diese Voraussagung ist prompt eingetroffen.

Man wird nun, was die Stellung einer Partei anlangt, natürlich die Frage alsbald aufwerfen müssen: Ist es Aufgabe einer Partei, über das, was die Regierung fordert, hinauszugehen und mehr zu fordern für das Heer[65])? Diese Frage ist solange zu verneinen, als Volk und Parlament ein unbedingtes Vertrauen in die Staatsleitung haben. Wenn dieses Vertrauen nicht mehr in vollem Umfange vorhanden ist, wenn andererseits Volk und Parlament in diesen großen Fragen der Existenz eines Staates, kann man heute sagen, reifer werden, mehr darüber nachdenken, sich mehr mit den Sachen beschäftigen, dann wird allerdings auch für Deutschland der Moment gekommen sein, wo wir, genau wie in England und genauso wie in Frankreich, selbsttätig prüfen, ob das, was die Regierung im Rahmen der Heeresverstärkung, unseres Flottenbaues vorsieht, genügt oder nicht genügt[66]). Niemals hat sich ein englischer Politiker geniert, über Forderungen der englischen Flottenleitung hinaus zu sagen: Diese Flottenforderungen sind ungenügend, es müssen mehr Schiffe gebaut werden. Niemals haben in den letzten Jahrzehnten in Frankreich dortige Patrioten und Politiker damit gezögert, da, wo sie glaubten, daß Mängel, Unzulänglichkeiten in der französischen Armee vorhanden sind, darauf hinzuweisen und mehr zu fordern. Und wir, die wir ein Volk in Waffen sind und nach Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, die hoffentlich kommt, mehr als je zuvor sein werden, haben doch ganz gewiß das Recht der Kritik an dem, was verlangt wird. (Sehr richtig.)

Die Entwicklungen nach dieser Richtung hin sind nichts weniger als erfreulich. Es hat mir vor kurzem einmal ein höherer Offizier gesagt: Sie machen sich keinen Begriff davon, welche Forderungen gerade aus der Armee heraus kommen und verlangen, daß in dieser oder jener Beziehung Lücken ausgefüllt werden[67]).

[64]) Sten. Berichte Bd. 286 S. 2491, 2. 12. 1912. — Gelegentlich wurde damals die Wehrvorlage geradezu als eine Folge der schlechten Diplomatie hingestellt. So sagte der nationalliberale Abg. *Bollert* am 3. 4. 1913 in der Fraktionssitzung, die Militärvorlage sei „die Bankrotterklärung unserer Diplomatie", während der Abg. *Roland-Lücke* sich dafür einsetzte, daß die Nationalliberalen ihre Zustimmung u. a. von einer Umgestaltung der Diplomatie abhängig machen sollten, womit er jedoch nicht durchdrang. In: Bundesarchiv R 45/I, 10.

[65]) *Bassermann* macht sich hier zum Sprecher jener breiten Strömung, die als Reaktion auf die zweite Marokkokrise eine Forcierung der Heeresrüstung forderte. Der am 28.1.1912 zu diesem Zwecke gegründete Deutsche Wehrverein hatte zahlreiche Anhänger in der nationalliberalen Partei; der Abgeordnete *Paasche* war Vizepräsident des Vereins. Vgl. August Keim, Erlebtes und Erstrebtes, Hannover 1925, S. 164 ff.; Hans Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, Bonn und Leipzig 1923, S. 82 ff.; Hallgarten II S. 366 ff.

[66]) *Bassermanns* Eintreten für vermehrte Militärforderungen wirkte zunächst so ungewöhnlich, daß der Zentrumsabgeordnete *Erzberger* am 12. 12. 1910 ironisch feststellte: „Wollte ich boshaft sein, so würde ich sagen: Herr *Bassermann* ist auf dem besten Wege, sich zu einem Zivil-*Moltke* zu entwickeln." Sten. Berichte Bd. 262 S. 3604.

[67]) *Bassermann* spielt hier in vorsichtiger Form auf die Gegensätze hinsichtlich der Höhe der Militärforderungen an, die seit Monaten zwischen dem Generalstab und dem Kriegsministerium ausgetragen wurden. Der damalige Oberst *Ludendorff* im Großen Generalstab hatte am 21. 12. 1912 eine Denkschrift eingereicht, in der die jährliche Mehreinstellung von 150000 Mann und die Bildung von drei neuen Armeekorps verlangt wurden; vgl. Erich Ludendorff, Mein militärischer Werdegang, München 1934, S.154 f. u. 182 ff. Am 23.1.1913 fällte der *Kaiser* seine Entscheidung gegen die neuen Armeekorps, und bereits wenige Tage darauf wurde *Ludendorff* als Regimentskommandeur nach Düsseldorf versetzt.

Die Stellung der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist eine ganz klare. Wir haben uns bereits im Jahre 1911 bei der Quinquennatsvorlage auf den Standpunkt gestellt: Diese Quinquennatsvorlage erfüllt die Bedürfnisse der Armee nicht in vollem Umfange[68]). Ich habe damals als Fraktionsredner einmal auf die Tatsache hingewiesen, daß die französische Aufmarschbewegung an der Grenze eine ungemein starke Offensive gewährleistet. Dort sind die Kavalleriedivisionen im Frieden gebildet. Die Führer dieser Kavalleriedivisionen, die ständig vermehrt werden, kennen ihre Unterführer, sie kennen die Truppenteile, die ihnen unterstellt sind, während wir allerdings vier Kavallerieinspektionen haben, aber Offiziere, die eine sehr unglückliche Rolle spielen, weil sie keine Kommandogewalt haben, denen der Korpskommandeur bei jeder Gelegenheit in die Arme fällt, die vor allem mit den Regimentern direkt nichts zu tun haben. Die französischen Kavalleriedivisionen sind ausgestattet mit Radfahrabteilungen. Was die französische Artillerie anlangt, so ist sie in der Bespannung auf viel größerer Höhe als die unsrige. Es sind nicht nur die sämtlichen Geschütze bespannt, sondern bekanntlich auch zwei Munitionswagen pro [Batterie][69]). Diese Tatsache und die weitere Tatsache, daß wir es für unzulässig halten, daß jährlich 50000 Diensttaugliche der Ersatzreserve überwiesen werden, sind von mir namens der Fraktion im Jahre 1911 als ein Mangel hervorgehoben worden[70]). Und als nun im Jahre 1912 die Militärvorlage kam, da hat sich der merkwürdige Vorgang in der Budgetkommission abgespielt, daß seitens großer Parteien dem Kriegsminister gesagt worden ist, daß das, was er verlangt, nicht genügend ist, daß es nicht genügt, namentlich was unsere Artillerie anlangt, und es haben damals stundenlange Unterhaltungen auch über die absolute Notwendigkeit der Errichtung von Kavalleriedivisionen im Frieden stattgefunden[71]).

Dazu kommt, daß mit größter Beschleunigung nachgeholt werden muß, was auf dem Gebiete der Luftschiffahrt versäumt ist[72]). Hier ist zweifellos die Versuchsperiode vorüber. Wir haben ja auch gelesen, daß nunmehr der *Graf Zeppelin*, auch in Mannheim *Schütte-Lanz* mit großer Beschleunigung bauen, daß die Militärverwaltung, die Marineverwaltung heute entschlossen sind, in tunlichster Bälde sich eine größere Anzahl dieser großen Luftkreuzer zu schaffen[73]).

Nun, meine Herren, als wir diese Sache auf die Tagesordnung setzten, war noch nicht bekannt, wie die Stellung der verbündeten Regierungen sein wird. Heute wissen wir das, heute sind die offiziellen Ankündigungen ergangen[74]). Wir

[68]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 262 S. 3554 ff., 10. 12. 1910; Bd. 264 S. 4861, 23. 2. 1911.

[69]) Im Or. „Partie".

[70]) Vgl. Anm. 68.

[71]) Vgl. HA. 25. Sitzung, 30. 4. 1912, und 26. Sitzung, 1. 5. 1912.

[72]) Bereits seit einigen Jahren hatten sich die Nationalliberalen dafür eingesetzt, daß die Entwicklung des „Luftschiffahrtswesens" vom Reich tatkräftig gefördert wird. Vgl. Schulthess 1912 S. 179.

[73]) Am 3. 5. 1913 wurde durch Kabinettsorder die Bildung einer Marineluftschiffahrtsabteilung in die Wege geleitet; vgl. Schulthess 1913 S. 225.

[74]) Genaue Einzelheiten über die neue Vorlage waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt (vgl. Westarp I S. 226 ff.), jedoch waren seit Ende Januar mehr oder weniger zutreffende Angaben durchgesickert und in verschiedenen Tageszeitungen veröffentlicht worden. Der amtliche Wortlaut der Wehrvorlage wurde erst am 29. 3. 1913 bekanntgegeben. Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 301 Nr. 869.

sehen, wie heute im Rahmen dessen, was wir 1911 und 1912 als erforderlich bezeichnet haben, die neue Militärvorlage sich bewegt, und ich meine, wir sollten uns auch das Verdienst von keiner Seite bestreiten lassen, daß wir gerade hier auf diesem vitalen Gebiet unserer Heeresverstärkung rechtzeitig dafür eingetreten sind, daß mehr geschieht.

Wir werden heute damit zu rechnen haben, daß außer der von mir erwähnten Spezialwaffe die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in der neuen Vorlage enthalten sein wird. Das bedeutet die Mehreinstellung von rund 50000 Mann pro Jahr. Wenn man richtig orientiert ist, sollen diese 50000 Mann nun nicht dafür verwendet werden, durchweg neue Bataillone, Schwadronen, Batterien zu schaffen. Es werden damit vor allem einmal eingefügt die fehlenden dritten Bataillone bei den kleinen Regimentern, die Etats bei der Artillerie werden verstärkt, und man wird insbesondere bemüht sein, den ganzen niederen Etat bei den Infanterie-Bataillonen wegfallen zu lassen und vor allem bei den Grenzregimentern auf hohe Etats zu kommen. Diese Frage ist natürlich für die Verteidigung schon von hoher Bedeutung. Es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit, weil durch die Einstellung dieser jungen, waffenfähigen Mannschaft eine Entlastung der älteren Jahrgänge der Reserve und der Landwehr eintritt[75]).

Das zu den Militärforderungen. Was nun die Deckung anlangt, so ist dazu folgendes zu bemerken[76]). Die Vorgänge bei der Reichsfinanzreform des *Fürsten Bülow* sind Ihnen bekannt. Ich komme nicht darauf zurück.

Das Jahr 1912 hat eine neue Deckung notwendig gemacht und in der Budgetkommission große Erörterungen hervorgerufen. Es ist damals von dem Abgeordneten *Erzberger* beantragt worden, es möchte die Ermäßigung der Zuckersteuer hinausgeschoben werden[77]). Wir haben uns dann mit dem Zentrum auf folgenden Antrag verständigt[78]), der auch im Plenum angenommen worden ist[79]):

„Die in Artikel 5 des Gesetzes betr. die Änderungen im Finanzwesen vorgesehene Ermäßigung der Zuckersteuer tritt 6 Monate nach Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerechtwerdende Besitzsteuer vorschreibt,

[75]) Die Angaben *Bassermanns* sind im wesentlichen zutreffend. Die Zahl der Rekruten, die jährlich mehr eingestellt werden sollten, belief sich auf rund 63000; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 301 Nr. 869.

[76]) Zur Entwicklung der Deckungsvorlage vgl. allgemein Hans Teschemacher, Reichsfinanzreform und innere Reichspolitik 1906—1913, Berlin 1915, S. 76 ff.; Westarp I S. 244 ff.; Zmarzlik S. 43 ff.

[77]) HA., Anlagen zu den Protokollen, Nr. 70 vom 15. 5. 1912.

[78]) Die hohen Sätze der Zuckersteuer, durch welche die breitesten Schichten der Konsumenten betroffen wurden, galten als ausgesprochen unpopulär. Die Nationalliberalen sahen daher die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer auch in reduzierter Form nur dann für vertretbar an, wenn gleichzeitig die wohlhabenderen Kreise stärker durch direkte Steuern herangezogen würden. Die geforderte „Besitzsteuer" ließ mehrere Möglichkeiten für die Besteuerung offen; die allgemein gehaltene Formulierung bedeutete vor allem, daß die für das Zentrum unannehmbare Festlegung auf die Erbschaftssteuer vermieden wurde. Vgl. HA. 38. Sitzung, 18. 5. 1912; Anlagen zu den Protokollen Nr. 74.

[79]) Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 299 Nr. 476 IIa; für die Plenarverhandlungen am 21. 5. 1912 vgl. Sten. Berichte Bd. 285 S. 2178 ff., für die namentliche Abstimmung S. 2226 ff.

spätestens am 1. Oktober 1916 in Kraft. Ein Gesetzentwurf über die allgemeine Besteuerung des Besitzes ist dem Reichstage bis zum 30. April 1913 vorzulegen."

Das ist also der Stand der Dinge. Es ist Ihnen bekannt, daß die Vorbereitungen im Reichsschatzamt erfolgt sind. Dort ist zunächst eine Denkschrift ausgearbeitet worden. Diese Denkschrift ist den Bundesstaaten zugegangen[80]). Eine Einigung im Bundesrat über die Grundzüge dieser neuen Reform ist nicht erfolgt. Die Verhandlungen schweben zur Zeit weiter.

Was die Verwendungszwecke anlangt — ich habe das zwar bereits erwähnt —, so wird es dringend notwendig sein, die Scheckssteuer zu beseitigen[81]). In dem Augenblick, in dem wir in der Budgetkommission uns stundenlang darüber unterhalten, wie der Barverkehr eingeschränkt und das Gold der Reichsbank erhalten werden soll, kann natürlich eine Steuer nur höchst schädlich wirken, die den Scheckverkehr im Lande einschränkt. Es steht in Aussicht die Herabsetzung des Alters für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre mit einem Aufwande, der sich heute noch nicht übersehen läßt[82]). Es finden darüber zur Zeit Berechnungen statt. Es ist notwendig die Besserstellung der Veteranen. Da sind bekanntlich 8 Millionen berechnet und in Verbindung gebracht mit dem Petroleummonopol, über dessen Schicksal heute vollständige Unsicherheit besteht[83]). Sie sehen also: Verwendungszwecke für neue Einnahmen die Menge. Aber natürlich tritt heute in den Vordergrund die große Mehrausgabe für die Militärvorlage.

Was nun den Standpunkt unserer Fraktion anlangt, so haben wir in diesem Antrage, den wir mit Herrn *Erzberger* im Reichstage gestellt und durchgebracht haben, eine allgemeine Besitzsteuer gefordert.

Meine Herren, was eine allgemeine Besitzsteuer ist, das ist wohl schon dem Wortlaute nach vollständig klar. Die allgemeine Besitzsteuer steht im Gegensatz zu der Sonderbesteuerung einzelner Vermögensteile, und sie kann auch nach den Äußerungen der Regierung nur eine Reichsvermögenssteuer oder eine Reichserbschaftssteuer sein. Wir haben uns im Reichstage bekanntlich in erster Reihe auf den Boden der Reichsvermögenssteuer gestellt. Wir sind uns darüber klar, daß gegen diese Reichsvermögenssteuer der stärkste Widerstand der Einzelstaaten im Bundesrat geleistet wird. Es ist sehr zweifelhaft, ob es gelingen wird,

[80]) Staatssekretär *Kühn* hatte am 5. 10. 1912 dem *Reichskanzler* eine Denkschrift übergeben. Er erörterte darin die damals diskutierten Steuermöglichkeiten und kam zu dem Ergebnis, daß der Vermögenszuwachssteuer vor einer auf das Kindes- und Gattenerbe erweiterten Erbschaftssteuer der Vorzug zu geben sei. Vgl. Zmarzlik S. 60; Westarp I S. 250 ff.

[81]) Die Scheckssteuer war im Juli 1909 mit den Stimmen des Zentrums und der Konservativen beschlossen worden. Ihr zufolge mußte für jeden inländischen oder vom Ausland auf das Inland ausgestellten Scheck sowie für jede dem Scheck gleichlaufende Quittung ein Stempel von 10 Pf bezahlt werden. Durch die Scheckssteuer wurde hauptsächlich das bewegliche Kapital getroffen. Vgl. Die Nationalliberale Partei und die Reichsfinanzreform 1909, hrsg. vom Centralbüro der Nationalliberalen Partei, Berlin o. J.

[82]) Die auch von den Nationalliberalen erstrebte Herabsetzung der Altersgrenze für den Rentenempfang ist erst im Juni 1916 verwirklicht worden; siehe Wippermann 1916/I S. 66 f., 742, 1162, sowie unten S. 223f.

[83]) Die Erhöhung der Veteranenbeihilfen wurde aus der Verknüpfung mit dem Petroleummonopol gelöst und am 26. 4. 1913 vom Reichstag bewilligt; vgl. Sten. Berichte Bd. 289 S. 5152 ff.

diesen Widerstand zu überwinden. Man hat heute den Eindruck, daß im Gegenteil die Widersprüche nur gewachsen sind, angesichts der Tatsache, daß eben auch der Bedarf an staatlichen Mitteln für die Einzelstaaten bei ihren kulturellen Aufgaben von Jahr zu Jahr ein wachsender ist[84]).

Es bliebe dann die Reichserbschaftssteuer. In den letzten Tagen ist die Frage der Stempelsteuer hineingeworfen worden[85]). Man hat sie naiverweise als allgemeine Besitzsteuer bezeichnet. Davon kann gar keine Rede sein. Auch der Abgeordnete *Erzberger* hat mittlerweile sein gewichtiges Wort zu dieser Frage gesprochen und hat im Lokalanzeiger oder im Tag, wo es war[86]), sich dahin ausgesprochen, daß die Übertragung der sämtlichen Stempelsteuern auf das Reich unter keinen Umständen dem entsprechen würde, was in dem Antrage *Bassermann—Erzberger* gefordert wird.

Es wird sich zunächst fragen, welchen Gang die Dinge im Bundesrat nehmen werden, im Bundesrat, der ja mit der Frage der Vermögenszuwachssteuer befaßt ist[87]). Wenn ich darüber ein kurzes Wort sagen darf, obwohl ja auch das von maßgebender Stelle aus als eine zarte Pflanze bezeichnet worden ist, die man während des Wachstums am besten nicht mit rauhen Fingern berührt und ihres Blütenstaubes beraubt: Ich denke mir, eine Vermögenszuwachssteuer könnte an sich vom liberalen Standpunkt aus nicht zu beanstanden sein[88]). (Sehr wahr!) Man könnte sagen, es ist auch von Reichs wegen sehr wohl denkbar, daß jedermann per 31. Dezember eines jeden Jahres sein Vermögen in allen seinen Teilen aufnimmt, fatiert[88a]), und daß die Differenz zwischen dem einen Jahr und dem nächsten dann den Vermögenszuwachs darstellt, einerlei, ob er aus Erbschaft, aus Vermächtnis, aus Schaffung eines Konjunkturgewinnes, ob er aus kapitalisiertem Arbeitseinkommen oder wo sonst herkommt. Wie es in der Praxis aussieht, das weiß vielleicht Herr *Friedberg* uns besser auseinanderzusetzen, wie

[84]) Die Bundesstaaten hatten sich bereits seit langem auf den Grundsatz versteift, daß Vermögens- und Einkommensteuer ihre spezifischen Einnahmequellen seien. Vgl. hierzu Hans Teschemacher, Reichsfinanzreform und innere Reichspolitik 1906—1913, Berlin 1915, S. 84 u. 86; Zmarzlik S. 62.

[85]) Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, *Graf v. Schwerin-Löwitz*, hatte vorgeschlagen, gegen Rückgabe der Erbschaftssteuer an die Bundesstaaten einen Teil der Stempelsteuern auf das Reich übergehen zu lassen (vgl. Germania Nr. 63 vom 7. 2. 1913). Innerhalb der preußischen Regierung neigte der Landwirtschaftsminister *v. Schorlemer-Lieser* dieser Lösung zu. Vgl. Zmarzlik S. 65 f.

[86]) Der Tag Nr. 33 vom 8. 2. 1913. Der Artikel trägt die Überschrift: „Eine ganz unmögliche Besitzsteuer."

[87]) Die Regierung verfolgte zunächst den Plan einer Vermögenszuwachssteuer, einmal weil dadurch die primären Steuerquellen der Bundesstaaten weniger tangiert schienen, sodann weil die damit verbundene Erfassung des Kindes- und Gattenerbes recht maßvoll war und den Rechtsparteien eher akzeptabel erscheinen mußte als eine reine Erbschaftssteuer. Vgl. Zmarzlik S. 60 ff.

[88]) Die „entschiedenen Liberalen" in der Partei forderten mit besonderem Nachdruck die den Konservativen verhaßte Erbschaftssteuer (vgl. Hallgarten II S. 404 f.). Die rechtsgerichteten Nationalliberalen dagegen bevorzugten die Vermögenszuwachssteuer, nicht zuletzt um die Verbindung mit den Konservativen nicht abreißen zu lassen; als typisch vgl. die Ausführungen von Justizrat *Calman* im Tag, die in der Altnationalliberalen Reichskorrespondenz (Nr. 7 vom 14. 2. 1913) abgedruckt wurden.

[88a]) „Fatieren" heißt hier: eine Steuererklärung abgeben.

die Veranlagung sein wird, ob eine solche Vermögenszuwachssteuer nicht in viel schärferer Weise in den einzelstaatlichen Organismus eingreifen muß, als eine Vermögenssteuer, die ja natürlich viel mehr bringt, weil sie das ganze Vermögen jedes Jahr neu ergreift und infolgedessen die Besteuerungssätze sich viel niedriger halten können. Das sind Details, die anheimzugeben sind. Ich will nur die Tatsache erwähnen, daß diese Erwägungen zur Zeit im Bundesrat schweben, und daß der Widerstand auch gegen diese Vermögenszuwachssteuer im großen und ganzen von Tag zu Tag zu wachsen scheint[89]).

So sehen Sie auch auf diesem Gebiete große Schwierigkeiten auftauchen. Schwierige Aufgaben sind dem Reichstage gestellt. Ich bin immer noch der Meinung, daß die Regierung einen nicht zu schwierigen Stand haben würde, die mit ernster Entschlossenheit an die Lösung dieser Aufgabe herantritt (sehr richtig!), und man kann wohl sagen: Nachdem die Gefahr für unser Land eigentlich überall bekannt ist, hat der nationale Gedanke in diesen letzten Jahren doch in einer Stärke in Deutschland zugenommen, wie das von unserem Standpunkte aus nur durchaus erfreulich ist. (Zustimmung.) Es ist jüngst ein Buch hier verteilt worden: England in Lebensgefahr. Da ist mit Recht hervorgehoben worden: Täusche man sich nicht! *Bismarck* ist nicht tot, *Bismarck* lebt mehr denn je, nicht in der Regierung, aber im deutschen Volke[90]). (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Meine Herren, diese Darlegungen wollte ich Ihnen hier machen, um Sie zu orientieren über die ganze Größe der Aufgaben, die uns bevorstehen, über die schwere Situation, in der sich unser Land befindet, an das immer neue militärische Anforderungen gestellt werden, ohne die Äquivalente, was territoriale Erwerbungen anlangt, die anderen Staaten zufallen.

Angesichts der Tatsache dieser großen Opfer und des immer erneuten Appells an die Opferwilligkeit unseres Volkes, lautet die Resolution, die wir Ihnen vorschlagen wollen, Herr Kollege Dr. *Schiffer*, *Friedberg* und ich, dahin:

„Der Ernst der Zeit erfordert mehr als je zum Schutz unserer nationalen und wirtschaftlichen Interessen eine kraftvolle, stetige und zielbewußte auswärtige Politik. Zu ihrer Durchführung bedarf es zunächst einer zeitgemäßen Reform des auswärtigen Dienstes, der durch Beseitigung der herrschenden Exklusivität allen dazu geeigneten Kräften unseres Volkes zugänglich zu machen ist. Vor allem ist aber eine schleunige und gründliche Verstärkung unserer Wehr unumgänglich notwendig. Im Einklang

[89]) In den Besprechungen zwischen der Reichsleitung und den Ministerpräsidenten und Finanzministern der Einzelstaaten, die am 10. und 11. 3. 1913 in Berlin stattfanden, mußte *Bethmann* seinen Plan fallenlassen, den Bundesrat eine Reichsvermögenszuwachssteuer einbringen zu lassen. Man einigte sich darauf, den erforderlichen Betrag durch Matrikularbeiträge aufzubringen, die ihrerseits von den Bundesstaaten durch Besteuerung von Vermögen, Erbschaft oder Einkommen finanziert werden sollten. Nur subsidiär sollte ein Vermögenszuwachssteuergesetz des Reiches hinzutreten. Vgl. Zmarzlik S. 68 f.; Westarp I S. 255 ff.

[90]) *Bassermann* spielt hier an auf das im Juni 1912 in New York und London erschienene Buch von Homer Lea, The Day of the Saxon. Homer Lea spricht dort allgemein über das Verhältnis von Geniemenschen und Nation und fährt dann fort: „To this combination the genius of such men is its soul. Ordinarily this soul is transient. In Germany it is otherwise. The spirit of *Bismarck* has departed only to diffuse itself into the genius of his race" (S. 136). Das Buch wurde von E. *Graf v. Reventlow* auch ins Deutsche übersetzt und erschien unter dem Titel: Des Britischen Reiches Schicksalsstunde, Berlin o. J. (1912).

mit dem Standpunkte, welchen die Reichstagsfraktion bei der Quinquennats-Vorlage des Jahres 1911 und bei der Militärvorlage des Jahres 1912 eingenommen hat, fordert der Zentralvorstand die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und aller Maßregeln, welche zur Beschleunigung der Mobilmachung und zur Sicherung einer kraftvollen Offensive dienen, und begrüßt mit Genugtuung den Entschluß der verbündeten Regierungen, dem Reichstage eine diesen Gesichtspunkten entsprechende Vorlage zu unterbreiten (Verstärkung der Kaders, der Artillerie-Bespannung und Formierung von Kavallerie-Divisionen im Frieden, ferner Schaffung einer deutschen Luftflotte für Heer und Flotte).

Zur Aufbringung der Kosten fordert der Zentralvorstand die Ausführung der durch das Gesetz vom 8. Juli 1912 von den verbündeten Regierungen klipp und klar übernommenen Verpflichtung zur Einbringung einer Vorlage über eine allgemeine Besitzsteuer, als die nach den eigenen Erklärungen der Regierung nur eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer in Betracht kommen kann. Er erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie jedem Versuche, von dieser Richtung abzuweichen, mit rückhaltloser Entschiedenheit entgegentreten wird."

Rechtsanwalt Dr. **Kauffmann**[91]) (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, es würde zur Klärung dienen und dazu beitragen, daß wir einen Überblick über das gesamte Material gewinnen, wenn Herr *Bassermann* sein Referat noch in zwei Richtungen ergänzen würde. Mir ist aus seinen Worten nicht ganz klar ersichtlich geworden, inwieweit unsere Fraktion darüber orientiert ist, ob die Andeutungen des Herrn *v. Tirpitz* in der Budgetkommission mit einiger Sicherheit darauf schließen lassen, daß bereits jetzt zwischen England und Deutschland über eine Rüstungsbeschränkung Verhandlungen schweben, und wieweit diese Verhandlungen etwa gediehen sind. Und zur Ergänzung dieser Frage möchte ich noch auf einen Artikel hinweisen, den wir heute in den Zeitungen lesen, aus dem offiziellen Organ der englischen Regierung, der Westminster Gazette[92]), die in vollkommener Änderung des bisher von England eingenommenen Standpunktes im Effekt vorschlägt, daß die Nordsee nicht mehr wie bisher durch England für Deutschland versperrt sein soll, sondern daß beide Mächte ihre Aktivität gleichmäßig über die ganze Welt verteilen sollen, was im Interesse Deutschlands und Englands wäre, dem es durch eine solche Politik ermöglicht würde, von der Schaffung einer starken Landmacht und von dem Eingehen von Kontinentalbündnissen abzusehen[93]).

Ich glaube, zur Beurteilung der Frage, wieweit unsere Macht zu verstärken ist, ist es wichtig, zu erfahren — wenn es möglich ist, das zu sagen —, ob Verhandlungen mit England schweben und wieweit sie gediehen sind.

Vorsitzender **Bassermann:** Admiral *v. Tirpitz* hat erklärt, daß Verhandlungen mit England nicht schweben, und daß auch niemals ein Rüstungsabkommen von England offiziell angeregt worden ist.

[91]) Robert *Kauffmann*, seit 1911 Vorsitzender des jungliberalen Reichsverbandes, gehörte zu den Befürwortern einer entschiedenen imperialistischen Politik; vgl. seine Schrift: Der deutsche Weg — Fünf Gespräche über Macht und Freiheit, Berlin 1912.

[92]) Die Westminster Gazette war Sprachrohr des rechten Flügels der liberalen Partei, dem auch Premierminister *Asquith* zugerechnet wurde; sie galt daher als offiziös.

[93]) Vgl. die Wiedergabe in Große Politik Bd. 39 Nr. 15563 (Bericht *Lichnowskys* vom 8. 2. 1913); ferner Kölnische Zeitung Nr. 152 vom 9. 2. 1913.

Was die Verteilung der Streitmächte der beiden Staaten in der ganzen Welt anlangt, so ist darüber in der Budgetkommission nichts gesprochen worden, wohl aber ist in der Budgetkommission darauf hingewiesen worden, daß England in diesem Augenblick naturgemäß ein sehr großes Interesse daran hat, sich die deutsche Unterstützung bei seinem Balkanstandpunkt zu sichern, und daß englische Liebenswürdigkeit dann immer besonders groß ist, wenn England uns braucht[94]). (Lebhafte Zustimmung.)

Jedenfalls meine ich, daß diese Anfänge von Verhandlungen — wenn es solche sind — uns in den Rüstungsfragen absolut nicht beeinflussen können (sehr richtig!), um so weniger, als ja eine Flottenvorlage gar nicht in Aussicht steht. Es ist ganz ausdrücklich erklärt worden, daß eine Flottenvorlage nicht kommt.

Abgeordneter Dr. **Arning**[95]): Meine Herren, ich möchte an eine Äußerung anknüpfen, die der Herr Vorsitzende getan hat, daß wir bei der Entwicklung der äußeren Politik, wie wir sie in den letzten Jahren gesehen haben, immer nur erkennen, daß andere Leute etwas erwerben, hauptsächlich neue Länder, wir dagegen nur neue Heeresvorlagen bekommen. Ich möchte anknüpfend daran doch auch klarmachen, daß die anderen nicht nur neue Länder erwerben und damit vielleicht größere Verpflichtungen auf sich nehmen, sondern daß sich Frankreich insbesondere durch die Erwerbung von Marokko in seiner Heeresverfassung für die Zukunft derart gestärkt hat[96]), daß darauf zweifellos ein Teil der Heeresvorlagen, die wir bekommen, wenn auch nicht offiziell und öffentlich, doch auch innerlich begründet sein wird. Ich könnte Ihnen hierüber genauere Ausführungen machen. Ich habe darüber letzthin ja auch in den Nationalliberalen Blättern geschrieben[97]). Ich will es des Mangels der Zeit halber unterlassen und nur darauf hinweisen: Wir sehen, wie der Südslawenstaat sich bildet aus dem Bündnis, das sich jetzt dort entwickelt hat zwischen Bulgarien, Serbien und Montenegro in der Hauptsache; ob Griechenland davon abspringen wird oder nicht, steht ja dahin, ist auch für die Ziele gleichgültig. Dieser Südslawenstaat wird einen großen Teil der österreichischen Armee auch in Friedenszeiten konsumieren, und zwar gerade den Teil, der in erster Linie für uns in Betracht kommen würde, nämlich den deutschen Heeresteil, weil selbstverständlich die Österreicher die großen slawischen Heeresteile, die sie haben, nicht gegen den Südslawenstaat verwenden können. Das wird selbstverständlich im Kriege um

[94]) *Bassermann* selbst und der fortschrittliche Abgeordnete Dr. *Heckscher* hatten diesen interessenpolitischen Aspekt der englischen Balkanpolitik besonders hervorgehoben, siehe HA. 56. Sitzung, 7. 2. 1913.

[95]) Wilhelm *Arning* (1865—1943) war mehrere Jahre als Schutztruppenarzt in Ostafrika tätig gewesen und war durch ausgedehnte Reisen durch Kleinasien und Westafrika zum führenden Kolonialexperten der Nationalliberalen Partei geworden. Er war Mitglied des Alldeutschen Verbandes und leitete 1927—1933 die deutsche Kolonialschule in Witzenhausen. Vgl. Neue Deutsche Biographie Bd. I S. 375.

[96]) Befürchtungen hinsichtlich der französischen Kolonialarmee waren bereits am 11. 11. 1911 im Reichstag ausgesprochen worden; vgl. Sten. Berichte Bd. 268 S. 7792; dazu auch Arning S. 47 ff.

[97]) Jg. 25, 1913, S. 51 ff. u. 107 ff. — August Keim, Erlebtes und Erstrebtes, Hannover 1925, S. 181, beziffert die Zahl der französischen Kolonialsoldaten, die am I. Weltkrieg teilnahmen, auf 630000. Ähnlich L. Schworm, Frankreichs Wehrfaktor Afrika, Diss. Gießen 1941, S. 217 ff.

so mehr der Fall sein, und wir werden wahrscheinlich auf die Heeresteile, die uns zur Unterstützung in einem Kampf gegen Rußland in Zukunft von Österreich zur Verfügung gestellt werden können, nicht sonderlich rechnen können[98]). Auch das ist zweifellos mit ein Grund für die kommende Heeresvorlage. Wir werden aber durch diese neue Verstärkung unserer Gegner, die sich entwickelt, beschränkt in unserem Eingreifen in der Frage der eventuellen Aufteilung der asiatischen Türkei, von der Herr *Bassermann* ja eben auch eingehend gesprochen hat.

Nun, meine Herren, möchte ich bei der Gelegenheit meiner Anschauung dahin Ausdruck geben, daß wir bei einer Aufteilung der asiatischen Türkei am besten nicht an direkte Landerwerbungen in jener Gegend denken, auch wenn sie kommen sollte, zumal jetzt der Weg über Saloniki nach dort verschlossen sein wird, und wir, wenn wir dort hin wollen, auf dem Landwege durch die Balkanvölker Spießruten laufen müßten, und da wir auf dem Wege über See auch durch die Mausefalle des Mittelmeeres gehen müßten, so wird ein Zusammenhang zwischen uns hier und den Gebieten in Kleinasien ein beschränkter sein. Trotzdem würde bei einer doch kommenden Aufteilung das wirtschaftliche und politische Gewicht der Staaten derart verschoben, daß wir irgendwie an anderer Stelle kompensiert werden müßten[99]), und da ist es meines Erachtens notwendig — und das ist der Zweck dessen, was ich hier sagen wollte —, daß wir, obwohl durch den Vertrag von 1911 rein äußerlich die Akten über die Marokkofrage geschlossen zu sein scheinen[100]), den Blick nicht wegwenden dürfen von diesem Lande, das ich für das wichtigste halte von allen den Ländern, die eine Zukunft haben und rings um den atlantischen Ozean herumliegen. Es sind das im ganzen Kanada, Algerien und eben dieses Marokko. Marokko ist landwirtschaftlich von einem Werte — das habe ich aus eigener Anschauung feststellen können und habe es durch lange Studien festgestellt —, daß, wenn wir in der Lage wären, es in unserem Sinne kolonistisch zu entwickeln, wir auf die Lebensmittelversorgung Europas einen mitbestimmenden Einfluß würden ausüben können durch das, was in diesem Lande hervorgebracht werden kann, von den Mineralschätzen

---

[98]) In der Tat hat die serbische Armee in den ersten Monaten des Weltkrieges starke österreichische Streitkräfte gebunden, die an der galizischen Front dringlich gebraucht worden wären. Vgl. Carl Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914—1918, Berlin 1942, S. 44—46.

[99]) Die Abneigung gegenüber einer Aufteilung der Türkei wurde von der Reichsleitung durchaus geteilt. So heißt es in einem Erlaß *Bethmanns* an *Lichnowsky* vom 27. 1. 1913 (vgl. Große Politik Bd. 34/I Nr. 12744): „Zur Durchführung unserer Aktion [der Inbesitznahme eines Teiles von Kleinasien] würde es [. . .] voraussichtlich der Einsetzung nicht unbedeutender Machtmittel bedürfen, und es erscheint zweifelhaft, ob sich bei der jetzigen Konstellation der Großmächte eine entsprechende Entblößung der Heimat rechtfertigen ließe." Vgl. auch Nr. 12710 und 12737. Nur im Falle einer Aufteilung durch die anderen Großmächte wollte die Reichsleitung einen Anteil beanspruchen, an Kompensationen mit anderen Gebieten hat sie nicht gedacht.

[100]) In dem deutsch-französischen Abkommen über Marokko vom 4. 11. 1911 hatte Deutschland gegen die Zusicherung der „Offenen Tür" auf jeden militärischen und politischen Einfluß in Marokko zugunsten Frankreichs verzichtet. Text siehe bei Friedrich Stieve, Deutschland und Europa 1890—1914, Berlin 1928, S. 218—222.

nicht zu reden[101]), auch nicht von der Bedeutung, die es verkehrs- und weltpolitisch hat, gelegen an der Stelle, von wo aus die Verkehrspolitik der ganzen Erde mit Europa beeinflußt werden kann, dann aber auch wiederum für unsere Stellung gegenüber Frankreich im Falle eines Krieges. Wir würden, wenn wir in Marokko an irgendeiner Stelle säßen, die Erregung der nordafrikanischen Gebietsteile Frankreichs in die Wege leiten können und dadurch nicht allein ein oder zwei Armeekorps, sondern Hunderttausende von europäischen Truppen dort fesseln können.

Das alles kommt dazu, um mich zu veranlassen, Sie hier zu bitten, daß Sie auch in Zukunft nach Möglichkeit immer darauf Rücksicht nehmen, daß wir von Marokko nicht abweichen dürfen, einmal aus Kolonisationsbeziehungen, und das andere Mal aus den Beziehungen unserer Weltpolitik.

Ich habe neulich mit einem Herrn in leitender Stellung darüber gesprochen. Ich habe ihm gesagt: Sie dürfen, wenn Sie eine Kolonialpolitik treiben, nicht nur daran denken, daß Sie in dem Kolonialetat hier und da irgendeine Entwicklung in den Kolonien fördern, Sie müssen eine Kolonialpolitik treiben, die dem ganzen Volk zugutekommt. Sie müssen dafür sorgen, daß in dem Mittelpunkt unserer Kolonialpolitik die Weltpolitik steht, die Erwerbung von solchen Ländern, die wir brauchen, und auf Grund deren wir unsere Weltmachtstellung sowohl in bezug auf die politische Stellung wie auf die weltwirtschaftliche Stellung entwickeln können, und dieses zu tun, ist uns in diesem Augenblicke meines Erachtens nur möglich, wenn wir den Blick auf Marokko richten und nicht davon abgehen, daß dieses Land einmal, wenn die Entwicklung der Dinge dahin kommt, von uns erworben werden muß.

Abgeordneter **Prinz Schönaich-Carolath**[102]) knüpft unmittelbar an die Ausführungen von *Arning* an. Mit verschiedenen Hinweisen auf die Verhandlungen, die im November 1911 anläßlich der Abkommen über Marokko und den Kongo im Haushaltsausschuß stattfanden, wirft der *Prinz* der deutschen Diplomatie ein völliges Versagen vor. Weder hätte das Auswärtige Amt für das deutsche und das französische Kongogebiet über eine zureichende Landkarte verfügt noch hätte es eine wirkliche Kenntnis über das Ausmaß der Schlafkrankheit in Französisch-Äquatorialafrika gehabt[103]). Der Diskussionsredner kommt sodann auf die „schwarze Gefahr" zu sprechen und kritisiert den verstorbenen Staatssekretär *v. Kiderlen-Wächter*, weil er die drohende Möglichkeit einer französischen Kolonialarmee völlig ignoriert habe. Bereits im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 seien auf der feindlichen Seite mit beachtlichem Erfolg afrikanische Truppen eingesetzt worden[104]). Die französische Presse habe bereits „von den 100 000 Mann der schwarzen Armee" gesprochen, „die am Rhein auftauchen werden, und man hört

[101]) Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung hat die großartigen Perspektiven *Arnings* bisher nicht gerechtfertigt, vor allem haben sich die Erwartungen *Arnings* hinsichtlich Marokkos als exportierendes Agrarland nicht erfüllt. Im Bergbau wurde die Förderung von Phosphaten, Kobalt und Mangan allerdings recht bedeutend. Vgl. M. M. Knight, Morocco as a French Economic Venture, London 1938.

[102]) *Prinz zu Schönaich-Carolath*, M. d. R. seit 1881, verkörperte lt. Hallgarten (Bd. II S. 3) den anglophilen Typ des deutschen Magnaten. Zu seinen außenpolitischen Ansichten vgl. Ludwig Maenner, Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath — Ein parlamentarisches Leben der wilhelminischen Zeit (1852—1920), Stuttgart/Berlin 1931, S. 129 ff.

[103]) Vgl. hierzu im einzelnen Arning S. 88 ff.

[104]) Vgl. a.a.O. S. 51 ff.

förmlich durch die Sprache der französischen Blätter das bekannte Wort von 1870: Et même les femmes ne sont épargnées!, in seiner ganzen Roheit und Wildheit kommt dieser Gedanke zum Ausdruck." Es sei „sehr zu bedauern, daß wir für diesen Kongozipfel voll Krankheiten und voller neuer Gefahren darauf verzichtet haben, bei Marokko ein energisches Wort mitzusprechen". Angesichts der großen Rüstungsanstrengungen könne man es durchaus erwarten, daß die Regierung von ihrer Macht Gebrauch mache.

Fürst Bismarck hat, ohne einen gefragt zu haben, 1864, 1866 und 1870 gemacht, und die Engländer haben nicht gewagt, uns anzugreifen.

Wir, wie auch unser verehrter Herr *Vorsitzender* [*Bassermann*] gesagt hat, erhalten alle Jahre eine neue Militärvorlage. Gewiß werden wir die Kosten tragen, so schwer es auch sein mag, sie aufzubringen, gewiß sind wir freudig bereit, alles zu geben, was des Vaterlandes Machtstellung erfordert, aber dann müssen wir doch eine Diplomatie haben, dann müssen wir Männer oben haben, die bereit sind, das Schwert Deutschlands in die Waagschale zu werfen, wenn es sich um Existenzfragen der deutschen Nation handelt. (Beifall.) Wir sehen, daß unser Handel immer mehr zurückgeht an gewissen Stellen, wo wir verdrängt werden, oder daß er große Mühe hat, sich aufrechtzuerhalten. Es wird gesagt, es würde noch sehr viel schwerer in Zukunft werden, wenn weitere Handelsverträge abgeschlossen sein werden, die so wenig den Bedürfnissen der deutschen Industrie Rechnung tragen, wie das jetzt vielfach der Fall ist. Wenn uns die auswärtigen Märkte verschlossen werden sollten, wenn in der Tat unserem Handel Schwierigkeiten gemacht werden sollten, wo kommt denn da bei uns die Kaufkraft her, wo kommt bei uns die Möglichkeit her, alle diese Ausgaben zu tragen, die wir willig im Interesse des Vaterlandes tragen würden? Wir sehen doch die ganze Welt bereit, unseren Handel tunlichst einzuschränken und den ihrigen an die Stelle zu setzen, und das, was bei den Handelsverträgen in vielfacher Beziehung verabsäumt worden ist, läßt sich doch sobald nicht wieder nachholen[105]).

Ich wollte auf eine Frage zurückkommen, die der verehrte Kollege *Kauffmann* vorhin an den *Vorsitzenden* [*Bassermann*] gerichtet hat. Er hat nämlich gefragt, wie das in der Kommission gewesen wäre in bezug auf unser Verhältnis zu England. Da ist für uns nun die Beantwortung sehr schwierig, weil der *Staatssekretär des Auswärtigen Amts* immer den Wunsch geäußert hat, daß darüber nicht gesprochen werden möge. Das ist nun sehr schlimm. Wenn man eine große Vorlage machen will, die doch begründet werden muß, müßte darüber auch eine offene Sprache geführt werden[106]). Ich finde, in dem englischen Parlament und in dem

[105]) Es erregte damals in Deutschland große Besorgnis, daß sich selbst im freihändlerischen England der Gedanke des „imperial preference" durchsetzte. Man befürchtete davon eine Schädigung des deutschen Handels mit den englischen Kolonien. Vgl. G. Stresemann, Norman Angell's falsche Rechnung, in: Wiesbadener Zeitung Nr. 230 vom 7. 5. 1913.

[106]) Die Begründung der großen Wehrvorlage bereitete in der Tat der Reichsregierung erhebliche Schwierigkeiten, da die Beratungen gerade in eine Periode relativer Entspannung fielen. *Bethmann Hollweg* gab daher in der grundsätzlichen Reichstagsdebatte am 7. 4. 1913 (vgl. Sten. Berichte Bd. 289 S. 4512 ff.) lediglich die Begründung an, daß Deutschland für alle Eventualitäten gerüstet sein müsse, während er die damaligen Beziehungen zu allen Großmächten als zufriedenstellend bezeichnete. Demgegenüber wies *Bassermann* ganz unverblümt auf die erhebliche Verschlechterung der internationalen Lage hin. Vgl. a.a.O. S. 4539 ff.; dazu auch Kurt Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende, Berlin 1960, S. 101 f.

französischen Parlament sprechen die leitenden Staatsmänner leidlich offen und leidlich verständlich für diejenigen, die sich um die auswärtige Politik kümmern, denen die Lebensinteressen ihres Landes am Herzen liegen. Nur bei uns wird entweder gar nicht über auswärtige Politik gesprochen, die Vertreter sind entweder nicht da, oder wenn sie kommen, sagen sie: Eigentlich dürfte ich das alles gar nicht sagen, was ich Ihnen gesagt habe, und tun Sie mir den Gefallen, und reden Sie nur nicht darüber, daß das nur nicht etwa in die Presse kommt oder nicht sonst verlautbart. Meine Herren, es ist ja vollkommen verständlich, daß sich ein Vertreter der auswärtigen Politik eine große Reserve auferlegen muß, es ist auch vollkommen verständlich, daß sich das deutsche Volk daran gewöhnen muß, zwischen den Zeilen zu lesen, daß man nicht immer verlangen darf, daß gewisse Dinge so haarscharf ausgesprochen werden und so klar dargelegt werden, wie wenn es sich um irgendeinen Paragraphen eines Zollgesetzes handelt. Die Deutschen sind kein politisches Volk. Sie sind im allgemeinen nicht so, wie die Franzosen, die Italiener und andere, die aus den Antworten der Minister in dem Parlament das herauslesen, was gehört werden soll. Nun mag es ja besonders schwierig sein, in solchen Situationen zu sprechen, und deshalb will ich auch den *Staatssekretär des Auswärtigen Amts* in keiner Weise angreifen. Ich finde es vollkommen verständlich, daß er immer in ausweichender Weise antwortet. Indes eines möchte ich doch sagen — die Verhandlungen bleiben ja unter uns —, daß er wiederholt darauf hingewiesen hat, daß unser Verhältnis zu England sehr viel freundlicher geworden wäre, und daß Verhandlungen mit England schwebten, allerdings nicht über die Abrüstungsfrage, aber anderweite Verhandlungen, von denen er ausdrücklich sagte, er hoffte bestimmt und zuversichtlich, daß sie zu einem befriedigenden Abschluß führen würden[107]). Ich finde, das ist gar keine Indiskretion, das hier zu wiederholen, denn das ist eine ganz allgemeine Sache. Da sie indes vielleicht nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, so möchte ich auch hier bitten, sie nicht in der Öffentlichkeit zu verwenden.

Jedenfalls sind unsere Beziehungen zu England augenblicklich freundlich, und man kann nur hoffen, daß sie sich immer freundlicher gestalten werden.

Meine Herren, wir müssen doch mit der Tatsache rechnen, daß in Österreich-Ungarn eine wesentliche Verstimmung darüber Platz greifen wird, daß wir anscheinend nicht genug für sie getan haben. Wir haben die Österreicher nicht ermuntert, zu mobilisieren und jeden Tag einige Millionen Mark auszugeben. (Zuruf: 8 Millionen!) Die Österreicher haben wiederum eine so merkwürdige Politik getrieben, wie sie niemand treffender gegeißelt hat als *Friedrich der Große* in seinem bekannten Werk „Précis de la guerre[108])". Da sagte er: Es ist immer dieselbe Geschichte, sie rennen in irgendeine Sache hinein —, ob man nun die napoleonischen Kriege nimmt oder die Kriege in der Mitte der 60er Jahre oder

[107]) Gemeint sind hier die Verhandlungen über ein deutsch-englisches Kolonialabkommen, die bis in den September 1911 zurückreichen. Gegenstand der Verhandlungen waren vor allem Interessenabgrenzungen in den portugiesischen Kolonien und beim Bau des letzten Abschnittes der Bagdadbahn. Die Abmachungen über diese Fragen (vgl. Große Politik Bd. 37 Nr. 14682 bzw. 14907) wurden am 21. 10. 1913 bzw. am 15. 6. 1914 paraphiert, sie sind jedoch nicht mehr ratifiziert worden. Vgl. Richard v. Kühlmann, Erinnerungen, Heidelberg 1948, S. 339 ff.

[108]) Offensichtlich handelt es sich hier um einen Hörfehler, denn ein Werk *Friedrichs II.*, das diesen Titel trägt, gibt es nicht.

1859 —, sie rennen in irgendeine Sache hinein, und nachher geht es ihnen schlecht, und dann werden sie natürlich nicht sagen, daß sie die Schuldigen sind, sondern andere, und so werden wir hier die Schuldigen sein[109]). Es wird heißen: Deutschland hat uns nicht genügend gestützt, Deutschland ist nicht genügend für uns eingesprungen, Deutschland verdanken wir diesen diplomatischen Mißerfolg, und schließlich verdanken wir Deutschland alle die Unkosten, die uns durch die Mobilisierung unserer Armee entstanden sind, und obwohl wir daran ganz unschuldig sind, wird sich dieser Unwille in Österreich-Ungarn gegen uns richten, und, meine Herren, vergessen Sie nicht, an alle die Elemente in Österreich-Ungarn zu denken, die antideutsch sind. Ich will nicht von den Tschechen sprechen, ich will nicht von allen den sonderbaren Völkern sonst noch sprechen, die Österreich in sich aufgenommen hat, ich will nicht einmal von den Polen sprechen, obwohl mit vollem Recht Herr *Bassermann* gerade auf die Polen in Österreich hingewiesen hat. Aber, meine Herren, glauben Sie denn, daß der große österreichische Hochadel, daß die Deutschen in Böhmen, daß die großen Familien, daß die Herrschaften, die den *Erzherzog Thronfolger* umgeben, deutschfreundlich sind? Da müßten Sie sich doch darüber informieren, wie die Verhältnisse dort liegen. Das Deutsche Reich ist jedenfalls als solches in Österreich nicht beliebt, und ich fürchte, daß die Mißerfolge, die die österreich-ungarische auswärtige Politik hat, uns aufs Konto geschrieben werden, und daß das auch nicht dazu beitragen wird, unsere Beziehungen zu verbessern, im Gegenteil, daß wir es vielleicht einmal erleben könnten, daß Österreich-Ungarn sich mit anderen verständigt[110]).

Also ich komme immer wieder darauf zurück, daß es eine Lebensnotwendigkeit für uns ist, uns mit England zu verständigen. Wir haben soviel gemeinsam mit England, daß wir angesichts aller Konstellationen unserer Freunde und Gegner um so größeren Wert darauf legen müssen, zu einer Verständigung mit England zu gelangen[111]). Glücklicherweise ist unsere deutsche Botschaft in London in der Hand eines klugen und geschickten Mannes, und wir können nur hoffen, daß bei dem guten Willen auf beiden Seiten, daß bei dem Verständnis, das bei

[109]) Von *Prinz zu Schönaich-Carolath* sind auch sonst Äußerungen überliefert, welche die hier zutage tretende Skepsis gegenüber der österreichisch-ungarischen Politik unterstreichen. So hatte sich *Schönaich-Carolath* Ende 1912 in einem Artikel der Neuen Freien Presse zwar zum Bündnis mit der Donaumonarchie bekannt, zugleich aber der Wiener Regierung zu einer Verständigung mit Serbien geraten. Man werde es in Österreich-Ungarn „begreiflich und verständlich finden, wenn man in Deutschland den Wunsch hat, es möge eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien angebahnt, ein Weg gefunden werden, der Serbien die Zulassung an das Meer ermöglicht, ein Arrangement, das ihm eine Eisenbahn zu demselben, eine Galerie, einen Zugang schafft. Denn wir verstehen den Satz: ‚Vivere non est necesse, navigare necesse est!'" Zit. nach NLC (31. 12. 1912). Vgl. auch L. Maenner a.a.O. S. 134 f.

[110]) Der österreichische Ministerpräsident *Graf Stürgkh* sagte später vom Thronfolger: „Ich glaube auch sicher, daß, wenn *Franz Ferdinand* den Thron bestiegen und die Überzeugung gewonnen hätte, ein anderes Bündnis sei für das Reich vorteilhafter, es ihm durchaus keinen seelischen Kampf gekostet hätte, Deutschland und seinen Kaiser fahren zu lassen." Zitiert bei Theodor v. Sosnosky, Franz Ferdinand, München/Berlin 1929, S. 159.

[111]) Vgl. hierzu Ludwig Maenner a.a.O. S. 129 f. u. 133 ff. In einem englandfreundlichen Sinne hatte sich der Prinz auch an dem Sonderheft der Zeitschrift „Nord und Süd" beteiligt, das den Titel trug: „Krieg und Frieden — Die deutsch-englische Verständigung" (Berlin 1912, S. 60 ff.).

den Einsichtsvollen sichtlich vorhanden ist, wir auch zu einer Verständigung kommen, die hoffentlich dann auch dauernd bleiben wird[112]). Wir haben zuviel Gegner, es sind zuviel Feinde um uns herum, als daß wir nicht an alle diese Dinge augenblicklich denken sollten, eine kleine persönliche Verstimmung oder abweichende Meinungen nach der einen oder anderen Seite zurückstellen sollten.

Der Schluß meiner ganzen Ausführungen ist natürlich der, daß ich Sie auch nur bitten kann, im großen und ganzen dieser Resolution zuzustimmen, denn wir gerade sind immer für die Vermehrung unserer Streitkräfte zu Lande und zu Wasser eingetreten, wir haben auf die Mängel aufmerksam gemacht, und wir begrüßen es jetzt mit Genugtuung, daß dem deutschen Volk die etwa bestehende, vielleicht unrichtige Sorge genommen wird, als seien wir nicht so gerüstet, so archiprêt, so außerordentlich gerüstet und bereit, allen Eventualitäten die Stirn zu bieten. (Beifall.)

Geh. Schulrat **Rebmann**[113]): Die Vorgänge, die sich augenblicklich in der großen Welt abspielen, können vollständig nur verstanden werden, wenn man sie betrachtet im Lichte der säkularen Entwicklung, und die geht dahin, daß Ende des letzten und Anfang dieses Jahrhunderts die Welt wieder einmal verteilt worden ist, und es handelt sich nicht darum, daß dieser oder jener Fetzen in der Welt an diese oder jene Nation gekommen ist, sondern daß die ganze Welt auf Jahrhunderte hinaus ohne unser Zutun und gegen uns verteilt worden ist.

Das ist eine harte Tatsache. Wir dürfen nicht daran denken, was heute Marokko bedeutet, nicht daran denken, was heute Tripolis bedeutet, sondern was diese reichen Länder, die schon in alten Zeiten zu den reichsten Ländern der Welt gehört haben, in der Hand eines Kulturvolkes in 100 Jahren für eine ungeheure Kraft vorstellen werden (sehr richtig!), so daß sie einen Machtzuwachs allerersten Ranges darstellen. Dieses Verständnis für die säkulare Bedeutung dieser Vorgänge fehlt uns in der großen Masse und zum Teil bis in die gebildeten Kreise hinein heute noch, und da gilt es nun, unser Volk darüber aufzuklären. Der letzte Grund dafür, daß Deutschland bei dieser Verteilung vollständig leer ausgegangen ist, also daß es auf 100 Jahre davon ausgeschlossen sein wird, scheint mir in dem schroffen Widerspruch zu liegen, der zwischen unserer tatsächlichen inneren Kraft und der Äußerung dieser Kraft nach außen besteht. (Sehr richtig!) Wir sehen, wie unsere Industrie und unser Handel sich mit einer Kraft entwickelt haben, die staunenswert ist, und das ist ja nicht etwas, das wächst, wie das Unkraut auf dem Felde, sondern das ist etwas, das in harter, mühseliger Arbeit mit Aufwendung von Geist und Energie geschaffen worden ist und das eben diese große Summe von Geist und Energie zur Voraussetzung

[112]) Der Prinz, der anfänglich selbst als Kandidat für den Londoner Botschafterposten genannt worden war (Maenner a.a.O. S. 130), war mit dem *Fürsten Lichnowsky* persönlich bekannt. *Lichnowsky* suchte die deutsch-englische Verständigung zum Angelpunkt der ganzen deutschen Außenpolitik zu machen. In seiner Rede zum Kaisergeburtstag hatte er gesagt: „Wenn Deutschland und Großbritannien sich verstehen und sich vertragen, und wenn sie entschlossen sind, die ungestörte Arbeit bürgerlicher Entwicklung zu erhalten, so meine ich, daß wir mit Vertrauen allen Wechselfällen der Zukunft entgegensehen können." Zitiert nach: Kölnische Zeitung Nr. 130 vom 3. 2. 1913.

[113]) Edmund *Rebmann* (1853—1938), Realgymnasialdirektor in Karlsruhe, war Vorsitzender der badischen Organisation.

hat, und nun sehen wir, daß in derselben Zeit wir in der großen Welt eine Rolle spielen, die ja schon mehrfach beschrieben worden ist, so daß ich darüber nichts mehr zu sagen brauche.

Auf zwei böse Dinge lassen Sie mich noch hinweisen in unserem Innern, das eine heißt Elsaß-Lothringen, das andere heißt Polen. Von der Polenfrage will ich nichts sagen, aber von der elsaß-lothringischen, die uns auf die Finger brennt. Wir wohnen Wand an Wand mit Elsaß-Lothringen und haben die 40 Jahre hindurch mit Zorn im Herzen und mit tiefem Schmerz gesehen, wie Elsaß-Lothringen regiert worden ist: 10 Jahre mit den Franzosen, 10 Jahre gegen die Franzosen, 10 Jahre mit den Franzosen und 10 Jahre gegen die Franzosen. So ist es immer hin und her gegangen: Berlicke, Berlocke, 'rin in die Kartoffeln, 'raus aus die Kartoffeln! (Heiterkeit.) Und dabei soll ein Land nicht in Grund und Boden hinein verderben! Auf diesem Boden ist jetzt der Abbé *Wetterlé*[114]) gewachsen. Er konnte nirgends anders wachsen als in diesen innerlich zerrütteten Verhältnissen, und merkwürdig ist es — das heißt uns und mir, die wir in Süddeutschland wohnen, ist es gar nicht merkwürdig —, daß das elsässische Zentrum nicht die Kraft gefunden hat, diesen Mann abzuschütteln, sondern seine Hand über ihn gedeckt hat[115]), daß also hier der Hehler ebenso schlecht ist wie der Stehler. Vom deutschen Zentrum will ich dabei nichts sagen[116]).

Das andere ist, daß, ob man in den letzten Jahren einen Redner über auswärtige Politik hat reden hören, er zunächst begonnen hat mit einer Versicherung seiner immensen Friedensliebe (sehr richtig!), daß er versichert hat, kein Mensch in Deutschland denke daran, einen Krieg zu führen. Das ist etwas, was man ja vielleicht im Augenblick zur Beschwichtigung der Gemüter einmal sagen kann, aber in dieser Summierung hat es den Eindruck außerordentlicher Schwäche hervorgerufen (sehr richtig!), hat den Eindruck hervorgerufen, daß wir überhaupt unsere Waffe nicht mehr brauchen wollen, und einen Eindruck, der im vollen Widerspruch dazu steht, daß das deutsche Volk Heeres- und Marineforderungen immer glatt bewilligt hat. Wir rüsten weiter und sagen: Wir wollen mehr Soldaten haben, wir wollen mehr Schiffe haben, aber glaubt uns ja: wir werden sie nicht brauchen.

---

[114]) Emile *Wetterlé* (1861—1931), M. d. R. seit 1898, war der Sprecher der autonomistischen Bewegung, die in ihrem offiziellen Programm für die bundesstaatliche Selbständigkeit Elsaß-Lothringens im Rahmen des Deutschen Reiches eintrat. Auf einer Vortragsreise durch Frankreich hatte er im Januar 1913 gegenüber französischer Kritik dieses Programm als nützliches Etappenziel bezeichnet und dann die später vielzitierten Worte hinzugefügt: „à moins qu'un événement tragique . . ." Mit dem tragischen Ereignis hatte *Wetterlé* in unmißverständlicher Weise auf einen für Deutschland ungünstigen Krieg angespielt. Die Nachrichten über diese Vortragsreise riefen in Deutschland einen ungewöhnlichen Proteststurm hervor. Vgl. J.-R. et G. Rémy, L'abbé Wetterlé, Paris 1932.

[115]) Im elsaß-lothringischen Landtag bedauerte der Zentrumsabgeordnete *Hauß* zwar das Vorgehen *Wetterlés*, lehnte aber für die Fraktion jede Verantwortung ab. *Wetterlé* wurde daher auch nicht aus der Zentrumsfraktion ausgeschlossen. Vgl. Westdeutsche Landeszeitung Nr. 13 vom 17. 1. 1913. — Bei Ausbruch des Krieges flüchtete er nach Frankreich und wurde in Deutschland seiner Mandate für verlustig erklärt. Vgl. Haegy-Werk II/1 S. 165 ff., bes. S. 190 f.

[116]) Der Zentrumssprecher im preußischen Abgeordnetenhaus hatte sich von *Wetterlé* scharf distanziert; vgl. Kölnische Zeitung Nr. 82 vom 22. 1. 1913.

Also einmal fort mit diesen Friedensversicherungen. (Sehr richtig!) Sagen wir wieder einmal dem Volke: Wir haben unsere Waffe und wir wollen sie brauchen, der Teufel soll holen, wenn wir nicht wieder dieselbe Sache erhalten wie im Jahre 1870 (Beifall.), denn der Geist, der im Volke steckt, ist nicht anders geworden, er ist nicht schlechter geworden, im Gegenteil, viel, viel besser durch unser ganzes Volk hindurch.

Nun ist uns die Lage der äußeren Politik grau in grau gezeichnet worden. Aber wenn ich mich aufs Gewissen frage, ich hätte es auch nicht anders machen können. Es ist geredet worden vom Dreibund und von Italien. Auf mich hat es den Eindruck gemacht, als ob in diesem speziellen Falle Italien etwa die Karo 7 bei einem Treffsolo wäre, von der man sagen kann: das Beste ist, daß ich sie in der Hand habe und nicht der andere, aber anfangen kann ich nichts damit. (Heiterkeit.) Von Österreich wissen wir ja — der Herr Vorredner hat es ja gesagt —, daß es ein halbslawischer Staat ist, bei dem nicht der germanische Teil fortschreitet, sondern der slawische, und zwar mit aller Macht. Also diese Position ist übel, und wir können das einzige Gute von ihr sagen: wir wollen dem Herrgott danken, daß es nicht noch schlechter ist.

Nun unser Verhältnis zu England. Der Herr Vorredner hat gemeint, wir müssen darauf hinarbeiten, daß wir zu einem erträglichen Verhältnis mit England kommen. Ganz gewiß, wir wollen das tun. Aber man darf sich die Tatsache nicht verhehlen, daß das Dinge sind, die sich an der Oberfläche bewegen, daß das eine kleine Welle ist, die ein bißchen steigt und ein bißchen fällt, die aber an den harten Tatsachen nichts ändert, und diese harten Tatsachen sind für mich zwei. Es ist in England die traditionelle Kontinentalpolitik seit soundsoviel hundert Jahren gewesen, daß England der Feind des Stärkeren und der Freund des Schwächeren auf dem Kontinent war, und wir waren solange Englands Freunde, als Frankreich stärker war denn wir. Das ist die traditionelle Politik, die sich durch Jahrhunderte hindurch verfolgen läßt. Heute sehen wir das Gegenteil, und man wundert sich vielleicht, daß dieser Umschwung in der englischen Politik und, was noch viel wichtiger ist, in der englischen Volksmeinung, nicht unmittelbar nach dem Jahre 1870 eingetreten ist. Nun muß man wissen, daß die ältere Generation der Engländer in der Abneigung gegen Frankreich aufgewachsen ist, und diese Dinge verschwinden nicht von einem Tage auf den anderen, daß es dort noch politisches Dogma war: Frankreich ist der Feind, gegen den wir jeden zu unterstützen haben. Diese ältere Generation ist ins Grab gesunken, jetzt wächst die neue Generation heran, die weiß: Deutschland ist der Feind, und es ist nicht die Diplomatie, die ich dabei fürchte, sondern es ist das tiefere Volksempfinden in England, das in Tausenden und aber Tausenden von Äußerungen immer wieder zum Vorschein kommt: Deutschland ist der Feind, und der muß bekämpft werden und schließlich muß die ganze Politik — und in England ist das viel mehr als bei uns der Fall — getragen werden von der Meinung des gesamten Volkes. Das zweite ist, daß diese Politik nun ihre weitere Grundlage in England findet durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Engländer war jahrhundertelang der erste Handelsmann und der erste Industrielle der Welt. Davon ist England groß und wohlhabend geworden. Nun findet es an allen Stellen der Welt diesen dreimal verdammten Deutschen als

seinen Konkurrenten, und zwar als Konkurrenten, dessen Arbeit darauf ausgeht, daß Tausende und aber Tausende englischer Familien in ihrem Einkommen gegen früher geschmälert sind. Die werden also an dem Punkte berührt, der der empfindlichste ist im ganzen menschlichen Organismus, an ihrem Geldbeutel, und das geht durch das ganze englische Volk durch; und ich meine, diese ganzen Dinge, diese ganze Richtung der englischen Politik seit Jahrhunderten und diese Konkurrenz der deutschen Wirtschaft, die jeder einzelne an sich spürt, das sind ganz solide Grundlagen, auf welchen sich eine ganz gewaltige Masse von Abneigung, will ich sagen, aufbauen kann, und so wollen wir diese Tatsache scharf im Auge behalten und niemals vergessen, daß das der letzte und wahre Grund ist, und daß wir den nicht aus der Welt schaffen können.

Im übrigen begrüße ich jede Milderung, die in dem täglichen Verkehr zwischen den beiden Ländern und Völkern stattfindet. Ich schätze aber Champagnerstimmungen, aus denen gelegentlich diese freundschaftlichen Neigungen aufsteigen, nach ihrem wahren Werte ein.

Meine Herren, die Vorgänge, die sich gegenwärtig am Balkan abspielen, sehe ich so an, daß damit auch ein welthistorischer Vorgang zu einem gewissen Abschluß kommt, das ist der, daß sich quer über den Balkan hinüber ein slawischer Staat legt, der das Germanentum ein für allemal von dem Wege nach dem Orient ausschließt. Das scheint mir für uns die tiefere Bedeutung zu sein, und daran ändert das und jenes nichts. Auch ich kann sagen, daß ich das, was mit dem Sandschak Novibazar vorgegangen ist, nur aufs tiefste habe beklagen können, daß man diese Karte und die Möglichkeit dieses Weges sich hat aus der Hand nehmen lassen.

Nun ist die Rede gewesen von einem Schiffbauabkommen mit England[117]). Ich darf meinem Empfinden hier Ausdruck geben, daß ich sage, ich habe die allergrößte Angst vor einem Abkommen dieser Art mit England. (Zustimmung.) Die Vergangenheit lehrt es, und die Zukunft wird es, fürchte ich, wieder beweisen, daß wir unter allen Umständen wieder die Betrogenen sein werden. (Sehr richtig!) Ich kann mir nicht denken, daß das englische Volk sich in seinen Endzielen durch ein derartiges Blatt Papier binden lassen wird, und auch mir ist es, offengestanden, widerwärtig, daß wir damit ein für allemal unsere Inferiorität schwarz auf weiß, dokumentarisch besiegelt, vertragsmäßig festgelegt, zugeben. Das stimmt sehr wenig zu den großen, zu den heißen Hoffnungen, die wir an das Aufblühen unserer Marine geknüpft haben, und aus alledem folgt für uns nur eins, daß wir alle dem zustimmen, was darauf ausgeht, uns in uns selbst zu kräftigen und zu festigen (sehr gut!), soweit unsere Marine auszubilden, als es zur Zeit möglich ist, und alle die Kräfte locker zu machen, die hier dafür zu lockern sind.

Und nun lassen Sie mich zum Schluß Ihnen noch eine Bitte vortragen, was die Deckungsfrage anlangt. Gehen Sie mit uns kleinen Staaten schonsam um und verschonen Sie uns mit der Vermögenssteuer (hört, hört! und aha!) nicht aus einer theoretischen Abneigung dagegen, sondern weil diese Vermögenssteuer, die uns genommen wird, unsere Finanzen aufs heilloseste zerrüttet. (Unruhe.) Also aus

[117]) Vgl. Anm. 42 u. 44.

gar keiner theoretischen Abneigung, sondern wegen der praktischen Folgen, die es für uns hat[118]). Ich höre von den Herren aus Württemberg, ich höre von den Herren aus Sachsen, daß das dort ganz genau ebenso der Fall wäre. Also bringen Sie uns nicht in diese Not und sorgen Sie dafür, daß die Erbschaftssteuer angenommen wird. Dafür sind wir mit vollem Herzen zu haben. (Beifall.) Wenn es nicht anders geht, müssen die Mittel natürlich irgendwie beschafft werden. Aber wenn Sie uns eine Freundschaft und eine Wohltat erweisen wollen, so lassen Sie wenigstens den Kelch der Vermögenssteuer an uns Kleinstaaten vorbeigehen.

Abgeordneter Dr. **Röchling**[119]): Meine Herren, auch ich teile die Ansicht des Herrn *Rebmann*, daß die Erbschaftssteuer für die Einzelstaaten erträglicher ist als eine Reichsvermögenssteuer und eine Vermögenszuwachssteuer. (Sehr richtig!)

Aber, meine Herren, ich würde das Wort nicht ergriffen haben, da ich der Meinung bin, daß die ganze Versammlung so, wie sie hier anwesend ist, mit den vortrefflichen Ausführungen unseres Führers *Bassermann* und mit der Resolution einverstanden sein wird, wenn nicht die Ausführungen des Herrn Kollegen *Arning* und des Herrn *Prinzen Schönaich-Carolath* mir Anlaß gegeben hätten, das Wort zu nehmen.

Meine Herren, ich stimme Herrn *Arning* durchaus bei, daß wir in den Mittelpunkt unserer auswärtigen Politik die Frage stellen müssen: wie können wir für unsere deutsche Nation neues Land erwerben? Ich meine, daß wir heute noch zu sehr an dem Gedanken festhalten, den *Fürst Bismarck* gelegentlich in den 70er und 80er Jahren entwickelt hat, daß Deutschland saturiert sei. Es war durchaus richtig, nachdem das Deutsche Reich in drei enormen Kriegen gegründet war, nachdem Deutschland in die Periode des inneren Ausbaus eingetreten war, zu sagen: Deutschland hat genug. Aber, meine Herren, jetzt haben wir eine Periode von 40 Jahren des Friedens hinter uns; wir sehen, daß jede Nation links und rechts von uns dazu übergeht, Neuland für sich zu erwerben. Die Engländer tun es, die Franzosen tun es, sogar die Italiener tun es, und Österreich selbst tut es, und wir allein, die zukunftsträchtigste, die in ihrer Entwicklung am schnellsten vorwärtsschreitende Nation sollte zufrieden sein mit dem, was wir haben, wir allein sollten endgültig verzichten, auf dem Erdball noch irgendwie mitsprechen zu dürfen, wenn Land zu verteilen ist?

Meine Herren, das will mir nicht in den Kopf. Wir müssen uns von dem Standpunkt losmachen, daß das deutsche Vaterland nicht mehr größer werden kann und nicht mehr größer werden darf.

[118]) Für das Land Baden, wo das Vermögen je nach seiner Art zwei- bis viermal so hoch belastet wurde, hätte sich die Einführung einer Reichsvermögenssteuer besonders hart ausgewirkt. Außerdem hätten sich bei der Veranlagung der Steuer in Baden erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Während die geplante Reichsvermögenssteuer die Berücksichtigung des Ertragswertes forderte, besteuerte Baden nach dem Verkehrswert. Vgl. Wilhelm Gerloff, Die Reichsfinanzgesetzgebung von 1913, Berlin 1914, S. 44.

[119]) Karl *Röchling* (1858—1941), Landgerichtsdirektor und Gesellschafter bei den *Röchlingschen* Eisen- und Stahlwerken an der Saar, stand auf dem rechten Flügel der Partei und gehörte dem Altnationalliberalen Reichsverband an. Im Kriege wurde *Röchling* ein entschiedener Anhänger der Kriegszielbewegung. Vgl. Thieme S. 25, 49, 71, 80, 82, 185 f., 193.

Herr Dr. *Arning* hat auf Marokko hingewiesen. Meine Herren, ich weiß nicht, ob, nachdem der Marokkovertrag geschlossen worden ist,

(Abgeordneter Dr. **Arning**: Papier!)

ob, nachdem wir Frankreich nicht nur die Herrschaft in Marokko zugestanden haben,

(Abgeordneter Dr. **Arning**: Papier!)

sondern auch geduldet haben, daß Frankreich von Marokko in der Tat Besitz ergriffen hat, das nicht etwas post festum kommt.

(Sehr richtig! und Widerspruch.)

Meine Herren, ich halte das für mindestens zweifelhaft. Ich bin der Meinung, daß es da doch näher liegt, unsere Augen nach Kleinasien zu werfen (Zuruf: Gewiß!), wenn ich auch durchaus nicht verkenne, wie schwierig unsere Lage Kleinasien gegenüber ist; denn, meine Herren, es ist ganz klar, und darin liegt eine der Hauptschwierigkeiten unserer neueren auswärtigen Politik: die neueren Liquidationen, die neueren großen Veränderungen haben am Mittelmeer stattgefunden, und Deutschland ist kein Mittelmeerstaat. Die beiden Tore des Mittelmeeres sind in den Händen von England, der Suezkanal und die Meerenge von Gibraltar, und wir können auf dem Wasserwege nur dahin kommen auf Grund eines großen Kampfes mit England. Ich halte es daher für zweifellos, daß wir trotz der ganzen Verhandlungen, der Friedensbestrebungen England gegenüber doch einmal wieder zu einem großen Kampfe mit England kommen werden. Ich halte es aber nicht für richtig, daß man diesen Gegensatz heute in der breiten Öffentlichkeit verhandelt; ich halte es für richtig, daß man über diese Dinge möglichst nur in vertrautem Kreise spricht. Ich meine jedoch, man sollte sich klarmachen, daß die Ausführungen des Herrn Geheimrat *Rebmann* historisch durchaus richtig sind, und daß England so, wie es gegenwärtig ist, eine stolze und selbstbewußte Nation, niemals gutwillig von dem ersten Platz in der Welt weichen oder ihn freiwillig mit uns teilen wird, es sei denn, daß wir so stark gerüstet sind, daß England sich sagt: mit Deutschland anzubinden ist auf alle Fälle unser eigener Tod, und daß es vorzieht, sich lieber schiedlich und friedlich mit uns zu verständigen.

Ich bin daher der Meinung, diese Resolution, welche, wie ich hoffe, heute einstimmig angenommen wird, ist der einzig mögliche Weg, uns auch mit England auf friedliche Weise auseinanderzusetzen, und ich wünsche das um so mehr, als ich glaube, daß, wenn Deutschland und England sich verständigt haben, dann in der Tat für die deutsche Entwicklung und für den Völkerfrieden auf Erden etwas geschieht, was zu keiner Zeit vorher geschehen ist, und daß eine ruhige, gleichmäßige weitere Entwicklung der germanischen Welt zu erwarten ist. (Beifall.)

Professor Dr. **Leidig**[120]): Meine Herren, ich glaube, es werden manche hier in diesem Kreise sein, die ebenso wie ich seit Jahren Gelegenheit haben, mit dem Auswärtigen Amt in Beziehungen zu kommen. Ich fürchte, daß die Herren

[120]) Prof. Eugen *Leidig* (*1861) war in den Jahren 1902—1908 2. Geschäftsführer des „Zentralverbandes der deutschen Industriellen" gewesen und gehörte dem Vorstand des Altnationalliberalen Reichsverbandes an.

dieselbe Empfindung und mehr und mehr dieselbe Überzeugung gewonnen haben werden, daß in unserem Auswärtigen Amt bei aller Treue im einzelnen und bei allem Fleiße und allem Pflichtbewußtsein, das dort besteht, doch seit Jahren ein furchtbarer Mangel an Initiative und eine ganz gewaltige Furcht vor der Übernahme jeder Verantwortlichkeit durch das ganze Beamtentum hindurchgeht. (Sehr wahr!) Meine Herren, wer das seit Jahren immer und immer wieder erfahren hat — und ich könnte Ihnen aus meinen persönlichen Erfahrungen da Kleinigkeiten erzählen, die geradezu ganz ungemein charakteristisch sind —, der muß sich sagen, wie kann es nur geschehen, daß diese von *Bismarck* ja seinerzeit kunstvoll geschaffene Maschine nunmehr wohl noch weiterläuft, daß ihr aber der belebende Geist und der belebende Führer mehr und mehr verlorengegangen ist. Bei jeder Verhandlung dort ist mir in den letzten Jahren immer furchtbar aufgestoßen: es geht durch unser ganzes Auswärtiges Amt ein Gefühl und eine Empfindung politischer Resignation hindurch (sehr wahr!), die wir in der handelspolitischen und in der politischen Abteilung immer und immer wieder finden.

Meine Herren, es ist unmöglich, einem aufstrebenden Volk von nunmehr 60 Millionen, das vorwärts kommen will, im Rate der Völker und in der Machtverteilung der Völker noch seinen Platz zu sichern, wenn unsere Staatsmänner sich von dem Gedanken beseelen lassen und den Gedanken in sich tragen: es hilft ja doch alles nichts. Das ist aber der Gedanke, der heute im Auswärtigen Amt herrscht. Man arbeitet, aber man hat die Empfindung, wir kommen doch zu keinem Erfolg. Und, meine Herren, da ist es notwendig, vielleicht auf die Weise, die Herr *Bassermann* angedeutet hat, neue Kräfte und neues Blut heranzuziehen. Aber es gehört alles mögliche dazu: Persönlichkeiten aus der Praxis, aus dem Volke. Und dann wollen wir ruhig sagen: gewiß, bei manchem Überschwang, den die Alldeutschen haben — nach der Richtung hin haben sie auch ihre Verdienste in ihrem hochgespannten Nationalgefühl und in ihrem immer und immer wieder hervorgerufenen [sic!] Nationalbewußtsein. Das ist notwendig auch für unsere Gesandten und Botschafter und vor allen Dingen für unseren *Reichskanzler*, der ja von diesem Pessimismus und von dieser Energielosigkeit ein großes Maß hat (heitere Zustimmung.), und das färbt ab auf das ganze Beamtentum von unten bis oben. Da müssen wir dafür sorgen, daß der alte preußische Elan, der Geist preußischer Offensive, den wir immer gehabt haben, auch in unsere Zivilverwaltung, vor allem in unser Auswärtiges Amt hineinkommt. Das ist eine der Hauptforderungen, die wir stellen müssen, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Nun noch eins, meine Herren. Wer irgendwie heute die slawischen Stimmungen verfolgt, der weiß, daß durch die ganze slawische Welt und vor allem auch durch unser preußisches Polentum — die Herren aus Posen werden es mir bestätigen — eine Welle der Unruhe, ein Gefühl hindurchgeht: wir stehen vielleicht nahe vor der Erfüllung unserer politischen Hoffnungen[121]). Wer sich nur ein wenig die politische Konstellation klarmacht, weiß, daß alle diese politischen Hoffnungen ja niemals erfüllt werden können, daß gar keine Möglichkeit der Er-

[121]) Vgl. Wilhelm Feldman, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795—1914), München/Berlin 1917, S. 376 ff.

füllung besteht. Aber es ist notwendig, daß nach der Richtung hin den Polen — und das liegt in unserer auswärtigen Politik — mit aller Ruhe, aber auch mit aller Bestimmtheit gezeigt wird, daß wir auch bei uns den Gedanken an alle derartigen Dinge nicht irgendwie aufkommen lassen, daß wir ihn mit Energie bekämpfen, und da, meine Herren, spielt die ganze wacklige Politik, wie sie in den letzten Jahren gewesen ist, hinein in die auswärtige Politik. Es ist notwendig, daß wir eine feste Nationalpolitik in Elsaß-Lothringen und in Posen treiben; denn sonst haben wir da in Deutschland selbst zwei schwache Stellen, die uns seinerzeit sehr viel zu tun geben werden. (Sehr richtig!) Wir müssen natürlich mit Gerechtigkeit, aber auch mit Energie dagegen vorgehen. Ich habe das Vergnügen gehabt, 15 Jahre meines Lebens mich in amtlicher Eigenschaft mit den Polen zu befreunden und mit ihnen zu tun zu haben[122]). Ich glaube, den polnischen Volkscharakter ziemlich genau zu kennen. Meine Herren, der Pole gehorcht immer, wenn er weiß, daß eine gerechte, aber eine etwas scharfe Hand über ihm steht.

Das sind die beiden Wünsche, die ich noch anfügen möchte: größere Initiative, ein größeres Maß von Verantwortlichkeitsgefühl und weniger Nervosität bei unseren höchsten Beamten, bei unserem Auswärtigen Amt, und dann festhalten an einer energischen nationalen Politik, dann werden wir auch in der auswärtigen Politik weiterkommen. (Beifall.)

Regierungsrat **Stadthagen** wendet sich gegen die Ansicht, daß die Welt bereits definitiv verteilt sei. Geographische Gründe sollten Deutschland nicht, wie es *Arning* empfohlen habe, davon abhalten, sich in Kleinasien festzusetzen.

Würde das, was Dr. *Arning* für Kleinasien sagte, nicht für unsere anderen Kolonien auch Geltung haben? Dann könnten wir die Hände in die Taschen stecken.

(Abgeordneter Dr. **Arning:** Das will ich ja gar nicht!)

Sie wollen ein Land verteilen, das wir schon einem anderen konzediert haben.

(Abgeordneter Dr. **Arning:** Auf dem Papier!)

Nein, nicht auf dem Papier; dadurch, daß Frankreich es politisch bekommen hat, hat es die wirtschaftliche Macht, und da komme ich auf die Frage, daß wirtschaftliche Interessen nur zu verfolgen sind auf Grund der politischen Macht.

Aus diesem Grunde setzt sich **Stadthagen** für die Gewinnung „politischer Einflußsphären in Kleinasien und an anderen Stellen der Welt" ein. — Sodann möchte der Diskussionsredner die internationale Lage nicht so düster angesehen wissen, wie *Bassermann* es in seinem Referat getan habe, und verweist in diesem Zusammenhang auf die Niederlande, die mit der Drohung einer Verlegung der Rheinmündung auf deutsches Territorium schwer unter Druck gesetzt werden könnten. — Zum Schluß fordert er die Fraktion auf, die Erbschaftssteuer „in die erste Linie" zu stellen; die Vermögenszuwachssteuer dagegen müßte „mit aller Energie" bekämpft werden.

Prof. Dr. **Moldenhauer** beantragt die Schließung der Rednerliste, was vom Abg. **Haarmann** unterstützt wird. Dagegen erheben **Struckmann** und **Prinz zu Schönaich-Carolath** Widerspruch.

[122]) *Leidig*, der aus Danzig stammte, war in den Jahren 1887—1902 als Beamter des preußischen Justizdienstes im Osten tätig.

Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Die Herren sind doch aus der Provinz hierhergekommen, um sich im Kreise politischer Freunde auszusprechen, nicht nur, um zu hören, was der Herr *Vorsitzende* [*Bassermann*] ihnen zu sagen hat. Deshalb bin ich der Ansicht, man sollte den Rednern, die z. T. aus so weiter Ferne hierhergekommen sind, die Möglichkeit nicht verkürzen, sich hier zu äußern.

Man einigt sich schließlich auf einen Vorschlag von Dr. **Friedberg,** wonach der Schlußantrag mindestens bis zum Ende der gegenwärtigen Rednerliste zurückgestellt werden soll.

Dr. **Stresemann:** Meine Herren, es ist vorhin fast einmütig der eine Gesichtspunkt zum Ausdruck gekommen, daß der inneren Kraft des Deutschen Reiches, der wirtschaftlichen und politischen, die äußere Geltendmachung dieser Kraft nicht entspricht. Ich möchte im Zusammenhange hiermit nur auf einen Gesichtspunkt hinweisen. Je mehr in der Welt der Schutzzollgedanke sich durchsetzt — und jeder neue Handelsvertrag hat uns gezeigt, daß die anderen Länder in ihren Schutzzolltendenzen außerordentlich weit vorwärtsgegangen sind —, um so mehr ist die Erweiterung des Kolonialbesitzes [anderer][123]) Völker gleichbedeutend mit dem Ausschluß Deutschlands von dem Wettbewerb in diesen Kolonien. Wenn wir heute in einer Entwicklung des Freihandels ständen, dann hätte die Regierung recht, wenn sie sagte, sie wahre unsere Wirtschaftsinteressen durch das Prinzip der offenen Tür, oder dadurch, daß sie durch ihre Konsuln usw. für diese Wirtschaftsinteressen zu sorgen sucht. Heute hilft uns auch diese offene Tür nicht, denn die Gleichberechtigung steht lediglich auf dem Papier, jedes Volk setzt heute seine gesamte politische Macht in erster Linie ein, um seinen wirtschaftlichen Interessen zu dienen, und wenn Sie einmal den Handel mit den französischen Kolonien nehmen, so werden Sie sehen, daß unser Anteil daran ganz minimal ist. Marokko ist ziffernmäßig vollständig ausgeschlossen von der Berührung mit der deutschen Wirtschaft, seitdem es politisch unter französischer Herrschaft steht[124]), denn das ist heute mit wirtschaftlicher Herrschaft gleichbedeutend. Meine Herren, insofern sind es bei unserer wachsenden Bevölkerung, die nicht nur ein Stehenbleiben, sondern sogar eine Verstärkung des Exportes bedingt, wirkliche Lebensinteressen der deutschen Nation, daß wir bei dieser Verteilung der Welt nicht ausgeschlossen bleiben, sondern mehr noch als innerlich saturierte Völker wie Frankreich unseren Anteil daran verlangen müssen. (Zustimmung.)

Meine Herren, nun will ich nur um eins bitten. Es ist so einmütig heute herausgeklungen aus der Diskussion, mit so starken Impulsen, daß ich möchte, daß das auch in dem Bericht über die Zentralvorstandssitzung nach außen hin zum Ausdruck kommt. Ich weiß nicht, meine Herren, inwieweit für diesen Bericht vorgesorgt ist. Wir tagen an sich hier ohne die Presse. Aber ich möchte bitten, daß in dem offiziellen Bericht doch gesagt wird, daß aus allen Teilen des Vaterlandes das zum Ausdruck gebracht worden ist, daß allmählich ein Nachlassen des

[123]) Im Or.: unserer Völker.

[124]) Immerhin wies der deutsche Marokkohandel, wenn man von einigen Schwankungen absieht, auch nach dem deutschen Verzicht eine steigende Tendenz auf; vgl. die Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich.

Bewilligungseifers im Volke daraus hervorgehen muß, daß das Volk sich sagt: es werden ja diese Mittel an den entscheidenden Stellen doch nicht benutzt, daß das schließlich dazu führen muß, daß die Empfindung gegenüber diesen nationalen Fragen einmal wieder auf den toten Punkt zurückgeht, daß wir nicht mehr diesen Anklang finden, den wir sonst finden würden, wenn hinter den Forderungen auch eine Regierung stände, von der das Volk die Empfindung hat, daß sie mit den bewilligten Forderungen etwas anzufangen weiß, nicht um Krieg zu führen, sondern um durch den Hinweis auf dieses Mittel im Frieden für das deutsche Volk etwas zu erreichen.

Meine Herren, ich möchte anheimgeben, ob wir das nicht auch in der Resolution zum Ausdruck bringen, ob wir nicht in der Resolution im Anschluß an die Militärvorlage sagen, daß wir erwarten, daß bei künftigen Gebietsverteilungen in der Welt die wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen des wachsenden deutschen Volkes im Sinne einer Anteilnahme Deutschlands nach der Richtung der Erweiterung seines Kolonialbesitzes berücksichtigt werden.

Meine Herren, das zu den auswärtigen Fragen und dann ein Wort zur Deckungsfrage. Wer viel im Lande herumkommt und darüber zu sprechen hat, wird Ihnen das eine bestätigen, daß es für das Volk da draußen, nicht für den Zentralvorstand hier, außerordentlich schwer ist, sich klarzumachen, daß wir jetzt mit einem Mal auf die neutrale Linie der allgemeinen Besitzsteuer uns zurückziehen[125]) und nicht mehr die besondere Forderung der Erbschaftssteuer erheben. Meine Herren, wir wissen aus der Erinnerung wohl, daß wir auch damals in erster Linie die Vermögenssteuer gefordert haben, die dann abgelehnt wurde. Es war ja der Antrag *Paasche*[126]). Das Volk weiß nur, daß die ganzen letzten Jahre unter der Idee der Erbschaftssteuer gestanden haben (sehr richtig!); darum haben wir gekämpft von Osten bis nach Westen[127]), und jetzt begegnet man in jeder Versammlung der Frage: Warum jetzt nicht der kräftige Vorstoß für die Erbschaftssteuer, wo sie zu erringen ist, wo auch die anderen Parteien nachgeben müssen, und wo sie gegenüber nicht unberechtigten, sondern berechtigten partikularistischen Interessen der Einzelstaaten doch gegenüber den Parteien der Rechten durchzusetzen sein würde. Jede große Politik, die vom Volke verstanden sein will, muß auch eine Politik der geraden, einfachen Linie sein. Für taktische Erwägungen besteht da draußen weniger Verständnis, und deshalb, meine ich, möchten wir doch alle Kraftanstrengungen machen seitens der Reichstagsfraktion, daß in erster Linie auf die Erbschaftssteuer hingedrängt wird, und daß wir nicht von vornherein auf den Boden einer Vermögens- oder Vermögenszuwachssteuer treten und von unseren eigenen Ideen zurücktreten.

---

[125]) *Stresemann* meint den Antrag *Bassermann-Erzberger* vom 21. 5. 1912; vgl. S. 127f.

[126]) Hermann *Paasche* hatte sich am 21. 11. 1908 als nationalliberaler Sprecher im Plenum des Reichstages für eine Reichsvermögenssteuer ausgesprochen (vgl. Sten. Berichte Bd. 233 S. 5624). Der in diese Richtung zielende nationalliberale Antrag in der Budgetkommission war jedoch von August *Weber* eingebracht worden; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 255 Nr. 1437, sowie Eschenburg S. 200 u. 211 ff.

[127]) Das Einschwenken auf die Erbschaftssteuer war am 20. 5. 1909 durch den Zentralvorstand bestätigt worden und wurde für die nationalliberale Parteiführung zum Ausgangspunkt für den Reichstagswahlkampf von 1911/12. Vgl. Die Hilfe Jg. 15, 1909, Nr. 22, und Westarp I S. 178—189.

Dann möchte ich zum Schluß noch sagen, daß gegen die Vermögenszuwachssteuer, die ja einigermaßen gelobt worden ist, der eine doch wichtige Gesichtspunkt spricht, daß in einer Zeit, in der wir vielleicht schon viel zu sehr im Volke und in den Großstädten an Wohlleben, Luxus und Übertreibungen gewöhnt sind, eine solche Steuer geradezu eine Bekämpfung des Sparsamkeitssinnes sein würde, da sie denjenigen, der seinen Vermögenszuwachs erhält, zur Steuer heranzieht, den Verschwender, der ihn ausgibt, vollständig von der Steuer freiläßt. Ich meine, das ist etwas, was hierbei zu berücksichtigen ist[128]). (Beifall.)

Dr. Vogel

möchte jeden Streit darüber vermieden wissen, ob das Auswärtige Amt in Zukunft seine Augen auf Marokko oder auf Kleinasien oder sonst wohin zu richten hat. Das wird der Augenblick ergeben. Jedenfalls sind wir nicht in der Lage, darüber abzustimmen. Der Schwerpunkt liegt darin, daß die Regierung überhaupt den großen Gesichtspunkt mehr zur Geltung bringt, daß das deutsche Volk seinen Platz an der Sonne behalten und erhalten muß.

Das ganze Jahr hindurch müßte der Regierung dieser Wille des Volkes zur Kenntnis gebracht werden. Ein Rüstungsabkommen mit England wäre nur ein Eingeständnis der Schwäche und würde bedeuten, daß wir uns die Flügel beschneiden ließen.

Übergehend zur Deckungsfrage setzt sich **Vogel**[129]) lebhaft für die Erbschaftssteuer ein. Gewiß schließe die Vermögenszuwachssteuer die Heranziehung des Erbes mit ein, aber die allgemeine Besteuerung des Vermögenszuwachses würde doch „jedes Jahr oder doch mindestens alle drei Jahre" Unruhe in das Volk tragen und für das konjunkturbedingte Auf und Ab des Wirtschaftslebens sehr nachteilig sein.

Dr. van Calker verzichtet.

Abgeordneter Dr. **Arning** ergänzt *Vogel* mit der Bemerkung, daß auf Grund seiner vertraulichen Informationen bei den Einzelstaaten sich allenfalls die Erbschaftssteuer durchsetzen ließe. — Auf *Stresemanns* Ausführungen eingehend betont **Arning**, daß unsere bisherigen Kolonien bereits für den Bedarf an landwirtschaftlichen Rohstoffen ausreichten.

Was wir brauchen, sind Siedlungskolonien [...][130]). Wir können in hohem Maße nur dorthin exportieren, wo europäische Siedlung möglich ist. Ein solches Land ist Marokko.

Arning möchte die Forderung nach Landerwerb in Kleinasien nur als Druckmittel für anderweitige Kompensationen betrachtet wissen, da dieses Land dem deutschen

[128]) Die Einführung der Reichsvermögenszuwachssteuer ist schließlich mit den Stimmen der Nationalliberalen am 30. 6. 1913 beschlossen worden. Angesichts der tatsächlichen Quotisierung der Steuer ließ sich jedoch der Vorwurf keineswegs aufrechterhalten, daß es sich bei der neuen Abgabe um eine „Bekämpfung des Sparsamkeitssinnes" handelte; vgl. Wilhelm Gerloff, Die Reichsfinanzgesetzgebung von 1913, Berlin 1914, S. 45 f. Offenbar spricht *Stresemann* mehr für die durch den Hansabund vertretenen Interessen, die einer Doppelbesteuerung der Aktien, wie sie mit der Zuwachssteuer verbunden war, entgegenstanden. Vgl. Frhr. v. Richthofen, Hansabund und deutsche Wirtschaftspolitik, in: Krefelder Generalanzeiger vom 11. 10. 1913, sowie Westarp I S. 262 f.

[129]) Paul *Vogel* (*1845) kam aus Sachsen (er war dort seit 1909 Präsident der Zweiten Kammer), das sich der Einführung einer Reichsvermögenszuwachssteuer noch verbissener als die anderen Bundesstaaten widersetzte. Vgl. Zmarzlik S. 63 f. u. 73.

[130]) *Arning* setzte sich auch sehr intensiv für die deutsche Siedlung in Ostafrika ein. Vgl. seinen Artikel in: Der Panther Jg. 2, 1913, S. 225 ff., 16. 8. 1913.

Zugriff weitgehend entzogen sei, und lenkt das ganze Augenmerk auf Marokko, von dem nur England die Deutschen trennen könne. Der deutsch-französische Vertrag könne für Deutschland kein Hindernis für ein aktives Vorgehen in Marokko sein.

Wieviel papierne Verträge haben wir 1864, 1866, 1870 zerrissen. Auch den müssen wir zerreißen, weil es eine Forderung unserer nationalen Existenz ist, dieses Land in unseren Besitz zu bekommen[131]).

Dr. **Falk** möchte Einzelheiten hinsichtlich der Steuern nicht erörtern, denn es ließe sich für die meisten Teilnehmer noch nicht übersehen, „wie die Sache laufen wird, ob das eine oder das andere notwendig werden wird". **Falk** möchte auch nicht die Rücksichtnahme auf die Bundesstaaten „Baden, Sachsen, Württemberg usw." so stark betont wissen, so wichtig diese Frage für die Abgeordneten von dort auch sein möge[132]).

Das kann mich aber nicht hindern zu fordern, daß der Reichstagsfraktion vollständig freie Hand in diesen Dingen gelassen wird.

Zu ihrer Führung durch *Bassermann* dürfe man das volle Vertrauen haben.

Vorsitzender [Bassermann] erklärt die Diskussion für geschlossen und möchte nur noch selbst einige Bemerkungen zur nationalliberalen Steuerpolitik machen, um ihre Kontinuität im Hinblick auf die eingebrachte Resolution zu erweisen.

Wir haben uns nun in erster Reihe bei der *Bülowschen* Reichsfinanzreform auf den Standpunkt der Reichsvermögenssteuer gestellt[133]). Das war unsere Forderung, das war unsere Position. Als wir von seiten des Bundesrates hörten, daß eine Reichsvermögenssteuer unannehmbar sei, als wir erkannten, daß im Reichstag für eine Reichsvermögenssteuer eine Majorität nicht vorhanden war, ergab sich die Notwendigkeit, einen Positionswechsel vorzunehmen, und wir traten ein nicht für die Nachlaßsteuer, aber für die Erbschaftssteuer[134]).

Angesichts der notwendigen Militärvorlagen von 1912 und 1913

haben wir bereits im Jahre 1912 bei dem Antrage *Bassermann—Erzberger*[135]) uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir nicht mehr die Erbschaftssteuer allein, sondern den weiteren Begriff der allgemeinen Besitzsteuer in den Vordergrund schoben, weil wir dem Bundesrat nach Maßgabe unseres zuerst eingenommenen Standpunktes die Möglichkeit geben mußten, erneut die Frage zu prüfen, ob er bei der allgemeinen Besitzsteuer auf den Standpunkt der Vermögenssteuer oder der Reichserbschaftssteuer treten wolle. Es liegt also darin ein ganz logisches, konsequentes Vorgehen und kein Wechsel unserer Stellung.

[131]) Den Gedanken eines entschiedenen deutschen Vorgehens in der Marokkofrage vertrat *Arning* auch in der Öffentlichkeit, wenngleich etwas weniger direkt. Vgl. Der Panther Jg. 2, 1913, S. 103, 14. 6. 1913.

[132]) Bernhard *Falk*, Rechtsanwalt in Köln, hatte in früheren Jahren dem jungliberalen Reichsverband angehört, in dem unitarische Tendenzen stärker zur Geltung kamen.

[133]) Siehe S. 147 sowie Anm. 126; ferner Eschenburg S. 200 u. 211 ff.

[134]) Vgl. Anm. 127. — Bei der *Bülowschen* Reichsfinanzreform sah der erste Regierungsentwurf eine Nachlaßsteuer vor, bei der das hinterlassene Vermögen in seiner Gesamtheit ohne Ansehen der Erben zur Steuer veranlagt werden sollte. Die Erbanfallsteuer des zweiten Entwurfs bezog sich demgegenüber auf das jedem einzelnen Erben zufallende Erbteil, wodurch z. B. für Kinder Erleichterungen geschaffen werden konnten.

[135]) Vgl. S. 127f. und Anm. 78 u. 79.

Ich glaube, daß eine Reichsvermögenssteuer im Bundesrat heute sehr geringe Chancen hat, und daß die Schwierigkeiten einer Reichsvermögenszuwachssteuer von Tag zu Tag als größer erkannt werden, da insbesondere die Eingriffe des Reiches in die partikulare Selbständigkeit auf dem Gebiet der Finanzen sich gerade, wenn man diese subtile Zuwachsbesteuerung einführen würde, in einer Weise geltend machen würden, die in der Tat die Selbständigkeit der Staaten auf diesem Gebiete stark tangiert.

Ich möchte also meinen, unser Vorgehen und die Fassung der Resolution ist die Konsequenz unserer bisherigen Haltung. Das kann auch draußen im Lande sehr gut dargelegt werden und bedeutet keinen Wechsel unserer bisherigen Stellungnahme.

Meine Herren, wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Wünschen Sie nochmalige Verlesung der Resolution? (Wird verneint.)

Darauf wird verzichtet.

Dann bitte ich diejenigen Herren, die die Resolution annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. — Dann darf ich die einstimmige Annahme der Resolution feststellen. (Beifall.)

Ich darf wohl noch sagen, daß unsere Verhandlungen, wie früher, so auch heute vertraulich sind und daß ein offizieller Bericht für die Presse gemacht werden wird.

(Halbstündige Pause.)

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, wir kommen zum zweiten Punkt. Das Wort hat Herr Abgeordneter *Schiffer*.

Abgeordneter **Schiffer:** Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, von dem in der Tagesordnung vorgesehenen Referat Abstand zu nehmen. (Widerspruch.) Ich glaube diesen Wunsch eigentlich nicht näher begründen zu sollen, aber da immerhin einige freundliche Stimmen sich dagegen erhoben haben, möchte ich darauf hinweisen, daß das aktuelle politische Interesse doch durch das Referat des Herrn *Bassermann* und die sich anschließende Diskussion erschöpft ist. (Sehr richtig!) Der Gegenstand, den ich zu behandeln habe, ist außerdem in den Parlamenten in der letzten Zeit derartig breit behandelt worden, daß viel Neues nicht hinzuzufügen wäre. Also ich würde jedenfalls anheimstellen, von der Erörterung dieses Punktes Abstand zu nehmen.

Vorsitzender [Bassermann]: Ich möchte gegen die vollständige Absetzung doch große Bedenken äußern. Wenn wir einmal urbi et orbi verkündet haben, daß wir über die Fleischteuerung reden wollen, dann wollen wir es auch tun. Wir können die Punkte ja auch umstellen: Wünschen die Herren vielleicht die Umstellung? (Wird bejaht.) Dann wollen wir zu Punkt 3 übergehen:

Erstattung des Jahresberichts 1912. Aussprache.

Der Jahresbericht befindet sich gedruckt in den Händen der Mitglieder. Wünschen die Herren die Verlesung? (Wird verneint.) Wenn kein [dies-]bezüglicher Antrag gestellt wird, dann stelle ich fest, daß auf die Verlesung verzichtet wird.

Nun liegen zwei Anträge vor, die wenigstens in gewissem Zusammenhange mit dem Jahresbericht stehen: Der Antrag *Marwitz* und der Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses. Ich frage, ob die Herren damit einverstanden sind, daß die Diskussion über den Jahresbericht mit der Diskussion über diese beiden Anträge verbunden wird? (Wird bejaht.)

Die Herren sind damit einverstanden. Dann eröffne ich die Diskussion.

Dr. **Marwitz**[136]): Meine Herren, gestatten Sie, daß ich den Antrag, der von mir mit einigen Freunden zusammen eingebracht worden ist, erläutere und begründe.

Der Zentralvorstand wolle beschließen: Eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission zu wählen, welche Vorschläge für eine Ausgestaltung der Parteizentrale, auch im Sinne einer engeren Fühlung mit den Parteifreunden im Lande auszuarbeiten hat. Über die Verhandlungen und Beschlüsse hat je ein Berichterstatter der Mehrheit und der Minderheit dem baldmöglichst abermals zusammentretenden Zentralvorstande Vortrag zu halten.

Herr *Bassermann* hat bei Beginn der heutigen Versammlung davon gesprochen, daß die Unstimmigkeiten in der Partei jetzt behoben seien,

(Abgeordneter **Bassermann:** Ich hoffe!)

und wir glauben, daß gerade dieser Moment, wo diese Unstimmigkeiten behoben sind, geeignet ist, um nachzuprüfen, ob etwa hier oder dort Änderungen im Zentralbüro oder sonst in der Zentralinstanz erforderlich oder wünschenswert sind, um derartige Unstimmigkeiten, wie wir sie gehabt haben, zu vermeiden[137]). Meine Herren, die Unstimmigkeiten beruhen zum Teil unzweifelhaft auf sachlichen Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten, wie sie innerhalb der Partei bestanden haben, auch — darüber brauchen wir uns keinem Zweifel hinzugeben — heute noch bestehen und wohl auch in absehbarer Zeit immer bestehen werden. Eine andere Frage aber ist, ob diese Unstimmigkeiten nicht auf ein Maß zurückgeführt werden können, das erheblich zurückbleibt hinter dem, was wir erlebt haben.

Ich möchte auf den Geschäftsbericht hinweisen, der uns heute vorgelegt worden ist[138]). Da finden wir, daß seit dem Jahre 1907 bis zum Jahre 1912 die Zahl der

---

[136]) Bruno *Marwitz*, der aus den Reihen der Jungliberalen hervorgegangen war, hatte seit März 1912 den Vorsitz im Nationalliberalen Hauptverein Berlin inne. Vgl. Jungliberale Blätter Nr. 13 vom 23. 3. 1912.

[137]) Die Kritik des linken Parteiflügels an der konservativen und selbstherrlichen Haltung des Zentralbüros hat eine längere Vorgeschichte (vgl. *Stresemann* an *Bassermann* am 30. 1. 1912, in: Nachlaß Stresemann 136).

Der Vorsitzende der pommerschen Organisation, *Ludewig*, hatte bereits bei der Zentralvorstandssitzung vom 24. 3. 1912 versucht, „grundlegende Änderungen im Zentralbüro, in seiner Zusammensetzung und Geschäftsführung" durchzusetzen, hatte aber zur Begründung seines Antrages nicht mehr das Wort erhalten (vgl. *Ossent* (Stettin) an Geheimrat [Friedberg?] am 14. 4. 1912, Abschrift in: Nachlaß Stresemann 118; ferner Wippermann 1912/I S. 258). *Stresemann* selbst hatte sich diese Forderung zu eigen gemacht und am 30. 5. 1912 in einem Brief an *Bassermann* die Abberufung des Generalsekretärs *Breithaupt* und des Redakteurs der NLC verlangt (Nachlaß Stresemann 136).

[138]) Den Geschäftsbericht für das Jahr 1912 siehe Bundesarchiv R 45/I, 4.

nationalliberalen Vereine sich ungefähr verdoppelt, von 940 auf 1874 vermehrt hat. Ob die Organisation der Partei in der Zentrale diesem kolossalen Aufschwung gefolgt ist und hat folgen können, das, meine Herren, ist eine Frage, die m. E. gelöst werden muß.

Ich will auf die Einzelheiten der Vorgänge, die sich abgespielt haben, nicht eingehen, weil ich die Überzeugung habe, daß dies nicht erforderlich ist, und weil es auch wohl der Stimmung der Herren eigentlich nicht entsprechen wird. Ich möchte aber doch auf einige Punkte hinweisen.

Meine Herren, es ist vorgekommen, daß Listen, die innerhalb unserer Zentrale geführt worden sind, nicht im Interesse der Zentrale, sondern im Interesse irgendeines anderen Teiles der Partei gebraucht worden sind. Nicht nur das Organisations[handbuch][139]) ist gebraucht worden, sondern es sind Listen gebraucht worden, die in Erfüllung des Parteistatuts von einzelnen Vereinen an die Zentrale gegeben worden sind[140]). Das ist ganz zweifellos. Es ist vorgekommen, und es ist nachweisbar, daß Adressen von Wählern, die sich in dieser Liste befinden, auch zu Versendungen benutzt worden sind, die auf Grund der Liste nicht von der Zentrale, sondern von einer anderen Seite her an Parteimitglieder vorgenommen wurden[141]).

Meine Herren, es ist ferner darauf hinzuweisen, und darüber klagt ja auch der Geschäftsbericht, daß die Finanzen unserer Partei notleiden. Es wird behauptet, daß ein Teil derjenigen Geldbeträge, die früher der Zentrale zuflossen, nicht mehr

---

[139]) Im Or. irrtümlich: Organisations„statut". — Die vom Zentralbüro seit 1907 herausgegebenen Organisationshandbücher enthielten ein detailliertes Verzeichnis sämtlicher nationalliberaler Vereine und ihrer Vorstände. Da sie nur für den parteiinternen Gebrauch gedacht waren, wurden die einzelnen Exemplare numeriert und erhielten den Vermerk: „Nur für den eigenen Gebrauch bestimmt. Streng vertraulich."

[140]) Dem Organisationshandbuch von 1914/15 zufolge hatten 1203 von damals insgesamt 2007 Vereinen ihre Mitgliederlisten beim Zentralbüro hinterlegt.

[141]) *Marwitz* spielt hier auf Vorgänge an, die sich nach der Gründung des Altnationalliberalen Reichsverbandes im Mai und Juni 1912 zugetragen hatten. Damals gab der bisherige Generalsekretär Paul *Fuhrmann* seine Tätigkeit im Zentralbüro auf, um die Geschäfte des neuen Verbandes zu führen. Bevor er ausschied, versuchte er jedoch aus dem Zentralbüro möglichst viel Adreßmaterial für seine altliberalen Werbezwecke sicherzustellen. Der dem Parteivorsitzenden *Bassermann* nahestehende *Kalkoff* entdeckte Angestellte dabei, wie sie auf Grund von Spendenlisten Adressen für den Altnationalliberalen Reichsverband anfertigten, und unterband durch seinen Protest die Weiterarbeit. Als diese Vorkommnisse durch die Jungliberalen Blätter (Jg. 1912, Nr. 26) der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis kamen, brachte der Leiter des Preßbüros in der parteiamtlichen Nationalliberalen Correspondenz ein Dementi, nachdem *Friedberg* erklärt hatte, er nehme dafür die volle Verantwortung auf sich. Vgl. Aufzeichnung *Stresemann* über ein Gespräch mit *Kalkoff* am 28. 8. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118. Zur Beruhigung der Parteimitglieder wurde damals auch ein von *Bassermann*, *Friedberg* und *Vogel* unterzeichnetes Rundschreiben versandt. Dennoch wurde das Vertrauen zum Zentralbüro im Lande derart erschüttert, daß Generalsekretär *Kalkoff* im August 1912 seinem mit den Altliberalen sympathisierenden Kollegen *Breithaupt* erklärte, es bliebe „nichts anderes übrig [. . .], als daß das ganze Zentralbüro seine Demission gebe" (a.a.O.). Zum Ganzen siehe auch Johannes Fischart [Erich Dombrowski], Das alte und das neue System, Berlin 1919, S. 300 ff.

der Zentrale zufließen, sondern einer anderen Organisation innerhalb der Partei zugewandt werden[142]).

Es wird ferner darüber geklagt, daß von den Zentralbüros aus wiederholt über die Köpfe der Landesorganisationen hinweg mit einzelnen Vereinen in Verbindung getreten worden ist, und daß infolgedessen Unstimmigkeiten innerhalb der einzelnen Landesorganisationen entstanden sind.

Ich möchte augenblicklich dahingestellt sein lassen, wieweit diese Klagen berechtigt sind oder wieweit sie auf einer übertriebenen oder einer unrichtigen Auffassung der Dinge beruhen. Wenn wir aber berücksichtigen, daß doch diejenigen Herren, die ihre Kräfte der Partei widmen, das im Ehrenamte tun, daß sie es tun, erfüllt mit einem Idealismus für die Partei und ihre Ziele, so begreift sich, daß derartige Dinge, wenn sie auch nur geglaubt werden, leicht eine gewisse Animosität hervorrufen, die der Partei im ganzen nicht nützen kann, sondern die Partei notwendig schädigen muß.

Deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht und, meine Herren, ich sehe zu meiner Freude, daß der Antrag, der von den Herren des Geschäftsführenden Ausschusses eingebracht ist, ja auch voraussetzt, daß es tatsächlich notwendig ist, einmal in diese Dinge hineinzusehen, notwendig ist, einmal zu sehen, ob in der Organisation nicht verbesserungsbedürftige, veränderungsbedürftige Punkte sind.

Es würde nun vielleicht der gegebene Weg sein, einfach zu sagen, daß der Geschäftsführende Ausschuß diese Dinge untersuchen möchte. Wir haben den von uns vorgeschlagenen Weg, wie ich ausdrücklich betonen möchte, nicht aus irgendeinem Mißtrauen gegen die Herren des Geschäftsführenden Ausschusses gewählt, sondern weil wir uns gesagt haben, der Geschäftsführende Ausschuß ist nicht diejenige Instanz, die nach ihrer Stellung innerhalb der Partei dazu berufen ist. Der Geschäftsführende Ausschuß hat lediglich die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen. Hier handelt es sich aber nicht um laufende Geschäfte der Partei, sondern hier handelt es sich um grundlegende Fragen der Organisation, und die unterstehen natürlich dem Zentralvorstand, dessen Ausschuß ja nur für bestimmte Sachen der Geschäftsführende Ausschuß ist. Deswegen muß m. E. der Zentralvorstand als solcher eine Kommission ernennen, welche die Aufgabe bekommt, die wir uns im einzelnen erlaubt haben, in unserem Antrage niederzulegen.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Meine Herren, dasjenige, was ich mir erlaubt habe, Ihnen vorzuführen, sind ja die Stimmen, ich möchte sagen, von unten, das sind diejenigen Stimmen aus der Partei heraus, die mit dem Zentral-

[142]) Derartige Vermutungen hatten einen starken Auftrieb erhalten, als 14 Tage zuvor die schwerindustrielle Rheinisch-Westfälische Zeitung auf einen nationalliberalen Spendenaufruf antwortete: „Wenn [. . .] jetzt die Parteileitung mit der Bitte um Geld an die Parteimitglieder herantritt — erfahrungsgemäß sind damit in solchen Fällen in erster Linie die westlichen Industriellen gemeint — so können sich diese ja wohl Garantien geben lassen, daß die Gelder nicht wieder zu so etwas wie der Agitation nach der Finanzreform verwendet würden. Daß außerdem weite nationalliberale Kreise im Westen am liebsten den Rücktritt *Bassermanns* sehen und meinen, daß sie erst danach sich wieder etwas von der Partei versprechen könnten, brauchen wir nur festzustellen, denn es ist eine Tatsache." Zitiert nach Germania Nr. 45 vom 28. 1. 1913.

büro, mit der Zentrale zu verhandeln haben. Der Geschäftsführende Ausschuß aber sieht die Dinge notwendig wesentlich von der Stelle der Zentrale aus an. Das versteht sich eigentlich ja von selbst. Wir möchten aber gerade, daß diejenigen Herren im Vorstande gehört werden, die mit dem Zentralbüro zu verhandeln haben, und auch aus dem Grunde glauben wir, daß eine Kommission das Richtige sein wird.

Meine Herren, das sind die Gründe, die uns bewogen haben, diesen Antrag einzubringen. Ich betone noch einmal, es soll das nicht der Ausdruck eines Mißtrauens gegen irgendeine unserer Parteiinstanzen sein. Wir glauben nur, daß gerade der jetzige Moment, in dem eine gewisse Ruhe in der Partei eingetreten ist, geeignet ist, zu prüfen, ob derartige Unstimmigkeiten, wie sie vorgekommen sind, für die Zukunft zu vermeiden sind, ob es nicht möglich ist, durch einen geeigneten Ausbau der Organisation diese Unstimmigkeiten zu vermeiden. Ich bitte Sie daher, den Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Meine Herren, wenn der Geschäftsführende Ausschuß Ihnen auch seinerseits einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission unterbreitet hat, so ist das deshalb geschehen, weil tatsächlich in einzelnen Kreisen unserer Partei gewisse Beschwerden über das Zentralbüro vorliegen, und weil wir selbstverständlich vollkommen damit einverstanden sind, daß diese Beschwerden in objektiver Weise geprüft werden, und daß sich daraus dann Vorschläge ergeben, um die bestehenden Verhältnisse zu bessern.

[Der Zentralvorstand wolle beschließen, den Antrag Dr. *Marwitz* in folgender Fassung anzunehmen: Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbüro und den Geschäftsstellen im Lande, auch im Sinne einer wirksameren Aufrechterhaltung der Parteidisziplin auszuarbeiten und dem Zentralvorstande bei seinem nächsten Zusammentreten zu unterbreiten hat.]

Die Begründung der einzelnen Beschwerden, soweit sie Herr Dr. *Marwitz* vorgenommen hat, leidet aber doch an gewissen Unrichtigkeiten, die ich hier festzustellen ein Interesse habe. Herr Dr. *Marwitz* hat, trotzdem ich das schon sehr häufig in Privatgesprächen und in Briefen widerlegt habe, wieder hervorgehoben, daß es vorgekommen sei, daß Listen, die im Zentralbüro vorhanden gewesen sind, namentlich Listen von Vereinen, abgeschrieben worden seien zum Zwecke der Propaganda einer bestimmten, außerhalb unserer Partei stehenden Sondergruppe[143])!

(Zuruf: Innerhalb der Partei!)

außerhalb der Organisation, wollte ich sagen.

(Heiterkeit; Zuruf: das ist etwas anderes!)

Selbstverständlich! Verzeihen die Herren, es war ein Lapsus. Ich meine: Von einer innerhalb der Partei, aber außerhalb der Organisation stehenden Gruppe. Meine Herren, ich erkläre hier nochmals und ich glaube, daß ich das auch nun zum letzten Male hier erklären darf, daß das nicht vorgekommen ist. Meine Herren, es sind die Adressen entnommen worden aus dem Organisationshandbuch. (Widerspruch.) Doch, meine Herren, das muß ich doch wissen! Verzeihen

[143]) Gemeint ist der Altnationalliberale Reichsverband.

Sie, das ist doch unhöflich von Ihnen, wenn ich, der ich die Sachen alle durch den Geschäftsführenden Ausschuß untersucht habe, das erkläre, und wenn Sie mir sagen, nein, und doch dabei bleiben, es ist nicht der Fall. Meine Herren, das ist wirklich nicht hübsch von Ihnen[144]).

Es ist also aus dem Organisationshandbuch das ausgeschrieben worden, und ich berufe mich auf die beiden hier anwesenden Generalsekretäre. Meine Herren, Listen sind nicht ausgeschrieben worden, im Gegenteil. Herr Generalsekretär *Kalkoff* — er wird das bestätigen — hat das Verdienst, daß er dafür gesorgt hat, daß das nicht geschehen konnte. (Hört, hört!) Es sind namentlich auch keine Listen von Vereinen irgendwie abgeschrieben worden. Wenn die Herren sich darauf berufen, daß man sich bei dieser Propaganda auch an solche Herren gewandt hat, die in ihren Vereinslisten stehen, so ist das ja durchaus verständlich. Warum sollen denn die betreffenden Herren nur durch die Vereinslisten bekannt sein? Wenn wir beispielsweise eine große Geldsammlung in Angriff genommen haben, dann haben wir uns auch Listen von anderen Vereinigungen, wirtschaftlichen Vereinigungen und dergleichen beschafft und haben uns dabei diejenigen Herren herausgesucht, die uns geeignet erschienen, um sie beispielsweise für Geldzwecke anzusprechen. So sind diese Herren auch für Propagandazwecke angesprochen worden von der Seite, von der ich eben gesprochen habe, und es ist ein reiner Zufall, wenn die Herren gleichzeitig auch in unseren Vereinslisten sich befanden[145]).

Also ich erkläre das hier nochmals, und ich bitte nun dringend die Herren, die Mär nicht weiter zu verbreiten, als ob bei uns vorhandene sonstige Listen für Propagandazwecke des Altnationalliberalen Reichsverbandes benutzt worden wären.

Meine Herren, es ist dann gesagt worden, daß diese Gruppe, die außerhalb der Organisation steht, uns Geldbeiträge entzogen habe. (Sehr richtig!) Meine Herren, auch das läßt sich in keiner Weise nachweisen; im Gegenteil, aus den statistischen Arbeiten, die der Herr *Kalkoff*[146]) gemacht hat[147]), geht hervor, daß gerade diejenigen Beitragszahler, welche dieser Gruppe angehören, ihre Beiträge an uns nach wie vor bezahlt haben (hört, hört!) und daß gerade die größeren Geldgeber auch nicht einmal erklärt haben, weil sie gleichmäßig einer anderen Gruppe angehörten, verkleinerten sie ihre Beiträge. Auch das ist nicht vorgekommen. Also auch das ist vollständig unrichtig in der Begründung des Herrn Dr. *Marwitz*. Dagegen ist uns, wie das jetzt so geht, sonst eine Reihe von Beiträgen mit den verschiedensten Motivierungen entzogen worden — darüber ist kein Zweifel —, aber nicht von dieser Seite. Wir haben da sehr reiches Material; der eine ist mit der Richtung der Politik der Partei nicht zufrieden, der

[144]) Vgl. Anm. 141.

[145]) Vereinslisten scheinen in der Tat nicht abgeschrieben worden zu sein. *Friedberg* versucht hier offenbar, die Aufmerksamkeit auf die Mitgliederliste des von der Nationalliberalen Partei unabhängigen „Volkswirtschaftlichen Verbandes" abzulenken, die *Fuhrmann* benutzt zu haben scheint. Vgl. *Jaenicke* (Köln) an *Stresemann* am 27. 6. 1912, in: Nachlaß Stresemann 118.

[146]) Hermann *Kalkoff* war der Leiter der Finanzabteilung im Zentralbüro.

[147]) Es handelt sich hier vermutlich um das Memorandum vom 4. 2. 1913; vgl. Bundesarchiv R 45/I, 6.

eine gibt uns nichts, weil er nichts geben will, solange der Altnationalliberale Reichsverband existiert (hört, hört! und Heiterkeit.), ein anderer erklärt, er gibt uns solange nichts, als der Reichsverband der nationalliberalen Jugend nicht aufgehoben ist — jedenfalls geben sie nichts, meine Herren, und ich glaube, das letztere ist ja das, worauf es Ihnen am meisten ankommt. (Heiterkeit.)

Meine Herren, dann ein dritter Grund, den Herr Dr. *Marwitz* vorgeführt hat, daß es häufig vorgekommen sei, daß die Zentrale sich mit einzelnen örtlichen Organisationen über den Kopf der Landesorganisation hinweg in Verbindung gesetzt habe. Meine Herren, provoziert worden ist das niemals von seiten des Zentralbüros, wohl aber kommt es alle Augenblicke vor, daß sich örtliche Organisationen über den Kopf der Landesorganisation hinweg an das Zentralbüro wenden. Sie wollen beispielsweise einen Redner haben. Soll man nun immer den ganz bürokratischen Weg einschlagen, ihnen zu sagen: Wir dürfen das nicht annehmen, wir schicken es erst an die Landesorganisation, und wenn es mit deren Placet an uns zurückkommt, erledigen wir die Sache? Sie werden zugeben, daß eine Reihe von Geschäften so dringend sind, daß man dieses umständliche Verfahren nicht einschlagen kann, und würden wir es in jedem einzelnen Falle einschlagen, so würde das zu einer Verzögerung in der Erledigung der Geschäfte führen, die nicht immer wünschenswert ist. (Sehr richtig!)

Aber daß hier ein wunder Punkt vorhanden ist, meine Herren, will ich gern zugeben. Die Beschwerden sind aber so alt, solange das Zentralbüro besteht.

Meine Herren, wenn darauf hingewiesen worden ist, daß das Zentralbüro nicht den Fortschritten in der Ausbreitung der Partei hat folgen können, die sich verdoppelt haben, so, glaube ich, ist das eine Frage, die außerordentlich schwer zu entscheiden ist. Aber alle diejenigen, die die Entwicklung des Zentralbüros verfolgt haben und seit langen Jahren verfolgen können, müssen doch zugeben, daß aus diesem Zentralbüro ganz etwas anderes geworden ist, als es ursprünglich war. (Sehr richtig!) Ich habe das Zentralbüro gekannt, wie es einen Generalsekretär und einen Schreiber hatte und die wesentliche Last der Geschäfte in den Händen des Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses war. Das war damals der Geheimrat *Simon*, der das Zentralbüro begründet hat[148]). Heute haben wir eine Fülle von Beamten, wir haben eine Organisation in mehreren Abteilungen durchgeführt, eine politische Abteilung, eine Finanzabteilung, eine Organisationsabteilung, und ich meine, die Leistungen des Büros sind doch durch die Tätigkeit unserer Generalsekretäre ganz hervorragend gewesen. (Sehr richtig!)[149]). Die Kosten des Büros sind demgemäß auch ganz erheblich in die Höhe geschnellt[150]). Das kann ja nicht ausbleiben, wenn man ein solches Heer von Beamten und Unterbeamten beschäftigen muß, wie das im Zentralbüro der Fall ist.

[148]) Wilhelm *Simon* (1833—1916), der *Friedbergs* Vorgänger im Vorsitz des Geschäftsführenden Ausschusses war, hatte 1884 von der Fraktion den Auftrag zum Aufbau des Zentralbüros erhalten. Vgl. Organisationshandbuch 1911, Vorwort.

[149]) Im Organisationshandbuch für 1914/15 (S. 8) werden für das Zentralbüro 9 Parteibeamte namentlich aufgeführt. Daneben dürfte es noch weitere Hilfskräfte gegeben haben.

[150]) Die Kosten des Zentralbüros stiegen von 67246 M im Jahre 1906 auf 116885 M im Jahre 1913; in Wahlzeiten waren sie indes viel höher: 278371 M 1907 und 328675 M 1911. Siehe Bundesarchiv R 45/I,5; vgl. ferner Nipperdey S. 154.

Ob man darin noch weitergehen soll, meine Herren, ob man noch mehr Arbeitskräfte einstellen und die Kosten noch vergrößern soll, ist mir im Augenblick sehr zweifelhaft. Das mag aber die Kommission, die eingesetzt werden soll, prüfen und entscheiden.

Wenn nun, trotzdem ich hervorgehoben habe, daß wir gern bereit sind, eine Kommission zu bilden, die einmal die ganzen Fragen, die hier in Betracht kommen, prüfen soll, der Geschäftsführende Ausschuß trotzdem nicht ohne weiteres dem Antrage Dr. *Marwitz* und Genossen zustimmen konnte, sondern eine andere Formulierung entworfen hat, so beruht das auf folgenden Motiven: Meine Herren, der Antrag des Herrn Dr. *Marwitz* — Herr Dr. *Marwitz* hat das ausdrücklich erläutert — soll kein Mißtrauensvotum für den Geschäftsführenden Ausschuß sein. Wir akzeptieren das dankbar. Aber daß er nach außen hin so wirken wird (sehr richtig!), und daß eine wenig wohlwollende Presse das so auffassen wird, als ob hier dem Geschäftsführenden Ausschuß ein Mißtrauensvotum gegeben werden soll und eine Kommission ernannt werden soll, die eben ganz unabhängig von ihm ist oder gewissermaßen über ihm stehen soll, das ist dem Geschäftsführenden Ausschuß ganz unzweifelhaft. (Zustimmung.) Der Geschäftsführende Ausschuß glaubt Anspruch darauf zu haben, daß, wenn eine solche Enquête-Kommission eingesetzt wird, ihm doch dabei die führende Rolle bleibt, denn er ist doch bisher das ausführende Organ gewesen, und wenn es sich darum handelt, bei dieser Enquête auch in die einzelnen Details in den Geschäftsgang des Zentralbüros einzudringen, so kann das doch nicht einer ganz außerhalb des Geschäftsführenden Ausschusses stehenden Kommission zugebilligt werden, sondern der Geschäftsführende Ausschuß muß ein Wort dabei mitzureden haben, wieweit denn dieses Eindringen im einzelnen stattfinden soll.

Meine Herren, auch die Aufgabe, die der Antrag Dr. *Marwitz* für die Kommission formuliert, scheint uns nicht ganz richtig formuliert zu sein. Es wird hier von einer Ausgestaltung der Parteizentrale gesprochen. Das Wort ist hier etwas mißverständlich, es hätte etwas erläutert werden müssen, ob damit auch der Geschäftsführende Ausschuß gemeint ist oder nur das Zentralbüro selbst. Denn wenn der Geschäftsführende Ausschuß gemeint ist, so ist das ja eine große organisatorische Änderung, die von sehr erheblicher Tragweite ist. Ich nehme aber an, daß es den Herren hauptsächlich darauf ankommt, das Zentralbüro auszugestalten, eventuell also — ich will mich so ausdrücken — auf das Zusammenarbeiten des Geschäftsführenden Ausschusses mit dem Zentralbüro.

Dann heißt es auch: Im Sinne einer engeren Fühlung mit den Parteifreunden im Lande. Ich kann den Herren Antragstellern nicht verhehlen, daß gerade dieser Ausdruck einen ganz erheblichen Anstoß im Geschäftsführenden Ausschuß erregt hat.

Meine Herren, die vier erstunterzeichneten Herren Dr. *Marwitz*, *Liepmann*, *Poensgen*, Dr. *Blank*[151]) sind Herren, die gewiß in Berlin eine sehr ersprießliche Tätigkeit im Sinne der Partei entfalten, aber, meine Herren, der Geschäfts-

[151]) *Poensgen* und *Blank* waren Vorstandsmitglieder des jungliberalen Reichsverbandes, ebenfalls *Marwitz* bis etwa 1910. *Liepmann* war zweiter Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses des brandenburgischen Provinzialverbandes.

führende Ausschuß, der ja in der Hauptsache aus Parlamentariern besteht[152]), kommt doch durch die Beziehungen seiner einzelnen Persönlichkeiten zu den einzelnen Landesteilen, zu den Wählern im Lande fortwährend in Berührung und in Fühlung mit unseren Wählern selbst. (Sehr richtig!) Denken Sie an die fortwährenden Reisen unseres verehrten Freundes *Bassermann*, die so umfassend sind, daß wir ihm oft sagen müssen: Schone dich doch, das geht eigentlich nicht, daß du deine Gesundheit derartig aufs Spiel setzest! (Sehr richtig!) Und in kleinerem Maße machen die anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses das auch. Und dann der Generalsekretär[153]), der manchmal tagelang nicht nach Hause kommt, sondern von einer Versammlung in die andere zu gehen hat. Alle diese Herren sollen keine Fühlung im Lande haben! Das hat uns etwas merkwürdig berührt, daß die Herren, die hier in Berlin hauptsächlich ihre Tätigkeit entfalten, uns vorwerfen, wir hätten keine Fühlung. (Sehr gut! und lebhafte Zustimmung.) Also, meine Herren, das müssen wir von unserem Standpunkte aus beanstanden.

Dann fanden wir, daß ein Punkt in dem Antrage nicht enthalten ist, auf den wir doch erheblichen Wert legen müssen. Es ist von Unstimmigkeiten innerhalb der Partei gesprochen worden. Herr Dr. *Marwitz* hat auch von den Gegensätzen innerhalb der Partei gesprochen. Nun, das ist ein Thema, auf das wir heute gewiß am allerwenigsten eingehen wollen. Ich möchte nur sagen, daß ich als alter Parlamentarier Ihnen die Versicherung geben kann, daß die Gegensätze, von denen man heute soviel spricht und die so sehr in den Vordergrund geschoben sind, in der Partei so lange bestanden haben, wie ich sie kenne. (Zustimmung.) Sie haben in der Vergangenheit bestanden und sie werden auch in der Zukunft bestehen. Eine liberale Mittelpartei, wie wir sie doch darstellen, nimmt die Elemente auf von rechts und links und sammelt sie und muß sie sammeln. Sie ist ein großes Sammelbecken, auf der einen Seite für alle diejenigen, die sich nicht der Reaktion verschreiben wollen, und auf der anderen Seite für diejenigen, die sich vom Radikalismus abgestoßen fühlen.

Meine Herren, eine solche Partei muß gewisse Nuancen in sich haben (Zuruf: Sie muß tolerant sein!), Nuancen, die sich mehr nach rechts wenden und Nuancen, die sich mehr nach links anschließen. Also diese Gegensätze werden bestehenbleiben in unserer Partei, wie sie in der Vergangenheit bestanden haben. Diesen Gegensätzen kann man nur dadurch die Spitze abbiegen, daß wir alle davon überzeugt sind, daß wir zusammengehören und zusammenhalten müssen (Beifall.), und daß wir eine politische Macht zugunsten des liberalen Bürgertums nur dann darstellen, wenn wir auch an Zahl stark genug sind und wenn wir nicht kleinlich und ängstlich darin sind, wenn der eine oder der andere einmal eine Nuance zu weit nach rechts oder auch eine Nuance zu weit nach links geht. (Sehr richtig!)

Meine Herren, die Unstimmigkeiten liegen ja zum Teil auch auf persönlichem Gebiet. Eine so große Organisation, wie sie die nationalliberale Partei darstellt,

---

[152]) Von den 19 Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses waren 16 Parlamentarier; vgl. Organisationshandbuch 1914/15 S. 1 f.

[153]) Gemeint ist Paul *Breithaupt*, der Leiter des Zentralbüros.

kann nicht allein von Mitgliedern im Ehrenamte geleitet werden, sie muß auch ihre Versorgung finden durch Parteibeamte. Die Parteibeamten, die wir haben, sind alles vortreffliche Leute, aber sie sind auch Menschen, und unter Menschen kommt es manchmal zu Reibungen, und so sind die Beziehungen zu der Zentrale vielleicht nicht immer im einzelnen Falle so gewesen, wie sie hätten sein sollen[154]). Diese Reibungen und Unstimmigkeiten zu beseitigen, halten wir allerdings für eine außerordentlich wichtige Aufgabe (sehr wahr!), und wir hoffen, daß die Kommission, die eingesetzt wird, sich auch mit dieser Aufgabe beschäftigen wird, und daß dann die Unstimmigkeiten, von denen gesprochen worden ist, in den Beziehungen des Zentralbüros zu den Geschäftsstellen im Lande vermieden werden. Deshalb möchten wir den Passus: auch für eine wirksamere Aufrechterhaltung der Parteidisziplin zu sorgen, nicht gerne missen. Mehr soll der betreffende Ausdruck gar nicht besagen.

Nun bin ich vorhin von Herrn Dr. *Marwitz* — oder war es ein anderer Herr, ich weiß es nicht mehr genau — darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Fassung dem eigentlich nicht entspricht. Es ist hier gesagt worden: Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbüro und den Geschäftsstellen im Lande auch im Sinne einer wirksameren Aufrechterhaltung der Parteidisziplin auszuarbeiten und dem Zentralvorstande bei seinem nächsten Zusammentreten zu unterbreiten hat. Das könnte so erscheinen, als ob das Zentralbüro seinerseits die Aufgabe hätte, die Parteidisziplin aufrechtzuerhalten. Das ist natürlich nicht der Fall, denn das Zentralbüro darf überhaupt keine eigene Politik treiben. Das ist ausgeschlossen. Es hat diejenige Politik zu befolgen, die ihm von der Parteileitung vorgeschrieben wird[155]), und wenn die Parteileitung eine strengere Disziplin für notwendig erachtet, so muß sie sich selbst an die einzelnen Organisationen im Lande wenden, nicht aber an die den Organisationen unterstellten Geschäftsstellen. Es könnte also hier diese Fassung so aufgefaßt werden, als ob dem Zentralbüro eine Aufgabe vindiziert wird, die ihm nicht zukommt. Deshalb würde ich Sie bitten, den Antrag dahin abzuändern, daß gesagt wird: „eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbüro und den Geschäftsstellen im Lande und für eine wirksamere Aufrechterhaltung der Parteidisziplin auszuarbeiten hat", so daß also die Beziehung auf das Zentralbüro hierbei ausgeschlossen erscheint.

Meine Herren, wenn ich mir noch ein kurzes Wort gestatten darf — ich bin gleich mit meinen Ausführungen zu Ende —, so wird es ja bei der Bildung dieser Kommission auch darauf ankommen, die richtigen Persönlichkeiten in die

[154]) Namentlich die nach links neigende pommersche Organisation hatte wiederholt Reibungen mit dem Zentralbüro und glaubte Grund zu haben, sich über eine gewisse Schroffheit des Generalsekretärs *Breithaupt* zu beklagen. Vgl. Anm. 137.

[155]) In der Parteisatzung von 1912 (§ 17) hieß es: „Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wählt der Zentralvorstand einen Geschäftsführenden Ausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern des Vorsitzenden des Zentralvorstandes und mindestens weiteren sechs Mitgliedern. Die Geschäftsstelle der Partei untersteht der Aufsicht dieses Geschäftsführenden Ausschusses."

Kommission zu entsenden, und es wird dabei Rücksicht genommen werden müssen, daß alle Nuancen — will ich mich einmal ausdrücken — innerhalb der Partei einigermaßen vertreten sind, daß Licht und Luft gleich verteilt sind. Ich glaube namens des Geschäftsführenden Ausschusses aussprechen zu dürfen, daß, wenn Sie ihm das Vertrauen schenken würden, er sich bemühen wird, die Auswahl so zu treffen, daß ein möglichst objektives Resultat bei dieser Enquête herauskommt. (Beifall.)

Justizrat **Calman**[156]): Meine Herren, ich glaube ja auch, daß die Auffassung des Herrn Vorvorredners Dr. *Marwitz* über das Verhältnis innerhalb der Partei bis zu einem gewissen Grade durch den einstimmigen Beschluß widerlegt worden ist, den wir zum ersten Punkt der Tagesordnung gefaßt haben. Wenn eine Partei in den Hauptfragen in einem solchen Maße einig ist, wie wir in den Kernfragen, die die ganze Nation bewegen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß das, was schließlich als Verschiedenheit bei uns noch betrachtet werden kann, die Hauptsache nicht berührt, und ich meine, daß die Zustände, die bei uns bestehen, mit etwas mehr Toleranz auf beiden Seiten außerordentlich an Zuspitzung und Schärfe verlieren könnten. (Sehr richtig!) Als jemand, der schon lange der Partei angehört, wollte ich sagen, daß wir ganz andere Zeiten voll Hindernisse gehabt haben. Ich erinnere mich z. B. an das Jahr 1890, an die Zeit nach *Bismarcks* Rücktritt, als ein Teil der Fraktion zu *Caprivi* abschwenkte und ein Teil der Fraktion aufs äußerste diese Schwenkung bekämpfte, da haben die Partei doch ganz andere Kämpfe als heute beherrscht, und da war es doch gelungen, die Partei zu erhalten[157]).

Gegensätze müssen bestehen und können bestehen. Warum sollen also die Leute, die in diesen großen nationalen Fragen einmütig sind und auch den Grundsatz akzeptieren wollen, daß das Vaterland über der Partei stehen muß, warum sollen alle diese Leute, die einen gewissen Bildungsstand haben — und das ist der Kern der Nationalliberalen Partei — und die einen gewissen Idealismus haben — und das ist die Seele der Nationalliberalen Partei — warum sollen alle diese Elemente nun in allen Einzelfragen und namentlich in bezug auf das Verhältnis zu anderen Parteien nicht verschiedener Meinung sein können! Was der eine vom Bruder Freisinn hält, oder was er über die Entwicklung der Sozialdemokratie denkt, über ihre größere oder geringere Gefahr, ist schließlich gleichgültig. Ob wir das eine in den Vordergrund stellen oder das andere, das ist keine Kernfrage unserer Partei. Wenn aber unser Führer vorhin seine Rede damit geschlossen hat, daß zwar oben in der Regierung *Bismarck* nicht lebt, daß er aber fortlebt im Geiste des Volkes, so möchte ich Sie das eine fragen, ob Sie dieses Wort wirklich unter allen Umständen auch in der gegenwärtigen Lage für Wahrheit halten und ob wir nicht gerade unser Volk wieder zu *Bismarckschem* Geiste erziehen können. Wir verlieren uns allerdings in Kleinigkeiten. Meine Herren, das war nicht das

[156]) Eugen *Calman*, Rechtsanwalt, war Obmann des nationalliberalen Wahlkreisverbandes von Alzey-Bingen, der auf dem rechten Parteiflügel stand.

[157]) Besonders der Abschluß von Handelsverträgen mit Rumänien und Rußland hatte heftige innerparteiliche Reibungen hervorgerufen. Vgl. Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen, Stuttgart/Leipzig 1910, Bd. II, S. 569 f., 575 ff.; J. Alden Nichols, Germany after Bismarck — The Caprivi Era 1890–1894, Cambridge/Mass. 1958, S. 294 f.

Zeichen der *Bismarckschen* Politik. Es war ja gerade die Seele der *Bismarckschen* Politik, daß er sich auf die eine große Aufgabe, die ihm gestellt war, auf die nationale Aufgabe ganz konzentriert und alles in den Dienst dieser nationalen Aufgabe gestellt hat. Wir haben — darin waren wir auch heute hier einig — zwei große nationale Aufgaben, eine der Abwehr und eine der Expansion, und wenn wir diese Aufgaben in den Vordergrund stellen, so müssen wir gerade im Hinblick auf die Wehrkraft Deutschlands die Konflikte hintanstellen und müssen uns auch allmählich daran gewöhnen, den Bruderzwist zu dämpfen, der mit Leuten besteht, die durch und durch so national sind wie wir und die die gleiche nationale Vergangenheit haben.

Meine Herren, ich habe das vorausschicken wollen. In der Sache selbst bin ich zu meinem großen Bedauern genötigt, auch zu den Organisationsfragen ein Wort zu sprechen. Dieses Wort besteht darin: Wie ist eigentlich das Verhältnis zwischen dem Geschäftsführenden Ausschuß in dem Augenblick, in dem er die Wahl organisiert, und der Fraktion? In welcher Weise ist es die Aufgabe der Fraktion, das zu erfüllen, was hier geschehen ist?

Meine Herren, der Geschäftsführende Ausschuß hatte davor gewarnt und hatte es ausdrücklich gewissermaßen untersagt, der Sozialdemokratie oder anderen Parteien Stichwahlbedingungen zu unterschreiben[158]). Trotzdem gehören der nationalliberalen Fraktion Leute an, die das getan haben. In einem Falle war auch der Zentralvorstand und der Geschäftsführende Ausschuß direkt gegen die Aufstellung eines Abgeordneten eingeschritten. Meine Herren, in diesem Falle war die Fraktion in keiner Weise genötigt, ihn aufzunehmen. Sie hat den Fall geprüft und hat entschieden, daß die Einwände ihr unbegründet erschienen, sie hat nach bestem Wissen und Gewissen den Beschluß gefaßt. Niemand kann ihr daraus einen Vorwurf machen[159]).

Ein anderer Fall ist aber der, daß ein anderer Kandidat, der früher der Fraktion angehört hat und der der offizielle Kandidat der Nationalliberalen Partei gewesen ist, der in der Liste geführt wurde und der vom Zentralvorstand die Einladung zur ersten Sitzung der Fraktion bekam, zur eigentlich konstituierenden Sitzung nicht mehr zugezogen wurde, und daß sich die Fraktion unter Ausschluß desselben konstituierte. Meine Herren, ich will einmal zunächst den Namen nicht nennen[160]). Ich will Sie bitten, den Fall so zu prüfen. Ich will ihn als rein prinzipiell betrachten, und hier bitte ich folgendes zu bedenken. Sie sind ja alle wie ich Vorsitzender eines Wahlkreises oder einer Landesorganisation. Meine Herren, das erste, was Sie tun müssen, ist, Ihren Wählern zu sagen: Der Ab-

[158]) Am 1. 10. 1911, vgl. NLC Nr. 68 vom 30. 3. 1914.

[159]) *Calman* spielt hier vermutlich auf den Abgeordneten Theodor *Held* an. Dieser hatte während der letzten Legislaturperiode sein Mandat niederlegen müssen, nachdem er in einem Prozeß belastet worden war, und galt seitdem als umstritten. Vgl. Die Hilfe Jg. 20, 1914, S. 346.

[160]) Es handelt sich um den Reichstagsabgeordneten Dr. med. Jacob *Becker* (1864—1949), der mit Unterstützung des Zentrums und des Bundes der Landwirte im Wahlkreis Bingen-Alzey gewählt worden war. *Becker* stand politisch dem Wormser Fabrikanten *Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim* nahe, der im Juli 1909 aus Protest gegen das nationalliberale Eintreten für die Erbschaftssteuer aus der Reichstagsfraktion — nicht aus der Partei — ausgetreten war; vgl. Kriegbaum S. 198 u. 164. Ebenso wie *Heyl* galt *Becker* als Gegner des *Bassermannschen* Kurses und daher als ein Vertreter der sog. „Wormser Ecke".

geordnete wird Mitglied der nationalliberalen Fraktion; denn er wird als nationalliberaler Kandidat aufgestellt. In dem Augenblicke der Wahl existiert keine Fraktion, existiert nur der Geschäftsführende Ausschuß. Wenn nun der Geschäftsführende Ausschuß von der Wahl Mitteilung bekommen hat und den ihm offenbar zustehenden Widerspruch[161]) nicht erhebt[162]), wie auch unsere Partei es im Falle *Held* getan hat, und nun der Kandidat gewählt ist, der Betreffende früher Abgeordneter war[163]), organisiertes Mitglied der Partei ist — glauben Sie, daß es möglich ist und daß es sich mit der Stellung der außerparlamentarischen Organisationen, ich will einmal sagen der Wahlkreisvorsitzenden, verträgt, daß in einem solchen Fall die Organisation des Geschäftsführenden Ausschusses, die Organisation außerhalb des Parlaments, direkt desavouiert wird? Meine Herren, ich bestreite Ihnen gar nicht, daß die Fraktion das volle Recht hat, ungeeignete Mitglieder auszuschließen. Die Fraktion muß aber meiner Meinung nach demjenigen, der mit Zustimmung des Geschäftsführenden Ausschusses gewählt worden ist, als Mitglied der Fraktion Gelegenheit geben, sich im Plenum der Fraktion selbst zu äußern[164]). Er muß gehört werden, es müssen ihm die Vorwürfe vorher mitgeteilt werden. Ich habe das unseren Wählern immer gesagt: Meine Herren, es kann vorkommen, daß unser Abgeordneter, wenn er gewählt ist, sich schließlich bezüglich seiner Zustimmung oder seiner Stellung zu gewissen Pressevorwürfen äußern muß. Er hat sich auch auf unsere Interpellation zu äußern gehabt. Aber ich habe gesagt: Unmöglich ist es, daß ein nationalliberaler Kandidat, gegen dessen Persönlichkeit sonst nichts weiter

---

[161]) Der Zentralvorstand hatte in seiner Sitzung vom 19. 3. 1911 die Erwartung ausgesprochen, „daß die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem Eingehen taktischer Wahlabkommen sich mit dem Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes ins Einvernehmen setzen." Vgl. Nationalliberale Blätter Jg. 23, 1911, S. 151.

[162]) Auch *Bassermann* selbst hatte zur Wahl *Beckers* seine Zustimmung gegeben, weswegen ihm *Stresemann* in einem Brief vom 27. 1. 1912 schwere Vorwürfe machte: „Es ist mir unbegreiflich, wie Sie Herrn Dr. *Becker* den Weg zum Reichstag ebnen konnten, auch Ihre Erklärung [sic!], daß Sie niemals gegen den Eintritt Dr. *Beckers* in die Fraktion Einspruch erhoben hätten. Mir ist aus Hessen gemeldet worden, daß Ihre Erklärung, die sofort im ganzen Wahlkreis verbreitet wurde, den Sieg von Dr. *Becker* herbeigeführt hätte. Schon jubelt Otto *Arendt* [freikonservativ], daß die nationalliberale Fraktion sich bei der ersten besten Gelegenheit spalten würde. Alle die Hoffnungen dieser Herren knüpfen nur an den Namen Dr. *Beckers* an. Meiner Meinung nach wäre es doch viel richtiger gewesen, wenn Sie erklärt hätten, daß die Frage der Aufnahme Dr. *Beckers* Sache der nächsten Reichstagsfraktion wäre und daß Sie deshalb Ihrerseits sich dazu nicht äußern könnten." In: Nachlaß Stresemann 136.

[163]) *Becker* war bereits 1903—1906 nationalliberaler Reichstagsabgeordneter gewesen.

[164]) Der Umschwung gegen *Becker* war offenkundig dadurch eingetreten, daß die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz scharfe Angriffe gegen den *Bassermannschen* Kurs richtete. Die Korrespondenz hatte das schlechte Abschneiden des Liberalismus bei den Reichstagswahlen auf die Parole vom „Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes" zurückgeführt, mit der *Bassermann* den sogenannten schwarz-blauen Block bekämpft hatte. *Stresemann*, der den Parteiführer am 30. 1. 1912 auf die scharfe und in der Form verletzende Kritik aufmerksam machte, bemerkte hierzu: „Wenn derartige Artikel gegen den Vorsitzenden der Fraktion von *Becker* verfaßt sein sollten, so ist m. E. dessen Aufnahme unmöglich. Ich würde unmaßgeblich empfehlen, mit denjenigen Abgeordneten, deren Sie sicher sind, Vorbesprechungen vor der ersten Fraktionssitzung abzuhalten." In: Nachlaß Stresemann 136. Vermutlich haben die hier angeregten Vorbesprechungen stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß *Becker* zur konstituierenden Sitzung der Reichstagsfraktion nicht hinzugezogen wurde.

vorliegt, der auf dem Boden des Parteiprogramms steht und der bei dieser und bei der vorigen Wahl eine seltene Charakterfestigkeit in der Ablehnung aller Bedingungen gezeigt hat, die ihm der Bund der Landwirte und das Zentrum und andere gestellt haben — daß ein solcher Abgeordneter lediglich wegen der Teilnahme an Angriffen auf die Partei nicht aufgenommen wird, wenn er erklärt, daß er diesen Angriffen, soweit sie eine persönlich zugespitzte Tendenz haben, fernsteht. Man hat ihm gesagt: Wir haben beschlossen, daß Ihre Aufnahme als Mitglied der Fraktion nur erfolgen kann, wenn Sie die Beziehungen zur Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz[165]) aufgeben, wenn Sie erklären, daß Sie deren Leitung vollständig fernstehen und dieselbe mißbilligen[166]).

Meine Herren, es liegt mir ganz fern, die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz, deren Grundtendenz eine durchaus wohlwollende für die Partei ist (lebhaftes Oho!), in bezug auf die Art, wie sie diese ihre Tendenz durchzuführen versucht, zu verteidigen. Ich persönlich habe die Mitarbeit an diesem Blatte deshalb abgelehnt, weil mir die Art, wie sie ihre Grundsätze — die ich auch vertrete — vertritt, nicht gefallen hat. Meine Herren, ich erkläre das ausdrücklich, daß ich bei jeder Gelegenheit mit vielen unserer Freunde, die mir am nächsten stehen, bedauert habe, daß der sehr jugendliche Redakteur[167]) höchst ungeeignete Preßartikel aufgenommen hat, die eben persönlich verletzt haben. Ich wollte das vorausschicken. Aber etwas ganz anderes ist es, was die Absicht, die Tendenz dieser Artikel gewesen ist. Hier behaupte ich mit Bestimmtheit, daß die Absicht nur gewesen ist, gegen den Großblock zu kämpfen und eine allzu große Annäherung an den Freisinn zu verhindern, also uns in dieser Beziehung auf den Boden zurückzuführen, den auch ein großer Teil der Partei, wie wir heute wissen, für den richtigen hält. Darin muß man unterscheiden.

Wie ich höre, hat unser Abgeordneter vor drei Wochen in einer Konferenz mit verschiedenen Herren sich bereit erklärt, über seine Stellung zur Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz folgende Erklärung abzugeben:

Ich stehe eventuell die Partei schädigenden und deren Führer verletzenden Artikeln der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz fern und mißbillige sie.

Meine Herren, eine derartige Erklärung, zu der unser Abgeordneter in einer Konferenz mit anderen Herren bereit war[168]), geht nach meiner Auffassung noch weit über das hinaus, was auf Grund der vorher entwickelten Prinzipien, die ich habe und die ich vertreten muß, daß er eo ipso Mitglied der Fraktion ist, von ihm verlangt werden kann, und wird von uns deshalb aus prinzipiellen Gründen

[165]) Dieses Organ, das im Sept. 1910 vom *Frhrn. v. Heyl zu Herrnsheim* gegründet und finanziert worden war, warb für ein Zusammengehen mit den Konservativen und bekämpfte die offizielle nationalliberale Forderung nach einer Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer auf das Kindes- und Gattenerbe. Vgl. Kriegbaum S. 13, 194, 196 ff.

[166]) Vgl. dazu das Fraktionsprotokoll vom 15. 3. 1912, in: Bundesarchiv R 45/I, 10.

[167]) Es handelt sich um W. *Ackermann*. Vgl. S. 166, 170, 171 u. 177.

[168]) Vermutlich hatte *Becker* diese Erklärung in einem Kreise von hessischen Nationalliberalen unter dem Vorsitz von Arthur *Osann* (Darmstadt) abgegeben, denn das Sitzungsprotokoll der Reichstagsfraktion vom 21. 1. 1913 nimmt Bezug auf einen „Brief von *Osann* betr. *Beckersche* Wahl". Vgl. Bundesarchiv R 45/I, 10.

nicht gebilligt. Aber, meine Herren, in praxi muß ich sagen, daß das ein Weg gewesen ist, wodurch der Stein des Anstoßes beseitigt wurde. Meine Herren, daß man aber außerdem die Erklärung verlangt hat, daß er insbesondere versichert, daß er den Angriffen der Korrespondenz auf die Partei und die Fraktion und deren Leitung vollständig fernstehe und dieselben mißbillige, ist nicht angängig. Meine Herren, wer hat nicht einmal, wenn er in der Partei ehrlich kämpft, irgendwie im Unwillen die Fraktion oder die Partei angegriffen! Haben die Linksliberalen z. B. nicht die Partei angegriffen gelegentlich der vorigen Finanzreform, der Fahrkartensteuer und ähnlicher Dinge? Haben nicht sehr viele die Fraktion angegriffen anläßlich der Branntweinsteuer? Haben nicht sehr viele die Partei angegriffen, z. B. auch die Süddeutsche Korrespondenz, in agrarischen Fragen, wo ich zufällig auf seiten der Fraktion stand, aber heute bezweifle, ob die Fraktion und die Partei so ganz das Richtige gefunden hat. Haben nicht auch manche Leute eine andere Ansicht darüber, ob es notwendig war, gegen die Champagnersteuer und gegen den Emissionsstempel zu stimmen, also gegen Steuern, die nicht einmal die Massen belasten, und ähnliches.

Meine Herren, das sind ja Dinge, über die wir heute ganz gewiß keine Debatte heraufbeschwören wollen, sie gehören ja der Vergangenheit an. Man kann sich aber nicht auf den Standpunkt stellen, daß man nicht die Partei und die Fraktion angreifen darf. Man kann sich aber auf den Standpunkt stellen — und auf den stelle ich mich am allermeisten —, daß, wenn Angriffe schließlich notwendig werden, man das einmal in der Partei als unangenehme Pflicht empfinden muß und daß man dieser unangenehmen Pflicht fortwährend in dem Gedanken nachleben muß, daß man keinem Parteigenossen wehtun darf. Das gestehe ich Ihnen zu. Aber wenn in bezug auf den persönlichen Charakter von Angriffen Erklärungen vorliegen, kann ich mir nicht denken, weshalb man in einer derartigen Angelegenheit, die solche Konsequenzen heraufbeschwören kann, in dieser Weise handelt. Vae victis! kann es schließlich dann heißen. Auch wir, der rechte Flügel, waren schon die Mehrheit in der Partei und können es wieder werden, und wir wollen uns auf den Boden stellen, daß wir, wenn wir die Mehrheit sind, wir uns nur in nobler Weise bekämpfen und nicht in persönlicher Weise.

Meine Herren, das gestattete ich mir, Ihnen vorzutragen. Es ist mir außerordentlich unlieb, eine persönliche Angelegenheit in einer Debatte vorzubringen, von der ich gewünscht hätte, daß sie ganz von dem Gedanken der Einheit in der Partei, ganz von den großen Prinzipien beseelt gewesen wäre, von denen ich immer wünsche, daß sie ausschließlich unsere Partei beherrschen.

Abgeordneter **Bassermann:** Meine Herren, ich habe mich hier selbst zum Wort gemeldet. Ich möchte ein ganz kurzes Wort der Erwiderung sprechen.

Was das Urteil des Herrn Vorredners über die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz anlangt, so haben Sie durch Ihren Zuruf während dieser Äußerungen ja Ihre Meinung genügend zur Kenntnis gebracht.

Was nun den Fall anlangt, von dem der Herr Vorredner spricht, so untersteht die Beurteilung, wer in die Fraktion aufgenommen wird oder nicht, nicht der Zuständigkeit des Zentralvorstandes. (Sehr wahr!) Wir werden natürlich nur bei ganz schwerwiegenden Gründen jemanden in die Fraktion nicht aufnehmen,

aber die Beurteilung der Gründe ist ausschließlich Fraktionssache. Das kann ja natürlich auch gar nicht vor den Zentralvorstand gebracht werden. Ich kann nur wiederholen, wir werden das natürlich nur machen, wenn uns die Gründe sehr schwerwiegend zu sein scheinen.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß sowohl in dem Falle, den der Herr Vorredner im Auge hat, als auch in einem anderen Fall in der vorigen Legislaturperiode bereits erwogen wurde, wie es wohl sein würde, wenn die Betreffenden für die nächste Legislaturperiode gewählt würden. Damals hat die alte Reichstagsfraktion in zwei Fällen Stellung nehmen müssen, und ich erinnere mich genau, daß da die Fraktion nie einen anderen Standpunkt eingenommen hat als den: Über eine solche Tatsache, ob eine Aufnahme erfolgt oder nicht, kann weder — es ist ja auch im Geschäftsführenden Ausschuß davon die Rede gewesen — der Geschäftsführende Ausschuß entscheiden noch die Reichstagsfraktion, sondern das ist ausschließlich Sache der kommenden Fraktion, und anders ist es ja auch gar nicht möglich.

Das habe ich zu diesem Falle zu bemerken[169]).

Abgeordneter **Haarmann:** Ich verzichte.

Dr. **Stresemann:** Meine Herren, in dem Antrage, den die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses vorgelegt haben, heißt es nach der neuen Fassung, die Herr Geheimrat *Friedberg* in Vorschlag gebracht hat, daß die Kommission eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen zum Zentralvorstande herbeiführen will und weiter für eine wirksamere Aufrechterhaltung der Parteidisziplin sorgen soll. Meine Herren, ich glaube, die wirksame Aufrechterhaltung der Parteidisziplin wird im wesentlichen immer Sache der Ausführung sein, wird aber außerordentlich schwer durch irgendwelche schriftliche Bestimmungen im Parteistatut oder sonstwo behandelt werden können. (Sehr richtig!) Ich habe die Befürchtung, wenn die Kommission uns mit Änderungen der Satzungen kommt, dann verewigen wir den Streit innerhalb der Partei. (Sehr richtig!) Dann stehen wir uns wieder mit zwei Meinungen gegenüber, und diejenigen, die majorisiert werden — ich lasse einmal dahingestellt, wer das sein wird —, sind mit dem Ergebnis sehr unzufrieden, und wir erhalten nicht das, was wir wünschen, daß wir über diese Dinge hinauskommen.

Meine Herren, es gibt eine ganze Menge Mitglieder des Zentralvorstandes, die ebensogut für den Antrag *Marwitz* wie für den Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses stimmen würden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich vereinigen könnten. Ich glaube, es wäre möglich, wenn z. B., wie mir von Herren gesagt wird, die dem Antrage *Marwitz* nahestehen, hier der Satz herausgelassen wird, der sich auf die Aufrechterhaltung der Parteidisziplin bezieht.

Wenn ich mich aber auf den Standpunkt stelle, daß die Aufrechterhaltung der Parteidisziplin Sache der Ausführung ist, so möchte ich doch, daß eines erreicht wird: daß die Kämpfe, soweit sie unvermeidlich sind, offen gegeneinander ge-

[169]) Der Vorstoß *Calmans* blieb damit ohne Erfolg, und *Becker* wurde nicht in die Fraktion aufgenommen. Als 14 Tage später der Reichstag wegen gewisser Wahlverfehlungen über die Gültigkeit von *Beckers* Mandat zu befinden hatte, stimmte eine Anzahl von Nationalliberalen, darunter *Bassermann*, sogar mit Nein, die Mehrheit des Hauses erkannte jedoch *Beckers* Wahl als gültig an. Vgl. Sten. Berichte Bd. 288 S. 4037 ff., 25. 2. 1913.

führt werden. Der Herr Justizrat *Calman* hat eben von der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz gesprochen. Das war das, was ich mir auch aufgezeichnet hatte, nicht in Verbindung mit dem Fall *Becker*. Aber ich halte es mit der Disziplin in der Partei für unvereinbar, daß Mitglieder der Partei sich hinter einer anonymen Korrespondenz verstecken. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist im höchsten Grade ungeheuerlich, daß der Name Nationalliberale Korrespondenz von irgendeiner Gruppe gebraucht wird, ohne daß diese Gruppe mit ihrem Namen hervortritt, sondern daß sie irgendeinen jungen Redakteur, der gar keine Rolle bei uns spielt, als Sitzredakteur vorschiebt und daß, wenn wir im Lande stehen und für unsere Partei eintreten, ein konservativer Parteisekretär kommt, uns die manchmal hämischen und niederträchtigen Angriffe vorlegt und sagt: Das ist die Meinung der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz. Bringen Sie einmal vor eine gewöhnliche Versammlung die Auseinandersetzung, daß die süddeutschen Nationalliberalen nicht hinter der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz ständen! Das versteht der einfache Mann nicht; der sagt: Was muß das für eine Wirtschaft in einer Partei sein (sehr richtig!), wenn es möglich ist, daß sich ein Organ Nationalliberale Korrespondenz nennt, und daß dieser Mann, der dem Zentralvorstande angehört und Reichstagskandidat ist, nicht wissen will, wer dahinter steckt? Tatsächlich wissen wir das nicht. Aber das glaubt man nicht. Man glaubt, wir wollen den Leuten faulen Dunst vormachen, und dadurch wird die größte Uneinigkeit hineingetragen, und manchen Schaden erleiden wir dadurch, daß derartige Dinge geschehen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, gestatten Sie mir, in dem Zusammenhang auch an diejenigen Herren, die dem Altnationalliberalen Verbande angehören, eine ähnliche Bitte zu richten. Meine Herren, auch das geht meiner Meinung nach nicht, daß man in einem Organ, das große Bedeutung beansprucht[170]), die Stellungnahme der Reichstagsfraktion, die Stellungnahme der Nationalliberalen Partei kritisiert, daß das in die deutsche Presse übergeht, und daß wir hier nicht wissen, wer das ist. Nun befinde ich mich im Irrtum, denn der Geheimrat *Friedberg* hat gesagt, die Herren, die dieser Gruppe angehören, hätten ihre Parteibeiträge weiter bezahlt. Also anscheinend existiert doch ein Mitgliederverzeichnis. (Heiterkeit.) Ich meine, der Vorstand dieser Vereinigung muß, da er die Sache für gut hält, für sie ebenso in die Bresche treten wie die Jungliberalen[171]). Wenn das Wort

[170]) Gemeint ist die Altnationalliberale Reichskorrespondenz.

[171]) Die Altliberalen haben in der Tat lange gezögert, die Mitgliederliste ihres Vorstandes bekanntzugeben. *Stresemann* (siehe Nachlaß 136) hatte wohl in seinem Brief an *Bassermann* vom 7. 11. 1912 nicht ganz Unrecht, wenn er diese Zurückhaltung mit den am 3. 6. 1913 stattfindenden preußischen Landtagswahlen in Zusammenhang brachte: „Die Herren haben sich das Ehrenwort gegeben, den Namen ihres Vorstandes erst nach den Landtagswahlen zu nennen. Daraus sieht man ihren Schlachtplan. Sie wollen die nächste Landtagsfraktion festmachen in ihrem Sinne und erst dann mit voller Kraft losgehen. Bis dahin aber kann vielleicht Unwiederbringliches verloren sein." Erst im Herbst 1913 traten die Altliberalen aus ihrer Anonymität heraus und veröffentlichten die Namen der Mitglieder ihres Geschäftsführenden Ausschusses: C. Volckmar *Bartels* (Fabrikbesitzer, Magdeburg-Buckau), *v. Braunschweig* (Kaufmann, Hamburg), *Buhl* (bayerischer Reichsrat, Weingutsbesitzer, Deidesheim), *Fuhrmann* (M. d. A., Berlin-Wilmersdorf), *Haarmann* (M. d. A., Geh. Justizrat, Dortmund), *Hirsch* (M. d. A., Handelssyndikus, Essen), Dr. *Lahm* (Geh. Schulrat, Worms), Dr. *Leidig*

Parteileitung nicht eine inhaltslose Floskel sein soll, wollen wir uns mit offenem Visier gegenübertreten, und jeder sagen: Das ist meine Meinung, dafür trete ich ein. Darum möchte ich bitten, dieser falschen Anonymität, die vielfach zersetzend wirkt, die so viel Gift hineinbringt in unsere ganzen Beziehungen, ganz entschieden entgegenzutreten und sich auf den Standpunkt zu stellen, daß eigene Organe in der Partei, wenn sie zulässig sind, jedenfalls die Verpflichtung haben, der Partei anzuzeigen, wer an der Spitze steht, wer ihre Führung hat, und daß das gelten soll für Organisationen und ebenso für Organe, die den Namen „nationalliberal" führen. (Beifall.)

Abgeordneter **Schifferer:** Ich verzichte.

Abgeordneter Dr. **Krause:** Meine Herren, ich will meinerseits auf den Fall *Becker*, den ja Herr *Calman* gemeint hat, hier nicht eingehen; denn ich bin der Meinung wie unser verehrter Führer *Bassermann*, daß wir hier nicht ein Gerichtshof über diese Frage sind, daß das der Fraktion überlassen bleiben muß. Ich habe mich nur während der Ausführungen des Herrn *Calman* zum Wort gemeldet, als er die Bemerkung machte, daß die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz, mit der sich Herr *Stresemann* eben nach meiner Meinung sehr wirkungsvoll beschäftigt hat, nach einer gewissen Richtung hin auch ehrlich kämpfe für gewisse nationalliberale Ziele. Ich stehe dieser Zeitschrift fern und stehe dem Fall *Becker* fern und würde mir gar kein Urteil erlauben. Ich habe aber die Ehre — nicht die Freude —, die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz zugeschickt zu erhalten, und muß sagen, daß, wenn man den Kampf, den diese Zeitung führt, noch für ehrlich hält, wir dann über den Begriff eines ehrlichen Kampfes untereinander in unserer Partei auch nicht mehr einig sind. (Sehr wahr!) Ich habe noch niemals in einer Zeitschrift einen Parteikampf gesehen, der so von persönlicher Gehässigkeit durchdrungen ist, speziell gegen Herrn *Bassermann*, wie in dieser Zeitschrift. Immer, wenn ich dieses Blatt in die Hand nehme, mit einem gewissen Widerwillen, aber doch von einem gewissen Pflichtgefühl getrieben, lege ich es mit Widerwillen wieder weg und sage: Wenn so etwas möglich ist in der Partei und wenn derartige Bestrebungen Eingang finden, dann steht es mit unserer Partei schlecht. Wir sollten alle, ob wir mehr rechts oder mehr links stehen, ein solches Blatt aufs äußerste und schärfste zurückweisen. Es gehört nicht mehr zu uns. Das ist kein ehrlicher Kampf.

Nun komme ich damit auf einen Punkt, der auch in gewisser Beziehung zu dem Antrage steht. Ich kann den Ausführungen des Herrn *Stresemann* nicht zustimmen, daß man diesen Satz bezüglich der Parteidisziplin weglassen sollte; denn ich habe da gerade die Beziehungen zur Presse im Auge. Man kann nicht sagen, auf das, was die unabhängige Presse tut, haben wir keinen Einfluß; denn eine Presse hat bloß Einfluß, wenn Leute hinter ihr stehen, und hinter jedem Teile unserer Presse stehen Leute, und deshalb soll die Parteidisziplin gerade da einsetzen, solche Äußerungen, wie sie die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz bringt, und andere zurückzuweisen und nach dieser Richtung

(Prof., Regierungsrat a. D., Berlin-Wilmersdorf), Dr. *Levy* (M. d. A., Fabrikbesitzer, Hohensalza), Dr. *Prager* (Arzt, Fürth), Dr. *Röchling* (M. d. A., Landgerichtsdirektor, Berlin-Wilmersdorf), Dr. *Schifferer* (M. d. A., Gutsbesitzer, Charlottenhof bei Kiel). Abgedruckt in: Das neue Deutschland Jg. 2, 1913/14, S. 79 f.

innerhalb der Partei eine straffere Parteidisziplin herbeizuführen[172]). Wenn die Kommission eine Aufgabe hat, sollte sie gerade in diesem Punkte besonders einsetzen. Deshalb möchte ich bitten, diesen Satz aus dem Vorschlage des Geschäftsführenden Ausschusses nicht wegzulassen.

Meine Herren, wenn innerhalb unserer Partei die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz rechts steht — wenn es noch möglich ist, die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz als innerhalb der Partei stehend zu bezeichnen —, so ist hier weiter links ein Blatt, das der größte Feind des Liberalismus ist, das ist oft genug ausgesprochen worden: das Berliner Tageblatt (lebhafte Zustimmung.), und gewisse Beziehungen von Freunden von uns zum Berliner Tageblatt sollen auch hin und wieder vorkommen. (Sehr richtig!) Genau wie nach der einen Seite, so soll man auch nach der anderen Seite die schärfste Disziplin walten lassen, daß jede Beziehung zu diesem Blatt unterbunden wird. (Sehr richtig!) Und, meine Herren, wenn ich mich nun einmal nach rechts und nach links wende, dann lassen Sie mich auch einmal in die Mitte hauen. Auch bei dem Altnationalliberalen Reichsverbande ist die Sache nicht immer durchaus zu billigen. Ich erinnere mich eines Artikels, der glücklicherweise in der Presse sehr wenig Beachtung gefunden hat. Er war, glaube ich, mit dem Stichwort „Der Schattenkaiser" überschrieben. Da wurde von gewissen Anträgen der Reichstagsfraktion, die auf eine Erweiterung der Reichstagsrechte hinzielten — immer die Zustimmung der Reichsregierung und des *Kaisers* vorausgesetzt —, ausgesprochen, daß sie geeignet seien, nicht einen Kaiser mit vollkommener Machtvollkommenheit, sondern einen Schattenkaiser zu schaffen. Meine Herren, wem dient in unserer Partei ein solcher Artikel? (Sehr richtig!)

Krause betont jedoch zugleich, daß in den letzten Monaten sowohl Jung- als auch Altliberale bessere Disziplin gehalten hätten. Die innerparteilichen Gegensätze sollten nach seiner Ansicht nicht immer sofort in der Presse ausgetragen werden. Zum Schluß seiner Ausführungen empfiehlt **Krause** den geänderten Antrag *Friedberg*, der jetzt absolut keine Spitze mehr gegen die Unterzeichner des Antrages Dr. *Marwitz* habe.

Rechtsanwalt Dr. **Marwitz:** Meine Herren, ich kann mich mit den Ausführungen des Herrn Geheimrat *Krause* sachlich im wesentlichen einverstanden erklären. Ich würde auch vielleicht unter einer Bedingung meinen Antrag zugunsten des Antrages des Geschäftsführenden Ausschusses — vorbehaltlich der Zustimmung der Herren, die mit unterzeichnet haben — zurückziehen können, wenn die Worte „und auch im Sinne einer wirksameren Aufrechterhaltung der Parteidisziplin" gestrichen werden,

(Abgeordneter Dr. **Krause:** Das ist schon geändert!)

oder wenn überhaupt die Parteidisziplin herauskommt, nicht, weil ich etwa nicht wünsche, daß diese Parteidisziplin entfaltet wird, sondern aus einem

[172]) Eine parteieigene Presse hatten die Nationalliberalen nicht, auch finanzielle Subventionen einzelner Blätter aus der Parteikasse gab es nicht. Die führenden Männer der Partei waren infolgedessen auf stillere Einflußmittel angewiesen. Von den Zuschriften *Bennigsens* an den Hannoverschen Kurier ist bekannt, daß sie in der Regel den Zusatz enthielten: „Wenn Sie es irgend verantworten können." Inzwischen waren die Interdependenzen zwischen Parteigruppen und Zeitungen allerdings wesentlich enger geworden. Vgl. hierzu Richard *Jacobi*, Geschichte und Bedeutung der nationalliberalen Presse, in: Nationalliberale Blätter Jg. 26 Nr. 19 vom 10. 5. 1914.

anderen Grunde. Der Herr Geheimrat *Friedberg* hat vorhin erklärt, daß unser Antrag im Lande mißverstanden werden könnte als ein Mißtrauensvotum gegen den Geschäftsführenden Ausschuß. Ich habe die lebhafte Sorge, daß, wenn Sie einen derartigen Antrag annehmen, der von wirksamerer Aufrechterhaltung der Parteidisziplin spricht, das im gegenwärtigen Moment von denjenigen, die unseren Verhandlungen nicht beigewohnt haben, als ein Mißtrauensvotum gegen die Pommern angesehen werden muß[173]).

(Zuruf: Keine Spur!)

So wird das ausgelegt werden. Es ist von den Herren nicht so gemeint, die Überzeugung habe ich; von der draußen stehenden Presse aber wird es so aufgefaßt werden. Und da wir die Absicht haben, die Sache begraben sein zu lassen, fürchte ich, daß, wenn Sie die Worte stehen lassen, durch die Presseerörterungen die Sache von neuem hineingetragen werden wird. Außerdem glaube ich, daß nach der Aussprache, die hier stattgefunden hat, diese Worte auch überflüssig sind; denn wir haben ja von den verschiedensten Seiten zum Ausdruck gebracht, daß auch diese Frage in der Kommission erörtert werden muß und erörtert werden soll. Wir brauchen also der Kommission diese Richtschnur nicht noch besonders zu geben.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, diese Worte zu streichen.

Im übrigen hat Herr Geheimrat *Friedberg* gemeint, daß der Ausdruck Parteizentrale, wie er in unserem Antrag steht, einer näheren Erläuterung bedarf. Ich will Ihnen aufrichtig gestehen, daß wir diesen Ausdruck absichtlich so gewählt haben, wie er da steht. Wir haben in erster Linie an das Zentralbüro gedacht. Wir haben uns aber gesagt: Es ist nicht ausgeschlossen, sondern in gewissem Grade wahrscheinlich, daß die Kommission darüber hinaus sich wird mit der Frage beschäftigen müssen, wie diese oder jene Schäden in [der] Partei zu beseitigen sind, nicht nur durch eine Ausgestaltung des Zentralbüros, sondern etwa auch durch eine Ausgestaltung anderer Parteiinstanzen, und, meine Herren, die Diskussion hat uns recht gegeben. Denn gerade die Frage der Presse kann ja — darüber sind wir uns einig — von dem Zentralbüro überhaupt nicht erledigt werden, sondern das wird in die Hand anderer Instanzen, des Geschäftsführenden Ausschusses oder irgendeiner anderen Instanz gelegt werden müssen. Damit nun die Kommission nachher nicht sagen muß: Ja, soweit gehen unsere Kompetenzen

[173]) Die pommersche Organisation und vor allem ihr streitbarer Vorsitzender *Ludewig* hatten sich bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen seit der Reichstagspräsidentenwahl auf dem linken Parteiflügel besonders stark engagiert. Als die Erregung in der Partei bereits weitgehend abgeflaut war, veröffentlichte *Ludewig* einen Artikel, in dem er *Bassermann* eine zu weiche Haltung gegenüber den Altliberalen vorwarf und seine Führungsqualifikation anzweifelte; vgl. Jungliberale Blätter Nr. 2 vom 15. 1. 1913. Der Geschäftsführende Ausschuß verurteilte daraufhin das Vorgehen *Ludewigs* als parteischädigendes Verhalten (NLC Nr. 254 vom 24. 12. 1912), und *Bassermann* schrieb am 28. 1. 1913 an *Stresemann*, im Falle neuer Veröffentlichungen bliebe nichts anderes übrig „als ein Beschluß des Zentralvorstandes, daß die Pommern als außerhalb der Partei stehend zu betrachten sind. *Ludewig* hat mich in einer unerhörten Weise in meinem Wahlkreise geschädigt". (Nachlaß Stresemann 135). Erst unmittelbar vor der Zentralvorstandssitzung war die Nationalliberale Correspondenz in der Lage, eine Mitteilung über das Einlenken *Ludewigs* zu veröffentlichen; vgl. NLC Nr. 33 vom 8. 2. 1913.

nicht, haben wir den etwas vagen Ausdruck Parteizentrale gebraucht. Das ist die Absicht dabei.

Ich bitte Sie also, in erster Reihe — vielleicht kommt noch eine gemeinschaftliche Formulierung zustande — unseren Antrag anzunehmen, weil ich von der Fassung des Geschäftsführenden Ausschusses diesen Eindruck im Lande befürchte und weil ich befürchte, daß dadurch die ganze Frage der Pommern, über die wir nun glücklich hinweg sind, wieder aufgerollt werden wird.

Schmidthals[174]), der zu den Mitunterzeichnern des Antrages *Marwitz* gehört, setzt sich für die Wahl der Mitglieder der Untersuchungskommission durch den Zentralvorstand ein, da dies der Satzung und dem Wunsch der Parteiangehörigen im Lande am besten entsprechen würde.

Wenn diese Kommission überhaupt eingesetzt wird, hat es keine große Bedeutung nach außen, ob die Wahl der Mitglieder der Kommission vom Geschäftsführenden Ausschuß oder vom Zentralvorstand erfolgt [...] Wir wollen aber auch die Überzeugung haben, daß oben alles in Ordnung ist, und deshalb haben wir das Bedürfnis, daß eine Kommission eingesetzt wird.

Noch eins: Ich möchte Herrn *Stresemann* für seine Ausführungen danken. Auch ich habe die Erfahrung gemacht, daß es für die Partei unglaublich schwer ist, unter solchen Verhältnissen Boden zu fassen. Wir haben in der Partei immer gegenseitig die Kämpfe in den einzelnen Blättern. Die Anhänger werden dadurch stutzig gemacht. Man wird immer wieder gefragt: Was ist denn los? Die schreiben so, und die schreiben so. Man kann nicht überall Aufklärung schaffen. Ich meine, auch da muß die Aufgabe der Kommission sein, dahin zu wirken, daß wir nach außen wenigstens eine einheitliche Politik vertreten. Daß das jetzt nicht geschieht, ist ein schwerer Krebsschaden für unsere Partei, und das Arbeiten wird einem dadurch furchtbar sauer gemacht.

Prof. Dr. **Leidig**[175]): Meine Herren, ich möchte zunächst nicht für die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz, aber für den Redakteur *Ackermann* ein Wort der Verteidigung sagen gegenüber dem, was Herr Dr. *Stresemann* gesagt hat, der Herrn *Ackermann* als Sitzredakteur bezeichnen will.

Meine Herren, das ist eine sehr schwere Kränkung dieses Mannes (Lachen.), der persönlich ein durch und durch anständiger Mensch ist.

(Abgeordneter **Bassermann:** Und andere Leute aus der Partei gewerbsmäßig kränkt!)

Das mag er ja tun, aber deshalb darf man ihn nicht in dieser Weise als Sitzredakteur bezeichnen.

(Abgeordneter Dr. **Krause:** Ein sehr gemäßigter Ausdruck!)

Das ist er aber nicht. Er ist nicht Sitzredakteur. Er ist ein Mann, der die Verantwortung für seine Sachen trägt.

(Zuruf: Daher Sitzredakteur! Zuruf: So einen Mann zu verteidigen!)

[174]) Wilhelm *Schmidthals* (1873—1951), Rittergutspächter, war ein Sprecher des Deutschen Bauernbundes.

[175]) Vgl. Anm. 120.

In seinen weiteren Ausführungen setzt sich auch **Leidig** für eine stärkere Koordinierung der Pressearbeit ein und fordert mit Nachdruck, daß künftig von nationalliberaler Seite nicht mehr in Organen der Fortschrittlichen Volkspartei geschrieben werde.

Justizrat **Calman** betont noch einmal, daß er sich nicht mit der Tonart der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz identifiziere, stellt sich aber hinter die Tendenz des Blattes. Die Bekämpfung der Großblockideen, die auch heute in der nationalliberalen Presse Anhänger hätten, sei eine der Partei durchaus dienliche Sache. Sodann nimmt auch **Calman** den Redakteur *Ackermann* gegen den Vorwurf eines Sitzredakteurs in Schutz. *Ackermann* sei, bevor er die Redaktion übernommen habe, nationalliberaler Parteisekretär gewesen und sei „ein außerordentlich geschickter und selbständiger Journalist". Oft seien persönlich gefärbte Presseangriffe einfach auf jugendliches Ungeschick zurückzuführen.

Ich gestehe auch zu, daß die Dinge von anderen Kreisen kritisch gebraucht werden, und wenn schließlich in einigen Kreisen Meinungsverschiedenheiten über die Taktik sind, so geht es ja auch nicht ganz ohne Reibung gegen die Person der Führer ab. Ein Parteiführer existiert in Deutschland nicht, bei dem nicht Meinungsverschiedenheiten über die Taktik auf die Person übertragen würden. Eine persönliche Färbung ist da nicht zu vermeiden. Aber ich persönlich stehe auf dem Standpunkte: gelingt es der Partei, links und rechts gleichmäßig mit eisernem Besen auszukehren, derartig, daß alle Artikel persönlich gezeichnet werden, sobald sie einen persönlichen Anstrich haben, so würde ich das begrüßen. Wer innerhalb der Partei polemisieren will, soll auch mit seiner Person eintreten. Aber solange vergiftete Pfeile auch gegen uns geschleudert werden, wäre es falsch, gegenüber diesem einen Organ das übelzunehmen und gegenüber den anderen nicht.

In einer Beziehung bin ich mir nicht klar. Das betrifft die Kompetenzfrage. Wie kann die Fraktion vor der Konstituierung, also in einem Moment, wo sie überhaupt noch nicht vorhanden ist, über die Aufnahme entscheiden? Denn in dem Augenblick, wo sie zusammentritt, ist sie noch nicht vorhanden, oder vielmehr sie ist vorhanden auf Grund der Tatsache und der Situation, die allerdings der Geschäftsführende Ausschuß und der Zentralvorstand durch die Leiter der Wahlkreise zusammen mit den Wahlkreisen geschaffen hat. Meine Herren, das Prinzip können wir nicht verlassen. In diesem einen Punkte ist allerdings die Fraktion meiner Ansicht nach beschränkt, und deshalb halte ich die Frage für eine prinzipielle Frage und auch für eine Frage, die zu unserer Kompetenz gehört.

Dr. **Poensgen:** Ich möchte mich dem Wunsche des Herrn *Calman* anschließen, daß möglichst die politischen Artikel, die von politischen Persönlichkeiten von einiger Bedeutung ausgehen, gezeichnet werden. Das möchte ich auch wünschen für die Organe des altnationalliberalen Verbandes, auch für das Berliner Tageblatt, wenn jemand darin schreibt. Meines Wissens hat nur ein nationalliberaler Abgeordneter mit seinem Namen darin geschrieben[176]). Sonst geschieht es ja fortwährend. Ich finde auch gar nichts dabei, wenn in einem nicht zu unserer Partei gehörenden Blatte jemand von uns schreibt.

[176]) Gemeint ist wohl ein Artikel des Abg. *Paasche* im Frühjahr 1912; vgl. Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz Nr. 92 vom 19. 11. 1912.

Das geschieht von rechts und von links. Das Tageblatt ist nicht zu empfehlen, weil es eine häßliche Stellung zu uns einnimmt. Aber wenn es in gewissen Gegenden an nationalliberalen Zeitungen fehlt und in anderen Zeitungen mit anständiger Tendenz ein nationalliberaler Politiker mit seinem Namen schreibt, so ist das eine Ta[k]tfrage, ob sich diese Zeitung der Nationalliberalen Partei gegenüber anständig benimmt.

Aber ich möchte auf die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz zurückkommen. Es ist leider nur zu wenig verbreitet, daß diese Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz mit der Nationalliberalen Partei und mit den Nationalliberalen in Süddeutschland keine oder wenigstens nur minimale Fühlung hat, und ich möchte doch bitten, darauf schärfer auch in anderen Presseorganen hinzuweisen. Es ist das ja von Zeit zu Zeit geschehen. Ich möchte nicht soweit gehen, die Stimmung der Versammlung hier in einer besonderen Resolution festzulegen, das wäre der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz zuviel Ehre angetan (lebhafte Zustimmung.); aber ich möchte doch bitten, entsprechend den Ausführungen unseres Herrn Vorsitzenden *Bassermann* und entsprechend dem, was von Herrn *Stresemann* länger ausgeführt worden ist, doch auch bei den heutigen Verhandlungen ausdrücklich hervorzuheben, in der Presse möchte wieder darauf hingewiesen werden, daß die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz in keiner Beziehung zur Nationalliberalen Partei steht. Das ist unbedingt notwendig, weil mir in der letzten Zeit von gebildeten Leuten, die auch die Zeitung verfolgen, Artikel gezeigt worden sind in dem Glauben, es handle sich hier um ein offizielles nationalliberales Organ für Süddeutschland. Ich möchte diese Bitte ausdrücklich an die Herren richten, welche den Pressebericht für heute machen werden[177]).

Ich komme dann auf die Anträge zurück und gerade auf die Verbindung mit der Presse. In dem Antrag, den ich mit unterzeichnet habe, steht ausdrücklich der Ausdruck: Parteizentrale, weil nicht nur das Parteibüro gemeint ist, sondern beispielsweise auch die Beziehungen der Partei zur Nationalliberalen Correspondenz[178]). Herr Geheimrat *Friedberg* weiß ja selbst, daß da früher große Schwierigkeiten eingetreten sind, es ist ja auch Remedur geschaffen worden[179]); aber es würde doch zur Beruhigung beitragen, wenn alle diese Fragen einmal gründlich behandelt würden, um auch eine engere Fühlung unter den zwischen der Partei bestehenden Organisationen herbeizuführen [sic!].

Gerade unser Antrag bedeutet nicht ein Mißtrauensvotum, sondern umgekehrt, er will durch die Aufklärung, die dieser Kommission gegeben wird, dafür sorgen,

[177]) Tatsächlich wurde im offiziellen Pressebericht erwähnt, daß sich der Zentralvorstand von der Korrespondenz distanziert habe, siehe S. 190. — Im Juni 1913 mußte die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz ihr Erscheinen einstellen. Ob die Ursache hierfür in der Haltung des Zentralvorstandes oder mehr in der Konkurrenz der Altnationalliberalen Reichskorrespondenz zu suchen ist, mag dahingestellt bleiben.

[178]) So wies der ehemalige Reichstagsabgeordnete *Weber* am 3. 4. 1912 *Stresemann* darauf hin, daß die NLC „zur Zeit Anti-*Bassermann*-Politik treibt. Ich habe auch in diesem Sinne an das Zentralbüro geschrieben. Wenn die NLC das fortsetzt, werde ich einen offiziellen Antrag im Geschäftsführenden Ausschuß stellen." In: Nachlaß Stresemann 118.

[179]) Im Sept. 1912 hatte der damalige Redakteur der NLC Franz Stephan *Neumann* sein Amt niederlegen müssen. Siehe NLC Nr. 188 vom 17. 9. 1912.

daß eine größere Beruhigung im Lande eintritt und die Kommission sich selbst davon überzeugt, daß der Geschäftsführende Ausschuß Mißhelligkeiten vermieden hat und abgestellt hat, die vielleicht früher einmal vorhanden waren. Es sind noch eine Menge Punkte da, wo aus einzelnen Provinzen geklagt wird. Ob das im einzelnen mit Recht geschieht oder nicht, läßt sich ja hier nicht feststellen. Dazu ist die Kommission da. Es wird darüber geklagt, daß Resolutionen, die an das Parteibüro geschickt wurden, nicht zur Kenntnis der Parteiinstanzen gekommen sind[180]). Ich lasse das dahingestellt. Das muß geprüft werden, und wenn es geprüft wird von einem Ausschuß, der aus dem Zentralvorstand selbst gewählt wird, wird das auf die Parteifreunde im Lande einen außerordentlich beruhigenden Eindruck machen, und darum glaube ich, daß die Fassung, die wir gewählt haben, eine recht vorteilhafte ist.

Jedenfalls möchte ich aber auch die Herren vom Geschäftsführenden Ausschuß bitten, den Ausdruck Parteidisziplin wegzulassen, oder, wenn sie ihren Antrag aufrechterhalten, das Wort „Parteidisziplin" durch das Wort „Parteieinheit" zu ersetzen. Das hat nicht einen so strengen Begriff wie Disziplin und würde nicht zu solcher Beunruhigung führen wie das Wort Disziplin.

Abgeordneter Dr. **Röchling**: Ich verzichte.

Abgeordneter **Schifferer**[181]): Meine Herren, ich bitte Sie, von den beiden Anträgen den Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses anzunehmen und aus diesem Antrag den Passus, welcher sich mit der Disziplin in der Partei beschäftigt, nicht zu streichen. Ich halte es für wünschenswert und für wesentlich, daß man in Untersuchungen darüber eintritt, wie die in der Tat nach mancher Richtung in unserer Partei gelockerte Disziplin fester geknüpft werden kann. (Sehr richtig!) Sachliche Gegensätze muß unsere Partei tragen können, das liegt in ihrer Stellung und liegt in ihrer Struktur, solange diese sachlichen Gegensätze sich in den programmatischen Rahmen der Nationalliberalen Partei einfügen lassen; und wenn Sie die Entwicklungsgeschichte unserer Partei betrachten und insbesondere in dem *Onckenschen* Werke[182]) über die Geburtsstunde unserer Partei nachlesen, so werden Sie finden, daß schon in dieser Geburtsstunde die sachlichen Gegensätze in eben demselben Umfange vielleicht vorhanden gewesen sind, wie wir sie heute zu verzeichnen haben. Was uns fehlt, ist der Disziplinrahmen, in dem alle die Ansichten bei uns zum Ausdruck kommen.

Wir können uns nach dieser Richtung hin ein Beispiel nehmen an anderen großen Parteien, die viel größere Gegensätze in sich bergen — ich erinnere nur an das Zentrum und an die Sozialdemokratie —, die es aber verstehen, mit Hilfe einer straffen Disziplin diese Gegensätze unter sich auszumachen, ohne daß sie sich in die Öffentlichkeit flüchten und dort die Gegensätze zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde, meine Herren, bitte ich, in dem Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses den Passus über die Disziplin aufrechtzuerhalten.

[180]) *Poensgen* bezieht sich hier vermutlich auf die Resolutionen von zahlreichen Parteiinstanzen, die im Sommer 1912 vor dem Anschluß an den Altnationalliberalen Reichsverband warnen wollten.

[181]) Anton *Schifferer* gehörte dem Geschäftsführenden Ausschuß des Altnationalliberalen Reichsverbandes an. Vgl. Anm. I, 31 und II, 171.

[182]) Vgl. Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen, Stuttgart/Leipzig 1910, 2 Bde.

Was nun die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz anbetrifft, von der hier viel gesprochen worden ist, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß alle Angriffe, welche in dieser Korrespondenz gegen die Person unseres Führers *Bassermann* gerichtet worden sind, durchaus zu mißbilligen sind (Beifall.), und ich halte mich nicht für verpflichtet, die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz nach dieser Richtung hin in Schutz zu nehmen. Ich darf aber hier darauf hinweisen, daß der hier und bei anderer Gelegenheit in der Öffentlichkeit mit manch scheelem Auge angesehene Altnationalliberale Reichsverband mit der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz an sich nichts zu tun hat, und daß dem Altnationalliberalen Reichsverband unrecht getan wird, wenn man die Art seiner Presseäußerungen und die Art seiner Polemik, wie er sie in sachlicher Beziehung zu führen sich für verpflichtet hält, auf eine Stufe stellt mit den Angriffen, die in der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz gegen unsere Parteiinstitutionen gerichtet werden[183]). Ich habe mich darüber gefreut, daß Herr Geheimrat *Krause* anerkannt hat, allerdings mit der Einschränkung „in der letzten Zeit", daß die Presseäußerungen in der Altnationalliberalen Reichskorrespondenz der Partei nicht geschadet haben[184]). Ich für meine Person gehe einen Schritt weiter; ich meine, das, was die Altnationalliberale Reichskorrespondenz zu den politischen Tagesfragen gesagt hat, hat unserer Partei nur nützlich sein können. (Zuruf: Na, na!) Meine Herren, wenn die Richtigkeit der eben von mir aufgestellten Behauptung durch Zwischenrufe bezweifelt wird, so wäre ich den Zweiflern nur dankbar dafür, wenn sie mir an einzelnen Beispielen den Nachweis erbringen könnten, daß ich unrecht gehabt hätte. Der von Herrn Geheimrat *Krause* angezogene Artikel[185]) mag dem einen oder anderen Herrn nicht gefallen haben, und man wird zugeben müssen, daß in einem Organ, das zu den Tagesfragen der Politik laufend Stellung nehmen soll, auch dann und wann Ansichten geäußert werden, die vielleicht nicht ganz opportun erscheinen. Aber wenn man einmal die Dinge herausheben will an der Hand eines einzelnen Artikels, dann wird man mit demselben Recht auch, wie Herr Geheimrat *Krause* sich ausdrückte, nach der anderen Seite hinhauen können. Ich darf zum Beispiel nur an die Artikel erinnern, welche seinerzeit in dem Organ der nationalliberalen Jugend über die preußische Wahlrechtsfrage nach dem Magdeburger Parteitage erschienen sind[186])

Meine Herren, ich komme jetzt zum Schluß auf die Frage der Anonymität, die hier von Herrn *Stresemann* angeschnitten worden ist, und in der die Altnational-

[183]) Immerhin bestand hinsichtlich der politischen Tendenz eine enge Verwandtschaft mit den Altnationalliberalen; vgl. Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz Nr. 51 vom 28. 6. 1912 und öfter. Die altnationalliberale Richtung wurde in der Wormser Ecke „freudig begrüßt" und fand auch im Wahlkreis Alzey-Bingen und vereinzelt in Oberhessen Anklang; vgl. Kriegbaum S. 200.

[184]) Siehe S. 168.

[185]) Siehe S. ebd.

[186]) Der preußische Vertretertag vom 25./26. 4. 1908 hatte sich für ein Pluralwahlrecht ausgesprochen und damit kritische Stimmen in den Jungliberalen Blättern herausgefordert, die sich für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen einsetzten. Vielfach machten die Jungliberalen die retardierende Wahlrechtspolitik auch für das schlechte Abschneiden ihrer Partei bei den preußischen Wahlen verantwortlich. Vgl. Jungliberale Blätter Jg. 8, 1908, S. 67, 112 f., 137 f., 162 f.

liberale Reichskorrespondenz doch in gewissem Sinne auf eine Stufe gestellt worden ist mit der Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz. Meine Herren, das trifft nicht zu. Die Hauptartikel, die in der Altnationalliberalen Reichskorrespondenz veröffentlicht worden sind, sind mit dem vollen Namen des Herrn *Fuhrmann* gezeichnet gewesen, und Herr *Fuhrmann* ist nicht irgendwer, sondern Herr *Fuhrmann* ist ein ganz bekannter Parteifreund von uns, ein früherer Parlamentarier, den man ganz genau kennt, und im übrigen, glaube ich, sind denjenigen Herren, welche heute gegen die Anonymität unserer Korrespondenz Stellung genommen haben, die meisten der Herren, welche sich im Altnationalliberalen Reichsverbande zusammenfinden, dem Namen nach sehr gut bekannt.

(Ruf: Nein! Ruf: Namen nennen!)

Pardon, dann wundere ich mich nur darüber, daß doch in gewissen Organen, die, glaube ich, gerade dem Herrn Zurufer nahestehen, diese Namen ganz besonders und recht umfangreich bekämpft worden sind. (Sehr richtig!) Dann geben die Herren also damit zu, daß diese Namen also nicht richtig wiedergegeben worden sind. (Heiterkeit.)[187])

Aber, meine Herren, ich will mich nicht über diese Frage weiter auslassen, um die Debatte nicht aufzuhalten. Ich meine auch, das ist eine Frage, die mit Recht, wie Herr *Stresemann* vorgeschlagen hat, im Schoße der Kommission erörtert werden kann, die heute einzusetzen ist und in welcher ja die verschiedenen Nuancen unserer Partei vertreten sein werden, und ich zweifle nicht daran, daß diese Kommission, auf den gemachten Vorschlag eingehend, auch diese Frage mit zur Besprechung stellen wird.

Meine Herren, ich habe für die heutige Verhandlung nur einen Wunsch zum Schluß auszusprechen. Der Abgeordnete *Naumann* hat geglaubt, unserer Partei die Sterbestunde einläuten zu sollen. Er hat einmal gesagt, daß ja die Nationalliberale Partei, nachdem das Reich gegründet und die großen Fragen im Reiche gelöst seien, eigentlich ihre Aufgabe erfüllt habe[188]). Nun, ich habe meinerseits heute aus den Ausführungen unseres Führers *Bassermann* und aus dem Verlauf der Debatte, die sich daran angeschlossen hat, den Eindruck gewonnen, daß noch sehr viele Gegenwarts- und Zukunftsfragen vorhanden sind, deren Lösung ohne die Mitwirkung einer starken nationalen und in taktischer Beziehung nach jeder Richtung unabhängigen Nationalliberalen Partei nicht möglich ist. (Zustimmung und Beifall.)

Dr. **Falk** möchte aus Zeitgründen die Ausführungen *Schifferers* ohne Erwiderung lassen. Er erinnert an die Mahnung *Krauses* auf dem Magdeburger Parteitag, „Duldung und Disziplin" gleichermaßen in der Partei walten zu lassen[189]). Daher möchte **Falk** den Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses dahin geändert wissen, daß die Forderung nach Parteidisziplin nicht als Spitze gegen die pommersche Organisation aufgefaßt werden könne. Die von ihm vorgeschlagene Fassung lautet:

---

[187]) Vgl. Anm. 171.

[188]) Siehe Friedrich Naumann, Die nationalliberale Lebensfrage, in: Die Hilfe Jg. 19, 1913, S. 2 ff.

[189]) Es liegt hier eine Verwechslung vor. *Krause* hatte die Parole „Duldung und Disziplin" auf dem Kasseler Vertretertag ausgegeben, siehe: 12. Allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 1. und 2. 10. 1910 in Kassel, Berlin 1910, S. 4.

Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßigere Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbüro und den Geschäftsstellen im Lande im Interesse einer wirksamen Aufrechterhaltung der Parteidisziplin ausarbeitet und dem Zentralvorstande bei seinem Zusammentreten zu unterbreiten hat.

Friedberg erklärt sich namens der Antragsteller vom Geschäftsführenden Ausschuß mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden.

v. Broecker[190]) stellt fest, daß die in den Hamburger Nachrichten erschienenen Angriffe auf *Bassermann*[191])

in gar keiner Beziehung zu der Hamburger Organisation und ihren Mitgliedern stehen. (Beifall.) Keiner von uns weiß, woher diese Artikel stammen und jeder mißbilligt sie nach Inhalt und Form. (Beifall.)

v. Broecker verbindet sodann die allgemeine Forderung nach größerer Diskretion mit dem Wunsch, die Vertraulichkeit der gegenwärtigen Zentralvorstandssitzung zu wahren.

Rechtsanwalt **Kauffmann** unterstützt *Stresemanns* Aufforderung an den Vorstand des Altnationalliberalen Reichsverbandes, aus seiner Anonymität herauszutreten[192]). Zu dem umstrittenen Verhalten des Zentralbüros übergehend spricht der jungliberale Diskussionsredner die dringende Vermutung aus, daß eine Mitgliederliste des württembergischen Landesverbandes an die Altliberalen weitergegeben worden sei. Der Redner nimmt sodann den jungliberalen Reichsverband gegen den Vorwurf in Schutz, daß er sich zu innerparteilicher Kritik des Berliner Tageblatts bediene. Nur in einem einzigen Falle sei dort eine offizielle jungliberale Kundgebung veröffentlicht worden, nachdem eine Reihe nationalliberaler Blätter die Aufnahme abgelehnt hätte[193]).

Im übrigen kann ich die Erklärung abgeben, daß keinem in der Partei sosehr wie gerade uns die Art und Weise, wie das Berliner Tageblatt im allgemeinen Politik treibt, und die Art und Weise, in der es das gegen die Nationalliberale Partei tut, im tiefsten Innern unsympathisch ist (Beifall.), und ich kann von dieser Stelle aus weiter erklären, daß von der Zentrale des Reichsverbandes mit intensivstem Nachdruck auf die einzelnen Vereine und auf die Parteifreunde eingewirkt wird, daß jede Beziehung zwischen einem von uns und dem Berliner Tageblatt unterbleibt. (Beifall.) Ich bin auch der Überzeugung, daß, wenn Indis-

[190]) J. *v. Broecker* gehörte dem Vorstand der Hamburgischen Organisation an.

[191]) Die Hamburger Nachrichten (Nr. 3 vom 3. 1. 1913) hatten die matte Führung *Bassermanns* scharf kritisiert und die Befürchtung ausgesprochen, daß die Partei bei seinem Kurs zu der „demokratischen Interessengemeinschaft" desertieren würde, „um dort als rechte Flügelpartei die Geschäfte der alliierten Fortschrittler und Sozialisten zu besorgen und die eigenen, großen Überlieferungen zu verraten". Das Blatt hatte an die bereits ausgeschriebene Zentralvorstandssitzung die Erwartung geknüpft, daß sie die Partei von diesem Wege energisch zurückreißen würde.

[192]) Vgl. S. 166f.

[193]) Bei der Veröffentlichung handelt es sich um eine Kundgebung des jungliberalen Vereins Leipzig. Die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz (Nr. 94 vom 26. 11. 1912) hatte dazu geschrieben: „Die Jungliberalen haben es stets mit feierlichen Eiden abgelehnt, zum Berliner Tageblatt in irgendwelchen Beziehungen zu stehen, — jetzt auf einmal wird es offenbar, daß man von jungliberaler Seite die Spalten des anarchofreisinnigen Berliner Blattes für seine Politik braucht. Und mancher Nationalliberale wird sich nach dieser Entdeckung seine Gedanken darüber machen, auf welchem Wege Indiskretionen aus unserer Partei in das Berliner Tageblatt gelangen."

kretionen vorgekommen sind aus Zentralvorstandssitzungen und ähnlichem, einer von uns ganz zweifellos nicht daran beteiligt ist. (Sehr richtig!)

Im übrigen sehe ich mich in derselben Lage wie eine ganze Reihe der Herren Vorredner, daß es einem wehe tut nach den Verhandlungen, die heute früh hier stattgefunden haben, so im Detail auf ältere, von uns und von der Partei hoffentlich überwundene Dinge zurückzukommen, und ich glaube, daß, wenn wir diese Aussprache hinter uns haben, dann nach dem Referat, das wir heute morgen haben hören dürfen, in dieser kritischen Zeit, in einer Zeit, wie sie vielleicht nach dem großen Kriegsjahr nicht kritischer gewesen ist, wir uns wieder zusammengeschmiedet sehen und alles daransetzen, Mann für Mann dafür zu sorgen, daß in den nächsten Monaten das deutsche Vaterland den Schutz erhält, den es braucht, und der ihm wahrlich nicht durch unsere Schuld bisher vorenthalten worden ist.

Friedberg erbittet für den Generalsekretär *Kalkoff* das Wort, das ihm vom Vorsitzenden mit Zustimmung der Versammlung zur Stellungnahme in der Listenfrage erteilt wird.

Generalsekretär **Kalkoff** bestreitet die Möglichkeit, daß Listen aus dem Zentralbüro in die Hände der Altliberalen gekommen sind und nimmt Bezug auf die Liste des jungliberalen Vereins Nagold, die er an *Kauffmann* gesandt habe mit der Bitte, er möchte feststellen, ob sie mit der Originalliste des Vereins übereinstimme.

Rechtsanwalt Dr. **Kauffmann** erklärt, ein solches Schreiben nie erhalten zu haben.

Vorsitzender [Bassermann]: Ich denke, wir wollen die Sache nicht weiter verfolgen. Damit würde die Rednerliste über diesen Antrag geschlossen sein.

Stresemann (zur persönlichen Bemerkung) erklärt, daß sich der von ihm gebrauchte Ausdruck Sitzredakteur viel weniger gegen den Redakteur *Ackermann* als gegen diejenigen richtet, die an dieser [Süddeutschen Nationalliberalen] Korrespondenz mitarbeiten und ihm die Verantwortung dafür überlassen.

Wachhorst de Wente[194]) (zur persönlichen Bemerkung): Meine Herren, ich möchte zunächst diejenigen, die Beziehungen zur Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz unterhalten und die die Tendenz des Blattes irgendwie zu beeinflussen vermögen, darum bitten, darauf hinzuwirken, daß der Deutsche Bauernbund nicht in dieser häßlichen und fanatischen Weise in Zukunft angegriffen wird, wie das bislang leider Gottes der Fall war[195]). (Zustimmung.) Meine Herren, der Deutsche Bauernbund ist immer bezeichnet worden als Bauernzersplitterungsbund; es ist ganz dieselbe Kampfesweise gegen ihn beliebt worden, vielleicht noch eine etwas häßlichere Kampfesweise, als wie sie der Bund der Landwirte uns gegenüber anzuwenden stets für gut befunden hat. Ich glaube, es ist gut, wenn ich die Herren, die heute gesprochen haben und die allem Anschein nach doch noch gewisse Beziehungen zu diesem Blatte unterhalten, bitte, ihren Einfluß aufzuwenden, daß dies in Zukunft aufhört, weil ich der Meinung bin, daß der Deutsche Bauernbund bis heute schon erhebliche Verdienste um die Nationalliberale Partei hat. Wir haben 50 000 Mitglieder, die wir in schwersten Kämp-

[194]) Friedrich *Wachhorst de Wente* (1863—1939) war Präsidiumsmitglied des Deutschen Bauernbundes.

[195]) Die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz stand dem Bund der Landwirte nahe, der ständig harte Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Bauernbund hatte. Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 499 vom 3. 5. 1912.

fen errungen haben, und haben bei den Reichstagswahlen gezeigt, daß wir auch Mandate erringen können, zunächst in Oldenburg[196]), und die alte Hochburg des Antisemitismus, den Wahlkreis *Liebermann[s] von Sonnenberg*[197]), haben wir auch genommen; wir werden auch nächstens Herrn *v. Kröcher* hinauswerfen[198]) (Beifall.) und noch verschiedene andere[199]). Ich möchte besonders hervorheben, daß der Deutsche Bauernbund in der uneigennützigsten Weise die Herren von der Partei unterstützt hat, einerlei, ob sie links oder rechts standen, wir haben nie danach gefragt[200]). Es hat stets genügt, wenn die Herren gesagt haben, sie sind nationalliberal. Deshalb möchte ich bitten, daß wir in dieser Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz, die in weiten Volkskreisen für nationalliberal gehalten wird, nicht in dieser häßlichen Weise angegriffen werden.

Meine Herren, ich möchte dann — das war eigentlich der Zweck, weshalb ich das Wort erbeten habe — noch zurückkommen auf eine unserer Gegenwartsaufgaben — wie das Herr *Schifferer* so besonders schön gesagt hat —, und eine der hervorragendsten Gegenwartsaufgaben der Nationalliberalen Partei ist die, daß wir eine Zentralzeitung hier in Berlin gründen[201]), eine neue Zeitung, die von der Masse unserer Partei gelesen wird.

Meine Herren, Herr *Bassermann* hat das Wort Honoratiorenpolitik gebraucht[202]); wir dürfen auch nach dieser Richtung hin keine Honoratiorenpolitik mehr treiben, sondern wir müssen uns auch um die Interessen der kleinen Bauern, der Handwerker, der kleinen Beamten, der nationalgesinnten Arbeiter ebenso kümmern, wie das von den anderen politischen Parteien längst erkannt und längst geschehen ist.

[196]) Vermutlich handelt es sich hier um einen Hörfehler; einen nationalliberalen Wahlerfolg in Oldenburg hat es nicht gegeben.

[197]) Es handelt sich um den Wahlkreis Fritzlar-Homberg-Ziegenhain.

[198]) Nachdem am 17. 4. 1913 das Mandat des Deutschkonservativen *v. Kröcher* für ungültig erklärt worden war, gelang es den Nationalliberalen, bei der Nachwahl in Salzwedel-Gardelegen Dr. *Böhme*, den Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, in den Reichstag zu bringen.

[199]) *Wachhorst de Wente* selbst gelangte — allerdings erst 1914 — über den Wahlkreis Stendal-Osterburg wieder in den Reichstag.

[200]) Der Deutsche Bauernbund, der als Reaktion auf die Politik des mehr großagrarisch orientierten Bundes der Landwirte entstanden war, wurde bisher dem linken Parteiflügel zugerechnet. In der Diskussion um die Fleischteuerung rückte er jedoch fühlbar nach rechts. Vgl. dazu den Brief *Stresemanns* (Nachlaß 136) an *Bassermann* am 7. 11. 1912: „Derselbe Bauernbund, auf den wir uns früher verlassen konnten, sendet jetzt seine Agitatoren in die Landtagswahlkreise, um die Aufstellung eines Mannes wie *Frhr. v. Richthofen* unmöglich zu machen. Herr *Wachhorst de Wente* begibt sich nach Solingen, um für die Wiederwahl des Herrn *Friedberg* zu wirken." *Stresemann* meint, dies sei noch vor zwei Wochen unmöglich gewesen, und führt die Rechtsschwenkung auf die Agitation der Altnationalliberalen zurück. Es liegt indes näher, den Grund hierfür in der Fleischteuerungsdebatte vom 25. und 26. 10. im preußischen Abgeordnetenhause zu sehen, in welcher der rechte Parteiflügel die Interessen der Viehzüchter energisch vertreten hatte. Vgl. auch die Debatte in der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 27. 11. 1912, in: Bundesarchiv R 45/I, 10.

[201]) In nationalliberalen Kreisen wurde der Wunsch nach einem zentralen Organ seit langem gehegt. Die Partei verfügte in der Hauptstadt weder über ein repräsentatives noch über ein besonders zugkräftiges Organ. Die traditionsreiche Nationalzeitung hatte nach dem Scheitern mehrerer Sanierungsversuche durch die Partei im Jahre 1910 in eine Abendzeitung umgewandelt werden müssen und erhielt noch vor dem Ersten Weltkrieg den Titel „8 Uhr-Abendblatt". Vgl. Isolde Rieger, Die wilhelminische Presse im Überblick, München 1957, S. 119.

[202]) Bei welcher Gelegenheit ließ sich nicht feststellen.

Meine Herren, wenn ich mir die Frage vorlege: wie kommt es, daß die Fortschrittliche Volkspartei verhältnismäßig große Erfolge auf dem platten Lande errungen hat — ich brauche doch nur auf die Tatsache hinzuweisen, daß sie uns die letzten beiden Mandate, die wir in Schleswig-Holstein hatten, bei den letzten Reichstagswahlen abgenommen hat[203]) —, so liegt das meiner Überzeugung nach zum großen Teil daran, daß sowohl die Sozialdemokratie als die Fortschrittliche Volkspartei über eine kleine und billige Presse verfügen, wie das bei uns leider nicht der Fall ist. (Sehr wahr!) Die Deutsche Morgenzeitung[204]), die Berliner Morgenpost und die Abendpost, die Ullsteinblätter[205]), überschwemmen das ganze Land; derartige Zeitungen haben wir nicht zur Verfügung, und wenn wir nicht bei den kleinen Bauern, bei den Handwerkern und bei den nationalgesinnten Arbeitern den Boden verlieren wollen, dann ist es eine Notwendigkeit für uns, für unsere Partei eine bittere Notwendigkeit, daß wir an die Aufgabe herantreten, auch eine billigere Presse zu gründen, eine billige Zeitung, die vierteljährlich 1,50 [RM] kosten soll.

Wir haben nun zu diesem Zwecke mit dem Führer der Partei, mit Herrn *Bassermann*, Rücksprache genommen, und Herr *Bassermann* ist einer der ersten gewesen, der sich hierfür interessiert hat. Es soll eine Aktiengesellschaft werden. Herr *Bassermann* ist einer der ersten gewesen, der Aktien gezeichnet hat. Meine Herren, es war ein Stammkapital von 600 000 M in Aussicht genommen worden, und es ist uns bis heute nur gelungen, 460 000 M zusammenzubringen, es fehlen uns also noch 140 000 M, und wenn es uns möglich sein sollte, dann möchten wir gern noch 100 000 M mehr gezeichnet haben, um die Sicherheit für dieses Unternehmen noch mehr zu stärken[206]).

Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich es als eine der ersten Notwendigkeiten für unsere Nationalliberale Partei bezeichne, um die Bauern und

[203]) Die Fortschrittliche Volkspartei hatte 1912 in Schleswig-Holstein 7 Mandate errungen, was allerdings nicht zuletzt auf das Wahlbündnis mit der SPD zurückzuführen war. Vgl. Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918—1933, Düsseldorf 1962, S. 18 f.

[204]) Gemeint ist offensichtlich die bei *Mosse* erscheinende Berliner Morgen-Zeitung, die monatlich nur 60 Pf kostete. Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin, Berlin 1959, S. 116, bemerkt zu dieser Zeitung: „Daß sie vorwiegend auf dem Lande gelesen wurde, geht aus der kuriosen Tatsache hervor, daß ihre Auflage im Sommer 125 000, im Winter hingegen 150 000 Exemplare betrug."

[205]) Die Berliner Morgenpost, die im Wochenabonnement für nur 10 Pf gehalten werden konnte, und die Berliner Abendpost erschienen bei *Ullstein;* vgl. a.a.O. S. 118 ff. u. 99 f.

[206]) Am 7. 9. 1913 konnten die Nationalliberalen Blätter melden, daß die neue Zeitung, der Deutsche Kurier, als ein „in erster Linie [. . .] nationalliberales Organ an die Öffentlichkeit" getreten sei. *Bassermann* hatte das Geleitwort, *Casselmann*, *Vogel*, *Hettner*, *Rebmann* u. a. hatten Begrüßungsworte geschrieben. Obwohl als „Tageszeitung großen Stils" angekündigt, wurde der Deutsche Kurier doch fast ausschließlich „das Blatt des Deutschen Bauernbundes" (vgl. Isolde Rieger a.a.O. S. 119). Die Zeitung kostete vierteljährlich 2,10 M, ihre Auflage wurde nicht bekanntgegeben (vgl. Nationalliberale Blätter Nr. 19 vom 10. 5. 1914). Als der Deutsche Bauernbund 1915/16 finanziell zusammenbrach, geriet auch der Deutsche Kurier in größte Schwierigkeiten (vgl. Berliner Tageblatt Nr. 374 vom 24. 7. 1915) und wurde schließlich im März 1917 von einer durch den nationalliberalen Abgeordneten *Hirsch* repräsentierten Industriegruppe aufgekauft. Das Blatt vertrat daraufhin die Ansichten des rechten Parteiflügels. Vgl. Thieme S. 41 u. 190.

die Handwerker bei uns zu halten, ihnen die billige Zeitung zu geben; denn die Zeitung ist für den Leser ungefähr dasselbe, was die Frau für den Mann ist. Steter Tropfen höhlt den Stein (große Heiterkeit.); was eine kluge Frau von ihrem Mann will, das setzt sie durch. Wenn die Leute, die auf dem Acker arbeiten, immer jeden Morgen beim Morgenkaffee diese feindliche Tendenz vorgetragen lesen und in sich aufnehmen — meine Herren, wir können die Leute nicht halten, wir können sie beim Bauernbunde nicht halten, und auch nicht bei der Partei[207]). Ich muß zu meiner Freude gestehen, daß dieses unser Unternehmen in den weitesten Volkskreisen, auf die wir Einfluß haben, die sich noch national nennen, mit Begeisterung aufgenommen worden ist. Ich habe zunächst in meinem früheren Reichstagswahlkreise nur von kleinen Leuten 20 000 M erhalten. Es ist uns gelungen, 200-M-Aktien in den weitesten Volkskreisen unterzubringen, und wir haben dadurch Agitatoren und Propagandisten für das Unternehmen geschaffen. Wer versagt hat — ich muß das zu meinem Bedauern aussprechen —, das sind die Fraktionen im Reichstag und Landtag und auch die Herren vom Zentralvorstand gewesen. Es sind noch nicht einmal 12 Herren von diesen Organisationen, die eine Aktie gezeichnet haben, noch nicht einmal eine 200-M-Aktie, und so glaube ich, nicht unbescheiden zu sein, wenn ich die Bitte an Sie richte, sich zu beteiligen. Die platonische Liebe nützt nichts, hier muß wirklich geliebt werden. (Heiterkeit.) Es ist eine der größten Gegenwartsaufgaben, die wir überhaupt haben.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, damit ist die Diskussion über Punkt 3 unserer Tagesordnung geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.
(Zu Dr. *Marwitz*) Wollen Sie nicht Ihren Antrag zugunsten der anderen Anträge zurückziehen?

Wachhorst de Wente: Meine Herren, ich möchte noch etwas sagen. Ich glaube auch, daß das Unternehmen durchaus rentabel ist. Ich weiß ja wohl, daß hier in der Versammlung sehr viele Skeptiker sind; denn alle nationalliberalen Gründungen haben ja wohl nicht reüssiert. Aber ich glaube doch, hier wird es anders werden, denn hier stehen doch ganz andere große Organisationen dahinter, nicht allein die Nationalliberale Partei, sondern auch der Deutsche Bauernbund, und wir lassen heute schon im Deutschen Bauernbund durch unsere Vertrauensmänner Abonnenten sammeln. Ich bin fest überzeugt, 15000 zahlende Abonnenten werden es mindestens sein, die wir gleich von Anfang an dem Unternehmen zuführen werden. Ich glaube also, das Kapital wird nicht verloren sein, sondern im Gegenteil, wenn wir auch nicht so hohe Dividenden geben wie die Deutsche Tageszeitung, die im Jahre 1911 40% gegeben hat[208]).

[207]) *Wachhorsts* Initiative dürfte ihren Grund nicht zuletzt in der schwierigen Lage des Deutschen Bauernbundes haben. Dieser war nach einem ersten Aufblühen bald in Stagnation geraten und hatte nicht weniger als 5 Mill. Mark Schulden gemacht. In dieser Notlage war *Wachhorst* bereits am 20. 8. 1912 an *Bassermann* mit Geldwünschen herangetreten; vgl. Abschrift des Briefes im Nachlaß Stresemann 136. *Bassermann* wandte sich daraufhin am 28. 8. 1912 an *Stresemann:* „Wenn der Bauernbund zugrunde geht, hat der Hansabund den Schaden. Was kann geschehen? Die Banken reagieren nicht, ich habe schon oft versucht." (A.a.O.)

[208]) Möglicherweise war die Zurückhaltung weiter nationalliberaler Kreise auch ein Ausdruck des geringen Vertrauens, das man in die finanzielle Solidität des Bauernbundes setzte. Zu der ständigen Finanzmisere des Bauernbundes vgl. Karl Böhme, Zum Streit der landwirtschaftlichen Organisationen, Leipzig o. J. (1928), passim.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, es liegen nunmehr zwei Anträge vor. Das eine ist der Antrag des Herrn Dr. *Marwitz* und Genossen,

eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission zu wählen, welche Vorschläge für eine Ausgestaltung der Parteizentrale auch im Sinne einer engeren Fühlung mit den Parteifreunden im Lande auszuarbeiten hat,

und andererseits der Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses in der von Herrn *Falk* geänderten Form:

Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßigere Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbüro und den Geschäftsstellen im Lande im Interesse einer wirksamen Aufrechterhaltung der Parteidisziplin ausarbeitet und dem Zentralvorstand bei seinem Zusammentreten zu unterbreiten hat.

Dazu liegt ein Amendment des Herrn *Poensgen* vor, in dem zweiten Antrag anstelle des Wortes „Parteidisziplin" „Parteieinigkeit" zu sagen.

Dr. **Falk:** Ich bitte, die Abstimmung zwei Minuten auszusetzen.

Abgeordneter **Haarmann** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte zu dem Antrage *Poensgen* sagen, wenn Herr *Poensgen* statt „Parteidisziplin" „Parteieinigkeit" setzen will, so ist das doch keine Übersetzung von Parteidisziplin, dann muß es heißen Parteizucht.

(Zuruf: Da ist das Gegenteil: Parteiunzucht!)

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, dann wollen wir die Sitzung auf zwei Minuten aussetzen.

(Kurze Pause.)

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Rechtsanwalt Dr. **Marwitz** (zur Geschäftsordnung): Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des abgeänderten Antrags des Herrn *Falk* zurück. (Beifall.)

Vorsitzender [Bassermann]: Dann würde nur noch der Abänderungsantrag *Poensgen* vorliegen, statt „Parteidisziplin" zu setzen „Parteieinigkeit".

Dr. **Poensgen:** Falls der Geschäftsführende Ausschuß nicht damit einverstanden sein sollte, „Einigkeit" zu sagen statt „Disziplin", um Mißverständnisse in der Öffentlichkeit zu vermeiden, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Vorsitzender [Bassermann]: Der Antrag ist zurückgezogen, dann liegt nur noch ein einziger Antrag vor, der abgeänderte Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses in der Fassung *Falk*.

Meine Herren, wenn sich kein Widerspruch erhebt, dann darf ich wohl feststellen, daß dieser Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben worden ist.

Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, dann hätte ich noch eine Bemerkung bezüglich der Parteigeschichte zu machen. Sie haben vielleicht den Artikel gelesen, welcher zuerst in der Kölnischen Zeitung gestanden hat[209]) und der heute in den Nationalliberalen Blättern

[209]) Nr. 131 vom 3. 2. 1913.

abgedruckt ist: „Zur Geschichte der Nationalliberalen Partei". Herr Generalsekretär *Kalkoff* hat eine Reihe höchst dankenswerter Publikationen bereits veranlaßt[210]); es fehlt notwendig, die Geschichte der Partei zu bearbeiten, und ich möchte heute den Appell an die Herren aus dem Lande richten, doch das Zentralbüro, den Herrn *Kalkoff*, tunlichst zu unterstützen und Material, das gewiß in reicher Fülle auch im Lande vorhanden ist, zu diesem Zwecke dem Zentralbüro zugänglich zu machen[211]).

Dann gehen wir über zu Punkt 2.

Fleischversorgung und innere Kolonisation.

Das Wort hat Herr *Schiffer*.

(Zuruf: Ich bitte zur Geschäftsordnung das Wort!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter *Schiffer*.

Abgeordneter Dr. **Schiffer** verspricht zu Beginn seiner Rede, sich kurz zu fassen, zumal da das Thema anläßlich einer Interpellation im preußischen Landtag[212]) und anläßlich des Reichsgesetzes für eine vorübergehende Zollerleichterung[213]) bereits in umfassender Weise erörtert worden sei. Der Redner geht in seinen Ausführungen davon aus, daß die Fleischteuerung als eine chronische Erscheinung zu betrachten sei, wenn auch die „außergewöhnliche Dürre und das Auftreten der Maul- und Klauenseuche im Sommer 1911" besondere Härten gebracht hätten[214]). Über die tieferen Ursachen der chronischen Fleischnot habe freilich auch die vom Reichsamt des Innern eingesetzte Untersuchungskommission keine Klarheit schaffen können, woraus sich eine Unsicherheit hinsichtlich der Mittel ergäbe, mit denen man der Notlage Herr werden könne.

[210]) Bei diesen Publikationen handelte es sich um Materialsammlungen wie „Programmatische Kundgebungen der nationalliberalen Partei 1866—1913", „Nationalliberale Parlamentarier des Deutschen Reichstages 1866—1909", „Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses 1866—1913". Diese Schriften wurden vom Zentralbüro angefertigt und vertrieben.

[211]) Die hier einsetzenden Bemühungen um eine nationalliberale Parteigeschichte wurden noch über ein Jahrzehnt lang ohne greifbaren Erfolg fortgesetzt. Der zunächst engagierte Dr. Eduard Wilhelm *Mayer* starb am 17. 9. 1917, ehe er seine Arbeit über die Anfänge der Nationalliberalen Partei abschließen konnte. Vgl. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 18. 1. 1918, Protokoll in: Bundesarchiv R 45/I, 5. Eine kürzere Studie wurde posthum veröffentlicht in: Paul Wentzcke (hrsg.), Deutscher Staat und deutsche Parteien — Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht, München/Berlin 1922, S. 135—154. Dr. Paul *Wentzcke* und Dr. Hans *Goldschmidt* setzten die Arbeit fort, ohne indes bei der Deutschen Volkspartei ein genügendes finanzielles Verständnis zu finden; vgl. Kleine Erwerbungen Nr. 303—14. Lediglich eine zweibändige Sammlung von Briefen liberaler Politiker (Paul Wentzcke und J. Heyderhoff, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bonn 1925/26) konnte erscheinen.

[212]) Siehe Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1912/13 Bd. 6 Sp. 7180 ff. (25. 10. u. 26. 10. 1912); vgl. dort auch die Rede *Schiffers* Sp. 7181—7194.

[213]) Gesetz „betr. vorübergehende Zollerleichterung bei Fleischeinfuhr" vom 1. 2. 1913; vgl. dazu Sten. Berichte Bd. 286 S. 2328 ff., 2361 ff., 2398 ff. (27. 11., 28. 11. und 29. 11. 1912); Bd. 287 S. 3372 ff., 3407 ff., 3445 ff. (29. 1., 30. 1. und 31. 1. 1913); ferner Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 300 Nr. 543 u. 641.

[214]) Z. B. war der Preis für 1 kg Rindfleisch im Einzelhandel von 156 Pf im August 1909 auf 190 Pf im August 1912 gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg der Preis für Schweinefleisch um etwa 10%, für Kalbfleisch um 16%. Vgl. Kurt Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende, Berlin 1960, S. 156.

Schiffer möchte nach dem Vorbild der preußischen Regierung[215]) bei der Bekämpfung der Teuerung unterschieden wissen zwischen sofort wirkenden Maßnahmen, die gegen die akute Not angehen, und allgemeinen agrarischen Strukturverbesserungen, die auf die Dauer eine günstige Fleischversorgung gewährleisten. Dabei möchte er jedoch im Einklang mit den nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des preußischen Landtags diejenigen Mittel ausgeschaltet wissen, durch welche

die gesamten Grundlagen der von uns eingeschlagenen und festgehaltenen Wirtschaftspolitik, die Grundlagen des Schutzes der nationalen Arbeit nicht tangiert werden, und damit scheidet eben eine Anzahl Mittel aus, die unvereinbar gewesen wären mit dieser gemäßigten Schutzzollpolitik, die wir im übrigen einschlagen.

Die von der Reichsleitung ergriffenen Schutzmaßnahmen hielten sich mit diesem Grundsatz im Einklang. Daher könnten die Tarifermäßigungen, die Erweiterung der Einfuhr von Vieh und Fleisch aus den Nachbarländern und schließlich auch die unter gewissen Kautelen erfolgende Erstattung des Vieh- und Fleischzolles an die Kommunen seine Zustimmung finden. Dagegen müsse er die Milderung des Fleischbeschaugesetzes, wodurch die Einfuhr von großen Mengen überseeischen Gefrierfleisches ermöglicht würde, ablehnen. Wenn man die Vorschriften der Fleischbeschau für ausländisches Fleisch einseitig lockern würde, so wäre dies nicht nur eine empfindliche Benachteiligung der einheimischen Produktion, sondern zugleich ein hygienischer und auch sozialer Rückschritt. Auch die zeitlich begrenzte Einfuhr von Gefrierfleisch komme nicht in Frage, „weil die dazu notwendigen Kapitalanlagen viel zu groß sind". Übergehend zu den Strukturverbesserungen in der Fleischversorgung heißt der Redner die Vorschläge der preußischen Regierung gut; er nennt in diesem Zusammenhang „die vermehrte Aufstellung von männlichen Zuchttieren, verstärkten Futterbau, die Anlegung von Viehwiesen, namentlich aber die Urbarmachung der ausgedehnten Moor- und Ödländer und die kraftvolle Förderung der Landesmelioration sowie die innere Kolonisation". Zumal angesichts der außenpolitischen Gefahrenlage sollten alle diese Maßnahmen an dem Ziel orientiert sein, Deutschland von der Fleischeinfuhr möglichst unabhängig zu machen[216]).

Schiffer setzt sich sodann etwas näher mit den vieldiskutierten Vorschlägen zur Förderung der Viehzucht auseinander. Von einer Senkung der Futtermittelzölle könne er sich nur wenig versprechen, denn der Schaden für die Staatsfinanzen wäre wohl größer als der Nutzen für die Viehzucht. In der Regel pflegten fühlbare Zollermäßigungen primär dem Zwischenhandel zugute zu kommen. Ähnlich skeptisch äußerte sich **Schiffer** zu den mancherorts bereits abgeschlossenen Verträgen zwischen den Städten und den Viehzüchtern. Auf diese Weise könnten wohl die Marktverhältnisse konsolidiert werden, aber eine derartig weitgreifende Tätigkeit der Kommunen könnte doch eine gefährliche Beeinträchtigung des freien Wettbewerbs mit sich bringen. Man solle daher zuerst abwarten, ob nicht die anderen Maßnahmen besser zum Ziele führten.

Den „durchgreifendsten" Nutzen für die Behebung der Fleischnot verspricht sich **Schiffer** indes von einer tatkräftigen Inangriffnahme der inneren Kolonisation. Denn die Fleischproduktion liege primär in den Händen der Kleinbauern, Landarbeiter und kleineren Beamten, während der Großgrundbesitz daran in einem erstaunlich geringen

---

[215]) Vgl. Wippermann 1912/II S. 142 ff.

[216]) Seit 1912 wurden auch von amtlichen Stellen Überlegungen angestellt, wie die deutsche Ernährungswirtschaft vor den negativen Wirkungen der im Kriegsfalle erwarteten Blockade geschützt werden könnte. Vgl. Delbrück S. 57 ff.

Maße beteiligt sei[217]). Es gäbe sogar bereits zahlreiche Domänen ohne Vieh, wogegen man gesetzlich einschreiten sollte.

Freilich ließe sich die Forderung nach innerer Kolonisation nicht allein mit der Fleischnot motivieren, vielmehr gäbe es für sie eine solche Mannigfaltigkeit von Gründen, daß sie als eine der wichtigsten Fragen der Zeit anzusehen sei. Der Redner nennt unter diesen Gründen die Überwindung des Arbeitskräftemangels auf dem Lande und die Stärkung des kleinstädtischen Marktes. Vor allem aber geht es ihm um die Förderung biologischer und „nationalethischer" Ziele. Die Qualität der „Rekrutenverhältnisse" könnte verbessert werden, die Geburtenfreudigkeit angeregt und ein gesundes schollengebundenes Landleben begünstigt werden. All dies würde eine Verminderung des Bürokratismus und eine Befreiung von den ausländischen Säsonarbeitern, die „zum Teil ganz außerordentlich degenerierend" wirkten, zur Folge haben[218]).

Starke, freie, selbständige, das Haupt aufrechttragende Menschen brauchen wir, und zwar nicht Menschen — deren wird es ja nur wenige geben —, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit durch ihren Reichtum haben, sondern durch die Natur ihrer Beschäftigung, dadurch, daß sie alles das, was sie brauchen und notwendig haben, sich herausarbeiten aus der Scholle, auf der sie sitzen. Des alten Deutschen Stolz war der eigene Grund und Boden, auf welchem er schalten und walten konnte und sich um niemand zu kümmern brauchte als um den, der diesen Boden fruchtbar werden läßt und ihm das Gebot der Heimatliebe und damit das Gebot der Liebe zum Vaterlande ins Herz senkt, diese glücklichen, vielen freien Menschen, den Mittelstand, der nicht jeden Tag zittern muß um seine Existenz, sondern festgewurzelt auf der Erde aus ihr heraus die Grundlagen seines Lebens zieht, geistig und körperlich mit ihr verwachsen ist und sich nicht trennen will von der Scholle, der am besten auch Widerstand leisten kann gegenüber der Sozialdemokratie.

Was die praktische Durchführung der inneren Kolonisation angeht, so empfiehlt **Schiffer** den maßvollen Einsatz von Staatsmitteln zur Kultivierung von Ödländereien, um Land für die Ansetzung von Siedlern zu gewinnen. Weitaus stärkeren Akzent legt er jedoch auf die Aufteilung von Domänen. Zwar hätten diese in manchen Gegenden — ähnlich wie der Großgrundbesitz — noch eine agrartechnische und soziale Führungsaufgabe, aber er halte die Feststellung für nicht zu kühn, „daß in Hannover, in Sachsen keine einzige Domäne mehr zu sein" brauche[219]).

Allerdings seien bei der Parzellierung von Domänen einige große Schwierigkeiten zu überwinden. Es handle sich dabei einmal um die Widerstände der Domänenpächter, vor allem aber um das Problem, in welcher Art die Ansiedler anzusetzen seien, ob z. B. reine Bauerndörfer gegründet werden sollten oder ob die ursprüngliche Einheit des parzellierten Gutes in irgendeiner Form aufrechterhalten werden sollte. Großes Gewicht legt der Redner auf die Forderung, die neuen Siedlungen jeweils so einzurichten, daß die angesetzten Landwirte sich auf ihrem Grundstück nicht als „glebae adscripti",

[217]) *Bassermann* hatte in einer Rede am 29. 1. 1913 darauf aufmerksam gemacht, daß in den Händen des mittleren und kleineren Besitzes über 70% der Viehproduktion und über 90% der Schweinezucht lägen. Vgl. Nationalliberale Blätter Jg. 25, 1913, S. 189.

[218]) Im Berichtsjahr 1912/13 waren 411706 Arbeiterlegitimationskarten für ausländische Wanderarbeiter in der Landwirtschaft ausgegeben worden. Ihre Hauptmasse kam aus den angrenzenden östlichen Gebieten; darunter befanden sich 316323 Polen und 51546 Ruthenen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich Jg. 35, 1914, S. 418.

[219]) In der Provinz Sachsen betrug der Anteil der Domänen an der Bodenfläche noch etwa 6%.

sondern als freie und zufriedene Menschen fühlten. Der „unnatürlichen Blutentleerung des platten Landes" müsse kräftig entgegengewirkt werden, und zwar nicht nur durch die Förderung von Kirche, Schule und ländlicher Wohlfahrtspflege, sondern auch durch die Sicherung der realen politischen Freiheit auf dem Lande. Dazu gehöre die Änderung der bisherigen Kreisordnung, „die in einer übermäßigen Weise dem Großgrundbesitz Vorrechte gewährt gegenüber den kleineren Gemeinden"[220]), und die Form des preußischen Dreiklassenwahlrechts, namentlich was die öffentliche Stimmabgabe angeht.

Sodann kommt **Schiffer** noch auf die fideikommissarische Bindung des Bodens zu sprechen, die in ihrer großen und ständig wachsenden Ausdehnung die innere Kolonisation behindere[221]). Man sollte „vielleicht nicht so weit gehen", die Fideikommisse ganz zu beseitigen, denn dagegen sprächen im Osten natürliche Gründe und auch die Tatsache, daß sich diese Eigentumsart besonders auf Waldbestände beziehe, die nicht aufgeteilt werden könnten[222]). Jedoch begrüßt der Redner die Resolution des preussischen Landesökonomiekollegiums, die sich dafür ausspricht, daß Fideikommisse nur dann gebildet werden dürfen, wenn das betreffende Grundstück „mindestens 50 Jahre im Besitz einer und derselben Familie gewesen ist"[223]).

Zum Schluß verleiht der Redner dem Wunsch Ausdruck, daß sich bei der Arbeit für die innere Kolonisation alle Kreise des deutschen Volkes, was für politische Standpunkte sie auch sonst haben mögen, zusammenfinden.

Vorsitzender [Bassermann] dankt dem Referenten und eröffnet die Diskussion.

Abgeordneter **Wamhoff** betont eingangs ausdrücklich, „auch im Namen des Deutschen Bauernbundes" und als dessen Vorstandsmitglied zu sprechen[224]). Er dankt der nationalliberalen Führung im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus, insbesondere *Bassermann* und *Friedberg*, und sucht im folgenden Verständnis für die Ursachen der Fleischteuerung zu wecken. Neben der Trockenheit des Jahres 1911 und der starken Verbreitung der Viehseuchen seien dafür vor allem die gestiegenen Kosten für das Personal und die Futtermittel verantwortlich zu machen. Auch die Schweinemast der

[220]) Die preußische Kreisordnung von 1872 hatte zwar dem flachen Lande ein gewisses Maß von Selbstverwaltung gebracht, aber die neugebildeten Kreisausschüsse, welche die Aufsichtsinstanz gegenüber der dörflichen Selbstverwaltung darstellten, wurden praktisch vom Großgrundbesitz beherrscht. Auch war den Gutsbesitzern weiter ihre kommunale Selbständigkeit erhalten geblieben. Vgl. Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950, S. 546 ff. u. 716 ff.

[221]) In Preußen waren im Jahre 1912 etwa 7% der gesamten Staatsfläche fideikommissarisch gebunden. In den Regierungsbezirken Stralsund und Oppeln betrug der Anteil der Fideikommisse an der Bodenfläche sogar über 20%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den preußischen Staat Jg. 12, 1914, S. 90.

[222]) Die Haltung der Nationalliberalen in dieser Frage war durchaus uneinheitlich. Am 1. 4. 1913 verlangte ihr Sprecher im preußischen Abgeordnetenhaus ein Gesetz, wonach nur noch die Neuerrichtung von Waldfideikommissen zugelassen sein sollte; vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1912/13 Bd. 10 Sp. 13071. Demgegenüber unterstützte die nationalliberale Reichstagsfraktion am 2. 4. 1913 eine viel weiter gehende Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei. Diese Resolution forderte von der Regierung eine Gesetzesvorlage, durch welche die „Errichtung und Erweiterung von Familienfideikommissen an Grund und Boden verboten und die Auflösung bestehender Familienfideikommisse gefördert" werden sollte. Vgl. Sten. Berichte Bd. 288 S. 4454 u. 4459 f.

[223]) Vgl. Festtagung des Kgl. Preußischen Landes-Ökonomie-Kollegiums zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Sr. M. des Kaisers und Königs Wilhelm II. vom 6.—8. 2. 1913, 3. Tagung der 12. Sitzungsperiode, Berlin 1913, S. 15.

[224]) Hermann *Wamhoff* (1849—1915) war zu jener Zeit der einzige nationalliberale Reichstagsabgeordnete, der dem Deutschen Bauernbund angehörte.

großen Bergbaugesellschaften sei an diesen erschwerten Bedingungen mehr oder weniger gescheitert. Hinsichtlich der Maßnahmen zur Überwindung der Fleischnot legt **Wamhoff** besonderes Gewicht auf die Parzellierung der Domänen, die in einer Weise geschehen sollte, daß sie wirklich dem kleinen Mann zugute kommt. So sollten z. B. Arbeiterkolonien nur in der Nähe von großen Städten angelegt werden. Ferner wird von dem Sprecher des Bauernbundes die Forderung nach einem verstärkten Ausbau des Fortbildungswesens erhoben. Zum Schluß richtet er an die Versammlung den Appell, „die ländlichen Verhältnisse nicht unberücksichtigt"zu lassen. Auf dem Lande

wohnen viele Leute, die hinter uns stehen und treu zu unserer Fahne halten, dort ruht die Zukunft unserer Partei[225]); wir müssen dafür sorgen, daß wir dort die Leute, die uns angehören, erhalten und auch weitere hinzugewinnen. Das kann nur geschehen durch eine vernünftige, gesunde Wirtschaftspolitik, die sich auf der mittleren Linie bewegt.

Vorsitzender [Bassermann] spricht den Wunsch aus, daß das Referat Schiffer durch das Zentralbüro den Parteifreunden zugänglich gemacht werde[226]).

Abgeordneter **Sieg** kennzeichnet es als Aufgabe der vom Reichsamt des Innern eingesetzten Kommission, „in kontradiktorischen Verhandlungen" festzustellen, „ob irgendwie auf dem Wege vom Produzenten bis zum Konsumenten schwere Mißstände und Auswüchse vorhanden sind". Die Untersuchungen hätten im wesentlichen eine Entlastung für die verschiedenen Zwischenglieder erbracht. Die primäre Ursache für die Teuerung liege in den allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Sieg, der sich als einen „glühenden Anhänger der Ansiedlungskommission" bezeichnet[227]), macht sodann auf die ungeheuren Schwierigkeiten bei der Ansetzung neuer Landwirte aufmerksam. Auf keinen Fall dürfe dabei der inneren Kolonisation eine Spitze gegen den Großgrundbesitz gegeben werden, der im Osten unentbehrlich sei. — Mit einer wesentlichen Verbilligung des Fleisches sei nicht zu rechnen. Daran würde auch ein Zollnachlaß auf Gerste wenig ändern, denn auf deren Preis hätten die „Konjunkturen an der Börse [...] einen viel größeren Einfluß ausgeübt". Der Diskussionsredner nennt einige Zahlen für die starken Schwankungen an der Börse und schließt:

Also, meine Herren, wir werden den Großgrundbesitz behalten, wir werden Fideikommisse behalten, genau so, wie wir einen gebundenen Bauernstand gründen; denn wozu haben wir die Höferolle gemacht[228])? Es wird alles weitergehen. Die Landwirtschaft erfüllt ihre Pflicht auf der ganzen Linie, und deshalb muß sie Unterstützung finden für ihre Bestrebungen, dann wird das erreicht werden, was Sie wünschen, daß alle Welt schließlich damit zufrieden sein kann, was die Landwirtschaft produziert. Niemals dürfen Sie aber zustimmen, daß jetzt in

---

[225]) Die Reichstagswahlen hatten es den Nationalliberalen nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht, daß in den industriereichen Gebieten ihr Einfluß in ständigem Sinken begriffen war. So schrieb *Stresemann* am 19. 1. 1912 in der Badischen Presse, es gäbe in Deutschland viele Wahlkreise, „bei denen man mit mathematischer Sicherheit den Zeitpunkt vorausbestimmen kann, wo sie dem Liberalismus verlorengehen und unbestrittener Besitzstand der Sozialdemokratie werden".

[226]) Soweit ersichtlich, ist das Referat *Schiffers* nicht veröffentlicht worden.

[227]) E. Julius *Sieg* war Rittergutsbesitzer in Siegesruh, Westpreußen.

[228]) Die sogenannte „Höferolle" war ein amtliches Grundstücksregister, das dem Schutz vor der Erbzersplitterung dienen sollte. Wenn ein Grundstück in die Höferolle eingetragen war, trat nach preußischem Recht im Erbfalle die Teilungsbeschränkung ein. Bei nicht eingetragenen Grundstücken galt die testamentarische Verfügung des Besitzers bzw. die gesetzliche Erbfolge.

die Viehproduktion eine Unsicherheit hineinkommt. Kein Zweig verträgt weniger die Unsicherheit als die Viehproduktion, weil dann die Leute nicht mehr produzieren. Jede Störung bedeutet weitere viehlose Wirtschaften.

Abgeordneter Dr. **Schiffer** beantragt folgende Resolution:

Der Zentralvorstand warnt davor, die Fleischteuerung als eine nur vorübergehende Erscheinung zu betrachten und zu behandeln, und fordert Maßnahmen, die ihr dauernd abzuhelfen vermögen. Er verlangt die innere Kolonisation aber nicht bloß als das wichtigste und erfolgverheißendste Abhilfsmittel gegen die Fleischteuerung, sondern auch um ihrer selbst willen aus nationalen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen. Er erblickt in ihr und einer zeitgemäßen Beschränkung und Neuordnung des Fideikommißwesens ein Problem, das dem politischen Streit entzogen und durch gemeinsame Arbeit der Parteien gelöst werden könnte und sollte.

Abgeordneter **Haarmann**[229]) bestätigt, „daß die Wohlfahrtsanstalt des Harpener Bergbauvereins im vorigen Jahr schlechte Geschäfte mit ihrer Fleischversorgung gemacht hat", und führt diesen Umstand auf die hohen Gerstepreise zurück. Wenn die werkseigene Schweinemästerei das bessere Fleisch nach Bremen geliefert habe, so sei dies als eine Erziehungsmaßnahme gegenüber den Arbeitern gedacht gewesen, die das ihnen für billiges Geld zugeteilte Fleisch zu höheren Preisen weiterverkauft hätten.

Vorsitzender [Bassermann] erklärt die Diskussion für geschlossen und fragt, ob die Anwesenden mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden seien.

Abgeordneter **Wamhoff:** Ich habe ein Bedenken. Es soll nach Maßnahmen gesucht werden, um dieser Teuerung abzuhelfen. Da müßte meines Erachtens mit hinein: ohne Schädigung der Produzenten in der Landwirtschaft.

Abgeordneter Dr. **Schiffer:** Dann müssen wir sagen: unter Wahrung des Schutzes der nationalen Arbeit[230]).

Vorsitzender [Bassermann]: Also würden Sie da einen derartigen Satz einfügen Dann darf ich mit diesem Zusatz die Resolution einstimmig angenommen bezeichnen[231]).

Der Vorsitzende erteilt sodann noch das Wort an *Arnstadt*, dessen Meldung er vergessen habe.

Arnstadt: Meine Herren, ich wollte die Gelegenheit hier nicht vorübergehen lassen, ohne zu dem jetzt viel besprochenen Petroleummonopolgesetz[232]) ein paar Worte zu sagen. Ich bin selbst mitinteressiert und spreche hier im Namen größerer Interessenkreise, die mich beauftragt haben, zu sondieren, wie hier die Stimmung ist.

---

[229]) Wilhelm *Haarmann*, M.d.A., war Aufsichtsratsmitglied bei der Harpener Bergbau-AG.

[230]) Diese Formel war seit *Bismarck* immer mehr zu einer euphemistischen Umschreibung agrarischer Einfuhrzölle geworden.

[231]) Am 1. 4. 1913 brachte die preußische Regierung dann den „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation" ein (Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1912/13 Bd. 13 der Anlagen Nr. 1268), der von dem nationalliberalen Sprecher als „erster Schritt einer großzügigen Inangriffnahme dieser Aufgabe" gutgeheißen wurde (a.a.O. Bd. 10 der Protokolle, Sp. 13068).

[232]) Der Entwurf eines „Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl" war am 18. 11. 1912 dem Reichstag zugegangen und war dort am 7. und 8. 12. 1912 in erster Lesung behandelt worden. Seitdem wurde er in der Leuchtölkommission beraten.

Bekanntlich wird das Gesetz so, wie es jetzt an den Reichstag gebracht ist, jedenfalls nicht durchgehen. Wir wollen aber doch wünschen und im allgemeinen Interesse hoffen, um nicht den Amerikanern vollständig zu verfallen[233]), daß etwas aus dem Gesetz wird; denn so, wie das Geschäft seitens der Amerikaner jetzt mit uns gehandhabt wird, geht es auf die Dauer nicht. Wir werden vollständig vergewaltigt, wir haben nur Pflichten und keine Rechte. Und dann wünschen wir, daß die hohen Dividenden, die die Amerikaner jetzt durch die hohen Preise einheimsen, dem Staate zukommen möchten. Wir bilden uns ein, daß dadurch auf der anderen Seite Steuern ermäßigt oder erlassen werden könnten. Meiner Ansicht nach rechnet das nach Millionen, was dann eingebracht wird, wenn der Staat das Monopol in die Hand nimmt, wie wir es wünschen. Wie damals der Zoll auf Petroleum bekanntlich kam, sagte *Petersen* (?) sehr richtig, nachdem das allgemeine Hallo vorüber war und die Sozialdemokraten das bekannte Märchen vom armen Manne aufbrachten: den Zoll bezahlt nicht der Konsument, sondern das Ausland, und so ist es gekommen. Die Preise sind derart zurückgegangen, daß das Ausland den Zoll in seiner vollen Höhe bezahlt hat. Ich möchte fragen, ob es sich nicht bei den Verhandlungen in der Kommission so einrichten läßt, und das Gesetz sich vielleicht derart gestalten ließe, daß der Staat den ganzen Petroleumhandel als Monopol übernimmt, und ich möchte an unsere Herren Abgeordneten die Bitte richten, vielleicht in dieser Sache zu wirken, da damit jedenfalls der Allgemeinheit ein großer Dienst erwiesen werden würde. Es ist ja von *Rockefeller* gekennzeichnet worden, wie er sich das Geschäft denkt. Er hat ausgesprochen, daß er von der Quelle bis an die Lampe das Geschäft an sich bringen würde. Die Firmen, die früher mit bedeutenden Quantitäten gehandelt haben, haben das Geschäft verloren. Das wollen sie gern verschmerzen. Aber wenn es schon ein Monopol sein soll, dann muß der Staat das Monopol haben[234]).

Vorsitzender [Bassermann]: Ich werde diese Anregung den Mitgliedern der Petroleumkommission übermitteln. Im übrigen sind, soviel ich weiß, im gegenwärtigen Stadium Verhandlungen gerade in dieser Richtung im Gange[235]).

Meine Herren, damit ist unsere Tagesordnung erschöpft. Ich danke den Herren, daß sie so lange ausgehalten haben, und darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese heutigen Verhandlungen des Zentralvorstandes manche Unstimmigkeiten ausgeräumt haben und darf feststellen, daß auch in dieser Tagung

[233]) Gemeint ist die Standard Oil Company, die den Groß- und Zwischenhandel mit Petroleum in Deutschland weitgehend an sich gebracht hatte und im Begriff zu sein schien, sich eine monopolartige Stellung aufzubauen.

[234]) Der Entwurf scheiterte schließlich an der Frage, ob und inwieweit die Standard Oil Company durch ein Reichsmonopol aus dem deutschen Petroleumgeschäft ausgeschaltet werden sollte. Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 302 Nr. 1058 vom 11. 6. 1913; ferner Westarp I S. 336.

[235]) Die Errichtung eines Reichsmonopols für den Verkehr mit Leuchtöl war bereits am 30. 1. 1913 mit den Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums und eines Teiles der Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt worden, weil man davon eine Preissteigerung für Leuchtöl befürchtete. Nur mit Hilfe eines konservativen Ergänzungsvorschlags, der die Beteiligung einer rechtskräftigen Organisation der Detaillisten sichern sollte und der auch vom Zentrum unterstützt wurde, konnte die Kommissionsberatung vorerst noch fortgesetzt werden. Vgl. Germania Nr. 50 vom 31. 1. 1913.

des Zentralvorstandes der Wille zur Einigkeit in der Partei doch hervorgetreten ist. Seien wir einig und stark zu neuen Kämpfen für unser Vaterland. Ich schließe die Sitzung. (Beifall.)

Schluß 6 Uhr 20 Minuten.

IIb: Offizieller Bericht. NLC Nr. 35 vom 10. Februar 1913

Unter überaus starker Beteiligung aus allen Teilen des Reichs fand am vergangenen Sonntag in Berlin die Frühjahrssitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei statt. Den Beratungen lagen Fragen von hoher politischer Bedeutung zugrunde, vor allem die Frage der Erhöhung der Schlagfertigkeit unseres Heeres, deren Herbeiführung die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit ist. Den preußischen Mitgliedern des Zentralvorstandes lag es im besonderen ob, den Aufmarsch zu den kommenden Landtagswahlen vorzubereiten. Die Beratungen waren durchweg vom Geiste einer entschlossenen Einmütigkeit getragen und nahmen einen alle Teile wohl befriedigenden Verlauf.

Die Sitzung des Zentralvorstandes fand im Reichstag statt. Reichstagsabg. **Bassermann** als Vorsitzender hieß die Versammlung willkommen und gedachte dann zunächst in warmen Worten der Toten, der noch im vorigen Jahre verstorbenen Abgg. *Hobrecht* und *Hackenberg*, sowie des eben in Darmstadt verschiedenen Geheimrats *Haas*, zu deren Andenken sich die Erschienenen von ihren Plätzen erhoben hatten. Dann trat man in die Tagesordnung ein. Zum ersten Punkt:

Auswärtige Politik, Landesverteidigung und Kostendeckung hatte der Abg. **Bassermann** selbst das Referat übernommen. Der Redner gab ein den ganzen Ernst der Zeit aufzeigendes Bild unserer auswärtigen Lage. Er schilderte die Faktoren, die zur Verschlechterung unserer Situation geführt haben, vor allem die Lösung des *Bismarckschen* Rückversicherungsvertrages mit Rußland, als Folgeerscheinung das französisch-russische Bündnis, das der französischen Politik eine starke Rückendeckung und dem Revanchegedanken neue Nahrung bot, ferner die Mißgunst Englands, die in der Einkreisungspolitik *Eduards VII.* ihren Höhepunkt erreichte. Abg. **Bassermann** besprach dann die Ereignisse der letzten Jahre, die die internationalen Spannungen veranlaßt haben: die Vorgänge, die zur Algecirasakte führten, die bosnische Frage, die Marokkokrisis 1911 und die gegenwärtige Balkankrisis, in denen uns durchweg die Schwierigkeit unserer Lage bewußt geworden ist. Gerade auch der augenblickliche Balkankrieg berge einen ganzen Komplex von Fragen in sich, die unsere größte Aufmerksamkeit erfordern. Der Redner besprach im Anschluß daran unsere Beziehungen zu den einzelnen Nationen, streifte dabei auch die Äußerung des Staatssekretärs *v. Tirpitz*, wonach für den Flottenbau zwischen England und Deutschland ein Verhältnis von 16:10 in Frage kommen soll, und hob hervor, daß gegen ein wirkliches Rüstungsabkommen ziemlich wichtige Bedenken vorliegen. Die ganze internationale Lage, so führte **Bassermann** dann weiter aus, nötige uns zu gewaltigen militärischen Anstrengungen, wie sie vielleicht einzig daständen in der Geschichte. Das deutsche Volk sei reif genug, für sich in Anspruch zu neh-

men, selbständig zu prüfen, ob die Vorschläge der Regierung für die Erhaltung der Schlagfertigkeit unserer Wehr ausreichend sind. Die nationalliberale Reichstagsfraktion habe die Genugtuung, daß die Forderungen, die sie schon 1911 und 1912 erhoben, nunmehr verwirklicht werden sollen durch die neue Wehrvorlage, die in nächster Zeit dem Reichstage vorgelegt werde.

Was die Deckungsfrage anlange, so sei der Weg vorgezeichnet durch den im Vorjahre angenommenen Besitzsteuerantrag *Bassermann—Erzberger*. Greife die Regierung mit fester Entschlossenheit zu, dann, aber auch nur dann, werde sie die vorhandenen Schwierigkeiten überwinden. Abg. **Bassermann** schloß mit dem Hinweis auf die starke nationale Bewegung im deutschen Volk und die freudige Opferbereitschaft, die sich überall kundgebe. Unsere Zeit sei richtig gekennzeichnet mit dem Wort: *Bismarck* ist nicht tot, *Bismarck* lebt, aber nicht in der Regierung, sondern im Volk!

In der anschließenden Aussprache, an der sich die Herren Dr. **Arning, Prinz zu Schönaich-Carolath, Rebmann,** Dr. **Röchling,** Dr. **Leidig,** Dr. **Stresemann,** Dr. **Vogel** und Dr. **Falk** beteiligten, wurde von allen Seiten mit nachdrücklichem Ernst auf die Mißstimmung aufmerksam gemacht, die ob des Mangels an jeglicher Initiative in der auswärtigen Politik an der verantwortlichen Stelle draußen im Volke herrscht. Es greife allmählich eine Erbitterung darüber um sich, daß vom Volke fortgesetzt die schwersten Opfer für unsere Rüstung gefordert werden, daß wir aber bei allen Gelegenheiten, wo die Welt verteilt wird, zurückweichen und zusehen, wie die anderen Völker ihre Machtsphären ausbreiten und ihrer Industrie und ihrem Handel den Weg ebnen. Bezüglich der Deckungsfrage kam von verschiedenen Seiten zum Ausdruck, daß die Fraktion an der Erbanfallsteuer als der unter den gegebenen Verhältnissen geeignetsten Besitzsteuer festhalten möge. Das Ergebnis der Aussprache wurde in nachstehender, von den Abgg. *Bassermann*, Dr. *Friedberg* und *Schiffer* eingebrachter, einstimmig angenommener Entschließung niedergelegt: [...][236]).

Beim nächsten Punkt, Erstattung des Jahresberichts, wurden die inneren Angelegenheiten der Partei erörtert. Es lag ein Antrag vor, eine besondere Kommission einzusetzen, die für eine anderweit[ig]e Ausgestaltung der Parteizentrale Vorschläge ausarbeiten sollte. Der Antrag wurde in folgender vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen: [...][237]). Bei der Aussprache wurde den Parteifreunden besonders auch eine bessere Disziplin in der Benutzung der Presse ans Herz gelegt. Es wurde dabei festgestellt, daß die Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz und die Hamburger Nachrichten als außerhalb der Partei stehend betrachtet werden. Eine Mitarbeit an diesen Organen, sowie die Benutzung gegnerischer Blätter zur Erörterung innerer Parteifragen laufe dem Interesse der Partei zuwider. — Außer dieser Organisationsfrage wurde noch eine Fülle von Anregungen für die praktische Betätigung der Politik in den Parlamenten gegeben. Besonders warm wurde betont, daß auch ein Zusammenarbeiten der Partei mit den nationalen Arbeiterverbänden dringend erwünscht sei. — Den Parteifreunden wurde

[236]) Den Text der Resolution siehe S. 130f.

[237]) Den Text der Resolution siehe S. 181.

weiterhin nahegelegt, dem Zentralbüro in der Feststellung der Parteigeschichte durch Einsendung des im Lande noch reichlich vorhandenen geschichtlichen Materials behilflich zu sein.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete das Referat des Reichstags- und Landtagsabgeordneten **Schiffer** über die Fleischteuerung und innere Kolonisation. Der Vortragende hob in gedrängter Darstellung die Gesichtspunkte hervor, die die Fraktionen des Reichstags und Landtags bei Behandlung der Frage geleitet haben. Scharf betonte der Redner den Grundsatz, in der Fleischversorgung unabhängig vom Auslande zu bleiben. Das gegebene Mittel, um aus der Fleischteuerung herauszukommen, sei die Steigerung der Produktion, vor allem durch die innere Kolonisation. Deren Bedeutung für die Zukunft nicht nur der Landwirtschaft, sondern unseres Volkes überhaupt, führte der Abg. **Schiffer** in überzeugenden Ausführungen der Versammlung vor Augen.

Die Aussprache, in der die Reichstags- und Landtagsabgeordneten **Wamhoff** und **Sieg** den Dank der Landwirtschaft für die verständige Haltung der Fraktionen in der vorliegenden Frage zum Ausdruck brachten und noch eine Reihe praktischer Fingerzeige gaben, ergab völlige Einmütigkeit der Versammlung auch in dieser Frage. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

> Der Zentralvorstand warnt davor, die Fleischteuerung als eine nur vorübergehende Erscheinung zu betrachten und zu behandeln, und fordert Maßregeln, die ihr unter Aufrechterhaltung des bestehenden Zoll- und Seuchenschutzes dauernd abzuhelfen vermögen[238]). Er verlangt die innere Kolonisation aber nicht bloß als das wichtigste und erfolgverheißendste Abhilfsmittel gegen die Fleischteuerung, sondern auch um ihrer selbst willen aus nationalen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen. Er erblickt in ihr und einer zeitgemäßen Beschränkung und Neuordnung des Fideikommißwesens ein Problem, das dem politischen Streit entzogen und durch gemeinsame Arbeit aller Parteien gelöst werden könnte und sollte.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Sitzung wurde dann vom Abg. **Bassermann** geschlossen mit der Mahnung, allzeit einig und stark zu sein für den Dienst zum Wohl des Vaterlandes!

[238]) Im Plenum war an dieser Stelle beantragt worden: „unter Wahrung des Schutzes der nationalen Arbeit" (siehe S. 187). Die Änderung ist offensichtlich auf die Kommission zurückzuführen, die den „offiziellen Bericht" anfertigte.

III.

Sitzung des Zentralvorstandes am 15. August 1915

IIIa: Aufzeichnung Stresemanns, Nachlaß Stresemann 160, undatierter Durchschlag

Seitens des Vorstandes des nationalliberalen Verbandes für die Provinzen Rheinland und Westfalen erging an mich die Aufforderung, auf einer gemeinsamen Tagung der beiden Vorstände einen Vortrag über wirtschaftliche Aufgaben nach dem Kriege zu halten[1]). Diese Aufforderung ging von Herrn Professor *Moldenhauer*[2]) in Köln aus, der mir gleichzeitig mitteilte, daß Herr *Bassermann* zu dieser Tagung ebenfalls eingeladen werde, und zweitens zu verstehen gab, daß das wirtschaftlich gehaltene Thema mit Rücksicht auf die Zensur gewählt sei, daß man aber vor allen Dingen von mir auch ein Eingehen auf das Kriegsziel der Nationalliberalen Partei erwarte. Ich *[Stresemann]* sagte meinerseits zu und war [...][3]) mit Herrn *Bassermann* in dieser Sitzung anwesend, an der etwa 80 Mitglieder aus den Provinzen Rheinland und Westfalen teilnahmen[4]).

Nach meinem Bericht, in dem ich u. a. auch darauf hinwies, daß in der Reichsleitung vielfach eine Zielsicherheit zu vermissen sei und der *Reichskanzler* den verschiedensten Strömungen zugängig wäre, so daß ein starker Druck von unserer Seite notwendig sei, um ihn nicht in die Hände der sogenannten Kultur- und Versöhnungspolitiker nach dem Kriege unter Verzicht auf reale Sicherungen fallenzulassen, nahm u. a. Herr *Bassermann* das Wort. Er betonte in seinen Ausführungen, daß der *Bismarcksche* Geist, der sich in unserem Volke so glänzend geltend mache, leider in manchen leitenden Stellen nicht vorhanden wäre und daß deshalb ein gewisses Mißtrauen durch weite Bevölkerungskreise ginge. Ähnliche Äußerungen der Sorge darüber, ob der *Reichskanzler* in der Lage sein würde, uns denjenigen Frieden zu erwirken, der den ungeheuren Opfern entspricht, die dieser Krieg gefordert hat, wurden von mehreren Rednern der Tagung ausgesprochen.

Ich bemerke, daß diese Tagung von allen Beteiligten als eine vertrauliche Aussprache angesehen wurde, die sie in ihrem Charakter als Vorstandssitzung war. Infolgedessen hat man sich in jenen Kreisen der Parteifreunde ganz freimütig nicht nur über unsere allgemeinen Sorgen wegen der deutschen Zukunft, sondern auch über die Persönlichkeiten geäußert, die derzeit an der Spitze des Reiches stehen. Herr *Bassermann* legte besonderen Wert darauf, daß ein Bericht über die Verhandlungen an die Presse nur kommen könne, wenn er diesen vorher genehmigt hätte. Diesen Wunsch *Bassermanns* habe ich auch dem Herrn Generalsekretär *Peter* aus Köln zum Ausdruck gebracht. Anscheinend hat aber ein Mißverständnis dahin obgewaltet, daß die Herren Generalsekretäre *Peter* und *Zabel*[5]) angenommen haben, Herr *Bassermann* wünsche das Stenogramm seiner Rede vorher zu sehen, habe aber gegen einen Bericht an die Presse nichts einzuwenden. So erschienen denn über diese Tagung zwei Berichte. Der eine in der Nationalliberalen Correspondenz für die Rheinprovinz gab sachlich referierend

[1]) Zu den Umständen dieser Zentralvorstandssitzung vgl. Edwards S. 65 ff.

[2]) Franz *Moldenhauer* (1849—1917) war Vorsitzender der rheinischen Provinzialorganisation.

[3]) Im Or.: „meinerseits".

[4]) Die Sitzung fand am 18. 7. 1915 statt.

[5]) *Peter* war Generalsekretär der rheinischen, *Zabel* der westfälischen Provinzialorganisation.

die Verhandlungen über die Tagesordnung wieder[6]) und bot zur Beanstandung keinen Anlaß. Der andere Bericht, den die Westfälischen Politischen Nachrichten veröffentlichten, gab gerade die scharfen Äußerungen von *Bassermann*, mir und anderen Herren in hervorgehobener Weise wieder[7]) und veranlaßte dadurch lebhafte Kommentare in der Tagespresse, namentlich beschäftigten sich das Berliner Tageblatt[8]) wie auch andere Organe[9]) mit den Ausführungen von *Bassermann* und mir und stellten sie als einen planmäßigen Vorstoß der Nationalliberalen Partei gegen den *Kanzler* dar.

Der *Kanzler* selbst, der denselben Eindruck von den Verhandlungen haben mochte, setzte sich mit dem Abgeordneten *Schiffer* (Magdeburg) in Verbindung, um eine Besprechung mit nationalliberalen Führern über die Verhältnisse in die Wege zu leiten[10]). Zu dieser Besprechung waren eingeladen: Herr *Friedberg* als Vorsitzender der Fraktion des Abgeordnetenhauses, Herr *Bassermann* als Vorsitzender der Reichstagsfraktion, ferner *Prinz Carolath*, Dr. *v. Krause*, Dr. *Vogel* (Dresden), Abgeordneter *Schiffer*, Geheimrat Prof. *Kahl*[11]) und Reichstagsabgeordneter Dr. *Junck* (Leipzig)[12]). Einen Tag vor Abhaltung der Konferenz erhielt Herr *Bassermann* ein Telegramm des *Reichskanzlers*, worin dieser ihm mitteilte, daß er infolge ihm bekanntgewordener Tatsachen leider nicht in der Lage sei, die an ihn ergangene Einladung aufrechtzuerhalten. Infolgedessen konnte Herr *Bassermann* auch an dieser Besprechung nicht teilnehmen. Herr *Schiffer* hatte Kenntnis davon, daß Herr *Bassermann* ausgeladen war, während die übrigen Herren in der Meinung zu dem *Kanzler* kamen, daß Herr *Bassermann* anwesend sein würde. Auf die Gründe der Ausladung komme ich noch zurück.

[6]) Nr. 14 vom 27. 7. 1915.

[7]) Der Bericht der Westfälischen Politischen Nachrichten erwähnt zunächst *Bassermanns* Stellungnahme gegen die Erörterung innerpolitischer Reformforderungen und fährt dann fort: „Ganz offen sprach *Bassermann* es aus, daß, wenn trotz unseres glänzenden Heeres und seiner Taten, trotz der glänzenden wirtschaftlichen Organisation unserer Industrie, doch vielfach starkes Unbehagen sich breit mache, das einzig und allein auf das Mißtrauen manchen Staatsmännern gegenüber zurückzuführen sei, ob diese dem deutschen Volk aus dem Frieden wirklich das heimbrächten, was unbedingt erforderlich sei. [...] Die völlig zusammengebrochene Politik der Illusion zeige uns eines mit Unerbittlichkeit: Bliebe alles beim alten und bekämen wir lediglich eine unzureichende Kriegsentschädigung und ein paar Kolonien, dann sei dieser Krieg für uns verloren, weil der nächste mit ungünstigeren Verhältnissen für uns geschlagen würde als alle bisherigen. [...] Man hätte jetzt leider nicht nur gegen den äußeren Feind zu kämpfen, sondern auch gegen den inneren Feind der Erschlaffung und des Nichtdurchhaltens. Deutsche Machtpolitik, frei von Sentimentalität, erfüllt heute unser Volk. Zum Schluß rief der Redner der Partei zu, die Augen aufzuhalten, um zu erkennen, was auf dem Spiele stehe, auf daß wir in diesem Kriege nicht um das Ziel betrogen würden. Auch *Bassermanns* eindringliche Mahnungen wurden mit großem Beifall aufgenommen." Zitiert nach einem Schreiben *Stresemanns* an Prof. *Hebel* (Kassel) vom 10. 8. 1915; in: Nachlaß Stresemann 152.

[8]) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 382 vom 29. 7. 1915, Nr. 396 vom 5. 8. 1915, Nr. 400 vom 7. 8. 1915, Nr. 404 vom 10. 8. 1915.

[9]) Z. B. auch die New York Tribune in ihrem Bericht aus Zürich vom 1. 8. 1915.

[10]) Die Besprechung fand am 2. 8. 1915 statt (Maenner S. 147). Vgl. hierzu vor allem: Schiffer, Um Bassermann und Bethmann, in: Historisch-politisches Archiv zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1, 1930, S. 199 ff.

[11]) Über *Kahl* vgl. Anm. 33.

[12]) Johannes *Junck* (1861—1940) gehörte dem linken Flügel der nationalliberalen Partei an.

Bei der Besprechung selbst beschwerte sich der *Reichskanzler* im Anschluß an den Bericht über die Kölner Tagung darüber, daß die Nationalliberale Partei ihn angriffe. Er betonte, daß er in seiner Auffassung der Kriegsziele sich doch nicht wesentlich von dem Standpunkt unterscheide, den *Bassermann* selbst einnehme[13]), daß er aber die Rede in Köln als einen ihm hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen müsse und gegebenenfalls den Kampf gegen die Nationalliberale Partei mit aller Entschiedenheit aufnehmen werde. Er werde durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung eine Erklärung veröffentlichen und dabei auch die Frage stellen, ob es angemessen sei, in einer Zeit wie der jetzigen dem leitenden Staatsmann Schwierigkeiten zu machen.

Er stellte weiter an die anwesenden Herren die Frage, ob in den Fraktionen des Reichstages und Landtages ein offenes Mißtrauen gegen ihn bestände, das dem Führer der Partei Veranlassung zu derartigen Ausführungen gäbe. Über das, was von seiten der anwesenden Herren dem *Kanzler* geantwortet worden ist, ist mir nichts Näheres bekannt. Soviel ich weiß, hat Herr *Junck* dem *Kanzler* erwidert, daß er eine Kritik des Herrn *Bassermann* ablehnen müsse, zumal dieser nicht anwesend sei. Im übrigen sollen die Herren *Friedberg* und *Prinz Carolath* dem *Kanzler* gesagt haben, daß von einem Mißtrauen der Fraktionen gegen ihn nicht gesprochen werden könne und Herr Geheimrat *Kahl* soll darüber hinausgehend dem *Kanzler* den Ausdruck seines Vertrauens übermittelt haben.

Von der Audienz bei dem *Reichskanzler* begaben sich die Herren zu Herrn *Bassermann*, der im Quästorenzimmer des Reichstages anwesend war, gaben ihm von der Unterredung Kenntnis und baten um seine Zustimmung dazu, einen Aufsatz in der Nationalliberalen Correspondenz erscheinen zu lassen, worin sie zum Ausdruck brächten, daß ein Mißtrauen gegen den *Kanzler* bei den führenden Stellen der Partei nicht bestände und man auch jetzt ein solches Mißtrauen nicht zum Ausdruck bringen dürfe, weil dies geeignet sei, die Stellung des *Kanzlers*, namentlich auch dem Auslande gegenüber, zu schwächen. Herr *Bassermann* lehnte es ab, seine Einwilligung zu einer solchen Erklärung zu geben[14]) und betonte, daß über die Stellung der Partei zum *Kanzler* in einer so kritischen Zeit wie der jetzigen nicht eine zufällig zusammengerufene Konferenz beim *Reichskanzler*, sondern nur die Parteiinstanzen zu entscheiden hätten. Er werde infolgedessen den Zentralvorstand berufen und diesem die Angelegenheit zur Entscheidung vortragen. Gleichzeitig teilte er den Termin mit, zu dem er den Zentralvorstand berufen würde[15]).

Trotzdem somit die Entscheidung der maßgebenden Parteiinstanz bevorstand, erließ Herr *Friedberg* eine Erklärung in der Nationalliberalen Correspondenz, in der er betonte, daß der Parteileitung von einem Mißtrauen gegen den Kanzler nichts bekannt sei[16]). Gegenüber dieser an der Spitze des Blattes im Fettdruck veröffentlichten Erklärung, die wie eine völlige Desavouierung *Bassermanns*

[13]) Vgl. auch Anm. 35.

[14]) Über diese Besprechung vgl. das Schreiben *Friedbergs* an *Bassermann* vom 9. 8. 1915, abgedruckt bei Thieme S. 224.

[15]) Zum 15. 8. 1915.

[16]) Nr. 81 vom 4. 8. 1915; abgedruckt auch bei Wippermann 1915/II S. 302, hier unter dem Datum des 3. 8. 1915.

wirken mußte, brachten mehrere Blätter die Mitteilung, daß dieser Notiz ein parteiamtlicher Charakter nicht beizumessen sei[17]). Zwei Tage darauf erschien eine neue Erklärung von Geheimrat *Friedberg*, worin er mitteilte, daß die erste Kritik von ihm stamme als dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses und daß weiterhin in der Notiz zum Ausdruck habe kommen sollen, daß den leitenden Parteiorganen, d. h. den Vorständen der Reichstags- und Landtagsfraktion und dem Geschäftsführenden Ausschuß von einem solchen Mißtrauen nichts bekannt sei[18]). Daraufhin erfolgte in der Tagespresse die Mitteilung, daß weder der Geschäftsführende Ausschuß noch die Fraktionsvorstände zu dieser Frage Stellung genommen hätten, also auch niemand in der Lage sei, für sie verbindliche Erklärungen abzugeben[19]). Darauf erließ Herr *Friedberg* eine dritte Erklärung durch Wolff's Telegraphenbüro[20]), in der er noch einmal unter Bezugnahme auf die Konferenz beim *Reichskanzler* den Gedanken eines Mißtrauens gegen den *Kanzler* zurückwies. An diese Erklärung schlossen sich heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, die schließlich ihren Abschluß in der Sitzung des Zentralvorstandes fanden.

Hierbei sei eingeschaltet, worauf die Ausladung des Herrn *Bassermann* sich bezog. Wenige Tage vor dem Erscheinen der Proklamation des Kaisers[21]) waren in Berlin Gerüchte über deren Inhalt verbreitet. So wurde berichtet, daß *Fürst Hatzfeldt*[22]) sich dahin geäußert hätte, diese Proklamation wäre für Herrn *Bassermann* und die Nationalliberalen ein kalter Wasserstrahl, denn sie spräche sich gegen alle Annexionen aus. Herr *Erzberger* hatte ferner Herrn *Bassermann* mitgeteilt, daß sich in der Proklamation lediglich der Satz fände, daß wir keinen Eroberungskrieg führten, aber keinerlei Hinweis auf irgendwelche Sicherheiten für die Zukunft. Dasselbe wurde Herrn *Bassermann* von [dem] Herrn Geheimen Kommerzienrat von [*Betri*][23]) aus Nürnberg mitgeteilt, der seinerseits mit dem bekannten, einflußreichen und mit dem *Reichskanzler* täglich konferierenden Herrn *Stein*[24]) von der Frankfurter Zeitung gesprochen hatte. Nach anderen Versionen lautete der Text der Proklamation sogar [:] „Wir führen keinen Eroberungskrieg und erstreben keine Erweiterung unserer Grenzen."

Bassermann, höchst besorgt über die Wirkung einer derartigen Proklamation, die unter Umständen jede energische Ausnützung eines Sieges zu beeinträchtigen

[17]) Die Notiz wurde durch die Telegraphen-Union verbreitet, vgl. Berliner Tageblatt Nr. 396 vom 5. 8. 1915.

[18]) NLC Nr. 83 vom 7. 8. 1915.

[19]) Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 406 vom 11. 8. 1915.

[20]) Am 10. 8. 1915; abgedruckt bei Wippermann 1915/II S. 303 f. Es handelt sich bei dieser dritten Erklärung um die ursprünglich beabsichtigte Verlautbarung, die *Friedberg* aus Loyalität gegenüber *Bassermann* zunächst zurückgehalten hatte. Vgl. das Schreiben *Friedbergs* an *Bassermann* am 9. 8. 1915, abgedruckt bei Thieme S. 224.

[21]) Es handelt sich um die Proklamation zum ersten Jahrestag des Kriegsbeginns, abgedruckt in: Wippermann 1915/I S. 75 ff.

[22]) Hermann *Fürst Hatzfeldt von Trachenberg* (1848—1933) galt bei den Kriegszielerörterungen als ein Sprecher der gemäßigten Richtung, die sich für die Unversehrtheit Belgiens einsetzte. Vgl. WUA Bd. 12 S. 51.

[23]) Lesart unsicher.

[24]) August *Stein* (1851—1920) war Leiter des Berliner Büros der Frankfurter Zeitung.

imstande gewesen wäre, sandte seinerseits ein Telegramm an den Reichsrat *Buhl*[25]) in Deidesheim, worin er ihm von der geplanten Proklamation Kenntnis gab und ihn aufforderte, doch seinerseits durch seine bayerischen Beziehungen dafür zu sorgen, daß in der Proklamation irgendeine Verzichtleistung auf Erwerb neuen Landes nicht zum Ausdruck käme. Dieses Telegramm passierte die Zensur und wurde beschlagnahmt. Es kam dadurch dem *Kanzler* zur Kenntnis, der daraufhin Herrn *Bassermann* von der Konferenz auslud[26]), weil er in diesem Telegramm einen Versuch sah, den *König von Bayern* gegen den *Kaiser* auszuspielen und ihm (dem *Kanzler*) neue Schwierigkeiten zu machen[27]).

Die Sitzung des Zentralvorstandes war von etwa 100 Mitgliedern besucht. Sie führte nach einem Referat *Bassermanns* und einer Entgegnung *Friedberg*[s] zu einer stundenlangen Besprechung, in der beinahe einmütig das Vertrauen zu *Bassermann* und der von ihm eingenommenen Haltung in der Frage der Kriegsziele zum Ausdruck kam. Das von ihm an den Reichsrat *Buhl* gesandte Telegramm wurde allseitig als gänzlich einwandfrei angesehen, nur diktiert vom Ausfluß patriotischer Sorge. Das Verhalten der Herren, die vom Kanzler eingeladen und von ihm mit Beschwerden über *Bassermann* überschüttet wurden, ohne darauf energisch zu erwidern, fand außerordentlich scharfe Kritik und die durch die Tagespresse bekanntgewordene Entschließung wurde mit allen gegen die Stimmen der Herren *Schiffer* und *Junck* angenommen. Auch die übrigen fünf Herren, die beim *Kanzler* gewesen sind, stimmten für die Entschließung. Herr Geheimrat *Friedberg* hatte vorher offen zugegeben, daß er nicht berechtigt gewesen wäre, überhaupt eine parteiamtliche Erklärung in der Nationalliberalen Correspondenz zu erlassen, und daß er die Vorwürfe, nicht satzungsgemäß gehandelt zu haben, als berechtigungsgemäß [sic!] anerkennen müsse.

Dies ist sozusagen kurz der aktenmäßige Vorgang in der Nationalliberalen Partei. Zur Klarstellung der ganzen Sache möchte ich mir aber noch einige persönliche Bemerkungen gestatten.

Es ist richtig, daß Herr *Bassermann*, ebenso wie andere führende Personen der Nationalliberalen Partei, kein großes Vertrauen zu der Person des gegenwärtigen *Reichskanzlers* haben. Das liegt aber nicht etwa in irgendeiner persönlichen Abneigung, sondern ist sachlich von *Bassermann* in der Zentralvorstandssitzung ausführlich begründet worden. *Bassermann* wirft dem *Kanzler* vor, daß er zunächst in außenpolitischen Fragen keinen Weitblick besessen hätte. Während jedermann in Deutschland der Meinung gewesen sei, daß wir mit einem Krieg mit England rechnen müßten und daß dieser durch die ganze europäische Konstellation durch die englische Einkreisungspolitik hervorgerufen sei, hat der *Kanzler* bis zum letzten Augenblick an die englische Freundschaft zu Deutsch-

[25]) Franz *v. Buhl* (1867—1921), der auf dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen Partei stand, gehörte dem Reichsrat der Krone Bayerns an. Vgl. Deutsche Stimmen 1921 S. 457 ff.

[26]) Daß *Bassermann* den *Reichskanzler* despektierlich als „den Langen" bezeichnet hatte, mag noch zusätzlich verstimmend gewirkt haben. Vgl. Schiffer a.a.O. S. 199.

[27]) *Bassermann* hatte zu gleicher Zeit versucht, *Tirpitz* zu einer Intervention bei *Bethmann* oder dem *Kaiser* zu bewegen. Der Staatssekretär hielt indes die Informationen *Bassermanns* für ungenügend und sah von einem Protest ab. Vgl. Alfred v. Tirpitz, Erinnerungen, Berlin 1919, S. 482 f.

land geglaubt und hat die widerliche Szene mit Sir [Edward] *Goschen* herbeigeführt, dem er Vorwürfe darüber gemacht hat, daß seine (des *Kanzlers*) Politik zusammengebrochen sei wie ein Kartenhaus[28]). Nichts habe dem Deutschen Reich mehr geschadet als die Rede des *Kanzlers*, in der er sich zu der Verletzung der belgischen Neutralität bekannte und hinzufügte, wir würden versuchen, das wieder gutzumachen, was wir durch die Neutralitätsverletzung an Schaden über das Land gebracht hätten[29]). Wie völlig entgegengesetzt die Eindrücke auf den *Kanzler* innerhalb 24 Stunden sogar wirken, zeigt andererseits die Äußerung gegenüber Sir [Edward] *Goschen*, daß die Neutralität Belgiens ja nichts weiter als ein Fetzen Papier sei[30]). Auf der einen Seite im Reichstag ein weinseliges Bekenntnis zum Bruch der Neutralität Belgiens, was niemals notwendig gewesen sei, und auf der anderen Seite die Worte, daß diese Neutralität nur auf dem Papier gestanden habe, so daß unsere Gegner von diesen Äußerungen monatelang hätten zehren können.

Weiterhin sei aber bekannt, daß der *Kanzler* am meisten zusammenhänge mit denjenigen, die eine Politik der Nachgiebigkeit während des Krieges befürworten. Der Aufsatz von Admiral *v. Truppel*[31]) sei dafür ein sprechender Beweis. Der Oberstkommandierende der Marken, Exzellenz *v. Kessel*, habe den Lokal-Anzeiger wegen dieses Artikels, der ein ganz würdelos[es] Kriechen vor Amerika gewesen sei[32]), beschlagnahmen wollen.

Der *Reichskanzler* habe der Beschlagnahme widersprochen und gesagt, er würde die Entscheidung des *Kaisers* anrufen, falls das Blatt beschlagnahmt werde. Hieraus und aus den Äußerungen von Exzellenz *v. Truppel* ginge hervor, daß der Artikel wahrscheinlich vom *Kanzler* selbst inspiriert worden sei. Die Einladung des Herrn Geheimrat *Kahl*[33]) zu der Besprechung beim *Kanzler* sei ebenfalls von Wert für seine Gesinnungsweise. Herr *Kahl* habe nämlich zusammen mit Professor *Delbrück* und Exz. *Dernburg* die Eingabe unterzeichnet, in der vor jeder Annexion gewarnt worden sei. Gerade den Mann also, der in vollstem Gegensatz zu der Auffassung der Nationalliberalen Partei stände, ladet der

[28]) Vgl. *Goschens* Bericht über das letzte Gespräch mit *Bethmann Hollweg*, abgedruckt bei Albertini III S. 496.

[29]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 306 S. 7, 4. 8. 1914.

[30]) Vgl. Bethmann I S. 179 f., ferner Albertini III S. 496.

[31]) Alfred *v. Truppel* (1854—1931), ehemals Gouverneur von Tsingtau (1901—1911), danach in der Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie tätig.

[32]) Der Artikel, der übrigens zuerst im Tag (Nr. 154 vom 4. 7. 1915) erschienen war, zeigte eine realistische Einschätzung des militärischen und wirtschaftlichen Potentials der Vereinigten Staaten. Er ging aus von der Frage, ob England durch den U-Boot-Krieg „auf die Knie gezwungen" werden könne, und gab zu bedenken: „Ist die Frage zu verneinen, so würden die U-Boote eine bessere Verwendung gegen feindliche Kriegsschiffe finden, besonders in den Jagdgefilden des Mittelmeeres, an den Dardanellen und dem Suezkanal; der U-Boot-Handelskrieg könnte dann modifiziert bzw. aufgegeben werden zugunsten der (verbesserten) Neutralität und Freundschaft Amerikas, die uns auch nach dem Krieg von großem Vorteil sein würde."

[33]) Wilhelm *Kahl* (1849—1932), Kirchenrechtslehrer in Berlin, hatte sich an der *Delbrückschen* Petition vom 27. 7. 1915 beteiligt (vgl. Theodor Wolff, Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936, S. 267 ff.), die sich gegen die „Einverleibung oder Angliederung selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker", also nicht gegen „jede Annexion", gewandt hatte. Abgedruckt bei S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917, S. 409 f.

Kanzler ein, obwohl Herr *Kahl* keiner Parteiinstanz angehöre und es somit doch eigenartig sei, ihn bei einer derartigen Besprechung zuzuziehen. Noch im November v. J. hat der *Kanzler* führenden Persönlichkeiten der Industrie gegenüber ausgesprochen, daß sein Ziel darauf gerichtet sei, eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen[34]). Allerdings habe der *Kanzler* auch bei einer Besprechung mit ihm *(Bassermann)* sich stark in bezug auf die Kriegsziele gezeigt und, wie er mit Recht gegenüber den einladenden Nationalliberalen gesagt hat, sich dafür ausgesprochen, daß er im wesentlichen mit *Bassermann* übereinstimme[35]). Man könne aber einer derartigen Äußerung des *Kanzlers* im Grunde nicht viel trauen, weil andererseits ein Brief von dem *Kanzler* an einen bekannten konservativen Parteiführer vorliege, in dem er u. a. wörtlich schreibe, daß er gegen die nationalliberalen Utopisten gern kämpfen würde[36]). Der *Kanzler* sei ein von innerlichen Zweifeln zerrissener Mann, der in jedem Falle Gründe und Gegengründe solange mit sich herumtrage, bis ihm selbst jede Entschlußkraft fehle. Das, was jetzt vorgehe, sei ein Ringen um die Seele des *Kanzlers*. Je mehr auf der anderen Seite der sogenannten Flaumacher, der Herren *Stein* von der Frankfurter Zeitung, Theodor *Wolff* vom Berliner Tageblatt, *Fürst Hatzfeldt*, ferner der sogenannten intellektuellen Kreise, wie *Delbrück* und *Dernburg*[37]) auf den *Kanzler* eingewirkt werde, um ihn zu veranlassen, eine Versöhnung mit Frankreich herbeizuführen und Belgien wieder herauszugeben, um so mehr sei es notwendig, daß die Kreise der entgegengesetzten Meinung, also namentlich die Nationalliberale Partei ihre Meinung mit Entschiedenheit zum Ausdruck bringe, damit der *Kanzler* wenigstens in der Mittellage gehalten werde. Man müsse dem *Kanzler* fortwährend zurufen: „Landgraf werde hart!", sonst würde man unter Umständen auch nach den größten Siegen einen Frieden erlangen, der uns keine Sicherheit dafür gäbe, daß wir bei künftigen Kriegen nicht unter noch ungünstigeren Umständen kämpfen müßten als heute.

Hinzufügen möchte ich, daß in der Sitzung des Zentralvorstandes auch zwei Parteimitglieder das Wort ergriffen, die derzeit an der Front bzw. in der Verwaltung der okkupierten Gebiete tätig sind. Der eine von ihnen, Hauptmann

[34]) *Stresemann* meint hier vermutlich die Besprechung, die der *Reichskanzler* mit ihm und *Roetger* am 8. 12. 1914 gehabt hatte. Vgl. *Stresemanns* Aufzeichnung, abgedruckt in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament") Nr. 24 vom 14. 6. 1961.

[35]) Angespielt wird hier vermutlich auf die am 13. 5. 1915 abgehaltene Besprechung des *Reichskanzlers* mit den Parteiführern *Spahn*, *Bassermann*, *Frhr. v. Gamp* und *Graf Westarp*, in welcher *Bethmann Hollweg* den annexionistischen Forderungen „überraschend weit" (Westarp II S. 51 f.) entgegenkam.

[36]) Vermutlich handelt es sich hier um den Brief *Bethmann Hollwegs* (vom 23. 4. 1915) an den Grafen *Westarp*, in dem sich der *Kanzler* von den Annexionsforderungen des nationalliberalen Abg. Wilhelm *Hirsch*, „die sich auf Nordfrankreich, auf die Linie Verdun—Belfort und auf die Linie Tschenstochau—Peipussee erstrecken", nachdrücklich distanzierte. Darin hieß es: „Ich könnte mir denken, daß auch im Falle einer gänzlichen Niederwerfung aller unserer Gegner, die ein derartiges Programm überhaupt erst diskutabel machte, ich doch gegen die Anhänger solcher Ideen im Geiste Bismarcks eine Politik relativer Mäßigung durchzukämpfen hätte und würde mich bei einer solchen Lage über diesen Kampf herzlich freuen." Siehe Westarp II S. 48.

[37]) Die hier aufgezählten Persönlichkeiten gehörten zu den Initiatoren der sog. *Delbrückschen* Petition vom 27. 7. 1915.

Dirr[38]), der in Brüssel an der Spitze des politischen Gouvernements steht und u. a. die jetzt veröffentlichten Berichte der belgischen Gesandten entdeckt hat[39]), erklärte, daß man in den dortigen Kreisen der Verwaltung außer sich sei über die Art und Weise, in der der Eindruck verbreitet werden soll, als wenn man die *Bassermannsche* Politik durchkreuze. Wenn man wisse, mit welchen Schwierigkeiten derjenige zu kämpfen hat, der für eine energische Kriegspolitik eintrete und wie sehr die Nationalliberale Partei Vertrauen errungen habe durch ihre Stellungnahme zu dieser Frage, dann sei es unbegreiflich, daß derartige Treibereien möglich seien. Der preußische Landtagsabgeordnete *Schifferer*, der als Rittmeister an der Front steht und sich zur Teilnahme an der Zentralvorstandssitzung hat Urlaub geben lassen[40]), betonte seinerseits, daß wohl in der ganzen Armee Übereinstimmung darüber herrsche, daß die von der Nationalliberalen Partei unter *Bassermanns* Führung verfolgte Kriegszielpolitik die einzig mögliche sei. Weit über die Kreise der eigentlichen Parteiangehörigen hinaus habe *Bassermanns* Politik gerade die vollste Zustimmung gefunden, und er sei von der Front zu der Zentralvorstandssitzung geeilt, um dagegen zu protestieren, daß die Nationalliberale Partei etwa auch Schwächlichkeit an den Tag lege.

Der von dem *Kanzler* gegen *Bassermann* erhobene Vorwurf, daß er durch sein Telegramm gewissermaßen den *König von Bayern* gegen den *Kaiser* habe ausspielen wollen, wurde von der Zentralvorstandssitzung zurückgewiesen. Einmal erklärte *Bassermann*, daß seine Absicht gewesen sei, durch Reichsrat *Buhl* auf den *Grafen Hertling* als Vorsitzenden des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten einzuwirken, andererseits könne man aber jetzt, wo das ganze deutsche Volk vereint kämpfe, keinen Unterschied zwischen Preußen und Bayern machen und es dem Führer einer Partei nicht übelnehmen, wenn er sich an bayerische einflußreiche Persönlichkeiten wende, um eine ihm als unmöglich erscheinende Proklamation zu ändern. Der *Kanzler* selbst behauptet, Herr *Bassermann* sei falsch unterrichtet gewesen, es habe nie in seiner Absicht gelegen, dem *Kaiser* eine Proklamation vorzuschlagen, in der lediglich der Satz enthalten sei, daß wir keine Eroberungsgedanken hätten, vielmehr habe bei ihm festgestanden, daß daneben auch der Satz von den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Garantien enthalten sein müsse. Für den Außenstehenden ist natürlich nicht festzustellen, inwieweit hier ein Mißverständnis möglich ist, da die einzelnen Entwürfe der Proklamation der Partei nicht bekannt sind. Jedenfalls kann ich sagen, daß auch mir Herr *Erzberger* genau denselben Inhalt der Proklamation mitgeteilt hat wie Herrn *Bassermann* und noch hinzugefügt hat, daß er die Proklamation mit eigenen Augen gelesen habe. Vielleicht ist der schlappe Entwurf dem *Kanzler* gar nicht vorgelegt worden, so daß ein Miß-

[38]) Pius *Dirr* (1875—1943), Stadtarchivar in Augsburg und seit 1912 Mitglied des bayerischen Landtags, gehörte nicht dem Zentralvorstand an.

[39]) Seit Ende Juli 1915 brachten die deutschen Blätter eine offiziöse Darstellung „Aus belgischen Archiven"; vgl. Berliner Tageblatt Nr. 383 vom 29. 7. 1915, Nr. 394, Nr. 402, Nr. 409 und öfter. 1917 erschien dann: Pius Dirr, Belgien als französische Ostmark — Zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin o. J.

[40]) Ebenso ließ sich *Schifferer* zur Zentralvorstandssitzung am 23. 9. 1917 Urlaub geben; vgl. S. 368.

verständnis entstanden sein könnte. Jedenfalls darf aber das Telegramm *Bassermanns* dem *Kanzler* nicht das Recht [geben], ihn in so ostentativ beleidigender Weise auszuladen, und nicht das Recht, ein Telegramm, das ihm dienstlich zur Kenntnis gekommen war, gegenüber Mitgliedern der Partei zu verwenden. Wenn wir auch eine Telegrammzensur haben, so ist doch das Telegrammgeheimnis während des Krieges nicht aufgehoben, und der erste Reichsbeamte könnte auch der erste sein, der wegen seiner privaten Stellung das Telegrammgeheimnis nicht angreift. Das ist auch in der Zentralvorstandssitzung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden.

Die Entschließung des Zentralvorstandes selbst hat im übrigen eine heilsame Wirkung ausgeübt. Die letzte Rede des *Reichskanzlers*[41]), die inhaltlich sicherlich nicht zu beanstanden ist, stand sicherlich [sic!] unter dem Eindruck der entschiedenen Haltung der Nationalliberalen Partei, die diese in der Kriegszielfrage eingenommen hat. Wenn wir deshalb auch Wirrnisse innerhalb der Partei erleben mußten, so glaube ich doch, daß wir durch die gewitterschwangeren Tage dieser Parteikrise zu einer erfreulichen Klärung gelangt sind, die gerade nach außen hin über die Stellung der Partei zu den wichtigen Fragen der Zukunft Deutschlands keinen Zweifel mehr läßt, und dadurch dazu beitragen wird, unseren Gedanken zum Einfluß zu verhelfen, wenn die militärischen Erfolge, woran wir nicht zweifeln, uns die Möglichkeit geben, den Frieden entscheidend mitzugestalten.

IIIb: Resolution des Zentralvorstandes. NLC Nr. 86 vom 16. August 1915.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei erklärt in Übereinstimmung mit den Verhandlungen des Geschäftsführenden Ausschusses und der Landesvorsitzenden vom 16. Mai, daß das Ergebnis des jetzigen Krieges nur ein Friede sein kann, der unter Erweiterung unserer Grenzen in Ost und West und Übersee uns militärisch, politisch und wirtschaftlich gegen neuen Überfall sichert und die ungeheuren Opfer lohnt, die das deutsche Volk bisher gebracht hat und bis zum siegreichen Ende weiter zu bringen entschlossen ist.

Der Zentralvorstand dankt seinem Vorsitzenden, dem Abg. *Bassermann* einmütig und herzlich für seine vom Vertrauen der gesamten Partei getragene Tätigkeit zur Durchsetzung dieser nationalen Kriegsziele.

Der Zentralvorstand wird mit der gesamten Partei geschlossen hinter jeder Regierung stehen, die diese Ziele mit unbeugsamer Festigkeit verfolgt.

[41]) Bethmann Hollwegs Kriegsreden S. 37 ff.

IV.

Sitzung des Zentralvorstandes am 21. Mai 1916

Tagesordnung

1. *Ergänzungswahlen zum Zentralvorstand.*
2. *Berichterstattung über die politische Lage durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes. Aussprache.*
3. *Berichterstattung über die Lebensmittelfrage durch den Abgeordneten Paasche. Aussprache.*
4. *Erörterung der Finanzfragen.*

Stenographisches Protokoll. Bundesarchiv R 45/I, 2.

Vorsitzender Abgeordneter **Bassermann:** Meine Herren, ich eröffne die Sitzung des Zentralvorstandes und heiße die erschienenen Mitglieder desselben bestens willkommen. Ich freue mich der großen Beteiligung, die auch die heutige Tagung des Zentralvorstandes findet.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, ist es eine traurige Pflicht, derer zu gedenken, die uns aus dem Kreise unserer Mitglieder durch den Tod entrissen worden sind. Es sind Herr Dr. *Jacobi*, Mitglied des Zentralvorstandes von 1898 bis 1911[1]), Herr *Neven Du Mont*, Mitglied von 1898 bis [1915][2]), Herr *Wamhoff*, Mitglied von 1898 bis [1915][3]), Herr *Semler*, Mitglied von 1898 bis zu seinem Tode [1914][4]), Herr Generalsekretär *Breithaupt*, von 1903 bis 1916[5]) und Herr *Obkircher*, von 1907 bis 1916[6]).

Meine Herren, diese sechs Herren, Ihnen allen bekannt, waren treue und hervorragende Mitglieder unserer Partei und unseres Zentralvorstandes (die Anwesenden haben sich erhoben), die jederzeit bereit waren, ihre Kraft in den Dienst der Partei und des Vaterlandes zu stellen, jeder einzelne von ihnen ein wertvolles Mitglied unserer Partei: Herr Dr. *Jacobi*, der sich durch seine vortrefflichen literarischen Arbeiten bis in die Zeit vor seinem Tode immer wieder in unser Gedächtnis zurückgerufen hat; Herr *Neven Du Mont*, der Eigentümer der Kölnischen Zeitung, ein regelmäßiger Besucher unserer Sitzungen und ein treuer Genosse aus den Rheinlanden; dann die Abgeordneten *Wamhoff* und *Semler*, die lange Jahre der Fraktion im Deutschen Reichstage angehörten und dort eine angesehene Stellung einnahmen, deren Ausführungen jederzeit, wenn sie das

[1]) Richard *Jacobi* war 1890—1912 Chefredakteur des Hannoverschen Courier gewesen. Er war am 11. 5. 1916 gestorben. Vgl. Deutsche Stimmen Jg. 28, 1916, S. 476.

[2]) Joseph *Neven Du Mont* (1857—31. 10. 1915) war Vorsitzender der nationalliberalen Stadtverordnetenfraktion in Köln und Präsident der dortigen Handelskammer.

[3]) Zu *Wamhoff* (1849—17. 10. 1915) vgl. Anm. II, 224.

[4]) Johannes *Semler* (1858—23. 10. 1914) hatte dem Reichstag seit 1900 angehört und als „Kolonialexperte" gegolten.

[5]) Paul *Breithaupt* (1857—11. 1. 1916) hatte in der nationalliberalen Parteiorganisation seit 1892 gewirkt, zunächst als thüringischer Parteisekretär in Gotha, nach 1896 als Generalsekretär in Sachsen. Von 1901 bis zu seinem Tode leitete er das Zentralbüro.

[6]) Rudolf *Obkircher* (1859—3. 4. 1916), Landgerichtsdirektor, war 1898—1909 Mitglied der Zweiten Badischen Kammer und einige Jahre lang Vorsitzender der badischen Parteiorganisation gewesen. Am 27. 10. 1914 war er durch eine Nachwahl in den Reichstag gekommen.

Wort ergriffen, in die Waagschale fielen; der neugewählte Reichstagsabgeordnete *Obkircher*, den zu sehen uns nur kurze Zeit vergönnt war, ein Mann, der in der badischen Politik in vielen Jahren eine große Rolle gespielt hat, ein kenntnisreicher, vortrefflicher Mann, nach jäher Krankheit uns entrissen; und endlich unser treuer Generalsekretär *Breithaupt*, ein Mann, verwachsen mit der Geschichte der Nationalliberalen Partei und mit der nationalliberalen Politik, ein vortrefflicher Redner, wie das alle wissen, die ihn draußen in den Provinzen, in den Ländern des Deutschen Reiches gehört haben, unermüdlich bis zu seinem Tode tätig und bis zu seiner letzten Stunde erfüllt von heißer Liebe für die Partei, der er als Generalsekretär so lange angehört hat.

Wir beklagen das Heimgehen dieser treuen Männer und werden ihnen ein treues Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle dies fest.

Entschuldigt sind die Herren: [...][7]).

Meine Herren, dann treten wir in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand ist die Vornahme der

Ergänzungswahlen zum Zentralvorstand.

(Regierungsrat Dr. *Poensgen:* Darf ich vielleicht zu diesem Punkt der Tagesordnung ums Wort bitten!)

Ja, einen Augenblick... Ich werde die vorgeschlagenen Herren nach den Provinzen und Ländern, die sie vorgeschlagen haben, zur Kenntnis der Versammlung bringen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Dr. Poensgen.

Regierungsrat Dr. **Poensgen**[8]) (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich habe doch Bedenken, ob es bei der kurzen Vorbereitung der Zuwahlen zweckmäßig ist, sie heute vorzunehmen.

(Große Unruhe. Zuruf: Um Gottes willen!)

Sie erinnern sich, daß bereits in mehreren Zentralvorstandssitzungen, unter anderem in einer von unserem verstorbenen Parteifreunde *Obkircher*, dagegen Widerspruch erhoben worden ist, daß mit so kurzer Frist auf einmal Zuwahlen auf die Tagesordnung gesetzt worden sind[9]). Es ist damals auch ausdrücklich zugesagt worden, daß die Namen der Vorgeschlagenen stets vorher den Zentralvorstandsmitgliedern mitgeteilt werden sollen. Es wäre wohl Zeit gewesen, das zu tun. Die Einladung zur Zentralvorstandssitzung selbst ist geraume Zeit vorher erfolgt[10]), aber sie enthielt nicht den Punkt Zuwahlen. Erst nachträglich ist dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden, und es sind dann allerdings auch die Landesorganisationen aufgefordert worden, Vorschläge zu machen. Wie mir aber bekannt ist, ist es für eine große Zahl der Landesorgani-

[7]) Eine Liste der entschuldigten Mitglieder ließ sich nicht auffinden.

[8]) Über *Poensgen* vgl. Anm. II, 151 sowie IV, 17 u. 22.

[9]) In dem Bericht über die Zentralvorstandssitzung vom 29. 3. 1914 hieß es z. B.: Die Zuwahlen „wurden jedoch auf die nächste Sitzung vertagt, da nachträglich eine Reihe von Vorschlägen der Einzelorganisationen eingegangen war, deren Berücksichtigung die in den Statuten für den Zentralvorstand vorgesehene Höchstzahl überschritten hätte". Siehe NLC Nr. 68 vom 30. 3. 1914.

[10]) Am 15. 4. 1916.

sationen gar nicht möglich gewesen, ihre Vorstandsmitglieder zu befragen, so daß die Vorschläge, welche wir hier sehen, vielfach nur die Vorschläge der jeweiligen Vorsitzenden darstellen, nicht aber Vorschläge, die von den Landesorganisationen selbst in ihrer berufenen Vertretung gemacht worden sind.

Ich möchte dabei zu bedenken geben, daß hier keine sehr große Zahl von Zentralvorstandsmitgliedern tagt[11]). In Wirklichkeit kommt vielleicht nicht einmal auf einen Reichstagswahlkreis ein Zentralvorstandsmitglied. Es wird nach dem Parteistatut genau ausgerechnet, wieviel auf die einzelnen Organisationen und Wahlkreise entfallen. Nun soll auf einmal nach verhältnismäßig kurzer Vorbereitung diese große Zahl von Herren[12]) zugewählt werden, von denen man noch gar nicht weiß, ob sie auch wirklich von den Landschaften, die sie vertreten wollen, vorgeschlagen worden sind.

Die Sachlage ist noch dadurch kompliziert worden, daß die Herren bereits eingeladen sind. Ich weiß nicht, ob das zweckmäßig war, denn wir haben ja bereits früher auch einmal Zuwahlen auf der Tagesordnung gehabt und die Zuwahlen haben nicht stattgefunden. Ich glaube aber, auch wenn wir den Punkt von der Tagesordnung absetzen und die Wahlen selbst vertagen, können wir uns dahin verständigen, daß selbstverständlich die Herren als Zuhörer gern willkommen sind.

Ich bemerke ferner, daß es auch gerade jetzt mitten im Kriege nicht zweckmäßig ist, diese Zuwahlen vorzunehmen. Eine große Zahl unserer Parteimitglieder befindet sich im Felde, und es wird doch nach dem Kriege unter Umständen angebracht sein, auch einige von diesen Herren zuzuziehen. Die Zahl der Zuzuwählenden ist aber bereits so groß, daß kaum mehr Raum für andere übrigbleibt.

Ich möchte daher vorschlagen, die Zuwahlen heute von der Tagesordnung abzusetzen, andererseits aber gern die bereits erschienenen Herren als Zuhörer hier zu begrüßen. (Sehr richtig!)

Geheimrat Dr. **Vogel** (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorredner hat selbst darauf hingewiesen, daß die Frage uns nun gerade oft genug schon beschäftigt hat. Das letzte Mal lag auch eine Liste vor, die Herren waren eingeladen, und wir haben damals nach längerer Aussprache den Beschluß gefaßt, daß wir allerdings in jener Sitzung von der Wahl absehen wollten, aber daß bei der nächsten Zusammenkunft die Wahl erfolgen sollte. Also Zeit zur Vorbereitung der Frage ist meines Erachtens gerade genug gewesen. (Sehr richtig!) Außerdem ist nicht versprochen worden, daß die Liste der Vorgeschlagenen allen Mitgliedern des Zentralvorstandes oder allen Organisationen zugehen sollte, sondern nur daß sie gedruckt dem dann zusammentretenden Zentralvorstand vorgelegt werden sollte. Dem ist tatsächlich entsprochen worden, und nun, meine ich, nachdem dieser Beschluß der letzten Zentralvorstandssitzung vorliegt, nachdem die gestellte Bedingung erfüllt ist, ist es doch wahrlich nicht an der Zeit, die Wahlen zu verschieben.

[11]) Von den 137 alten Zentralvorstandsmitgliedern waren 72 anwesend.

[12]) Die gedruckte Vorschlagsliste enthält 74 Namen, von denen 63 durch die regionalen Organisationen benannt waren.

Ich gebe ohne weiteres zu: an Mitgliedern fehlt es uns nicht. Unser Zentralvorstand hat sich schließlich bald zu einem Parteitage in kleinerem Rahmen ausgewachsen. Aber, meine Herren, auf der anderen Seite sind doch die Vertretungsverhältnisse in verschiedenen Teilen des Reiches sehr verschieden, und daß es da, wo noch eine unvollkommene Vertretung ist, gerechtfertigt erscheint, dem nun endlich abzuhelfen, meine ich, kann doch kaum bestritten werden.

Ich kann auch nicht anerkennen, daß deswegen, weil noch viele von unseren Freunden draußen im Felde stehen, die Wahlen verschoben werden müßten, denn, meine Herren, wir wissen nicht, wie lange dieser Zustand überhaupt noch dauern wird, und sind nach dem Kriege, wenn die Herren zurückkehren, die Verhältnisse ganz andere, dann bleibt immer noch übrig, in einer endgültigen Form den Zentralvorstand auf neuer Basis zu organisieren. Aber zur Zeit, wo so viele wichtige Fragen ernstester Natur für die ganze Zukunft auf dem Spiele stehen, dürfen wir unseren Freunden im Lande draußen die Erfüllung ihrer Wünsche, auch hier ihre Stimme zur Geltung bringen zu können, nicht länger verweigern, und ich bitte nochmals dringend, daß Sie den Beschluß, den der Zentralvorstand in seiner letzten Sitzung gefaßt hat, nun auch ausführen, nachdem allen Vorbedingungen, die damals aufgestellt worden sind, genügt worden ist. (Beifall.)

Schmidthals[13]) (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, die Liste, die hier aufgestellt worden ist, ist mir ganz neu. Ich habe davon vorher nichts gewußt, daß hier eine Liste aufgestellt wird. Unsere Provinzialorganisation ist nicht deswegen gefragt worden. Das Parteileben bei uns in Schlesien schläft während des Krieges vollkommen. Ein großer Teil der Herren, die bisher tätig gewesen sind, ist eingezogen. Ich halte es nicht für richtig, jetzt Neuwahlen vorzunehmen. Es ist doch eine Frage von außerordentlicher Bedeutung. Ich sehe, daß zum Beispiel ein Herr, der sehr rege und sehr tätig für unsere Partei gearbeitet hat, auf dieser Liste nicht steht, weil er eben draußen im Felde ist.

Meine Herren, ich halte es doch für richtig, daß wir heute diese Wahlen nicht vornehmen. Ich meinerseits möchte im Namen meiner Parteifreunde aus Schlesien ganz energisch dagegen protestieren, daß diese Wahlen vorgenommen werden, ehe wir dazu haben Stellung nehmen können. Ich weiß, daß meine Parteifreunde, wenn sie aus dem Felde zurückkehren, es sehr schwer empfinden würden, wenn sie nachher vor einer vollzogenen Tatsache stünden. Die Sache hat an sich nicht so große Bedeutung, daß wir nicht auf diese Herren Rücksicht nehmen sollten.

Abgeordneter **Haarmann** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich meine, diese Wahl zum Zentralvorstand steht nun nicht gerade im Mittelpunkt der heutigen Erörterung. (Sehr richtig!) Das müssen wir im Auge behalten. Ich verkenne nicht, daß die Ausführungen des Herrn Regierungsrat *Poensgen* viel für sich haben. Aber wir haben heute so wichtige Dinge hier zu tun, daß wir jetzt kurz verfahren müssen. Ich beantrage Schluß der Debatte. (Beifall.)

Vorsitzender [Bassermann]: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich bitte diejenigen Herren, die den Schlußantrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

[13]) Wilhelm *Schmidthals* gehörte dem schlesischen Provinzialvorstand an.

Die Debatte ist geschlossen.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Darf ich zu einer Feststellung ums Wort bitten?

Vorsitzender [Bassermann]: Zu einer Feststellung hat das Wort der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, Herr Dr. *Friedberg*.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Meine Herren, einer der Herren Vorredner hat erwähnt, daß seine Organisation, nämlich die schlesische, nicht befragt worden sei. Sie ist selbstverständlich befragt worden. Es liegt hier das Schreiben des Vorsitzenden, Herrn Dr. *Grund*, vor, der uns die betreffenden Vorschläge übermittelt hat. Das wollte ich feststellen. (Heiterkeit.)

Schmidthals: Das ist mir ganz unbekannt.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Ja, dafür kann ich nichts. (Heiterkeit.)

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, dann stelle ich die Frage, ob, entgegen dem Antrag des Herrn Dr. *Poensgen*, die Zuwahlen heute vorgenommen werden sollen. Ich bitte diejenigen Herren, die sich für die Vornahme der Zuwahlen erklären, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. Wir gehen also zu den Zuwahlen über.

(Zuruf: Die Gegenprobe wäre ganz angebracht, da nicht alle mitgestimmt haben!)

Dann bitte ich um die Gegenprobe: Die Herren, die für die Vertagung der Zuwahlen sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit. Wir gehen also nunmehr zu den Zuwahlen über, und zwar nach Provinzen.

Es ist vorgeschlagen für das Königreich Preußen, Ostpreußen, Herr Stadtrat *Bieske* in Königsberg.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Wollen wir nicht durch Zuruf wählen?

Vorsitzender [Bassermann]: Die ganze Liste?

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Ja, die ganze Liste.

Regierungsrat Dr. **Leidig:** Ich wollte auch beantragen, die Zuwahlen insgesamt vorzunehmen.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, es ist der Antrag gestellt, die Wahlen durch Zuruf stattfinden zu lassen. Das ist nur zulässig, wenn niemand widerspricht. Erhebt sich gegen diese Akklamationswahl ein Widerspruch? (Wird bejaht.)

Dr. **Rosenhauer**[14]) (zur Geschäftsordnung): Wir in Schlesien würden mit der Wahl einverstanden sein, wenn wenigstens einer von den drei Namen gestrichen würde, mit dem wir nicht einverstanden sind, nämlich der erste Name, den des Herrn Regierungsrat Dr. *Bartels*[15]).

[14]) *Rosenhauer* (Waldenburg) gehörte ebenfalls dem schlesischen Provinzialvorstand an.

[15]) *Bartels* (Oppeln) war bereits im Jahre 1911 Mitglied des Zentralvorstandes gewesen und wurde im Organisationshandbuch 1914/15 (S. 137) als Wahlkreisobmann für Oppeln geführt. Er stand dem Zentralverband deutscher Industrieller nahe und galt als ein Vertreter des rechten Parteiflügels. Vgl. *Stresemann* an *Weber* am 29. 3. 1912, sowie *Stresemann* an *Greupner* am 30. 4. 1912, in: Nachlaß Stresemann 120 bzw. 118.

Vorsitzender [Bassermann]: Bei welcher Provinz?

Schlesien. Wenn der Name gestrichen wird, dann sind wir in Schlesien einverstanden, daß Herr Dr. *Friedensburg* und Herr Kommerzienrat *Krumbhaar* gewählt werden. Mit dieser einzigen Ausnahme sind wir mit der En-bloc-Annahme einverstanden.

Vorsitzender [Bassermann]: Es ist also der Wahl durch Zuruf bezüglich des Herrn Regierungsrat Dr. *Bartels* widersprochen worden.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, dieser Widerspruch muß ja einigermaßen auffallen, denn es ist uns hier am 11. Mai 1916 geschrieben worden, daß Herr Regierungsrat *Bartels* der stellvertretende Vorsitzende der Organisation für Schlesien ist und daß der Herr ausdrücklich von dieser Organisation vorgeschlagen wird. Sollte sich dieser Tatsache gegenüber der Herr Vorredner nicht bereit finden lassen, seinen Widerspruch zurückzuziehen? Ich kann ihm das Schriftstück hier zur Verfügung stellen.

Dr. **Rosenhauer** (zur Geschäftsordnung): Herr Dr. *Bartels* ist in unserer Abwesenheit wahrscheinlich von dem eigentlichen Vorsitzenden deswegen genommen worden, weil sämtliche Mitglieder, die sonst dafür in Betracht kommen, auswärts im Felde oder sonstwie verhindert waren. (Unruhe.) Aus diesem Grunde können wir dieser Wahl nicht zustimmen, wenigstens nicht der En-bloc-Wahl. Wir bitten, im Interesse des späteren Arbeitens in Schlesien von der Wahl dieses Herrn abzusehen.

Vorsitzender [Bassermann]: Dann würden wir also über Herrn Regierungsrat *Bartels* gesondert abstimmen. Im übrigen ist gegen die Wahl durch Zuruf kein Widerspruch erhoben worden.

(Dr. **Kauffmann:** Ich habe widersprochen!)

Regierungsrat Dr. **Poensgen** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch auch einige Bedenken erheben da, wo es sich um eine besondere Entscheidung handelt. Es handelt sich unter den vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagenen Herren um Herrn Geheimrat Dr. *Kahl*[16]). Ich möchte Zettelwahl über diesen Herrn beantragen[17]).

Vorsitzender [Bassermann]: Es wird die Wahl durch Stimmzettel bezüglich des Herrn *Kahl* beantragt. Dann würden wir also über diese beiden Herren gesondert abzustimmen haben.

---

[16]) Wilhelm *Kahl* (1849—1932), Professor für Kirchenrecht in Berlin, hatte bereits in den Jahren 1893—1911 dem Zentralvorstand angehört. Wenn sich jetzt Widerstände gegen seine Zuwahl ergaben, so dürften diese auf seine reservierte Haltung in den Kriegszielfragen zurückzuführen sein. Im Sommer 1915 hatte sich *Kahl* an einer Gegenaktion gegen die annexionistische „Intellektuelleneingabe" beteiligt und war kurze Zeit darauf auch in scharfen Gegensatz zu *Bassermann* getreten, als dieser sein berüchtigtes Telegramm an Franz *v. Buhl* sandte (siehe S. 197 sowie Anm. III, 33). *Kahl* hatte damals, wie er am 11. 3. 1918 an *Stresemann* schrieb, den Parteivorsitzenden auf „seine Pflicht" aufmerksam gemacht, „im Interesse der Partei sich mit dem *Reichskanzler* wegen der meines Erachtens unverantwortlichen Form des Telegramms zu verständigen. Auch mußte ich ihm sehr verübeln, daß er den Parteiliberalismus gegen ein Reichsorgan aufgerufen habe." In: Nachlaß Stresemann 198.

[17]) Oskar *Poensgen* leitete die „Auskunftsstelle vereinigter Verbände", die sich die Propagierung weitgehender Kriegsziele zu eigen gemacht hatte.

Erhebt sich im übrigen bezüglich eines der Vorgeschlagenen ein Widerspruch gegen die Wahl durch Zuruf? — Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich den Herren noch mitteilen, daß die Provinz Schleswig-Holstein mich gebeten hat, zu den drei Herren, die sie vorschlägt, als vierten Herrn Landtagsabgeordneten *Tönnies* hinzuzusetzen. Ich kann mich meinerseits diesem Vorschlage nur anschließen.

Erhebt sich dagegen ein Widerspruch, daß Herr *Tönnies* in diese Liste aufgenommen wird? — Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, ob die sämtlichen in dieser Liste genannten Herren, mit Ausnahme der beiden bereits erwähnten Herren *Bartels* und *Kahl*, durch Zuruf als gewählt erklärt werden können.

Dr. **Kauffmann**[18]**:** Ich bitte um das Wort zur Fragestellung. Es ist vorhin vom Büro übersehen worden, daß auch von meiner Seite gegen die En-bloc-Wahl Widerspruch erhoben worden ist.

Vorsitzender [Bassermann]: Bei mir nicht. — Gegen welche Wahl?

Dr. **Kauffmann:** Überhaupt gegen die Wahl.

Vorsitzender [Bassermann]: Ja, Herr *Kauffmann*, damit machen Sie ja alle Wahlen durch Zuruf unmöglich. Wir können doch hier nicht den ganzen Tag durch Zettel wählen. Es müßte doch auf einzelne Personen beschränkt werden.

(Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Es ist geradezu empörend!
Geheimrat Dr. **Vogel:** Es ist unerhört!)

Dr. **Kauffmann** (zur Geschäftsordnung): Ich habe es aus dem Grunde sehr bedauert, daß die Versammlung sich nicht hat entschließen können, die Zuwahlen abzusetzen.

(**Vorsitzender [Bassermann]:** Das ist nun erledigt!)

Mit den Zettelwahlen, die vorgeschlagen sind, sind längst nicht alle Bedenken geschwunden. Bei einer ganzen Reihe von Organisationen bestehen Bedenken gegen diese vorgeschlagene Liste, nicht bloß in Schlesien. Gründe, die im einzelnen hier nicht auszuführen sind, verhindern die eine oder die andere Provinzialorganisation mit derselben erfrischenden Energie vorzugehen wie unsere schlesischen Freunde. Es muß aber, nachdem eine Reihe von Bedenken vorliegen, meiner Ansicht nach Gelegenheit gegeben werden, dem Widerspruch durch Stimmzettel Ausdruck zu geben. Die Zettelwahl ist meiner Ansicht nach ein sehr einfaches Verfahren, das längst nicht so sehr die Sache aufhält wie die Debatte, die wir jetzt führen.

Vorsitzender [Bassermann]: Ja, darf ich fragen: Wollen Sie nun Widerspruch gegen die Wahl insgesamt erheben, oder wollen Sie nicht lieber die Personen bezeichnen, die durch Zettel gewählt werden sollen?

Dr. **Kauffmann:** Ich möchte den Widerspruch aufrechterhalten. (Große Unruhe.)

Abgeordneter Dr. **Röchling** (zur Geschäftsordnung): Da sich durch den Widerspruch des Herrn Kollegen *Kauffmann* die Sache sehr lange hinziehen wird,

[18]) Robert *Kauffmann* war in den Zentralvorstand durch den jungliberalen Reichsverband entsandt, dessen Vorsitzender er war.

möchte ich vorschlagen, diesen Gegenstand an den Schluß der Tagesordnung zu setzen. (Widerspruch.) Das scheint mir das Richtige zu sein.

Abgeordneter Dr. **v. Krause** (zur Geschäftsordnung): Ich weiß nicht, ob ich im Augenblick unsere Satzung richtig verstehe oder auslege. Ich finde aber eine Bestimmung darüber nicht, daß die Wahlen durch Zettel vorzunehmen sind. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann hat nach allen parlamentarischen Gebräuchen die Versammlung selbst über die Art der Wahl zu bestimmen, so daß also die Mehrheit der Versammlung bestimmen kann: die Wahlen werden durch Zuruf vorgenommen. Ich bitte, mich zu belehren, ob in der Satzung eine Bestimmung vorliegt, die dieser Auffassung entgegensteht.

Vorsitzender [Bassermann]: Ich halte es nicht für möglich, durch Zuruf zu wählen, wenn Widerspruch erhoben worden ist.

(Zuruf: Durch einfache Abstimmung ohne Zettelwahl!)

Das ist aber nicht Zuruf.

(Abgeordneter Dr. **v. Krause:** Das ist dasselbe!)

Nein, das ist nicht dasselbe, das ist ganz etwas anderes.

Also Sie halten den Einspruch aufrecht, Herr *Kauffmann?*

Dr. **Kauffmann:** Jawohl!

Vorsitzender [Bassermann]: Dann werde ich die einzelnen Namen aufrufen und jeweils die Frage stellen, wer dafür und wer dagegen ist.

Abgeordneter Dr. **v. Krause** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich kann dem Herrn Vorsitzenden nicht beistimmen. Die Wahl durch Zuruf bedeutet, daß keine Zettelwahl vorgenommen, sondern durch Handaufheben oder in irgendeiner anderen Weise abgestimmt wird. Zuruf bedeutet keineswegs Einstimmigkeit. Es können sich beim Zuruf durch Handaufheben 10 dafür und 5 dagegen erklären. Ich beantrage, daß beschlossen wird, durch Handaufheben die Wahl vorzunehmen.

Vorsitzender [Bassermann]: Sind die Herren anderer Ansicht?

Regierungsrat Dr. **Poensgen** (zur Geschäftsordnung): Ich halte bei bestimmten Persönlichkeiten meinen Antrag aufrecht. Es hat etwas Verletzendes, wenn man gegen jemand stimmt, zumal wenn er anwesend ist[19]). Ich halte es für richtig, daß, wenn gegen eine Persönlichkeit Widerspruch erhoben wird, durch Zettel gewählt wird. Das ist in allen Vereinen üblich.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich möchte im Gegensatz zu dem Vorschlag des Herrn Dr. *Poensgen* bitten, daß, wenn eine Abstimmung vorgenommen wird, sie in voller Öffentlichkeit vorgenommen wird (sehr richtig!), entweder durch Handhochheben oder durch namentliche Abstimmung. Wir wollen gerade wissen, welches die Herren sind, die diese rücksichtslosen Schwierigkeiten machen. (Zustimmung, Beifall und Unruhe.)

Justizrat Dr. **Marwitz**[20]) (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich muß doch bemerken, daß uns diejenigen Herren, die uns vom Geschäftsführenden Ausschuß

[19]) In der Sitzung sind bereits 24 Zuwahlkandidaten anwesend.

[20]) Bruno *Marwitz* hatte vor Erreichung der sog. Altersgrenze (40 Jahre) dem Vorstand des jungliberalen Reichsverbandes angehört. Vgl. Organisationshandbuch 1910 S. VI.

vorgeschlagen werden, überhaupt erst in dem Augenblick, wo wir den Saal betreten haben, bekanntgeworden sind. Es versteht sich doch von selbst, daß uns Gelegenheit gegeben werden muß, zu überlegen, ob wir gegen den einen oder den anderen Bedenken haben. Ich verstehe nicht, wie der Herr Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses gegenüber dieser Sachlage von Rücksichtslosigkeit sprechen kann. (Sehr richtig!) Ich habe die feste Überzeugung, daß dem Geschäftsführenden Ausschuß nicht nur diese Namen, sondern auch weitere Namen genannt worden sind, und habe zu der Pflichttreue des Geschäftsführenden Ausschusses das Vertrauen, daß die Herren sich nach genauer Prüfung und Überlegung zu diesem Vorschlage entschlossen haben. Ich will für die Mitglieder des Zentralvorstandes in Anspruch nehmen, auch ihrerseits eine derartige Prüfung vornehmen zu können. (Sehr richtig!) Also ich möchte gegen den Ausdruck „Rücksichtslosigkeit" entschieden Verwahrung einlegen.

Abgeordneter Dr. **Stresemann** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich bin der Meinung, daß wir durch Zettelwahl am schnellsten zum Ziele kommen. Es ist eine ganz einfache Art, daß jeder auf dem gedruckten Zettel diejenigen Namen streicht, die ihm nicht richtig erscheinen. Nachher kann die Einsammlung der Zettel beginnen, eine kleine Anzahl von Zählern kann die Namen feststellen, ohne daß die Verhandlungen gestört werden. Ich bemerke, daß auch in einer der letzten Sitzungen die Wahl nach Zetteln erfolgt ist. Ich würde auch aus den Gründen, die Herr Dr. *Marwitz* angeführt hat und die ich durchaus anerkenne, die geheime Wahl durch Zettel vorziehen, da wir ja auch sonst für die geheime Wahl eintreten. Ich möchte bitten, über diesen Vorschlag abzustimmen, die Zuwahl durch Zettel vorzunehmen.

Abgeordneter Dr. **v. Campe** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich finde diese Debatte im hohen Maße bedauerlich. (Lebhafte Zustimmung.) Wir, die wir eine weite Reise hierher nach Berlin gemacht haben, sind nicht hierhergekommen, um an einer derartigen Debatte teilzunehmen. (Sehr richtig!) Wenn ich nun noch von Herrn *Kauffmann* höre, daß er diese Wahlen für durchaus unwichtig hält, so ist es für meinen beschränkten Untertanenverstand vollständig unbegreiflich, wie man da zu den strengsten parlamentarischen Maßregeln greifen und Zettelwahlen vorschlagen kann. Wenn ich selbst zugebe, das, was zur Debatte steht, ist durchaus unwichtig, kann ich doch nicht einen derartigen Vorstoß machen. Mir will das wenigstens so scheinen.

Herr *Kauffmann* meint, genauso, wie es in Schlesien gegangen, wird es vermutlich auch wohl in anderen Provinzen gegangen sein. Ja, woher wissen Sie das, Herr *Kauffmann?*

(Dr. **Kauffmann:** Das weiß ich genau!)

Wenn es in anderen Provinzen so gegangen ist, dann warten Sie doch ab, was die anderen Provinzen tun werden. Sie sind doch nicht der Wächter der Provinzialorganisationen für andere Provinzen. (Sehr richtig!)

Und noch ein Drittes: Glaubt denn einer der Herren des Zentralvorstandes, die hier versammelt sind, daß er verpflichtet ist, die einzelnen Namen daraufhin nachzuprüfen, ob die Herren geeignet sind, in den Zentralvorstand einzutreten? Das fällt niemand von uns ein.

(Zuruf: Das können wir ja gar nicht!)

Das ist ausschließlich Sache der betreffenden Provinzialorganisationen. (Zuruf.) Ja, Herr *Poensgen*, es kann im einzelnen Falle wohl einmal anders sein; aber wollen Sie etwa behaupten, daß Sie in diesem Augenblick jede einzelne Persönlichkeit nachprüfen und sich überlegen können, ob Sie dafür stimmen sollen oder nicht. Das fällt Ihnen doch gar nicht ein! Das kann niemand machen. Das tut niemand hier.

Mir scheint tatsächlich, daß die Debatte absolut überflüssig ist, und ich meine, wir sollten möglichst bald zur Abstimmung kommen, mit Ausnahme der beiden Herren, gegen die Widerspruch erhoben worden ist, der Herren *Kahl* und *Bartels*. Darüber mag besonders abgestimmt werden. Im übrigen lassen Sie uns einfach so abstimmen. Das ist, wie mir scheint, das einzig Korrekte, das dem Ernst des Augenblicks wirklich entspricht. (Bravo.)

Regierungsrat Dr. **Leidig**[21]) (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich möchte Sie dringend bitten, wenn nun einmal abgestimmt werden soll, dann öffentlich abzustimmen, da die Herren ja erklären, daß es sich hier um politische Fragen handelt, bei denen man auch öffentlich mit seiner Abstimmung die Verantwortung übernehmen soll.

Im übrigen muß ich auch mein Bedauern darüber aussprechen, daß anscheinend hier Versuche gemacht werden, den Zentralvorstand nach einer bestimmten Richtung zusammenzusetzen. In den Zentralvorstand gehören alle Richtungen hinein, mögen sie uns passen oder nicht. (Sehr richtig!)

Ich möchte ferner bemerken, meine Herren, daß, wenn wir einmal in diese Personalfragen hineinkommen, ich die Mitgliedschaft des Herrn Dr. *Poensgen* bezweifle. Herr Dr. *Poensgen* ist von den Jungliberalen gewählt worden, ist aber bereits über 40 Jahre alt[22]). (Große Heiterkeit.)

Dr. **Kauffmann** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich kann die Zweifel des Herrn Dr. *Leidig* durch eine einfache Berufung auf das Statut widerlegen. Es heißt in der letzten Fassung unseres Organisationsstatuts, daß der Zentralvorstand in der Zusammensetzung, die er von Anfang hatte, bis zum Ende dieser Legislaturperiode bestehenbleibt[23]).

Im übrigen schließe ich mich ganz dem Vorschlag des Herrn Dr. *Stresemann* an, daß jetzt durch Zettel gewählt wird, und will nur darauf hinweisen, daß der Zeitverlust durch die Debatte ganz unnötig war. Lassen Sie uns abstimmen.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, ich möchte feststellen, daß die Vorschläge, die Sie gedruckt in Händen haben, die Vorschläge der Provinzen sind, und daß die vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagenen Herren[24]) einstimmig vom Geschäftsführenden Ausschuß dem Zentralvorstand vorgeschlagen werden.

[21]) Zu *Leidig* vgl. Anm. II, 120 u. 122.

[22]) Oskar *Poensgen* war 1873 geboren, somit jetzt 43 Jahre alt. Siehe NLC Nr. 225 vom 25. 11. 1918.

[23]) In § 27 der Parteisatzung vom 12. 5. 1912. Der Zentralvorstand war indes bereits am 24. 3. 1912 zum ersten Mal zusammengetreten.

[24]) Die Kandidaten des Geschäftsführenden Ausschusses waren: H. *Boltz*, *Fleischer*, G. *Ickler*, W. *Kahl*, *Lichtenberg*, F. *Lusensky*, A. *Morath*, J. *Rießer*, *Graf v. Schweinitz*, F. *Teudeloff*, O. *Warschauer*.

Nun werden wir zur Abstimmung kommen. Es ist also beantragt worden, die Abstimmung durch Handaufheben bei jedem einzelnen Namen vorzunehmen. Dem steht ein anderer Vorschlag gegenüber, Zettelwahl stattfinden zu lassen. Wir werden über den Modus der Abstimmung abstimmen. Ich bitte nun diejenigen Herren, die die Abstimmung durch Handaufheben stattfinden lassen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Zuruf: Für Zettelwahl?) Für Zettelwahl. (Die Abstimmung erfolgt.)

Meine Herren, nach der Zählung, soweit sie in dieser Weise gemacht werden kann, waren die Stimmen beide Male ungefähr gleich. (Heiterkeit. Zurufe.) Ich würde dann vorschlagen, daß wir doch zu dem normalen Weg übergehen und durch Zettel wählen. (Zustimmung.)

Abgeordneter **Haarmann** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte das unterstützen. Es handelt sich jetzt darum, möglichst rasch von der Geschichte herunterzukommen, und es geht am raschesten nach dem Vorschlage des Herrn Dr. *Stresemann*, indem einfach diese Zettel, die wir haben, gesammelt und dann die Stimmen festgestellt werden.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich bitte die Herren, die den Modus der Zettelwahl für schneller halten, zu berücksichtigen, daß die Zettel nicht einfach so abgegeben werden können, sondern daß auch bei der Zettelwahl der Namensaufruf stattfinden muß und die einzelnen Zettel hier abgegeben werden müssen. Das hält natürlich auch eine ganze Weile hier auf.

(Zuruf: Sonst wäre keine Kontrolle da!)

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, ich nehme also nunmehr an, daß wir durch Zettel wählen, daß die Stimmberechtigten hier aufgerufen werden und dann ihren Zettel abgeben.

Dr. **Kauffmann** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich glaube, daß wir uns auf die Loyalität der eingeladenen Freunde, die nicht Mitglieder sind, ohne weiteres verlassen und uns den Namensaufruf ersparen können.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, ich bitte, in den Zettel den Herrn Landtagsabgeordneten *Tönnies* für Schleswig-Holstein aufzunehmen.

Ich werde nun die Namen der Stimmberechtigten aufrufen und bitte dann die Herren, ihre Zettel abzugeben.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Ich bitte aber die Versammlung, vorher noch darüber Beschluß zu fassen, ob Herr Dr. *Poensgen* stimmberechtigt ist oder nicht. Nach meiner Auffassung ist er nicht stimmberechtigt. Er hat die Qualität verloren, auf Grund deren er hier seinen Sitz beansprucht. (Sehr richtig!) Ich bitte, darüber schnell eine Entscheidung herbeizuführen.

Vorsitzender [Bassermann]: Das müßte man doch wohl an eine Kommission verweisen.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Dann bitte ich, drei Herren zu bestimmen, die die Legitimation des Herrn *Poensgen* prüfen.

Justizrat Dr. **Marwitz** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich glaube, daß an der Legitimation des Herrn *Poensgen* ein Zweifel nicht bestehen kann. (Sehr

richtig!) Herr *Poensgen* ist damals ausdrücklich durch das Kompromiß bestätigt worden, das seinerzeit gelegentlich der Frage der Auflösung der Organisation[en] der Alt- und der Jungliberalen geschlossen worden ist. Es ist damals vom Vertretertag bestimmt worden, daß die Jungliberalen für die Dauer dieses Reichstages ihre Vertretung im Zentralvorstand behalten. Infolgedessen ist auch Herr *Poensgen* in den ganzen Sitzungen des Zentralvorstandes von Ihnen anerkannt worden, und es sind niemals Bedenken erhoben worden.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Ich bleibe bei dem Vorschlage, die Frage an eine engere Kommission zu überweisen, und schlage die Herren Dr. *Liepmann*, *Schiffer* und Dr. *Marwitz* vor.

Abgeordneter Dr. **Hirsch** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Sie bitten, von dem Vorschlage, der hier gemacht worden ist, Abstand zu nehmen. Ich sehe nicht ein, warum wir hier eine zugespitzte Situation in der Weise schaffen wollen, wie sie sich ergeben müßte, wenn dem Vorschlage Folge gegeben wird. Ich bitte, von einer weiteren Bezweiflung der Stimmberechtigung des Herrn *Poensgen* abzusehen und ihn eo ipso als stimmberechtigt anzuerkennen[25]).

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Ja, Herr Kollege *Hirsch*, ich bin eben anderer Ansicht. Es ist vollständig richtig, daß die Herren Jungliberalen auf Grund des Kompromisses hier eine Vertretung haben. Wenn aber jemand die Eigenschaft verloren hat, jungliberal zu sein, muß er eben ausscheiden. Das ist eigentlich selbstverständlich. Ich möchte bitten, die Frage jetzt nicht materiell zu prüfen, sondern sie einer Kommission zu überweisen.

Dr. **Rosenhauer** (zur Geschäftsordnung): Ich habe den Eindruck, daß, wenn dem Vorschlag des Herrn *Friedberg* stattgegeben wird, dadurch der Schein einer persönlichen Gehässigkeit gegen jemand erweckt wird, der es gewagt hat, hier gegen die Zuwahlen zu demonstrieren. Ich würde es tief bedauern, wenn wir hierher gefahren sein sollten, um diesen persönlichen Gegensatz in dieser Form auszutragen. Ich bitte Sie, sich sämtlich gegen diesen Vorschlag zu erklären.

Abgeordneter Dr. **Hirsch** (zur Geschäftsordnung): Gegen den Einwand des Kollegen *Friedberg*, daß Herr *Poensgen* durch sein vorgerücktes Alter die Eigenschaft verloren habe, in der er hier gewählt worden ist, muß ich bemerken, daß die Wahl, die seinerzeit getätigt wurde, meiner Auffassung nach für die ganze Dauer des Mandates des Zentralvorstandes getätigt worden ist. Wenn wir anfangen wollen, so zu sieben, kommen wir überhaupt nicht vorwärts.

Abgeordneter Dr. **Friedberg** (zur Geschäftsordnung): Ja, Herr Kollege *Hirsch*, Ihre sonstigen Fähigkeiten in Ehren, aber ein scharfsinniger Jurist sind Sie nicht nach dem, was Sie ausgeführt haben. (Heiterkeit.) Man kann über die Frage eben außerordentlich zweifelhaft sein. Ich will ja auch vorläufig gar nicht so weit gehen, Herrn *Poensgen* das Stimmrecht zu bestreiten. Ich wünsche nur, daß die Sache geprüft wird.

Dem einen Herrn Vorredner muß ich aber sagen, daß ich hier keine Schärfe hineingetragen habe. Ich möchte doch entschieden bemerken, daß, wenn ich eine Rechtsfrage hier zur Sprache bringe, er nicht das Recht hat, zu sagen, es seien persönliche Sachen, die hier zur Sprache gebracht werden.

[25]) Es ist hier wohl zu beachten, daß *Hirsch* und *Poensgen* in der Kriegszielbewegung sehr eng zusammenarbeiteten. Vgl. Thieme S. 61.

Vorsitzender [Bassermann] läßt über einen Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Der Antrag wird angenommen. In einer weiteren Abstimmung verzichtet das Gremium auf eine Überprüfung des Mandats von Dr. *Poensgen*. Sodann werden die Zuwahlen durch die Abgabe von Zetteln vollzogen[26]).

Schmidthals spricht zum Schluß noch die Bitte aus, daß bei künftigen Zuwahlen die Landesorganisationen rechtzeitig eingeschaltet werden. **Bassermann** verspricht, diesen Wunsch zu berücksichtigen[27]).

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, dann gehen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung über:

Berichterstattung über die politische Lage durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes. Aussprache.

[...] [27]). Meine Herren, es fällt mir die Aufgabe zu, Ihnen einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage zu geben. Dieses Referat würde danach sowohl Betrachtungen über die innere Politik als Betrachtungen über die auswärtige Politik, den Krieg und die Friedensziele umfassen. Was die innere Politik anlangt, so haben in dankenswerter Weise die Herren *Stresemann* und *Schiffer* sich bereit erklärt, mein Referat zu ergänzen, und zwar in der Weise, daß die Herren dem Zentralvorstande eingehende Mitteilungen über das Steuerkompromiß machen werden, das in seinen letzten Einzelheiten wohl gestern zustande gekommen ist; die Einzelheiten entziehen sich noch meiner Kenntnis. Herr *Stresemann* wird über die Verbrauchs- und Verkehrssteuer Ihnen eine Mitteilung machen, Herr *Schiffer* über die Kriegszuwachssteuer[28]). Ich nehme an, daß die Herren mit dieser Einteilung, die ja auch die Übersichtlichkeit der Verhandlung erleichtert, einverstanden sind.

Sodann mache ich Ihnen die Mitteilung, daß derzeit bei dem Herrn *Reichskanzler* eine Besprechung stattfindet, wobei er über die Organisationsveränderungen im Ernährungswesen Mitteilung machen wird. Ich bin durch die Sitzung des Zentralvorstandes verhindert, dieser Besprechung anzuwohnen. Die Herren Vizepräsident *Paasche* und *Prinz Carolath* sind zur Zeit beim *Reichskanzler*, und ich nehme an, daß einer der Herren über das Ergebnis der Unterredung beim Herrn *Reichskanzler* uns hier eine Mitteilung machen wird[29]). Es kann sich daran dann am besten die ganze Auseinandersetzung über die Lebensmittelorganisation und -verteilung anschließen.

Meine Herren, wir hatten gestern eine Vorbesprechung der Landesvorsitzenden, in der über die Lage der Partei und über die Tätigkeit, die die Partei zu entfalten hat, beraten wurde. Die Aussprache hat sich auf die mögliche künftige Entwicklung in dem deutschen Parteileben bezogen, ohne daß naturgemäß hier heute schon Bestimmtes gesagt werden kann. Dagegen war wohl die überwiegende Meinung, daß, wenn auch die Parteigegensätze sich mildern, in dem politischen

[26]) Das Abstimmungsergebnis siehe S. 244.

[27]) *Schmidthals* kam mit seiner Wortmeldung noch zum Zuge, als *Bassermann* den nächsten Punkt der Tagesordnung bereits genannt hatte.

[28]) *Stresemann* und *Schiffer* gehörten dem Haushaltsausschuß des Reichstags an. Der hier erwähnte Steuerkompromiß der bürgerlichen Parteien, an dem *Schiffer* einen erheblichen Anteil hatte, wurde unverändert im Reichstagsplenum am 2. 6. 1916 angenommen. Vgl. Sten. Berichte Bd. 307 S. 1413 f.

[29]) Siehe S. 284 ff.

Leben Deutschlands nach dem Kriege doch immerhin die großen Meinungsverschiedenheiten, die sich aus den großen politischen Richtlinien ergeben, aufrechterhalten werden, und es war die Meinung, daß es jedenfalls Sache der Partei ist, mit Energie ihre eigene Organisation auszubauen, das politische Leben im Lande rege zu erhalten, zumal wir nicht wissen können, in welchem Zeitpunkt die Reichstagswahlen stattfinden werden[30]). Es ist ja anzunehmen, daß die Legislaturperiode, wie man hört, um 2 Jahre verlängert werden wird[31]), ohne daß darüber heute schon feste Entschließungen der verbündeten Regierungen vorliegen. Bei diesen 2 Jahren wäre immer zu berücksichtigen, daß, wenn die Frist zu lang ist, die Regierung jederzeit in der Lage ist, durch eine Auflösung des Reichstages nach dem Frieden die Neuwahlen heranzuführen. Das glaube ich wohl als bestimmt sagen zu können, daß man nicht daran denkt, während des Krieges wählen zu lassen, und daß naturgemäß auch schon mit Rücksicht auf die nach dem Frieden noch längere Zeit wohl in großer Menge im Ausland stehenden Truppen eine Verschiebung auch nach dem Friedensschluß auf eine immerhin erhebliche Frist notwendig sein wird.

Man hat davon gesprochen — aber auch das ist keine feststehende Tatsache —, daß der jetzige Reichstag auch noch die große Finanzreform machen soll, die Neuordnung der deutschen Finanzen. Ob darüber heute schon bestimmte Pläne vorliegen oder ob das nur Gerüchte sind, kann ich nicht sagen. Es lägen ja darin immerhin gewisse Bedenken, diese größte und wichtigste Frage der inneren Politik noch dem alten Reichstag vorzubehalten, dessen Mandat an sich abgelaufen ist. (Sehr richtig!)

Meine Herren, es ist bei der gestrigen Besprechung dann auf Vorgänge hingewiesen worden, die sich insbesondere in Bayern vollzogen haben. Dort sind Bestrebungen aufgetreten, auch im Rahmen unserer Partei, die auf eine Verschmelzung der Nationalliberalen Partei mit der Fortschrittlichen Volkspartei hinzielen. In Bayern besteht bekanntlich die Arbeitsgemeinschaft und aus diesem Zusammenarbeiten haben sich dann die weiteren Ideen ergeben[32]). Ich kann aber

[30]) Zu der damals einsetzenden Belebung der nationalliberalen Parteiarbeit vgl. F. Calebow, Krieg und Parteileben, in: Deutsche Stimmen Jg. 28, 1916, S. 273.

[31]) Die Legislaturperiode wurde am 11. 10. 1916 durch Reichstagsbeschluß um ein Jahr verlängert. Weitere Verlängerungen um jeweils ein Jahr wurden am 6. 7. 1917 und am 18. 7. 1918 beschlossen.

[32]) Bei der Arbeitsgemeinschaft handelte es sich um einen lockeren Zusammenschluß der beiden liberalen Gruppen, die im bayerischen Landtag seit Jahrzehnten in einer gemeinsamen Fraktion vereinigt waren, um ein Gegengewicht zum Zentrum zu bilden. Vgl. Kalkoff S. 262 f.; Georg Hohmann, Der Liberalismus in Bayern, in: Die Hilfe Jg. 17, 1911, S. 100. *Bassermann* bezieht sich hier auf den Vertretertag der Arbeitsgemeinschaft, der am vorhergehenden Wochenende in München stattgefunden hatte und von 100 Vertretern sowie 18 Mitgliedern der liberalen Landtagsfraktion besucht worden war (vgl. Frankfurter Zeitung vom 15. 5. 1916, Abendblatt). In einer bei nur drei Enthaltungen angenommenen Resolution waren dort alle liberalen Organisationen in Deutschland aufgefordert worden, auf allen Ebenen des politischen Lebens Arbeitsgemeinschaften zu bilden, um eine einheitliche Stellungnahme in den öffentlichen Vertretungskörperschaften zu ermöglichen. Die Resolution hatte mit den Worten geschlossen: „Nur dadurch wird es möglich sein, überflüssige Reibungsflächen im politischen Leben zu beseitigen und dem Sehnen weiter liberaler Kreise gerecht zu werden, die in einer Verschmelzung des gesamten Liberalismus nach dem Kriege das unabweisbare Gebot der Stunde erblicken." Vgl. Schulthess 1916/I S. 230 f.

als das Ergebnis der gestrigen Besprechung mitteilen, daß dieser Gedanke doch durchweg abgelehnt wurde. (Beifall.) Die Aufgaben, die für Deutschland nach dem Frieden erwachsen, sind so gewaltig, daß für ein Aufgeben der Selbständigkeit einer Partei, die auf eine lange Geschichte zurückschaut, wohl keine Zeit ungeeigneter wäre als die gegenwärtige. Die Aufgaben, die im Anschluß an den Frieden auf nationalem Gebiet entstehen werden, Heer, Marine, Kolonien, die Aufgaben, die auf wirtschaftlichem Gebiet bestehen und die in der Aufrechterhaltung und Durchbildung des Grundsatzes der nationalen Arbeit, namentlich auch auf allen den Gebieten, wo wir heute noch vom Ausland abhängen, sich bewegen werden, und anderes mehr, die großen sozialpolitischen Aufgaben erfordern, daß wir bei voller Kraft in diese neuen Kämpfe eintreten, und ich würde vorschlagen, hier vielleicht im Wege einer Kundgebung des nationalliberalen Zentralvorstandes dem Lande doch auch davon Kenntnis zu geben, daß wir die Aufrechterhaltung der vollen Unabhängigkeit der Partei als unbedingte politische Notwendigkeit in diesem Zeitpunkte erachten (Lebhafter Beifall.)[33]).

Dann, meine Herren, was die inneren Fragen anlangt, so stehen ja jetzt im Vordergrund die Organisationsfragen, die wohl, was die Personen anlangt, gestern zum Abschluß gekommen sind. Wir lesen heute in der Morgenpresse, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamts dieses Amt schon wieder verläßt (Ruf: Leider!), um in das Reichsamt des Innern überzusiedeln[34]). Ich glaubte nicht, daß dieses den besonderen Beifall des Landes finden wird (sehr richtig!), zumal ja Herr *Helfferich* vor allem in Rücksicht auf die Riesenaufgaben berufen war, die an die deutsche Finanzverwaltung nach dem Kriege herantreten. Wer sein Nachfolger werden wird, ist noch nicht bekannt[35]). Jedenfalls steht ihm ein schweres Amt bevor.

Die Organisation bezieht sich sodann auf die Unabhängigmachung der Lebensmittelversorgung, die Abtrennung dieses Dienstzweiges von dem Reichsamt des Innern[36]), das ja nun nicht in allen Teilen, wie man wohl, ohne ihm zu nahezutreten, sagen kann, eine glückliche Hand gehabt hat[37]), die Herstellung einer besonderen Behörde, an deren Spitze ein Präsident steht, wie man heute liest, mit zwei Stellvertretern, von denen der eine ein General sein soll, dem ja wohl dann Machtbefugnis über die stellvertretenden Generale und die einzelnen Armeekorps-Bezirke gegeben werden wird. Ich glaube, daß eine energische Neuorganisation auf diesem Gebiete begrüßt werden wird. (Sehr richtig!) Ob es richtig ist, für die Stelle des Präsidenten des Lebensmittelamtes nun eine als hoch agrarisch und hoch konservativ abgestempelte Persönlichkeit[38]) zu nehmen, nachdem der Schwerpunkt der Beschwerde doch in den Städten und in den In-

[33]) Siehe S. 282.

[34]) Die offizielle Ernennung *Helfferichs* zum Staatssekretär des Innern erfolgte am 22. Mai; vgl. Schulthess 1916/I S. 236. Das Reichsschatzamt hatte er seit dem 15. 1. 1915 geleitet.

[35]) Nachfolger wurde *Graf v. Roedern*, der das Finanzressort bis zum Kriegsende leitete.

[36]) Näheres vgl. S. 284ff.

[37]) Von der Rechten wurde *Delbrück* allzu große Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie vorgeworfen. Vgl. Deutsche Tageszeitung Nr. 244 vom 13. 5. 1916, ferner Delbrück S. 316 ff.

[38]) Präsident des neu errichteten Kriegsernährungsamtes wurde der Ostpreuße Adolf *v. Batocki-Friebe* (1868—1944), der Großgrundbesitzer war und der Deutschkonservativen Partei nahestand. Vgl. Westarp II S. 409.

dustriebezirken liegt, stelle ich anheim. Die Namen sind ja auch nach dieser Richtung genannt worden.

Was die Tätigkeit der Partei auf diesem Gebiete anlangt, so waren wir — das möchte ich zu dem aus Sachsen gestellten Antrage mitteilen[38a]) — auf dem Gebiete der Lebensmittelfrage unausgesetzt tätig. Wir haben in jeder Tagung des Reichstages in vielstündigen Beratungen an der Hand sehr sachverständiger Referate unseres Freundes *Böhme*[39]) alle diese Fragen durchgesprochen und wir haben insbesondere auch darauf hingewirkt, daß ein Beirat eingesetzt wurde, der jede Woche zusammentritt[40]) — [der allerdings] vielfach mit seinen Vorschlägen von der Regierung nicht gehört wird, während andererseits die Regierung mancherlei Beschlüsse faßt, ohne vorher den Beirat zu fragen, so daß auch gegen diese Neuorganisation erhebliche Bedenken erhoben worden sind. Ich gehe im übrigen auf die Lebensmittelfragen im einzelnen nicht ein. Es wird ja im Laufe der Diskussion noch Gelegenheit sein, hierauf zurückzukommen.

Was die Finanzfragen anlangt, so habe ich die nötigen Bemerkungen über das neue Steuerkompromiß gemacht. Hierüber werden Sie eingehende Mitteilungen erhalten.

Dann habe ich aus den eingegangenen Resolutionen ersehen, daß die elsaß-lothringische Frage seitens unserer Parteifreunde im Lande aufgenommen worden ist. Wir können Ihnen über den Stand der elsaß-lothringischen Frage irgendetwas Neues heute nicht mitteilen. Wir wissen nicht, ob unter den verbündeten Regierungen Verhandlungen stattfinden, und welche Verhandlungen insbesondere mit Bayern stattfinden, wo bekanntlich der Wunsch ist, Elsaß und Straßburg bayerisch zu machen[41]). Ich nehme an, daß alles das im Fluß bleibt, da man sich überhaupt ja sehr schwer entschließt, an die Lösung irgendeines Problems heranzugehen. Die Berichte, die aus Elsaß-Lothringen eintreffen und eingetroffen sind — ich höre u. a. auch von einem Bericht, der in jüngster Zeit von dem Statthalter eingereicht worden ist —, sollen ein sehr trübes Bild über die Stimmung in den Reichslanden geben, viel trüber, als man bisher annahm, und es würde aus diesen Berichten das eine hervorgehen, daß doch wohl die Notwendigkeit einer Änderung sich immer wieder in den Vordergrund schiebt[42]). Ob aber

[38a]) Vgl. S. 285f.

[39]) Karl *Böhme* war Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes und gehörte der nationalliberalen Reichstagsfraktion seit 1913 als Hospitant an.

[40]) Zur Einsetzung des parlamentarischen Ernährungsbeirates beim Reichsamt des Innern vgl. den Bericht des Haushaltsausschusses vom 20. 12. 1915, in: Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 192. Der Beirat war am 8. 1. 1916 zum ersten Mal zusammengetreten; vgl. Schulthess 1916/I S. 2 f.

[41]) Der bayerische Ministerpräsident *v. Hertling* hatte gerade am 10. 5. 1916 bei seinem Besuch in Berlin den *Reichskanzler* ersucht, Schritte zur Aufteilung des Elsaß unter die anrainenden Bundesstaaten zu unternehmen. Die daraufhin aufgenommenen Besprechungen *Bethmanns* mit der württembergischen und badischen Regierung blieben jedoch ohne Erfolg. Vgl. Janßen S. 94 ff.

[42]) Der damalige Statthalter in Elsaß-Lothringen, *Frhr. v. Dallwitz*, erblickte in der autonomistischen Agitation nur eine Vorstufe zur Französisierung und setzte sich daher in seinen Denkschriften seit Kriegsbeginn für eine Aufteilung des Elsaß unter Preußen, Bayern (das Straßburg erhalten sollte) und Baden ein. Allmählich jedoch schloß er sich den Befürwortern einer rein „preußischen Lösung" an. Vgl. Reichsland-Werk II, 1 S. 89 ff., sowie Grunewald/Scherer S. 129 ff.

die Änderung in der Weise, daß Elsaß und Straßburg bayerisch werden, eine glückliche ist, dagegen sind doch im Lande bei unseren Freunden die allerlebhaftesten Bedenken aufgetreten.

Was die Frage der Neuorientierung der inneren Politik angeht, so gehe ich darauf nur mit kurzen Strichen ein.

Auf dem Gebiete der inneren Reformen haben wir eine Novelle zum Vereinsgesetz zu verzeichnen[43]), die im wesentlichen Wünschen Rechnung trägt, die aus der gewerkschaftlichen Bewegung immer erneut an Regierung und Parlament herangetreten sind[44]). Wir haben als Reichstagsfraktion uns jeweils auf den Boden gestellt, daß gegenüber den vielfachen und teilweise schikanösen Eingriffen der Polizeiverwaltung, die in unrichtiger Auslegung des Vereinsgesetzes dem Leben der Berufsvereine Schranken setzte und Fesseln anlegte, wie wir das bei Schaffung des Vereinsgesetzes nicht gemeint hatten, Remedur erfolgen soll[45]).

Es tritt heute ein Punkt in den Vordergrund, das ist die Frage der Jugendlichen. Sie tritt insbesondere in den Vordergrund, nachdem ein bekannter fortschrittlicher Abgeordneter, der sich großen Ansehens im Kreise der Schulmänner erfreut, Herr *Kerschensteiner*[46]), in einem überall bekanntgewordenen Artikel der Bayerischen Staatszeitung[47]) gegen die unbegrenzte Zulassung der Jugendlichen zu dem Vereinsleben der Gewerkschaften lebhaften Widerspruch erhoben hat. Heute wird da eine Altersgrenze überhaupt nicht mehr gezogen, während das Gesetz über die Berufsvereine, welches seinerzeit von der Regierung vorgelegt wurde, doch die eine Schranke hatte, daß Jugendliche unter 16 Jahren überhaupt nicht Mitglieder werden konnten[48]). Auch diese Schranke ist gefallen, und nach dem Vorschlage der Regierung können also künftighin alle Fortbildungsschüler usw., auch wenn sie unter 16 Jahre alt sind, vollberechtigte Mitglieder werden, die auch das Stimmrecht haben. Es ist jedenfalls der Mühe wert, hierauf aufmerksam zu machen. Wie die praktische Tragweite einer solchen Freilassung der Jugendlichen von jeder Einschränkung zu bewerten ist, das werden die Herren aus der Praxis ja am besten wissen. Ich nehme an, daß jedenfalls in der Kommission über diesen Punkt eingehendere Erörterungen kommen werden[49]). Es würde aber immerhin wünschenswert sein, daß unsere Partei auch über diese Frage orientiert ist und dazu ihre Überlegungen anstellt.

Es kommt dann auf sozialpolitischem Gebiet weiter hinzu, daß die Forderung, die auch von uns in der entschiedensten Weise immer gestellt wurde, auf Herabsetzung der Altersgrenze von 70 Jahren auf 65 Jahre[50]), durch eine Novelle zur

[43]) Am 1. 5. 1916 dem Reichstag vorgelegt. Siehe Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 271.

[44]) Vgl. dazu *Legien* in der Frankfurter Zeitung vom 5. 5. 1916, 1. Morgenblatt.

[45]) Z. B. *Bassermann* am 29. 2. 1912, vgl. Sten. Berichte Bd. 283 S. 337 f.

[46]) Georg *Kerschensteiner* (1854—1932) war Stadtschulrat in München und gilt als Begründer des Fortbildungswesens, für das er eine sachliche staatsbürgerliche Erziehung anstrebte.

[47]) Am 8. 5. 1916.

[48]) Es handelt sich um den Gesetzentwurf vom 12. 11. 1906, siehe Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 226 Nr. 533.

[49]) Vgl. Frankfurter Zeitung vom 26. 5. 1916, 1. Morgenblatt, sowie Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 318 Nr. 351.

[50]) Siehe S. 128.

Reichsversicherungsordnung in die Wege geleitet wird[51]). Dieser Gesetzentwurf wird wohl einstimmige Annahme im Reichstage finden[52]).

Es ist anzunehmen, daß uns die Neuorientierung auch die Aufhebung des Jesuitengesetzes bringen wird. Es ist aber wohl weiterhin daran die Annahme zu knüpfen, daß dies während der Kriegsdauer wohl kaum erfolgen wird, da hierdurch doch immerhin erhebliche Kämpfe ausgelöst würden[53]).

Was Preußen anlangt, so ist mir von sehr kundigen Herren mitgeteilt worden, daß die Änderungen in der Regierung Preußens doch vor allem auch darin bestehen, daß man nunmehr die Sozialdemokratie, wie das bei uns in Baden, im Süden vielfach schon der Fall war, für Kommunalstellen, auch in den Schuldeputationen, bestätigt, also den früheren Ausschluß preisgegeben hat[54]), ebenso daß eine partielle Einstellung oder eine ganz vollständige Einstellung der Kampfpolitik gegen die Polen im Verwaltungswege eingetreten ist, und daß auch bezüglich der Unterrichtsfragen hier Konzessionen gemacht worden sind[55]).

Was die Stimmung in Polen anlangt, so haben Sie ja gewiß auch Gelegenheit gehabt, die eingehenden Ausarbeitungen des Ostmarkenvereins zu lesen, in denen zum Teil sehr wenig erbauliche Dinge über die Haltung unserer polnischen Reichsgenossen stehen[56]). Heute früh ist mir ein Charakteristikum für die Art und Weise der deutschen Verwaltung erzählt worden. Als jüngst der Medizinalkongreß in Warschau stattfand, hat der Generalgouverneur den deutschen Teilnehmern mitteilen lassen, sie möchten sich während des polnischen Nationalfestes nicht auf der Straße sehen lassen, sondern lieber vorher arbeiten. (Hört, hört!)[57])

Ich möchte mich auf diese Bemerkungen bezüglich der inneren Politik beschränken und nunmehr auf die großen Fragen eingehen, die uns alle in erster Reihe bewegen. Alle diese Fragen der inneren Politik treten ja weit zurück gegenüber den Sorgen und den heißen Wünschen für die Zukunft Deutschlands, für das neue, hoffentlich größere und stärkere Deutschland, das aus dem Frieden hervorgehen soll.

Meine Herren, ein paar Bemerkungen über die Kriegslage. Ich meine, wir sollten

---

[51]) Die Gesetzesvorlage siehe in: Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 257.

[52]) Am 3. 6. 1916; vgl. Sten. Berichte Bd. 307 S. 1468.

[53]) Am 19. 4. 1917 stimmte der Bundesrat der Aufhebung des Jesuitengesetzes zu; vgl. Schulthess 1917/I S. 423.

[54]) Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 31. 12. 1914; vgl. Westarp II S. 221.

[55]) Vgl. Westarp II S. 238; ferner Imanuel Geiß, Der polnische Grenzstreifen 1914—1918, Lübeck/Hamburg 1960, S. 101 ff.

[56]) *Bassermann* spielt hier in erster Linie an auf die „Denkschrift über die künftige staatsrechtliche und nationalpolitische Gestaltung der von Rußland abzutrennenden östlichen Nachbargebiete des Deutschen Reiches" (Als Manuskript gedruckt, April 1916). Vgl. Schäfer S. 197 f.; Werner Conze, Nationalstaat oder Mitteleuropa?, in: Deutschland und Europa, Festschrift für Hans Rothfels, hrsg. Werner Conze, Düsseldorf 1951, S. 210 f.

[57]) Gemeint sind die Feierlichkeiten zum 125. Jubiläum der polnischen Verfassung vom 3. 5. 1791, die vom deutschen Generalgouverneur in der Hoffnung genehmigt worden waren, daß sie einen primär antirussischen Akzent tragen würden. Vgl. Conze S. 166 ff.; Bogdan Graf v. Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, Berlin 1936, Bd. II S. 269 f.

auch dann, wenn der Krieg durch den Übergang in den Stellungskrieg dieses hochgespannte Interesse verliert, wie es in den ersten Monaten bestand, wenn manche Mißstände auch bei den Truppen draußen hervortreten, die nun in dem ewigen grauen Einerlei der Schützengräben auf schlechte Gewohnheiten der Friedenszeiten zurückkommen, wie es ja vielfach in Briefen, die an uns gelangen, hervortritt — wir sollten trotz mancher nicht erfreulichen Erscheinung, auch in dem Verhältnis der Offiziere zu ihren Mannschaften, das eine Große doch immer wieder in den Vordergrund stellen und mit hoher Genugtuung nie vergessen, daß es doch ein unendliches Glück für Deutschland war, daß wir den Krieg alsbald in Feindesland tragen konnten, daß die deutschen Fluren mit Ausnahme des armen Ostpreußen und einzelner Teile des Sundgaues von den feindlichen Horden verschont blieben, und daß zweitens immer wieder gegenüber allen Schwarzsehern auf die Fülle des eroberten Landes hingewiesen werden muß, welches im Westen und Osten, in Rußland, in Frankreich, in Belgien, in Serbien und Montenegro in unseren Händen ist, und so werden wir diese Betrachtungen beginnen mit heißem Dank für unsere Armee, die uns diese großen Resultate geschaffen hat. (Lebhafter Beifall.)

Wenn man nun die Frage daran knüpft: Weshalb ist es trotz dieser großen militärischen Erfolge, trotzdem wir Länder und Provinzen in unseren Händen haben, nicht möglich gewesen, den Feind so niederzuwerfen, daß wir den Frieden diktieren können, so ist da an zwei Erscheinungen der ersten Zeit des Krieges des Jahres 1914 anzuknüpfen, die einen Strich durch die deutschen Feldzugspläne gemacht haben. Immer schärfer schält sich die hohe Bedeutung und der unglückliche Erfolg, die schlechte Nachwirkung der Marneschlacht in den ersten Herbsttagen des Jahres 1914 heraus. Ob wir die Nerven nicht gehabt haben, den großen *Schlieffenschen* Plan durchzuführen, welche Gründe zu dem damaligen Mißerfolg geführt haben, der uns ja unendlich viele Gefangene gekostet hat, das zu untersuchen, ist heute nicht die Zeit. Jedenfalls kam der überwältigende Vormarsch der deutschen Armee, dem wir zugejubelt haben, nach all den Niederlagen, die die Franzosen erlitten haben, zum Stehen. Der Vormarsch nach Paris wurde nicht fortgesetzt, so erfolgte der Rückzug nach der Aisne, und der Bewegungskrieg ging über in den Stellungskrieg. Zum Teil hing das mit der Schwächung des rechten Flügels zusammen, die notwendig wurde, für die man als Grund angibt die Kriegslage in Ostpreußen, bedingt durch die Tatsache, daß die russische Mobilmachung viel früher fertig war, als unsere diplomatischen und militärischen Vertreter in St. Petersburg und anderwärts das als möglich erachtet hatten[58]). (Sehr richtig!)

Das war die erste Crux, und daran schloß sich der verunglückte Vormarsch auf Calais. Als im Norden dieser deutsche militärische Vormarsch unter Einsetzung vieler neugebildeter Truppen stattfand, da war es die Absicht, durch Belgien durchzumarschieren und die Küste zu gewinnen. Ob damals die feste Absicht einer Landung in England bestand — wie mir mitgeteilt worden ist — oder

[58]) Immerhin hat der deutsche Generalstab die russischen Möglichkeiten recht realistisch eingeschätzt. Vgl. Weltkrieg II S. 18 f., 32 ff., 47 ff., 64 ff.

nicht, das stelle ich dahin[59]). Jedenfalls besteht auch hier die Tatsache, daß an der Yser unter furchtbaren Verlusten — man spricht von 180 000 Mann deutscher Verluste[60]) — der Bewegungskrieg zum Stillstand kam, das Ziel nicht erreicht wurde, und der Stellungskrieg auch dort begann.

Diese beiden Niederlagen sind von der französischen Regierung in gewaltiger Weise fruktifiziert worden. Man hat die Gefangenen von Ort zu Ort geführt, und das geschwundene Selbstbewußtsein und die Zuversicht der Franzosen ist durch die Erfolge, die sie an der Marne und an der Yser erreicht haben, gewaltig gestiegen.

Wir stehen heute unter den Sorgen von Verdun. Mit gewaltigen Mitteln haben wir hier eingesetzt, mit einem Artillerieaufwand, wie er niemals im Laufe dieses Krieges noch gesehen worden ist, und die ersten Erfolge versprachen eine rasche Aktion, einen raschen Fall von Verdun. Das ist leider nicht eingetreten. Die Befestigungshindernisse sind offenbar so gewaltig, daß die Notwendigkeit, Verdun und seine Stellungen ohne furchtbare Menschenverluste zu nehmen, unsererseits zu langsamem Vorgehen zwingt[61]).

Aber, meine Herren, deshalb schwarz zu sehen, ist keine Veranlassung, denn einige Vorteile sind durch den Vorstoß auf Verdun zweifellos erreicht worden: Der eine besteht darin, daß nahezu die ganze französische Armee oder jedenfalls ein großer Teil davon in dem Loch von Verdun nunmehr festgehalten ist, daß die Franzosen ihrerseits genötigt waren, ihre ganze Artillerie bei Verdun zusammenzuziehen — es soll kaum mehr ein Schiffsgeschütz auf irgendeinem französischen Kriegsschiff sein — und vor allem der wichtige Erfolg, daß die ganzen Pläne der Entente, die doch offenbar in diesem Frühjahr mit einer großen Massenoffensive im Osten und im Westen vorgehen wollten, zerstört sind[62]). Wir haben die Initiative ergriffen und dadurch die Resultate all der langen Beratungen, die die Feldherren der Entente unter sich vorgenommen haben, zerstört. Wir wollen hoffen und wünschen, daß es der Armee des *Kronprinzen* gelingen möge, Verdun zu nehmen, und wenn auch heute nicht mehr der politische Erfolg erzielt werden kann, den man in unserem Auswärtigen Amte erhoffte, daß ein rascher Fall von Verdun den Zusammenbruch der französischen Stimmung im Gefolge haben könnte[63]), so ist immerhin zu hoffen, daß, wenn die Franzosen

[59]) Die verantwortliche militärische Führung hatte an eine Landung in England nicht gedacht. Bei der Flandernschlacht im Herbst 1914 hatte *Falkenhayn* lediglich danach gestrebt, „die nördliche französische Küste und damit die Herrschaft über den Englischen Kanal in deutsche Hand zu bringen". Siehe Erich von Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entscheidungen, Berlin 1920, S. 11 f. u. 15. Die Gerüchte über eine bevorstehende Landung in England waren wohl einer antienglischen Psychose entsprungen, vgl. Fischer S. 226 u. 239, sowie Westarp II S. 172.

[60]) Zu den Verlusten siehe Weltkrieg Bd. 5 S. 401 u. Bd. 4 S. 25.

[61]) Im August 1916 ist die deutsche Verdunoffensive schließlich versandet und aufgegeben worden; siehe Weltkrieg Bd. 10 S. 195 ff. u. 253 ff.

[62]) Die Offensivpläne der Ententemächte wurden durch die Kämpfe um Verdun zwar stark modifiziert, kamen aber dennoch zur Ausführung: Am 4. Juni begann im Osten die große *Brussilow*-Offensive, am 1. Juli im Westen die Sommeschlacht. Vgl. zu den alliierten Plänen: Weltkrieg Bd. 10 S. 44 ff. u. 325 ff.

[63]) Vgl. Müller S. 182.

entscheidend bei Verdun geschlagen werden und Verdun genommen wird, dieser Erfolg auf die weichende Stimmung in Frankreich, vor allem angesichts der ungeheuren Menschenverluste der französischen Armee, von Bedeutung für die Richtung der geminderten Siegeszuversicht und der steigenden Kriegsmüdigkeit in Frankreich sein wird.

Meine Herren, wenn ich ein Wort über den Osten sagen darf, so können wir mit freudigem Gefühl nach wie vor feststellen, in welch glänzenden Händen dort die Führung unserer Armee ist. (Beifall.) Dem Sieger von Tannenberg, dem Sieger in der Schlacht an den masurischen Seen, dem Feldherrn der Winterschlacht in Ostpreußen wird die Weltgeschichte Kränze winden, und niemand wird diesen hervorragenden Feldherren, die in diesem deutschen Kriege so Gewaltiges geleistet haben, *Hindenburg* und *Ludendorff*, die Popularität in deutschen Landen zu mindern die Gewalt und die Kraft haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden immer mit Bewunderung auf diese großen Feldherren schauen und ihnen dankbar sein, daß sie heute, als die erneute Offensive in Rußland als Hilfeleistung für die französische Armee im Osten eintrat[64]), es verstanden haben, mit Truppen, die numerisch weit unter den russischen Angriffsmassen standen, den Anprall — und wir haben mit Freuden gehört, mit äußerst geringen Verlusten auf unserer Seite — aufzuhalten. Und wenn eine neue russische Offensive an der Düna, wie sie nunmehr angekündigt ist, erfolgt, haben wir die Zuversicht — und ich höre, die hat man auch in dem Hauptquartier Ost —, daß immer erneut die Russen mit furchtbaren Verlusten an dem deutschen Wall abprallen werden.

Meine Herren, was im Osten weiter geschehen wird, das kann ich Ihnen nur insoweit sagen, als Gerüchte an uns herantreten, die nach der einen Seite dahin gehen, daß man nach der Belagerung von Verdun oder noch während der Belagerung versuchen wird, im Süden einen Vorstoß nach Kiew und Odessa zu machen, um in diese Kornkammern und Kohlenbecken Rußlands, in das Herz der historischen Stätten, bis Kiew einzudringen[65]). Es ist auch davon die Rede, daß eine Offensive an der Düna in den baltischen Provinzen, also in der Richtung auf Petersberg einsetzt[66]).

Das eine können wir aber sagen: Noch ist die militärische Lage nicht so, daß wir nach einem Frieden rufen dürfen (sehr richtig!), noch werden militärische Schläge fallen müssen, und wenn uns die Fortdauer des Krieges noch so schwer im Innern trifft, müssen wir immer den Grundgedanken in den Vordergrund stellen: der Frieden darf nur so sein, daß er die Zukunft Deutschlands sicherstellt. (Beifall.)

Wir sehen den Übermut unserer Gegner nicht gebrochen; erneute Berichte aus Petersburg, aus Paris, aus London stellen dieses Ergebnis fest. Auch von seiten unserer leitenden Staatsmänner kann man diese Mitteilung erhalten, daß kein Anzeichen dafür vorhanden ist, daß in der Entente eine Bereitwilligkeit zum

[64]) Gemeint ist die russische Entlastungsoffensive an der Nordfront vom 18.—29. März 1916, vgl. Weltkrieg Bd. 10 S. 424 ff.

[65]) Bei diesem „Offensivplan" hat es sich im wesentlichen nur um Erörterungen von „politischen Kreisen in Wien und Berlin" gehandelt. Vgl. Weltkampf Bd. 5 S. 195.

[66]) Die Oberste Heeresleitung stellte indes für diesen Offensivplan *Hindenburgs* nicht die benötigten Divisionen zur Verfügung. Vgl. Müller S. 185 f.; Ritter III S. 225.

Frieden besteht. Petersburg schwimmt, wie mir noch jüngst von einem Polen erzählt wurde, der begütert ist und seine Verbindungen hat, in Sekt, und die Leute sagen: eine so glänzende Zeit war noch nicht da. Es stiehlt alles, vom ältesten Großfürsten bis herunter zum kleinsten Beamten. (Heiterkeit.) Die Frauen sind hervorragend beteiligt und schwimmen in Gold, und um die Massen kümmert sich dort kein Mensch. Kein Krüppel, kein Hinterbliebener wird irgendwie dort vom Staate unterstützt, und in London ist es trotz innerer Schwierigkeiten ebenso, daß der Kriegswille nach wie vor vorhanden ist, so daß wir — und das ist doch wohl auch die Auffassung der maßgebenden Kreise — erst dann darauf rechnen können, daß eine Änderung in diesen Stimmungen eintritt, wenn neue Schläge im Westen und im Osten gefallen sind.

Meine Herren, ein Wort über die Flotte. Das ist ja für manchen eine Enttäuschung, wenn wir auch mit hoher Bewunderung und mit einem Gefühl des berechtigten Stolzes auf die Leistungen vieler unserer jungen Seeoffiziere hinschauen, die als U-Boot-Kommandanten, im Kreuzerkrieg, im Luftkrieg ihre volle Schuldigkeit getan haben und den Heldentod fürs Vaterland gestorben sind und glänzende Einzelerfolge errungen haben.

Es ist gewiß bedauerlich, daß man, wie ja manches an unbegreiflichen Dingen geschehen ist, den Oberbefehl über die Seestreitkräfte bei Beginn des Krieges nicht demjenigen übertragen hat, der die Flotte geschaffen hat, dem Großadmiral *Tirpitz*, daß man mit einer, wie die Marine sagt, reichlich komplizierten Organisation in den Krieg ging: Reichsmarineamt, das ja eigentlich nur das Ministerium ist, der Chef des Admiralstabes, die maßgebende Persönlichkeit, der Chef des Marinekabinetts, der auch ein bedeutendes Wort mitspricht, und an den Küsten *Prinz Heinrich*, der Oberbefehlshaber der Hochseeflotte, der Oberbefehlshaber der Nordsee- und Ostseestation, ohne daß zusammenfassend darüber eine entscheidende Stelle stand[67]). Ich will das nicht weiter ausführen. Ich weiß, daß man gerade in Marinekreisen vielfach gesagt hat, daß versäumte Gelegenheiten, die niemals wiederkommen, größere Erfolge verhindert haben.

Und nun lassen Sie mich zu der Frage des U-Boot-Krieges übergehen. Meine Herren, der U-Boot-Krieg hat ja unser Volk in seiner Phantasie mächtig erregt. Hier war nach der Meinung unserer Volksgenossen das große Mittel gefunden, um den Krieg rascher zu beenden. Wir sahen mit steigender Genugtuung die wachsenden Ziffern der versenkten Tonnage und rechneten mit der Tatsache, daß wir, was die Zahl der U-Boote anlangt, von Monat zu Monat stärker werden.

Der Seekrieg begann ja damit, daß England die Nordsee zum Kriegsgebiet erklärt hat[68]). An diese Erklärung Englands schloß sich Ende 1914 die Unterhaltung, die Großadmiral *Tirpitz* mit einem Vertreter der amerikanischen Presse über den U-Boot-Krieg gehabt hat. *Tirpitz* hat damals die ersten Andeutungen gemacht, daß wir in der Lage sind, die Küsten Englands von der Zufuhr

[67]) Unmittelbar vor Kriegsbeginn hatte *Tirpitz* einen erfolglosen Vorstoß für die Vereinigung von Admiralstab und Reichsmarineamt unternommen. Vgl. Tirpitz S. 28 ff., auch S. 128 ff.

[68]) Am 2. 11. 1914; siehe Tirpitz S. 282 f.

abzusperren[69]). Dann kam unsere Erklärung vom 4. Februar 1915, die Gewässer rings um Großbritannien wurden unsererseits zum Kriegsgebiet erklärt[70]). Jedes feindliche Kauffahrteischiff — so wurde angekündigt — wird zerstört. Die Neutralen werden gewarnt, dieses Gebiet zu betreten, und es wird darauf hingewiesen, daß der von England unter dem 8. Februar offiziell sanktionierte Flaggenmißbrauch naturgemäß die Gefahr der Verwechslung zwischen englischen und neutralen Schiffen aufs äußerste steigern muß[71]).

Am 13. Februar kam dann die erste amerikanische Note, die gegen diese Art der Seekriegführung Einspruch erhob[72]). Daran schloß sich die Versenkung der Lusitania[73]), und damit war eigentlich die Krisis akut geworden. Es kamen sofort die scharfen Proteste Amerikas[74]), da viele Amerikaner ertrunken waren, Proteste, die sich dann nach dem Fall der Arabic wiederholten[75]).

In diesem Stadium traten Einschränkungen unseres U-Boot-Krieges bereits ein, zunächst durch eine geheime Instruktion an die U-Boot-Kommandanten, die ein Ausfluß der Kommandogewalt war — sie war nicht bekanntgeworden, konnte in jedem Augenblick auch wieder durch Befehl zurückgezogen werden[76]) —, dann in einer veröffentlichten Anweisung, die in Rücksicht auf die amerikanischen Proteste erfolgte[77]), von der man in Marinekreisen, im Reichsmarineamt annahm, daß sie mehr oder weniger den U-Boot-Krieg lahmlegen werde. An diese Vorgänge schloß sich ein Abschiedsgesuch des Großadmirals *v. Tirpitz*, welches damals nicht angenommen wurde[78]).

Es ist gewiß ein Fehler gewesen, daß man den U-Boot-Krieg von vornherein so konstruiert hat, daß man ihn als Vergeltungsmaßregel gegen den englischen Aushungerungskrieg bezeichnete[79]). Die U-Boot-Waffe ist eine neue Waffe, die

[69]) Zum Interview mit dem amerikanischen Journalisten *v. Wiegand*, das am 22. 12. 1914 veröffentlicht wurde, vgl. Tirpitz S. 621 ff.

[70]) Wortlaut der Erklärung bei Tirpitz S. 305 f.; Wortlaut der beigegebenen Denkschrift bei Wippermann 1915/I S. 151 f. Vgl. auch Müller S. 87 f.

[71]) Wortlaut der britischen Erklärung bei Schulthess 1915/II S. 730 f.

[72]) Vgl. Tirpitz S. 309.

[73]) Am 7. 5. 1915.

[74]) Die amerikanischen Protestnoten vom 13. 5. 1915, 10. 6. 1915 und 21. 7. 1915 sind abgedruckt in: Der Handelskrieg mit U-Booten II S. 92 ff., 161 ff. u. 178 ff.

[75]) Der Arabic-Fall ereignete sich am 19. 8. 1915. Vgl. hierzu a.a.O. S. 268 ff.

[76]) Der kaiserliche Befehl vom 6. 6. 1915 verbot die Versenkung großer neutraler wie auch feindlicher Passagierdampfer; vgl. Tirpitz S. 350.

[77]) Telegramm des *Kaisers* vom 30. 8. 1915 an den Admiralstab, wonach Passagierdampfer nur nach Warnung und Rettung von Passagieren und Mannschaft versenkt werden durften. Es hieß dort weiter: „Ich stelle zur Erwägung, für die Zeit, in welcher obige Einschränkung in Kraft sein wird, Unterseeboote an der englischen Westküste überhaupt nicht zu stationieren [. . .]" Vgl. a.a.O. S. 283.

[78]) Das Abschiedsgesuch von *Tirpitz* wurde am 30. 8. 1915 abgelehnt; vgl. Tirpitz S. 409 f. u. S. 415 ff.

[79]) Die Begründung des U-Boot-Krieges als Vergeltungsmaßnahme erfolgte in der am 4. 2. 1915 publizierten „Denkschrift der Kaiserlichen Deutschen Regierung über Gegenmaßnahmen gegen die völkerrechtlich widrigen Maßnahmen Englands zur Unterbindung des neutralen Seehandels mit Deutschland"; abgedruckt bei Wippermann 1915/I S. 151 f. Vgl. hierzu Ritter III S. 148 f.

sich in diesem Kriege ihr neues Recht sucht. Die alten Völkerrechtsbestimmungen passen nicht auf dieses neue Instrument unserer Marine, und deswegen wäre wohl der Standpunkt besser gewesen, wenn man, ohne auf die Vergeltung für England hinzuweisen, nur auf diese neu geschaffene Tatsache hinwies (sehr richtig!), während gerade der Vergeltungsgesichtspunkt die Neutralen natürlich aufputschte, indem sie sagten: Vergeltung könnt ihr gegen England suchen, ihr dürft sie aber nicht in der Weise suchen, daß auch neutrale Schiffahrt und Tonnage gefährdet wird.

Es kam dann die Erörterung im Reichstage, die zu langen Auseinandersetzungen und Beratungen auch in unserer Fraktion führte. Der Reichstag war in seinen großen Fraktionen geneigt, durch Resolutionen Stellung zu nehmen[80]). Ich darf noch voranstellen, und Sie werden mir das glauben, daß es kaum je eine Frage gegeben hat, in der für jeden, der mitzureden hatte oder der auch nur indirekt einwirken konnte, so viel Verantwortung steckte, wie gerade in dieser Frage des U-Boot-Krieges. Auf der einen Seite die Überzeugung, daß wir mit der U-Boot-Waffe den Erfolg erringen, wenn auch nicht England auf die Knie zu zwingen, so doch es derartig zu schädigen, daß in absehbarer Zeit — sei es in vier oder in sechs Monaten — England um Frieden bitten müßte oder doch die Schädigung, die Schwierigkeiten der Verpflegung, die Arbeiterunruhen in England so groß würden, daß die Staatsmänner, die Englands Geschicke leiten, sich sagen müßten: Ist es nicht besser, dem Spiel ein Ende zu machen? Auf der anderen Seite tauchte die Gefahr eines Krieges mit Amerika auf. Auch diejenigen, die entschiedene Anhänger eines rücksichtslosen U-Boot-Krieges waren, konnten an dieser Erwägung nicht mit einer leichten Handbewegung vorübergehen. Amerika ist und bleibt das Land der unbegrenzten Möglichkeiten mit seiner großen Volkszahl, mit seiner starken Finanzkraft, mit seiner gewaltigen Wirtschaft und allen den Möglichkeiten, finanziell und wirtschaftlich unsere Feinde zu subventionieren. Es trat auch in den Vordergrund, daß, wenn Amerika in den Krieg gezogen wird, dann vielleicht doch auch dort ein solcher Kriegsenthusiasmus entstehen könnte, die Volksseele derart erregt würde, daß wir mit einem starken freiwilligen Zuzug aus Amerika für unsere Feinde zu zählen hätten.

Eine zweite Frage, die vollständig selbständig danebenging, ist die Frage der übrigen neutralen Staaten, zusammenhängend zunächst mit der amerikanischen Frage, weil man sich sagte, der moralische Eindruck wird so groß sein, daß dann auch andere Neutrale in den Krieg gegen uns hineingerissen werden, daß man weiter sagte — ich muß mich ja bemühen, in dieser Frage hier ganz objektiv zu referieren und auch die Ansichten darzulegen, die nicht die meinen sind[81]) —, die englische Rücksichtslosigkeit wird dann die Maske vollständig fallenlassen und wird in der Absperrung von Zufuhr gegen die Neutralen mit einer solchen Brutalität vorgehen, daß schließlich die Neutralen vor die Frage kommen, sich

[80]) Der Vorstoß der Reichstagsfraktionen fand im Februar und März 1916 statt. Vgl. Westarp II S. 124 ff.; Erzberger S. 214 ff.; Epstein S. 176 f.; Ernest R. May, The World War and American Isolation (1914—1917), Cambridge-Mass. 1963, S. 169 ff.

[81]) In der nationalliberalen Reichstagsfraktion gab es eine sich um die Abgeordneten *Schiffer* und *Frhr. v. Richthofen* gruppierende Minderheit, die sich dem Drängen zur Aufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges widersetzte. Siehe Anm. 97 sowie Thieme S. 91 f.

ähnlich behandeln zu lassen wie Griechenland[82]) oder auf seiten Englands in den Krieg einzutreten.

Vor allem aber eine Frage, die insbesondere im Auswärtigen Amte erwogen wurde: daß, wenn infolge eines Zustandes, der doch nunmehr der effektiven Blockade gleichkommt, jedes Schiff, das sich der englischen Küste nähert, einerlei, welche Flagge es trägt, einerlei, ob es neutral oder feindlich ist, ohne Warnung, ohne Untersuchung, ob es Konterbande führt oder nicht, torpediert wird, und wenn auch die Verpflichtung wegfällt, die Leute zu retten, die Neutralen, ob Holland, Dänemark, Schweden, Spanien oder wer sonst in Frage kommt, sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen würden und daß wir durch die Empörung über die Versenkung dieser neutralen Schiffe in einen Krieg mit diesen Staaten gezogen würden[83]).

Das waren natürlich schwere Erwägungen. Wie die Sache gegangen ist, ist den Herren ja in Erinnerung. Wir haben eine Resolution eingebracht[84]), die Konservativen haben eine Resolution eingebracht[85]), wir hatten eine Resolution des Zentrums[86]), eine Resolution der Sozialdemokraten[87]). Nunmehr standen wir vor der Frage: Was soll nun geschehen? In dem Augenblick, in dem das Zentrum, ich will nicht sagen abschwenkte, aber immerhin eine Stellung einnahm, die sich mit der unseren und der Stellung der Konservativen nicht mehr deckte[88]), war es ganz klar, daß die Anträge der Konservativen und unsere Anträge eine Mehrheit in der Kommission nicht mehr finden würden. Dem Lande zu dokumentieren, daß das so ist, schien uns doch bedenklich, und ebenso wären wir sehr ungern auf den Vorschlag des Zentrums als den einer mittleren Linie eingegangen. So suchte man nach einer Verständigung, die den prinzipiellen Standpunkt wahrte[89]). Die Konzession, die wir machten, lag darin, daß wir eine Einfügung zuließen: unter tunlichster Schonung oder Berücksichtigung der Neutralen[90]).

Es ist in solchen Situationen natürlich für die Parlamentarier immer der eine

[82]) Nach der Niederlage Serbiens im Herbst 1915 hatten die Ententemächte Teile von Griechenland besetzt und suchten seitdem die griechische Regierung zur Aufgabe der Neutralität zu bewegen. Vgl. Wippermann 1915/II S. 155 f.; 1916/I S. 199 f. und öfter.

[83]) Namentlich *v. Kühlmann*, der damalige deutsche Gesandte im Haag, nährte solche Befürchtungen (vgl. Müller S. 159, auch 225), die allerdings auch von *Bethmann Hollweg* geteilt wurden (Memorandum vom 29. 2. 1916, in: Bethmann II S. 267).

[84]) In dem nationalliberalen Resolutionsantrag vom 17. 3. 1916 wurde der *Reichskanzler* ersucht, „dahin zu wirken, daß deutscherseits von der Unterseebootwaffe in der Kriegszone auch im Handelskriege, abgesehen von den lediglich der Personenbeförderung dienenden Passagierdampfern, derjenige Gebrauch gemacht wird, der sich aus der technischen Eigentümlichkeit der Waffe ergibt". Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 231.

[85]) A.a.O. Bd. 317 Nr. 232.

[86]) A.a.O. Bd. 317 Nr. 233.

[87]) A.a.O. Bd. 317 Nr. 245.

[88]) Das Zentrum war auf Initiative *Erzbergers* auf den gemäßigteren Kurs *Bethmanns* eingeschwenkt; vgl. Epstein S. 176 f. u. 473 f.

[89]) Zur Haltung der Partei vgl. den von nationalliberaler Seite verfaßten Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstages vom 28.—30. März 1916, in: Kleine Erwerbungen Nr. 303—17.

[90]) Wortlaut der Resolution in: Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 255. Im Plenum angenommen am 6. 4. 1916, vgl. Sten. Berichte Bd. 307 S. 898.

Gesichtspunkt auch nicht abzuweisen, daß es doch äußerst wünschenswert ist, dem Auslande gegenüber die Einigkeit des Parlaments, solange sie aufrechtzuerhalten ist, zu dokumentieren. So kam dann jener Kompromißantrag zustande, der ja vielfach im Lande nicht verstanden worden ist, der aber, wenn Sie die damalige Resolution genau lesen, in seinem ersten Teil die volle Anerkennung unseres Standpunktes in sich schloß[91]).

Nachdem das geschehen war, sah man im großen und ganzen nun zunächst die Sache als erledigt an, als plötzlich die neue amerikanische Note hier eintraf, die den Abbruch der Beziehungen androhte[92]). Damit war eine neue Situation für die Regierung gegeben. Die Politik der Illusion, der man sich hingab, daß man durch Konzessionen Amerika zur Ruhe bringen konnte, war wiederum gescheitert. Wir standen vor einer in der Sache sehr unhöflichen, in unsere Kriegführung eingreifenden amerikanischen Note. Der Ausgang ist Ihnen bekannt[93]). Wir haben nachgegeben. Die Erwägungen im Großen Hauptquartier, die dort im wesentlichen durch den *Reichskanzler*, den Chef des Admiralstabes und den jetzigen Staatssekretär des Innern Dr. *Helfferich* gepflogen wurden, führten dahin, daß der U-Boot-Krieg gegen unbewaffnete feindliche Handelsschiffe aufgegeben wurde[94]). Wir haben unsererseits von dieser Tatsache als einer vollendeten in der Budgetkommission Kenntnis bekommen[95]). Ich habe namens der Fraktion unseren Standpunkt nochmals gewahrt, nochmals hervorgehoben, daß wir der Meinung sind, daß in der Tat die U-Boot-Waffe ein entscheidendes Mittel sei (sehr gut!), daß wir andererseits der vollendeten Tatsache gegenüber nunmehr abwarten wollen, was weiter geschieht[96]).

Was die U-Boot-Waffe anlangt, so möchte ich eines nachholen und gegenüber den Herren, die vielleicht die Entschließung der großen Mehrheit[97]) der Fraktion, die in der U-Boot-Waffe das entscheidende Mittel sah, nicht genügend sorgfältig

[91]) Die Resolution vom 6. 4. 1916 forderte „Freiheit im Gebrauch" der U-Boot-Waffe.

[92]) Am 20. 4. 1916. Abgedruckt bei Schulthess 1916/II S. 569 ff.

[93]) Die deutsche Regierung hatte in ihrer Antwortnote vom 4. Mai versprochen, Handelsschiffe auch innerhalb des Seekriegsgebietes „nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken". Sie hatte allerdings daran die Erwartung geknüpft, „daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. 12. 1914 und vom 5. 11. 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließungen vorbehalten muß." Vgl. Schulthess 1916/II S. 575 ff.

[94]) Der Handelskrieg mit U-Booten III S. 153 u. 196 ff.; Birnbaum S. 88 ff.

[95]) Vgl. Frankfurter Zeitung vom 6. 5. 1916, 1. und 2. Morgenblatt, über HA. vom 5. 5. 1916.

[96]) Westarp II S. 130 f.: „*Bassermann* erklärte ausdrücklich, er wolle dem Versuch, den Konflikt mit Amerika aufzuschieben und zu vermeiden, nicht entgegentreten und legte nur besonderen Wert auf die für später vorbehaltene Handlungsfreiheit, *v. Payer* und *Scheidemann* billigten natürlich die Antwort rückhaltlos."

[97]) Die nationalliberale Resolution für den unbeschränkten U-Boot-Krieg hatte in der Fraktion nur eine Mehrheit von 34:10 gefunden. Nicht unterzeichnet hatten: *Bärwinkel*, *van Calker*, Dr. *Junck*, *Keinath*, *Marquart*, *Paasche*, *Frhr. v. Richthofen*, *Schiffer*, *Prinz Schönaich-Carolath*, *Schwabach*. Siehe NLC Nr. 45 vom 22. 3. 1916.

geprüft haben, doch einmal auf die Bemerkungen zurückkommen, auf die wir uns stützen konnten.

Es war zunächst eine vertrauliche Denkschrift des Reichsmarineamts[98]) vorhanden, in der gesagt wurde, dieser starke Ausfall an Schiffsraum würde England in einem vitalen Punkte treffen, müßte in immer steigendem Maße nicht nur Teuerung, sondern schließlich Not und Mangel an den unentbehrlichen Gegenständen hervorrufen und das englische Wirtschaftsleben zerrütten. Es würde aber auch die die englische Kriegführung bestimmenden Faktoren so nachteilig beeinflussen, daß nach der Ansicht des Chefs des Admiralstabes England bei sofortiger rücksichtsloser Einsetzung der U-Boot-Waffe sich bis zum Herbste dieses Jahres zum Nachgeben genötigt sehen würde. Ähnlich lauteten die Ausführungen des Admiralstabs[99]). — Ich bemerke aber, daß das absolut vertrauliche Mitteilungen sind, die unter keinen Umständen weitergetragen werden dürfen. — In den Admiralstab trat ein alter Gegner von *Tirpitz* ein[100]), nachdem der Admiral *Bachmann* ausgeschieden war. Unter seiner Verantwortung geht wohl diese Denkschrift des Admiralstabes. In der ist gesagt: Wird der U-Boot-Krieg uneingeschränkt, d. h. mit der Maßgabe geführt, daß im Kriegsgebiet jeder Schiffsverkehr vernichtet werden darf, dann steht in sicherer Aussicht, daß England sich infolge unerträglicher Beengung des Frachtraums und damit der Ein- und Ausfuhr und folgeweise teuren Fracht durch schwerste finanzielle Bedrohung in absehbarer Zeit, längstens sechs Monaten, zum Friedensschluß genötigt sehen wird. (Hört, hört!)[101])

Meine Herren, auf diesen autoritativen Bemerkungen bauten wir auf, und es wurde uns bekannt, daß von hervorragenden Wirtschaftspolitikern und Leuten des deutschen Handels, der deutschen Bankwelt[102]) Gutachten eingefordert wurden, die sich, was die wirtschaftlichen Folgen für England anlangt, genau auf den Boden stellten, auf den die Mehrheit der Fraktion dann getreten ist.

Es ist dann ein Wechsel im Reichsmarineamt eingetreten[103]). Der bewährte Chef der Reichsmarine ist während des Krieges ausgeschieden, auch ein Ereignis, das uns tief betrübt hat, und dessen Zweckmäßigkeit wohl angezweifelt werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)[104]) Der Schluß ist die Nachgiebigkeit gegen Amerika, weil man die Gefahren, die in der U-Boot-Politik lagen, so hoch eingeschätzt hat, während andererseits der Herr *Reichskanzler* von der Ansicht aus-

[98]) Abgedruckt in: 15. Untersuchungsausschuß Bd. II. Beilage IV S. 142 ff. (13. 2. 1916).

[99]) Vgl. a.a.O. S. 138 ff.; Weltkampf IV S. 237 ff.

[100]) Es handelt sich um Admiral Henning *v. Holtzendorff* (1853—1919), welcher der *Bethmannschen* Richtung nahestand und am 3. 9. 1915 Chef des Admiralstabes geworden war; vgl. Der Handelskrieg mit U-Booten II S. 284 f.

[101]) Vgl. hierzu 15. Untersuchungsausschuß a.a.O. S. 141.

[102]) Darunter befanden sich: *Reusch*, *Springorum*, *Beukenberg*, Hugo *Stinnes*, *Zuckschwerdt*, *Salomonsohn*. Vgl. Kleine Erwerbungen Nr. 303—13 S. 36 ff.

[103]) Das Rücktrittsgesuch von *Tirpitz* war am 15. 3. 1916 angenommen worden, vgl. Tirpitz S. 508 ff. Sein Nachfolger wurde Eduard *v. Capelle* (1855—1931).

[104]) Unter dem Eindruck des Rücktritts hatte *Bassermann* eine Broschüre veröffentlicht mit dem Titel: „Tirpitz" (Berlin o. J.).

ging — und darin stützte er sich auf den neuen Chef des Reichsmarineamts, Herrn Admiral *Capelle* —, daß angesichts der Zahl unserer U-Boote dieser große Erfolg gegen England nicht genügend gewährleistet sei[105]).
Es hat in diesen Beratungen insbesondere auch der Schatzsekretär Dr. *Helfferich* hervorgehoben, man möge die Abwehrmöglichkeiten, die England zustehen, nicht unterschätzen. Der Nahrungsbedarf der Inseln sei doch relativ gering, und da wir vor allem den Zugang von Frankreich über den Kanal nicht sperren könnten, würde es immer möglich sein, dieses nicht sehr große Quantum von Zufuhr mit wenigen Schiffen über Nacht an die englische Küste zu bringen[106]). Ich brauche darauf nicht einzugehen. Aber eines muß ich zum Schluß sagen: Von einem Aufgeben des U-Boot-Krieges war in den Mitteilungen, die wir erhielten, nicht die Rede. Es ist von den verschiedensten Rednern festgestellt worden, daß der U-Boot-Krieg gegen bewaffnete feindliche Handelsschiffe aufrechtzuerhalten ist, und dem ist auch von der Regierung nicht widersprochen worden. Im Gegenteil, es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß davon ja auch in der Note mit keinem Wort die Rede ist.
Wie man heute hört, sollen die U-Boote zurückgerufen sein. (Hört, hört!) Man könnte sich das damit erklären, daß bei dieser Art der Kriegführung die Gefahr für die U-Boote so groß wird, daß man dann lieber der Wirksamkeit dieser schönen Waffe ein Ende bereitet und damit weitere Zwischenfälle vermeidet[107]). Diese Entwicklung ist ein unerfreuliches Kapitel dieses Krieges. Wenn man den Krieg mit Amerika für so perniziös hielt, daß man, wie das mannigfach ausgesprochen ist, fürchtete, daß mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg — und der war ja wohl nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen automatisch in kürzester Frist zu erwarten — der Weltkrieg für uns verloren ist, dann hätte man diese Erwägungen meiner Auffassung nach in einem früheren Stadium anstellen müssen. (Sehr richtig!) Unsere Politik leidet immer daran, daß man hofft, daß man sich Illusionen hingibt, die sich dann doch — das hat schon die Politik vor dem Kriege gezeigt — als falsch erweisen, anstatt daß man mit Energie und festem Willen den Dingen klar ins Auge sieht. (Zustimmung.)
Nun, meine Herren, ich will damit meine Ausführungen über den U-Boot-Krieg schließen. Ob es gelingt, dauernd den Konflikt mit Amerika fernzuhalten — wer kann das wissen. Es sind heute wieder rosenrote Optimisten am Erzählen, daß nunmehr *Wilson* mit energischen Noten gegen England vorgehen wird[108]).

[105]) Vgl. den von nationalliberaler Seite verfaßten Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß (Anm. 89); ferner *Bethmann Hollwegs* Denkschrift vom 29. 2. 1916, in: Bethmann II S. 260 ff.

[106]) Helfferich S. 327; vgl. auch seine Denkschrift vom 26. 2. 1916, in: Nachlaß Stresemann 161 (Abschrift).

[107]) In der Tat erfolgte die Rückberufung der U-Boote deswegen, weil die Leitung des U-Boot-Einsatzes den Kampf gemäß der Prisenordnung für zu verlustreich hielt. Vgl. Der Handelskrieg mit U-Booten III S. 153 u. 196 ff.

[108]) Zeitungsmeldungen sprachen seit einigen Tagen von einem bevorstehenden amerikanischen Protest gegen die Postbeschlagnahme durch England und Frankreich (Frankfurter Zeitung vom 19. 5. 1916, 1. Morgenblatt; 20. 5. 1916, 2. Morgenblatt; 21. 5. 1916, 1. Morgenblatt). Tatsächlich erfolgte am 24. 5. 1916 ein amerikanischer Protest, blieb aber ohne durchschlagenden Erfolg (Schulthess 1916/II S. 541 ff. u. 237). Zu den zahlreichen Reibungen zwischen England und den USA im Sommer und Herbst 1916 siehe Charles Callan Tansill, Amerika geht in den Krieg, Stuttgart 1939, S. 411 f.

(Gelächter.) Diese Botschaft ist uns so oft gekommen und hat sich immer als falsch erwiesen. Die Blutsverwandtschaft zwischen England und Amerika, die kommerziellen Zusammenhänge, das Interesse der amerikanischen Geldmagnaten sind so groß, daß alles auf die guten Beziehungen mit England hinweist, selbst dann, wenn — was noch nicht einmal feststeht — bestimmte Abmachungen zwischen England und Amerika nicht vorliegen.

Ich habe jüngst erzählen hören, daß ein in der deutschen Politik oft genannter Mann, einer unserer Fürsten in der Handels- und Schiffahrtswelt, immer wieder darauf aufmerksam macht, daß die ganze Politik gegen Amerika, wie wir sie führen, falsch ist, daß dem Charakter des amerikanischen Volkes nicht genügend Rechnung getragen wird und daß man mit diesem System der fortgesetzten Konzessionen nur das eine erreichen wird: den Krieg mit Amerika. (Sehr richtig!)[109])

Immerhin werden Sie zugeben, daß die ganze Frage eine ungemein verantwortungsvolle war, selbstverständlich in erster Linie für den *Kanzler*, für alle die Organe der Regierung, die mitzusprechen hatten, aber auch für die Parteien, und Sie werden es auch begreiflich finden, daß wir schließlich bemüht waren, in der Periode, wo wir zu Resolutionen übergingen und nicht an den vollständigen Abbruch der Beziehungen dachten, unseren Standpunkt zu wahren, aber andererseits es nicht zu wilden Kämpfen über die Sache im Plenum des Reichstags kommen zu lassen[110]).

Nun, meine Herren, Friedensgerüchte und Friedensziele! Lassen Sie mich darüber ein Wort sagen.

Wenn man die jüngsten Reden der uns feindlichen Staatsmänner liest, so muß man sagen: noch ist da keine Einsicht gekommen. So sagt Herr *Poincaré:* Wir wollen auch nicht, daß Deutschland den Frieden uns anbietet, wir wollen, daß es darum bittet, wir wollen uns seinen Bedingungen nicht unterwerfen, wir wollen ihm die unseren diktieren[111]). Und am letzten Ende geht das natürlich immer auf die Abtretung nicht nur von Elsaß-Lothringen, sondern auch weiter der Rheingrenze. Und Herr *Grey* hat sich noch in diesem Monat dahin ausgesprochen: Preußen will die Vorherrschaft in Deutschland, es will ein Volk, das von Preußen geknechtet und regiert wird, es will über die Freiheit seiner Nachbarn und über unser aller Freiheit verfügen[112]); wir erklären, daß ein Leben unter diesen Bedingungen nicht zu ertragen ist, und das gleiche erklären Frankreich, Italien und Rußland: Wir können eine preußische Tyrannei über Westeuropa mit Einschluß der englischen Inseln nicht dulden, das Versprechen

[109]) Gemeint ist vermutlich Albert *Ballin*, der allerdings in das Lager der Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges übergegangen war. Vgl. Bernhard Huldermann, Albert Ballin, Oldenburg i. O./Berlin 1922, S. 343.

[110]) Die Anträge der einzelnen Parteien zur U-Boot-Frage waren ursprünglich als Plenaranträge eingebracht. Es bedurfte einer großen Anstrengung *Bethmanns*, die Verhandlungen in die Kommission zu verlegen. Vgl. Bethmann II S. 125; Ritter III 197 f. u. 207.

[111]) Am 14. 5. 1916 in einer Ansprache an lothringische Flüchtlinge in Nancy. Vgl. Schulthess 1916/II S. 215.

[112]) In einem Interview mit der „Chicago Daily News". Vgl. Schulthess 1916/II S. 134 ff.

Asquith's, Belgien und Serbien wiederherzustellen[113]), muß gehalten werden usw.

Die Tonart hat sich nicht geändert, und trotzdem, müssen wir sagen, sind doch die Hoffnungen unserer Feinde immer zerschellt. Man hat an die Erschöpfung des Menschenmaterials gedacht, und wenn man sich heute von unseren Rekruten- und Ersatzdepots erzählen läßt — sie sind gefüllt. Ich habe erst vorgestern von einem hiesigen General der Garde gehört, welch kolossale Massen allein immer noch hier zuströmen. So ist es in München, so ist es in den Provinzen. Nehmen wir dagegen Frankreich mit dieser zweifellos vorhandenen Erschöpfung des Menschenmaterials. Stehen doch die jüngsten Jahrgänge in der vordersten Front.

Man hat damit gerechnet, daß wir ausgehungert werden, und hier sind ja in der Tat Erscheinungen zutage getreten, die unerfreulich sind. Unser Nahrungsspielraum ist enger geworden. Wir wollen hoffen, daß eine richtige Verteilung und eine richtige Organisation Besserung herbeiführt. Es ist ja auch gesagt worden, daß wir vielleicht den schlimmsten Zeitpunkt überwunden haben.

Alle diese Illusionen, daß wir innere Unruhen bekommen, daß die Sozialdemokratie bei uns aufsteht — sie sind in nichts zerfallen, und wenn man heute in der Entente auf die große russische Armee hofft[114]), so hören wir aus dem Hauptquartier Ost: Viele Menschen, keine Soldaten, vor allem ein Mangel an Offizieren und an Ausbildungsmaterial, das weit geringerwertig geworden ist als in den ersten Zeiten des Krieges.

Aber immerhin, meine Herren, mit der Möglichkeit, daß doch überraschend schnell Friedensverhandlungen von irgendeiner Seite in die Wege geleitet werden, müssen wir rechnen, und wenn wir damit rechnen, dann ist es doch auch gewiß richtig, daß der Zentralvorstand sich mit dieser wichtigsten aller Fragen: wie soll der neue Friede aussehen, auch heute wieder beschäftigt. (Zustimmung.)

Die Erörterungen sind nach wie vor durch die Zensur erschwert. Unsere Freunde haben jüngst in den Verhandlungen der Budgetkommission energische Worte hierüber gesprochen und vor allem im Anschluß an die *Schäfersche* Petition und das Verbot ihrer Verbreitung die Frage aufgeworfen: Wenn nun eine Petition kommt, die sich auf den Standpunkt des *Reichskanzlers* stellt und in Massenagitation vertrieben wird — werden Sie die auch verbieten?, und da kam die Antwort: Was für den Regierungsstandpunkt ist, das ist selbstverständlich nicht verboten[115]). (Hört, hört!) Ja, meine Herren, das gibt schließlich unerträgliche Verhältnisse, und das ist keine taktische Frage mehr, sondern hier steht die

[113]) Siehe Parliamentary Debates vol. LXXX pp. 736 (23. 2. 1916).

[114]) Der unter dem Namen „*Brussilow*-Offensive" bekannte russische Großangriff begann am 4. 6. 1916.

[115]) Vgl. Frankfurter Zeitung vom 18. 5. 1916, 1. Morgenblatt, über die Hauptausschußsitzung vom 17. 5. 1916; ferner a.a.O. 12. 5. 1916, Abendblatt, und 13. 5. 1916, Abendblatt. Die an den Reichstag gerichtete Petition Prof. Dietrich *Schäfers* vom 22. 3. 1916 hatte die unverzügliche Aufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges gefordert und war von Hunderttausenden unterschrieben worden. Vgl. Schäfer S. 181 ff.

große Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel (sehr richtig!), und gar manchen von uns beschleicht schwere Sorge, was hier noch werden wird.

Nun, meine Herren, möchte ich noch einmal kurz hervorheben, was der *Reichskanzler* in seinen Reden gesagt hat. Es sind ja vor allem die letzten drei Reden, in denen er auf die Kriegsziele näher einging. Das erste Thema, das er behandelt hat, war die polnische Frage[116]), vielleicht nach dem Grundsatz, daß es richtig ist, das schwerste zuerst anzufassen. (Heiterkeit.) Er ist dann in seiner Dezemberrede namentlich auf die Dinge eingegangen[117]). Er hat damals gesagt:

„Soll Europa jemals zur Ruhe kommen, so kann das nur durch eine starke, entscheidende Stellung Deutschlands geschehen. Deutschland muß sich seine Stellung so ausbauen und so festigen und stärken, daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben[118])."

Und er hat in einer späteren Rede dann das allgemeine Kriegsziel noch näher umrissen. Er hat damals ausgesprochen:

„Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer bedrohen[119])."

Und endlich in der Rede vom 5. April 1916 ist er dann auch nicht nur auf den Osten näher eingegangen, sondern hat auch Äußerungen über den Westen getan. Das sind die Bemerkungen, in denen er sagte:

„Kann Herr *Asquith* annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? Nein, meine Herren, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Geld das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten[120])."

Und er sagte weiter:

„Wird jemand glauben, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut des Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherung für unsere Zukunft preisgeben werden? Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen Status quo ante. Auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben."

Ich begrüße es dankbar, daß die Nationalliberale Partei immer gerade in der Frage der Kriegsziele einen so entschiedenen Standpunkt eingenommen und dadurch sicher dazu mitgewirkt hat, daß das wenigstens gesagt wurde, was hier gesagt worden ist. (Sehr gut! und Beifall.)

---

[116]) Am 19. 8. 1915, siehe Bethmann Hollwegs Kriegsreden S. 37 u. 56 f.

[117]) Am 9. 12. 1915; siehe a.a.O. S. 72 f.

[118]) Am 19. 8. 1915; siehe a.a.O. S. 57 u. 58. In dem offiziellen Text, in dem die beiden zitierten Sätze durch einen Passus getrennt sind, heißt es: „[. . .] starke und unantastbare Stellung Deutschlands [. . .]".

[119]) Am 9. 12. 1915; siehe a.a.O. S. 87. Im offiziellen Text: „[. . .] schärfer als bisher bedrohen"

[120]) Siehe a.a.O. S. 97.

Was nun die Dinge im einzelnen anlangt, so können wir mit Bezug auf unsere Bundesgenossen doch auch sagen, daß sie große Erfolge errungen haben, und gewiß werden auch diese Erfolge nach der Richtung einer Änderung der Landkarte Europas zielen. Die Hoffnung unserer Feinde auf einen Zusammenbruch der österreichischen Armee ist zunichte gemacht worden, die österreichische Armee ist besser geworden, als sie in den Anfangsstadien des Krieges war. Die Österreicher haben nicht nur an der Styr und Strypa dem Feinde ein tapferes Halt geboten[121]), sie haben auch in diesen furchtbaren Kämpfen im Eis und Schnee der Dolomiten und des Hochgebirges ihren Mann gestellt, und die immer erneut anstürmende Offensive hat sich an ihren Reihen gebrochen, und heute lesen wir mit Freuden, daß die österreichische Offensive auf der ganzen Front nach Italien einsetzt, und die Ziffer der Gefangenen, die gestern gemacht worden ist, beweist, daß doch wenigstens Teile der italienischen Armee offenbar erschüttert sind[122]).

Was nun die Kriegsziele im einzelnen anlangt — ich will nicht weiter auf die Sache eingehen, nachdem ich Ihre Geduld schon lange in Anspruch genommen habe —, so ist die Polenfrage deswegen das schwierigste Problem, weil man sich eine Lösung, die befriedigend ist, hier überhaupt nicht denken kann. (Sehr richtig!) Ich hatte noch in diesen Tagen Gelegenheit, mit einem leitenden Staatsmann der früheren Zeit zu sprechen, der sagte: Wenn ich Sie vor etwas warnen kann, bieten Sie nicht die Hand dazu, daß ein selbständiges Polen entsteht[123]). (Zustimmung.) Ein selbständiges Polen wird immer ein Instrument der englischen und der französischen Politik sein (sehr richtig!), und das zweite, was er sagte, war: Bieten Sie nicht die Hand dazu, daß ein katholischer deutscher Fürst König von Polen wird[124]). (Sehr richtig!) Die Einwirkung wird so stark sein, daß aus diesem deutschen in wenigen Jahren ein polnischer Fürst werden wird (sehr richtig!), und daß dann der Keim für Verwicklungen geschaffen wird, der sich zu einem mächtigen Baum emporwachsen kann. Es wird die Irredenta da entstehen, man wird immer nach den preußischen polnischen Distrikten schauen. (Sehr richtig!)

Wenn man heute nach den verschiedenen Kanzlerreden über das neue Polen alle die verschiedenen polnischen Zeitungen in die Hand nimmt, die in großen Mengen aus dem Boden schießen, dann sieht man, wie die Hoffnungen der Polen immer mehr wachsen und wachsen, und wie man darauf abzielt, vor allem zunächst einmal das Kongreßpolen an Österreich zu bringen. Dann würde die österreichische Politik vollständig in das polnische Fahrwasser kommen mit

---

[121]) Gemeint ist die russische Offensive vom 27. 12. 1915—19. 1. 1916. Vgl. Weltkrieg Bd. 9 S. 310 f.

[122]) Die österreichisch-ungarische Offensive in Südtirol, die am 15. 5. 1916 mit beachtlichen Anfangserfolgen begonnen hatte, mußte im Juni unter dem Druck der *Brussilow*-Offensive abgebrochen werden; vgl. Weltkrieg Bd. 10 S. 571 ff.

[123]) Bei dem „leitenden Staatsmann" dürfte es sich um *Bülow* handeln. Zu dessen ablehnender Haltung gegenüber der Wiederherstellung Polens als selbständiger Staat vgl. Bülow III S. 247 ff., 251 f., 253.

[124]) Es stand zeitweise die polnische Thronkandidatur eines *Wittelsbachers* bzw. eines *Urachers* zur Diskussion. Vgl. Janßen S. 109 ff.

all den Gefahren, die da für uns auftauchen[125]). Ich kann mir eigentlich eine andere Lösung nicht denken, als daß wir zu einer erneuten Teilung Polens kommen, bei der wir die Gebiete nehmen, die wir strategisch nötig haben und nicht mehr (sehr richtig!), und ich glaube, das wird *Hindenburg* ja wohl am genauesten sagen können, was für uns von diesem polnischen Gebiet zum Schutz für Ost- und Westpreußen und Schlesien zu brauchen ist[126]). Das ist natürlich keine Lösung, die den Polen gefallen wird, allein wir werden alle diese Fragen doch ausschließlich vom deutschen Interesse aus betrachten müssen (sehr gut!), und uns nicht leiten lassen dürfen von sentimentalen Erwägungen (sehr gut!), auch nicht von der Erwägung, als wenn es unsere Aufgabe wäre, fremdsprachliche Völker aus dem Regime des reaktionären Rußlands zu befreien[127]). (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Ob russische Untertanen reaktionär oder liberal regiert werden, das kann uns von unserem deutschen Standpunkt aus vollständig gleichgültig sein. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Meine Herren, im übrigen werden wir gegen das Programm, das der *Kanzler* bezüglich des Ostens aufgestellt hat, kaum einen Einspruch zu erleben haben.

Eine schwierige Frage ist Belgien, und man hat so instinktiv den Eindruck, daß sich hier die Aussichten für eine energische Friedenspolitik nicht gebessert haben. Jeder von uns wird gewiß die belgischen Schwierigkeiten in ihrem vollen Umfange anerkennen, die Feindseligkeit der belgischen Bevölkerung, aber auf der anderen Seite wird man doch auch das immer wieder ins Auge fassen können, was an günstigen Erscheinungen hervortritt, und das ist vor allem das intensive Auftauchen der flämischen Bewegung[128]). Daß die flämischen Führer so sehr zögernd an die Frage herantreten, ist ja klar. Sie wissen ja nicht, was aus Belgien werden wird und was aus ihnen selbst werden wird, wenn sie heute dort eine germanische Politik treiben. (Sehr richtig!) Aber dank dem vortrefflichen Generalgouverneur *Bissing*, der für diese Fragen ein volles Verständnis hat und der auch unterstützt wird von unserem verehrten Kollegen *Dirr*[129]), der bei der vorigen Tagung, obwohl er nicht Mitglied des Zentralvorstandes war, sich sehr energisch an der Diskussion beteiligt hat (Heiterkeit.), und von anderen Leuten, ist hier eine Besserung eingetreten. Die alten Gegensätze zwischen dem wallonischen und dem flämischen Teil werden stärker, und deswegen hat auch offenbar der *Reichskanzler* in seiner vorhin berührten Rede auf die Notwendig-

[125]) Im Gebiet von Kongreßpolen hat jedoch die austro-polnische Lösung nur wenig Anhänger finden können. Vgl. Conze S. 156 ff.

[126]) *Hindenburg* setzte sich aus militärischen Sicherheitsgründen für die Abtrennung eines Grenzstreifens vom kongreßpolnischen Gebiet ein, auch wollte er durch deutschen Einfluß auf ein im Süden vergrößertes Litauen Polen von dem russischen Siedlungsgebiet isolieren. Der genaue Umfang der *Hindenburgischen* Grenzstreifenpläne in jener Zeit ist nicht bekannt. Vgl. Imanuel Geiß, Der polnische Grenzstreifen 1914—1918 — Ein Beitrag zur deutschen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg (Historische Studien H. 378), Lübeck/Hamburg 1960, S. 73 f., 99, 163 ff.; Fischer S. 125, 196, 225, 352.

[127]) Vgl. demgegenüber *Bethmann Hollweg*, der am 19. 8. 1915 im Reichstag gesagt hatte: „Wir haben [. . .] fast ganz Galizien und Polen, wir haben Litauen und Kurland von den Russen befreit." Siehe Bethmann Hollwegs Kriegsreden S. 37.

[128]) Vgl. Anm. 135.

[129]) Zu Pius *Dirr* vgl. Anm. III, 38 u. 39.

keit abgehoben, die deutsche Hand schützend auf den flämischen Teil zu halten[130]).

Meine Herren, darüber wollen wir uns doch klar sein: Es ist ein weltgeschichtlicher Moment, in dem die Friedensverhandlungen erfolgen. Wird jemals wieder ein solcher Kriegswahn über die Welt ziehen? Wird nicht, wenn durch die Generationen erzählt wird, wie furchtbar dieser Krieg war und welche Opfer an Gut und Blut er gekostet hat, die Neigung schwinden, einen solchen Krieg zu wiederholen?

Meine Herren, nur dann wird der Krieg wiederkommen, wenn Deutschland schwach aus dem Krieg hervorgeht und wenn unsere Gegner sich in den Gedankengang versenken: Was auf Anhieb nicht gelang, das wird zum zweiten Mal erreicht werden, wenn die russische Bevölkerung noch weiter um Millionen und Millionen zugenommen hat, wenn der wirtschaftliche Aufschwung Rußlands sich kraft einer klugen Agrarpolitik weiter vollzogen hat, und wenn es gelingt, die engen Beziehungen zwischen England und Rußland, wie sie in der gestrigen Rede des Herrn *Asquith* angedeutet sind[131]), noch weiter zu festigen.

In diesem Moment gewinnt natürlich die Frage: Balten und Flamen eine besondere Bedeutung. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, diese deutschen Stämme festzuhalten, von dem fremdsprachlichen Joch zu befreien, das über ihnen ist — wird jemals in der Geschichte dieser Moment wiederkehren? Wird nicht Rußland den letzten Balten austilgen, wenn die baltischen Provinzen russisch bleiben (sehr richtig!), und wird nicht in Belgien kraft den Bestrebungen Frankreichs, Belgien überhaupt französisch zu machen, die flämische Bewegung verschwinden, niedergezwungen werden? Wir haben ja heute schon die Tatsache zu verzeichnen, daß gerade die oberste Schicht dort bereits französiert ist. Wir haben andererseits gerade auf dem flachen Land, in Ost- und Westflandern, in Limburg und Brabant die Tatsache, daß dort durchweg die niederdeutsche Sprache herrscht.

Aber diese ganze belgische Frage ist ja vor allem eine militärische Frage. Es ist nicht nur die völkische Frage, daß wir die Befreiung des Volksstammes der Flamen in dieser furchtbar schwierigen Zeit als Friedensziel ins Auge fassen und ihn zu uns in irgendeiner Form herüberbringen, es ist die Frage der militärischen Sicherung. (Sehr richtig!)

Ich weiß, daß im Hauptquartier Ost — das war der Gegenstand einer Unterhaltung, die ich dort mit den Herren gehabt habe — die Bedeutung der Maasgrenze voll eingeschätzt wird, Lüttich vor allem, auch die anderen Maasfestungen[132]). Wenn Belgien bleibt, was es ist, dann wird es in ganz anderem Maße Aufmarschgebiet für die feindlichen Armeen werden. Dann wird man die Bummelei, die sie diesmal gemacht haben, nicht wieder erleben, daß wir verhältnismäßig ungestört, allerdings unter Bruch der Neutralität, ausrücken und im Hand-

[130]) Bethmann Hollwegs Kriegsreden S. 97 f., 5. 4. 1916.

[131]) Anläßlich eines Besuches russischer Parlamentarier hatten sich sowohl *Asquith* (vgl. Wippermann 1916/I, 2 S. 1032 f., 9. 5. 1916) als auch *Grey* (vgl. Schulthess 1916/II S. 142 f., 19. 5. 1916) in ihren Tischreden zur Unverbrüchlichkeit des englisch-russischen Bündnisses bekannt.

[132]) Vgl. dazu Fischer S. 230 sowie Hans W. Gatzke, Germany's drive to the west, Baltimore 1950, S. 142 f.

streich, kann man sagen, Lüttich nehmen, auch Namur in kurzer Frist bezwingen. Dann wird man dort solche Befestigungen finden, daß der Stellungskrieg an unseren Grenzen anfängt. (Sehr richtig!) Dann wird weiter die belgische Küste — das war ja immer ein Argument des Großadmirals *v. Tirpitz*[133]) — nicht ein Stützpunkt für deutsche Seepolitik werden, Zeebrügge und Ostende nicht Schutzhäfen für unsere U-Boote und für die Moskito-Flotte, sondern dann wird die Küste so unter englischem Einfluß stehen, daß die Unabhängigkeit Belgiens nur noch auf dem Papier steht und Belgien nichts weiter ist als entweder französisches Land oder die Domäne von England und Frankreich.

Ich will diese Frage nicht weiter ausspinnen. Ich wollte Sie nur in kurzen Worten auf die hohe Bedeutung hinweisen, die das belgische Problem nach wie vor hat. Hier liegt mir auch eine Denkschrift zur Hand: „Flanderns Erwachen"[134]). Da sind die flämischen Führer zusammengetreten, 52 Vertreter aller Gaue des flämischen Landes, am 17. Oktober 1915 zu Brüssel versammelt, haben eine vorläufige Regierung, „den Rat von Groß-Flandern", gewählt. Dieser Rat, der aus „drei Gliedern" besteht und vorläufig in einem Hause nahe bei Mecheln zusammenkommen wird, ist beauftragt, zweckmäßige Maßregeln zu treffen, um Ost- und Westflandern, Antwerpen, Limburg, Flämisch-Brabant mit Brüssel, die Strecken um Landen, Edingen (Enghien) und alle zum Wallonenlande gehörigen flämischen Gemeinden sowie die Umgebungen von Belle (Bailleul), Hazebrouck, Wineksbergen [?] und Dünkirchen zu einem selbständigen flämischen Staatswesen „Groß-Flandern" zusammenzufügen, flämisch und frei und erlöst von allem romanischen Zwang. Das ist ein beweisendes Dokument für den Fortgang der flämischen Bewegung[135]).

Dann, meine Herren, was Frankreich anlangt, so ist in manchen Besprechungen, die nunmehr auch schon weit hinter uns liegen, auf die hohe Bedeutung der Verbesserung der Grenze im Süden hingewiesen worden. Belfort und der Vogesenkamm, Erwägungen, die auch namentlich, wie mir bekannt geworden ist, in den Kreisen der Zentrumspartei immer wieder angestellt werden[136]): die Bedrohung Süddeutschlands durch Belfort, wo aus der Burgundischen Pforte die französischen Truppen in kürzester Frist über das Elsaß in das deutsche Land hinübergeführt werden können.

Und noch ein weiteres, das ich kurz streifen darf. Diese Gebiete von Longwy und Briey sind ja nicht nur genannt worden als die großen Erzgebiete, deren Erwerbung namentlich für uns in einer Zeit, in der die Munitionserzeugung eine so große Rolle spielt und wir auch nach wie vor abhängig sind vom schwedi-

[133]) Vgl. Alfred v. Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 284 ff.

[134]) Es handelte sich um eine Broschüre, die im Oktober 1915 vom „Vorbereitenden Ausschuß", einem Vorläufer des „Unabhängigen Ausschusses", herausgegeben worden war. Vgl. Schäfer S. 215.

[135]) Der hier erwähnte „Rat von Groß-Flandern" hatte jedoch keinen offiziellen Status, sondern war lediglich eine Organisation der „aktivistischen" Gruppe „Jung-Flandern". Zu einem Zusammenschluß sämtlicher Gruppen der aktiven flämischen Bewegung kam es erst am 4. 2. 1917. Vgl. hierzu Shepard B. Clough, A history of the Flemish movement in Belgium, New York 1930, S. 175—217.

[136]) Möglicherweise standen diese Bestrebungen im Zusammenhang mit den Versuchen des Zentrums, einen Teil des Elsaß an Bayern zu bringen. Vgl. hierzu Janßen passim.

schen Import, erwünscht ist, sondern vor allen Dingen auch aus dem Gesichtspunkt, daß die Hinausschiebung der Grenze eine Notwendigkeit deswegen wird, weil sonst unsere deutschen Werke, die gerade für diese Erzeugung von Kriegsmaterial von hoher Bedeutung sind, direkt unter die weittragenden französischen Kanonen kommen.

Das, meine Herren, will ich über diese Friedensziele sagen. Es ist mir gestern ein Buch in die Hand gekommen, wonach auch *Hindenburg* in einem Gespräch sich dahin geäußert hat: Wie man uns zum Kriege gezwungen hat, so zwingt man uns zu seiner Fortsetzung. *Ludendorff* sagt: Wir müssen uns vorbereiten, den Krieg noch lange fortzusetzen, und dann kommt das Wort des Generalfeldmarschalls: Nicht durchhalten allein, sondern siegen, das ist auch das Wort meines Generalstabschefs[137]).

Ob wir in absehbarer Zeit mit Friedensverhandlungen zu rechnen haben, ob *Wilson* und der *Papst* zusammen (Heiterkeit.) die Sache in die Hand nehmen — ja, meine Herren, das ist nicht zum Lachen, ich glaube, daß nach dieser Richtung hin Bestrebungen im Gange sind —, das werden wir abzuwarten haben[138]). Ob wir den Schwerpunkt auf die Bemühungen legen, zu einem Separatfrieden mit Rußland zu kommen — ich glaube, daß wohl im Auswärtigen Amt dafür Neigungen vorhanden sind[139]), die Rede des *Reichskanzlers*, die gerade bezüglich des Ostens ziemlich weitgehende Ziele umschrieben hat, würde dagegen sprechen — oder mit England — meine Herren, hier liegen natürlich die größten Bedenken von unserem nationalen Gesichtspunkt vor —, darüber ist man sich im Laufe des Krieges klar geworden, daß England der Hauptfeind ist, und daß ein Frieden ohne Niederlage Englands, ein Frieden, aus dem England nahezu ungeschwächt hervorgeht, für die deutsche Weltstellung gefährdend wirkt, die englische Seeherrschaft, die Herrschaft Englands über die Weltmeere stabilisiert und auch die Kolonien Deutschlands, wenn wir sie wiederbekommen, immer wieder von Englands Gnade abhängig machen wird. (Sehr richtig!) Das war ja gerade der Gesichtspunkt, den wir bei der Behandlung der U-Boot-Frage immer in den Vordergrund schoben.

Dann möchte ich noch einen Gesichtspunkt hervorheben: Man kann diese großen Friedensprobleme nicht mit dem Gesichtspunkt der später entstehenden

[137]) Vgl. Paul Goldmann, Gespräche mit Hindenburg, Berlin o. J. [1916], S. 43.

[138]) Derartige Vermutungen wurden genährt durch einen Notenwechsel zwischen dem *Papst* (6. 5. 1916) und *Wilson* (17. 5. 1916), dessen genauer Inhalt der Öffentlichkeit damals nicht bekannt wurde; vgl. Frankfurter Zeitung vom 19. 5. 1916, 1. Morgenblatt; Schulthess 1916/II S. 540. Konkrete Friedensschritte haben sich aus diesem Kontakt nicht ergeben.

[139]) Es waren damals Nachrichten über eine Friedensvermittlung Japans durchgesickert *(Richthofen* an Unbekannt am 3. 5. 1916, in: Nachlaß Richthofen 11; *Stresemann* an *Eilts* am 27. 5. 1916, in: Nachlaß Stresemann 153). Tatsächlich hatten in den vorausgegangenen Wochen in Stockholm mit dem japanischen Gesandten *Uschida* Verhandlungen stattgefunden, die von deutscher Seite mit dem Ziel eines Separatfriedens mit Rußland und Japan geführt worden waren. Die Besprechungen, an denen auch der Industrielle Hugo *Stinnes* beteiligt war, waren jedoch bereits am 17. 5. gescheitert, da die japanische Regierung die Unterrichtung der Entente zur Voraussetzung machte. Vgl. Fischer S. 278 ff.; Erwin Hölzle, Deutschland und die Wegscheide des Ersten Weltkrieges, in: Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen, Festschrift zum 65. Geburtstag von Otto Becker, Wiesbaden 1954, S. 266 ff.; Grunewald/Scherer S. XXXIV f. und Dok. Nr. 216, 228, 232, 237, 238, 239, 242—245, 253.

Verwaltungsschwierigkeiten behandeln (sehr richtig!), denn, wenn man die Angst in den Vordergrund schiebt: wie werde ich mit den Flamen oder gar mit den Wallonen fertig, so führt eine solche Politik zur Abtretung von Elsaß-Lothringen, vielleicht auch von anderen Teilen von Deutschland. (Sehr richtig!) Dann ist man sie los. Meine Herren, wenn man in den Kreisen der Bürokratie, die berufen ist, diese Aufgabe zu lösen, die Talente nicht findet, dann muß man eben den Kreis erweitern. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Volk wie das deutsche, das so Riesenhaftes in diesem Kriege geleistet hat, eine Industrie, die dadurch hochgekommen ist, daß gerade ihre Führer, die Kapitäne der Industrie, überall erstklassige Leute sind, unsere deutsche Handelsschiffahrt, unser deutscher Kaufmann, die Landwirtschaft, die über schwere Zeit hinaus doch die glänzende Entwicklung nehmen konnte, kraft energischer Betätigung ihrer Berufsgenossen, daß sie uns hilft, den Krieg zu gewinnen — wir hätten ihn schon verloren, wenn unsere Landwirtschaft nicht auf diesem Standpunkt wäre — sie beweisen, daß das Menschenmaterial, die Tüchtigkeit im deutschen Volke vorhanden ist auch für die Lösung solch großer kommender Aufgaben. (Beifall.) Man muß nur die Menschen suchen und zu finden wissen.

Meine Herren, manche Unbegreiflichkeit schließt ja diese Zeit in sich. Ich sprach von *Tirpitz* und seinem Abgang. Wie viele mögen im deutschen Volke schon erwogen haben, ob es nicht, nachdem die Marneschlacht schief ausging, vielleicht doch richtiger gewesen wäre, Männer wie *Hindenburg* und *Ludendorff*, bewährt in den großen Kämpfen im Osten, nicht in den äußersten Winkel zu stellen[140]). Ich habe *Zeppelin* mit Tränen im Auge erzählen hören: Mich fragt man nie über den Luftkrieg, ich habe schließlich doch die Waffe erfunden, und wenn man zu Beratungen kommt, werden einem Schwierigkeiten gemacht[141]). *Posadowsky* ist auch im Krieg tätig gewesen. Als Landrat in Posemuckel wird dieses Riesenkapital verwertet[142]). (Bewegung.) Das sind Dinge, die man vielfach doch mit Kopfschütteln in Deutschland betrachtet. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich komme aber jetzt zum Schluß. Gewiß, wer von uns wird den Frieden nicht ersehnen! In wem, auch in unseren Kreisen, ist nicht der heiße Wunsch, daß diesem furchtbaren Morden in nicht zu langer Zeit ein Ende bereitet wird und wir wieder zu ersprießlicher friedlicher Tätigkeit übergehen können! Aber, meine Herren, diese Wünsche dürfen sich nicht zu einer Kriegsmüdigkeit und zu einer Friedenssehnsucht auswachsen, aus der sicherlich

[140]) *Hindenburg* war seit dem 15. 8. 1915 nur Oberbefehlshaber der in Kurland und Litauen stehenden Heeresgruppe. *Bassermann*, der mit ihm und vor allem mit *Ludendorff* wiederholten Kontakt hatte (zuletzt wohl am 12. 3. 1916, vgl. L. G. von dem Knesebeck, Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch — Der Kampf der Publizistik im Weltkriege, Berlin 1927, S. 156 f.), sah in *Hindenburg* das „Geschenk einer gütigen Vorsehung" (siehe Brief an *Schiffer* am 19. 2. 1915, in: Nachlaß Schiffer 3) und war offenbar über die ständige herbe Kritik informiert, die die beiden Generäle an *Falkenhayn* übten. Für die diversen Bestrebungen, *Hindenburg* einen größeren Verantwortungsbereich anzuvertrauen, vgl. Ritter III S. 225 ff., bes. S. 227, sowie Karl-Heinz Janßen, Der Wechsel der Obersten Heeresleitung 1916, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jg. 7, 1959, S. 337 ff.

[141]) Vgl. Westarp II S. 199 ff.; Haußmann S. 58 ff.

[142]) Arthur *Graf v. Posadowsky-Wehner* (1845—1932), der 1897—1907 Staatssekretär des Innern war, wirkte zu jener Zeit als Vizelandrat im westpreußischen Elbing.

unsere Feinde die Gewähr entnehmen, daß wir am Ende unserer Kraft sind (sehr richtig!), denn das würde nicht nur den Krieg verlängern[143]) — und das muß doch immer wieder auch draußen dem Volke gesagt werden, das heute auch unter den Schwierigkeiten der Lebensmittelfrage schwer seufzt —, sondern würde uns auch einen Frieden bringen, der der Opfer nicht wert ist und der unsere Feinde zu einer baldigen Wiederholung reizt. Lassen Sie uns auftreten gegen alle Kleinmütigkeit und immer wieder bedenken, daß es ein weltgeschichtlicher Augenblick ist, eine furchtbare Zeit, die die Opfer fordert in allen Familien, aber eine Zeit, die in ihrer ganzen Größe gerade von einer Partei wie der Nationalliberalen erfaßt werden muß, in der die Trauer um den einzelnen und der Kummer, der die Familien trifft, überwunden werden muß und der Blick immer auf das große Ganze gerichtet sein muß. Nur die eine Erwägung darf uns beherrschen: Lassen Sie uns aus diesen Blutopfern ein Deutschland hervorgehen sehen, groß und stark, größer und stärker, ein Hort für den künftigen Frieden, ein Deutschland, das unsere Kinder und Kindeskinder schützt. Nicht um uns führen wir den Krieg, sondern um die Zukunft Deutschlands. Das ist die Mahnung, daß die Nationalliberale Partei bei ihrer großen Vergangenheit in diesem Kampfe um die Kriegsziele ihren Mann stellt, daß sie warnend, heischend, fordernd für ein großes Ziel in der vordersten Reihe steht. Das ist die hohe nationale Verpflichtung unserer in Kampf und Streit bewährten Partei. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Hochrufe auf den Redner.)

Ich möchte fragen: Wollen Sie jetzt eine Pause machen? (Wird bejaht.)

Dann möchte ich bitten, daß vielleicht die eingegangenen Resolutionen jetzt verlesen werden.

Zur Verkündung des Wahlresultats hat das Wort Herr Kollege *Friedberg*.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Meine Herren, es sind im ganzen 87 Stimmen abgegeben worden[144]). Die meisten Herren haben die vollen 87 Stimmen erhalten. 86 Stimmen haben erhalten: *Morath*, *Boltz*, *Kehren I*, *Stöfen*, *Rießer;* 85: *Lusensky*, *Osann;* 84: *Wolff*, *Levy*, *Warschauer;* 80: *Sachs;* 75: *Tönnies;* 70: *Bartels;* 55: *Kahl.*

Justizrat **Neumayer** (zur Geschäftsordnung)[145]): Meine Herren, bevor wir zur Frühstückspause gehen, möchte ich Ihnen eine Resolution bekanntgeben, die eingebracht wird von Herrn Dr. *Wiedfeld* für Thüringen, von Herrn *Hommer*[146]) für Hessen, Dr. *Moldenhauer* für Rheinland, *Haarmann* für Westfalen, *Haas* für Bayern rechts des Rheins, Geheimrat *Rebmann* für Baden, Geheimrat *Bartling* für Nassau, *Bong-Schmidt* für Schleswig-Holstein, *Cloß* für Lübeck, *Lohse* für Oldenburg, *Menzel* für Westpreußen, *Kauffmann* für den Jungliberalen Reichsverband, *Ossent* für Pommern, *Lux* für Anhalt, *Wieland* für Württemberg, Professor *Brandenburg* für Sachsen, durch mich selbst für die bayerische Rheinpfalz:

[143]) Der vorstehende Satz ist handschriftlich verbessert aus: „denn dann würde man einfach nicht nur den Krieg verlieren".

[144]) Vgl. S. 219.

[145]) Friedrich *Neumayer* war Vorsitzender der pfälzischen Organisation.

[146]) Bei dem Namen „Hommer" handelt es sich offenkundig um einen Hörfehler, da es ein Zentralvorstandsmitglied dieses Namens nicht gab. Mit Wiedfeld ist wohl Bielfeld gemeint.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei wiederholt nachdrücklich seine am 15. August 1915 geäußerte und durch die seitherigen Ereignisse bestätigte Überzeugung, daß nur eine Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen in Ost und West dem deutschen Volke die notwendigen Garantien für seine künftige militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung schaffen kann.

Der Zentralvorstand erklärt diese, nicht allein auf Verträgen, sondern auf wirklicher Machterweiterung beruhende Sicherung gerade gegenüber England, dem immer deutlicher erkennbaren Hauptfeinde Deutschlands, für besonders notwendig. Er erachtet es daher für eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, der deutschen Kriegsleitung die Freiheit im Gebrauche aller militärischen Mittel zu sichern, die einen für die deutsche Zukunft unentbehrlichen entscheidenden Sieg über diesen Hauptfeind gewährleisten.

Der Zentralvorstand dankt der nationalliberalen Reichstagsfraktion für ihr entschlossenes Eintreten zugunsten dieser Freiheit Deutschlands in der Verwendung der U-Boot-Waffe, die das geeignete Mittel ist, England auf seinem eigensten Herrschaftsgebiet, zur See, zu schlagen und damit den Krieg zu einer schnelleren siegreichen Beendigung zu führen.

Der Zentralvorstand bittet die nationalliberale Reichstagsfraktion, angesichts der Haltung Amerikas mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß in Ausnutzung der in der deutschen Note vorbehaltenen Freiheit der Entschließung von der U-Boot-Waffe im Handelskriege rechtzeitig uneingeschränkter Gebrauch gemacht wird.

Der Zentralvorstand weist erneut darauf hin, daß er mit der ganzen Partei geschlossen hinter jeder Regierung stehen wird, die diese Ziele mit unbeugsamer Festigkeit verfolgt.

Meine Herren, ich habe Wert darauf gelegt, Ihnen diese Resolution in ihrem Wortlaut jetzt schon bekanntzugeben. Ich bin von den Herren, die die Resolution eingebracht haben, beauftragt worden, sie kurz zu begründen. Ich glaube aber, die Begründung kann nach der Frühstückspause zu geeigneter Zeit erfolgen.

Vorsitzender [Bassermann]: Ja, in der Diskussion. Ich habe Sie notiert. Dann darf ich vielleicht die Herren, die noch Resolutionen haben, bitten, diese Resolutionen bekanntzugeben. Es wird am besten sein, wenn sie das selbst tun.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Hier ist noch eine ganze Anzahl Resolutionen. Soll ich sie verlesen?

Vorsitzender [Bassermann]: Die hessische ist furchtbar lang.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Ja, die hessische ist furchtbar lang, aber sie muß doch immerhin verlesen werden.

Der Zentralvorstand wolle am 21. 5. 1916 beschließen:

1. Die Antwort der deutschen Reichsregierung an die amerikanische Regierung über die zukünftige Führung des Unterseebootkrieges enthält ein Zugeständnis von solcher Tragweite für den Verlauf des Krieges wie auch für den zu erringenden Frieden, daß angenommen werden muß, daß jedes Wort in dieser Antwort in seiner Bedeutung von den maßgebenden Persönlichkeiten genau erwogen und abgemessen worden ist. Dies gilt namentlich auch für die Schlußsätze der deutschen Antwort, ohne die das in der Antwort enthaltene Zugeständnis kaum mit der Kriegslage und mit den technischen Kampfmitteln, über die wir verfügen, vereinbart werden könnte. Es muß deshalb die Erwartung ausgesprochen werden,

daß kein Wort von diesen letzten Sätzen in seiner Bedeutung abgeschwächt oder verdunkelt wird, daß vielmehr hinter diesen Sätzen der entschlossene Wille steht, in absehbarer Zeit endgültige Klarheit dahin zu erreichen, daß entweder die völkerrechtswidrige Kriegführung Englands aufgegeben oder aber von der deutschen Regierung diejenigen technischen Kriegsmittel, über die wir verfügen, in rücksichtsloser Form gegen England zur Anwendung gebracht werden. Aus diesem Grunde muß das lebhafte Befremden darüber ausgesprochen werden, daß die Antwort der amerikanischen Regierung, welche bedauerliche Zweifel an der entschlossenen Durchführung der deutschen Ankündigung zu erkennen gibt, unerwidert geblieben ist.

2. Es ist aufs schärfste zu mißbilligen, daß in diesen Fragen, die nicht nur über den Ausgang des Krieges, sondern über die zukünftige geschichtliche Stellung des deutschen Reiches entscheiden müssen, nicht nur eine freie Meinungsäußerung in der deutschen Presse verhindert, sondern vielmehr dem Volke eine mit seinem wahren Willen nicht übereinstimmende Meinung künstlich aufgedrungen werden soll. (Sehr richtig!) Es muß erwartet werden, daß die Leitung der auswärtigen Politik, d. h. der *Reichskanzler* und der *Staatssekretär des Auswärtigen Amtes* die Verantwortung für alle diejenigen Zensurmaßnahmen übernehmen, die, wenn auch formell von militärischen Stellen verhängt, so doch in Wahrheit in ihrer Tendenz von den politischen Leitern des Reiches veranlaßt worden sind. (Sehr gut!)
3. Der Geschäftsführende Ausschuß der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches wird beauftragt, im Sinne der unter 1 und 2 genannten Grundsätze mit dem Herrn *Reichskanzler* alsbald in mündliche Verhandlungen einzutreten, um namentlich auch zu erreichen, daß gelegentlich der zweiten Lesung des Etats der *Reichskanzler* Gelegenheit nimmt, die über die Entschlossenheit der Reichsregierung zur Durchführung der in der Antwortnote an die amerikanische Regierung ausgesprochenen Grundsätze entstandenen Zweifel mit der größtmöglichen Klarheit aus der Welt zu räumen.

Begründung:

Da in weiten Kreisen des deutschen Volkes naturgemäß die genaue Kenntnis derjenigen Faktoren fehlt, die bei der Willensbildung der maßgebenden Instanzen zur Abfassung der deutschen Antwortnote wirksam waren, da andererseits an der Abfassung der Note alle leitenden Persönlichkeiten, die militärischen, die seemännischen sowohl wie die politischen, beteiligt waren, ist es an sich angesichts des feindlichen Auslandes zweifellos die Pflicht der politischen Parteien, die Entscheidung, welche die Note enthält, zwar schweren Herzens aber unter Anerkennung des Willens der Regierung entgegenzunehmen, den Krieg mit allen Mitteln siegreich zu beendigen. Diese Pflicht wird der nationalliberalen Partei dadurch erleichtert, daß die Note ihr Zugeständnis in unmißverständlicher Weise an eine auflösende Bedingung geknüpft hat: Wenn es der amerikanischen Regierung, sei es aus mangelndem Willen, sei es aus mangelndem Können, nicht gelingen wird, in absehbarer Zeit den völkerrechtswidrigen Krieg Englands aus der Welt zu schaffen, so erhält die deutsche Reichsregierung ihre völlige Handlungsfreiheit wieder, d. h., sie wird den Unterseebootkrieg dann in seiner vollen, von keiner Rücksicht auf die Neutralen beeinträchtigten Schärfe durchführen. Es muß als selbstverständlich angenommen werden, daß in einem geschichtlichen Augenblick von so unermeßlicher Tragweite derartige Sätze nur gewählt worden sind, wenn hinter ihnen die Entschlossenheit stand, sie gegenüber allen Widerständen rücksichtslos zur Durchführung zu bringen. Unter Umständen kann so durch die Note sogar eine erfreuliche Verbesserung der für den siegreichen Ausgang des Krieges entscheidenden Machtmittel erreicht werden, indem nämlich der Unterseeboot-

krieg erst dann in seiner vollen militärischen Schärfe, aber auch mit allen seinen politischen und diplomatischen Konsequenzen durchgeführt werden wird, wenn technisch (durch Vermehrung der Zahl der Unterseeboote) und militärisch (infolge der günstigen Kriegslage zu Lande) an seinem Gelingen nicht der geringste Zweifel mehr möglich sein kann. In dieser Überlegung hat man die Note der deutschen Regierung, wenn auch schweren Herzens, so doch in der Hoffnung entgegengenommen, daß die entscheidenden Kriegshandlungen gegen England nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben seien.

Unmittelbar nach Absendung der Note jedoch begann in allen offiziösen Pressemeldungen das auffällige Bemühen, den klaren Wortlaut der Note zu verdunkeln und die Tragweite der in den letzten Sätzen enthaltenen Ankündigungen abzuschwächen. Es kam sodann die Antwort der amerikanischen Regierung, die erklärte, keinerlei Bedingungen, also weder eine aufschiebende, noch eine auflösende Bedingung, anerkennen zu wollen. Es kam weiter die Erklärung des Staatssekretärs *Lansing*, daß für die Regelung der mit England bestehenden Meinungsverschiedenheiten der amerikanisch-englische Schiedsgerichtsvertrag wirksam werde, d. h., daß diese Regelung mindestens über einen Zeitraum von einem Jahr hinaus verschleppt werden würde. Die deutsche Regierung hat weder auf die englische Note noch auf die Erklärung *Lansings* geantwortet. Die offiziösen Notizen vielmehr gaben der Befriedigung über die englische Antwort Ausdruck und erklärten wiederholt, daß unser Zugeständnis endgültig, d. h., mit keinerlei Bedingung verknüpft sei, und daß die Auseinandersetzung zwischen England und Amerika vorerst wohl beruhen [sic!] kann.

Wir stehen vor der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung sich vor der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit den Anschein gibt, als ob die in ihrer Antwort an die englische Regierung enthaltenen Sätze nicht ernst gemeint gewesen seien. Eine solche Haltung der Regierung ist nur zu verstehen, wenn sie sich endgültig entschlossen hat, von der rücksichtslosen Anwendung der Unterseebootwaffe gegen England Abstand zu nehmen. Welche Möglichkeit bleibt aber dann noch, eine siegreiche Entscheidung gegen England zu erzwingen?

Diese Sachlage erfüllt die besten Kreise unseres Volkes mit tiefem Schmerz, mit Zweifeln an dem Ausgang des Krieges und mit Mißtrauen gegen die Fähigkeit der leitenden Persönlichkeiten. Auch draußen an der Front haben, wie wir wissen, die Haltung der Regierung und die Stimmen der Presse eine tiefe Depression verursacht.

Aber nicht nur jetzt, für die Fortführung des Krieges und für den Friedensschluß, besitzt die Haltung der Regierung entscheidende Bedeutung, sondern weit darüber hinaus wird die Frage endgültig gelöst: ob wir in Zukunft eine nach kontinentalem Gesichtspunkte orientierte Politik unter Anlehnung an England und Anerkennung der englischen militärischen Überlegenheit zur See führen, oder ob wir auf der Bahn der letzten Jahrzehnte, der weltwirtschaftlichen Bedeutung unseres Volkes gemäß, eine Weltpolitik im eigensten Sinne treiben wollen. Verzichtet man auf die siegreiche Entscheidung gegen England, auf die Zerstörung der englischen Suprematie, so bedeutet das zugleich den Verzicht auf die deutsche Weltpolitik mit ihren wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen. Statt dessen glaubt man in der Anlehnung an England und der Ausdehnung des Reiches nach Osten und Ausnutzung der kontinentalen Verbindung mit der Türkei (Mitteleuropa) neue Bahnen für eine glückliche Zukunft unseres Volkes gehen zu können. Der Zusammenbruch unseres Welthandels, die ständig wachsende Überlegenheit des britischen Imperiums, würde die nächste Folge einer solchen Politik

sein. In der Ferne lauert stets die Gefahr, daß Großbritannien jederzeit wieder wie in diesem Weltkrieg Deutschland und Rußland gegeneinander hetzen und schwächen könnte. Dabei sei nicht verschwiegen, daß die Tragfähigkeit und Dauerhaftigkeit des Bündnisses mit der Türkei und Bulgarien bei weiteren wirtschaftlichen und politischen Wandlungen in keiner Weise erprobt und bewährt ist.

Diese Anzeichen einer grundsätzlichen Wendung unserer weltpolitischen Lage müssen uns mit der größten Besorgnis erfüllen. Demgegenüber kann eine starke Zukunft Deutschlands nur erwartet werden, wenn die Freiheit der Meere im Krieg und im Frieden nicht durch vertragliche Abmachungen allein, sondern durch reelle Veränderungen der geographischen Lage gewährleistet werden wird. Dies wird nur der Fall dann sein, wenn es gelingt, diesen Krieg auch gegenüber England siegreich zu beendigen. Diesem Ziel müssen alle anderen Überlegungen, auch die an sich begründeten wirtschaftlichen und diplomatischen Befürchtungen wegen einer Verschärfung des Unterseebootkrieges zurückgestellt werden.

Daß sich alle diese Wandlungen vollziehen konnten, daß über die Zukunft unseres Volkes und die Früchte der Hunderttausende von Opfern entschieden werden könnte, ohne daß weitere Kreise unseres Volkes auch nur die geringste Möglichkeit einer Einflußnahme hätten, kann nicht geduldet werden. Es ist weder politisch klug, noch entspricht es den Überlieferungen der deutschen Regierung, wenn in falscher Scheu vor dem Auslande dem Volke künstlich durch Zensurmaßnahmen eine Meinung aufgezwungen werden soll, die seinem Willen zum Siege zuwiderläuft. Unerfreulicher noch wirkt dabei die Tatsache, daß diejenigen Persönlichkeiten, die in Wahrheit die politische Meinung der Presse durch Zensurmaßnahmen beeinflussen, sich hinter formellen Einwänden in ihrer Verantwortung verstecken.

Es ist die Pflicht der Nationalliberalen Partei, mit aller Schärfe diejenigen Forderungen zu vertreten, die allein ihren Überlieferungen entsprechen. Kein Übergriff in die Kommandogewalt des *Kaisers*, keine Anmaßung von Kenntnissen, die nur wenige Persönlichkeiten besitzen, keine Leichtfertigkeit kann der Partei vorgeworfen werden, wenn sie im Sinne obiger Anträge verfährt. Entweder besitzen wir die technischen Mittel nicht, um England durch einen Unterseebootkrieg niederzuwerfen, — dann ist die ganze seitherige Politik gegenüber Amerika und den neutralen Staaten von Anfang an verfehlt und nicht verständlich. Jedoch nicht nur maßgebende Persönlichkeiten *(Tirpitz)*, auch die letzte Note der deutschen Regierung geht aus von der Voraussetzung, daß technisch die Möglichkeit der Niederwerfung Englands durch den Unterseebootkrieg besteht. Andernfalls wäre der letzte Absatz der deutschen Antwortnote unverständlich. Es liegt also nicht an den Umständen, nicht an den technischen Mitteln, sondern es liegt an den Persönlichkeiten, wenn eine Politik gemacht wird, die wir nach Pflicht und Gewissen als unheilvoll bezeichnen müssen.

Dieser Sachlage gegenüber versagt das Gebot des Burgfriedens sowohl wie das Gebot der Unterstützung der Regierung im Kriege. Wichtiger ist es, die Früchte des Sieges nicht zu verlieren, als die Autorität einer Regierung zu halten, an der innerlich weite Kreise unseres Volkes zu zweifeln begonnen haben.

Darmstadt, 16. 5. 1916

Dr. *Osann*

Vorsitzender der hessischen nationalliberalen Landespartei Darmstadt.

Dann, meine Herren, ist hier eine Resolution bezüglich der Finanzfrage. Sie ist von einer Anzahl Landtagsabgeordneter eingebracht worden: Dr. *Friedberg*, *Hirsch*, *Röchling*, *Fritsch*, *Fuhrmann*, *Keil*, von einer Anzahl Landesvorsitzenden und von Herrn Präsidenten *Vogel*. Die ferneren Unterzeichner sind: *Wyneken*, Dr. *Vogel*, *Bartels*, *Haarmann*, *Haas*, *Bartling*. Diese Resolution besagt:

> Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei hält jede weitere Inanspruchnahme der Einkommens- und Vermögensbesteuerung seitens des Reiches volkswirtschaftlich für bedenklich und für eine schwere Schädigung der Bundesstaaten und Gemeinden, die fast ausschließlich auf diese Steuerquellen angewiesen sind.
>
> Er ersucht deshalb die nationalliberale Reichstagsfraktion, derartigen Steuervorschlägen, sofern sie nicht durch die finanzielle Unmöglichkeit gerechtfertigt werden, die Finanznot des Reiches auf anderem Wege zu beseitigen, in Zukunft entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und für eine gesetzliche Sicherstellung der Bundesstaaten und Gemeinden vor solchen Eingriffen in ihr Steuersystem Sorge zu tragen.

Dann, meine Herren, liegt ein Antrag Badens vor:

> Der Zentralvorstand wolle beschließen, die nationalliberale Reichstagsfraktion zu ersuchen, irgendeiner Aufteilung der Reichslande unter einzelne Bundesstaaten nicht zuzustimmen, sondern dahin zu wirken, daß die Reichslande dem führenden Bundesstaat angegliedert werden, daß aber, wenn dies zur Zeit nicht erreichbar sein sollte, an den staatsrechtlichen Verhältnissen der Reichslande nichts geändert wird[147]).

Abgeordneter Dr. **Friedberg** verliest sodann eine Resolution der Landesvorsitzenden über den inneren Parteibetrieb[148]), und der **Vorsitzende Bassermann** selbst beantragt eine Resolution zur Unabhängigkeit der Partei[149]). Zum Schluß gibt **Friedberg** noch eine Resolution und erläuternde Leitsätze bekannt, die von dem Nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen zur Ernährungsfrage eingereicht worden sind[150]).

Pause.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, ich darf wohl nochmals die strenge Vertraulichkeit unserer Verhandlungen hervorheben. Eine Berichterstattung für die Presse wird vom Büro aus erfolgen, und es ist dringend notwendig, daß jede andere Berichterstattung unterbleibt.

Dann, meine Herren, müssen wir uns darüber schlüssig machen, in welcher Weise die Diskussion zu führen ist. Mir will eigentlich scheinen, daß es richtig wäre, die großen politischen Fragen vorwegzunehmen. Ist die Diskussion hierüber und die Abstimmung über die Resolutionen erledigt, dann würden wir zur Lebensmittelfrage übergehen, und es würden *Paasche* und *Prinz Schönaich-Carolath* in der Lage sein, über den Inhalt der Unterhaltung beim Herrn *Reichskanzler* uns hier eine einleitende Mitteilung zu machen. Nach Erledigung dieses Themas würden wir dann zur Finanzfrage übergehen mit den Referaten von

[147]) Vgl. dazu S. 290. — Wohl nicht zufällig war dieser Antrag von badischer Seite eingebracht worden, denn gerade in Baden widerstrebte man den Versuchen Bayerns, die Reichslande zwischen Preußen und Bayern aufzuteilen. Vgl. Janßen S. 49 f., 84 f., 99, 299 und öfter.

[148]) Wiedergegeben S. 282.

[149]) Wiedergegeben S. 282.

[150]) Wiedergabe der sächsischen Anträge und der Diskussion darüber S. 285 ff.

Stresemann und *Schiffer*. Es blieben übrig Elsaß-Lothringen, die Resolution des Geschäftsführenden Ausschusses, die Resolution wegen der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Partei.

Sind die Herren mit dieser Behandlung einverstanden? (Wird bejaht.) Dann erteile ich das Wort Herrn Justizrat *Neumayer* zu den großen politischen Fragen.

Justizrat **Neumayer**: Meine Herren, die Resolution, welche ich mir heute früh erlaubte, hier zur Verlesung zu bringen, verdankt ihre Entstehung einer Beratung, welche die meisten Landesvorsitzenden unserer Partei auf Veranlassung unserer Organisation in der Rheinprovinz gestern abend gepflogen haben.

Wie heute vormittag Herr *Bassermann* bereits hervorgehoben hat, hat sich des deutschen Volkes im Hinblick auf die U-Boot-Frage in allen Phasen, die sie seit Beginn des Weltkrieges durchlief, eine große Sorge bemächtigt, eine Sorge, die dadurch begründet ist, daß man fürchtete, es möchte in der Benutzung dieses Kampfmittels aus unrichtigen und nicht zu verantwortenden Motiven heraus eine allzu große Nachgiebigkeit der Reichsleitung bewiesen werden, und diese Sorge, welche sich des deutschen Volkes bemächtigt hatte, hat meines Erachtens und meiner Erfahrung nach noch eine weitere Nährung dadurch gefunden, daß, als es galt, in dieser hochwichtigen Frage seitens unserer Partei eine Entscheidung zu treffen, resp. einen Antrag einzubringen, unsere Fraktion nicht vollständig einig gewesen ist.

Meine Herren, wir erkennen ohne weiteres an, und das habe ich von jeher, solange diese Frage aufgerollt ist, auch in unseren Kreisen der Pfalz vertreten, daß die Herren, welche sich dem Antrage, der von der Fraktionsmehrheit eingebracht wurde, nicht anschließen zu können glaubten, ganz zweifellos auch ihre sehr gewichtigen Gründe für ihre Stellungnahme gehabt haben, und, meine Herren, ich gehe weiter und sage: Wir können nicht bezweifeln, daß diese Parteifreunde ebenso wie die Mehrheit der Fraktion sich bei ihrer Entschließung lediglich von dem Grundsatz leiten ließen, daß es in dieser amerikanischen Notenfrage vor allem und einzig und allein gilt, die Interessen unseres Vaterlandes, das Wohl unseres Vaterlandes zu sichern. Meine verehrten Anwesenden, wenn die Herren hierbei in Würdigung dieser Frage zu verschiedenen Meinungen und zu verschiedenen Resultaten gelangten, so müssen wir ohne weiteres zugeben und anerkennen, daß auch die Fraktionsminderheit optima fide gehandelt hat.

Meine Herren, ich stelle diese Worte an die Spitze meiner Ausführungen, weil ich damit auch die Stimmung unserer heutigen Sitzung dahin beeinflussen möchte, und Sie werden es mir gewiß nicht verargen, wenn ich suche, den Burgfrieden in unserer Partei zu erhalten und, soweit nötig, wiederherzustellen. Ich stelle sie an die Spitze meiner Ausführungen, weil ich hoffe, daß durch die Erklärung, die ich soeben gegeben habe, vielleicht die Veranlassung genommen werden wird, sich in Vorwürfen gegen die Stellungnahme der einzelnen Gruppen zu ergehen[151]). (Sehr gut!) Meine Herren, wir wollen die Vergangenheit auf sich beruhen lassen und anerkennen, daß jeder das Beste zu erreichen bestrebt war. Wenn die Wünsche verschieden waren, die Erwägungen verschieden waren, von denen die einzelnen ausgegangen sind, so handelt es sich da um eine Frage, die wir heute

[151]) Zu den wegen der U-Boot-Frage geführten Auseinandersetzungen innerhalb der Partei vgl. Thieme S. 91 f.

überhaupt nicht beantworten können, denn, meine Herren, es mag uns von der einen und von der anderen Seite noch so sehr die Wucht der Gründe, die zu ihrer Stellungnahme Veranlassung gegeben haben, auseinandergesetzt werden — unter allen Verhältnissen bleibt für jeden ernsten Politiker und denkenden Menschen immer die Möglichkeit gegeben, daß auf der einen oder auf der anderen Seite vielleicht ein Irrtum obwaltet, daß man sich mit Hoffnungen trägt, die sich vielleicht nicht erfüllen werden, und ich glaube deshalb auch, meine verehrten Herren, wir werden am besten tun, wenn wir in einer Diskussion darüber, wer nun bei seiner Stellungnahme im Rechte war, überhaupt nicht eintreten (sehr richtig!), sondern über die Vergangenheit hinweggehen und heute lediglich das Bestreben an den Tag legen, für die Zukunft dafür zu sorgen, daß insbesondere unsere Partei bei weiteren Maßnahmen, die sich etwa als notwendig erweisen können, mit der vollen Einigkeit, Geschlossenheit und damit auch mit der vollen Stoßkraft der Nationalliberalen Partei im Reichstag hervortreten kann. (Beifall.)

Meine Herren, wenn ich diese einleitenden Worte vorausgeschickt habe, so werden Sie gewiß erkennen, daß ich von dem Bestreben geleitet bin, hier niemand wehe zu tun, und daß ich das weitere Bestreben mir zur Aufgabe gestellt habe, wie ich schon andeutete, dafür zu sorgen, daß in Zukunft unsere Verhältnisse speziell in dieser hochwichtigen Frage tunlichst einer gedeihlichen Entwicklung entgegengeführt werden. Aus diesen Erwägungen ist die Resolution hervorgegangen, und wir haben uns bemüht, sie derart zu fassen, daß sie wohl für alle Teile, mögen sie nun auf der einen oder der anderen Seite stehen, annehmbar erscheinen kann.

Meine Herren, wenn wir an die Spitze der Resolution den Absatz 1 gestellt haben, der davon spricht, daß wir nachdrücklich unsere am 15. August 1915 geäußerte Meinung und Überzeugung[152]) nochmals zum Ausdruck bringen, so geschah dies aus der Erwägung, daß es in den heutigen Zeitläuften und unter den heutigen Verhältnissen nie etwas schaden kann, wenn man eine Meinung in einer solch hochwichtigen Frage der Reichsregierung immer wieder zur Kenntnis bringt, denn etwas Gutes, meine Herren, kann man nach einem alten Erfahrungssatze zwei- bis dreimal sagen.

Wir haben in dem Absatz 2 dann hervorgehoben, daß wir in England den Hauptfeind unseres Vaterlandes erblicken, und haben betont, daß unserer Kriegsleitung die Freiheit im Gebrauch aller militärischen Mittel gewährleistet werden müsse, die zur speziellen Bekämpfung dieses unseres Tod- und Erbfeindes geeignet seien. Ich glaube nicht, meine Herren, daß jemand in diesem Falle Veranlassung nehmen kann, sich an dem hier niedergelegten Grundsatze und Wunsche zu stoßen, und hoffe deshalb, daß Sie auch hier geschlossen Ihre Zustimmung zu unserem Vorschlage geben können.

Was den Absatz 3 betrifft, so haben wir geglaubt, Veranlassung nehmen zu müssen, der Reichstagsfraktion unseren Dank für ihre Haltung in dieser Frage auszusprechen. Ich bemerke hier, meine Herren, daß wir absichtlich hier nicht zwischen der Mehrheit und der Minderheit unserer Reichstagsfraktion unter-

[152]) Den Text der Resolution siehe S. 203.

schieden haben, sondern daß wir diese Frage vollständig ausscheiden lassen und die Geschlossenheit der Fraktion auch ins Auge gefaßt haben, die schließlich bei dem Kompromißantrag zum Ausdruck kam, der mit der Regierung vereinbart wurde.

Der Absatz 4 besagt, daß der Zentralvorstand die Reichstagsfraktion bitten möge, angesichts der Haltung Amerikas mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß in Ausnutzung der in der deutschen Note vorbehaltenen Freiheit der Entschließung von der U-Boot-Waffe im Handelskriege rechtzeitig uneingeschränkter Gebrauch gemacht werde. Meine Herren, auch dieser Passus dürfte meines Erachtens kaum einem berechtigten Widerspruch begegnen können, denn, wie wir heute früh gehört haben, hat die Reichsregierung in den Kommissionsberatungen, die schließlich zu dem Kompromißantrag oder zu der Resolution führten, ausdrücklich wiederholt erklärt, daß sie sich die U-Boot-Waffe nicht aus der Hand winden lassen werde[153]), und es ist in jenen Verhandlungen auch kein Zweifel darüber geblieben, daß unsere Fraktion unter gar keinen Umständen darauf verzichte, die U-Boot-Frage im notwendigen Moment von neuem wiederaufzurollen, und daß sie sich lediglich aus den von der Reichsregierung angeführten Gründen dazu entschließe, momentan ihre Zustimmung zu den gegebenen Erklärungen auch zu erteilen und eine abwartende Haltung einzunehmen.

Meine Herren, wenn nun die Dinge so laufen sollten — ich weiß nicht, wie die Verhältnisse liegen —, wie andeutungsweise heute und auch gestern uns mitgeteilt worden ist, daß möglicherweise die Reichsregierung gar nicht beabsichtigt, von der U-Boot-Waffe in dem Rahmen, wie es seinerzeit gewünscht wurde, jemals wieder Gebrauch zu machen[154]), dann erscheint es mir allerdings notwendig, daß heute unser Zentralvorstand die Fraktion bittet, darauf hinzuwirken, daß diese seinerzeit von der Regierung gegebene Zusage und das, was sie in der Note an Amerika auch zum Ausdruck gebracht hat, erfüllt werde, und das bezweckt der Absatz 4 der Resolution, den ich mir soeben erlaubt habe vorzutragen.

Meine Herren, wenn wir dann endlich von neuem erklärt haben möchten, daß die Nationalliberale Partei jeder Regierung getreu zur Seite stehen wird, die diese Ziele mit unbeugsamer Festigkeit verfolgt, so haben wir nur genau wiederholt, was im vorigen Herbst hier der Zentralvorstand bereits beschlossen hat[155]), und wir glauben aus den vorhin angegebenen Gründen, daß es zweckmäßig sei, bei dem heutigen Stande der Dinge diesen gewiß richtigen Gesichtspunkt, der auch für die Regierung sehr beachtenswert sein dürfte und sein müßte, von neuem mit vollem Nachdruck zu wiederholen.

So glaube ich denn, meine Herren, daß, wenn Sie im großen und ganzen mit den Ausführungen, die ich mir hier erlaubt habe an Sie zu richten, Ihr Einverständnis erklären können, Sie auch ohne wesentliche Änderung der Resolution

[153]) Vgl. den von nationalliberaler Seite verfaßten Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß (Anm. 89).

[154]) Siehe auch S. 247 u. 263.

[155]) Es hieß damals vom Zentralvorstand: er „wird mit der gesamten Partei geschlossen hinter jeder Regierung stehen, die diese Ziele mit unbeugsamer Festigkeit verfolgt".

Ihre Zustimmung geben dürfen. Es läßt sich ja selbstverständlich über die redaktionelle Fassung einer Resolution sehr viel sprechen, aber ich kann Ihnen die Versicherung geben: wir haben uns bemüht, die Resolution so zu fassen, daß wir die Vergangenheit ausscheiden ließen, um, soweit diese Resolution in die Öffentlichkeit gelangt, nicht wieder den Eindruck zu erwecken, als sei hier künstlich ein in der Fraktion und in der Partei bestehender Riß verkleistert worden, sondern damit unsere Resolution auch nach außen den Eindruck der Geschlossenheit nach jeder Richtung hin erweckt und damit auch nicht nur bei unseren Freunden im ganzen Lande, wo die Leute teils der einen, teils der anderen Richtung angehören, freudigen Widerhall finden kann, sondern auch an den Stellen, an die sie hauptsächlich adressiert ist, eine entsprechende Wirkung äußert. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß, wenn die Resolution in die Hände der verantwortlichen Stellen gelangt, und wenn wirklich solche Ideen, wie sie vorhin von mir angedeutet worden sind, dort heute zu Hause sein sollten, man sich doch sehr ernstlich die Frage vorlegen wird, ob man mit solchen Ideen nicht mit einer großen und geschlossen dastehenden Partei, auf deren Mitwirkung man doch immerhin, glaube ich, auch heute rechnen muß, in ernsten Widerstreit geraten würde, und ob nicht im gesamten deutschen Volke eine Stimmung gegen die Regierung auftreten würde, die ganz gewiß bei dem jetzigen Stande der Dinge nur von Nachteil für alle beteiligten Kreise und speziell für unser liebes Vaterland sein würde[156]).

Ich bitte Sie also, meine Herren, wenn Sie auch in dem einen oder anderen Punkte eine redaktionelle Änderung vorschlagen wollen, doch im großen und ganzen unsere Resolution, die aus bestem Herzen herauskommt, annehmen zu wollen. (Beifall.)

Justizrat Dr. **Marwitz:** Meine Herren, ich möchte Sie bitten, den Absatz 4 dieser Entschließung zu streichen. Es ist derjenige Absatz, in dem die nationalliberale Reichstagsfraktion gebeten wird, angesichts der Haltung Amerikas mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß in Ausnutzung der in der deutschen Note vorbehaltenen Freiheit der Entschließung von der U-Boot-Waffe im Handelskrieg rechtzeitig uneingeschränkter Gebrauch gemacht wird.

Ich schicke voraus, daß ich mit dem Inhalte dieses Satzes durchaus einverstanden bin. Ich halte es aber für bedenklich, in einer Entschließung, die zur Veröffentlichung bestimmt ist, dies zum Ausdruck zu bringen. Wir dürfen nach den Erklärungen oder Nichterklärungen, die in der Reichstagskommission abgegeben worden sind, davon ausgehen, daß entsprechend der Angabe zum Schluß der Note an Amerika sich die Reichsregierung die spätere Verwendung der U-Boot-Waffe vorbehalten wird und daß augenblicklich nur mit Rücksicht auf bestimmte Umstände, die später nicht mehr vorhanden sein werden, davon Abstand genommen wird. Ich halte es für politisch nicht richtig, in einer zur Veröffentlichung bestimmten Entschließung heute, zu einer Zeit, wo über diese Angelegenheit nicht geredet werden soll, bereits darauf hinzuweisen, daß wir die Durchführung des U-Boot-Krieges zur gelegenen Zeit wünschen. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß wir in unsere Fraktion, in unsere Parteileitung das

[156]) *Bethmann Hollweg* hat diese Gefahren durchaus gesehen, vgl. sein Telegramm an *Graf Bernstorff* vom 6. 5. 1916, abgedruckt bei Bernstorff S. 253.

Vertrauen haben können und dürfen, und dies auch in Absatz 3 bereits genügend zum Ausdruck gebracht haben, daß zur gelegenen Zeit die Fraktion mit Entschiedenheit an den dazu berufenen Stellen dafür eintreten wird. Ich meine auch, daß, wenn die Resolution veröffentlicht wird, wir auf der anderen Seite wiederum eine sozialdemokratische Resolution zu gewärtigen haben, die das Gegenteil fordert, und daß dadurch der Eindruck der Geschlossenheit, der durch die Note hervorgebracht worden ist, im Auslande gestört werden kann. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die feindliche Presse gerade Absatz 4 sehr stark wiedergeben und ausnutzen wird, und ich sehe daher den Nachteil, der daraus entstehen wird, für erheblich größer an als den Vorteil, daß wir das, worüber wir, wie ich betone, hier alle einig sind und mit unseren ganzen Wählerkreisen einig sind, noch einmal zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig!)

Heimann-Kreuser[157]**:** Meine Herren, Herr Abg. *Bassermann* hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß wir gegenüber Belgien bei den Friedenszielen eine energische Politik verfolgen müssen. Wer Belgien kennt, der weiß, welche Schwierigkeiten das bringen wird, der weiß, daß Zersetzungserscheinungen in dem Lande sind, daß Belgien im Vergleich sogar zu Frankreich ein Land ist, wie es sittlich heruntergekommener in ganz Westeuropa sich überhaupt nicht mehr findet. Wir, die wir von der Schwerindustrie auch beruflich oft Gelegenheit gehabt haben, mit den Belgiern zu tun zu haben, wissen, daß auch die kaufmännische Moral — und an ihr gemessen ist auf die gesamte Moral eines Landes immer abzustellen — sehr zu wünschen übrigläßt. Mit Belgien auf irgendeinen Fuß zu kommen, wird ganz ungeheure Schwierigkeiten haben. Der Belgier ist unzuverlässig, wie kein Land in Europa sonst, und wenn überhaupt von uns etwas in Belgien geschehen soll, dann muß die dringende Bitte ausgesprochen werden, und die richte ich an unsere Abgeordneten, wenn sie zu irgendwelchen Abmachungen über den Frieden herbeigerufen werden, mit Belgien solche Abmachungen zu treffen, daß das Land mit rücksichtsloser Strenge und Energie in unsere Verwaltung genommen wird. Anders kommt man mit den Leuten überhaupt nicht aus. (Sehr richtig!) Der Romane ist an sich schon leicht geneigt, Milde für Schwäche, Entgegenkommen für Nachgiebigkeit anzusehen. Das ist beim Franzosen, beim Italiener der Fall, es ist im doppelten Maße der Fall beim Belgier, der, wie gesagt, unzuverlässig ist, wie überhaupt keiner sonst.

Daß wir heute in Belgien auch schon Stimmungen haben, die dahin gehen: Ob französisch oder deutsch, ist uns gleichgültig, wenn nur der Frieden kommt, daß diese Stimmungen zumal unter den Industriellen in Belgien vertreten sind, darf uns in unserem Urteil über Belgien nicht beeinflussen. Das sind Augenblicksstimmungen, und es ist gar kein Zweifel, daß Belgien, wenn es nicht absolut von uns in feste Hand genommen wird, in Zukunft eine Domäne Frankreichs sein wird.

Der zweite Punkt betrifft Frankreich und die Grenzen gegen Frankreich. Es ist in der Presse hier und da so viel von den Schätzen die Rede gewesen, die zumal im Departement Meurthe-et-Moselle sind, und Sie werden fast alle wissen, daß

[157]) Karl *Heimann-Kreuser* (1877—1953) gehörte dem Stinnes-Konzern an und wurde später zu einem führenden Vertreter des Stahlwerksverbandes. Vgl. Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, hrsg. von Karl Ritter v. Klimesch, Augsburg 1953, S. 437.

da ungefähr 80% der gesamten französischen Eisenindustrie gelegen sind. Meine Herren, das kann nicht der vorwiegende Grund sein, ein derartiges Gebiet zu besetzen. Die Gründe sind aber auch wirtschaftlich-militärischer Natur. Die Leistungen, die heute unsere deutsche Industrie allein für die Heeresverwaltung aufzubringen hat, nehmen ihre ganze Kraft in vollem Maße in Anspruch, und wir in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wären nicht imstande, den Bedarf der Heeresverwaltung zu decken, wenn nicht unsere Saar-, lothringische und luxemburgische Industrie, soweit ihr das im Augenblick möglich ist, dabei mithelfen würde.

Wie liegen nun die Verhältnisse heute? Französische Flieger überfliegen unsere sämtlichen Werke in Lothringen, in Luxemburg. In den letzten Wochen sind die schwersten Angriffe durch Bombenwürfe seitens der französischen Flieger auf die im Luxemburgischen liegenden Werke erfolgt. Gott sei Dank ist bisher dadurch noch kein schwerwiegendes Unheil entstanden. Das kann aber jeden Augenblick eintreten, und wer nun die Karte sieht und weiß, wie nahe unsere Werke heute bei der Front liegen, wie nahe sie aber ferner von der französischen Grenze liegen, und wer dann berücksichtigt, welche Schwierigkeiten unserer Heeresverwaltung für die Zukunft entstehen könnten — und wir müssen doch immer mit der Zukunft rechnen —, der muß schon aus diesen Gründen unter allen Umständen dafür sein, daß auch die Grenze gegen Frankreich gerade da, wo unsere Schwerindustrie liegt, verlegt wird. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie bitten, meine Herren, bei den Friedenszielen auch darauf Rücksicht zu nehmen, wenn die Herren die Möglichkeit haben, dabei ein Wort mitzusprechen. (Beifall.)

Geheimrat Dr. **Vogel** ermahnt die Versammlung, „die großen Gesichtspunkte fest im Auge zu behalten", und setzt sich für eine „möglichst einstimmige Annahme" der Resolution ein. In der gegenwärtigen kritischen Situation, „wo wir den Höhepunkt der Unannehmlichkeiten empfinden", komme alles darauf an zu beweisen, daß „die Gefühle, die uns im Beginn des Krieges beseelt haben [. . .], wirklich ehrlich gemeint waren". Die Nationalliberale Partei als die „nationale Partei im vollsten und wahrsten Sinne des Wortes" habe hierbei eine besondere Aufgabe.

Vogel: Ich kann nicht dringend genug bitten, daß das Endresultat unserer Verhandlungen im Gegensatz zu den kleinlichen Auseinandersetzungen des Anfangs darin ausklingen möge, daß unsere Partei in bezug auf die Erkenntnis der Größe der Aufgabe, die es jetzt zu lösen gilt, und in der Bereitwilligkeit, alle Opfer zu bringen, unbedingt geschlossen ist, und daß wir darin die wichtigste Aufgabe des heutigen Tages sehen. (Beifall.) [. . .]

Abgeordneter Dr. **Lohmann**[158]**:** Meine Herren, ich glaube, die Verfasser dieser uns jetzt vorliegenden Resolution und auch der Begründer, Herr Justizrat *Neumayer*, verdienen unseren besonderen Dank, weil sie es verstanden haben, in dem Wortlaut dieser Resolution und in ihrer Begründung alles zu vermeiden, was geeignet sein könnte, die Stellung derjenigen ungünstig zu kritisieren, welche von der Mehrheit der Reichstagsfraktion in der Frage des U-Boot-Krieges abweichen. (Beifall.) Ich werde infolgedessen meinerseits auch nicht in eine Recht-

[158]) Walter *Lohmann* (1861—1947) hatte im Frühjahr 1916 zu den wenigen Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus gehört, die von einer Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges abrieten. Vgl. Thieme S. 91 f.

fertigung der Stellung der Minorität eintreten und werde diese Absicht, glaube ich, solange beibehalten können, als nicht von irgendeiner anderen Seite ein Angriff erfolgt.

Was die Resolution selbst angeht, so kann man ja wohl verschiedener Meinung darüber sein, ob ihre Einbringung jetzt noch eine unbedingte Notwendigkeit ist. (Sehr richtig!) Die Partei selbst und die Organisationen der Partei haben sich mehrfach in dem Sinne ausgesprochen, wie die Resolution jetzt lautet, auch die Reichsregierung hat sich verschiedene Male so ausgesprochen, daß es sich mit einer Reihe von Absätzen dieser Resolution direkt deckt. Aber über die Opportunität kann man ja verschiedener Meinung sein. Es kann hervorgehoben werden, daß ein erneutes Bekenntnis zu einer bestimmten Politik notwendig sei. Ich kann nur jetzt folgendes erklären. Die Absätze 1 und 2 scheinen mir gänzlich unbedenklich zu sein. Sie sind derart gefaßt, daß sie auch demjenigen, der in bezug auf Annexionen vorsichtiger sein möchte als die Herren, die zum Teil hier schon zu Worte gekommen sind, das Recht und die Freiheit geben, zuzustimmen. Dem Absatz 3 könnte ich nicht zustimmen, denn unter dem geschlossenen Eintreten der nationalliberalen Reichstagsfraktion kann meines Erachtens nur diejenige Resolution verstanden werden, welche die Reichstagsfraktion zur Behandlung im Plenum eingebracht hat. Ich halte diese Resolution und die intensive Behandlung dieser Resolution im Plenum nicht für ein geeignetes Mittel im Sinne dessen, was in Absatz 2 erreicht werden soll, und würde deshalb den Absatz 3 ablehnen. Die Absätze 4 und 5 würde ich ebenfalls unter den Gesichtspunkten, die ich bereits hervorgehoben habe, eventuell annehmen können, wenn die Opportunität der Fassung der Gesamtresolution mir noch näher begründet wird und die Mehrheit der Versammlung sich dafür entschließt. (Beifall.)

Vorsitzender [Bassermann]: Herr *v. Campe* stellt den Antrag, den Absatz 3 der Resolution *Neumayer* zu streichen beziehungsweise diesen Absatz wie folgt zu fassen:

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei weiß sich mit der nationalliberalen Reichstagsfraktion in dem hohen Werte der U-Boot-Waffe einig. Sie ist das geeignetste Mittel, England auf seinem eigensten Herrschaftsgebiete, zur See, zu treffen und damit den Krieg zu einer schnelleren siegreichen Beendigung zu führen.

Oberbürgermeister Dr. **Struckmann** vermißt im Referat *Bassermanns* die Bezugnahme auf die Kolonien und setzt sich für den Erwerb eines möglichst zusammenhängenden Gebietes in Mittelafrika ein. Er argumentiert:

Belgien haben wir zum großen Teil im Besitz. Belgien wird doch mehr oder weniger auch nach dem Frieden darauf angewiesen sein, nach unserem Willen über sein Schicksal entschieden zu sehen; da liegt es doch außerordentlich nahe, daß man die belgische Kongokolonie womöglich unter Hinzunahme dessen, was Frankreich dort besitzt, für uns beansprucht. Wenn wir das täten, würden wir eine große Kolonie haben, die von Osten nach Westen die beiden Meere, die großen Ozeane, miteinander verbindet und die, was vor allem wichtig ist, einen festen Riegel vorschiebt gegen die weiteren Bestrebungen Englands, sich zum Herrn von Afrika zu machen. [...]

Außerdem würde sich das mittelafrikanische Gebiet sowohl zur Ansiedlungs- als auch

zur Handelskolonie sehr gut eignen. — Sodann spricht sich *Struckmann* für eine Aufteilung Belgiens aus für den Fall, daß Frankreich als erster Staat

mürbe wird und gegen den Willen Englands sucht, mit uns einen Frieden zu machen. Würde da nicht der Gedanke erwogen werden können, daß wir Belgien behalten, soweit es für die Befestigung und für die Verbindung mit der See für uns notwendig ist und soweit es durch die flamländische Sprache mit uns auch sonst verwandt ist, dagegen das Gebiet, das rein französisch ist und, wie eben bereits hervorgehoben worden ist, vielleicht noch französischer seinen Sitten nach geworden ist als Frankreich selbst, ruhig Frankreich überliefern und es ihm dadurch schmackhafter machen, wenn wir Frankreich gegenüber allerdings weitgehende Anforderungen in betreff unserer Sicherheit im Süden machen.

Mit der Resolution erklärt sich *Struckmann* grundsätzlich einverstanden, er beanstandet jedoch die Formulierung: „Der Zentralvorstand bittet die nationalliberale Reichstagsfraktion, angesichts der Haltung Amerikas mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß in Ausnutzung der in der deutschen Note vorbehaltenen Freiheit der Entschließung von der U-Boot-Waffe im Handelskrieg rechtzeitig uneingeschränkter Gebrauch gemacht wird." Die Worte „angesichts der Haltung Amerikas" würden es „ohne weiteres als ein Faktum" implizieren,

daß Amerika nichts in dem Sinne tun wird, wie wir es gewünscht haben [. . .] Das wäre voreilig. Das könnte uns nur schaden und der Regierung Unbequemlichkeiten bereiten, weil Amerika vielleicht gerade darin einen Grund findet, wie unartige Kinder das mitunter tun, zu sagen: ich tue das erst recht nicht, weil du mich verwarnt hast.

Ich habe mir also erlaubt, den Antrag zu stellen, statt dieser Worte „angesichts der Haltung Amerikas" zu sagen: „für den Fall, daß Amerika den in der deutschen Note ausgesprochenen Voraussetzungen nicht entsprechen sollte".

Justizrat Dr. **Marwitz** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich habe bei Besprechungen mit Mitgliedern des Zentralvorstandes die Frage aufwerfen hören, ob die Resolution veröffentlicht wird oder nicht. Davon wird meines Erachtens auch die Stellung zum Absatz 4 abhängen können. Sachlich würde ich zum Beispiel auch damit einverstanden sein. Ich würde das nur nicht veröffentlichen. Also für den Fall, daß die Resolution nicht veröffentlicht, sondern lediglich dem Reichstag unterbreitet wird, würde ich auch für den Absatz 4 stimmen können. Ich würde dankbar sein, wenn nach der Richtung hin eine Mitteilung gemacht wird.

Abgeordneter Dr. **Hirsch**[159]: Meine Herren, was die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. *Struckmann* angeht, auch noch die Kolonien in der Entschließung zu nennen, so halte ich an sich eine besondere Erwähnung der Kolonien nicht für unbedingt notwendig. Diese Erwähnung ist ja in unserer letzten Entschließung erfolgt. An sich habe ich aber gar nichts dagegen, hier einige Worte einzufügen, die die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters *Struckmann* ausräumen. Das würde sehr einfach zu machen sein, indem man in dem ersten Satz der Entschließung sagt: Daß nur eine Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen in Ost und West und in Übersee usw. So, glaube ich, lautete es damals, wenn ich es recht

[159]) Wilhelm *Hirsch* (1861—1918) war Syndikus der Handelskammer Essen und hatte ein Mandat im preußischen Abgeordnetenhaus, seit Januar 1916 auch eines im Reichstag inne. *Hirsch* vertrat die Interessen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Vgl. Deutsche Stimmen 1918 S. 634 f.; Thieme S. 203 und öfter.

in Erinnerung habe. (Zustimmung.) Durch diese Einschiebung würde der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters Genüge geschehen sein.

(Oberbürgermeister Dr. **Struckmann:** Damit bin ich einverstanden!)

Nicht einverstanden würde ich sein können mit dem Vorschlage von Freund *Lohmann*, der darauf hinausging, den dritten Absatz zu streichen. Meine Herren, das würde ich doch für sehr bedenklich halten.

Für weniger bedenklich und wohl erträglich halte ich dagegen den Vorschlag *v. Campe*, den Eingang des Satzes etwa so zu fassen:

Der Zentralvorstand weiß sich mit der nationalliberalen Reichstagsfraktion einig in der Bewertung der U-Boot-Waffe, die das geeignetste Mittel ist, England usw.

Ich glaube, das wäre auch ganz im Sinne derer, die die Entschließung eingebracht haben.

Aber, meine Herren, ganz und gar nicht einverstanden kann ich mit dem Vorschlag sein, den Herrn Dr. *Marwitz* gemacht hat, den vierten Satz zu streichen. Meine Herren, wenn Sie diesen vierten Satz streichen, dann können Sie die ganze Resolution in der Tasche behalten (sehr richtig!), denn der Hauptwert der Resolution liegt im gegenwärtigen Augenblick in dem vierten Absatz. Ich meine, wenn Herr Dr. *Marwitz* sachlich der Anschauung ist, die in diesem vierten Absatz zum Ausdruck gebracht ist, dann darf er doch auch nicht seine Zustimmung davon abhängig machen, ob die Resolution veröffentlicht werden soll oder nicht. Versuchen müssen wir jedenfalls, diese Entschließung zu veröffentlichen. Ob uns das unter Zensur gelingen wird, ist eine andere Frage[160]). (Heiterkeit.) Ich würde prima vista damit einverstanden sein, daß wir das, was wir beschließen, zur Kenntnis des *Reichskanzlers*, der Bundesfürsten, des Bundesrats, des Reichstags bringen und wenn möglich auch veröffentlichen. Das erstere können wir machen, indem wir die Entschließung einfach gedruckt unter Kuvert übersenden. Dem steht nichts im Wege. Die Veröffentlichung steht ja, wie gesagt, auf einem anderen Brett. Aber grundsätzlich bin ich dafür, daß wir auch das tun. Denn, wenn wir wirken wollen, dürfen wir nicht die Faust in der Tasche machen, sondern wir müssen auch offen auftreten und sagen, was wir für richtig halten.

Nun, meine ich, liegt doch die Sache heute so: Den Kern der ganzen Situation, wie er in Satz 4 zum Ausdruck gelangt, hat in etwas anderer Form der *Reichskanzler* in der Kommission des Reichstages umrissen[161]). Da hat er ein Wort ge-

[160]) Tatsächlich erging am folgenden Tage ein Zensurerlaß: Die Entschließung des nationalliberalen Zentralvorstandes „ist heute morgen von einigen Zeitungen ohne Zensurvorlage veröffentlicht worden; Nachdruck und Besprechung sind unzulässig". Wilhelm *Hirsch* indessen benutzte die allgemeine Erörterung des Zensurproblems im Reichstag dazu, den vollen Wortlaut der Resolution der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Siehe Sten. Berichte Bd. 307 S. 1268 f., 25. 5. 1916.

[161]) Vermutlich in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 5. 5. 1916. Dem Bericht des badischen Bundesratsbevollmächtigten zufolge sagte *Bethmann* dort über die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges: „Die gesamte Kriegslage sei weder so gut noch so schlecht, daß wir diesen Schritt jetzt zu tun hätten, weder so gut, daß wir sagen könnten, wir haben den Krieg schon gewonnen, auch nicht so schlecht, daß wir sagen müßten, wenn wir nicht diese eine Karte ausspielen, verlieren wir ihn. Solange man nicht felsenfest überzeugt sei, daß man mit dem U-Boot-Krieg die Feinde niederzwinge, wenn auch Amerika zu ihnen trete, so könne man eben diesen Schritt nicht tun." Siehe Badisches Generallandesarchiv, Politische Berichte Abt. 49 Fasz. 83.

sprochen, das ich hier wiederholen möchte — ich glaube damit die gebotene Vertraulichkeit nicht zu verletzen —, er hat gesagt: Auch ein siegreicher Feldherr nimmt eine ihm vom Gegner angebotene Schlacht nicht an, wenn ihm Zeit und Ort nicht passen. Das hat er zur Begründung der Antwort gesagt, die wir an Amerika erteilt haben, und ich glaube, an sich wird unter uns keiner sein, der diesen Satz nicht unterschriebe. Die Frage ist dann nur die, wie lange man wägen und wie lange man warten soll, bis man den Moment für gekommen erachtet, wo man eine Schlacht annimmt oder eine Schlacht anbietet, und ich glaube, da gehen die Ansichten in etwa auseinander. Wenn wir die Frage entscheiden wollen, wie lange wir warten können, dann, glaube ich, müssen wir uns einmal folgende andere Frage stellen: Wie lange können wir in dem Zustande, in dem wir heute leben, aushalten? Sind wir auf absehbare Zeit sicher, daß in der Lebensmittelversorgung nichts passiert, daß wir nicht unter Druck kommen auch bei der Verteilung der Lebensmittel? Es ist ja noch nicht sicher, ob diese Frage richtig gelöst wird, und wenn nicht richtig verteilt wird, dann ist es den Leuten ganz egal, ob die Lebensmittel da sind; wenn sie nichts bekommen, wird die Stimmung dadurch nicht besser. (Sehr richtig!) Also es ist die Frage, ob wir nicht bei der Lebensmittelversorgung unter Druck kommen. Es ist die Frage, ob wir nicht unter Druck kommen bei der Versorgung mit Rohstoffen. Es ist die Frage, die ja an sich nach dem, was wir heute gehört haben, verneint werden kann, ob wir nicht unter Druck kommen mit dem Mannschaftsersatz, und es ist die Frage, ob nicht unsere lieben Verbündeten, die sich ja doch auch unter schwierigen Verhältnissen befinden und den Krieg weiter führen, nicht vielleicht noch eher unter Druck kommen als wir. Wenn alle diese Fragen mit Nein zu beantworten sind, und wenn wir für absehbare Zeit sicher sind, für eine genügend lange Zeit, daß uns da nichts passiert, dann kann man in Ruhe abwarten, dann kann man monatelang abwarten und kann das Blut, das dann noch fließen wird, als eine Risikoprämie dafür auf sich nehmen, daß man dann nach Monaten die Unterseebootwaffe so verstärkt haben wird, daß man dann mit um so größerer Aussicht auf Erfolg eingreifen kann. Das ist ein Gedankengang, an dem nicht zu rütteln ist. Wenn die Sache so gemeint war, dann, glaube ich, würde der Widerstand, der aus unseren Reihen gekommen ist, viel weniger scharf zum Ausdruck gelangt sein.

Aber, meine Herren, diese Frage steht eben vor uns, ob wir nicht nach einer dieser Richtungen hin unter Druck kommen. Diese Frage müssen die verbündeten Regierungen mit dem *Reichskanzler* beantworten. Wird die Frage nicht mit Nein beantwortet, kann man keine Garantie dafür übernehmen, daß nach einer dieser Richtungen hin nicht in absehbarer Zeit etwas passiert, dann, glaube ich, wird man ernstlich prüfen müssen, ob wir nicht heute schon mit der U-Boot-Waffe so leistungsfähig sind, daß wir es wagen können, die Konsequenzen auf uns zu nehmen, die möglicherweise mit einer uneingeschränkten Verwendung verbunden sein würden. Das ist für mich der Angelpunkt der ganzen Frage.

Ich muß dann noch eine weitere Mitteilung aus der Kommission machen. Sie ist ja schon längst kein Geheimnis mehr. Es wird viel hin und her geredet und man hört, wenn man draußen im Lande ist, die bedauernde Frage: Haben wir genug U-Boote, ist die Zahl der U-Boote nicht zu gering? Meine Herren, ich

frage gar nicht nach der Zahl der U-Boote, ich frage nach dem Effekt und danach, was ich mit der vorhandenen Zahl erreichen kann, und was diese Frage angeht, so ist klipp und klar und gestützt auf die von unserem Vorsitzenden hier zitierte Denkschrift in der Haushaltskommission des Reichstages anerkannt, daß wir in der Lage sein würden, in sechs Monaten — das ist die Zeit, die in der Denkschrift genannt ist — 4 Millionen englische Tonnage zu versenken[162]). Herr *v. Capelle* hat diese Ziffer unterstrichen und hat anerkannt, daß sie nach seiner Ansicht stimmt. Er hat hinzugefügt, er wolle gern zugeben, ein Drittel der ganzen englischen Tonnage, die auf ca. 18 Millionen tons geschätzt wird, würde versenkt werden können, mithin 6 Millionen tons. Also zwischen 4 und 6 Millionen tons bewegt sich die Annahme dieser Herren.

Meine Herren, wenn Sie das auf den Monat ausrechnen — das sind also 700 000 bis eine Million tons — und wenn Sie das mit dem vergleichen, was wir heute leisten — 200 000 tons haben wir im vorigen Monat geleistet[163]) —, so werden Sie mir zugeben müssen, daß eine derartige Verschärfung des U-Boot-Krieges auf England eine Wirkung haben müßte, die wahrscheinlich in potenzierter Weise gegenüber dem sich geltend machen würde, was wir heute infolge der Niederholung von 200 000 tons an Wirkung sehen. Wenn wir noch mehr U-Boote hätten, so liegt es auf der Hand, daß wir dann noch mehr würden leisten können.

Aber, meine Herren, die Frage ist: Haben wir Veranlassung, noch lange zu warten oder dürfen wir noch lange warten, wenn wir die Verhältnisse ansehen, die ich vorhin bezüglich der Lebensmittel, der Rohstoffe, des Mannschaftsersatzes und unserer Verbündeten hier berührte.

Nun, glaube ich, liegt ja auch in diesem Punkte die Entscheidung in dem Worte, das sich auch hier im Absatz 4 findet: „rechtzeitig", in der rechtzeitigen Verwendung. Meine Herren, wenn wir in der Beurteilung der Verhältnisse so optimistisch sind wie der *Reichskanzler* und so lange warten, bis wir nicht mehr rechtzeitig die U-Boot-Waffe anwenden können, dann kann es uns passieren, daß wir unter dem Druck bei den Dingen, die ich nannte, gezwungen werden, nachzugeben und uns auf einen Frieden einzulassen, der uns so an die Nerven geht, daß wir gar nicht in der Lage sind, die U-Boot-Waffe überhaupt anzuwenden (sehr richtig!), denn sie wirkt ja nicht von heute auf morgen.

Ich will also darauf hinaus: Wenn man die Monate verstreichen läßt, die für die wirksame Anwendung heute noch zur Verfügung stehen, dann muß man die Sicherheit haben, daß man hinterher auch noch Zeit genug haben wird, diese Waffe anzuwenden. Andernfalls würde man ja eine gewaltige Verantwortung auf sich und diejenigen laden, die man bei den Entscheidungen vorschiebt, wenn man die Waffe nicht angewendet hat, und wir infolgedessen zu einem Frieden gezwungen werden, der unsere Interessen nicht wahrt.

Nun, meine Herren, der *Kanzler* hat gesagt — das ist ja auch in der Öffentlichkeit bekannt geworden —, eine rücksichtslose Verwendung der Waffe gegen England in der Kriegszone, auch gegen alle Schiffe, die nach England fahren, würde

[162]) Gemeint ist die Denkschrift des Admiralstabes vom 12. 2. 1916. Vgl. Anm. 99.

[163]) Lt. Der Handelskrieg mit U-Booten III (S. 384 ff.) betrug 1916 die Versenkungsziffer im März 155186 t, im April 187307 t.

uns in einen Konflikt mit Amerika bringen, und dieser Konflikt mit seinen Folgen für die Haltung der Neutralen würde dazu dienen, den Krieg zu verlängern, nicht ihn zu verkürzen, wie diejenigen annehmen, die für eine rasche und uneingeschränkte Verwendung der Waffe plädieren[164]). Meine Herren, was heißt das, den Krieg verlängern? Glaubt man, daß man mit England fertig wird, ohne daß man in irgendeinem Moment einmal den amerikanischen Arm, der sich immer dazwischen schiebt, beiseite wirft? (Sehr richtig!) Ich glaube, man täuscht sich, wenn man das annimmt. Man wird sich entschließen müssen, in irgendeinem Moment diesen Arm beiseite zu schieben, und man wird sich dazu um so mehr entschließen müssen, weil man andernfalls Gefahr läuft, daß man mit Amerika nicht nur während des Krieges zu tun bekommt, sondern daß sich Amerika auch hineinmischt, wenn es sich seinerzeit darum drehen wird, die Friedensbedingungen festzusetzen[165]). (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist hier schon davon gesprochen worden: Amerika und der *Papst*[166]). Meine Herren, ich halte diese Gefahr auch meinerseits für außerordentlich groß (sehr richtig!), und das ist für mich ein Grund, sobald irgendwie eine aussichtsvolle Gelegenheit da ist, sobald die Zeit für gegeben erachtet wird — selbstverständlich muß das die Heeresleitung entscheiden —, derartig auf die amerikanische Hand zu schlagen, daß sie uns in die Friedensverhandlungen nicht mehr hineinfahren wird. (Zustimmung.) Also, man muß in irgendeinem Augenblick zum Entschluß kommen.

Ich will auf alle Fragen, die hier hineinspielen, auf alle Für und Wider, ob Amerika uns viel oder wenig tun kann mit Wegnahme der Schiffe, mit Lieferung von Munition, mit Aufstellung von Soldaten, mit Unterstützung der Gegner durch Geld, nicht im einzelnen eingehen. Nur eins möchte ich bemerken: ich bewerte diese Dinge wesentlich geringer als andere. Aber, meine Herren, ich gebe zu, sie wollen ernstlich erwogen sein.

Herr *Bassermann* hat das Wort zitiert: Amerika ist immer noch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Meine Herren, ich glaube, auf dem Gebiete der Aufstellung von Heeren ist es mit den unbegrenzten Möglichkeiten drüben nicht ganz weit her.

(Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Kanada[167])!)

Wenn man da Ziffern von Hunderttausenden und Millionen hört, meine Herren, so ist das ein offenbarer Bluff für alle, die die Verhältnisse drüben kennen, und

---

[164]) Am 28. 3. 1916 im Haushaltsausschuß des Reichstages, vgl. die nicht gezeichnete maschinenschriftliche Aufzeichnung über diese Verhandlungen, in: Nachlaß Stresemann 162.

[165]) In der Reichstagssitzung vom 30. 5. 1916 lehnten die Nationalliberalen durch ihren Sprecher *Stresemann* eine amerikanische Friedensvermittlung strikt ab. Vgl. Sten. Berichte Bd. 307 S. 1311 f.; Birnbaum S. 105.

[166]) Vgl. Anm. 138.

[167]) Im kanadischen Parlament war am 19. 5. 1916 in der Thronrede mitgeteilt worden: „Fast 170000 Mann seien bereits über die See geschickt und weitere 140000 Mann würden in Kanada ausgebildet, um die nötigen Verstärkungen zu liefern. Während der ersten Monate des Jahres 1916 hätten sich mehr Rekruten gemeldet als in irgendeinem früheren Zeitabschnitt des Krieges." Siehe Wippermann 1916/I, 2 S. 1060.

außerdem würden die Leute ja auch noch nicht hier sein. Es ist nicht so einfach, hunderttausend oder eine Million Soldaten von dort hierher zu bringen. Wo ist denn überhaupt der Schiffsraum für etwas Derartiges? Er ist nicht da[168]).

Aber, meine Herren, ich will auch nicht des Näheren auf die Frage eingehen, was es zu bedeuten haben würde, wenn Amerika etwa Belgien nicht mehr belieferte oder England den Neutralen, Holland, Dänemark, sagt: Nachdem Amerika auch zu den Feinden Deutschlands zählt, kann ich euch nicht mehr als neutral anerkennen, wer nicht für mich ist, ist wider mich. Ich stehe auf dem Boden, daß sich Holland sehr bedenken würde, in einen Krieg mit uns einzutreten (sehr richtig!), denn Holland würde an erster Stelle das Bad austragen, und Holland hat an seinem Nachbarland vor Augen, was ihm vielleicht im verstärkten Maße passieren würde, wenn das schöne Holland zum Schauplatz des Krieges würde, der auf seinen Fluren ausgetragen werden müßte. So leicht gehen die Mijnheers[169]) nicht daran, und sie werden auch nicht so leicht darangehen, sich das schöne Geschäft zu verderben, das sie mit uns machen, bei dem sie ja alle zu Millionären geworden sind und im Begriff sind, diesen Zustand noch weiter zu verbessern. Also, ich glaube, das wird man sich zehnmal überlegen.

Im übrigen, meine Herren, wenn man immer auf die Neutralen hinweist und sagt, die könnten auch anfangen, dann hat man noch eine zweite Fessel gegen die Verwendung der Waffe. Ich frage: Ist es richtig, in einem solchen Kriege nicht jede Waffe rücksichtslos zu verwenden — je schärfer sie ist, desto besser —, anstatt sich von allerlei Rücksichten leiten zu lassen, die in letzter Linie den Erfolg des Krieges beeinträchtigen?

Nun aber, meine Herren, die Note, die Amerika uns geschickt hat, war ja eine solche, daß sie uns wohl allen das Blut ins Gesicht getrieben hat (sehr richtig!), und die Antwort, die wir abgeschickt haben, hat uns vielleicht noch mehr das Blut ins Gesicht getrieben. Die Antwort hat aber einen Schlußsatz, an den haben wir uns geklammert. Wir haben uns gesagt: wenn der Standpunkt eingenommen wird, daß auch ein siegreicher Feldherr nicht jede Schlacht annimmt, die ihm angeboten wird, falls Zeit und Ort nicht passen, wenn dieser Grundsatz gelten soll, dann können wir uns an diesen Schlußsatz der Note anklammern und doch erhoffen und erwarten, daß die Dinge so laufen, daß einmal die Sache zum Austrag kommt. Das haben wir gehofft, und Sie hören aus den Ausführungen, wie Herr *Marwitz* sie hier gemacht hat, daß es auch Leute gibt, die das heute noch glauben. Meine Herren, ich hoffe das nicht — leider —, ich kann es nicht hoffen, wenn nicht sehr stark angestoßen wird, und das ist von höchster Bedeutung für das Vorgehen des Zentralvorstandes. Meine Herren, Sie können im Auswärtigen Amt hören — ich gebe anheim, einmal Herrn *Riezler* zu fragen, den Vertrauten des *Reichskanzlers*, der ja die Zukunft des Vaterlandes, wie bekannt,

[168]) Tatsächlich ist es den USA gelungen, bis gegen Ende des Krieges die Gesamtstärke ihrer Streitkräfte in Europa auf 1,920 Mill. Mann zu bringen. Vgl. Erich Ludendorff (Hrsg.), Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1928, S. 367.

[169]) Im Or. „Nynheeres". Der Ausdruck „mijnheers" entspricht hier etwa dem deutschen „Herrschaften".

in dem Wolkenkuckucksheim einer internationalen Kulturpolitik finden will[170]) —, da können Sie hören: man denkt gar nicht daran, dem Schlußpassus unserer Note an Amerika Folge zu geben und den U-Boot-Krieg aufzunehmen[171]). (Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn man das weiß, kommt man doch auf den Standpunkt, daß es richtig ist, etwas kräftig zuzufassen, und ich kann sagen, daß ich kaum je eine größere Freude gehabt habe als heute, als ich gehört habe, wie einstimmig sich die Anschauungen vereinigt haben oder zu vereinigen scheinen, will ich sagen — ich kenne ja nur die Stimmen, die bislang laut geworden sind und die Ansichten von Herren, die ich privatim gesprochen habe — auf diese Entschließung. Ich glaube, daß eine solche Entschließung, vom Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei einheitlich gefaßt, denn doch die Herren zu der Überlegung bringen wird, daß sie so mit dem Volke nicht spielen dürfen. Wenn sie eine Note an Amerika loslassen und ihr einen solchen Schlußpassus geben, auf den das ganze Volk sich verläßt, und dann wenige Tage hinterher — es ist ja noch gar nicht lange her — derartige Dinge verlauten, dann weiß man doch nicht mehr, wem man glauben soll, und dann ist es notwendig, daß wir unsere Stimme erheben im nationalen und im vaterländischen Interesse. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Meine Herren, wenn die Dinge so stehen, wenn uns jetzt immer vorgeredet wird, daß wir einen Krieg mit Amerika nicht tragen können, dann bin ich der Ansicht — ich glaube, es war Herr *Bassermann*, der das ausgesprochen hat, oder es kann auch einer der anderen Herren Vorredner gewesen sein —, man hätte sich das vorher überlegen müssen[172]). Wenn man sich überlegte, wir können einen Konflikt mit Amerika in diesem Kriege nicht tragen, dann hätte man auf dem Gebiete des U-Boot-Krieges überhaupt nicht so vorgehen dürfen, wie man vorgegangen ist. (Sehr richtig!) Wenn man in der Weise verfährt, daß man sozusagen ein Ultimatum stellt, daß man eine Frist setzt und erklärt: von da ab geht es

[170]) Legationsrat Kurt *Riezler* (1882—1955) war persönlicher Referent des *Reichskanzlers* und galt als dessen einflußreicher Berater in der U-Boot-Politik; vgl. Peter Franz Stubmann, Ballin — Leben und Werk eines deutschen Reeders, Berlin 1926, S. 272. *Riezler* hatte unter dem Pseudonym I. J. *Ruedorffer* kurz vor Kriegsbeginn eine Schrift „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" veröffentlicht, in der er sich bemüht hatte, im allgemeinen Kulturempfinden, im Völkerrecht und in der Wirtschaftsverflechtung die internationalen Entspannungsfaktoren herauszuarbeiten und ihre Chancen abzuwägen. Von der Rechtsopposition wurde diese Betrachtungsweise als unrealistisch und kosmopolitisch abgelehnt. Vgl. Junius Alter, Das Deutsche Reich auf dem Weg zur geschichtlichen Episode, als MS gedruckt, ca. Mai 1916, S. 14—16.

[171]) Es war vor allem *Bethmann Hollweg* selbst, der sich vom deutschen Verzicht auf den verschärften U-Boot-Krieg die Förderung einer amerikanischen Friedensinitiative erhoffte. In diesem Sinne hatte er am 1. 5. 1916 zum amerikanischen Botschafter *Gerard* nach dessen Bericht gesagt: „He hoped the *President* would be great enough to take up peace, that Germany had won enough to be able to talk of peace without suspicion of weakness, and that this awful loss of life should cease. He said that he hoped Colonel *House* would take up the question and shall perhaps come here under the *President*'s direction." Siehe Papers relating to the Foreign Relations of the United States, 1916, Supplement: The World War, Washington 1929, S. 253; vgl. ferner Bethmann II S. 147 f.; Ritter III S. 213 f. Kurt *Riezler* und Staatssekretär *v. Jagow* dachten in dieser Frage ähnlich wie *Bethmann*, vgl. Haußmann S. 62.

[172]) Vgl. S. 234.

los[173]), und dann hinterher Schritt für Schritt zurückweichen muß, so ist das ja viel schlimmer, als wenn man die Sache gar nicht beginnt. (Sehr richtig!)

Es ist von einer Seite in der Kommission gesagt worden: Wie Amerika uns gegenübersteht, insbesondere die amerikanische Regierung und der Präsident, das hätten wir doch wohl wissen müssen nach der schroffen Antwort, die *Wilson* auf das *Kaiser*telegramm gegeben hat, das sich auf die Verwendung der Dum-Dum-Geschosse bezog[174]). (Sehr richtig!) Diese Bemerkung trifft den Nagel auf den Kopf. Wir konnten schon damals wissen, wessen wir uns von der amerikanischen Seite zu versehen haben. Deshalb hätte man ernstlich überlegen sollen, bevor man den Schritt tat, daß man androhte, die U-Boot-Waffe rücksichtslos anzuwenden, wenn man nicht fest entschlossen und sicher war, daß man das durchführen konnte.

Nun, meine Herren, man hat zurückgezogen. Man hat zurückgezogen, obwohl ja der *Reichskanzler* in Interviews[175]) — ich glaube auch sogar in Reichstagsreden, das weiß ich aber im Moment nicht genau[176]) — erklärt hat: Wir können uns die U-Boot-Waffe nicht aus der Hand winden lassen. Meine Herren, er hat sie sich doch aus der Hand winden lassen, obwohl er diese Erklärung vor dem ganzen Volke gegeben hat, obwohl andere Leute, wie *Jagow* und *Zimmermann*, dasselbe erklärt haben, und obwohl man uns im Abgeordnetenhause diese Dinge unter die Nase gerieben hat und damit hat dartun wollen, daß wir auf ganz verkehrtem Wege wären, wenn wir etwas anderes annehmen wollten[177]).

Nun frage ich Sie: Wenn solche feierlichen Zusicherungen gegeben werden und dann einfach beiseite geschoben werden — wie können wir uns auf andere Zusicherungen verlassen, die in diesen Reden gegeben worden sind? (Sehr wahr!) Müssen wir da nicht bis ins tiefste Innere mißtrauisch werden und müssen wir da nicht gleich bei dieser Sache uns hinstellen und sagen: davon steht nichts drin, hier wird gehalten, was zugesagt wird, das verlangen wir und das verlangt das deutsche Volk. Meine Herren, das müssen wir. Wenn wir das nicht tun, dann dürfen wir uns hinterher nicht beklagen, wenn wir hinsichtlich der anderen Versprechungen, die gegeben worden sind, ebenso daneben gesetzt werden wie in diesem Punkte, vor dem wir stehen. (Sehr richtig!) Das finden Sie ja in der Resolution, soweit es nötig ist, zum Ausdruck gebracht.

Sie haben hier nun noch eine zweite Resolution gehört, die von Herrn *Osann* gekommen ist[178]), und ich muß sagen, als ich diese Resolution hörte, hat sie mir

---

[173]) Gemeint ist hier die Ankündigung der deutschen Regierung vom 8. 2. 1916, „nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist" bewaffnete feindliche Handelsschiffe wie Kriegsschiffe zu behandeln; siehe Schulthess 1916/I S. 40 ff. Dieser U-Boot-Krieg gegen feindliche bewaffnete Handelsschiffe war am 2. März begonnen worden.

[174]) Amerikanische Note vom 7. 10. 1914, abgedruckt bei Schulthess 1914/I S. 406.

[175]) Z. B. im Interview mit Karl *v. Wiegand* von der „New York World". Vgl. Schulthess 1916/I S. 38.

[176]) In der Reichstagsrede vom 5. 4. 1916, siehe Bethmann Hollwegs Kriegsreden S. 94.

[177]) Vermutlich in der Unterredung *Bethmanns* mit Vertretern des Abgeordnetenhauses am 14. 2. 1916. Vgl. Thieme S. 91 u. 225.

[178]) Wiedergegeben S. 245 ff.

nicht schlecht gefallen. Ich möchte unter keinen Umständen, daß die Resolution, die hier von uns eingebracht worden ist, angenommen würde und daß die *Osannsche* abgelehnt würde, weil daraus unter Umständen später einmal ganz andere Schlüsse von böswilliger Seite gezogen werden könnten. Ich würde empfehlen, daß, wenn wir die Entschließung annehmen, die Ihnen hier von uns unterbreitet worden ist, wir dann den ersten Satz der *Osannschen* Resolution, der ja inhaltlich dasselbe besagt, wenn wir sie nicht in unsere Resolution einschalten wollen, was ja auch ginge, der Reichstagskommission überweisen, damit dieser Satz nicht als abgelehnt gilt. Ich hätte aber auch nichts dagegen, ihn in unsere Resolution hineinzuarbeiten, wenn nicht etwa an der Länge, die die Resolution dann bekommt, Anstoß genommen wird.

Was den zweiten Satz der Resolution *Osann* angeht, der sich auf die Zensur bezieht und der lautet — wenn ich nochmals verlesen darf —

„Es ist aufs schärfste zu mißbilligen, daß in diesen Fragen, die nicht nur über den Ausgang des Krieges und die zukünftige geschichtliche Stellung des Deutschen Reiches entscheiden müssen, nicht nur eine freie Meinungsäußerung in der deutschen Presse verhindert, sondern vielmehr dem Volke eine mit seinem wahren Willen nicht übereinstimmende Meinung künstlich aufgedrungen werden soll. Es muß erwartet werden, daß die Leitung der auswärtigen Politik, d. h. der *Reichskanzler* und der *Staatssekretär des Auswärtigen Amtes* die Verantwortung für alle diejenigen Zensurmaßnahmen übernehmen, die, wenn auch formell von militärischen Stellen verhängt, so doch in Wahrheit in ihrer Tendenz von den politischen Leitern des Reiches veranlaßt worden sind."

— Was diesen zweiten Satz angeht, so würde ich vorschlagen, ihn glatt als Nummer 2 unseres Antrages anzunehmen (sehr gut! und Beifall.), und zwar will ich Ihnen das auch noch etwas illustrieren.

Ich habe Ihnen zitiert, daß der *Kanzler* gemeint hat, durch eine solche rücksichtslose Anwendung der U-Boot-Waffe und daraus folgende Verwicklungen mit Amerika könnte der Krieg verlängert werden. Nun, meine Herren, wenn etwas geeignet ist, den Krieg zu verlängern, so ist es die Art der Handhabung der Zensur gewesen, die nach außen hin den Eindruck erweckt hat, als wenn man dem deutschen Volke, dem deutschen Michel schlechtweg, alles bieten könnte, weil ja in der Presse nicht zum Ausdruck kam, wie die Stimmung war, und die Wirkung ist die, daß die Stimmung nicht gehoben, nicht erhalten, sondern heruntergedrückt worden ist (sehr richtig!), daß eine große, nach jeder Richtung opferwillige vaterländische Stimmung, die vor nichts zurückscheute, nicht in die Höhe gegangen, sondern allmählich abgeflaut ist.

Meine Herren, ich habe an anderer Stelle den Ausdruck gebraucht: wenn man einen Weg gesucht hätte, eine große und opferwillige Stimmung systematisch zu versumpfen, dann hätte man diese Art der Handhabung der Zensur wählen können. (Sehr gut!) So und nicht anders ist es.

Meine Herren, ich darf Ihnen das aber auch noch belegen. Als die amerikanische Note hinausging, ging ein Erlaß des Oberkommandos in den Marken an die Presse — vertraulich natürlich, er ist mir aber doch auf den Tisch geflogen, für mich ist er nicht vertraulich. Dieser Erlaß fing folgendermaßen an: „Die Oberste Heeresleitung macht der deutschen Presse zur vaterländischen Pflicht, nachfolgende

Richtlinien zur Behandlung der an die Vereinigten Staaten gesandten deutschen Note zu befolgen." Nun kommen die Richtlinien, die Sie in allen möglichen Variationen in der deutschen Presse gesehen haben und die den Anschauungen entsprechen, die der *Kanzler* vertreten haben wollte. Ich brauche sie nicht zu verlesen. Aber den Schluß kann ich Ihnen verlesen: „Das Oberkommando hält daher Ausführungen für unstatthaft, welche gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung in der Angelegenheit gerichtet sind oder überhaupt dem Sinn der gegebenen Richtlinien zuwiderlaufen." Nun, meine Herren, das konnte man noch verstehen. Aber es kommt noch besser: „Ebenso werden Bemerkungen verboten, welche den Eindruck erwecken, als ob die Zensur die freie Meinungsäußerung unterbindet." (Große Heiterkeit.)[179])

Meine Herren, so wird heute in Deutschland öffentliche Meinung gemacht, so wird hier bei uns Politik gemacht, und aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen dringend: nehmen Sie als zweiten Absatz der Entschließung, die wir hier etwa fassen werden, den Vorschlag an, den *Osann* hier in bezug auf die Zensur macht. (Beifall.) Den ersten Absatz bitte ich, der Reichstagsfraktion zu überweisen, weil er vielleicht unsere Resolution ein bißchen zu lang machen würde, und den dritten Absatz, in dem er vorschlägt, es möchte doch noch der Geschäftsführende Ausschuß beauftragt werden, dem *Kanzler* mündlich Vorhaltungen zu machen, möchte ich als praktischer Mensch (Heiterkeit.) dahin umgemodelt wissen, daß Sie den Geschäftsführenden Ausschuß beauftragen, die Entschließung, die hier gefaßt werden wird, den Bundesfürsten, dem *Kanzler*, dem Bundesrat, dem Reichstag einzureichen und nach Möglichkeit auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sofern er dazu unter solchen Erlassen in der Lage ist (Heiterkeit und Beifall.) — so schnell wie möglich. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Abgeordneter Dr. **von Campe**: Meine Herren, ich glaube, in einem Punkte irrt der Kollege *Hirsch* doch — ich kann nicht im einzelnen darauf eingehen, aber ein paar Worte mögen mir doch dazu gestattet sein — wenn er glaubt, daß die von uns allgemein bedauerte Mißstimmung im deutschen Volke in erster Linie durch die Handhabung der Zensur gekommen sei. Nein, dadurch ist die Mißstimmung nicht gekommen, sondern die Mißstimmung ist gekommen durch die Handhabung der Regelung der Ernährungsfrage. (Sehr richtig!) Das sind Fragen, die dem größten Teil unseres Volkes noch weit näher gehen als die Frage der Zensur, und auch die maßlosen Preistreibereien und mehr als das, die unglückliche Verteilung der Lebensmittel. (Sehr richtig!) Darunter leidet das Volk, und das hat die Mißstimmung verursacht. Vielleicht haben wir nachher noch Gelegenheit, darauf zu kommen.

Meine Herren, was nun die unmittelbar im Augenblick zur Debatte stehende Frage betrifft, so freue ich mich, daß Herr Justizrat *Neumayer* die Resolution in dieser jede persönliche Spitze ausschließenden Weise begründet hat und daß ja auch die Debatte dem Rechnung getragen hat und ganz sicherlich weiter Rechnung tragen wird. Ich bin der Überzeugung, daß die Resolution so, wie sie hier vorliegt, vielleicht mit Ausnahme des Absatzes 3, wohl im wesentlichen auf eine einmütige Stimmung rechnen kann, und möchte dringend bitten, daß

[179]) Diese Vorgänge wurden von *Hirsch* am 25. 5. 1916 auch in öffentlicher Reichstagssitzung mitgeteilt und erörtert; vgl. Sten. Berichte Bd. 307 S. 1269.

der Absatz 3 in der Form angenommen wird, wie ich sie vorzuschlagen mir erlaubt habe.

v. Campe begründet seinen Änderungsvorschlag damit, daß dadurch die auch von *Neumayer* befürwortete Zustimmung zur „schließlichen Stellungnahme der Reichstagsfraktion" klar zum Ausdruck komme, und bittet um geschlossene Annahme der Resolution. Mehrere Antragsteller der von *Neumayer* begründeten Resolution hätten bereits ihr Einverständnis mit seiner neuen Formulierung erklärt.

Was nun den Einwand des Herrn *Marwitz* betrifft, so möchte ich anheimgeben, daß wir vielleicht in dem Absatz 4 die Worte „angesichts der Haltung Amerikas" streichen.

(Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Sehr richtig!)

Es ist vollständig überflüssig, das zu sagen, und das, was in den Ausführungen des Herrn *Marwitz* nach meiner Auffassung begründet erscheinen könnte, ist doch eigentlich, daß es wie eine Art Provokation klingen könnte. Ich glaube, die Worte könnten ohne weiteres gestrichen werden, und der Absatz 4 sagt dann noch genau dasselbe. Herr *Marwitz* hat mir schon erklärt, daß er durchaus damit einverstanden sein würde, und daß seine Bedenken dann auch schwinden würden.

Um so mehr Gewicht lege ich aber selbstverständlich darauf, daß dieser Absatz 4 dann im übrigen bestehenbleibt.

Denn auf jeden Fall müßte Deutschland sich den vollen Einsatz der U-Boot-Waffe vorbehalten, z. B. für den Augenblick, „wo [. . .] Frankreich niedergeworfen wäre und [. . .] wir die Feindschaft Amerikas nicht zu fürchten haben". Die „praktische Bedeutung der Resolution" liege „eigentlich einzig und allein in diesem Absatz 4. Alles andere ist Vergangenheit, das ist zum Teil ein Internum des Reichstages oder ein Internum unseres Zentralvorstandes." Zum Schluß bittet v. Campe *Marwitz*, seinen Widerspruch gegen Absatz 4 aufzugeben.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, ich möchte die Bitte aussprechen, daß die Redner sich tunlichster Kürze befleißigen, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß wir sonst noch an die anderen Themata kommen.

Justizrat Dr. **Marwitz** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, angesichts der Mitteilungen des Herrn Abg. *Hirsch* über die Haltung der Reichsregierung bzw. des Auswärtigen Amtes würde ich den Antrag auf Streichung des Absatzes 4 nicht aufrechterhalten, sofern die Worte „angesichts der Haltung Amerikas", dem Antrage des Herrn *v. Campe* entsprechend, gestrichen werden. (Sehr gut!)

Vorsitzender [Bassermann]: Also der Antrag *Marwitz* auf Streichung ist zurückgenommen.

Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Meine Herren, ich fühle mich nicht berufen, für Herrn *v. Bethmann Hollweg* einzutreten. Ich bin weder dafür engagiert worden, noch würde es meinen Neigungen entsprechen. Ich möchte nur auf einiges antworten, was der Kollege *Hirsch* hier vorhin ausgeführt hat.

Zunächst möchte ich dem Herrn Justizrat *Neumayer* meinen besten Dank für die maßvolle Art aussprechen, mit der er die Sache behandelt hat. Ich will auch auf die ganze Geschichte der U-Boot-Frage nicht näher eingehen. Ich möchte mich rein sachlich halten.

Meine Herren, ich bin ursprünglich ein ausgesprochener Anhänger des mir seit langen Jahren wohlbekannten Admirals *v. Tirpitz*, mit dem ich in freundschaftlichen Beziehungen stehe — mit ihm und seiner Familie. Ich hätte tatsächlich nichts sehnlicher gewünscht, als daß ein U-Boot-Krieg geführt würde, der eine rücksichtslose Handhabung dieser Waffe gestattet und der, wenn ich mich dieses französischen Ausdrucks bedienen darf, eine guerre à outrance gewesen wäre. Die Ausführungen des Herrn *v. Tirpitz* sind mir wohl bekannt. Ich habe selber in Unterhaltungen mit Herrn *v. Tirpitz* auf eine Broschüre hingewiesen, die vor Jahren erschienen ist und die unsere Admiralität aus dem Englischen ins Deutsche hat übersetzen lassen, worin von einem englischen Lord der Admiralität angegeben wird, wie Deutschland sich in einem Kriege mit England zu verhalten hätte, als dieser Krieg noch gar nicht in Sicht war. Da waren Stationen angegeben, und da war darauf hingewiesen worden, mit welchem Erfolge man den ganzen englischen Handel — worauf es ja ankommt —, die ganzen Schiffe aus Argentinien usw. brachlegen könnte. Ich habe mich über diese Schrift mit Herrn *v. Tirpitz* unterhalten, und mir hat diese Schrift seinerzeit große Freude bereitet[180]).

Ich habe aber meinen Standpunkt aufgegeben und habe mich zu einer anderen Ansicht bekehren lassen durch alle die Argumente, die uns angeführt worden sind und die auch mir entgegengebracht worden sind; daß wir alle lediglich im Interesse unseres heißgeliebten Vaterlandes handeln und daß uns alles an dem Wohl des Deutschen Reiches lag, brauche ich ja nicht zu versichern. Das setze ich bei allen voraus, und das trifft bei uns allen zu. Ich möchte nur nicht, daß einseitig der Stab über diejenigen gebrochen wird, die eine andere Ansicht zum Ausdruck gebracht haben.

Es ist hier wiederholt auf die Ausführungen des Herrn *Reichskanzlers* in der Kommission und auf die des Herrn *v. Capelle* hingewiesen worden, und da möchte ich an das Gedächtnis des Herrn Kollegen *Hirsch* appellieren, daß ausdrücklich der Herr *v. Capelle* folgendes gesagt hat: Ich möchte wissen, wer der unglückliche Mensch gewesen ist, der zuerst den Ausdruck gebraucht hat: England auf die Knie zu zwingen[181]). Ich habe diesen Ausdruck nicht gebraucht — hat Herr *v. Capelle* gesagt.[182])

(Zuruf: Den hat *Stresemann* zuerst gebraucht!)

Vorsitzender [Bassermann]: Bitte, meine Herren, die Zwischenrufe verlängern nur die Diskussion.

---

[180]) Vermutlich handelt es sich hierbei um die Schrift des englischen Romanautors Sir Arthur *Conan Doyle*, die zunächst 1914 im Juliheft der Strand-Magazins unter dem Titel „The Danger" erschienen war. Der Artikel wurde von Konteradmiral St. *Schanzer* ins Deutsche übersetzt und erlebte als selbständige Broschüre zahlreiche Auflagen. Titel: Der Tauchbootkrieg — Wie Kapitän Sirius England niederzwang. Stuttgart 1914.

[181]) In einem ähnlichen Sinne hatte sich am 15. 3. 1916 *Wilhelm II.* zu *v. Capelle* geäußert, siehe Müller S. 167.

[182]) *Bassermann* z. B. hatte am 10. 3. 1916 in den Deutschen Stimmen (S. 178) geschrieben: „Wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg einsetzt, wenn wir die Insel absperren von der Zufuhr, dann wird das Gespenst der wirtschaftlichen Aushungerung, das England gegen uns heraufbeschwören wollte, das stolze Albion zum Erliegen bringen."

Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Ich halte diesen Ausdruck für einen sehr unglücklichen. Ob es heute noch sehr viele ernsthafte Politiker gibt, welche glauben, daß man England auf die Knie zwingen könne, lasse ich dahingestellt. Ich würde es von ganzem Herzen wünschen. Ich würde nichts mehr wünschen, als daß wir in Antwerpen bleiben. Aber die Politik ist die Kunst des Erreichbaren. Ich möchte darauf hinweisen, daß sowohl Herr *v. Capelle* wie der Herr *Reichskanzler* wiederholt folgendes angeführt haben[183]): Selbst wenn wir diesen Unterseebootkrieg à outrance führen — haben wir die Gewähr dafür, daß wir England zum Frieden zwingen? Daß wir es wesentlich schädigen können, gebe ich zu. Aber auch wenn wir so und so viele Millionen Tonnage vernichten — es sind ja vorhin die Zahlen der Tonnage angegeben worden —, es bleiben immer noch 14 Millionen Tonnage übrig. Wir werden England schädigen können, aber nicht mehr. Das genügt doch aber nicht. Wir leben in einer sehr ernsten, sehr kritischen Zeit. Die Ernährungssorgen, die an uns herantreten, sind so beträchtlich allüberall in den Städten wie auf dem Lande, daß wir doch wünschen müssen, nicht noch neue Feinde hinzuzubekommen, und zu den neuen Feinden würden die Vereinigten Staaten gehören. Was das bedeuten würde, wenn die Vereinigten Staaten gegen uns vorgehen, das kann sehr verschieden eingeschätzt werden. Das mögen die einen so, die anderen so beurteilen. Nach dem, was von autoritativer Stelle gesagt worden ist — der Herr *Reichskanzler* hat sich auf die Berichte seiner Botschafter und Gesandten bei den südamerikanischen Republiken berufen —, würden nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die anderen Republiken, namentlich Südamerikas, eine feindliche Haltung gegen uns einnehmen, magnetisch angezogen von dem Vorgehen der Vereinigten Staaten[184]). Die Vereinigten Staaten haben eine ganze englische Unterseebootflottille in Boston liegen. Sie darf jetzt nicht auslaufen; sie würde dann auslaufen können. Die Vereinigten Staaten könnten Beschlag legen auf große Vermögensobjekte. Die Vermögensobjekte näher zu bezeichnen, wird wohl nicht nötig sein. Insonderheit die Herren von der Schwerindustrie in der Versammlung, die Herren von der Industrie wissen ja ganz genau, welche ungeheure Schädigung die deutsche Industrie erleiden würde, wenn die Vereinigten Staaten nach dieser Richtung hin vorgehen würden.

(Zuruf des Abgeordneten **Hirsch.**)

Ich habe Sie nicht unterbrochen, als Sie gesprochen haben, vielleicht sind Sie so gütig, auch mich zu Ende reden zu lassen. — Also wir würden nach dieser Richtung hin, wie eingeweihte Kreise behaupten, großen Schädigungen ausgesetzt werden. Ich will für meine Person nicht behaupten, daß die Befürchtungen alle zutreffend wären, daß eine große Anzahl, 50 [000], 100 000 und mehr von sogenannten sporting characters von amerikanischen Bürgern sich melden würden, um hierher zu gehen, den Krieg als eine Art Sport anzusehen und daran teilzunehmen. Ich enthalte mich jeder Meinungsäußerung. Ich will mich darüber nicht auslassen. Möglich, daß es der Fall wäre, vielleicht auch nicht. Vielleicht würde der Krieg, das Trommelfeuer, die Schützengräben und was damit alles

[183]) Vgl. Anm. 161 u. 164.

[184]) In diesem Sinne hatte der Gesandte *Graf Quadt* (Athen) am 26. 4. 1916 an das Auswärtige Amt telegraphiert; vgl. AA Politisches Archiv Weltkrieg 18 Geh. Bd. 14.

zusammenhängt, einen so ernsten Eindruck auf die Leute machen, daß sie mit ihren Kniehosen und Wadenstrümpfen sich bald davon wieder zurückziehen würden. Aber ich lasse das, wie gesagt, dahingestellt. Es gibt namhafte Kenner der Vereinigten Staaten, die hohe Stellungen einnehmen, die annehmen, es würde geschehen. Ich weiß es nicht. Was wir in Kanada erlebt haben, ist bekannt[185]).

Nun wissen wir, daß die Vereinigten Staaten ungefähr 14 Millionen für die Ernährung Belgiens ausgeben. Meine Herren, wir können doch Belgien nicht ernähren, wir haben ja selber nicht genug zu essen. Es steht also vollkommen außer Frage, daß wir die Ernährung Belgiens mitübernehmen könnten. Wie dieser Ausfall gedeckt werden könnte — ich weiß es nicht[186]). Ich habe deshalb dem Herrn *Reichskanzler* persönlich gesagt, ich hielte einen Bruch mit den Vereinigten Staaten für sehr gefährlich. Das ist meine Überzeugung, ich bleibe dabei. Wir werden ja sehen, ob diese Auffassung richtig ist oder nicht.

Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß der Schlußsatz der deutschen Note, auf den ich größten Wert lege, nicht innegehalten werden solle, so würde ich das allerdings für außerordentlich bedenklich halten. Aber, meine Herren, wie können wir eigentlich dem leitenden Staatsmann zumuten oder es auch aussprechen, daß er einen solchen Schlußsatz vor versammeltem Kriegsvolk, vor dem Reich, vor der Welt kundgibt und nachher zu schlapp wäre, um diese seine Worte auszuführen. (Lachen.) Ja, meine Herren, dann würde die öffentliche Meinung in Deutschland viel stärker sein als der *Reichskanzler*, dann würde die öffentliche Meinung sich trotz Zensur hoffentlich aufraffen und dem Unwillen gegen einen solchen *Kanzler* Ausdruck geben. Ich bin darin vielleicht altfränkisch, ich gehöre vielleicht zu sehr der Schule des Herrn *v. Bennigsen* an, habe mich nicht ganz so wie Herr *v. Miquel* gemausert und bin daher dieser Meinung, daß, wenn der leitende Staatsmann etwas in dieser Form ausspricht, auch der leitende Wille dahinterstehen wird, und ich habe ein solches Vertrauen zum deutschen Volke, zu seinem Parlament wie zum deutschen Volke selbst, daß es auch in einer solchen Stunde Mittel und Wege finden würde, trotz der Zensur, dem *Reichskanzler* entgegenzutreten und ihn zur Innehaltung dieser Sache zu zwingen.

Meine Herren, wir haben hier Zeit gewonnen, das ist sehr viel. Wir bauen inzwischen unsere U-Boote aus. Wer sagt Ihnen, daß wir nicht nur Zeit gewinnen wollten! Wer sagt Ihnen denn, daß, wenn wir die Zeit gewonnen haben und unsere U-Boot-Flottille bis zu dem Standpunkt verstärkt haben werden, auf den wir sie alle zu bringen wünschen, wir dann noch dieselbe Sprache gegen die Vereinigten Staaten führen werden! Meine Herren, Rache ist ein Gericht, das kalt gegessen werden muß. Gegenüber der Weltlage in Europa können wir uns nicht noch einen Feind aufladen. Denken Sie an Feldmarschall *Hindenburg*, der gesagt hat: Ich kann keinen einzigen Gegner mehr gebrauchen.

Nun die Neutralen, Holland. Mir hat der hiesige holländische Gesandte[187]), der selbst sehr deutschfreundlich ist, gesagt, daß die Stimmung in den Nieder-

[185]) Vgl. Anm. 167.

[186]) Vgl. zu diesen Befürchtungen auch Müller S. 155. Tatsächlich haben jedoch die Amerikaner ihre Hilfsaktion für Belgien fortgesetzt, auch nachdem sie sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden. Vgl. The Memoirs of Herbert Hoover, New York 1951, Bd. I S. 217 ff.

[187]) Baron W. A. F. *Gevers*.

landen sehr gegen uns wäre, insonderheit durch die Lusitania-Angelegenheit usw. Meine Herren, solchen Sachen muß doch der leitende Staatsmann und müssen auch diejenigen Leute, die sie gehört haben, berücksichtigen. Holland liefert uns jeden Monat für 100 Millionen Mk. Lebensmittel. Der bisherige Staatssekretär des Reichsschatzamts hat gesagt, die Ziffer wäre falsch, es liefere uns für 237 Millionen Lebensmittel[188]). Das sind doch alles Dinge, die in Erwägung gezogen werden müssen. Dänemark ernährt, wie der *Großherzog von Mecklenburg* bestätigen wird, unsere Ostseeküste. Wir können uns nicht mit Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark verfeinden. Viel Feind', viel Ehr', das weiß ich ganz genau. Aber wir können doch nicht mit der ganzen Welt Krieg führen. Lesen Sie einmal die Aufzeichnungen *Friedrichs des Großen* über den Siebenjährigen Krieg, wie er selber immer wieder darauf zurückkommt: Hier hätte ich vorsichtiger sein können, was hätte passieren können, das Unheil des Staates stand vor der Tür, und ich muß der Vorsehung danken und diesem unerreichbaren Volke, das uns zu immer neuen Siegen geführt hat[189]) — diesem selben unerreichbaren Volke, das wir heute wieder erleben, denn was bietet das deutsche Volk für ein Bild der Einmütigkeit, der Vaterlandsliebe und der Hingebung!

Sie sagen: Die Freiwilligen, die die Vereinigten Staaten herüberschicken, würden nichts Besonderes sein. Ja, meine Herren, wer von Ihnen hätte denn geglaubt, daß England überhaupt imstande wäre, einen solchen Kontinentalkrieg zu führen? Wenn Sie sich mit der Geschichte *Napoleons* beschäftigen, mit dem Peninsularkrieg in Spanien usw. — was hatte denn England, was hatte denn der sehr überschätzte *Herzog von Wellington* auf den Kontinent geworfen? Das waren Heere von 40000, 50000, 60000 Mann. Wer konnte an die Millionenheere der Engländer glauben? Wer hätte denn je daran gedacht, daß das in die Tat übersetzt würde? Denken Sie daran, wie wir alle gedacht haben, wie es vor einigen Jahren hieß, es wären vertrauliche englische Berichte, wonach man 100 000 Engländer nach Schleswig-Holstein schicken würde, da hat sogar unser lieber alter Freund *Graf Haeseler*[190]) gesagt: Sie sollen sie nur schicken, es kommen wenige zurück. Wer hätte jemals an diese Machtentfaltung geglaubt, wie sie England und seine Kolonien in diesem Kriege gezeigt haben? Das muß doch alles berücksichtigt werden und darf meines Erachtens nicht außer acht gelassen werden.

Ich will nicht zu sehr auf die Einzelheiten eingehen. Ich habe auf die Haltung der Neutralen hingewiesen und könnte noch auf manches andere hinweisen, was zu tun ich mir indessen versagen muß, weil ich mich nicht für befugt dazu halte.

Indessen, haben wir nicht bereits, indem wir Zeit gewonnen haben, viel gewonnen? Ist nicht die irische Frage dazwischengetreten? Sehen wir nicht jetzt in den Vereinigten Staaten eine große Erbitterung gegen England? Vor einigen Monaten sprach alles nur vom Kampf gegen Deutschland, jetzt hört man es ein bißchen

[188]) Vgl. die Einfuhrziffern aus Holland und Dänemark bei Helfferich S. 258 ff.

[189]) Vgl. Die Werke Friedrichs des Großen, hrsg. von Gustav Berthold Volz, Berlin 1913, Bd. III S. 50, 91 f., 108, 132 f., 157, 195; Bd. IV S. 16 ff., 27 f., 41 ff., 48 f., 116 ff., 131, 172 f. Mit der Aufzeigung der Schwierigkeiten verfolgt allerdings *Friedrich II.* nicht zuletzt das Ziel, seine Meisterschaft bei ihrer Überwindung in ein besseres Licht zu stellen.

[190]) Gemeint ist wohl der Feldmarschall Gottlieb *Graf v. Haeseler* (1836—1919).

anders, jetzt hat die irische Frage und alles, was damit zusammenhängt, die Erschießung der Führer usw., in den Vereinigten Staaten den peinlichsten, unangenehmsten Eindruck gemacht, und wir sehen bereits, wie die amerikanische Presse sich viel weniger mit Deutschland beschäftigt als mit England und seinen Greueltaten auf der grünen Insel[191]). Wir haben also auch hier Zeit gewonnen, und wir werden ja in Zukunft sehen — Zeit gewonnen wird ja gewöhnlich dahin übersetzt: alles gewonnen — ob wir nicht damit gute Geschäfte gemacht haben.

Meine Herren, denken Sie doch an den Jubel der Entente-Presse, als verlautete, Deutschland hätte sich durch seine Leidenschaftlichkeit, durch seinen Patriotismus, durch seinen berechtigten Widerwillen gegen die unerhörte amerikanische Rede- und Sprechweise hinreißen lassen, und es würde zum Krieg mit den Vereinigten Staaten kommen. Daß die Entente-Presse mit solcher Ängstlichkeit jeden Tag, jede Stunde erwartete zu hören, Deutschland hätte sich mit den Vereinigten Staaten überworfen, das sollte doch, meine ich, den Weg zeigen, den wir zu beschreiten haben[192]). Ich persönlich habe diesen Jubel der Entente-Presse über die Verschlechterung unserer Stellung zu den Vereinigten Staaten für so beachtenswert gefunden, daß wir uns sagen müssen, sollen wir denn unseren enragierten Feinden, die nur auf die Niederringung und die Zerschmetterung Deutschlands bedacht sind, wirklich die Freude und Genugtuung gewähren, daß wir in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten ziehen? Also solange das vermieden werden kann, halte ich dafür: Es ist am besten, dies zu tun. Ich darf an das Ihnen bekannte Journal von *Hervé*[193]) erinnern, La Victoire — so hat er es umgetauft. In diesem Journal La Victoire hat er gesagt: Es ist nur noch eine Hoffnung — das spreche ich jetzt ganz allgemein, indem ich selbstverständlich alle Mitglieder dieser hohen Versammlung ausnehme — auf die Dummheit der Deutschen, die in ihrem Patriotismus, in ihrer Lebhaftigkeit, in ihrer leichten Erregbarkeit es fertigbringen, sich mit den Vereinigten Staaten zu entzweien. Alle anderen Hoffnungen sind fehlgeschlagen, nur diese eine Hoffnung haben wir noch. Möchten doch die Deutschen den Fehler begehen und in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt werden. Ich habe mir gesagt, ich wünsche Herrn *Hervé* diese Freude nicht zu bereiten, und auch seinen Anhängern möchte ich sie nicht bereiten.

Ich glaube daher, daß dieser Standpunkt, den wir in der U-Boot-Frage angenommen haben, immerhin berechtigt war und daß wir mit Genugtuung darauf zurückblicken können. Ich will in keiner Weise die anderen Herren angreifen, die anderer Ansicht gewesen sind. Ich erbitte mir nur für uns die Objektivität,

---

[191]) Die schonungslose Niederwerfung des irischen Aufstandes von Ostern 1916 hatte in der Tat in Amerika eine ernsthafte Verstimmung ausgelöst, worüber die deutschen Zeitungen laufend berichteten. Vgl. dazu Frankfurter Zeitung vom 15. 5. 1916, Abendblatt; 18. 5. 1916, 2. Morgenblatt und öfter. Für den Zusammenhang siehe Charles Callan Tansill, America and the Fight für Irish Freedom 1866 to 1922, New York 1957, S. 200 ff.

[192]) Vgl. Frankfurter Zeitung vom 23. 4. 1916, 2. Morgenblatt: „Seit vorgestern machen die Pariser Zeitungen kein Hehl mehr aus der Freude, die ihnen ein wirklicher Bruch zwischen Deutschland und Nordamerika bereiten würde."

[193]) Gustave *Hervé* (1871—1944) unterstützte, obwohl er Sozialist war, den Nationalismus *Clemenceauscher* Prägung.

daß Sie anerkennen, daß auch wir nach reiflicher Überlegung und nach Kenntnisnahme von vielen Dingen, die auch heute nicht ausgesprochen werden können, unsere vaterländische Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt haben.

Vorsitzender [Bassermann]: Meine Herren, es sind noch zum Worte gemeldet die Herren *Boisly*, *Hugo*, *Poensgen* und *Stresemann*. Wir müssen bald mit dieser Diskussion zu Ende kommen, sonst fällt die Lebensmittelfrage unter den Tisch. Ich darf also nochmals die Bitte um Kürze wiederholen.

Abgeordneter **Boisly**[194]: Ich will Sie nicht lange aufhalten, meine Herren. Den Ausführungen des Herrn Vorredners würde ich mich in allen Punkten anschließen können, vielleicht mit einer Ausnahme, daß ich glaube, das Vertrauen, welches er dem Herrn *Reichskanzler* nach wie vor schenken will, nicht mehr aussprechen zu können, nach den Erklärungen, die wir mit derartiger Bestimmtheit in der U-Boot-Frage vor einer Reihe von Monaten gehört haben und die jetzt vollständig zurückgezogen worden sind. (Sehr richtig!)

Ich habe mich in der Hauptsache nur zum Worte gemeldet, um eine ganz kurze Bemerkung zu dem Passus 1 hier zu machen. Wir hoffen doch alle noch, daß diese Erklärung, mag es sein, auf welchem Wege es will, in die Öffentlichkeit kommt, und wenn es dann nachher hier wieder heißt in Satz 1, Zeile 3, daß nur eine Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen in Ost und West dem deutschen Volke die notwendigen realen Garantien für seine künftige militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung schaffen kann, so wird das wiederum in verschiedenen Kreisen dahin ausgelegt werden, daß der Zentralvorstand sich für eine fundamentale Erweiterung unserer Grenzen dahin ausspricht, daß entweder ganz Belgien oder ein großer Teil von Belgien, die Ostseestaaten, Polen, direkt dem Deutschen Reiche einverleibt werden, und das wäre ein Erfolg, den doch, glaube ich, die allerwenigsten von uns wünschen würden, daß Millionen von Leuten, die unter allen Umständen staatsfeindlich sein würden, oft noch nicht lesen und schreiben können, hier ihre Delegierten in den Reichstag hineinsenden. Was soll daraus werden? Was wir verlangen, meine Herren, ist etwas anderes: Daß der Machtbereich des Deutschen Volkes über unsere Grenzen ausgedehnt wird, daß zwischen Ostende vielleicht, oder noch lieber Calais, auf der einen Seite und Reval auf der anderen Seite, von Holland und Dänemark abgesehen, kein Nachbarstaat ist, der nicht unter dem Oberbefehl des deutschen Kaisers steht, und daß die wirtschaftlichen Sachen von hier geregelt werden. Dazu genügt ja etwas ganz anderes, als daß man selbständige Staaten oder suzeräne Staaten von Deutschland schafft. Ich möchte bitten, hinter „Grenzen" „des deutschen Machtbereiches" einzuschieben, so daß der 1. Satz lauten würde:

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei wiederholt nachdrücklich seine am 15. August 1915 geäußerte und durch die seitherigen Ereignisse bestätigte Überzeugung, daß nur eine Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen des deutschen Machtbereiches in Ost und West dem deutschen Volke die erforderliche Sicherheit schaffen kann. (Sehr gut!)

---

[194]) Theodor *Boisly*, Landgerichtsdirektor, stand auf dem rechten Flügel der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, vgl. Thieme S. 28 u. 152.

Dr. Hugo[195]): Meine Herren, ich möchte nur mit ein paar Worten die Bitte des Herrn Reichstagsabgeordneten *Hirsch* unterstützen, unter allen Umständen auch ein Wort des Protestes gegen die Handhabung der Pressezensur einzulegen. (Zustimmung.) Es ist ein geradezu skandalöser Zustand, wie die Pressezensur in Deutschland geübt wird, und ich muß der Auffassung widersprechen, daß in irgendeinem feindlichen Lande die politische Meinung in der Presse derart zwangsweise niedergehalten wird wie in Deutschland. (Sehr richtig!) Frankreich muß selbstverständlich die Zensur radikal gebrauchen, wo es gilt, Niederlagen und Stimmungen aus der Presse fernzuhalten, die auf die allgemeine Stimmung drücken können. Frankreich versteht sich meisterhaft auf die Regie und sucht seine Stimmung zu halten, und dazu benutzt es seine Zensur. Aber niemals benutzt es seine Zensur, um nationalen Regungen und vaterländischen Ansichten in der Presse den Weg zu versperren. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich bin der Ansicht, daß gerade dieser Seite die Nationalliberale Partei jetzt unter allen Umständen Ausdruck nach außen hin verleihen muß. Wir haben doch eine siegreiche Regierung, die wirklich wohl auch einmal ein Wort der politischen Kritik zu dem, was sie politisch von sich gibt, müßte vertragen können. Jede lästige Kritik wird sofort niedergearbeitet, und ich habe die feste Überzeugung, daß auf jeden Artikel, der vielleicht irgendwo unter Duldung der örtlichen Zensurbehörde in der Presse erscheint und der dann hier in gewissen Ämtern Aufsehen oder unangenehme Empfindungen erregt, sofort die Rückwirkung erfolgt, denn ich bin jedesmal auf solche Artikel hin nicht am folgenden Tage von unserer eigenen Zensurbehörde, sondern 4, 5, 6, auch 13 Tage später von der Zensurbehörde angefaßt worden, wie ich erfahren habe, auf Veranlassung von oben.

Ich habe vor einigen Tagen einen Artikel eingereicht, der sich nur sachlich mit der Frage beschäftigt: Welchen Wert hat das U-Boot als Kriegsmittel? Der Artikel ist von der Zensur verboten worden. Es darf also nicht einmal mehr in der deutschen Presse gesagt werden, daß das U-Boot ein Kriegsmittel ist, das man eventuell auch einmal für wertvoll halten kann. Es stand kein Wort davon darin, daß und in welcher Weise wir es anwenden sollen[196]).

(Zuruf: Und da verlangt man Vertrauen!)

Meine Herren, es ist hier vorhin eine Zensurverfügung verlesen worden, die schon vor der Veröffentlichung der amerikanischen Note der deutschen Presse zuging. Um Ihnen zu zeigen, wieweit die Bestimmungen und die Weisungen gehen, die der Presse von der Zensurbehörde gegeben werden, will ich Ihnen eine Verfügung mitteilen, die in den letzten Tagen ergangen ist. Da heißt es: Für die Behandlung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ist

[195]) Otto *Hugo* (1878—1942) war zunächst Parteisekretär in Westfalen gewesen und war zur Zeit Chefredakteur des Hannoverschen Kuriers. Am 1. 8. 1916 wurde er Generalsekretär der Nationalliberalen Partei; vgl. NLC Nr. 104 vom 5. 8. 1916.

[196]) Vgl. Bethmann II S. 123 f.: Im März 1916 „wurde die Präventivzensur für U-Boot-Artikel mit der Maßgabe angeordnet, daß der U-Boot-Krieg in der Presse ebenso zu behandeln sei, wie Operationen des Landheeres. So hoffte ich wirksamer als bisher die Pressehetze, die auch mit persönlichen Schmähungen des *Kaisers* nicht mehr zurückhielt, unterbinden zu können." Text des Erlasses abgedruckt in: Schulthess 1916/I S. 89.

nach wie vor das Haupterfordernis das Gebot der Selbstbeherrschung. Die äußere Politik *Wilsons* steht heute vielleicht mehr als sonst im Zeichen seiner Wahl und im Zeichen der Rücksicht auf die innere politische Lage seines Landes. Daß sich in dieser Hinsicht in absehbarer Zeit einiges zu unseren Gunsten wendet, ist durchaus nicht ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß wir die Dinge reifen lassen und nicht ungeduldig dabei werden.

Also, meine Herren, die Interessen der *Wilsonschen* Wahlpolitik werden zum Angelpunkte der deutschen inneren Politik gemacht in einem Augenblicke, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt und wo doch das Herz des deutschen Patrioten einmal erbeben darf ob der Sorge, ob alles auf dem rechten Wege ist. Ich möchte deswegen darum bitten, daß wir nicht nur aus der hessischen Resolution den Passus über die Zensur anfügen, sondern daß wir uns bemühen, so schnell wie möglich die ganze Resolution in die Presse gelangen zu lassen, denn, meine Herren, man erwartet draußen etwas von der Nationalliberalen Partei. (Sehr richtig!) Es sind gewisse Unklarheiten entstanden, die durch eine derartige Stellungnahme aus der Welt geschafft werden müssen. Man hat der Nationalliberalen Partei draußen im Lande manches vorgehalten und hat manches nicht verstanden. Ich halte es deshalb für unbedingt notwendig, daß dem deutschen Volke eine ganz klare Stellungnahme vorgesetzt wird. Das deutsche Volk wird eine solche Stellungnahme, wenn sie im Sinne dieser Resolution erfolgt, mit Freuden aufnehmen. Die ganze Nation steht geschlossen hinter uns, und wenn die Ansicht ausgesprochen worden ist, daß es in erster Linie andere Sorgen sind, die vielleicht auf die Stimmung des Landes drücken, so kann man doch demgegenüber andererseits betonen, daß, wenn das deutsche Volk aufatmen kann von dem Alpdruck mit dem Gefühl, daß auch diese Dinge auf dem rechten Weg sind, daß nationale Kreise und politische Parteien sich dieser seiner Sorge annehmen, es dann im Lande einen ganz gewaltigen Stimmungsauftrieb geben wird, den wir unter allen Umständen wohl gebrauchen können. (Beifall.)

Regierungsrat Dr. **Poensgen**[197]): Meine Herren, ich möchte auf den Ausdruck zurückkommen, der gebraucht worden ist: England auf die Knie zu zwingen. Ich bin der Ansicht, daß dieser poetische Ausdruck natürlich nicht wörtlich genommen werden kann, daß es sich aber im Kampfe gegen England darum handelt, in den Kriegsmaßnahmen so zu verfahren, daß jeder Tag der Verlängerung des Krieges für England unangenehmer als für uns ist, das wird der richtige Weg sein, um, wenn auch nicht England auf die Knie zu zwingen, es wohl aber zu einem Frieden geneigter zu machen. Gerade die Ausführungen des Herrn *Prinzen Schönaich-Carolath*, daß auch bei uns große Schwierigkeiten bestehen, müssen doch dazu führen, möglichst energisch von allen unseren Kampfmitteln Gebrauch zu machen.

Auf einen weiteren Punkt möchte ich dann noch hinweisen, auf die Frage der Verminderung der englischen Handelstonnage. Ich bin Statistiker, meine Herren. Es handelt sich nicht darum, von der englischen Handelstonnage so und soviel Prozente abzuziehen und zu sagen, nun ist England etwas beschränkt.

[197]) Zu Oskar *Poensgen*, der als Regierungsrat dem Statistischen Reichsamt angehörte, vgl. Anm. 17.

Diese große Verminderung der englischen Tonnage bedeutet nicht nur eine Verminderung der Zufuhr, sondern eine ungeheure Verteuerung infolge der Knappheit des Frachtraumes und eine weitere ungeheure Verteuerung infolge der Erhöhung der Versicherungspolicen und schließlich eine Verbreitung des Schreckens [in] und um England herum, welche die neutralen Schiffe veranlassen wird, die Küsten Englands zu meiden und woanders Fracht zu suchen, welche vielleicht auch manche englische Mannschaft abhalten wird, auf diese Schiffe zu steigen. Das ist doch ein wesentlicher Punkt, der verdient, hervorgehoben zu werden.

Ich unterschreibe vollständig die Ausführungen über die Zensur, die Herr Dr. *Hugo* gemacht hat, und möchte Herrn *v. Campe* versichern, daß sicher an der Mißstimmung im Volke die Lebensmittelteuerung einen großen Anteil hat, daß aber das Volk diese Leiden leichter tragen würde, wenn es wüßte, warum gekämpft wird, und zweitens, daß von unseren Kriegsmitteln auch energischer Gebrauch gemacht wird. (Beifall.)

Meine Herren, ich glaube, gerade die Zensur bewirkt es, daß wir uns energisch ausdrücken müssen. Im Frieden mögen gewissermaßen platonische Resolutionen am Platz sein, jetzt aber sind energische Resolutionen am Platz, weil wegen der Zensur die Presse nicht mehr die Haltung unserer Fraktion verständlich machen kann. Es wird die Haltung vollständig verwischt, die unsere Partei eingenommen hat. Es wäre entschieden gut, wenn durch eine energische Resolution auch unsere Freunde im Lande erfahren, daß der Zentralvorstand hinter der energischen Haltung unserer Fraktion steht. Auch England und Amerika gegenüber wird es absolut nichts schaden, wenn sie erfahren, daß unser Volk den Kampf nicht scheut.

Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Meine Herren, ich möchte auf die Ausführungen, die Seine Durchlaucht *Prinz Carolath* gemacht hat, noch einiges vom Standpunkt derjenigen erwidern, die auf einem anderen Standpunkt stehen. *Prinz Carolath* hat insbesondere darauf hingewiesen, daß Herr *v. Capelle* sich dagegen verwahrt hätte, daß man England durch eine Anwendung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf die Knie zwingen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich selber als Vertreter der Fraktion in der Budgetkommission mich dagegen verwahrt habe, daß wir die Parole ausgegeben hätten: Das U-Boot, uneingeschränkt angewendet, genügt dazu, um England auf die Knie zu zwingen. Das war namentlich immer das Argument des Herrn *Reichskanzlers*, daß er sagte: Sie zwingen England nicht auf die Knie. Darauf habe ich folgendes erwidert: Bei uns in Deutschland wird unzweifelhaft die wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag schlechter. Wir wissen nicht, wie wir mit dem deutschen Volke noch durchhalten, wenn wir über Jahr und Tag in diesem Kriege nicht weiter sind, wenn wir weiter im Stellungskriege gegen Rußland und Frankreich sind, wenn wir nicht England, das doch vor allen Dingen seine Verbündeten zur Weiterführung des Krieges veranlaßt, in einer so erheblichen Weise schädigen, daß der Wunsch nach Frieden in England wach und immer stärker wird[198]).

[198]) Vgl. den von nationalliberaler Seite verfaßten Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstages vom 28.—30. 3. 1916, in: Kleine Erwerbungen Nr. 303—17.

Meine Herren, von diesem Gesichtspunkte aus haben wir die Frage der Schädigung Englands angesehen. Auch das ist eine falsche Auffassung, wenn man uns entgegenhält, es gelingt euch nicht, England vollkommen zu blockieren, es gelingt euch nicht, in England eine Hungersnot herbeizuführen. Ich glaube auch nicht, daß uns das gelingt. Aber das ist nicht das Entscheidende bei dieser Frage. Das Entscheidende ist, daß unzweifelhaft England heute noch den Krieg am wenigsten spürt, daß wir ihn immer schärfer spüren und daß, wenn wir nicht weiterkommen in bezug auf die Schädigung Englands, der Moment eintreten wird, wo wir, siegreich auf den Schlachtfeldern, einen faulen oder schlechten Frieden annehmen müssen, weil wir selber nicht mehr weiter können mit unserer Ernährung, weil wir uns des hungernden und deshalb bei uns erregten Volkes nicht mehr erwehren können.

Meine Herren, wenn demgegenüber diejenigen, die Fachleute sind, sowohl Reichsmarineamt wie Chef des Admiralstabes, uns erklären, daß wir in der Lage seien — und das ist der entscheidende Gesichtspunkt, der weder vom *Kanzler* noch von *Capelle* mit einem Atom auch nur in Zweifel gezogen worden ist — unter Zuhilfenahme der uns heute zur Verfügung stehenden U-Boote im Verlauf von 6 Monaten etwa 4 Millionen Tonnen englischen Frachtraum zu vernichten, und wenn uns weiter alle befragten 14 volkswirtschaftlichen Sachverständigen, darunter alle Leiter der großen Banken, die gefragt sind, ihrerseits erklären, daß das eine katastrophale Schädigung der gesamten englischen Volkswirtschaft wäre[199]), dann sagten wir uns: Wenn dies Ziel zu erreichen ist, dann ist zum mindesten in absehbarer Zeit, ob in 6 Monaten oder später, die Situation Englands gegen Deutschland nicht mehr so, daß es im wesentlichen wirtschaftlich nicht geschwächt, im Besitz des größten Teils unserer Kolonien in ganz anderer Weise uns an der Ausnützung unserer militärischen Situation hindern kann, als wie es gegenwärtig der Fall ist.

Meine Herren, wir haben über diese Frage mit Volkswirten gesprochen und mit denen, die in erster Linie in Betracht kommen, für die Güter etwa verloren gehen, wenn sich die Vereinigten Staaten in den Krieg einmischen, und, meine Herren, wenn *Prinz Carolath* gerade darauf hinwies, die Industrie solle doch daran denken, welche Werte für sie auf dem Spiel stehen, dann möchte ich Ihnen für die am schwersten leidende Exportindustrie, für die sächsische, die mehr als ein Viertel des gesamten Exportes nach den Vereinigten Staaten hat, das eine sagen, daß die Vertreter der sächsischen Industrie beim Staatsminister *Graf Vitzthum*[200]) gewesen sind und ihn gebeten haben, dem Herrn *Reichskanzler* zu sagen, daß die wirtschaftliche Schädigung der deutschen Exportindustrie durch Amerika ihnen nichts wiegt gegenüber der Möglichkeit, unseren Hauptfeind England zu schädigen (Beifall.), und daß sie zu den Verlusten, die sie bisher ertragen haben, auch den Verlust ihrer Vermögensanlagen in den Vereinigten

[199]) Die Gutachten der Wirtschaftsführer, die eine Antwort auf die Denkschrift *Helfferichs* vom 26. 2. 1916 darstellten, siehe in: Kleine Erwerbungen Nr. 303—13.

[200]) Christoph *Graf Vitzthum v. Eckstädt* (1863—1944) war von Aug. 1909 bis Okt. 1918 Innen- und Außenminister der sächsischen Regierung.

Staaten mit hinnehmen würden, weil das wichtigste ist, daß unser Hauptfeind niedergezwungen werden kann[201]). (Sehr gut!)

Meine Herren, ich bin der Überzeugung, daß es eine Kriegserklärung durch die Vereinigten Staaten nicht gibt[202]). Ich habe Ihnen schwerwiegende Gründe dafür nach den verschiedensten Richtungen auseinandergesetzt. Die Schlußfrage, über die man verschiedener Meinung sein kann, und bei der niemand dem anderen vorwerfen wird, daß der eine oder der andere vaterländische Interessen mehr vertritt, ist eben die, ob sie schwerer wiegt als die Möglichkeit, England in dem Maße zu treffen.

Meine Herren, wenn nun hauptsächlich darauf Gewicht gelegt wird, daß der gegenwärtige Herr Staatssekretär gesagt hat, wir hätten noch nicht genug U-Boote oder wir müßten noch weitere bauen, die Möglichkeit ihrer Anwendung sei beschränkt, wenn er darauf hingewiesen hat, daß von 5 U-Booten immer nur eins tätig sein kann, dann hat das auf mich deswegen nicht einen entscheidenden Eindruck gemacht, weil der Herr Unterstaatssekretär *v. Capelle* mir wenige Wochen vorher[203]) das Entgegengesetzte gesagt hat (hört, hört!), als er gegen den Standpunkt des Auswärtigen Amtes Stellung nahm und vor einer Abschwächung dieser Waffe warnte. Er vertrat damals mir gegenüber ein ganz anderes Verhältnis der Tätigkeit der U-Boote, nämlich von 3 zu 1[204]). (Hört, hört!) Meine Herren, wer so schnell umlernt, kann nicht verlangen, daß andere auch so schnell umlernen und auf seine Ausführungen den entscheidenden Wert legen.

Meine Herren, das ist das, was ich anführen wollte. Nicht die Ernährungsfrage — die Verminderung der Tonnage war für uns das Entscheidende. England ist nicht nur der Industriestaat, England ist das Land, dessen ganzer Reichtum und dessen Weltgeltung auf seiner Seeherrschaft beruht, und das, wenn ein Drittel seiner Seeschiffe auf Nimmerwiedersehen versenkt ist, nicht schon auf

[201]) *Stresemann* meint hier vermutlich die auf den 9. 9. 1915 datierte Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller, die er selbst dem Staatsminister überreicht hatte. Vgl. Nachlaß Stresemann 152; Edwards S. 69 f.

[202]) Später versuchte *Stresemann* andere Gründe, vor allem Ungeschicklichkeiten der deutschen Diplomatie, für den amerikanischen Kriegseintritt verantwortlich zu machen. Vgl. S. 312 ff.

[203]) *v. Capelle* war am 15.3.1916 zum Staatssekretär ernannt worden; die Ausschußverhandlungen im Reichstag hatten vom 28.—30. 3. stattgefunden.

[204]) Wenn die Angaben der Marineleitung über die Einsatzfähigkeit der U-Boote differierten, so lag das nicht nur in dem politischen Charakter ihrer Argumentation begründet, sondern war zum Teil auch auf den anfänglichen Mangel in den praktischen Erfahrungen zurückzuführen. Ende 1914 hatte der Admiralstab sogar noch damit gerechnet, daß jeweils etwa die Hälfte der Boote an der Front tätig sein könnte. Später rechnete man mit dem Fronteinsatz von einem Drittel der Boote, eine Zahl, die allerdings auf die Blockade der englischen Ostküste bezogen war. Wollte man die sehr viel wichtigere Blockade der englischen Westküste nördlich und südlich von Irland in Angriff nehmen, konnte laut *v. Capelle* angesichts des längeren Anmarschweges um Schottland herum jeweils nur ein Fünftel der verfügbaren U-Boote an der Front tätig sein, eine Angabe, die sich als durchaus realistisch erweisen sollte. Das bedeutete praktisch, daß nach dem damaligen Stand der deutschen U-Boot-Flotte nur etwa 2 bis 3 Boote ständig in den Gewässern westlich der britischen Insel stationiert werden konnten. *v. Capelle* hatte im Haushaltsausschuß erklärt, diese Zahl sei zu gering, um eine wirksame Blockade Englands zu garantieren. Vgl. 15. Untersuchungsausschuß Bd. I S. 390 f.; Ritter III S. 146 ff.

die Knie gezwungen ist, aber dann in seinem eigenen Lande eine Bewegung wird entstehen sehen, die es zwingt, sich mit uns auf die für uns wünschenswerten Friedensbedingungen zu einigen.

Meine Herren, dann das Vertrauen zu dem Herrn *Reichskanzler*. Ich bin gerade von einem Herrn, der auch in der letzten Zentralvorstandssitzung auf dem Standpunkt der Minderheit stand, gebeten worden, doch darauf hinzuweisen, daß im Auftrage einer Reihe von Gelehrten oder von Persönlichkeiten, die unseren Standpunkt teilen, der Herr *Reichskanzler* um eine Unterredung gebeten worden ist. Der Herr *Reichskanzler* hat die Herren an den Herrn Legationsrat *Riezler* und den Geheimrat *Meyer* verwiesen. Der Legationsrat *Riezler* hat gesagt: Der letzte Satz in der Note an Amerika ist nur zur Beruhigung des deutschen Volkes da; wir haben nicht die Absicht, von den U-Booten weiter Gebrauch zu machen. (Hört, hört!)[205]).

Meine Herren, ich will nur hoffen, daß Herr Legationsrat *Riezler* nicht im Auftrag des Herrn *Reichskanzlers* diese Worte gesprochen hat[206]). Daß sie uns aber zum höchsten Mißtrauen zwingen, liegt doch auf der Hand. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, nach dieser Richtung hin bitte ich, unter allen Umständen dasjenige festzuhalten, was wir im Absatz 4 zum Ausdruck bringen, und ich bitte Herrn *v. Campe*, darauf zu verzichten, daß die Worte „mit Rücksicht auf die Haltung Amerikas" gestrichen werden. Der Absatz wird nicht verständlich, wenn nicht in irgendeiner Weise hineinkommt, was gemeint ist. Amerika hat unserer Note eine Auslegung gegeben, die diese *Riezlerische* Deutung zuläßt. Wir wollen zum Ausdruck bringen, daß wir unbedingt verlangen, daß dieses gegebene *Kanzler*wort in die Tat umgesetzt wird, und deswegen muß meiner Ansicht nach ein Hinweis auf die Haltung der Vereinigten Staaten in die Resolution hineinkommen.

Ich darf zur Zensur noch folgendes anführen: Bei der *Schäferschen* Petition wurde vom Ministertisch beanstandet, daß sie in 750000 Exemplaren verbreitet sei[207]). — Ich weiß nicht, ob die Zahl stimmt. — Ich habe gesagt: Wenn nun

---

[205]) Vgl. S. 262 f., insbesondere auch Anm. 170.

[206]) *Bethmann Hollweg* hatte jedoch dem Chef des Admiralstabes *v. Holtzendorff* im Zusammenhang mit der deutschen Antwortnote vom 4. 5. 1916 „zugesichert, daß die Karenzzeit, welche Amerika am Schluß der Note gewährt worden sei, um bei England eine Änderung der Kriegführung durchzudrücken, etwa Mitte Juni beendet sei. Der Termin sei deshalb gewählt, weil dann erstens der Erfolg unserer Ernte zu übersehen sei und damit die Möglichkeit, ohne neutrale Zufuhren durch den Winter zu kommen, und weil zweitens dann die Nomination für die Präsidentenwahl in Amerika erfolgt und die politische Lage geklärt sein würde. Einer Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges werde dann nichts mehr im Wege stehen." Zitiert bei Birnbaum S. 90. Vermutlich handelt es sich bei dieser „Zusicherung" um einen der wiederholten Versuche *Bethmanns*, durch die Beruhigung seiner Kritiker Zeit für seine Verständigungspolitik zu gewinnen.

[207]) *Stresemann* bezieht sich hier auf die Verhandlungen im Haushaltsausschuß am 11. 5. und 17. 5. 1916, in denen die Zensurmaßnahmen der Regierung zur Debatte standen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 12. 5. 1916, Abendblatt, und vom 18. 5. 1916, 1. Morgenblatt; ferner *Stresemann* an *Rippler* am 13. 5. 1916, in: Nachlaß Stresemann 153.

Professor *Brentano*[208]) oder einer seiner Anhänger eine Petition in 7½ [!] Millionen Exemplaren verbreitet — würde dies auch als ein Mißbrauch des Petitionsrechtes angesehen werden? Darauf hat Geheimrat *Lewald*[209]) erwidert: Selbstverständlich nicht, denn der Zweck der Zensur ist eben der, uns unbequeme Petitionen vom Halse zu halten. (Heiterkeit.) Das würde bedeuten, daß, wenn der Friede näherkommt, die Anhänger eines schlappen Friedens Petitionen in Millionen von Exemplaren verbreiten können, daß Petitionen von uns verboten und beschlagnahmt werden, daß man dem *Kaiser* diese gefälschte Stimmung vorsetzen würde, und daß in diesem weltgeschichtlichen Moment die Stimmen, die für ein großes und starkes Deutschland eintreten, nicht zum Ausdruck kommen können. Deshalb müssen wir aussprechen, daß diese Art der Handhabung der Zensur eines freien Volkes unwürdig ist. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Paasche:** Meine Herren, was die Zensur anlangt, nur wenige Worte. Da hat Herr *Lewald* nicht ganz unrecht. Die Zensur hat wohl das Recht, Petitionen, die nachteilig sein können in irgendeiner Weise, zu beanstanden, zu tadeln, zu unterdrücken; sonst bin ich ganz der Meinung, daß wir uns gegen die scharfe, überflüssige Zensur wenden.

Ich möchte nur ein Wort zu der U-Boot-Frage sagen. Zunächst ein Wort persönlich über diejenigen Herren, die mit mir in der Minorität gewesen sind. Ich danke Ihnen, daß Sie diese Zurückhaltung gegen uns geübt haben. Wir durften dieses eigentlich nicht erwarten, nachdem beispielsweise die Rheinisch-Westfälische Politische Korrespondenz ausgeführt hat, daß die Zehn ja nur einen Krieg gegen *Bassermann* führten, und uns damit in dieser schweren und ernsten Zeit Motive untergeschoben wurden, die uns allen absolut ferngelegen haben.

Herrn *Stresemann* gegenüber möchte ich betonen: *Prinz Carolath* hat meines Erachtens mit Recht darauf hingewiesen, daß in der heutigen Zeit, wo die Ernährungssorgen Tag für Tag schwerer an uns herantreten, ein schwerwiegendes Bedenken, wenigstens für mich, das war, daß der *Reichskanzler* ausführte: Wenn wir einen schroffen und rücksichtslosen U-Boot-Krieg führen, so können wir mit absoluter Sicherheit darauf rechnen, in einen Konflikt mit Amerika zu kommen; die andern neutralen Staaten werden, wie ich positiv weiß und wofür auch die Bestätigung vorliegt, dann nicht neutral bleiben, die wohlwollende Neutralität nicht wahren können. Nun sagte *Prinz Carolath* mit Recht: Dann ist die Folge davon, die heute kaum noch mögliche Ernährung unseres Volkes würde wesentlich erschwert sein, wenn 8 Millionen Belgier und 12 Millionen Polen, die heute mit amerikanischem Getreide ernährt werden, von uns ernährt werden müßten, und wenn uns alle die Nahrungsmittel fehlen sollten[210]), mit denen immer noch zum großen Teil Holland, Dänemark und Schweden das deutsche Volk versorgen. Meine Herren, dann würde der Krieg allerdings bald beendet sein, das gebe ich Ihnen zu, weil wir am Hunger zugrunde gingen.

---

[208]) Der Nationalökonom Lujo *Brentano* (1841—1931) war ein entschiedener Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und annexionistischer Kriegsziele.

[209]) Ministerialdirektor Theodor *Lewald* (1860—1947) war im Haushaltsausschuß der Vertreter für den Staatssekretär des Innern gewesen.

[210]) Vgl. Anm. 186.

Der **Vorsitzende** erklärt die Debatte für geschlossen. **Lohmanns** Versuch, durch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung noch einige Gesichtspunkte gegen die Ausführungen von *Stresemann* und *Hirsch* geltend zu machen, wird durch Widerspruch aus der Versammlung zunichte gemacht.

Der **Vorsitzende [Bassermann]** läßt nun absatzweise über die Resolution *Neumayer*, die durch den hessischen Antrag ergänzt ist, und über verschiedene Abänderungsvorschläge abstimmen. Dabei wird im ersten Absatz der Formulierung „Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen des deutschen Machtbereichs" der Vorzug gegeben — ursprünglich hieß es: „Hinausschiebung der deutschen Land- und Seegrenzen". Beim Absatz 4 erhält der von *Marwitz* eingebrachte Abänderungsantrag, die Worte „angesichts der Haltung Amerikas" zu streichen, keine Mehrheit. Dagegen wird *Struckmanns* Antrag, diese Worte durch die Formulierung „für den Fall, daß Amerika den in der deutschen Note ausgesprochenen Voraussetzungen nicht entspricht", mit knapper Mehrheit angenommen. Die Versammlung stimmt daraufhin dem Absatz 4 als Ganzes mit allen gegen drei Stimmen zu. Der Zensurpassus aus dem hessischen Antrag wird bei einer Gegenstimme angenommen, soll aber auf den Vorschlag **Lohmanns** hin noch stilistisch überarbeitet werden.

Sodann kommt es zu einem kurzen Wortwechsel über die Frage, wie die Resolution bekanntgemacht werden soll. **Friedberg** sucht die von **Liepmann** und **Brües** geäußerte Sorge, die Resolution könnte von der Zensur zurückgehalten werden, mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß sie auf jeden Fall in der Parteikorrespondenz veröffentlicht wird. Die Versammlung stimmt daraufhin dem Schlußpassus zu, demzufolge der Geschäftsführende Ausschuß die Resolution „zur Kenntnis der Bundesfürsten, des Reichskanzlers und der Mitglieder des Bundesrates wie des Reichstages" bringen und sie „nach Möglichkeit auch öffentlich" bekanntgeben soll.

Die Resolution hat nun folgenden Wortlaut[211]):

> Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei wiederholt nachdrücklich seine am 15. August 1915 geäußerte und durch die seitherigen Ereignisse bestätigte Überzeugung, daß nur eine Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen des deutschen Machtbereiches in Ost und West und in Übersee dem deutschen Volke die notwendigen realen Garantien für seine künftige militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung schaffen kann.
>
> Der Zentralvorstand erklärt diese, nicht allein auf Verträgen, sondern auf wirklicher Machterweiterung beruhende Sicherung gerade gegenüber England, dem immer deutlicher erkennbaren Hauptfeinde Deutschlands, für besonders notwendig. Er erachtet es daher für eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, der deutschen Kriegsleitung die Freiheit im Gebrauche aller militärischen Mittel zu sichern, die einen für die deutsche Zukunft unentbehrlichen entscheidenden Sieg über diesen Hauptfeind gewährleisten.
>
> Der Zentralvorstand weiß sich mit der nationalliberalen Reichstagsfraktion einig in dem hohen Werte der U-Boot-Waffe, die das geeignetste Mittel ist, England auf seinem eigensten Herrschaftsgebiet, zur See, zu schlagen und damit den Krieg zu einer schnelleren siegreichen Beendigung zu führen.
>
> Der Zentralvorstand bittet die nationalliberale Reichstagsfraktion, für den Fall, daß Amerika den in der deutschen Note ausgesprochenen Voraussetzungen nicht entsprechen sollte, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß in Ausnutzung der in der deutschen Note vorbehaltenen Freiheit der Entschließung von der U-Boot-Waffe im Handelskrieg rechtzeitig uneingeschränkter Gebrauch gemacht wird.

[211]) Zitiert nach: Deutsche Stimmen 1916 S. 511 f.

Der Zentralvorstand weist erneut darauf hin, daß er mit der ganzen Partei geschlossen hinter jeder Regierung stehen wird, die diese Ziele mit unbeugsamer Festigkeit verfolgt.

Der Zentralvorstand mißbilligt andererseits aufs schärfste, daß in diesen Fragen, die nicht nur über den Ausgang des Krieges, sondern über die zukünftige geschichtliche Stellung des Deutschen Reiches entscheiden müssen, nicht nur eine freie Meinungsäußerung in der deutschen Presse verhindert, sondern vielmehr dem Volke eine mit seinem wahren Willen nicht übereinstimmende Meinung künstlich aufgedrungen werden soll. Es muß erwartet werden, daß die Leitung der auswärtigen Politik, d. h. der *Reichskanzler* und der *Staatssekretär des Auswärtigen Amtes*, die Verantwortung für alle diejenigen Zensurmaßnahmen übernehmen, die, wenn auch formell von militärischen Stellen verhängt, so doch in Wahrheit in ihrer Tendenz von den politischen Leitern des Reiches veranlaßt worden sind.

Zum Schluß fordert **Hirsch** die Abstimmung über die Resolution als Ganzes. **Schiffer** und **Paasche** wollen darauf verzichten, weil — wie **Paasche** argwöhnt — dadurch die Anhänger der U-Boot-Minorität als „Sünder" bloßgestellt werden sollen. Der **Vorsitzende** entscheidet sich jedoch für die Gesamtabstimmung, als **Stresemann** zu bedenken gibt:

Es könnte sonst gesagt werden: die Herren haben nicht gewagt, ihre Resolution zur Gesamtabstimmung zu bringen, weil sie zweifelhaft darüber waren, ob sie angenommen werden würde. Das muß ausgeschlossen sein.

Daraufhin erfolgt die Annahme der Resolution ohne Gegenstimmen; zehn enthalten sich der Stimme.

Der **Vorsitzende [Bassermann]** verliest nun zwei Resolutionsanträge des Geschäftsführenden Ausschusses[212]), die er ohne Diskussion anzunehmen bittet:

Die gewaltigen Aufgaben auf dem Gebiete der politischen und wirtschaftlichen Gesetzgebung stellen die Nationalliberale Partei heute und in der Zukunft vor Entscheidungen, welche nur unter Aufrechterhaltung der vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Partei zu lösen sind. Aus diesem Grunde fordert der Zentralvorstand die Parteigenossen auf, unter Ablehnung aller Versuche, diese Selbständigkeit aufzuheben oder einzuengen, den Ausbau der Parteiorganisationen im Lande mit allen Mitteln zu fördern.

Ist jemand dagegen? — Einstimmig angenommen. Und die andere Resolution:

Der Zentralvorstand hält es, unbeschadet des Selbstbestimmungsrechtes der einzelnen Wahlkreise, für geboten, daß die Wahlkreisvorstände bei der Aufstellung von Kandidaturen von den bezüglichen Verhandlungen sowohl ihrer Landesorganisation als auch dem Geschäftsführenden Ausschuß der Gesamtpartei möglichst rechtzeitig Kenntnis geben, um auch diesen Stellen Gelegenheit zu bieten, Wünsche auf Berücksichtigung geeigneter Bewerber vorzubringen.

Er ersucht den Geschäftsführenden Ausschuß, Mittel und Wege zu finden, um eine engere Fühlung mit den Organisationen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Handwerker und ähnlicher Verbände herbeizuführen. —

Abgeordneter **Westermann**[213]): Meine Herren, das ist ein vollständiger Eingriff in die Rechte der Wahlkreise.

[212]) Diese beiden Resolutionen waren in der Sitzung bereits früher verlesen worden als Anträge der Landesvorsitzenden bzw. von Bassermann. Vgl. S. 249.

[213]) Heinrich *Westermann* (1855—1925), Gutsbesitzer und M.d.A., der am 7. 6. 1917 zweiter Vorsitzender der westfälischen Parteiorganisation wurde, galt als ein ausgesprochener Vertreter des rechten Parteiflügels. Vgl. Thieme S. 43, 77, 79, 117 u. 165 f.

(Vorsitzender [Bassermann]: Nein!)

Sollen wir hier nur derartige Dinge annehmen, die nach meiner Ansicht gar nicht einmal vollständig sind? Hier heißt es: Organisationen der Arbeiter, Handwerker usw. Wir haben doch schließlich nur immer mit unseren Parteiangehörigen zu tun und nicht mit den Organisationen. Die Organisationen können doch gar nicht bestehen, wenn sie nicht politisch möglichst neutral sind, und dann muß ich sagen: Wenn man hier Organisationen der Handwerker usw. nennt, so könnte man jede andere Organisation auch einbeziehen. Darunter sind soundsoviel Leute, die unserer Partei nicht angehören. Was hat unsere Partei damit zu tun?

Ich habe die allergrößten Bedenken und würde gegen eine derartige Resolution stimmen. Dagegen muß ich sagen, daß es durchaus zweckmäßig ist, daß die einzelnen Wahlkreise, wenn sie es für opportun halten, sich mit dem Zentralausschuß in Verbindung setzen. Unter Umständen wird es ja ganz erwünscht sein. Aber das hier als Wunsch für jeden einzelnen Wahlkreis auszusprechen und Richtlinien anzugeben, die nicht eingehalten werden können, halte ich nicht für zweckentsprechend.

Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Meine Herren, diese Resolutionen sind gestern in der Sitzung der Landesvorsitzenden und der Herren Generalsekretäre, die ihnen beigegeben waren, vereinbart worden. Der erste Absatz bezieht sich nur auf den inneren Geschäftsbetrieb, auf Aufstellung von Kandidaturen. Sie werden mir zugeben, daß es erwünscht ist, wenn die Landesorganisationen die Zentralstelle rechtzeitig davon benachrichtigen, welche Verhandlungen geführt werden, daß man ihnen eventuell einmal einen Wunsch dabei äußern kann. Ich meine, das wird nichts Unbilliges sein. Darüber wird man überhaupt nicht streiten.

Der zweite Absatz ersucht den Geschäftsführenden Ausschuß, Mittel und Wege zu finden, um eine engere Fühlung herbeizuführen. Meine Herren, diese Resolution entsprang einem Wunsche, der von vielen Seiten an uns herangetreten ist. Wir leben in einer Zeit, in der eine Menge von Berufsorganisationen, gewerkschaftlichen Organisationen, auch ideale Organisationen eine bedeutende Rolle in unserem Gesellschaftsleben spielen. Andere Parteien haben sich diesen Umstand zunutze gemacht und haben darauf hingewirkt, daß sie in lebhafter Fühlung mit diesen Organisationen sind, die ihnen die Stimmen ihrer Anhänger zum Teil zuführen. Es wird hier nur gewünscht, daß man etwa in den Vorständen der Wahlkreise und der sonstigen Organisationen doch darauf achten möge, daß man auch diese Kreise etwas berücksichtigt und zur politischen Arbeit im Dienste unserer Partei heranzieht. Mehr ist damit nicht gesagt.

Es wurden außerdem Wünsche geäußert, und zwar von Herren, die sich gerade bemühen, die hier genannten Kreise an uns heranzuziehen, daß der Geschäftsführende Ausschuß doch einen Beirat wählen möge, der ihm bei der Aufgabe zur Seite steht, die Beamten, die Angestellten, die Arbeiter, die Handwerker mehr an uns heranzuziehen, ihre Wünsche entgegenzunehmen und mit ihnen darüber zu verhandeln. Ich meine, das kann uns bei der Wahlarbeit nur zu großem Vorteil dienen, und ich sehe die schweren Bedenken nicht, die Kollege *Westermann* darin zu erblicken scheint.

Ich würde Sie bitten, meine Herren, diese beiden Absätze anzunehmen, die, wie gesagt, gestern in der Vorbesprechung der Landesorganisationen vereinbart worden sind.

Künne (zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur sagen, daß das keine Verpflichtung in sich schließen soll.

(Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Gar nicht; es ist nur ein Wunsch!)

Geheimer Regierungsrat Dr. **Stadthagen:** Ich wollte nur bemerken, daß ich bitte, für den Fall, daß der Widerspruch aufrechterhalten wird, die Wünsche dem Geschäftsführenden Ausschuß zur weiteren Erledigung zu überweisen. Im übrigen beantrage ich aber Schluß der Debatte. Wir wollen uns doch nicht mit diesen Sachen hier aufhalten!

Vorsitzender [Bassermann]: Es ist der Antrag auf Schluß der Verhandlung gestellt. Ich bitte die Herren, die den Schlußantrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(**Zuruf:** Zunächst getrennte Abstimmung!)

Gut. Ich bitte, zunächst über den Absatz 1 abzustimmen, der sich mit der Aufstellung von Kandidaten beschäftigt. Eine Verlesung ist wohl nicht notwendig? Diejenigen Herren, die den Absatz 1 annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Mehrheit.

Diejenigen Herren, die den Absatz 2 annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Auch das ist die Mehrheit.

Eine Gesamtabstimmung ist wohl in diesem Falle unnötig, da es zwei heterogene Gegenstände sind.

Dann gehen wir über zu der

[Berichterstattung über die] Lebensmittelfrage.

Die Verhandlung wird durch einen Bericht des Herrn Abg. *Paasche* eingeleitet.

Abgeordneter **Paasche**[214]), der gerade aus einer Besprechung der Fraktionsvertreter beim *Reichskanzler* kommt, berichtet über die geplante Zentrale für Ernährungsfragen[215]), die direkt dem *Kanzler* unterstehen soll. *Bethmann* wolle den Leiter dieser Zentrale mit diktatorischen Vollmachten ausrüsten, um eine wirksame Koordinierung der diversen bundesstaatlichen und provinziellen Instanzen für die Volksernährung zu erreichen. Sehr wesentlich komme es dem *Kanzler* dabei auch auf den Abbau des Mißtrauens an, das sich in der Bevölkerung immer wieder verbreite, weil tatsächlich oder vermeintlich in einzelnen Bundesstaaten Nahrungsmittelvorräte zurückgehalten würden. Der Lebensmitteldiktator solle, „aus alleiniger Machtvollkommenheit" entscheiden, wenn ihm auch „eine Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten aus verschiedenen Bundesstaaten und Berufsständen zur Seite gestellt" würden. Allerdings solle der Bundesrat

[214]) Hermann *Paasche* (1851—1925), der bis 1906 eine Professur für Nationalökonomie innegehabt hatte, galt als Wirtschaftsexperte und hatte sich zudem zeitweise selbst als praktischer Landwirt betätigt.

[215]) Zur Schaffung des Kriegsernährungsamtes vgl. Arthur Dix, Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 271 ff.; August Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S. 179; Westarp II S. 407 ff.; Gisela Gündell, Organisation der deutschen Ernährungswirtschaft im Weltkriege, Leipzig 1939, S. 55 ff.

als solcher die Legislative haben. In der Regel solle sich der Ernährungsdiktator an die zuständigen Landeszentralstellen wenden. *Paasche* hebt hervor, daß die württembergischen Interessen dabei von ihm und anderen zur Geltung gebracht worden seien.

Sodann habe Unterstaatssekretär Frhr. *v. Stein* über die gegenwärtige Ernährungslage berichtet. Danach würde das Brotgetreide sogar noch für Zulagen an die schwerarbeitende Bevölkerung reichen, Kartoffeln seien „annähernd" ausreichend vorhanden, und in der Fleischversorgung sei trotz eines zufriedenstellenden Jungviehbestandes mit weiteren Einschränkungen zu rechnen. Beim Fett sei der Mangel besonders groß und „niemand wisse, wie abgeholfen werden könne".

Den Einzelstaaten solle ein gewisser Spielraum in der Vorratswirtschaft und Verteilung der Lebensmittel weiter gelassen bleiben, aber die Rationierung solle für jeden einzelnen Deutschen einheitlich sein. Der Beirat solle aus Vertretern der Bundesregierungen und der verschiedenen Berufsstände bestehen und regelmäßig zusammenkommen, wovon man sich in erster Linie eine Ausschaltung des Mißtrauens in den einzelnen Kreisen der Bevölkerung erhoffe.

In der Aussprache sei von allen Seiten betont worden, wie wichtig es sei, einen Mann allgemeinen Vertrauens für das neue Amt zu finden. Eine Entscheidung über die Person sei, wie *Stein* gesagt habe, noch nicht erfolgt. Die Fraktionsvertreter hätten zwar den Vorschlägen zugestimmt, hätten aber den Wunsch geäußert, daß der Bevölkerung über die tatsächliche Ernährungslage künftig reiner Wein eingeschenkt werde. Der sozialdemokratische Vertreter habe sich gegen Schilderungen des Hungerelends in der Presse, namentlich im Berliner Tageblatt gewandt, wodurch in England der Eindruck erweckt würde, „es fehlten noch ein paar Tage, dann müsse Deutschland Frieden machen, ob es wolle oder nicht". Von einer Anwendung der Zensur in dieser Frage habe sich der *Reichskanzler* nichts versprochen, doch sei man einhellig für eine Einwirkung auf die Presse im Sinne größerer Zurückhaltung eingetreten. Abschließend begrüßt *Paasche* noch einmal die allerdings längst fällige Einsetzung eines Ernährungsdiktators, „nachdem nun ein anderer Mann als Staatssekretär im Reichsamt des Innern [...] die Herrschaft haben wird"[216]), und gibt bekannt, daß am nächsten Tage die Entscheidung des Bundesrates getroffen werden solle[217]).

Der **Vorsitzende [Bassermann]** stellt nun den Resolutionsantrag und die Leitsätze, die vom Nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen eingebracht wurden[218]), zur Diskussion. Die Anträge liegen den Sitzungsteilnehmern vor.

a) Resolution

Der Zentralvorstand ersucht die nationalliberale Reichstagsfraktion dringend, der Frage der Volksernährung während des Krieges in noch höherem Maße als bisher ihre Aufmerksamkeit zu widmen; mit Rücksicht auf die wachsende Mißstimmung im deutschen Volke, die erst am Sonnabend und Sonntag, dem 13. und 14. dieses Monats, in Leipzig an verschiedenen Stellen vor den Läden von Fleischern und anderen Lebensmittelhändlern zu Tumulten geführt hat, bei denen Polizei und

[216]) Namentlich von rechtsstehenden Kreisen wurde Clemens *v. Delbrück* (1856—1921), der Mitte Mai 1916 die Leitung des Reichsamtes des Innern aus Gesundheitsgründen aufgeben mußte, für das Ausmaß der Lebensmittelmisere verantwortlich gemacht. Vgl. Delbrück S. 317 f.; Arthur Dix, Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 271; Elard v. Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 149 f.

[217]) Schulthess 1916/I S. 235 f. — Am 26. 5. 1916 wurde die Ernennung *v. Batockis*, des damaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes bekanntgegeben.

[218]) Datiert auf den 15. 5. 1916. — Resolution und Leitsätze waren in der Sitzung bereits zu einem früheren Zeitpunkt verlesen worden. Vgl. S. 249.

Militär eingriff, und mit Rücksicht weiterhin auf die Bedeutung einer ausreichenden Volksernährung für den Ausgang dieses Weltkrieges. Diese zweite Erwägung ist um so ernster zu nehmen, als bei der engen Wechselwirkung zwischen unserer Bevölkerung daheim und unseren Kämpfern im Felde jene große Sorge, die auf der ersteren lastet, die Schlagfertigkeit unseres Heeres auf die Dauer ungünstig beeinflussen muß.

b) Leitsätze

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei Deutschlands hält es für die wichtigste Aufgabe der inneren Reichsverwaltung, daß die Ernährung des deutschen Volkes zunächst während des Krieges sichergestellt, sodann aber für die Übergangszeit nach dem Kriege soweit als möglich von dem Auslande unabhängig gemacht wird.

Zu diesem Zwecke fordert sie eine wohldurchdachte, das ganze Reich und das ganze Volk einheitlich erfassende Organisation nach folgenden Grundsätzen:

Der geplanten verantwortlichen Reichsstelle für Volksernährung ist ein aus Erzeugern und Verbrauchern gleichmäßig zusammengesetzter Beirat zur Seite zu stellen. Zur Durchführung der von der Reichsstelle getroffenen Maßnahmen sind für die Kreise (Länder), Verbände und Gemeinden Organe einzurichten, die in ihrem Au[f]bau der Reichsstelle anzugleichen sind.

Die Erzeugung der notwendigen Nahrungs- und Futtermittel ist sofort zu organisieren und planmäßig zu fördern. Die Erzeuger sind gesetzlich verpflichtet, alles, was sie erzeugen, außer dem, was ihnen zur Selbstversorgung zugesprochen wird, der Allgemeinheit zu überlassen. Dafür ist ihnen ein angemessener für alle Erzeugnisse festgesetzter Preis zu gewähren.

Die gesamten Erzeugnisse und Vorräte sind nach einem umfassenden Plane gleichmäßig auf das Reich zu verteilen, alle Schranken innerhalb des deutschen Reichsgebietes sind aufzuheben.

Der Ausgleich zwischen Überschuß- und Zuschußgebieten ist nach dem Grundsatze der höchsten Einfachheit zu regeln, alle die Nahrungsmittel unnötig verteuernden Maßnahmen, insbesondere der preistreibende Wettbewerb der Käufer und der rein spekulative Zwischenhandel sind auszuschließen; der rechtliche Handel aber ist mit ganz bestimmten, in der planmäßigen Organisation liegenden Aufgaben zu betrauen. Für eine gleichmäßige Verteilung an die einzelnen sind die Gemeindebehörden mit Anweisungen zu versehen.

Dr. Seyfert[219]) begründet den sächsischen Antrag. Er geht davon aus, daß Sachsen ein ausgesprochenes Bedarfsgebiet sei, in dem es schon im Februar 1915 zu Hungerunruhen gekommen sei, und weist auf die alarmierende Tatsache hin, daß am Vortage in Leipzig die Granatendreher in Streik getreten seien. Die sächsischen Nationalliberalen hätten schon seit einem Jahr im Landtag und gegenüber der Öffentlichkeit auf die Mängel in der Ernährungswirtschaft hingewiesen[220]). Die vorgeschlagene Kundgebung solle dazu dienen, „nach außen auf das Volk beruhigend zu wirken". Es sei „notwendig, daß wir als Vertreter der Nationalliberalen Partei dem Volke sagen: wir nehmen teil an deinen Sorgen, wir wissen, wo es nötig ist, einzugreifen". Die Kundgebung habe aber darüber hinaus den nicht geringen politischen Nutzen, gegenüber den starken partikularistischen Tendenzen in Süddeutschland und in Sachsen eine zentrale Regelung anzustreben.

[219]) R. *Seyfert* war Seminardirektor in Zschoppau und gehörte seit 1909 der Zweiten Sächsischen Kammer an.

[220]) In Sachsen hatte sich schon seit längerer Zeit das Gefühl ausgebreitet, in der Lebensmittelversorgung von den zuständigen Reichsstellen ungerecht behandelt zu werden. Vgl. Schulthess 1916/I S. 59 über die Kammerverhandlungen am 17. 2. 1916.

Seyfert fordert eine nach Lebensmitteln gegliederte Reichsstelle. „Das meine ich so: was an der Reichsstelle richtig ist, daß nach den nötigen Nahrungsmitteln gegliedert wird, muß durch die Verbandsorganisationen der Bundesstaaten in den Verbänden und in den Gemeinden durchgeführt werden." Auch müßte bei den Bewilligungen auf die Verschiedenartigkeit der Nahrungsmittel Rücksicht genommen werden. „Es ist eben etwas anderes, für Butter, für Fett, für Fleisch zu sorgen als für Getreide usw. Daran, daß man das nicht auseinandergehalten hat, liegt es, daß soviel Wirrwarr entstanden ist." Vor allem müsse in der Organisation jede Umständlichkeit vermieden werden. Auch müßte man sich der einfachen Formen der wissenschaftlichen Statistik bedienen, um die volle Übersicht zu haben. Der Heeresbedarf sollte jedoch nicht in die Zuständigkeit des Ernährungsdiktators fallen.

Zur Frage der Produktion übergehend fordert **Seyfert** einen Anreiz von der Preisgestaltung her, um damit den Anbau der lebensnotwendigsten Güter zu fördern. Er beruft sich dabei auf Ausführungen des Beigeordneten *Adenauer*[221]) und fährt fort: „Ich habe noch vor wenigen Tagen einen Artikel von Dr. *Heim*[222]) gelesen, in dem er sehr richtig darauf hinweist: Es ist ja ganz selbstverständlich, daß der Landwirt bei uns in Bayern, wie *Heim* sagt, mehr Gerste baut, wenn er für die Gerste 1800 Mark bekommt, während er für Brotgetreide nur 1000 Mark bekommt. Es ist klar, daß er dann das Brotgetreide an das Vieh verfüttert." **Seyfert** empfiehlt als Abhilfe: „Wir wollen die Produktion anreizen, aber nicht durch Mittel, die die anderen aufreizen."

Neben einer angemessenen Preisgestaltung sei für diesen Zweck ein Prämiensystem sehr geeignet. Andererseits unterstreicht der Redner die Notwendigkeit, „daß alles, was der Gemeinsamkeit gehört, beschlagnahmt wird". Er schließt mit dem Wunsch, die Versammlung möge „dem *Reichskanzler* bei seiner Organisation zustimmen".

Regierungsrat Dr. **Leidig** äußert die Befürchtung, daß bei der neuen Reichsstelle die Sachverständigen nicht genügend zur Geltung kommen könnten[223]). Ferner vermißt **Leidig** bei dem Amt des Ernährungsdiktators das Recht, „auch an die Ortsbehörden, an die Landräte heranzugehen und diese zu beaufsichtigen. [. . .] Dann hat das Ganze gar keinen Wert und keine Bedeutung. (Sehr richtig!)"

Abgeordneter Dr. **Paasche** (einfallend): Da haben Sie mich falsch verstanden. Ich habe gesagt: es soll nicht ohne weiteres dahin gegangen werden, aber er soll auch das Recht haben, an die Landräte heranzugehen.

Regierungsrat Dr. **Leidig**: Schön, dann bin ich ganz zufrieden.

Dr. **Wölz**[224]) möchte verhindert wissen, daß die neue Reichsstelle in die bewährte Organisation mancher Bundesstaaten eingreift.

---

[221]) Vgl. Konrad *Adenauers* Artikel: Eine eindringliche Forderung, in: Kölnische Zeitung Nr. 475 vom 10. 5. 1916. *Adenauer* hatte damals als erster Beigeordneter die Lebensmittelversorgung der Stadt Köln zu leiten.

[222]) Vgl. Georg Heim, Das Ziel der Lebensmittelversorgung, in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 1 vom 11. 3. 1916. — *Heim*, der Direktor der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Regensburg war, gehörte zum engeren Kreis derer, die für die Leitung des zu schaffenden Kriegsernährungsamtes in Betracht gezogen wurden; vgl. Hermann Renner, Georg Heim — Der Bauerndoktor, München/Bonn/Wien 1960, S. 151.

[223]) Gemeint ist der Ernährungsbeirat beim Reichsamt des Innern, dessen Einsetzung vom Reichstag im Dezember 1915 beschlossen worden war; siehe Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 192 S. 275 ff. *Leidig* wiederholt hier eine Kritik, die bereits am 15. 5. 1916 im Haushaltsausschuß zum Ausdruck gebracht worden war; vgl. Frankfurter Zeitung vom 16. 5. 1916, 1. Morgenblatt.

[224]) *Wölz* war Vorsitzender des nationalliberalen Vereins in Stuttgart.

Die Erfindung neuer Verteilungsmaßstäbe ist nicht das Wesentliche, sondern das Wesentliche ist die Durchführung der Verteilungsmaßstäbe in allen Bezirken, insbesondere auch in allen Bezirken der preußischen Monarchie. In Süddeutschland haben die Bundesregierungen wohl alles getan, was von der Reichsregierung erstrebt wurde[225]), aber der Vorwurf, den wir zu erheben haben, bezieht sich darauf, daß in Preußen, wenigstens in großen Teilen des Landes, die bestehenden Bestimmungen einfach nicht durchgeführt werden.

Dies habe in Süddeutschland sehr verbitternd gewirkt. Es könnten nicht von einer Zentralstelle aus für alle Ortsstellen gleiche Bestimmungen getroffen werden, die bundesstaatlichen Behörden müßten wenigstens gefragt werden. Auf jeden Fall aber sei schnelles Durchgreifen geboten.

Ich möchte dem Herrn Diktator ganz besonders ans Herz legen, daß er zunächst einmal in Preußen[226]), und in Preußen im Osten, mit aller Entschiedenheit durchgreift. Es geht. Wir haben in unserem kleinen Württemberg [...].

Zum Schluß warnt *Wölz* davor, die Heeresversorgung von der Zivilversorgung abzutrennen, denn die eigenmächtigen Vertragsabschlüsse der verschiedenen Intendanturen hätten zur Verteuerung der Lebensmittel entscheidend beigetragen[227]).

Abgeordneter **Westermann**[228]) wehrt sich gegen den Vorwurf, in Preußen sei die Verteilung im Rückstand gegenüber dem Süden, und wirft den mittel- und süddeutschen Staaten vor, sie hätten „ihrerseits alles Fleisch, das sie hatten, zurückbehalten und verhindert", daß es dem industriereichen Gebiet zugeführt wurde. *Westermann* möchte die Gründe für die mangelnde Versorgung in Fehlern bei der Produktion sehen. So hätte es angesichts der schlechten Fleischversorgung nahegelegen, im Frühjahr einen pflanzlichen Ersatz durch den Anbau von Hülsenfrüchten und Ölsaat zu schaffen. Unterlassungen solcher Art wögen schwerer als Fehler in der Verteilung. Auch sollten den Landwirten nicht alle Arbeiten aufgebürdet werden, das ginge über ihre Leistungsfähigkeit. Vielmehr sollten die Machtbefugnisse der Zentralinstanz bis zu den unteren Instanzen reichen. Abschließend erklärt *Westermann* die Veröffentlichung der Resolution für unzweckmäßig, ohne dies näher zu begründen; die Antragsteller sollten sich mit der Überweisung an die Reichstagsfraktion zufriedengeben.

Geheimrat Dr. **Brandenburg**[229]) möchte aus volkspsychologischen Gründen auf die Veröffentlichung nicht verzichten, erklärt sich aber damit einverstanden, daß dabei der Passus über die Lebensmittelkrawalle in Leipzig fortgelassen wird.

Anders verhielte es sich mit den Leitsätzen für die Organisation der Zentralinstanz. Diese seien nicht mehr aktuell, nachdem die Regierung von sich aus die Initiative ergriffen habe, und es genüge, sie an die Reichstagsfraktion als Material zu übersenden.

---

[225]) Namentlich die Württemberger neigten dazu, ihre Organisation der Lebensmittelversorgung als vorbildlich anzusehen. Tatsächlich hat das neu errichtete Kriegsernährungsamt das System der württembergischen Eier- und Fettversorgung übernommen. Vgl. Schulthess 1916/I S. 388.

[226]) Als Hauptwidersacher gegen die energische „zwangswirtschaftliche" Erfassung der agrarischen Produktion galten der preußische Landwirtschaftsminister *v. Schorlemer-Lieser* und ein Teil der Landräte im ostelbischen Gebiet. Vgl. Westarp II S. 409 f.; v. Batocki, Die Frage Preußen–Reich im Weltkrieg, in: Reich und Staat Nr. 4, Beilage zum Deutschenspiegel Nr. 51 vom 18. 12. 1931.

[227]) Die schließlich getroffene Regelung entsprach dem hier von *Wölz* geäußerten Wunsch.

[228]) Zu *Westermann* vgl. Anm. 213.

[229]) Erich *Brandenburg* (1868—1946), der an der Leipziger Universität Geschichte lehrte, war Vorsitzender der sächsischen Parteiorganisation.

Abgeordneter **von Campe** hält angesichts der Erregung im Volke ein offenes Wort für eine gerechte Lebensmittelversorgung unbedingt erforderlich. Die Ungleichheiten in der Versorgung seien einfach unerträglich. Während seine Stadt Hildesheim ihren Bewohnern nur 60 Gramm Fleisch pro Woche geben könne, habe der Nachbarkreis bekanntgegeben, daß er seinen Kreisangehörigen 750 Gramm geben könne.

Vorsitzender [Bassermann] erblickt im Eingangssatz der Resolution „einen direkten Rüffel für die Fraktion", was angesichts der unermüdlichen Bemühungen in der Budgetkommission[230]) und im Plenum ungerecht sei[231]).

Abgeordneter Dr. **Stresemann** möchte seine sächsischen Freunde bitten, auf die Worte „in noch höherem Maße als bisher" zu verzichten, weil in ihnen eine ungerechte Kritik der Fraktion liege. Statt dessen möchte er einen positiven Schluß angefügt wissen:

> Der Zentralvorstand stimmt den von den Vertretern der nationalliberalen Reichstagsfraktion im Haushaltsausschuß des Reichstages gestellten Anträgen zu und überweist gleichzeitig die von dem Nationalliberalen Landesverein des Königreichs Sachsen eingereichten Richtlinien der Reichstagsfraktion zur weiteren Erwägung.

Deesen möchte ebenfalls die als Tadel interpretierbare Formulierung in der Resolution abgeändert wissen.

Dr. **Seyfert** äußert seine Bereitschaft, im Namen der sächsischen Antragsteller die Abänderungsvorschläge *Stresemanns* zu akzeptieren.

Stellvertretender Vorsitzender Abgeordneter Dr. **Friedberg** erklärt nun die Diskussion für geschlossen, nachdem **Künne**[232]) seinen Antrag zurückgezogen hat. Der sächsische Resolutionsantrag wird mit der von *Stresemann* vorgeschlagenen Abänderung durch Handerheben angenommen.

[Dr. Friedberg]: Das ist die große Mehrheit, wahrscheinlich einmütig. Die Herren, die nicht gestimmt haben, waren wahrscheinlich nicht stimmberechtigt. Nun kommt der [vierte][233]) Punkt:

Finanzmaßnahmen

Abgeordneter **Bassermann,** der als Zentralvorstandsmitglied das Wort ergreift, schlägt vor, den Punkt „Finanzmaßnahmen" aus Zeitgründen von der Tagesordnung abzusetzen. Diese Frage sei nicht so aktuell, nachdem die Reichstagsverhandlungen über

---

[230]) Vgl. die nationalliberalen Anträge zur Ernährungsfrage, die im Mai 1916 im Haushaltsausschuß eingebracht worden waren, abgedruckt in: Deutsche Stimmen 1916 S. 500 f.

[231]) Siehe Karl Böhme, Landwirtschaft und Nationalliberale Partei — Eine Betrachtung zur Kriegswirtschaftspolitik, Berlin 1916.

[232]) Der Antrag *Künne* lautete:
Der Zentralvorstand wolle beschließen: Im Hinblick auf die durch falsche und unzulängliche Verfügungen der Behörden hervorgerufenen empörenden Zustände in der Lebensmittelversorgung fordert der Zentralvorstand schleunigste Maßnahmen der Regierung, durch die namentlich eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen notwendigen Lebensmittel über das ganze Reich und die Festsetzung berechtigter Höchstpreise herbeigeführt, die Ausfuhr von Nahrungsmitteln verboten und deren Einfuhr nicht unterbunden wird. Nur auf diese Weise ist es möglich, die bestehende berechtigte Mißstimmung zu beseitigen und den vorhandenen Willen zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende des Krieges, auch bei nicht zu vermeidenden Entbehrungen, in unserem Volk aufrechtzuerhalten. Der Zentralvorstand erwartet, daß die Partei in den Parlamenten und der Presse mit allen Kräften für diese Forderung eintritt.

[233]) *Friedberg* sagte: dritten Punkt. Offenkundig hat er bei dieser Zählung die Zuwahlen nicht als Tagesordnungspunkt berücksichtigt.

die einmaligen Kriegssteuern abgeschlossen seien[234]). Der Vorschlag wird von der Versammlung gutgeheißen. Ebenso hält Bassermann die Behandlung der überaus verwickelten elsaß-lothringischen Frage nicht mehr für empfehlenswert.

Abgeordneter **Fuhrmann** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte dann aber bitten, daß in der nächsten Zentralvorstandssitzung die Frage Elsaß-Lothringens zur Erörterung kommt. Ich halte das absolut für notwendig.

Vorsitzender [Bassermann]: Dann würden wir für die nächste Zentralvorstandssitzung vormerken: einmal eine Debatte über die Finanzfrage, die man ja dann generell fassen kann, und über die elsaß-lothringische Frage[235]).

Meine Herren, damit würde Punkt [3] beziehungsweise [4] unserer Tagesordnung erschöpft sein. Punkt [5] lautet:

Anträge

Solche liegen nicht vor. Damit ist unsere Tagesordnung erledigt. Das Wort wird nicht weiter verlangt. Ich schließe die Sitzung.

Schluß gegen 6¾ Uhr.

[234]) Vgl. Helfferich S. 227 ff.

[235]) Die elsaß-lothringische Frage wurde erst auf der übernächsten Zentralvorstandssitzung am 23. 9. 1917 behandelt, siehe S. 351 ff.

V.

Sitzung des Zentralvorstandes am 23. September 1917

Tagesordnung

1. *Wahl des Vorstandes.*
2. *Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß.*
3. *Zuwahlen zum Zentralvorstand.*
4. *Berichterstattung über die politische Lage.*
   Referent: Dr. G. Stresemann, M.d.R.
5. *Die elsaß-lothringische Frage.*
   Referent: Prof. van Calker, M.d.R.
6. *Verschiedenes.*

Stenographisches Protokoll. Bundesarchiv R 45/I, 3

Vorsitzender Abgeordneter Dr. **Friedberg:** Meine Herren, schmerzlich bewegt eröffne ich die heutige Sitzung des Zentralvorstandes[1]). (Die Anwesenden erheben sich.) Ich stehe an einer Stelle, an der Sie oft den Mann gesehen haben, in dem sich das ganze Wesen unserer Partei verkörperte. Aus beredtem Munde haben Sie gestern die Worte der Anerkennung, die Worte der Trauer gehört, die wir dem verehrten Freunde widmen mußten[2]). Ich will nicht wiederholen, was gestern in so vortrefflicher Weise uns sein Bild vor Augen geführt hat[3]), aber daran darf ich wohl erinnern, daß er von dieser Stelle aus einen Teil seiner Wirksamkeit ausgeübt hat[4]), die von keinem seiner Vorgänger erreicht worden ist und vielleicht von keinem seiner Nachfolger erreicht werden wird, die Gabe, die Einigkeit der Partei herzustellen, sie die richtigen Wege zu führen, die oft verschlungenen Wege, die gerade eine Partei wie unsere zu wandeln hat.

Ich weiß mich eins mit Ihnen in dem Gefühl, daß Sie heute ganz besonders schmerzlich die Lücke empfinden, die sein Tod gerissen hat. Wir müssen uns fügen in das Schicksal, das über uns verhängt worden ist, aber wir können sein Andenken nicht besser ehren als dadurch, daß wir den Geist, den er unseren Besprechungen hier an dieser Stelle eingepflanzt hat, auch heute bei uns wirken lassen, daß wir bei den schwierigen Fragen, die wir heute zu verhandeln haben, eingedenk sind dessen, was *Bassermann* heute sagen und tun würde, und wie er es verstehen würde, uns alle zusammenzuführen in dem einen Ziele, der Liebe zum Vaterlande. (Beifall.) In diesem Geiste, in seinem Geiste wollen wir unsere Verhandlungen heute führen. Sein Andenken sei auch heute in Ehren.

Ich habe dann eines weiteren schmerzlichen Verlustes zu gedenken. Ein altes, treues Mitglied unserer Partei, innig befreundet mit unserm heimgegangenen Führer, lange Jahre Beisitzer auch im Geschäftsführenden Ausschuß und im Zentralvorstand, Dr. Ernst *Blankenhorn*, ist kurze Zeit vor *Bassermann* aus dem

[1]) Die Einberufung des Zentralvorstandes war am 25. 8. 1917 erfolgt; vgl. NLC Nr. 169 vom 25. 8. 1917.

[2]) Ernst *Bassermann* (1854—1917) war am 24. Juli gestorben.

[3]) Die erwähnte Gedenkrede hatte *Stresemann* gehalten; vgl. Deutsche Stimmen 1917 S. 566 f.

[4]) *Bassermann* war seit dem 29. 1. 1905 Vorsitzender des Zentralvorstandes gewesen.

Leben geschieden[5]). Gleich *Bassermann* war er ein Sohn der badischen Erde. Gleich ihm hatte er gewisse Eigenschaften des Süddeutschen, die ihn ganz besonders befähigten, eine vermittelnde Rolle zwischen Nord und Süd zu spielen. Wir haben seinen Tod schmerzlich empfunden, wir weihen ihm Worte des Gedächtnisses und des Andenkens am heutigen Tage.

Ich sehe, daß Sie sich zu Ehren der Verewigten von Ihren Plätzen erhoben haben und danke Ihnen für den Ausdruck Ihrer Teilnahme und Ihrer Trauer. Meine Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.
Der erste Punkt der Tagesordnung ist die

Wahl des Vorstandes
(Zuruf: Vertrauliche Behandlung!)

Das würde in diesem Falle wohl noch keine Rolle spielen, aber ich kann es jetzt schon sagen. Ich werde daran erinnert, daß unsere Verhandlungen streng vertraulich sind. Wir dürfen auch namentlich der Presse nur diejenigen Mitteilungen zugehen lassen, die hier von der parteiamtlichen Stelle aus für die Presse verarbeitet werden. Ich darf also mit Bestimmtheit annehmen, daß die Vertraulichkeit unserer Mitteilungen vollständig gesichert ist.

Wir kommen dann also zum ersten Punkt der Tagesordnung, zur Wahl des Vorstandes.

Durch den Tod des heimgegangenen *Bassermann* ist die Stelle des ersten Vorsitzenden zu besetzen. Die Wahl muß nach der Geschäftsordnung durch Abgabe von Stimmzetteln vorgenommen werden. Ich bitte, die Vorbereitung zu treffen.

Präsident Dr. **Vogel:** Meine Herren, auch der Zentralvorstand ist, wenn er einmütig ist, schließlich über seine Geschäftsordnung erhaben. Er kann sie auch ändern, und ich schlage, der Würde dieser wichtigen Handlung entsprechend und um den Eindruck auf die ganze Partei draußen nicht zu schwächen, vor, daß wir diese Wahl durch Zuruf vollziehen. (Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, dieser Wahlmodus ist zulässig, wenn niemand widerspricht. Erhebt sich ein solcher Widerspruch? Das scheint nicht der Fall zu sein.

(Zuruf: Es muß doch erst ein Vorschlag gemacht werden!)

Dann bitte ich, Vorschläge zu machen. Vorläufig ist nur der Wahlmodus festgestellt.

(Rufe: Zur Geschäftsordnung!)

Meine Herren, ich weiß ja wohl, was Sie wollen. Erlauben Sie einmal einen Augenblick. Herr Dr. *Vogel* hat zunächst nur den Antrag gestellt, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen. Darüber war also abzustimmen, und darüber hat die Versammlung abgestimmt. Ich nehme nun an, daß Herr *Vogel* weiter einen Vorschlag machen wird, wen wir durch Zuruf wählen sollen. Ich darf wohl erst Herrn Dr. *Vogel* das Wort geben.

Präsident Dr. **Vogel:** Meine Herren, ich schlage Ihnen vor, den Herrn, der bereits seit langen Jahren an der Seite unseres heimgegangenen *Bassermann* in vorbildlicher Weise die Geschäfte geführt hat, unsern augenblicklichen Vorsitzenden,

[5]) Am 19. 5. 1917.

den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten *Friedberg*[6]) zu wählen. (Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Erhebt sich ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich mich als gewählt betrachten.

Meine Herren, ich weiß sehr wohl die Ehre und das Vertrauen zu würdigen, das Sie durch dieses Votum zum Ausdruck gebracht haben. Sie werden mir aber nachfühlen, daß es mir nicht leicht geworden ist, als Freunde an mich mit der Bitte herantraten, mich eventuell bereitzustellen, diesem Vertrauenswunsch zu folgen. Ich bin mit Rücksicht auf meine Tätigkeit im Abgeordnetenhause, auch mit Rücksicht auf die Reihe der Jahre, auf die ich zurückblicken kann[7]), nicht gerade sehr gern gewillt, neue Pflichten auf mich zu nehmen. Ich weiß aber in diesem Falle, daß ich doch der Partei, wenigstens zur Zeit, einen gewissen Nutzen schaffe, wenn ich in die schmerzliche Lücke eintrete, die *Bassermann* uns hinterlassen hat. (Beifällige Zustimmung.) Ich verspreche Ihnen, mein Amt mit derjenigen Objektivität und mit derjenigen Gewissenhaftigkeit zu führen, die Sie an *Bassermann* so oft bewundert haben. Ein Unterschied zwischen der Führung, wie sie *Bassermann* zum Ausdruck bringen konnte, und wie sie mir durch Ihr Votum zuteil wird, liegt ja vor allen Dingen darin, daß ich nicht noch zu gleicher Zeit mit dem Amt eines Reichstagsabgeordneten belastet bin. Mir wird es dadurch vielleicht in vielen Fällen nicht möglich sein, einen so energischen Einfluß als Führer auszuüben, wie das *Bassermann* imstande war und wie er es pflichtmäßig getan hat. Es tritt eine Teilung der Funktionen ein. Ich werde den Vorgängen im Reichstage, wenn auch vielleicht etwas besser unterrichtet als mancher von Ihnen, aber doch immerhin als ein Außenstehender gegenüberstehen. Es wird also meine Aufgabe mehr sein, den Zentralvorstand und die große Vertreterversammlung zu leiten, als gerade eine intensiv führende Rolle zu spielen. Ich bitte, das in Betracht zu ziehen, wenn Sie die Frage prüfen, wieweit der erste Vorsitzende für die Leitung der Geschäfte der Partei verantwortlich ist. Vielleicht ist es aber zu gleicher Zeit ein Vorteil, wenn diese Teilung der Rollen eintritt, denn, meine Herren, je schwieriger die Reichspolitik nach außen und nach innen wird, desto mehr übersteigt es die Kräfte eines einzelnen, beide Ämter in sich zu vereinigen. Das hat ja schon die letzte Zeit gezeigt, in der *Bassermann* leider dazu verurteilt war, von seinem Krankenbette aus die Vorgänge im Reichstag zu verfolgen[8]). Sie werden mit mir einer Meinung sein, wenn vielleicht auch heute manches Wort der Kritik gerade an unserer Reichstagsfraktion geübt werden wird — denn dazu sind Sie ja hier, um diese Kritik zu üben —, daß in dieser Zeit des Interregnums, wenn ich es so nennen darf, schwerwiegende Vorgänge sich abgespielt haben, die ein ganz besonderes Aufgebot von Tatkraft und Geschick seitens unserer Fraktion erforderten. Wenn unsere Fraktion nach meiner Überzeugung im großen ganzen die richtigen Wege gewandelt ist, so verdanken Sie das in erster Linie den Männern, die sich bereitgefunden haben, in die Lücke einzutreten, die durch *Bassermanns* Erkran-

[6]) *Friedberg* war seit dem 17. 2. 1904 Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses; vgl. Organisationshandbuch 1911, Vorwort.

[7]) *Friedberg* (1851—1920) gehörte seit 1886 dem preußischen Abgeordnetenhause an.

[8]) *Bassermann* war unmittelbar nach der Zentralvorstandssitzung vom 4. 2. 1917 erkrankt.

kung herbeigeführt worden war, und unter diesen Männern ist es natürlich in erster Linie wieder derjenige gewesen, der durch seine Berufung zum stellvertretenden Vorsitzenden genötigt war, die Rolle *Bassermanns* als Führer und Leiter der Fraktion zu übernehmen. Ich glaube, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich diesen Herren[9]), besonders aber dem stellvertretenden Vorsitzenden, Seiner Durchlaucht dem *Prinzen Carolath*, den ganz besonderen Dank für den Eifer ausspreche, mit dem er sich seiner schwierigen Aufgabe gewidmet hat. (Beifall.) Ich entnehme aus Ihrem Bravo, daß Sie mit dieser meiner Äußerung einverstanden sind und möchte auch meinerseits persönlich Seiner Durchlaucht noch meinen Dank aussprechen.

Seine Durchlaucht bittet, ein kurzes Wort reden zu dürfen.

Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Ich möchte dem verehrten Herrn Vorsitzenden für die freundlichen, anerkennenden Worte über die Tätigkeit, die ich nach meinen schwachen Kräften im Reichstage ausüben durfte, meinen aufrichtigen und herzlichen Dank aussprechen, und auch Ihnen, sehr geehrte Herren, für die Zustimmung, die Sie den anerkennenden Worten unseres Herrn Vorsitzenden haben folgen lassen. Wenn *Goethe* einmal sagt: „Wem wohl das Glück die schönste Palme beut — wer freudig tut, sich des Getanen freut", so danke ich Ihnen allen für diesen Palmenzweig, den Sie so freundlich waren, mir durch den verehrten Herrn Vorsitzenden zu schenken.

Meine Herren, unsere Tätigkeit im Reichstage ist natürlich mannigfacher Kritik ausgesetzt und wird weiterer Kritik ausgesetzt sein. Wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, nach bestem Wollen im Interesse der Partei und, was noch mehr sagen will, des Vaterlandes unsere Entschließungen gefaßt zu haben, und auch wir haben alle Zeit und vor allem das Wort zu beherzigen gesucht: Das Vaterland über der Partei. Ich betrachte es als einen Gewinn für die Partei und als einen Gewinn für unser geliebtes, großes Vaterland, daß es gelungen ist, einen einmütigen Beschluß der Reichstagsfraktion in betreff der hochwichtigen Fragen herbeizuführen, die uns gegenüber der im Reichstage eingebrachten Friedensresolution beschäftigten[10]). (Beifall.) Ich glaube, Sie werden alle mit mir darin übereinstimmen, daß diese Tat der Reichstagsfraktion gewürdigt werden muß bei all den Schwierigkeiten, wie sie einer solchen einmütig gefaßten Resolution überall, wo es auch immer sei, entgegenstehen, und ich glaube, wir haben im Reichstage den Wünschen unserer Parteifreunde vollkommen entsprochen — mag auch dies oder jenes nicht ganz und nach jeder Richtung hin gefallen haben —, indem wir eine Resolution gefaßt haben, welche die einmütige Zustimmung der Reichstagsfraktion gefunden hat. Und somit darf ich meine Worte des Dankes schließen und Ihnen nochmals zum Ausdruck bringen, meine Herren, daß mir Ihre freundschaftliche Anerkennung und die ehrenden Worte des Vorsitzenden sehr wohl getan haben. (Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, infolge meiner Wahl zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes muß sofort auch die Wahl des zweiten Vor-

[9]) Für die Dauer der Behinderung *Bassermanns* waren neben dem *Prinzen zu Schönaich-Carolath* die Abgeordneten *List*, *Schiffer* und *Stresemann* zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Vgl. NLC Nr. 44 vom 23. 2. 1917.

[10]) Siehe S. 328 f.

sitzenden stattfinden. Auch hier würden wir nach der Geschäftsordnung die Wahl durch Stimmzettel vornehmen müssen.

Präsident Dr. **Vogel** (zur Geschäftsordnung): Auch hier beantrage ich aus denselben Gründen, die ich vorhin angeführt habe, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen, und, um die Sache sofort zu klären, würde ich meinerseits vorschlagen, da es selbstverständlich ist, daß diese nächste Stelle aus den Reihen der Reichstagsfraktion besetzt werden muß, dasjenige Mitglied dafür zu wählen, das in der letzten Zeit in vielen Versammlungen für die Partei im ganzen deutschen Lande tätig gewirkt hat und sich allseitig Sympathien erworben hat. Ich fasse ins Auge Herrn Abg. Dr. *Stresemann*. Ich will über seine Persönlichkeit im übrigen nichts weiter ausführen. Sie alle kennen ihn. Ich glaube auch, Sie alle schätzen seine Tätigkeit, und daß es eine junge Kraft ist, meine Herren, halte ich für keinen Fehler, denn wir haben das Glück gehabt, als eigentlichen Führer erst unsern verewigten *Bennigsen* und später *Bassermann* zu haben, die beide in jungen Jahren an die Stelle getreten sind[11]) und dadurch in der Lage gewesen sind, auch lange ihre Tätigkeit erfolgreich auszuüben. Ich bitte Sie also, an dieser alten Tradition möglichst festzuhalten und schlage Ihnen, wie gesagt, Herrn Dr. *Stresemann* vor. (Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, die Wahl ist zulässig, wenn niemand widerspricht. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich erkläre Herrn Dr. *Stresemann* als zum zweiten Vorsitzenden gewählt. (Beifall.) Ich nehme an, daß er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Meine Herren, ich danke Ihnen verbindlichst für das in mich gesetzte Vertrauen, und ich hoffe auf ein gedeihliches und für die Partei erfolgreiches Zusammenarbeiten mit dem von Ihnen gewählten ersten Vorsitzenden, Herrn Geheimrat *Friedberg*, den ich glaube, neben dem, was uns in der Partei verbindet, auch meinen Freund nennen zu dürfen, und mit dem zusammenzuarbeiten mir eine große Freude sein wird. (Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, der Posten des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden bleibt in den bewährten Händen des Herrn Kollegen *Vogel*, dem ich bei dieser Gelegenheit wohl den Dank aussprechen darf, nicht nur für die Arbeit, die er hier leistet, sondern auch für die Arbeit, die er für die gesamte Partei, besonders in seiner engeren Heimat, geleistet hat und hoffentlich noch recht lange Jahre leisten wird. (Beifall.)

Ebenso bleibt unberührt die Stellung des Schatzmeisters, des Herrn Kollegen *Weber*, der sich auf diesem Gebiet den reichen Dank unserer Partei erworben hat.

Aber neu zu besetzen ist die Stelle des Schriftführers. Der Schriftführer ist zugleich der Generalsekretär der Partei gewesen, und ich darf Ihnen deshalb vielleicht vorschlagen, durch Zuruf Herrn Dr. *Hugo* zum Schriftführer zu wählen. (Beifall.) Ein Widerspruch erhebt sich nicht. Herr Dr. *Hugo* ist gewählt. Damit wäre also der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Meine Herren, wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß.

[11]) Bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden war *v. Bennigsen* 42, *Bassermann* 43 und *Stresemann* 39 Jahre alt.

In dem Geschäftsführenden Ausschuß sind jetzt verschiedene Lücken vorhanden, und es ergibt sich deshalb das Bedürfnis einer Ergänzung. Durch Tod sind ausgeschieden *Bassermann* und *Blankenhorn*. Ausgeschieden war oder hat wenigstens auszuscheiden versucht unser verehrter Freund, Herr Staatssekretär Dr. *v. Krause*[12]). Wir haben uns aber bemüht, seine wertvolle Kraft für die Partei zu erhalten, und ich darf Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß er mir eben gesagt hat, er wolle sich dem sanften Druck fügen, den wir auf ihn ausgeübt haben und wolle in seiner bisherigen Stelle im Geschäftsführenden Ausschuß weiter wirken. (Beifall.)

Wir möchten aber noch einige Ergänzungen des Geschäftsführenden Ausschusses vornehmen, weil sich doch gezeigt hat, daß bei den schwierigen Verhältnissen, in denen wir jetzt bezüglich des Reisens sind, wir recht schwach besuchte Sitzungen gehabt haben. Wir möchten deshalb eine Ergänzung dringendst in Betracht ziehen, namentlich auch deshalb, weil die Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses doch jetzt immer sehr gehäuft ist, und wir für die einzelnen Punkte, die wir noch zu erläutern haben, gern noch weitere Mitarbeiter gewinnen möchten.

Wir erlauben uns, Ihnen folgende Vorschläge zu machen: den Herrn Kollegen Dr. *Rebmann* aus Baden in den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen. — Meine Herren, darf ich annehmen, daß Herr *Rebmann* gewählt ist? (Zustimmung.) Ich stelle das fest.

Dann, meine Herren, glaube ich, werden Sie mit großer Freude den Vorschlag aufnehmen, den ich Ihnen jetzt unterbreite, nämlich Herrn Regierungsdirektor *v. Hieber* zu wählen (Beifall.), der lange Jahre neben *Bassermann* an hervorragender Stelle in der Reichstagsfraktion gewesen ist. Er hat sich entschlossen, in das politische Leben zurückzukehren und sich unserer Partei wieder zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß dieser Entschluß des Herrn Kollegen *v. Hieber*, den Sie eben so warm begrüßt haben, von der Partei gar nicht besser gewürdigt werden kann als dadurch, daß wir ihn zum Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses ernennen. Meine Herren, das bedingt natürlich zu gleicher Zeit auch — ich darf das hier vorweg bemerken —, daß Herr *v. Hieber* wieder Mitglied des Zentralvorstandes wird[13]). Ich unterbreite Ihnen also den Vorschlag, Herrn *v. Hieber* zum Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses und des Zentralvorstandes zu wählen. (Beifällige Zustimmung.)

Widerspruch erhebt sich nicht. Ich danke Herrn *v. Hieber*, daß er sich bereitgefunden hat, uns durch seine Mitarbeit in beiden Korporationen hilfreich unter die Arme zu greifen.

Meine Herren, dann einen dritten Vorschlag, bei dem ich ebensowohl Ihre warme Unterstützung erwarte, weil es sich hier um einen Herren handelt, der in einem anderen Bundesstaat eine führende Rolle innerhalb unserer Partei spielt und sie bei jeder Gelegenheit in der besten und geschicktesten Weise vertreten hat. Ich meine Herrn Oberbürgermeister *v. Casselmann*[14]). (Beifall.)

[12]) Paul *v. Krause* war am 5. 8. 1917 Staatssekretär des Reichsjustizamts geworden.

[13]) Johannes *v. Hieber* (1862—1951), Regierungsdirektor in Stuttgart, war bereits von 1893—1911 Mitglied des Zentralvorstandes gewesen.

[14]) *v. Casselmann* war Oberbürgermeister von Bayreuth und spielte als Vorsitzender der Liberalen Vereinigung in der Abgeordnetenkammer in der bayerischen Politik eine beachtliche Rolle. Vgl. Organisationshandbuch 1914/15 S. XIII—XV.

Auch Herrn *v. Casselmann* darf ich als gewählt betrachten.

Dann, meine Herren, haben die beiden großen Fraktionen gewünscht, daß sie um einen Vertreter in dem Geschäftsführenden Ausschuß verstärkt werden, und auch nach dieser Richtung hin sind uns Vorschläge unterbreitet worden. Die Reichstagsfraktion ersucht, den Herrn Reichstagsabgeordneten *Bollert* hinzuzuwählen, die Landtagsfraktion, den Herrn Abgeordneten Dr. *Lohmann*. (Beifall.)[15] Ich glaube, daß diese Wünsche der beiden Fraktionen doch so wohlbegründet sind, daß ich nicht annehmen darf, daß sich ein Widerspruch dagegen erhebt.

Auch diese beiden Herren darf ich, da ich keinen Widerspruch höre, als gewählt betrachten.

Meine Herren, dann kommen wir zum dritten Punkt, nämlich:

Zuwahlen zum Zentralvorstand.

Me ine Herren, wir mußten diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen, weil wir vom Geschäftsführenden Ausschuß aus den Wunsch hatten, Ihnen einige Herren vorzuschlagen, die wegen ihrer allgemeineren Bedeutung für die Partei außerordentlich wertvoll sind. Daß wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, hat natürlich dazu geführt, daß uns auch von einzelnen Organisationen Vorschläge zugingen, allerdings in begrenzter Zahl. Ich darf vielleicht diese Vorschläge einstweilen noch zurückstellen und möchte mich vorläufig nur auf die Mitteilung derjenigen Vorschläge beschränken, die der Geschäftsführende Ausschuß Ihnen zur Annahme empfiehlt.

Hier liegt zunächst der Antrag vor aus Hessen, Herrn *Boehm* (Offenbach) zu wählen. Zur Begründung dieses Vorschlages möchte ich Ihnen mitteilen, daß, wie Ihnen ja wohl bekannt sein wird, in Hessen innerhalb der Nationalliberalen Partei zeitweise sich gewisse Gegensätze entwickelt hatten, die auch zu einer äußeren Trennung der Organisationen führten. Diese Trennung ist glücklicherweise wieder beseitigt. Die Nationalliberale Partei in Hessen hat sich wieder zusammengefunden, und es ist deshalb wünschenswert, daß der eine Teil der Organisation, der bisher parteiamtlich nicht anerkannt werden konnte, nunmehr auch einen Vertreter seiner Richtung in den Zentralvorstand entsendet. Es ist also gemeinschaftlich Herr *Boehm* (Offenbach) vorgeschlagen worden, und ich kann Ihnen namens des Geschäftsführenden Ausschusses diesen Vorschlag nur aufs wärmste empfehlen[16]). Ich weiß nicht, ob sich ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt.

Das ist nicht der Fall. Dann kann ich Herrn *Boehm* (Offenbach) als gewählt betrachten.

Meine Herren, wir haben eine kleine Landesorganisation, die überhaupt noch keinen Vertreter im Zentralvorstand hatte, das ist der Bundesstaat Schaumburg-

[15]) Walter *Lohmann* wurde am 14. 11. 1917 Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion, nachdem *Friedberg* ins Staatsministerium eingetreten war.

[16]) Im September 1917 hatte sich die „Freie Vereinigung hessischer Nationalliberaler" aufgelöst, die sich im Juli 1912 in Frontstellung gegen die mehr nach rechts tendierende offizielle hessische Landesorganisation gebildet hatte. Theodor *Boehm* war während der Auseinandersetzungen im Jahre 1912 aus dem Geschäftsführenden Ausschuß der hessischen Nationalliberalen ausgetreten. Vgl. Jungliberale Blätter Nr. 8 vom 17. 2. 1912; Kölnische Zeitung Nr. 911 vom 22. 9. 1917.

Lippe. Jetzt hat sich dort eine Organisation gebildet, und diese Organisation schlägt Herrn Kommerzienrat *Hillmann* vor. Ich glaube, daß Sie alle damit einverstanden sind, daß diese junge Organisation hier ihre Vertretung im Zentralvorstande erhält. Ich stelle das fest. Dann, meine Herren, kommen einige Vorschläge von allgemeiner Bedeutung, wie ich schon namens des Geschäftsführenden Ausschusses andeutete. Es sind das Herr Dr. *Köhler*-Hamburg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine, dann Herr Dr. *v. Schwabach* in Berlin, der Staatsminister *v. Scheller-Steinwartz* und der Redakteur *Kirchrath* (Magdeburg). Diese vier Herren sind uns deshalb von besonderem Wert, weil wir von ihrer Anwesenheit und ihrer Mitarbeit in der Partei erhoffen, daß sie nach den verschiedensten Richtungen hin eine Förderung unseres Parteilebens herbeiführen werden.

Es erhebt sich, soweit ich sehe, kein Widerspruch.

Abgeordneter **Fuhrmann** (zur Geschäftsordnung): Es sind mehrere Namen genannt worden: Herr *v. Schwabach*, einen zweiten habe ich nicht verstanden.

(Vorsitzender [Dr. Friedberg]: *v. Scheller-Steinwartz.*) Das sind nun Namen, von denen ich bisher nicht gefunden habe, daß sie in der Nationalliberalen Partei irgendeine Rolle gespielt haben. Es wäre doch sehr wünschenswert, wenn uns Aufschluß darüber gegeben werden könnte, in welcher Weise diese Herren sich bisher betätigt haben. Außerdem ist Herr Dr. *Köhler* genannt worden. Ich begrüße persönlich auf das herzlichste, daß gerade Herr Dr. *Köhler* Mitglied des Zentralvorstandes wird, aber er ist doch vorgeschlagen als Vorsitzender einer Organisation, und es hat doch gewisse Konsequenzen, wenn man anfängt, einer Organisation, die außerhalb der Partei steht, gewissermaßen das Recht zuzugestehen, Vorschläge zu Zuwahlen zu machen.

(Zuruf: Irrtum! Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Nicht die Organisation hat ihn vorgeschlagen. Das wurde nur zur Charakterisierung angeführt!)

[Fuhrmann]: Sonst wollte ich vor den Konsequenzen warnen, die hierdurch entstehen würden, weil dann anderen Organisationen nicht das Recht abgesprochen werden könnte. Aber bezüglich der beiden anderen Herren wäre es wünschenswert, über ihre Betätigung in der Partei etwas zu hören.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Jawohl, was Herrn Dr. *Köhler* betrifft, so kann ich nur bestätigen, was hier bereits ausgeführt worden ist, daß nicht seine Organisation ihn vorgeschlagen hat, sondern daß er vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagen wird, und zwar hat Herr Dr. *Stresemann* ihn uns aufs wärmste empfohlen als einen Parteifreund, der in der Lage wäre, vermöge seiner Stellung unsere Partei recht gut zu fördern.

Ich glaube, daß ich mich darüber näherer Ausführungen zu enthalten habe.

Was Herrn Dr. *v. Schwabach* betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich ihn seit langen Jahren als gut nationalliberal kenne, und daß er sein Interesse für die Partei in sehr warmer Weise bekundet hat. Meine Herren, manche bekunden das rednerisch, manche bekunden es in anderer Form[17]). (Heiterkeit). Beide Formen der Betätigung sind uns sehr angenehm. (Heiterkeit.)

[17]) Paul *v. Schwabach* war Mitinhaber der Firma S. Bleichröder und Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte.

Herr *v. Scheller-Steinwartz*[18]), der frühere Staatsminister von Altenburg, ein, soweit ich ihn kenne, hervorragend tüchtiger und intelligenter Mann, hat selber den Wunsch geäußert, sich der Partei zur Verfügung zu stellen. Meine Herren, wenn ein Herr von dieser sozialen Stellung und Bedeutung auch hier bei uns mitarbeiten will und ausdrücklich erklärt: Ich lege Wert darauf, geben Sie mir Gelegenheit, mich in der Nationalliberalen Partei zu betätigen, so glaube ich, ist das ein Wunsch, dem man entgegenkommen muß. (Sehr richtig!) Außerdem scheint der betreffende Herr die Absicht zu haben, bei den nächsten Reichstagswahlen für uns zu kandidieren. Ich weiß nicht, ob er schon irgendwo einen Wahlkreis in petto hat, wo er persönliche Beziehungen hat. (Zuruf: Ja!) Das wird mir eben bestätigt. Also auch aus diesem Grunde möchte ich namens des Geschäftsführenden Ausschusses diesen Herrn warm empfehlen.

Geheimrat Dr. **Poensgen:** Ich darf mir vielleicht noch eine Frage gestatten. Soviel ich höre, wollte Herr *v. Scheller-Steinwartz* in dem Wahlkreis kandidieren, der jetzt durch Dr. [*Ortmann*][19]) vertreten ist. Ich habe gehört, daß er nicht erklärt hat, daß er Mitglied der Nationalliberalen Partei werden wolle, sondern nur erklärt hat, er wolle sich als Hospitant der Nationalliberalen Partei anschließen. Ich weiß nicht, ob das genügt, um ihn sofort in den Zentralvorstand zu wählen. Ich weiß auch nicht, ob es genügt, wenn man Minister eines kleinen Staates gewesen ist.

Abgeordneter **Schwabach:** Meine Herren, es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Herr *v. Scheller-Steinwartz* vollständig auf dem Boden des nationalliberalen Parteiprogramms steht. Was Herr Kollege *Poensgen* sagte, kann doch wahrscheinlich nur irgendwie ein Gerede oder ein Gerücht sein, das jedenfalls nicht begründet ist. Im übrigen würde Herr *v. Scheller-Steinwartz* neben seiner Betätigung in der Partei selbst dasselbe prästieren [sic!] was Herr Kollege *Friedberg* auch von Herrn *v. Schwabach* gesagt hat.

Justizrat Dr. **Marwitz:** Wenn ich recht verstanden habe, wohnt der Herr hier in Berlin. Da kann ich nur erklären, daß er mir als Mitglied unserer Organisation unbekannt ist, daß er sich nicht organisiert hat.

(Abgeordneter **Schwabach:** Er wohnt in Dresden, nicht hier!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Mir wird gesagt, er wohnt in Dresden.

Professor **Meyersahm:** Er ist augenblicklich hierher kommandiert. Er war früher im Felde. Ich würde seine Wahl dringend empfehlen. Ich kenne ihn persönlich.

Abgeordneter **Westermann:** Wir können doch nicht jemand nur deshalb in den Zentralvorstand wählen, weil er sonst nicht gut unterkommen kann. Es soll doch eigentlich nur ein Ausnahmefall sein. Wir können doch nicht alle Leute hineinwählen, die nationalliberal sind. Dann möchte ich z. B. darauf hinweisen, daß tatsächlich sehr verdiente Leute bis jetzt nicht in den Zentralvorstand gekommen sind, weil die Organisationen sie vielleicht aus anderen Gründen nicht wählen

[18]) Robert Richard *v. Scheller-Steinwartz* (1865—1921) war vor 1912 im Auswärtigen Dienst tätig gewesen, danach war er sachsen-altenburgischer Staatsminister und Bundesratsbevollmächtigter.

[19]) Im Or. „*Stockmann*" mit einem Fragezeichen. *Ortmann* vertrat den Wahlkreis Torgau-Liebenwerda im Reichstag.

konnten. Soviel ich weiß, ist unser Freund *Beumer*[20]) auch nicht Mitglied, der lange Jahre Abgeordneter ist und sich in hervorragender Weise stets für die Partei betätigt hat. Nun sollen wir irgendeinen Herren wählen, von dem wir nicht einmal wissen, ob er Mitglied ist oder nicht.

Geheimrat **Stadthagen:** Meine Herren, wenn der Herr in Dresden wohnt, dann werden ja die Herren aus Dresden uns am besten Bescheid sagen können, ob er sich dort betätigt. (Rufe: Nein!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Vielleicht hat Herr Präsident *Vogel* die Güte; es ist hier gesagt worden, da der Herr in Dresden lebte, würden unsere Dresdener Freunde wohl in der Lage sein, über ihn Auskunft zu geben.

Präsident Dr. **Vogel:** Meine Herren, ich kenne den Herrn persönlich. Ich kann nur sagen, ich habe den Eindruck, daß er jedenfalls ein in seiner Art hervorragender Mann ist. Aber Beziehungen zur Dresdener Organisation hat er nicht. (Hört, hört!) Ich muß allerdings noch folgendes mitteilen: Herr *v. Scheller-Steinwartz* hat zunächst in auswärtigen Diensten [sic!] gestanden. Er war lange Jahre in Abessinien und stand da natürlich unser[e]n deutschen Verhältnissen fern. Er ist dann nach Deutschland zurückgekehrt und ist wegen seiner vielseitigen Fähigkeiten von dem *Herzog von Altenburg* nach seinem Staate berufen und nach kurzer Zeit dort zum leitenden Minister gemacht worden. Er hat dort, soviel mir bekannt ist, durchaus günstig gewirkt. Infolge ganz besonderer Verhältnisse ist er da abgegangen und hat nun, soweit ich unterrichtet bin, den Wunsch, sich im öffentlichen Leben Deutschlands, nachdem er sich dauernd hier niedergelassen hat, zu betätigen. Wie ich höre, sucht er eben den dauernden Anschluß an unsere Partei. Ob er offiziell schon irgendwo in die Partei eingetreten ist, ist mir nicht bekannt, aber aus einer persönlichen Aussprache mit ihm habe ich den Eindruck gewonnen, daß er jedenfalls mit seinen Anschauungen auf unserem Standpunkt steht.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich schlage Ihnen vor, diese Diskussion zu schließen. (Zustimmung.) Sie haben die Auskunft, die Sie zu haben wünschten, erhalten. Nun ist es Ihre Sache: Wollen Sie den Herrn wählen, dann wählen Sie ihn. Wollen Sie ihn nicht wählen, dann wählen Sie ihn nicht.

Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Ich hätte aber doch noch den Wunsch ... (Rufe: Schluß!) Darf ich einmal zur Geschäftsordnung etwas sagen? Ich hätte doch an Sie die Bitte, mir zu gestatten, über die Persönlichkeit des Herrn einiges zu sagen, um Mißverständnisse zu vermeiden. Sonst kommt ja der Geschäftsführende Ausschuß in ein ganz falsches Licht, wenn man annimmt, daß er jemand vorschlägt, den er gar nicht kennt, und der gar nicht organisiert ist. Ich werde mich ganz kurz fassen, aber ich würde bitten, das zur Klärung der Sache noch sagen zu dürfen.

(Rufe: Kurz! — Rufe: Dann ist die Debatte wieder eröffnet!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Dann muß ich die Debatte wieder eröffnen und erteile Herrn Dr. *Stresemann* das Wort.

---

[20]) Wilhelm *Beumer*, der Generalsekretär des schwerindustriellen „Langnamvereins" war, gehörte seit 1893 dem preußischen Abgeordnetenhaus an und war ebenso wie sein Landtagskollege *Westermann* dem rechten Parteiflügel zuzurechnen. Vgl. Thieme S. 203.

Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Meine Herren, ich möchte auf eins hinweisen. Herrn *v. Scheller-Steinwartz* ist von unserem verstorbenen *Bassermann* zugesagt worden, daß er für seine Wahl in den Zentralvorstand eintreten werde. Wir kennen ihn hier seit mehr als zwei Jahren infolge seiner Betätigung in Berlin, wo er in engster Fühlung mit *Bassermann* und anderen Kollegen von der Reichstagsfraktion gelebt hat. Wenn er nicht organisiert ist, was ich nicht weiß, so liegt das daran, daß er eben zunächst als deutscher Diplomat im Ausland gewesen ist, erst kurz vor dem Kriege zurückgekommen ist, heute militärisch verwendet wird und infolgedessen in wechselnden Wohnsitzen vielleicht nicht in der Lage gewesen ist, sich einem lokalen Verein anzuschließen. Daraus, daß er national denkt und fühlt, daß er die Absicht hat, sich für unsere Partei zur Verfügung zu stellen, hat er *Bassermann* und mir gegenüber nie ein Hehl gemacht. Er hat übrigens an der letzten Sitzung des Zentralvorstandes teilgenommen. Er ist wiederholt bei unseren Versammlungen als Hörer gewesen und hat sich soweit betätigt, wie jemand, der Interesse für die Partei hat, in gegenwärtiger Zeit sich betätigen kann. Er ist Mitarbeiter von Tageszeitungen. Ich erinnere an die Aufsätze, die er im Roten Tag veröffentlicht hat. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Zuwahl von Herrn *v. Richter* doch unter ganz ähnlichen Verhältnissen stattgefunden hat. Herr *v. Richter* war auch Staatsminister eines Bundesstaates, ist, ohne daß er organisiert war und uns bis dahin bekannt war, in den Zentralvorstand gewählt worden, und daß wir heute den Oberpräsidenten von Hannover hier in unserer Partei als Mitglied des Zentralvorstandes begrüßen können, danken wir dem Umstand, daß wir nicht erst Herrn *v. Richter* gefragt haben, ob er schon zehn Jahre Vorstandsmitglied eines nationalliberalen Vereins gewesen ist[21]). (Sehr richtig!)

Das waren die Gesichtspunkte, von denen wir uns leiten ließen, daß wir uns sagten, wenn solche Persönlichkeiten sich zur Verfügung stellen, wollen wir ihnen den Weg zur Partei nicht versperren. (Beifall.)

Abgeordneter **Cremer**[22]): Meine Herren, meiner Ansicht nach ist es unzulässig, daß jemand als Mitglied des Zentralvorstandes gewählt wird, der nicht Mitglied der Partei ist.

(Zuruf: Das steht doch nirgends!)

Das ist ja selbstverständlich, daß niemand in den Vorstand einer Organisation gewählt werden kann, zu der er nicht gehört. Ich glaube nicht, daß das, was hier hervorgehoben worden ist, genügt, um ihm einen Vorsprung gegenüber vielen anderen bewährten und bekannten Parteigenossen zu geben, die aus den Reihen unserer Organisationen heraus nicht gewählt werden können. Jedenfalls, die Tatsache, daß jemand kurze Zeit Staatsminister irgendeines kleinen Staates gewesen ist, ist noch kein Beweis dafür, daß er in den Zentralvorstand gewählt werden muß.

(Zuruf: Der Mann war deutscher Gesandter!)

Wir haben doch deutsche Gesandte erlebt, meine Herren, mit deren Tätigkeit wir

[21]) Ernst *v. Richter*, der 1905—1914 Sachsen-Coburg-Gothaischer Staatsminister war, bekleidete seit dem 1. 5. 1917 das Amt des Oberpräsidenten in Hannover.

[22]) Carl *Cremer* gehörte ebenso wie *Beumer* der westfälischen Organisation an.

nicht zufrieden gewesen sind. Das kann hier nicht in Frage kommen. Ich möchte jedenfalls erklären: Es ist statutenwidrig.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Dem letzteren, daß es statutenwidrig sei, muß ich widersprechen. Wir können jemand, der sich als nationalliberal bekennt, jeden Augenblick in den Zentralvorstand wählen, ganz gleichgültig, ob er einer bestimmten Organisation angeschlossen ist oder nicht.

Geheimrat **Hirschberg:** Meine Herren, ich glaube, es liegt eine Verwechslung zwischen Partei und organisierter Partei vor. Es ist nirgends gesagt worden, daß wir nur Mitglieder der organisierten Partei in den Zentralvorstand wählen können. Selbstverständlich wird das die Regel sein. Wenn uns aber hier der Geschäftsführende Ausschuß einen Herrn vorschlägt, so ist es meines Erachtens sehr bedenklich, ihn auf Herz und Nieren nachzuprüfen, ob er wirklich nationalliberal ist. Dann müssen wir das den Herren eben glauben, dann übernehmen sie die Verantwortung, und das muß uns genügen. (Widerspruch.) Infolgedessen bitte ich, den Widerspruch zurückzunehmen und diesen Herrn aufzunehmen. (Rufe: Schluß!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, das Wort wird nicht weiter gewünscht. Da Widerspruch erfolgt ist, bitte ich alle diejenigen Herren, die Herrn *v. Scheller-Steinwartz* wählen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Ich glaube, es war die Mehrheit dafür. (Wird bejaht.) Also Herr *v. Scheller-Steinwartz* ist gewählt.

Die anderen Herren sind nicht beanstandet worden, Dr. *Köhler*, Dr. *v. Schwabach* und Redakteur *Kirchrath*. Ich darf die Herren als gewählt betrachten.

Meine Herren, ich erwähnte bereits vorher, daß der Umstand, daß wir die Zuwahlen zum Zentralvorstand auf die Tagesordnung gesetzt haben, dahin geführt hat, daß nun von einzelnen Organisationen uns weitere Vorschläge zur Zuwahl zugegangen sind. Die Organisation Posen hat vorgeschlagen, Herrn Amtsgerichtsrat *Ehrenberg* und Herrn *Wolff* zuzuwählen. Der Geschäftsführende Ausschuß ist aus allgemeinen Gründen nicht in der Lage, diesen Vorschlag zu befürworten. So gut, wie diese Organisation hier mit einem Anspruch auf eine Zuwahl auftritt, kann das auch von anderen Organisationen gefordert werden. Das würde uns also vor die Frage stellen, wiederum neue Ergänzungswahlen vorzunehmen, die wir ja das letzte Mal erst hinter uns hatten. Außerdem, meine Herren, handelt es sich hier um Organisationen, die die ihnen nach unserem Statut zustehende Zahl von Mitgliedern schon ganz erheblich überschritten haben.

(Hört, hört! Zuruf: Bei Posen ist es nicht erheblich.)

Die Provinz Posen hat einen Anspruch auf 2 Mitglieder, hat aber bereits 3. Sie wünscht noch 2 dazu, das wären also 5 Mitglieder an Stelle von 2, die ihr zustehen. Von Hannover ist der Antrag eingegangen, den Landgerichtsdirektor *Meyer*-Diepholz zuzuwählen. In Hannover liegen die Verhältnisse so, daß es einen Anspruch auf 10 Sitze hat. Es hat bereits 12. Die Zahl ist also auch bereits überschritten. Vom Königreich Sachsen ist der Antrag gekommen, Pastor *Wehrmann*, Landtagsabgeordneten *Anders* und Rechtsanwalt Dr. *Hei[tzig]* (Zwickau) zu wählen. Sachsen hat Anspruch auf 11 Mitglieder. Es hat bereits 14, würde also auf 17 anwachsen anstatt 11.

Das sind die Gründe, die den Geschäftsführenden Ausschuß nicht veranlassen können, diese Vorschläge zu befürworten. Es wird Sache der Versammlung sein, zu entscheiden.

Die Vorschläge werden, soweit ich sehe, nicht aufgenommen. Ich darf sie dann als abgelehnt betrachten.

Justizrat **Deesen:** Ich möchte mir die Bitte erlauben, künftighin die Vorschläge für Zuwahlen zum Zentralvorstand vorher den Mitgliedern des Zentralvorstandes bekanntzugeben. Es ist doch ganz unmöglich, daß man hierherkommt und von den einzelnen Persönlichkeiten, die vorgeschlagen werden sollen, keine Ahnung hat, auch keine Möglichkeit hat, sich darüber zu erkundigen. Vielleicht hat doch der eine oder der andere den Wunsch, sich bei der betreffenden Landesorganisation näher nach dem Betreffenden umzuhören, und es würde dann vielleicht eine ganz andere Aufnahme der Vorschläge hier erfolgen. Unter Umständen würden auch Debatten, wie die von vorhin, abgekürzt werden.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Wir konnten erst gestern darüber Beschluß fassen, Herr Justizrat *Deesen*, und dann liegt es ja in den meisten Fällen, wo es sich um Vorschläge der Landesorganisation[en] handelt, so, daß wir diese Vorschläge einfach glattweg akzeptieren. Eine Kritik an diesen Vorschlägen steht eigentlich dem Zentralvorstande nicht zu, natürlich soweit es sich um die ursprünglichen Mitglieder handelt. Nun hat sich aber der Usus herausgebildet, die zuzuwählenden Mitglieder ganz so zu behandeln wie die ursprünglichen. Ich glaube, eine Vorausbekanntgabe, die ja gewiß wünschenswert ist, und die wir schon öfter haben eintreten lassen, würde jedenfalls daran nichts ändern, daß der Zentralvorstand nur sagen kann: Ich will zuwählen, oder ich will nicht zuwählen. Aber über die einzelnen Persönlichkeiten wird er wohl kaum entscheiden können, soweit es sich nicht um die Mitglieder handelt, die vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagen werden.

Meine Herren, ich muß Ihnen nun noch eine Frage zur prinzipiellen Entscheidung vorlegen. Es ist Ihnen bekannt, daß, wie in anderen Parteien, auch in unserer Partei — ich sage von meinem Standpunkt aus: in erfreulicher Weise — die Frauen sich an der Politik und speziell an der Parteipolitik beteiligen. Es hat sich eine Organisation von nationalliberalen Frauengruppen gebildet[23]). Diese Organisation hat den Wunsch, ebenfalls hier vertreten zu sein. Ich halte den Wunsch für durchaus berechtigt. Nun ist dieser Wunsch allerdings mit unserem Statut nicht vollständig in Einklang zu bringen. Es würde also die Frage zu entscheiden sein, ob wir den Frauen hier doch eine Vertretung über das Statut hinaus zusprechen wollen. Der Geschäftsführende Ausschuß war der Ansicht, daß der Wunsch der Frauengruppen durchaus berechtigt ist, daß es ihre Arbeitsfreudigkeit erhöhen würde, wenn wir ihnen auch die Möglichkeit geben, hier vertreten zu sein und an unseren wichtigen Besprechungen teilzunehmen. Ich muß aber natürlich Ihnen die Entscheidung überlassen. Es war gewünscht worden, daß schon diesmal einige Vertreter der Frauengruppe teilnehmen sollten. Dem konnten wir nicht stattgeben, weil wir erst die prinzipielle Entscheidung des Zentralvorstandes herbeiführen müssen. Würde der Zentralvorstand die gestellte Frage

[23]) Die Gründung dieser Organisation wurde bereits am 1. 10. 1912 mit der ersten Reichskonferenz nationalliberaler Frauen eingeleitet; vgl. NLC Nr. 199 vom 4. 10. 1912.

im bejahenden Sinne beantworten, so würden wir Ihnen weiter vorschlagen, dem Geschäftsführenden Ausschuß die Vollmacht zu geben, mit der Organisation der Frauen in Verbindung zu treten und sie zu ersuchen, uns etwa drei Vertreterinnen für das nächste Mal zu benennen, die dann hier an unserer Versammlung teilnehmen[24]). Ich möchte also bitten, daß die Versammlung sich darüber entscheidet, ob sie diese Zulassung wünscht oder nicht.

Dr. **Struckmann:** Mir liegen die Statuten nicht vor. Ich möchte bitten, zunächst mitzuteilen, wie der Wortlaut der Statuten ist. Wenn ein direkter Widerspruch gegen die Statuten darin liegen würde, dann würde ich das bedauern, weil ich durchaus der Ansicht bin, daß es an sich wünschenswert wäre. Wir in Hildesheim haben auch Frauen zu unserer Organisation hinzugezogen[25]). Aber ich halte es für bedenklich, unmittelbar gegen den Wortlaut des Statuts etwas zu tun. Das kann die unangenehmsten Folgen haben. Dann beruft man sich nachher darauf: Damals habt Ihr die Statuten verletzt und Euch nicht daran gekehrt, weil es Euch paßte, jetzt wünschen wir das auch. Dann müßte, glaube ich, der Weg der sein, daß zunächst die Satzung umgeändert würde, und wahrscheinlich würden die Frauen sich auch dabei beruhigen — sie müssen es ja auch —, wenn ihnen in Aussicht gestellt würde, daß später nach Abänderung der Satzung ihrem Wunsche stattgegeben werden kann. Aber ich kenne die Statutenbestimmungen nicht und weiß nicht, wieweit man sich darüber hinwegsetzen kann. Kann man das nicht, dann halte ich die Wahl für nicht zulässig und muß Widerspruch gegen eine offenbare Verletzung der Statuten erheben.

Dieckmann: Der Nationalliberale Verein in Osnabrück mit 4½ Tausend Mitgliedern hat in vielen nationalliberalen Frauen eifrige und nützliche Mitglieder, hat 4 Frauen in seinen Vorstand gewählt[26]) und jetzt zum erstenmal eine Frau für den Provinzial-Vertretertag in Hannover vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist angenommen worden, worüber wir uns sehr freuen. Ich muß zum Ausdruck bringen, daß, wenn es irgend möglich ist, es mit der rechtlichen Lage zu vereinigen, wir auch jetzt schon Frauen zu unserem Zentralvorstand zulassen sollten. Wir werden es nicht zu bereuen haben.

Professor Dr. **Leidig:** Meine Herren, ich möchte Sie bitten, die Angelegenheit von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und als einen besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Zentralvorstandssitzung zu setzen. (Sehr richtig!) Wir, die wir an der Spitze von Organisationen stehen, haben doch alle die absolute Notwendigkeit, diese Frage erst in unseren Organisationen in den einzelnen Landesteilen zu besprechen, denn, meine Herren, es ist doch ganz selbstverständlich, daß, wenn der Zentralvorstand sich dahin entschließt, Frauen hier aufzunehmen, wir dann in unseren Provinz- und Landesorganisationen auch Frauen aufnehmen müssen. Die Frage ist also von so ungemein großer, grundsätzlicher Bedeutung für die ganze Organisation, daß es nicht möglich ist, sie hier aus dem Handgelenk zu lösen. Ich bitte dringend, die Angelegenheit hier heute nicht

[24]) In diesem Sinne wurde tatsächlich auf der nächsten Zentralvorstandssitzung beschlossen; vgl. NLC Nr. 53 vom 10. 3. 1918.

[25]) Das Organisationshandbuch 1914/15 S. 197 enthielt für den Nationalliberalen Verein Hildesheim den ausdrücklichen Vermerk: „Der Verein nimmt Frauen auf."

[26]) Vgl. NLC Nr. 59 vom 9. 3. 1913.

weiter zu verfolgen und sie als einen besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Zentralvorstandsversammlung zu setzen.

Geheimrat **Peters:** Ich möchte mich dem Herrn Vorredner anschließen. Die Frage ist meines Erachtens von so großer, prinzipieller Bedeutung, daß es notwendig ist, sie vorzubereiten, und wir tun meines Erachtens am besten, wenn wir die Sache bis nach dem Kriege vertagen. Dann können wir uns mit derartigen Dingen beschäftigen. Ich glaube aber, nach dem, was ich bisher von Parteifreunden gehört habe, ist auch keine allzu große Stimmung dafür, diesen Schritt zu tun. Aber heute würde es uns viel Zeit kosten, wenn wir uns damit beschäftigen wollten. Deshalb schließe ich mich dem Antrage des Herrn Dr. *Leidig* an, daß wir die Sache vertagen, und zwar bis nach Friedensschluß. (Rufe: Nein! Rufe: Zu lange!)

Abgeordneter **Cremer:** Meine Herren, ich schließe mich dem Antrage der Vorredner durchaus an. Wir haben uns hier nach schweren Kämpfen dahin geeinigt, daß Sonderorganisationen keine besondere Vertretung im Zentralvorstande haben sollen.

(**Vorsitzender [Dr. Friedberg]:** Es sind keine Sonderorganisationen!)

[Cremer]: Hier kommt nun wieder eine besondere Organisation, die das beansprucht. Lassen wir doch diesen Zankapfel ruhen. Diese Angelegenheit ist schon im allseitigen Einverständnis gründlich erledigt. Zulässig ist die Wahl heute sowieso nicht, denn sie steht im Widerspruch mit den Statuten. (Rufe: Nein!) Sie steht im Widerspruch mit den Statuten, wiederhole ich. (Erneute Rufe: Nein!) Es steht im Zentralstatut nichts davon drin, daß Vertreter von Sonderorganisationen gewählt werden können. Wie das Parteistatut gemacht wurde, trat die Frage gar nicht in die Erscheinung, daß Frauen der organisierten Partei angehören könnten. Daß die Mitwirkung von Frauen im Zentralvorstand überhaupt zulässig ist, dürfte auch großen Zweifeln begegnen. Diese Frage will ich aber gar nicht anschneiden. Ich glaube, daß die Angelegenheit heute ohnedies unter den Tisch fallen muß.

Justizrat Dr. **Marwitz:** Meine Herren, ich kann keine Bestimmung in der Satzung finden, die der Zuwahl von Frauen einen Widerspruch entgegensetzt. Es ist im Statut immer nur von Mitgliedern, nicht aber von Männern die Rede, so daß Frauen, die unsere Mitglieder sind, gewählt werden können. (Sehr richtig!) Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß bereits ein Fall vorliegt. Wir haben zum letzten Vertretertage der Partei in Berlin 2 Frauen als Delegierte angemeldet, und sie sind auch als Delegierte anerkannt worden. Ebenso wie sie Mitglieder der Vertretertage sein können, können sie auch Mitglieder des Zentralvorstandes sein. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde möchte ich bitten, dem Vorschlage des Geschäftsführenden Ausschusses zu entsprechen. Die Sache ist ja vom Geschäftsführenden Ausschuß bereits geprüft worden. Also die Prüfung, von der einer der Herren gesprochen hat, ist vorgenommen worden. Es kommt hinzu, daß die Frauenorganisationen in der letzten Zeit außerordentlich tatkräftig vorgegangen sind und sich in sich konsolidiert haben. Wenn jetzt gesagt wird, sie sollen keine Vertreter haben, so wählen wir sie ja nicht als Vertreter der Organisation, sondern als Mitglieder unserer Partei. Warum sollen wir sie zurückstoßen? Im Interesse der Partei bin ich der Ansicht, daß wir sie aufnehmen sollten.

Falk[27]): Meine Herren, ich kann die Auffassung des Herrn *Cremer* nicht teilen. Ich bin, wie eben Herr *Marwitz* zutreffend ausgeführt hat, nicht der Meinung, daß irgendeine Bestimmung unserer Satzung der Zuwahl von Frauen im Wege steht. Ich halte das für ausgeschlossen. Dann aber irrt Herr *Cremer* sich auch, wenn er glaubt, daß die Frauen als Vertreter irgendeiner Sonderorganisation gewählt werden sollen. Ich stehe grundsätzlich auf seinem Standpunkt, daß wir Vertreter von Sonderorganisationen nicht mehr im Zentralvorstand zulassen sollen, wie das ja auch beschlossen worden ist. Aber die Frauen sollen ja gar nicht als Vertreter irgendeiner Sonderorganisation gewählt werden, sondern als organisierte Mitglieder unserer allgemeinen Verbände. Bei uns sind schon viele Frauen mit großem Erfolge tätig. Sie arbeiten mit uns auf allen Gebieten, und wir danken ihrer Arbeit recht erhebliche Fortschritte. Ich glaube, die Nationalliberale Partei würde für die Zukunft Deutschlands schlecht vorsorgen, wenn sie [sich] der Arbeit der Frauen an allen Stellen entschlagen wollte. (Sehr richtig!) Die Dinge haben sich doch namentlich seit dem Kriege so gestaltet, daß Frauenarbeit jetzt und in Zukunft nicht mehr entbehrt werden kann. Denken Sie, was unsere Sache angeht, nur an das eine, daß wir erwarten müssen, daß die Frauen unsere Söhne in unserem Geiste erziehen sollen. Das gilt namentlich in den tausend und abertausend Fällen, in denen der Vater dem Kriege zum Opfer gefallen ist, und wir nun darauf rechnen müssen, daß die Frau die Söhne zu nationalliberalen Männern erzieht. Ich bin also der Auffassung, daß der Antrag angenommen werden muß.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine verehrten Herren, ich möchte mich namens des Geschäftsführenden Ausschusses den Ausführungen anschließen, die die beiden Herren Vorredner eben gemacht haben, möchte aber eine Sache klarstellen, die schon von Herrn Dr. *Marwitz* zum Teil klargestellt worden ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Frauen, soweit sie in unsere organisierten Vereine aufgenommen worden sind, alle Rechte der Männer haben (sehr richtig!), und wenn uns einmal auf den Vertretertagen Frauen präsentiert werden, so sind sie vollberechtigte Mitglieder, wie jedes andere. Das Statut widerspricht nicht vollständig, das habe ich ja auch nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, es ist vielleicht nicht ganz in Einklang zu bringen. Vielleicht ist es aber eben Sache der Interpretationskunst, denn das Statut sagt in § 5 Nr. 6: Die Vertreter der besonderen, einem landschaftlichen Verbande angeschlossenen Vereine. Das sind solche besonderen Vereine, wie z. B. Arbeitervereine, es können auch sogar Turnvereine und ähnliche sein, nur müssen sie in irgendeiner Form einem Landesverbande angeschlossen sein. Wenn also die Frauen dieser Anforderung entsprechen, so wäre gar kein Anstoß daran zu nehmen, daß sie auch hier ihre Vertreter haben.

Aber, meine Herren, ich möchte doch dringend davor warnen, diese Debatte jetzt noch zu vertiefen. (Sehr richtig!) Wir haben wirklich heute wichtigere Dinge zu tun. (Sehr richtig!)

Soll ich den Antrag auf Absetzung zur Abstimmung bringen? (Wird bejaht.) Wenn die Absetzung beschlossen werden sollte, würden wir so verfahren, daß der Geschäftsführende Ausschuß ein Exposé über die Frage ausarbeitet, es den Mit-

[27]) Die Ehefrau des Justizrats Bernhard *Falk* war Schriftführerin im „Propaganda-Ausschuß der Frauen der Nationalliberalen Partei"; vgl. Organisationshandbuch 1914/15 S. 20.

gliedern des Zentralvorstandes zugehen läßt, und auf Grund dieses Exposés wird dann in der nächsten Zentralvorstandssitzung die Frage prinzipiell entschieden. (Zustimmung.) Ich würde für mein Teil wünschen, daß die Frage heute schon entschieden würde. (Sehr richtig!) Zunächst muß ich aber den Antrag auf Absetzung zur Abstimmung bringen.

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:**
Ich würde meinen, daß der Antrag nicht zur Abstimmung kommen soll!)

Erlauben Sie, Durchlaucht, sobald der Antrag auf Absetzung gestellt ist, muß er zur Abstimmung kommen.

(Zuruf: Es auch nicht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.
Wenn wir es heute absetzen, ist es erledigt!)

Nein, die Tagesordnung wird ja doch neu gemacht.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Absetzung beschließen wollen, die Hand zu erheben. (Ruf: Für heute?) Für heute natürlich. (Die Abstimmung erfolgt.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Ich glaube, die zuerst abstimmenden Herren waren die Majorität. (Wird bejaht.) Die Sache ist für heute abgesetzt.

Dann, meine Herren, sind die Punkte 1, 2, 3 erledigt, und wir kommen nun zur

Berichterstattung über die politische Lage.

Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen. Es wird erstens einmal dem Wunsche des zweiten Referenten entsprechen und, glaube ich, für unsere Verhandlungen förderlich sein, wenn wir nicht zwei getrennte Verhandlungen vornehmen, sondern beide Fragen zusammenziehen. Wir würden demgemäß zuerst das Referat des Herrn Dr. *Stresemann* hören, dann das Referat des Herrn Dr. *van Calker*. Das letztere Referat würde, wie mir Herr Professor *van Calker* versichert hat, nur etwa 20 bis 25 Minuten in Anspruch nehmen. Nach diesem Referat würde dann die Diskussion stattfinden, die beide Themata mit umfaßt. Ich glaube, daß wir so am schnellsten zum Ziele kommen. Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, werden wir so verfahren.

Ich bitte nun zunächst den Herrn Kollegen *Stresemann* das Wort zu nehmen.

Reichstagsabgeordneter Dr. **Stresemann:** Meine sehr geehrten Herren! Wir stehen wohl alle unter dem Eindruck, daß die nächste Zeit über Deutschlands Zukunft entscheidet. Der Herr Staatssekretär *v. Kühlmann* hat bei den Beratungen des Hauptausschusses des Deutschen Reichstages vom letzten Kriegsjahre gesprochen[28]). In London hat *Lord Cecil* davon gesprochen, daß wir in der letzten Phase dieses Weltkrieges ständen[29]). Die Note des *Papstes*[30]) war dazu bestimmt, eine weltpolitische Atmosphäre für die beginnenden Verhandlungen zwischen den Kriegführenden zu schaffen. Neben den offiziellen Antworten der beteiligten

[28]) HA. 172. Sitzung, 22. 8. 1917.

[29]) Diese Äußerung *Cecils* hatte *Kühlmann* am 10. 9. 1917 im Siebener-Ausschuß erwähnt; vgl. Quellen 1/I S. 197. Robert *Cecil* (1864—1958) war britischer Blockademinister von Dezember 1916 bis August 1918.

[30]) Siehe Schulthess 1917/II S. 538 ff. Die päpstliche Friedensnote war am 15. 8. 1917 dem *Reichskanzler* überreicht worden.

Staaten laufen bereits Separaterklärungen, die nach neutralen Stellen gerichtet worden sind, und die im Detail auf Kriegsziele eingehen[31]). Täuscht nicht alles, so werden gegenwärtig die Grundlagen für Deutschlands Stellung in der Welt gelegt. Jeder Politiker, der an verantwortlicher Stelle in dieser Zeit zu wirken hat, trägt eine ungeheure Verantwortung für das, was jetzt geschieht, was gefördert oder was unterlassen wird, und in höherem Maße trägt diese Verantwortung eine Partei und ihre Vertretung, die entscheidend bei diesen Dingen mitzuwirken hat.

Lassen Sie uns unter voller Würdigung dieser großen Verantwortung, die auf uns lastet, zunächst einen Blick auf die Weltlage werfen, weil das ja der naturgemäße Ausgangspunkt für unsere Stellungnahme sein muß. Meiner Auffassung nach wird die gegenwärtige Weltlage durch drei Faktoren entscheidend bestimmt: einmal durch denjenigen Stand der militärischen Lage, der nun schon seit geraumer Zeit besteht und sich nie zuungunsten der Mittelmächte geändert hat; zweitens durch die weltgeschichtliche Entscheidung der Einsetzung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, und zum letzten durch die weltgeschichtlichen Vorgänge, die sich im Ostreich, in Rußland, vorbereitet und durchgesetzt haben.

Meine Herren, in bezug auf die militärische Lage sehen wir das eine, daß wir an der Westfront schwer zu ringen haben. Wir haben auch immer schwerere Mühe, um den Mannschaftsersatz herbeizuschaffen, gegenüber den Feinden, denen ja das Menschenreservoir der ganzen Welt zur Verfügung steht. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß wir trotz aller unserer Anstrengungen an technischem Material gegenüber unseren Feinden unterlegen sind. Um so höher ist das zu werten, was dort geleistet worden ist, wie ich überhaupt der Überzeugung bin, daß, wenn einmal davon gesprochen werden darf in deutschen Landen und in der Welt, in welcher Unterlegenheit Deutschland in diesen Kämpfen gewesen ist, und wie es trotz dieser Unterlegenheit an Menschen und Material diese weltgeschichtlichen Erfolge hat herbeiführen können, die Bewunderung für das, was hier von unseren Truppen geleistet worden ist, noch sehr viel höher sein wird, als das, was jetzt allmählich sich in der Welt doch an Bewunderung schon durchsetzt. (Sehr richtig!)

Nun, wir haben die eine feste Überzeugung trotz der schwierigen Lage, in der wir uns unzweifelhaft in Flandern, bei Verdun und an anderen Stellen befinden, daß ein Durchbruch dieser Front unmöglich ist. Das aber ist das Entscheidende, und nicht entscheidend und ganz gleichgültig ist es, ob wir irgendwo einige Kilometer zurückgehen, ob wir diese oder jene Position aufgeben, denn der Krieg bleibt im Feindesland (Zustimmung.), und alles, was er verwüstet, alles was darniedersinkt an Städten, an Dörfern, an Ortschaften, was darniedersinkt an wirtschaftlichen

[31]) *Stresemann* spielt hier offensichtlich auf die Fühlungnahme des britischen Vatikangesandten *Graf Salis* mit dem Kardinalstaatssekretär *Gasparri* an, in welcher der Gesandte eine deutsche Erklärung über Belgien für wünschenswert erklärt hatte (23. 8. 1917). Über diese Äußerung war die Reichsleitung durch den Vatikan unterrichtet worden. Staatssekretär *v. Kühlmann* hatte daraufhin den Versuch unternommen, über den spanischen Diplomaten *Villalobar* die Friedensmöglichkeiten bei der englischen Regierung zu sondieren; über diesen Kanal wollte *Kühlmann* auch die deutsche Bereitschaft zu einem Verzicht auf Belgien zu erkennen geben. Siehe S. 332. Über diese Absicht hatte der Staatssekretär am 10. 9. 1917 vor dem Siebener-Ausschuß eine Andeutung gemacht; vgl. Quellen 1/I S. 197. Zum ganzen Zusammenhang vgl. Wolfgang Steglich, Die Friedenspolitik der Mittelmächte, Wiesbaden 1964, Bd. I S. 173 ff.

Werten steht nicht auf unserer Passivseite, das steht auf der Passivseite der Feinde, in deren Landen dieser Krieg geführt wird.

Und auf der anderen Seite haben wir in diesen letzten Monaten erlebt unseren Vormarsch im Osten, die Befreiung von Galizien und der Bukowina in diesem größten Maßstabe[32]); wir haben erlebt unseren Vormarsch in Livland, der weitergeht[33]). Gerade bei Betrachtung der politischen Lage werden wir, glaube ich, dem Vorstoß in Galizien und der Bukowina die größte Bedeutung, auch politisch, beizulegen haben, denn das russische Angebot eines annexionslosen Friedens[34]), das auf österreichische Staatsmänner einen Anreiz ausüben konnte, solange in diesem Angebot die freiwillige Herausgabe von Galizien und der Bukowina lag, hat an Bedeutung vollkommen verloren, seitdem Österreich durch unsere Hilfe in die Lage versetzt worden ist, nicht mehr auf der Grundlage eines solchen Friedens allein seine Provinzen zurückzuerhalten, sondern sie selbst durch eigene Kraft behaupten zu können.

Daß wir in bezug auf die Operationen, die sich im Osten vollziehen, in einer unbedingten Zuversicht zu dem sein können, was die Oberste Heeresleitung in Aussicht stellt, das lassen Sie mich an zwei Beispielen kurz erörtern. In den Julitagen, als wir hier im Reichstage noch bei staatspolitischen Überlegungen waren, hatte ich Gelegenheit, mit *Ludendorff* zu sprechen[35]), und damals sagte er mir: „Wenn doch der Reichstag nur um 3 bis 4 Wochen vertagt wäre." Und als ich ihn fragte: „Warum wünschen Sie das, Exzellenz?" sagte er: „Glauben Sie mir, in 3 bis 4 Wochen wird die Kriegslage anders sein, in 3 bis 4 Wochen stehen wir in Tarnopol, und wenige Tage darauf werden wir in Czernowitz sein", und wenn Sie einmal die Daten vergleichen, werden Sie sehen: kurz darauf trat, wenn auch noch unter den schwierigsten Verhältnissen, die deutsche Offensive ein durch Hergabe deutscher Truppen an unsere Verbündeten, und wenige Wochen darauf fiel Tarnopol[36]), wenige Wochen darauf fiel Czernowitz[37]), fast genau zu den vorbestimmten Terminen, wie auf den vorbestimmten Termin Riga in unsere Hände gefallen ist[38]), und wenn wir die Berichte zugrunde legen, die Rußland selber über diese Kämpfe herausgegeben hat, so ist doch kein Zweifel, daß die russische Armee anscheinend widerstandsunfähig wird gegenüber den deutschen Angriffen, und daß damit das eine sich klar abzeichnet für alle Weltfriedensverhandlungen, daß die Mittelmächte militärisch nicht niederzuringen sind, daß sie in die Friedensverhandlungen hineingehen auf Grund der gegenwärtigen, für sie in ungünstigem Sinne nicht mehr abänderlichen Kriegskarte, die in ihre Hände ein Gebiet setzt, größer als Deutschland, das sie militärisch haben, eine Erkenntnis, die heute doch soweit durchgedrungen ist, auch in die amtlichen Stellen, auch in die Völker, die gegen uns kämpfen, daß das französische Re-

[32]) Die deutsche Offensive hatte am 19. 7. 1917 begonnen.

[33]) Der Vormarsch in Livland war nach der Eroberung von Riga und Jakobstadt am 22. 9. wieder in Stellungskampf übergegangen.

[34]) Vom 9. 4. 1917. Vgl. Schulthess 1917/II S. 676 f.

[35]) Vermutlich am 7. 7. 1917; vgl. Quellen 1/I S. 73, siehe auch S. 81.

[36]) Am 24. 7. 1917.

[37]) Am 3. 8. 1917.

[38]) Am 3. 9. 1917.

gierungsorgan, der Temps jetzt im vierten Kriegsjahre zugeben muß: Deutschland — so sagt der Temps — ist vielleicht wirtschaftlich geschwächt und wird wirtschaftlich als der Bittende erscheinen, aber militärisch ist es uns bei diesen Friedensverhandlungen eminent überlegen, weil es auf die großen Gebiete hinweisen kann, die sich in seiner Hand befinden[39]).

Dazu kommt die Einsetzung des unbeschränkten U-Boot-Krieges. Vor Ihrer aller Augen wird noch unsere letzte Zentralvorstandssitzung stehen, in die die Mitteilung von dem Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika hineintraf[40]). Kein Zweifel: Die politische Wirkung des unbeschränkten U-Boot-Krieges erscheint zunächst einmal als eine für uns im höchsten Maße unerfreuliche: Abbruch der Beziehungen und Krieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika[41]), Südamerika auf der Seite *Wilsons*[42]), Abbruch der Beziehungen Chinas zu uns[43]), meine Herren, ein Abbruch der Beziehungen, der nicht leichtzunehmen ist, über den man nicht spotten und leicht hinweggehen wird, weil er mindestens auf wirtschaftlichem Gebiet die Gefahr in sich birgt, daß dadurch viele Werte gefährdet, unter Umständen zerstört werden, die das Produkt jahrzehntelanger Anstrengungen deutschen Kaufmannsfleißes auf überseeischem Gebiete sind. Aber ich glaubte, man würde zunächst einmal falsch handeln, wenn man den Abbruch dieser Beziehungen und den Krieg, in den wir mit Amerika und der Welt draußen hineingekommen sind, lediglich auf die Tatsache des unbeschränkten U-Boot-Krieges hinüberspielen wollte[44]). Ich bin noch heute davon überzeugt, daß ohne die ganz unglücklichen Depeschen Deutschlands[45]), in denen

[39]) *Herbette* im Temps am 14. 9. 1917. — Der bekannte französische Publizist hatte angesichts des fortschreitenden russischen Zusammenbruchs auf eine gewisse militärische Schwäche der Ententeländer hingewiesen, um desto energischer einen Weltboykott und namentlich ein stärkeres wirtschaftliches Engagement der USA gegen Deutschland zu fordern. Umfangreiche Zitate aus dem Artikel sind wiedergegeben in: Frankfurter Zeitung vom 19. 9. 1917, Abendblatt.

[40]) Es war die Sitzung des Zentralvorstandes am 4. 2. 1917; vgl. NLC Nr. 28 vom 4. 2. 1917.

[41]) Die USA waren am 6. 4. 1917 in den Kriegszustand mit Deutschland eingetreten.

[42]) Die Haltung der südamerikanischen Staaten war unterschiedlich. Besonders ins Gewicht fiel, daß Brasilien am 10. 4. 1917 die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach und am 26. 10. 1917 in den Krieg eintrat. Vgl. Schulthess 1917/II S. 924 u. 931.

[43]) China hatte am 14. 8. 1917 Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg erklärt; vgl. a.a.O. S. 948.

[44]) Unter den Nationalliberalen war die Ansicht verbreitet gewesen, daß der U-Boot-Krieg nicht zum Kriegseintritt der USA führen würde; vgl. S. 278. Von der Zentralvorstandssitzung am 4. 2. 1917 verzeichnete *Frhr. v. Richthofen* folgenden peinlichen Zwischenfall: „Unmittelbar nach *Bassermann* ergriff *Stresemann* zu einer Ansprache das Wort. In derselben sprach er noch von Amerika und erklärte, daß nach seinen Informationen ein Konflikt mit Amerika vollständig ausgeschlossen sei. Noch während der Rede erhält *Schiffer* die telephonische Nachricht vom erfolgten Abbruch, die er nun sofort mitteilt. Man kann sich den Eindruck vorstellen." Nachlaß Richthofen 11.

[45]) Es handelt sich hier in erster Linie um das Telegramm *Zimmermanns* (vom 16.1.1917) an den deutschen Gesandten in Mexiko. Der Gesandte wird darin aufgefordert, mit Mexiko ein Bündnis anzubahnen, für den Fall, daß die USA wegen des unbeschränkten U-Boot-Krieges in den Krieg eintreten sollten. Das Telegramm, das von den Engländern abgefangen und dechiffriert worden war, erregte bei seiner Veröffentlichung am 1. 3. einen gewaltigen Entrüstungssturm und trug erheblich dazu bei, die neutralitätsfreundlichen Kräfte in der amerikanischen Öffentlichkeit zu schwächen. Vgl. hierzu Barbara W. Tuchman, The Zimmermann Telegram, New York 1958, passim, bes. S. 168 ff.; dort auch Abdruck des Telegramms (S. 201 f.).

drei Staaten Amerikas Mexiko angeboten wurden, gerade drei amerikanische Staaten[46]), in denen das deutsche Element mit am stärksten ist, drei Staaten, deren Abgeordnete bis dahin im Senat und im Kongreß sich gegen jeden Abbruch der Beziehungen zu Deutschland gewehrt hatten —, daß das auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten weit mehr gewirkt hat, als die Tatsache des unbeschränkten U-Boot-Krieges an sich[47]). (Sehr richtig!) Und wenn wir dann mit Argentinien, das bisher im Gegensatz zu Brasilien die Beziehungen zu uns nicht abgebrochen hat, auch in Krieg kommen, so darf man nicht unseren U-Boot-Krieg dafür verantwortlich machen, sondern, wenn die Depeschen richtig sind, die veröffentlicht worden sind, einmal die unverantwortliche, wie ich meine, gar nicht scharf genug zu kritisierende Art, in der unser dortiger diplomatischer Vertreter gehandelt hat[48]), und zweitens auch die mir ebenso unverständliche Art, in der das deutsche Auswärtige Amt derartige Depeschen entgegennimmt, ohne in dem Augenblick, wo es in dem Besitz solcher Nachrichten ist und doch die Tragweite abmessen muß, die das Bekanntwerden etwa im Gefolge haben kann, mindestens diejenige Gegenwirkung von sich ausstrahlen zu lassen, daß es von Berlin aus in Depeschen an diesen Gesandten dagegen Verwahrung einlegt, daß es irgendwie seinen Ratschlägen folgen könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Wäre die Regierung heute in der Lage, bei diesen Veröffentlichungen zu sagen: „Wir haben eine solche Depesche vom *Grafen Luxburg* erhalten; abberufen konnten wir ihn nicht, da es heute überhaupt schwer ist, mit Südamerika den geschäftlichen Verkehr aufrechtzuerhalten, aber wir haben sofort zurücktelegraphiert: Wir protestieren auf das entschiedenste gegen Ton und Inhalt Ihrer letzten Note, und wir stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt, daß wir alles tun, um die Schiffe Argentiniens zu schützen", dann wären wir in einer ganz anderen diplomatischen Lage als diejenige, in die wir hineingekommen sind[49]). (Sehr richtig!)

[46]) Texas, New Mexico, Arizona.

[47]) Es liegt auf der Hand, daß *Stresemann* hier seine entschiedene U-Boot-Politik rechtfertigen will. Es verdient indes hervorgehoben zu werden, daß B. W. Tuchman (a.a.O. S. 175 ff.) die Wirkung des Telegramms auf die amerikanische Öffentlichkeit sehr ähnlich beurteilt. Sie resümiert am Schluß (S. 200): „Had the telegram never been intercepted or never been published, inevitably the Germans would have done something else that would have brought us in eventually. But the time was already late and, had we delayed much longer, the Allies might have been forced to negotiate. To that extent the Zimmermann telegram altered the course of history."

[48]) Der deutsche Gesandte in Buenos Aires, *Graf Luxburg*, hatte am 9. 7. 1917 in einem chiffrierten Telegramm geraten, auf dem Wege nach Europa befindliche argentinische Dampfer „zur Umkehr zu zwingen oder sie ohne Hinterlassung von Spuren zu versenken oder ihnen freie Fahrt zu geben". Das Bekanntwerden dieses Telegramms, in dem zudem der argentinische Außenminister als „ein notorischer Esel" bezeichnet wurde, löste in Argentinien einen großen Entrüstungssturm aus und führte dazu, daß der deutsche Gesandte am 13. 9. durch die argentinische Regierung zur persona non grata erklärt wurde. Vgl. Schulthess 1917/I S. 794 u. 798; 1917/II S. 928 f.; Graf Karl Luxburg, Nachdenkliche Erinnerung, Schloß Aschach/Saale 1953, S. 100 ff.

[49]) Tatsächlich antwortete die deutsche Regierung am Tage der *Stresemannschen* Rede in dem von *Stresemann* gewünschten Sinne; vgl. Schulthess 1917/I S. 806. *Kühlmann* rechtfertigte die Haltung der Regierung vor dem Hauptausschuß, vgl. a.a.O. S. 828 sowie HA. 180. Sitzung, 28. 9. 1917.

Ich möchte da hinzufügen — ich werde nachher noch darauf kommen —, daß meiner Auffassung nach — ich erinnere Sie an manche Ausführungen, die *Bassermann* hier gemacht hat[50]) — unsere Politik gegenüber den Vereinigten Staaten überhaupt von Anfang an eine so wenig konsequente und folgerichtige gewesen ist, daß wir dem *Präsidenten* der Vereinigten Staaten leider selbst die Waffen in die Hand gespielt haben, die er jetzt gegen uns anwendet. Wenn wir selbst ihn als den erhabensten Vertreter der Menschlichkeit zur Entscheidung über Völkerrechtsbrüche ausrufen[51]), dann ist es natürlich für unsere amtlichen Stellen sehr schwer, später gegen ihn vorzugehen, wenn er sich in Dinge mischt, zu denen er als Schiedsrichter ebensowenig berufen ist, wie er damals berufen war, als Schiedsrichter von uns angerufen zu werden[52]). (Sehr richtig!) Und wenn leider feststeht, daß wir wiederholt auf Veranlassung des Kanzlers *v. Bethmann Hollweg* an den Präsidenten *Wilson* die Bitte gerichtet haben, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen[53]), daß ihm von unserer amtlichen, offiziellen Seite angesichts des Arabic-Falles die Versicherung gegeben worden ist, wir würden auf den unbeschränkten U-Boot-Krieg unter allen Umständen verzichten, wenn *Wilson* als Gegenleistung die Friedensvermittlung in die Hand nähme[54]), dann sind allerdings unseren amtlichen Stellen die Waffen genommen, um gegen *Wilson* vorgehen zu können, und manches wird dem amerikanischen *Präsidenten* in anderem Lichte erscheinen, als es das deutsche Volk mit Recht sieht, das von dieser „genialen" Politik unserer Diplomatie bis heute keine Kenntnis gehabt hat. Deshalb meine ich, man soll denjenigen, die, wie wir in der Reichstagsfraktion, für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eingetreten sind, nun nicht den Vorwurf machen: Sie haben uns dadurch in Krieg mit der ganzen Welt gebracht. Es läßt sich sehr leicht eine Politik denken, die unter voller Ausnutzung dieser Waffe uns diesen Zusammenbruch nicht gebracht hätte, vor dem wir allerdings jetzt stehen.

Meine Herren, wenn ich aber die politischen Wirkungen auf die Passivseite setze, soweit es die Beziehungen zu anderen Staaten betrifft, so muß ich doch andererseits bekennen, daß ich das, was an wirtschaftlichen Wirkungen von dem unbeschränkten U-Boot-Krieg in diesem Weltkriege ausgestrahlt ist, sehr viel höher einschätze, und daß ich der festen Überzeugung bin, die mir auch aus hanse-

[50]) Siehe S. 234.

[51]) Dies war in der deutschen Note vom 7. 9. 1914 geschehen; vgl. Schulthess 1914/I S. 398 b.

[52]) Zum Problem der amerikanischen Friedensvermittlung siehe Bernstorff S. 267 ff.; Tansill S. 468 ff.; Birnbaum passim; Wolfgang Steglich, Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden — Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. 12. 1916, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1958, S. 94 ff.

[53]) Die deutschen Bemühungen um eine amerikanische Friedensinitiative begannen im April 1916 und gipfelten im kaiserlichen aide mémoire vom 9. 10. 1916. Vgl. Bernstorff S. 267 ff., bes. S. 290 f.

[54]) *Stresemann* verwechselt hier offenbar den Arabic-Fall (19. 8. 1915) mit dem Sussex-Fall (24. 3. 1916). Birnbaum S. 95 stellt dazu fest: „The idea of using a necessary German concession in the submarine question to bring about an American peace move seems to have been put forward for the first time by *Bethmann Hollweg* at the Berlin conference of April 24, 1916." In diesem Sinne hatte *Bethmann* am 1. 5. 1916 zum amerikanischen Botschafter gesagt: „I hope now that if we settle this matter your *President* will be great enough to take up the question of peace." Siehe Gerard S. 250.

atischen Kreisen jüngst in vollem Maße bestätigt worden ist[55]), daß der 1. Februar 1917 nicht nur den entscheidenden Punkt in bezug auf den Ausgang dieses Weltkrieges, sondern darüber hinaus auch die Entscheidung für die angemaßte Weltherrschaft Englands auf dem Meere gebracht hat.

Ich möchte um so mehr hier etwas ins Detail eingehen, weil draußen im Lande ganz falsche Meinungen, irrige Auffassungen über das vorhanden sind, was im Reichstage über mangelnde Wirkung des U-Boot-Krieges verbreitet worden war. Mir sind Auffassungen begegnet, als seien von amtlicher Stelle den Mitgliedern des Reichstages irreführende Ziffern gegeben worden. Meine Herren, das ist vollkommen unrichtig. In den letzten Januartagen, als wir im Hauptausschuß über diese Frage berieten, haben Admiralstab und Reichsmarineamt daran festgehalten, daß sie, wenn man ihnen die Unbeschränktheit des U-Boot-Krieges konzedierte, sich verpflichteten, 600 000 Tonnen feindlicher Tonnage — feindliche Tonnage in diesem Sinne ist alles, was im Sperrgebiet erscheint — monatlich zu vernichten[56]), und wenn Sie die Ergebnisse des U-Boot-Krieges ansehen, so werden Sie sehen, daß die Voraussage nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen worden ist, weit über dasjenige hinaus, was wir selbst als Optimisten erwartet haben[57]), und dabei sind alle Auffassungen irrig, als wenn es dem Gegner bis heute gelungen sei, ein Mittel gegen unsere U-Boote zu finden[58]). Es sind in den ersten 6 Monaten des unbeschränkten U-Boot-Krieges 19 U-Boote von uns verloren worden[59]), ein bedauerlicher Verlust, aber längst weit überholt durch diejenigen Neubauten, die in Dienst gestellt worden sind, wobei Sie sich die Entwicklung der U-Boot-Technik vor Augen halten müssen: Neue U-Boot-Kreuzer stärker an Armierung, dadurch in der Lage, auf weit größere Entfernungen den Kampf aufzunehmen, stärker vor allem in ihrem Aktionsradius, dadurch in der Lage, mehrere Wochen länger zu wirken, als das früher der Fall gewesen war. Was *Erzberger* kritisierte[60]), waren nicht die Leistungen der U-Boote an sich, sondern das waren die Wirkungen dieses U-Boot-Krieges auf England. Was er in die Debatte warf, war die Frage: Kann man bei den Wirkungen des U-Boot-Krieges lediglich die Tonnage Englands und seiner europäischen Verbündeten in Betracht ziehen, muß man nicht viel mehr die gesamte Welttonnage zur Grundlage machen, die ja England zur Verfügung steht, wenn es seine Druckmittel anwendet? In diese Kritik *Erzbergers* mischt sich meiner Auffassung nach Berechtigtes und Unberechtigtes. Selbstverständlich kann es einem erscheinen, als wenn in einer Zeit, in der die ganze Welt gegen uns steht, auch die Tonnage dieser ganzen Welt unseren Gegnern zur Verfügung stände. In Wirklichkeit stehen die Dinge so, daß in den Verhandlungen der französischen Kammer der französische Handels-

[55]) Vgl. dazu auch die Kundgebungen der hamburgischen und der bremischen Kaufmannschaft am 3. 9. 1917; vgl. Kölnische Zeitung Nr. 843 vom 3. 9. 1917.

[56]) Siehe Fischer S. 394.

[57]) Bis Ende 1917 wurden monatlich jeweils mehr als 600000 t Schiffsraum versenkt; vgl. Weltkampf Bd. 4 S. 276.

[58]) Tatsächlich hat die verstärkte englische Abwehr, vor allem das Geleitzugsystem, die Wirkung des U-Boot-Krieges seit September 1917 stark gemindert. Vgl. Lord Jellicoe, Der U-Bootkrieg — Englands schwerste Stunde, Berlin o. J., S. 181 u. 218 ff.

[59]) Mitteilung des Staatssekretärs *v. Capelle*, in: HA. 173. Sitzung, 23. 8. 1917.

[60]) HA. 166. Sitzung, 6. 7. 1917.

minister der Kammer mitteilte, alle Bemühungen, Japan zu veranlassen, von seiner Handelstonnage den Alliierten etwas abzugeben, hätten bisher nur dazu geführt, daß Japan 4 Schiffe von je 5000 bis 6000 Tonnen zur Verfügung gestellt habe[61]), was selbstverständlich an der Frachtraumnot nicht das geringste ändert. Ich bin der Überzeugung, daß England nicht davor zurückschrecken wird, wenn ihm das Messer an der Kehle sitzt, die holländische Tonnage glatt zu beschlagnahmen[62]), wie es über die norwegische verfügt, wie es die griechische beschlagnahmt hat[63]). Es wird auch über die schwedische Tonnage verfügen, wenn es seine Druckmittel seiner Zeit gegenüber Schweden anwendet. Aber darüber hinaus sich vorzustellen, daß eines Tages die Schiffe der ganzen Welt nur nach London und Liverpool fahren werden, daß der ganze gewaltige Küstenverkehr im Stillen Ozean überhaupt aufhört in einem Lande[63a]), in dem alles auf diesen Frachtverkehr auf dem Meere überhaupt angewiesen ist, — meine Herren, das ist Utopie, das ist als ob man im luftleeren Raum leben wollte, und das, was *Erzberger* bei seiner Aufstellung entgangen ist, ist, daß von den verschiedenen Millionen amerikanischer Tonnage doch 2¾ Millionen in amerikanischen Binnenseen sind, Tonnage, die überhaupt nicht auf das Meer hinauszubringen ist. Das ist doch immerhin ein bedenklicher Fehler, der zu Fehlschlüssen führen kann. Wir sehen heute, daß die Wirkungen des unbeschränkten U-Boot-Krieges sich in England in zunehmendem Maße in der Versorgung der Heere, in der Versorgung der gesamten Bevölkerung äußern. Ich weise Sie lediglich auf Stimmen hin, die in England selbst über diese Wirkungen laut geworden sind, ich weise Sie hin auf die Berichte aus Australien, daß festgestellt wurde, daß 2½ Millionen geschlachtete Hammel nicht nach England verfrachtet werden können, weil England keine Tonnage zur Verfügung hat, um sie abzuholen. Ich weise Sie auf dieVerhandlungen hin, in denen mitgeteilt wurde: Es sind jetzt keine Lager- und Speicherräume mehr für Getreide vorhanden, das Getreide liegt jetzt auf den Straßen herum, da es von England nicht abgeholt wurde. Ich weise Sie darauf hin, daß die Frage erörtert worden ist, wie man der australischen Landwirtschaft durch finanzielle Unterstützung helfen könne, wenn es so weiterginge, daß die Produktion Australiens im Werte von vielen Hunderten von Millionen Mark nicht mehr nach England kommt, weil England keine Schiffe hat, um diese für seine Verpflegung so notwendigen Cerealien von Australien zu holen[64]). Ich weise Sie hin auf Verhandlungen in der französischen Kammer, in denen ausgeführt wurde,

[61]) *v. Capelle* hatte berichtet, daß Japan den Alliierten 25 Schiffe mit 84000 t zur Verfügung gestellt habe, davon 4 Schiffe für Frankreich. Siehe HA. 173. Sitzung, 23. 8. 1917, ferner Schulthess 1917/II S. 952.

[62]) Tatsächlich wurden im Frühjahr 1918 die holländischen Schiffe, die in nordamerikanischen Häfen lagen, für den Transport von amerikanischen Truppen und Ausrüstungen beschlagnahmt. Vgl. Weltkampf Bd. 4 S. 272.

[63]) Die im Winter 1916/17 beschlagnahmte griechische Handelsflotte wurde seit dem 2. 8. 1917 wieder an die griechischen Eigentümer zurückgegeben. Vgl. Schulthess 1917/II S. 846 u. 852.

[63a]) Gemeint ist wahrscheinlich Japan.

[64]) Im Jahre 1917 hatte England in Australien vorsorglich große Weizenkäufe getätigt, da mit einer schlechten Ernte gerechnet wurde. Als dann die amerikanische Ernte besser als erwartet ausfiel, gab England der kürzeren Atlantikroute den Vorzug und ließ etwa 2,5 Mill. Tonnen von gekauftem Weizen in Australien unverschifft liegen. Vgl. C. Ernest Fayle, Seaborne Trade, London 1924, Bd. III S. 20 ff., 89, 109, 128, 173, 282.

daß die Munitionsversorgung zu mangeln beginne, weil die von England zugesagten Lieferungen infolge mangelnden Frachtraumes beschränkt würden, daß von den schließlich nach vielen Verhandlungen zugesagten 4000 Tonnen nur 420 angekommen wären, das übrige durch die U-Boote vernichtet worden sei[65]). Ich bin der festen Überzeugung, daß wir durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg überhaupt nur die Möglichkeit uns geschaffen haben, zu einem für uns guten Frieden zu gelangen. (Zustimmung.) Wenn man den unbeschränkten U-Boot-Krieg kritisiert und sagt, er wirke zu langsam, dann muß man sich die Gegenfrage stellen: Wo ständen wir denn, und wie ständen wir denn, wenn wir diese Waffe nicht eingesetzt hätten? (Sehr richtig!) Gewiß ständen wir dann vielleicht auch gut, gewiß ständen wir dann auch in Riga, gewiß auch in Galizien; aber dann wäre doch die Sache so: Die anderen würden sich sagen: Du magst siegen, du kannst dich totsiegen, aber wirtschaftlich wirst du von Monat zu Monat blutleerer, und wir, die wir diesen Krieg nicht spüren, wir in England, die wir unberührt von allen Ergebnissen des Krieges wirtschaftlich weiterleben und atmen, wir haben Zeit, und bei dir kommt der Tag, wo du nicht mehr weiter kannst, weil du es wirtschaftlich nicht aushältst. (Sehr richtig!) Das war die große Gefahr, in der wir standen, daß wir doch wirtschaftlich niedergezwungen wurden im Laufe des durch Monate und Jahre hingezogenen Krieges, auch wenn wir militärisch siegreich waren. Jetzt haben wir auch die wirtschaftliche Offensive in die Hand genommen gegenüber England, jetzt spürt England denselben Prozeß. Es geht bei ihm naturgemäß schneller, weil ein Land, das nicht die Landwirtschaft hat wie die deutsche, das zu 85% auf überseeische Zufuhr angewiesen ist[66]), das Wegbleiben dieser Zufuhr natürlich in ganz anderem Maße spüren muß. Ich habe einmal gegenüber Herrn *v. Bethmann Hollweg* gesagt: Sie sagen uns immer, wir wollten England in der und der Zeit auf die Knie zwingen. Ich habe mir diesen Ausdruck nie angeeignet, aber eines sage ich Ihnen: Der unbeschränkte U-Boot-Krieg wird die Wirkung haben, daß wir England auf die Friedensbank zwingen, daß für England dieser Krieg ein schlechtes Geschäft wird, und daß es eines Tages sagen wird: Nachdem ich diese Wirkung Monat für Monat immer weiter übersehe, werde ich suchen, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen[67]). Diese Wirkung, meine Herren, hat der unbeschränkte U-Boot-Krieg schon heute gehabt. Wenn überhaupt zwischen England und anderen Mächten verhandelt wird, wenn England überhaupt mit genialer Diplomatie anfängt, den Frieden für sich vorzubereiten, so geschieht das meiner Meinung nach aus dem Grunde, weil jetzt auch England diesen Krieg mit der Uhr in der Hand kämpfen muß, weil es ganz sicher weiß, daß es über einen bestimmten Termin hinaus diese fortgesetzte Schwächung durch den U-Boot-Krieg nicht mehr aushält. (Sehr richtig!)

[65]) Ein Bericht über die Verhandlungen in der französischen Kammer war den Mitgliedern des Haushaltsausschusses am 23. 8. 1917 (173. Sitzung) überreicht worden.

[66]) C. Ernest Fayle (a.a.O. I S. 3) teilt als Ergebnis einer amtlichen Ausschußuntersuchung mit, "that on an average of the five years 1909–1913, inclusive, nearly to two thirds, in nutriment values, of the annual consumption of foodstuffs in the United Kingdom came from abroad . . ."

[67]) Die diesbezügliche Auseinandersetzung zwischen *Stresemann* und *Bethmann* hatte im Haushaltsausschuß während der Verhandlungen in den letzten Märztagen des Jahres 1916 stattgefunden. Vgl. den vertraulichen Bericht von nationalliberaler Seite, in: Kleine Erwerbungen Nr. 303—17.

Meine Herren, an den Ziffern unserer U-Boot-Erfolge ist nicht zu zweifeln[68]). England hat bis heute trotz aller Mahnungen aus dem Parlament sich geweigert, seinerseits die Ziffer der verlorenen Tonnage bekanntzugeben. Wenn England nachweisen könnte, daß unsere Ziffern falsch wären, so würde es das längst getan haben. (Sehr richtig!) Daß mit einem Schlage vom 1. Februar ab jede Bekanntmachung der Verlustziffern aufhörte, zeigt die englische Angst, und es kommt noch ein anderes hinzu. England trat in diesen Krieg ein mit einer Tonnage, die sich zur deutschen etwa 5:1 verhielt. England war die führende Welthandelsmacht, war der Weltfrachtführer. Es hoffte, aus diesem Kriege wirtschaftlich gestärkt hervorzugehen, sich unseres Welthandels zu bemächtigen in einer Zeit, in der es Deutschland von den Meeren und vom Handel absperrte. Wenn jetzt Monat für Monat 700000, 900000 Handelstonnage, darunter 500000 bis 600000 englische Tonnage niedersinkt, dann ist für England schon heute dieses Verhältnis gar nicht mehr vorhanden. Es verschiebt sich von Monat zu Monat. Aber in den Frieden hineingehen etwa im Verhältnis von 2:1, das würde für England bedeuten, daß Deutschland ein halbes Jahrhundert nachgeholt hat in seinem wirtschaftlichen Gleichkommen gegenüber England. (Sehr richtig!) Mir sagt *Lohmann*[69]): Seien Sie überzeugt, die englischen Reeder sind längst bei ihrem Handelsminister gewesen und haben ihm gesagt: Das ist unser wirtschaftlicher Niederbruch, wenn das, was wir dadurch vor Deutschland voraus hatten, daß Deutschland so spät zur Entscheidung kam, diese gewaltige Überlegenheit unserer Handelsflotte aufhört, und wenn wir etwa, weil du den Krieg verlängerst, pari passu mit Deutschland eintreten, denn Deutschland kann sich an sich soviel Schiffe bauen wie England, wenn auch nicht auf deutschen Werften; es kann sich ja unter Umständen auch auf fremdländischen Werften Schiffsmaterial holen. Für England wäre es unerträglich, daß der feste Power standard, den es uns gegenüber in bezug auf die Handelsflotte hatte, von Monat zu Monat geringer wird und damit Deutschland in die Möglichkeit kommt, ihm gegenüber auch auf dem Weltfrachtmarkt als der Mitbewerber aufzutreten, der es auf dem Wege der industriellen Entwicklung schon längst gewesen ist.

Das sind die Faktoren, die nach unserer wirtschaftlichen Offensive durch den U-Boot-Krieg in England für eine Verkürzung des Krieges wirken. Deshalb, glaube ich, müssen wir dankbar dafür sein, daß dieser 1. Februar gekommen ist, daß wir uns dazu durchgerungen haben, von der Waffe Gebrauch zu machen, dankbar dafür sein, daß wir jetzt auch in der Lage sind, selbst wenn Friedensverhandlungen beginnen, einen Waffenstillstand ablehnen zu können, die Waffenhandlungen weiter fortführen zu können (Beifall.) und in die Situation zu kommen, daß nicht nur wir uns mit knurrendem Magen an den Friedenstisch setzen, sondern auch England, und daß England weiß, daß jede diplomatische Hinauszögerung des Friedens ihm die weitere Schwächung bringen muß. Deshalb sollen wir niemals das Dankgefühl für diejenigen vergessen, die den mehrfachen Widerständen zum Trotz schließlich die Idee des unbeschränkten U-Boot-Krieges durchgesetzt haben, und wir können nur bedauern, daß der Träger dieses Ge-

[68]) Die von dem deutschen Admiralstab gemeldeten Versenkungsziffern kamen der tatsächlich versenkten Tonnage recht nahe. Vgl. Weltkampf Bd. 4 S. 283.

[69]) Gemeint ist hier wohl Friedrich *Lohmann*, Syndikus der Handelskammer in Bremen.

dankens an der Spitze unserer Reichsmarine nun in dem Moment, wo seine Gedanken sich auswirkten, nicht mehr selber der Ausführende sein konnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, neben der Passivseite der Verschlechterung unserer weltpolitischen Beziehungen steht natürlich auch die dadurch genährte Hoffnung der Entente auf amerikanische Hilfe. In dieser Beziehung haben wir vom Reichsmarineamt Erklärungen verlangt. Das Reichsmarineamt hat uns damals gesagt: Wir rechnen damit, daß Amerika versuchen wird, ein Heer von mehreren hunderttausend Mann aufzustellen. Wir sind überzeugt, daß ihm das gelingen wird, denn an Menschenmaterial fehlt es ihm nicht. Wir sind auch überzeugt, daß der Wille Amerikas dazu da ist; wir rechnen aber für die Aufstellung dieses Heeres mindestens eine Frist von 6 Monaten, und wenn der U-Boot-Krieg 6 Monate gewirkt hat, glauben wir nicht, daß genügend Frachtraum da sein wird, um ein solches Heer nach Europa zu bringen[70]). Diese Voraussage des Reichsmarineamtes hat sich ebenfalls voll erfüllt; denn, wenn auch Amerika imstande wäre, dieses Heer aufzustellen, — herübergebracht vermag es in dieser Stärke nicht zu werden. Nach Zeitungsmitteilungen sollen jetzt 20000 Amerikaner nach Flandern kommen. Das ist das, was Amerika mit dem ihm zur Verfügung stehenden Frachtraum jetzt nach 7 Monaten zu leisten in der Lage ist[71]). Der Gedanke, Holzschiffe für die Beförderung dieses Heeres zu bauen, ist vollkommen aufgegeben. Stahlschiffe in derjenigen Stärke zu bauen, die für die Beförderung des Heeres nötig wäre, ist von den großen Werften Amerikas nur innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten für möglich erachtet worden. Das ist eine Zeitspanne, die meiner Meinung nach England nicht abwarten kann. Infolgedessen sehen Sie bei der Entente auch das Niederbrechen der Hoffnung darauf, daß Amerika das Schicksal wenden könnte.

Verloren haben wir unsere deutschen Schiffe und manches, was wir an Idealen hineinverwebt haben in diese großen Schiffe, die stolze Namen trugen. Das ist damit mit heruntergesunken. Aber diese Schiffe sind auch heute noch nicht fahrfähig, so gründlich sind sie zerstört worden, ehe sie in die Hände der Vereinigten Staaten gelangten. (Beifall.) Und es scheint mir doch, daß die amtlichen Stellen der Marine die weitsichtigeren Diplomaten waren, als sie viele Monate vor dem 1. Februar das große Risiko trugen, den Befehl hinauszugeben, alle Schiffe bis zur Unbrauchbarmachung zu zerstören für den Fall eines Konfliktes mit Amerika (Zustimmung.), sie nicht in die Hände Amerikas fallenzulassen[72]), so daß die Rechnung, die nun aufgemacht wird, auch von *Erzberger:* Ja, die Entente hat aber 1500000 Tonnen deutscher Schiffe, bis heute eine theoretische Rechnung ist, denn Schiffe, mit denen ich nicht fahren kann, zählen nicht innerhalb des Weltverkehrs. Auch hier hat das Reichsmarineamt gesagt: Sie werden die Schiffe ausbessern, sie werden sie fahrfähig machen, aber das wird mindestens 6 Monate in Anspruch nehmen. Meine Herren, sieben Monate sind seitdem vergangen, die Schiffe haben die Fahrfähigkeit bisher nicht erlangt.

---

[70]) Vgl. Westarp II S. 154.

[71]) Vgl. S. 262.

[72]) Vgl. Bernstorff S. 379.

Damit, glaube ich, wird man militärisch sagen können, daß das Wort *Hindenburgs* nicht eine Phrase, sondern volle Wirklichkeit ist: Unsere Lage war militärisch nie glänzender als gegenwärtig[73]). Und das ist dasjenige Positive, mit dem wir Friedensangeboten entgegensehen können, mit dem wir an den Weltfriedenstisch treten. Meine Herren, dazu kommt als positiver Faktor der Zusammenbruch des russischen Reiches. Ich glaube, darüber bestehen wohl auch heute in der Entente keine Zweifel mehr, daß hier ein militärischer, ein finanzieller und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vorliegt. Es mögen bei den Berichten *Kerenskis* politische Momente mitgespielt haben, um die Friedensfreunde um jeden Preis zu diskreditieren. Er hat davon gesprochen, daß in Galizien die Russen gewichen sind, trotzdem die Deutschen gegen die Russen im Verhältnis von 1:7 gefochten haben. Die Truppen, die Riga erobert haben, standen gegenüber einer durch Natur und Kunst glänzend befestigten Stellung, standen gegenüber einer Stadt, geschützt durch einen 500 Meter breiten Fluß, geschützt durch Sumpfgelände, geschützt durch drei in zwei Jahren ausgebaute Stellungen mit Stacheldrähten, verteidigt durch 17 russische Divisionen, und durchbrachen diese ganzen Hindernisse, durchbrachen die ganze Macht in 24 Stunden. Das ist der militärische Zusammenbruch in jeder Form. Der politische Zusammenbruch folgt aus der einfachen Erkenntnis der Sachlage, daß man ein Riesenreich nicht gleichzeitig revolutionieren, den inneren und den Feind an der Grenze bekämpfen kann. Der wirtschaftliche Zusammenbruch zeigt sich in dem völligen Nichtergebnis, in dem Leerergebnis der letzten Freiheitsanleihe, zeigt sich in dem sinkenden Rubelkurs, in der Unmöglichkeit der Lösung der Transportfrage, der Lösung der Ernährungsfrage in den Städten. Deshalb hat England auch seinen Verbündeten vollkommen preisgegeben[74]). Es ist sehr interessant, wenn man jetzt englische Zeitungen liest, die ja stets von Downing Street informiert werden. Heute schreibt New Statesman[75]) in England: Was nützt uns eigentlich Rußland? Abgesehen von einer kurzen, befreienden Offensive hat es uns militärisch nichts genützt. Es kostet uns unsere wichtigen Genietruppen, es kostet uns unheimlich viel Material, es kostet uns Schiffsraum; wir könnten den Krieg auch weiterführen, wenn Rußland nicht mehr an unserer Seite wäre[76]). Man hat auf *Kornilow* gehofft[77]). *Kornilow* brach vorläufig wenigstens zusammen. Heute rückt die englische Presse in einer Weise von Rußland ab, die deutlich zeigt, daß Englands Weg zum Frieden auch nach der Richtung hin geht, auf Rußland

[73]) *Hindenburg* hatte am 20. 8. 1917 in einem Telegramm an *Michaelis* festgestellt: „Ein Blick auf alle Fronten ergibt, daß wir militärisch zu Beginn des 4. Kriegsjahres so günstig stehen wie nie zuvor." Dieses Telegramm war von *Michaelis* am folgenden Tage im Haushaltsausschuß (171. Sitzung) verlesen worden.

[74]) Der englische Botschafter in Petersburg, George *Buchanan*, schrieb in seinem Rechenschaftsbericht (Meine Mission in Rußland, Berlin 1926, S. 231) über die Situation im September 1917: „*Kornilows* mißglückter Versuch eines Handstreiches hatte [. . .] meine letzte Hoffnung auf eine Besserung der Lage an der Front oder im Hinterlande zerstört."

[75]) Nr. 231 vom 8. 9. 1917.

[76]) In dem betreffenden Artikel wird darauf hingewiesen, daß der Eintritt der USA in den Krieg in absehbarer Zeit den Ausfall Rußlands mehr als ersetzen wird.

[77]) Der russische Oberbefehlshaber *Kornilow* hatte Anfang September 1917 vergeblich den Versuch unternommen, durch diktatorische Maßnahmen die Kriegstüchtigkeit des Landes wiederherzustellen.

zu verzichten, wenn es auf der anderen Seite das durchzubringen vermag, was an anderen Stellen der Welt an englischen Interessen vorhanden ist.

Frankreich und Italien will ich in diesem Zusammenhange kurz erwähnen: die geheimen Verhandlungen in der französischen Kammer, aus denen uns hier im Ausschuß berichtet worden ist[78]), daß man verlangt habe einen Wechsel im Oberbefehl, daß man verlangt habe einen amtlichen Befehl an sämtliche Regimenter, französische Menschenleben in Zukunft zu schonen, und daß in wilder Leidenschaft erklärt worden sei: Wir kämpfen nicht mehr weiter, wenn der Engländer jetzt nicht zuerst angreift. Die Verhältnisse in Italien sind unübersichtlich, aber doch anscheinend auch wilden Gärungen zuneigend. Meine Herren, ich erhielt gestern die Mitteilung von einem sehr wichtigen Brief, der mir in Abschrift zugehen wird, den der Sozialistenführer *Troelstra* an die Sozialisten Deutschlands, an Herrn *Scheidemann* und andere, gerichtet hat[79]) — ich bitte, da es sich um einen Brief handelt, ihn vertraulich zu behandeln — des Inhalts: Wenn Ihr jetzt in Deutschland im Reichstag Ruhe haltet, — in den nächsten 14 Tagen ist die Stimmung in England und Frankreich dem Zusammenbruch nahe; nur jetzt darf nichts vorkommen, was irgendwie im Auslande den Eindruck erweckt, als wenn Deutschland durch Uneinigkeit irgendwie selbst dem Zusammenbruch zueilte. (Hört, hört!) Deshalb die Mahnung des holländischen Sozialisten an seine Freunde: Wenn Ihr Frieden wollt, dann seid jetzt im deutschen Reichstage einig, denn die anderen sind am Zusammenbrechen[80]). (Zustimmung.)

Meine Herren, ich bin nicht in der Lage, die Auffassung *Troelstras* meinerseits kritisch zu betrachten, aber die Tatsache, daß er zu einer solchen Auffassung kommt, spricht doch ganze Bände.

Meine Herren, gewiß, unsere eigene wirtschaftliche Lage ist keine erfreuliche; aber eines darf ich nach den Mitteilungen sagen, die Oberstleutnant *Koeth*, der Chef der Kriegsrohstoff-Abteilung, hier im Ausschuß gemacht hat, daß wir mit Rohstoffen für das Heer und für alles das, was Munitionsbedarf und Ausrüstung der Armee und der Flotte betrifft, für die absehbare Zeit, innerhalb deren der Weltkrieg noch möglich ist, vollkommen versehen sind[81]). Wir sind nicht mit Rohstoffen für die Zivilbevölkerung versehen. Das erfahren wir, das wissen wir. Aber ich bitte Sie, in dieser Beziehung doch draußen im Lande auch für eine großzügigere Auffassung der Kriegsnotwendigkeiten zu sorgen. Wenn wir die Tischwäsche aus unseren Haushaltungen herausgeben müssen, dann bedeutet das noch gar nichts gegenüber der Notwendigkeit, den Krieg durchzuführen.

[78]) Vgl. Anm. 65.

[79]) Tatsächlich handelte es sich um die Aufzeichnung eines nicht genannten Gewährsmannes, der in Stockholm ein Gespräch mit den holländischen Sozialisten *Troelstra* und *van Kol* sowie mit dem Belgier *Huysmans* hatte. Abschrift in: Nachlaß Stresemann 175; die Aufzeichnung ist datiert auf den 17. 9. 1917.

[80]) Der Aufzeichnung zufolge rechneten die Gesprächspartner mit einem nahen Zusammenbruch der Kriegsstimmung in England und Frankreich; von den Empfehlungen zur Einigkeit im deutschen Reichstag ist indes in der Aufzeichnung nicht die Rede.

[81]) HA. 174. Sitzung, 24. 8. 1917. Wegen der besonderen Vertraulichkeit der Angaben *Koeths* wurde in der Sitzung kein Protokoll geführt. Vgl. auch Westarp II S. 451.

(Sehr richtig!) Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, unsere Kinder mit Schuhzeug in die Schule zu schicken, so bedeutet das ebensowenig. Es sind Kleinigkeiten (sehr richtig!) gegenüber der großen Tatsache: Für das Heer ist gesorgt. Darauf kommt es in erster Linie an. (Beifall.)

Meine Herren, wir werden allerdings nach diesem Kriege auf wirtschaftlichem Gebiet vieles als zerstört zu buchen haben. Ich bedauere aufs tiefste die Verwüstung des gewerblichen und des industriellen Mittelstandes, die hier in Deutschland eingesetzt hat im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Betriebe, im Zusammenhang mit der Zwangskonvention, bei der nur der Größte bestehen bleibt, bei der der Kleine geopfert wurde, vielleicht geopfert werden mußte, aber doch immerhin uns eine Fülle von selbständiger Initiative und selbständiger Existenz auf diesem Gebiet unterbunden wird, und ich möchte für meine Person den Ruf hier erheben und würde mich freuen, wenn Sie dem zustimmten, daß wir als Partei mindestens die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß, wenn der Friede kommt, mit diesen Verhältnissen aufgeräumt wird, sobald es irgendwie innerhalb des Rahmens des Möglichen liegt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sehe mit größter Sorge die Erklärung des Herrn *Reichskanzlers* in Stuttgart[82]), ich sehe mit größter Sorge manche Maßnahmen militärischer und wirtschaftlicher Behörden, die von einem Zwangssystem auf die Dauer von 15 Jahren sprechen, die da glauben, den Steuerbedarf des Reiches dadurch sicherstellen zu können, daß sie den Staat zum Leiter oder Mitinhaber der Betriebe machen — meine Herren, ein ganz falscher Standpunkt. (Sehr wahr!) Geben Sie der Industrie und dem Gewerbe die Möglichkeit, ihrerseits herauszuwirtschaften, was der einzelne persönlich herauszuwirtschaften versteht, und besteuere man innerhalb dessen, was das Reich braucht. (Zustimmung.) Das Reich aber als den Leiter von Zwangssyndikaten zum Inhaber der Betriebe zu machen, wird uns meiner Meinung nach steuerlich nicht vorwärts, das wird uns höchstens rückwärts bringen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, man hat diesen Weltkrieg begonnen aus Neid auf Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung. Wäre das gewerbliche Leben zwangssyndiziert gewesen, wäre kein Mensch neidisch auf die Entwicklung gewesen, die sich daraus etwa für Deutschland und den Weltmarkt ergeben hätte. (Sehr wahr!) Heute das, was den einzelnen Kaufmann in die Höhe gebracht hat, die Einzelmarke, die ihn in der Welt draußen bekannt gemacht hat, durch Reichsmarken zu ersetzen, und das durchzuführen bis in die kleinsten Industrien, in die Seifenindustrie und andere hinein, ist doch der Gegensatz von volkswirtschaftlicher Erkenntnis dessen, was bei uns geworden ist[83]). (Sehr wahr!)

[82]) Der Redakteur des Stuttgarter Neuen Tagblatts hatte am 8. 9. 1917 (Nr. 453) über ein Interview mit *Michaelis* berichtet, daß nach Ansicht des Reichskanzlers an eine rasche Aufhebung der Zwangssyndizierung nach dem Kriege „nicht zu denken sei. Die staatliche Syndizierung werde bleiben müssen, vielleicht in noch gesteigertem Maße. Dabei solle und werde aber auch die Kleinindustrie nicht schlecht fahren. Es sind, das durfte ich aus den Erläuterungen des *Kanzlers* schließen, große staatssozialistische Probleme, die ihn für unsere Zukunft beschäftigen."

[83]) In Stresemanns Nachlaß 175 findet sich die Abschrift eines Briefes von *Ballin* an Hugo *Stinnes* vom 6. 9. 1917, der sehr ähnliche Gedankengänge enthält und möglicherweise auf *Stresemann* einen Einfluß ausgeübt hat.

Ich glaube, wir werden für ein anderes eintreten müssen in unserer Partei und nach außen hin. Meine Herren, wer leidet denn in Deutschland jetzt am meisten Not? Entbehrungen sind zweifellos eingezogen in vielen Familien. Zusammengebrochen ist unser kaufmännischer kleiner Mittelstand, der Handwerkerstand in der Stadt. Aber mit am meisten, weit mehr als die Arbeiter — den Mut muß man haben, das auch offen auszusprechen —, leiden unsere Festbesoldeten, unsere Beamten. (Lebhafte Zustimmung.) Meine Herren, das ist eine krasse Undankbarkeit des Deutschen Reiches und anderer Organe, daß sie in einer Zeit, in der sie in ihren gewerblichen Betrieben den Löhnen eine phantasiehafte Entwicklung gegeben haben, sich nicht dazu durchringen konnten, denjenigen, die nicht in terroristischer Weise ihnen gegenüber verfahren sind, eine Erhöhung ihrer Bezüge in Form von Teuerungszulagen in höherem Maße zu geben, als das bisher geschehen ist. Heute steht der Techniker, der auf der Werft in Wilhelmshaven kommandiert, in einem Gehaltsverhältnis, das ungefähr den dritten Teil desjenigen ausmacht, was der Arbeiter bekommt, der ihm unterstellt ist. (Hört, hört!) Auf diese Weise wird man allmählich gerade diejenigen Gruppen des deutschen Volkes, die in Liebe und Vertrauen zum Reich und zum Staat gestanden haben, noch mit Gewalt in das Lager der schärfsten Opposition hineintreiben. (Sehr richtig!) Ich glaube, darauf zu dringen, daß nach dieser Richtung hin Wandel geschaffen wird, daß auch in bezug auf Zulagen, wo sie gegeben werden können, nicht nur der Begriff der körperlich Arbeitenden in Betracht kommt, wird bei künftigen Verhandlungen eine unserer Aufgaben sein[84]). (Sehr gut!)

Meine Herren, daß Friedenssehnsucht bei unserem Volk in weitem Maße vorhanden ist, darüber sind wir uns alle einig. Wir teilen diese Friedenssehnsucht; die Geister scheiden sich nur bei der Frage, welcher Friede für uns annehmbar, welcher erträglich ist. Von dieser Friedenssehnsucht, von diesem Frieden will ich sofort sprechen, aber lassen Sie mich noch einen Blick werfen auf die Lage bei unseren Bundesgenossen.

Die Türkei kämpft an unserer Seite mit einem ungewöhnlichen Einsatz militärischer Macht. Sie hat viele Divisionen zur Verfügung gestellt, die in Galizien in hohem Maße ihre Pflicht getan haben, die nicht gewichen sind, als andere kampflos wichen[85]). Wir können ihr nur dankbar sein für dasjenige, was sie uns gegenüber geleistet hat, ebenso den Bulgaren. Und, meine Herren, ich möchte vor einem warnen; ich möchte warnen vor der Schnoddrigkeit, mit der vielfach bei uns über diese Dinge gesprochen wird, als wenn nur wir es gewesen wären, die die Türkei gerettet hätten. Es ist unzweifelhaft, daß auf dieser Seite eine große Gegenleistung für Deutschland vorhanden war, und es wäre wünschenswert, daß

[84]) Im Oktober 1917 brachten die Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhause einen Antrag ein, in dem sie für die Beamten und Staatsarbeiter eine kräftige Erhöhung der Teuerungszulagen forderten. Vgl. NLC Nr. 204 vom 17. 10. 1917.

[85]) Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 die Bukowina verlorenging und Rumänien in den Krieg eintrat, stellte die Türkei insgesamt 7 Divisionen für den europäischen Kriegsschauplatz, davon 2 für die galizische Front, zur Verfügung. Im Laufe des Jahres 1917 wurden diese Truppen größtenteils wieder an den asiatischen Fronten der Türkei eingesetzt. Vgl. Carl Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914—1918, Berlin 1942, S. 166, 178, 203 ff.

das auch einmal in unserer Presse in einer Form zum Ausdruck käme, die die Möglichkeit gibt, das in der dortigen Presse zu verwerten. (Beifall.) Dasselbe gilt in bezug auf Bulgarien[86]), wo das Ministerium *Radoslawoff* schwer erschüttert ist, nur über eine kleine Mehrheit noch verfügt[87]), wo auch die Wirkung der Resolution vom 19. Juli eine vollkommen niederdrückende gewesen ist[88]) (hört, hört!), weil die bulgarischen Staatsmänner und Politiker bis in die sozialistischen Kreise hinein[89]) gar kein Hehl daraus gemacht haben, daß sie keinen Verteidigungskrieg, sondern mit vollem Bewußtsein einen Eroberungskrieg führen. (Beifall.) Sie haben gesagt, wenn wir uns lediglich verteidigen wollten, wären wir gar nicht an die Seite Deutschlands getreten. (Sehr richtig!) Wir kämpfen für Mazedonien, und, seitdem Rumänien an die Seite der Gegner getreten ist, kämpfen wir für die Dobrudscha, und wir sind zweifelhaft geworden, ob Deutschland seine Verpflichtungen[90]) uns gegenüber erfüllt, wenn es sich auf Grundsätze festlegt, die dem widersprechen. (Hört, hört!) Darauf beziehen sich die Worte des *Reichskanzlers Michaelis*, daß die Verpflichtungen, die wir gegenüber unseren Verbündeten übernommen haben, bestehenbleiben[91]). Herr Professor [*Miletič*][92]), der Regierung in Sofia nahestehend, hat vor wenigen Tagen erst in Berlin dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die deutsche Presse in dieser Beziehung die Möglichkeit geben möchte, Verstimmungen in Bulgarien entgegenzuwirken, da die Aufsätze des Sozialisten *Wendel*[93]), der davon sprach, daß wir mehr auf Serbien als auf Bulgarien zu sehen hätten, drüben eine Stimmung erregt hätten, die bedenklich wäre[94]).

Meine Herren, ich komme dann zu unserem Verbündeten Österreich, und hier gestatten Sie mir eine vertrauliche Mitteilung, die ich Ihnen machen muß, weil

[86]) *Stresemann* war 2. Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft.

[87]) Vgl. Schulthess 1917/II S. 835.

[88]) Vgl. V. Radoslawoff, Bulgarien und die Weltkrise, Berlin 1923, S. 239 f.; Erzberger S. 265.

[89]) Vgl. Vorwärts vom 2. 7. 1917.

[90]) In dem am 6. 9. 1915 abgeschlossenen Geheimvertrag hatten die Mittelmächte Bulgarien den serbischen Teil von Mazedonien zugesichert, ferner (im Falle eines rumänischen Kriegseintritts) den im Bukarester Frieden von 1913 verlorenen südlichen Teil der Dobrudscha mit zusätzlichen „Grenzregulierungen". Den Text des Vertrages siehe bei V. Radoslawoff a.a.O. S. 189.

[91]) *Michaelis* hatte am 19. 7. in seiner Reichstagsrede zur Friedensresolution versichert: „Deutschland wird in unerschütterlicher Bundestreue auch fernerhin an den bestehenden Verträgen und an den Abmachungen festhalten" (Schulthess 1917/I S. 704). Vgl. auch das Telegramm des *Reichskanzlers* an den bulgarischen Ministerpräsidenten *Radoslawoff* vom 18. 7. (a.a.O. S. 701).

[92]) Im Or. „Moletisch" mit Fragezeichen. Prof. *Miletič* gehörte zu jener Gruppe von bulgarischen Gelehrten, die durch ihre nationalistisch verzeichnete Nationalitätenkarte die Annexionsforderungen ihrer Regierung wissenschaftlich zu unterstützen suchten. Vgl. Petermanns Mitteilungen 1915, Tafel 44.

[93]) Im Or. fälschlich „Dr." *Wendel*.

[94]) Hermann *Wendel* hatte am 2. 7. 1917 im Vorwärts (Nr. 178) einen „Um Mazedonien" betitelten Artikel veröffentlicht, in dem er sich für einen Ausgleich zwischen Bulgarien und Serbien einsetzte und dabei die bulgarische Auffassung zurückwies, daß die Mazedonen als Bulgaren anzusehen seien. In diesem Zusammenhang hatte *Wendel* darauf hingewiesen, daß die Ententemächte Serbien gegenüber ausschweifenden bulgarischen Annexionswünschen nicht im Stich lassen würden. Dieser Artikel hatte in der bulgarischen Öffentlichkeit einen heftigen Entrüstungssturm ausgelöst (V. Radoslawoff a.a.O. S. 221) und im Vorwärts (Nr. 184, 202, 219, 224) zu einer Kontroverse zwischen dem bulgarischen Gesandten *Rizoff* und *Wendel* geführt.

sie Ihnen manches verständlich machen wird, was Ihnen draußen unverständlich erschien, und was wir in seiner vollen Schwere würdigen müssen. Meine Herren, ein neuer *Kaiser* auf dem Thron[95]), persönlich mit unserem *Kaiser* befreundet, aber seinerzeit natürlich auch den Einflüssen in seiner Umgebung zugänglich, einer Umgebung, die nicht traditionell deutschfreundlich, sondern die traditionell slawenfreundlich ist, im Zusammenhang mit einem gewissen wirtschaftlichen Niederbruch infolge mangelnder Organisationsfähigkeit, einem Niederbruch der Stimmung, den alle diejenigen, die einmal in den letzten Monaten in Wien gewesen sind, mit tiefem Bedauern gesehen haben werden[96]). Ich habe mir sagen lassen, daß dieser Niederbruch einer besseren Stimmung gewichen wäre seit den galizischen Siegen[97]). Als ich in Wien weilte, bin ich entsetzt gewesen über die Stimmung, die ich dort getroffen habe, und die von dem Wunsch nach einem Frieden um jeden Preis nicht weit entfernt war. Dazu kommt die jetzt allmählich von gewissen Politikern genährte Auffassung: Dieser Krieg ist ein Krieg zwischen England und Deutschland, der uns eigentlich nicht viel interessiert, die Auffassung: Wir haben mit England keine Gegensätze, die Auffassung: Wir sind der gegebene Vermittler zwischen den Mächten, indem wir mit England in Verbindung treten[98]). *Graf Czernin* hat sich zu dem früheren Staatssekretär des Äußeren, Herrn *Zimmermann*, ganz offen dahin ausgesprochen: Wir können nicht so durchhalten wie Sie, wir haben Völker bei uns, die schon im Frieden für das Staatsgebilde Österreich keine große Begeisterung kennen. Wenn diese hören, daß wir den Frieden haben können, und wir akzeptieren ihn nicht, dann haben wir sie in der schärfsten Opposition, dann bricht alles zusammen[99]).

Wenn man auch diese Stimmung von gewissen Gesichtspunkten aus verstehen kann, wenn man verstehen kann, wie ich vorhin sagte[100]), daß das Angebot *Kerenskis* in dem Augenblicke, wo Galizien und die Bukowina in dem Besitz des Feindes waren, eine suggestive Wirkung ausübte — weshalb ich auch nie ver-

[95]) *Karl I.*, seit 21. 11. 1916.

[96]) Vgl. dazu die *Czerninsche* Denkschrift vom 12. 4. 1917, abgedruckt u. a. bei Ottokar Czernin, Im Weltkriege, 2. Aufl., Berlin/Wien 1919, S. 198—204.

[97]) Zu den psychologischen Rückwirkungen der Offensive in Galizien vgl.: Schicksalsjahre Österreichs 1908—1919, das politische Tagebuch Josef Redlichs, bearbeitet von Fritz Fellner, Graz/Köln 1954, Bd. II S. 225, 226, 227, 233.

[98]) *Stresemann* hat hier vermutlich die Rede des ungarischen Grafen Michael *Károlyi* (1875—1955) in Szeged am 16. 9. 1917 im Auge. In dieser aufsehenerregenden Rede hatte *Károlyi* sich für eine Vermittlerrolle der Habsburger Monarchie ausgesprochen und öffentlich angekündigt, daß er im Interesse des Friedens in die Schweiz reisen wolle (Kölnische Zeitung Nr. 892 u. Nr. 895 vom 18. 9. 1917; M. Graf Károlyi, Gegen eine ganze Welt — Mein Kampf um den Frieden, München 1924, S. 240 f.). Für die Vermittlerrolle Österreich-Ungarns setzte sich auch der Kreis um Heinrich *Lammasch* (1853—1920) ein, der am 28. 6. 1917 im österreichischen Herrenhaus gesagt hatte: „Unser großer Verbündeter ist zu sehr dem Mißtrauen, der Eifersucht und der feindseligen Gesinnung des Auslandes ausgesetzt. Uns trifft der Haß wenigstens der führenden Macht unter den Gegnern nicht. England hat keine Gründe, gegen Österreich-Ungarn zu sein. Im Gegenteil . . ." Zitiert bei: Heinrich Benedikt (bearbeitet), Die Friedensaktion der Meinlgruppe 1917/18, Graz/Köln 1962, S. 99 f.

[99]) Ähnlich hatte sich *Czernin* auch zu *Helfferich* geäußert; vgl. Magnus Frhr. v. Braun, Von Ostpreußen bis Texas — Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, Stollham (Oldb.) 1955, S. 128.

[100]) Siehe S. 311.

standen habe, daß *Graf Reventlow*[101]) dieser Politik einen Vorwurf machte, die, mit österreichischen Augen gesehen, verständlich war —, so ist doch jetzt allmählich eine Situation eingetreten, die zu großen Bedenken Anlaß gibt, wenn man erwägt, daß *Graf Károlyi*, der im Frieden mit seiner Partei zu Rußland stehen wollte[102]), sich jetzt zu Friedensverhandlungen begibt[103]), und wenn man die Contemporary Review liest, in der ein Engländer erklärt: wir haben sichere Unterlagen dafür, daß die heutigen Leiter Österreich-Ungarns ebenso entschiedene Gegner der militärischen Überlegenheit Deutschlands sind, wie wir selbst, und daß sie ihrerseits alles tun werden, um aus Österreich einen föderativen Staat zu machen, in dem das Slawentum an herrschender Stelle stehen würde[104]). Ich bin der festen Überzeugung, daß manches, was in den Julitagen im Reichstage die Gemüter bewegt hat, auf die Wiener Stimmung zurückzuführen ist[105]). Sie wissen ja auch, daß *Erzberger* — das ist vergeblich dementiert worden — wiederholt in der Hofburg in Wien gewesen ist, stundenlange Unterredungen mit dem *Kaiser* gehabt hat[106]), und wenn Sie heute die Aufsätze von Professor Dr. *Lammasch* im Pester Lloyd und in der Neuen Freien Presse lesen, finden Sie ein starkes Hindrängen auf den Frieden, das von politischer Pression nicht mehr weit entfernt ist[107]).

Wir kämpfen in einem Geschwader, in dem wir uns, wie das bei dem Zusammenfahren verschiedener Einheiten ist, nach dem langsamsten Schiff richten müssen. Das langsamste Schiff in unserem Geschwader ist Österreich, und die Pression, die von Wien ausgeht, und die wiederholt ganz stark einsetzte, ist nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen unserer Reichsregierung geblieben, und ich schulde es der wahrhaften Berichterstattung, doch auf diese schwachen Momente hinzuweisen, weil es manches mindestens erklärlich erscheinen läßt, was man im Lande nicht verstanden hat.

---

[101]) Ernst *Graf v. Reventlow* (1869—1943) war der „Kriegszielpolitiker" der Deutschen Tageszeitung.

[102]) *Graf Károlyi* war Führer der sog. Unabhängigkeitspartei, die Ungarn unter der Devise eines demokratischen Nationalismus von *Habsburg* lösen wollte; ihre Politik war verbunden mit einer Annäherung an Frankreich und einer gewissen Entspannung mit Rußland, das allerdings wegen der Erfahrungen von 1849 verdächtig blieb. Vgl. Michael Graf Károlyi a.a.O. S. 81.

[103]) *Károlyi* nahm im November 1917 an der in Bern stattfindenden „Studienkonferenz für eine Organisation eines künftigen Völkerbundes" teil, die er zu zahlreichen Kontakten mit politischen Persönlichkeiten aus den Ententeländern ausnutzte. Vgl. Michael Graf Károlyi a.a.O. S. 245 ff.; Heinrich Benedikt a.a.O. S. 164, 167, 192 ff.

[104]) H. N. Brailsford, The new spirit in Austria, in: Contemporary Review vol. 112, 1917, S. 130 bis 138 (August-Nummer).

[105]) Bei der Begründung seiner Friedensinitiative wies *Erzberger* ausdrücklich auf die besorgniserregenden Verhältnisse in Österreich-Ungarn hin; siehe HA. 166. Sitzung, 6. 7. 1917.

[106]) Außenminister *Czernin* nimmt in seinen Memoiren (Im Weltkriege, 2. Aufl., Berlin/Wien 1919, S. 211 f.) für sich das Verdienst in Anspruch, die Friedensresolution bei *Erzberger* angeregt zu haben. Dies wurde jedoch von *Erzberger* selbst in Abrede gestellt (Erzberger S. 115 f.) und ist bisher auch nicht nachgewiesen worden; vgl. Epstein S. 210.

[107]) Heinrich Lammasch, Die österreichisch-ungarische Monarchie und der Friede, in: Neue Freie Presse, Nr. 19002 vom 17. 7. 1917; ders., Unsere Antwort auf die päpstliche Note als Mittel zum Frieden, a.a.O. Nr. 19049 vom 2. 9. 1917.

Meine Herren, das ist das Bild, das ich über die Gesamtlage geben wollte, und nun lassen Sie mich mit einem schnellen Schritt zu der Friedenskundgebung des Reichstages vom Juli kommen und zu den Gesichtspunkten, die damals für die Mehrheit auf der einen Seite, für uns auf der anderen Seite bestimmend waren. Ich möchte persönlich sagen, ich hielt es zunächst überhaupt für einen politischen Regiefehler, den Reichstag damals einzuberufen. (Sehr wahr!) Man hat ihn einberufen, um seine Zustimmung zur Kriegsanleihe einzuholen. Ja, meine Herren, was bedeutet denn in diesem Weltkriege die Erledigung einer Formalität? Daß die Kriegsanleihe bewilligt werden würde, stand ja fest; die Indemnität hätten wir gern erteilt. Der Reichstag kam zusammen in einer Zeit der schwersten Belastungsprobe, der man überhaupt ausgesetzt werden konnte, und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Ernährung. Man wußte nicht, ob man mit der Ernte auskommen würde. Überall herrschte plötzlich Sorge wegen der Kohlenversorgung. Man fror im Juli, indem man an die Kälte im Januar dachte[108]). (Heiterkeit.) Es kam damals die Zeit der russischen Offensive[109]). Ich verstehe auch nicht, wenn die russische Heeresleitung sagte: Wir haben unsererseits eine Offensive vor, wir sind überzeugt, daß sie zu einem glänzenden Erfolge führen wird, warum man dann wegen einer dreitägigen Sitzung den Reichstag zusammenberief in einer Zeit, in der natürlich das Wiedererstehen der russischen Offensive auch die Meinung hier niederdrückte, indem man sich sagte: Jetzt ist ja das niedergeschlagene Rußland wieder erstanden und bedroht uns an der ganzen Ostfront. Diese ganzen Dinge zusammen mit den Streiks in Oberschlesien[110]), die uns in der Kohlenförderung um 1 Million Tonnen geschädigt haben sollen[111]), mit einer bedenklichen Stimmung in der Arbeiterschaft, die um ihre Ernährung bangte, die noch nicht wußte, daß eine gute Kartoffelernte und damit ein Durchhalten gesichert war, führten von vornherein zu einer stark pessimistischen Stimmung, unter der der Reichstag zusammentrat. Ich kann da im einzelnen ja auf das hinweisen, was ich in den „Gedanken zur Krise" niedergelegt habe[112]).

Das Entscheidende war das Abschwenken *Erzbergers* zu *Scheidemann*[113]). Ich sage in diesem Zusammenhange absichtlich: das Abschwenken *Erzbergers*, denn zunächst standen die Dinge nicht so, daß die Zentrumsfraktion als solche abschwenkte. Herr *Spahn* hat von dieser Stelle aus gesagt, bisher habe seine Fraktion zu diesem Vorstoß nicht Stellung genommen[114]). Er kam völlig un-

[106]) Verursacht durch den forcierten Ausbau der Rüstungsindustrie hatte sich im Frühjahr 1917 zum ersten Mal während des Krieges ein empfindlicher Kohlenmangel bemerkbar gemacht. Im Reichstag wurde daraufhin eine Interpellation eingebracht, die am 9. 7. durch *Helfferich* beantwortet wurde (Sten. Berichte Bd. 310 S. 3537 f.). Genaue Angaben wurden gemacht in: HA. 174. Sitzung, 24. 8. 1917.

[109]) Die russische Offensive, die am 30. 6. im südlichen Frontabschnitt begann, brach nach geringen Anfangserfolgen bereits drei Wochen später zusammen.

[110]) Die Streiks begannen am 23. 6. 1917 und endeten z. T. erst am 18. 7. 1917. Siehe: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hrsg. von Leo Stern, in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II S. 659, ferner S. 586 f., 616, 656 f.

[111]) Diese Angabe machte *Mayer*-Kaufbeuren in: HA. 174. Sitzung, 24. 8. 1917.

[112]) Siehe Deutsche Stimmen Nr. 14 vom 25. 7. 1917.

[113]) Vgl. WUA Bd. 7/II S. 239 f.; Epstein S. 213 ff.; Quellen 1/I S. 213 ff.

[114]) Im HA. 167. Sitzung, 7. 7. 1917.

erwartet, begründet in dem angeblich nicht schnell genug einsetzenden U-Boot-Erfolg, aber doch wohl beeinflußt, wie ich damals annahm, von Wien, beeinflußt, wie ich heute annehme, von Wien, um die Grundlage für die Papstintervention zu schaffen[115]). (Sehr richtig!) Er fand auf seiten der Sozialdemokraten und der Fortschrittler sofort ein volles Verständnis, obwohl die Fortschrittspartei wenigstens bis dahin nicht diesen Standpunkt gehabt hatte. In der Fortschrittspartei war die Gruppe *Haußmann-Gothein* von vornherein geneigt[116]); die Gruppe *Payer* hatte sich bis dahin zu dieser Auffassung nicht bekannt[117]). Aber was den Leuten vor Augen schwebte, war anscheinend, daß sie sich folgendes sagten: Die russische Umwälzung bringt ein demokratisches Rußland. Ein demokratisches Rußland bietet uns den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen an. Wenn Deutschland jetzt dasselbe tut, dann wird *Kerenski* seinen Verbündeten sagen: Deutschland ist bereit, auch auf den Boden zu treten; wenn ihr jetzt nicht sofort auf die Friedensbank geht, dann werde ich den Deutschen allein die Hand hinstrecken, und ihr andern kämpft weiter. Darauf bezieht sich ja *Scheidemanns* Äußerung, daß vielleicht schon in wenigen Tagen im englischen Unterhause ein ähnlicher Antrag durchgehen könnte — eine Hoffnung, die sich als vollkommen utopisch erwiesen hat[118]). Meine Herren, wir waren in unserer Fraktion in der Situation, hierzu Stellung zu nehmen, und haben das in der Entschließung getan, die Sie kennen[119]). Diese Entschließung ist ein Kompromiß, ein Kompromiß, dem auf der einen Seite der Kollege *Hirsch*, auf der anderen der Kollege *Richthofen* zugestimmt hat[120]). Ich glaube, damit gewisse Extreme der Auffassungen bei uns zu kennzeichnen. Ich glaube nicht, daß der Wortlaut Sie befriedigt hat. (Sehr richtig!) Aber ich glaube, daß Sie mit dem *Prinzen Carolath* der Meinung sind, daß Sie denjenigen doch zustimmen können und Dank schulden, die in tagelangen Verhandlungen es als ihre Hauptaufgabe angesehen haben, auch wenn sie selber dabei das Opfer des Intellekts in bezug auf die Formulierung brachten, uns aus dieser Krisis nicht als eine gespaltene Fraktion hervorgehen zu lassen. (Sehr richtig!) Das Wort: laßt es

[115]) Siehe S. 385 u. 395.

[116]) Vgl. Haußmann S. 30 f., 170 u. ö.; Hermann Ostfeld, Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914—1918, Würzburg 1934, S. 9 ff.

[117]) Vgl. z. B. *v. Payer* im Reichstag am 6. 4. 1916, in: Sten. Berichte Bd. 307 S. 262.

[118]) Der britische Unterhausabgeordnete Ramsay *MacDonald*, welcher der Unabhängigen Arbeiterpartei angehörte, brachte tatsächlich am 26. 7. einen Zusatzantrag zum Anleihegesetz ein, in dem auf die Friedensresolution des Reichstags Bezug genommen wird: "[. . .] this House declares that this statement expresses the principles for which this country has stood throughout and calls upon the Government, in conjunction with the Allies, to re-state their peace terms accordingly, and further it declares that the Allies should accept the Russian proposal that the forthcoming Allied conference on war aims shall comprise representatives of the peoples and not solely spokesmen of the Governments." Das Anleihegesetz wurde jedoch unter Weglassung des Zusatzes mit 148:19 Stimmen angenommen. Vgl. The Parliamentary Debates, Official Report ser. V vol. 96 p. 1479 ff.

[119]) Den Wortlaut der Erklärung, welche die nationalliberale Fraktion am 19. 7. im Reichstag gesondert abgab, siehe Sten. Berichte Bd. 310 S. 3585.

[120]) Wilhelm *Hirsch* (1861—1918) und Hartmann *Frhr. v. Richthofen* (1878—1953) waren innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion die schärfsten Gegenspieler. Vgl. Thieme S. 203 f. u. 209.

ruhig zur Spaltung kommen, ist leicht ausgesprochen[121]): die Wirkungen, meine Herren, sind nicht zu übersehen. Wir sagten uns, daß wir unbedingt abrücken müßten von einer Mehrheit, die in dieser Weise ja einen Verzicht auf Weiterentwicklung aussprach. Wir haben in unserer Formulierung von der vollen Entwicklungsfreiheit gesprochen, die wir für Deutschland erstrebten. Wir haben andererseits, ich glaube aber, hier auch fast alle, uns zu dem Grundsatz bekannt, den ich auch persönlich für so berechtigt halte, daß er im deutschen Volke gar nicht bestritten werden kann, daß wir nicht beabsichtigen, den Krieg um weiterer Eroberungen halber weiter zu führen, daß wir bereit sind, wenn die Gegner unser Friedensangebot vom 12. Dezember v. J.[122]) bejahend beantworten, uns auf die Friedensbank zu setzen, wobei die Fortsetzung der Waffenhandlungen ganz selbstverständlich ist, da es in der heutigen Zeit der Absperrung Deutschlands eine Verständigung über wirtschaftliche Fragen nicht gibt. Auch in unseren Kreisen war der Gedanke groß, daß man gegenüber der Stimmung in der Arbeiterschaft sich bemühen müsse, diesen Wunsch nach Frieden zum Ausdruck zu bringen, daß man nicht etwa in eine Situation des Generalstreiks hineintreiben wolle. Auch in den Kreisen der Mitglieder unserer Fraktion war die Auffassung vorhanden, daß dieses Friedensangebot uns dem baldigen Frieden näherbringen würde[123]). Meine Herren, ich glaube, diejenigen, die in dieser Beziehung Optimisten waren, haben sich getäuscht. (Sehr richtig!) Nach dem, was ich von Leuten gehört habe, die weit davon entfernt sind, alldeutsch zu sein, ist die erste Wirkung des Friedensangebotes im Auslande eine niederschmetternde gewesen. (Sehr wahr!) Man glaubte nicht mehr an unseren Sieg. Man glaubte, daß wir vor dem Zusammenbruch ständen (sehr richtig!), weil es auch unverständlich erscheinen muß, im Besitz dieser gewaltigen Faustpfänder nicht nur einmal, sondern wiederholt den Frieden, und zwar den Frieden auf dieser Grundlage anzubieten. (Sehr wahr!)

Wenn mir heute entgegengehalten wird: Du irrst dich, die Stimmung ist nicht so im Auslande, so ist das an sich richtig.

[121]) Über die Gefahr der Fraktionsspaltung siehe S. 374 sowie Anm. 123.

[122]) Abgedruckt in: Ursachen und Folgen I S. 68 f.

[123]) Während der Julikrise hatte sich innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion eine beachtliche Minderheit herausgebildet, die von der Notwendigkeit eines baldigen Verständigungsfriedens überzeugt war. Zu dieser Minderheit gehörten die Abgeordneten Hartmann *Frhr. v. Richthofen*, Dr. *Junck*, Prof. *van Calker* und in gewissem Sinne auch *Prinz zu Schönaich-Carolath* (vgl. WUA 7/II S. 219 f.; auch Maenner S. 148 f. u. 153). *Frhr. v. Richthofen* bildete sogar mit Dr. *David* und *Gothein* den engeren Ausschuß, der die Friedensresolution formulierte (vgl. Quellen 1/I S. XX f.; WUA 7/II S. 220). Allerdings erklärten sich auch die Vertreter dieser Gruppe in den interfraktionellen Verhandlungen nur für den Fall zur Annahme der Resolution bereit, daß die parlamentarische Regierungsform durchgesetzt werden konnte (vgl. Quellen 1/I S. XXI u. 18 ff.). Angesichts der Uneinigkeit in der Fraktion hatte man sich jedoch in der Verhandlungsphase um den 10. Juli herum gezwungen gesehen, die Freiheit der Abstimmung den Fraktionsangehörigen zuzusagen (vgl. Quellen 1/I S. 29 u. 40). Das Berliner Tageblatt (Nr. 349 vom 11. 7. 1917) schätzte die mutmaßliche Zahl der nationalliberalen Jastimmen für die Resolution der Mehrheitsparteien auf „etwa 15" und stellte befriedigt fest (Nr. 348 vom 11. 7. 1917), „daß sich dann eine im Interesse der Klärung der Lage unbedingt erfreuliche Absonderung der Annexionisten in der Partei von dem Rest der Fraktion in aller Öffentlichkeit vollziehen müßte". Angesichts dieser Lage war es nur zu verständlich, daß man in der Reichstagsfraktion alle Kräfte aufbot, um eine einigende Formel zu finden; vgl. Quellen 1/I S. 29 f., 34 f., 47 f.

Sie ist anders, seitdem die Siege in Galizien und der Bukowina, die Siege von Riga und, wenn Gott will, jetzt in Dünaburg eingesetzt haben. Die Leute sind tatsächlich überzeugt worden, daß Deutschland nicht am Ende seiner Kräfte ist. Aber wenn dadurch eine andere Stimmung geschaffen worden ist, wenn durch die Wirkung des U-Boot-Krieges in England der Vernichtungswille gegenüber Deutschland dem ersten Verständigungswillen und ja auch vielleicht dem Willen eines weiteren Entgegenkommens weicht, dann soll man doch nicht sagen: post hoc deshalb propter hoc und nicht annehmen, das wäre Wirkung der Resolution, was Wirkung der deutschen Waffentaten in der Zwischenzeit gewesen ist. (Sehr gut!)

Meine Herren, die heutige Situation steht doch so, daß, seitdem unsere militärische Lage, wie ich einleitend darlegte, sich verbessert hat, sich auch die österreichische Stimmung verbessert hat, und daß wir infolgedessen in der Lage sind, bei kommenden Friedensverhandlungen, gestützt auf unsere großen Faustpfänder, herauszuholen, was herauszuholen ist, angesichts der glänzenden Situation, in der wir uns befinden. (Sehr wahr!)

Meine Herren, die *Papst*note ist in einer Weise beantwortet worden[124]), die vielleicht Befremden erregt hat. (Sehr richtig!) Aber ich möchte dazu zweierlei Bemerkungen machen. Einmal steht heute in den Morgenzeitungen, sie sei in die Welt gegangen unter Zustimmung aller Fraktionen im Siebenerausschuß[125]). Das ist ein Irrtum. Nachdem durch ein ganz unglückseliges taktisches Manöver des jetzigen Herrn *Reichskanzlers* der 19. Juli[126]), der in dem Entwurf der Resolution nicht darin war, glücklich hineingebracht worden ist (hört, hört!), und zwar in seinem eigenen Schlußwort[127]), habe ich mich für verpflichtet gehalten, unter diesen Umständen auf Streichung des Satzes zu bestehen, daß diese Resolution in Übereinstimmung mit sämtlichen Vertretern der Parteien angenommen sei[128]) (Beifall.), und diesem Widerspruch hat sich *Graf Westarp* seinerseits angeschlossen[129]). (Beifall.) Meine Herren, ich bedauere außerordentlich, daß die Reichsregierung sich diese neue Vinkulierung selber auferlegt hat, nachdem es an sich gelungen war, eine Übereinstimmung sämtlicher Fraktionen über den

[124]) Der Wortlaut der deutschen Antwort war am Vortage veröffentlicht worden; siehe Frankfurter Zeitung vom 22. 9. 1917, 2. Morgenblatt.

[125]) Die Protokolle über die entscheidende zweite Sitzung des Siebenerausschusses am 10. 9. und die unmittelbar vorausgehende interfraktionelle Besprechung sind abgedruckt in: Quellen 1/I S. 181 ff.

[126]) Die Bezugnahme auf die Friedensresolution war in den Verhandlungen ein Entgegenkommen an die Linke, was auch *Kühlmann* für weniger bedenklich hielt als den ausdrücklichen Verzicht auf Belgien. Es darf als fraglich gelten, ob Sozialdemokratie und Fortschritt der deutschen Antwortnote ohne den positiven Hinweis auf den 19. Juli zugestimmt hätten. Vgl. a.a.O. S. 192 f. *Stresemann* scheint indes zu seiner Kritik an *Michaelis* durch seine Kontakte mit *Erzberger* ermuntert worden zu sein. *Erzberger* hatte zwar in der Ausschußsitzung die Bezugnahme auf die Friedensresolution in der deutschen Antwortnote gefordert, hatte aber *Stresemann* gegenüber nichtsdestoweniger die Nachgiebigkeit von *Michaelis* und *Kühlmann* getadelt. (Aufzeichnung des Grafen *Westarp* über seine Unterhaltung mit *Stresemann* am 21. 9., abgedruckt bei Westarp II S. 490.)

[127]) Quellen 1/I S. 194 u. 204.

[128]) A.a.O. S. 198.

[129]) Westarp II S. 537.

übrigen Inhalt zu schaffen, ein Zeichen dafür, daß der neue Herr *Reichskanzler* in taktischer Beziehung bei der Behandlung des Parlaments sehr selten eine glückliche Hand bisher gezeigt hat.

Was über Abrüstung und Schiedsgerichte gesagt worden ist, ist in der Form, in der es gesagt worden ist, erträglich. Darum würde ich auch bitten, nichts zu kritisieren, wenn man einmal glaubt, daß dadurch die Grundlage für Friedensverhandlungen gegeben ist. Der Satz: „soweit nicht Lebensbedingungen von Deutschland in Frage kommen", deckt uns ja nach jeder Richtung, und da soll man auch nicht jedes Wort unter die kritische Lupe nehmen. Daß wir nicht daran denken, abzurüsten, daß wir nicht daran denken können und dürfen, dasjenige aus der Hand zu geben, was uns meiner Meinung nach für alle Zukunft vom englischen Druck freimachen wird, nämlich die Weiterentwicklung, den Ausbau der U-Boot-Waffe, ist ja doch eine Selbstverständlichkeit. (Sehr wahr!) Meine Herren, wenn dieser Krieg nicht mit Englands Zusammenbruch endet, so doch nur deshalb, weil die große Entwicklung der Waffe erst innerhalb des Krieges einzusetzen vermochte. Hätten wir sie in größerer Zahl vor dem Kriege besessen, und besitzen wir sie in größerer Zahl nach dem Kriege, steht dann England vor der Frage der gesamten Umzingelung seines Inselgebietes in einem künftigen Kampfe, dann wird es durch die Gewalt dieser Tatsache künftig zu einer weitgehenden Rücksichtnahme auf Deutschland gezwungen sein, und sein Versuch, den Abrüstungsgedanken bis zu dem Punkt der Sicherheit in die Debatte zu werfen, erklärt sich nun aus seinem Begehren heraus, seinerseits natürlich die Entwicklung dieser Waffe zu hindern.

Meine Herren, dasselbe gilt für Schiedsgerichte. Es gibt gewiß viele Fragen, in denen Schiedsgerichte entscheiden können. Ich möchte allerdings eine Frage deutscher Belange beim heutigen Stande der Dinge nicht unter *Wilsons* Schiedsgericht haben, wenn ich mich nicht vorher selbst verloren geben würde. (Sehr wahr!)

Daß wir zum Frieden kommen wollen, ist, glaube ich, unser aller Wunsch, daß wir aber in den Frieden hineingehen in einer guten Situation, das wird von Ihnen allen unterstrichen. Aber eines ist leider schon unwiederbringlich dahin. Wir haben schwere Fehler für den Weltfriedenskongreß dadurch gemacht, daß wir große und mächtige Faustpfänder, die sich in unserer Hand befanden, schon vorher entwertet und dadurch unausnutzbar für Deutschlands Zukunft gemacht haben. (Sehr richtig!)

Meine Herren, was sich in der polnischen Frage ergeben hat, ist doch ein Zusammenbruch diplomatischer Staatskunst, wie es schlimmer gar nicht sein kann. (Sehr richtig!) Ich freue mich doch, daß die Nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses[130]) und des Reichstages[131]) zusammen mit den Freikonservativen

[130]) Vgl. den Antrag der Abgeordneten *v. Heydebrand*, Dr. *Friedberg*, *Frhr. v. Zedlitz und Neukirch* und Genossen, in: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, III. Session 1916/18, Bd. 4 Nr. 285. Siehe dazu auch Thieme S. 83 ff.

[131]) Vgl. das Schreiben der nationalliberalen Reichstagsfraktion an den *Reichskanzler* am 29. 9. 1916, abgedruckt bei: Gustav Wittig, 60 Jahre nationale und liberale Politik, Berlin 1927, S. 73 f.; ferner Schreiben der Reichstagsfraktion an *Bethmann Hollweg* vom 3. 11. 1916, in: Nachlaß Richthofen 11.

und den Konservativen damals ihre vollkommen ablehnende Haltung gegenüber der Errichtung des selbständigen Polen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Alles das, was man erhoffte, das große Heer[132]), die Zuneigung zu Deutschland — wo ist das hin? Der polnische Staatsrat ging fort, als die polnischen Legionen für die Wiedereroberung Galiziens kämpfen sollten[133]). Daß man auf diesem Gebilde fortbaut, ist meiner Meinung nach nur eine Fortsetzung der schon begangenen Fehler. (Sehr richtig!) Wir wären in der Lage gewesen, mit diesem gewaltigen Gebiet, von dem wir nicht wissen, ob seine Bewohner in etwaigen zukünftigen Kriegen nicht an der Seite unserer Gegner gegenüber Deutschland kämpfen werden — wir wären in der Lage gewesen, mit diesem gewaltigen Faustpfand herauszuholen, was uns und unserem Herzen näher gelegen hätte, als die gar nicht einmal von irgendeiner legitimierten polnischen Vertretung entgegengebrachte Bitte der Selbständigkeit Polens.

Meine Herren, daß wir jetzt auch unser Desinteressement an Belgien erklären, war der zweite große Fehler auf diesem Gebiete[134]). Allerdings ist dieses Desinteressement ja sehr verklausuliert. Es ist an drei Bedingungen gebunden, von denen anzunehmen ist, daß die erste Bedingung niemals erfüllt werden wird, die erste Einschränkung, daß die Entente ihrerseits in jeder Form auf alle Eroberungen verzichtet, die sie in diesem Kriege gemacht hat.

Meine Herren, ob England auf Mesopotamien, auf Bagdad, Teile von Syrien, Palästina, die besetzten Inseln[135]) und anderes vollkommen verzichtet, ob es darauf verzichtet, den Zustand in Ägypten so zu gestalten, daß Ägypten englische Provinz wird, erscheint mir mindestens fraglich, und damit ist eine Bewegungsfreiheit für uns wohl gegeben. Die zweite Einschränkung ist der Schutz der Nationalitäten, der streng durchgeführt werden soll. Die dritte Einschränkung, bei der man sich vieles denken kann, ist die Herstellung einer wirklichen Neutralität Belgiens in Zukunft. Man denkt dabei an eine mindestens fünfjährige Okkupierung Belgiens, wenn es herausgegeben wird, man denkt an eine Verbindung mit den Eisenbahnen uns gegenüber und an ein wirtschaftliches Verhältnis. Nach diesen Richtungen hin bewegt sich die Separatnote, die Deutschland abgegeben hat, und die in dieser Beziehung zum mindesten zum Ausdruck bringt, daß eine politische Herrschaft über Belgien von uns nicht erstrebt wird, wenn von anderer Seite auf diese Dinge verzichtet wird. Ich wundere mich über diese Frage um so mehr, als der an sich mehr nach der Seite einer weitgehenden

[132]) Zur Frage eines polnischen Heeres, das sich namentlich die Oberste Heeresleitung von der Errichtung des selbständigen polnischen Staates erhoffte, siehe Conze S. 172, 177 ff., 190, 194 ff., 199.

[133]) Ende August 1917, vgl. dazu a.a.O. S. 303.

[134]) *Stresemann* bezieht sich hier offensichtlich auf die Sondierung Englands, die *Kühlmann* über den spanischen Diplomaten *Villalobar* unternahm. Im Rahmen dieser Sondierung war ein bedingter Verzicht auf Belgien, auf den man sich im sog. „Kronrat" vom 11. 9. mehr oder weniger klar geeinigt hatte, beabsichtigt. Vgl. Fr. Ritter v. Lama, Die Friedensvermittlung Papst Benedikt XV. und ihre Vereitlung durch den deutschen Reichskanzler Michaelis (August-September 1917), München 1932, S. 217 ff.; Kühlmann S. 273 ff.; Fischer S. 544 f. *Stresemann* selbst scheint dazu beigetragen zu haben, daß die Oberste Heeresleitung den ins Auge gefaßten Verzicht mit starken Kautelen versah. Vgl. *Stresemann* an Generalsekretär *Brune* am 14. 9. 1917, in: Nachlaß Stresemann 174.

[135]) Gemeint sind die zur Türkei gehörigen Inseln im Ägäischen Meer.

Verständigung hinneigende Staatssekretär *v. Kühlmann* noch in Verhandlungen[136]), denen ich beiwohnte, meiner Meinung nach mit Recht sagte: Gerade wenn ich der Meinung wäre, Belgien herauszugeben und vollkommen herauszugeben, dann würde ich das nicht sagen (sehr richtig!); dann würde ich sagen: Wir kämpfen um jeden Stein, der auf diesem Boden steht, ehe ich ihn an einen anderen abliefere. (Sehr gut!) Bisher haben wir doch immer nur gesehen, daß zunächst in der öffentlichen Meinung ein solches Angebot als dasjenige angesehen wird, worüber dann nicht mehr weiter diskutiert wird, so daß also nur noch die Forderungen der anderen zur Diskussion stehen und unsere eigenen Belange dahinter weit zurücktreten. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wir haben unsererseits, wenn Sie damit einverstanden sind, daß wir den Kampf um Eroberungen halber nicht fortführen, unter der Bedingung, daß die Waffenhandlungen bei Friedensverhandlungen weitergehen, doch jedenfalls den einen Wunsch, daß unter Ablehnung einer Annexion Belgiens, die auch in unseren Kreisen im Sinne einer Provinzialisierung Walloniens und Flanderns nie gefordert worden ist, daß wir uns für unsere Stellung in Belgien diejenigen Sicherheiten schaffen müssen, die es unmöglich machen, daß Belgien ein Aufmarschgelände des Feindes zur See oder zu Lande wird. (Sehr richtig!) Das ist meiner Auffassung nach die Forderung, die von uns solange vertreten werden muß, bis wir nicht durch militärische, wirtschaftliche oder politische Gründe gezwungen werden, von ihr abzugehen, Gründe, die bis heute noch nicht vorliegen, die uns höchstens von anderer Seite durch Erschlaffung unserer Bundesgenossen dann aufgezwungen werden könnten, wenn nicht, was ich hoffe, die nächsten Monate eine viel größere Erschlaffung unserer Gegner bringen, und ich möchte bei der Gelegenheit erklären, daß ich es doch nicht verstehen würde, wenn der weltgeschichtliche Moment versäumt würde, der Kurland und die Teile des eroberten Livland jetzt Deutschland näherbringt und uns die Möglichkeit gibt, zu ihnen in ein ganz enges politisches Verhältnis zu treten.

Meine Herren, wir sprechen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, und Deutschland nennt sich objektiv, aber es ist vielfach nicht objektiv gegen sich selbst. Es versteht das, was andereVölker in diesem Zusammenhange verlangen, und es hört nicht darauf, was die Stimme des eigenen Blutes ihm sagt, die ihm doch das eine sagen müßte, daß diese alten Stätten deutscher Größe und deutschen Geisteslebens, die Menschen, die unsere Truppen in Riga so jubelnd empfangen haben, diese Kaufmannschaft Rigas, die die deutschen Offiziere und Reichstagsabgeordneten feierte, dem russischen Henker direkt in die Arme getrieben würden, wenn wir sie wieder preisgeben. Eine Politik, wie wir sie dem *Sultan von Witu* gegenüber getrieben haben, ist keine deutsche Politik, kein schönes Blatt in der deutschen Geschichte[137]), und ähnlich würde es sein, wenn wir nicht das Letzte an militärischen und diplomatischen Machtmitteln einsetzen für die

[136]) In der 2. Sitzung des Siebenerausschusses am 10. 9. 1917; vgl. Quellen 1/I S. 192 f., 199 ff., 203.

[137]) Die deutsche Regierung hatte den *Sultan von Witu*, der sich 1884 unter deutschen Schutz gestellt hatte und mit deutschen Gesellschaften zusammenarbeitete, im sog. Sansibarvertrag von 1890 an England preisgegeben (Deutsches Koloniallexikon, hrsg. H. Schnee, Leipzig 1920, Bd. 3, Witu). Die innerdeutsche Agitation gegen den Vertrag stand in engem Zusammenhang mit der Gründung des Alldeutschen Verbandes.

Sicherung jener Gebiete. Ich kenne die Form, in der man glaubt, daß wir Kurland zu Deutschland bekommen[138]). Ich glaube, daß diese Form, die den *Kaiser* als Herzog von Kurland sieht und ihn einen Statthalter nach dort setzen läßt, sehr diskussionsfähig ist.

Ich habe aus des *Kaisers* Munde gehört, daß er gesagt hat: Ich kann Kurland ja nicht preisgeben, denn ich habe mein Wort dafür verpfändet, daß Kurland zu uns kommt[139]). (Beifall.) Ich hoffe, daß das nicht nur Kurland, sondern auch Livland gegenüber zur Geltung gebracht wird.

Auf all das andere will ich im einzelnen bei der vorgerückten Zeit nicht eingehen. Ich will nur darauf hinweisen, daß nach allem, was ich nicht nur aus unseren, sondern auch aus militärischen Kreisen gehört habe, unser Vordringen nach der Richtung des französischen Erz[gebietes][139a]) eine absolute Notwendigkeit ist, wenn es erreichbar ist, und daß meiner Auffassung nach England seinerseits dieser Forderung gar nicht einmal den Widerstand entgegensetzen würde, den es anderen Forderungen entgegensetzt, weil es sehr gut versteht, seine Bundesgenossen in Fragen, die nicht direkt englische Lebensinteressen betreffen, in dem Augenblick fallenzulassen, wo es seinerseits in der Lage ist, für sich etwas herauszuholen[140]).

Meine Herren, diese Auffassung steht im Gegensatz zu der Entschließung vom 19. Juli, und sie führt uns in Gegensatz zu dieser Mehrheit. Das haben wir auch zum Ausdruck gebracht qua Fraktion, als wir uns an interfraktionellen Besprechungen beteiligten, indem wir in einem Fraktionsbeschluß sagten: Wir behalten uns die volle Freiheit unserer Auffassung in allen Fragen der auswärtigen Politik vor[141]), und indem wir uns an die Erklärung anschlossen, die Herr *v. Payer* gab[142])[:] die interfraktionellen Besprechungen binden keine Partei, sie veranstalten keine Abstimmungen, sie fassen keine Beschlüsse, sie sind lediglich ein Meinungsaustausch über dasjenige, was erreichbar ist und was nicht erreichbar ist.

---

[138]) *Stresemann* bezieht sich hier vermutlich auf die Leitsätze zur Behandlung der baltischen Fragen, die am 31. 7. 1917 auf der Bingener Konferenz zwischen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung vereinbart waren. Ihnen zufolge sollten — um den Autonomieforderungen gerecht zu werden — in Kurland und Litauen Vertrauensräte gebildet werden, die ihrerseits „Schutz und Schirm Seiner Majestät und des mächtigen Deutschen Reiches" erbitten sollten. In Kurland war in den Tagen, die der Zentralvorstandssitzung unmittelbar vorausgingen, bereits nach diesem Prinzip gehandelt worden. Vgl. Fischer S. 597 ff.

[139]) Vermutlich auf der Reise *Wilhelms II.* nach Riga am 6. und 7. 9. 1917. Vgl. Müller S. 318 f.

[139a]) Im Or.: „Erzgebirges".

[140]) Diese Vermutung erscheint ziemlich illusionär, zumal es der französischen Regierung zwei Tage darauf gelang, England auf die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens zu verpflichten. Vgl. Paul Painlevé, Comment j'ai nommé Foch et Pétain, Paris 1924, S. 224 f. u. S. 249 ff.

[141]) Am 21. 8. 1917 hatte die nationalliberale Reichstagsfraktion beschlossen: „Im Hinblick auf die kommenden großen Aufgaben, namentlich auf dem Gebiet der Gesetzgebung im Innern, deren Lösung die Fühlungnahme innerhalb einer großen Mehrheit des Reichstags erfordert, ist die nationalliberale Fraktion bereit, sich an den interfraktionellen Besprechungen zu beteiligen, unbeschadet der vollen Selbständigkeit ihrer Entschließungen, insbesondere auf dem Gebiet der gegenwärtigen auswärtigen Politik." Vgl. Schulthess 1917/I S. 755.

[142]) Vgl. Payer S. 37.

Wenn ich ein Wort über diese Mitwirkung an den Besprechungen hinzufügen darf, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß sie uns bisher nur Vorteile gebracht hat, und zwar nach der Richtung, daß man uns in Deutschland dankt, daß wir durch unseren Einfluß bei diesen Besprechungen uns vor einer neuen Krise bei jenen Verhandlungen bewahrt haben[143]).

Schon hat man auf jener Seite versucht, Sturm zu laufen gegen diese erste Art von Parlamentarisierung, zu verlangen, daß erst die Nachtragsetats vorgelegt werden, einen Ansturm auf *Helfferich* vorzunehmen, die ganze Art als unzureichend hinzustellen, uns in eine neue Krise hineinzutreiben. An unserem Widerspruch, dem sich dann die gemäßigten Elemente im Zentrum anschlossen, ist das gescheitert[144]), und als der Mehrheitsblock einen Antrag vorlegte, auch unterschrieben: *Erzberger*, *Payer* und *Südekum*, war es der Einspruch der Nationalliberalen, der sofort die Unterschriften *Payers* und *Erzbergers* zurückziehen ließ, so daß sofort die Sozialdemokraten isoliert waren[145]). Bei den Verhandlungen über die *Papst*note war es die sozialdemokratische Auffassung: Belgien und seine Preisgabe muß hinein. Daß wir uns dagegen wehrten, veranlaßte Zentrum und Fortschrittler, davon zurückzustehen[146]), und so haben wir auf diesem Wege mehreres abgewehrt. Wir haben uns gesagt: Wir können, wenn einmal eine so starke Mehrheit besteht, nun nicht das Deutsche Reich in den nächsten Wochen einfach der Willkür einer solchen Mehrheit überlassen, ohne unseren Einfluß da geltend zu machen. (Sehr richtig!)

Ich richte die Bitte an Sie, daß das, was ich Ihnen jetzt sage, nicht über diesen Saal hinausgeht: daß von Zentrumsseite, und zwar mit von der maßgebendsten, uns gesagt worden ist: Kommen Sie mit hinein, damit wir frei werden von der Demagogie in diesen Verhältnissen, damit wir mit Ihnen zusammen in der Lage sind, uns dagegen zu wehren[147]). Meine Herren, diese Mehrheitsparteien haben Risse in ihren Mehrheitsblock gerissen, die nicht nur im Volke sind — dort sind sie weit (sehr richtig!) —, sondern die sich auch in ihren Fraktionen zeigen. Sie sehen es an dem Auftreten eines *Heckscher*[148]), wir sehen es an dem Auftreten eines Mannes wie *Traub*, der in prächtiger Weise den Geist des Durch-

[143]) Vgl. *Stresemann* an Prof. *Meyersahm* am 26. 8. 1917, abgedruckt in: Quellen 1/I S. 156 f.

[144]) Siehe die Protokolle über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses am 21. 8. 1917 und am 24. 8. 1917, in: Quellen 1/I S. 133 ff. u. 149 ff.

[145]) Gemeint ist der Antrag auf unbeschränkte Gewährung des Versammlungsrechts, der am 24. 8. im Hauptausschuß (174. Sitzung) eingebracht und am 29. 8. (178. Sitzung) abgelehnt wurde. Vgl. dazu Quellen 1/I S. 146 f.

[146]) Der Verzicht auf jede Erwähnung Belgiens in der deutschen Antwortnote dürfte im wesentlichen auf den Widerstand *Kühlmanns* zurückzuführen sein, der England über die deutsche Bereitschaft zur Preisgabe Belgiens auf dem Wege über den spanischen Diplomaten *Villalobar* in Kenntnis setzen wollte. Vgl. Friedrich Meinecke, Kühlmann und die päpstliche Friedensaktion von 1917, in: Sitzungsberichte der preußischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, Jg. 17, 1928, S. 177 ff.; Quellen 1/I S. 181 ff.

[147]) Über die Kontakte *Stresemanns* mit *Fehrenbach* siehe seinen Brief an O. *Blank* vom 29. 8. 1917, in: Nachlaß Stresemann 174.

[148]) Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Siegfried *Heckscher* (1870—1926) hatte sich bei der Abstimmung über die Friedensresolution der Stimme enthalten. Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3599.

haltens im deutschen Volke gefördert hat[149]) (Zustimmung.), wir sehen es aber auch an den Reden fortschrittlicher Redner im Lande, die jetzt der Mehrheitsentschließung eine Interpretation geben, der fast alle von uns auch hätten zustimmen können, die plötzlich von einer Verbindung mit Kurland sprechen, als wenn man niemals ausgesprochen hätte, daß man das nur haben wollte, wenn man sich verständigt[150]). Das ist ja das Schwierige, das ist das Unlogische, daß Herr *Scheidemann* im Hauptausschuß immer sagt: Wir haben zwar auf eine Entschädigung verzichtet, aber wenn ich sie bekomme, dann nehme ich sie gern, ohne sich zu sagen, daß, wenn ich erkläre, ich nehme sie nur, wenn du damit einverstanden bist, ich darauf verzichte, sie zu erhalten[151]).

Weit stärker als in der Fortschrittspartei — wo aber auch besonnene Elemente wie *Liesching*[152]) und andere kein Hehl daraus machen, wie sie stehen — ist die Strömung im Zentrum. Die Kundgebung der Gewerkschaftssekretäre war doch von erfrischender Deutlichkeit[153]). Die Kölnische Volkszeitung steht auf ganz anderem Standpunkt als die Germania[154]).

Meine Herren, die Stimmung im Lande zeigt eine tiefe Gärung, die nicht nur die intellektuellen Kreise ergreift, sondern die, wie ich Ihnen versichern kann, wie das Rundschreiben der deutschen Bauernvereine zeigt, dort ebenso vorhanden ist, als wie sie vielleicht in intellektuellen Kreisen zum Ausdruck kommt[155]). Sie hat ihren Ausdruck auch in dem, soviel ich weiß, massenhaften Zustrom gefunden, den die deutsche Vaterlandspartei findet[156]). Wir können vielleicht über das Verhalten zu dieser Partei nachher in der Aussprache sprechen[157]). Ich will hier nicht vorgreifen. Die Dinge kommen auf die Fragestellung an: Nicht nur, ist es erwünscht — denn das kann man taktisch mit Ja oder

[149]) Gottfried *Traub* (1869—1956), M.d.A., war einer der aktivsten Agitatoren des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" und später der Vaterlandspartei, was im Oktober 1917 zu seinem Austritt aus der fortschrittlichen Fraktion führte. Vgl. Gottfried Traub, Wie ich deutschnational wurde, in: Deutscher Aufstieg, Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, hrsg. von Hans v. Arnim und Georg v. Below, Berlin/Leipzig/Wien/Bern 1925, S. 423 ff.

[150]) Z. B. verlangte der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Ernst *Müller-Meiningen*, „daß der Regierung durch die Resolution kein Knüppel zwischen die Beine geworfen werden dürfe, wenn sie im Interesse der Sicherheit des Landes gewisse Gebietserwerbungen für nötig halte". WUA Bd. 12 S. 137.

[151]) Ähnlich äußerte sich *Scheidemann* auch im Gespräch mit *Hindenburg* und *Ludendorff* am 14. 7. 1917; vgl. Scheidemann II S. 40 sowie Quellen 1/I S. 88.

[152]) Theodor *Liesching* (1865—1922), M.d.R.

[153]) Eine solche Kundgebung der dem Zentrum nahestehenden christlichen Gewerkschaften ist nicht erfolgt; möglicherweise meint *Stresemann* hier die Resolution des Hauptausschusses der wirtschaftsfriedlichen Verbände. Vgl. Kölnische Zeitung Nr. 893 vom 18. 9. 1917.

[154]) Die Kölnische Volkszeitung war eine entschiedene Gegnerin der Friedensresolution; vgl. Ernst Heinen, Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Germania", Phil. Diss. Köln 1962, S. 92 ff.

[155]) Gemeint ist wohl die Kundgebung der größtenteils dem Zentrum nahestehenden Deutschen Bauernvereine, in welcher die „unerhörte Zumutung *Wilsons*" zurückgewiesen wurde, „das deutsche Volk möge seiner monarchischen Staatsform untreu werden und einer einseitigen Demokratie die Wege bereiten". Siehe Kölnische Zeitung Nr. 892 vom 18. 9. 1917.

[156]) Sie war am 2. 9. 1917 gegründet worden; vgl. Schulthess 1917/I S. 782 ff.

[157]) Vgl. S. 429 ff.

Nein beantworten —, ist es überhaupt möglich, sich ihr entgegenzustellen, ist es nicht richtiger, da, wo sie besteht, die Führung in unsere Hände gelangen zu lassen (sehr richtig!), um nicht einen Rechtsabmarsch irgendwie hervorzubringen ?[158])

Meine Herren, ich bin vorhin mit wenigen Worten — damit möchte ich den größten Teil meiner Ausführungen schließen — auf den neuen *Kanzler* eingegangen. Ich darf dann ein Wort über den Kanzlerwechsel sagen, den wir erlebt haben. Wir haben auch darüber verschiedene Auffassungen in unserer Partei, verschiedene Auffassungen in unserer Fraktion gehabt. Ich habe mich stets zu der Auffassung bekannt, daß die Kanzlerschaft *Bethmann Hollwegs* eine Unmöglichkeit sei, schon angesichts der Friedensverhandlungen, die uns in die neue Zeit hineinführen sollten. Das unglückliche Wort von dem Unrecht an Belgien ist nicht nur von uns kritisiert worden, um darauf herumzureiten. Der weitere Satz, daß wir wieder gutmachen werden, hat ja überhaupt erst zu der Formulierung geführt und ihr die Grundlage gegeben, daß wir nun auch Milliarden zum Wiederaufbau, zur Restitution von Belgien aufwenden müßten[159]). Die unglückliche Politik gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, sie ist doch eben der Niederbruch seiner staatsmännischen Begabung, wie die Politik, die Polen gegenüber zum Ausdruck gebracht ist[160]), und ich glaube, diejenigen haben doch recht, die ihm auch vorwerfen, daß der Stimmungsniederbruch in Deutschland, den wir unzweifelhaft erlebt haben (sehr richtig!), hätte vermieden werden können, wenn ihm von oben entgegengetreten worden wäre (sehr wahr!), wenn wir öfter die Klangfarbe des Sieges und des starken Zukunftsvertrauens von der Stelle aus gehört hätten, deren Stimme hinausschallt über Deutschlands Gaue hinaus in die ganze Welt. Täusche man sich doch darüber nicht: die Welt da draußen glaubt noch heute vielfach nicht an unseren Sieg, wenn wir lediglich mit dieser Gemessenheit und Abgewogenheit über unsere Erfolge sprechen. Was würde ein *Briand*, was würde ein *Lloyd George* aus Galizien und Riga gemacht haben! (Sehr wahr!) Ich habe nichts dagegen, daß man die Reden von *Lloyd George* ins Land hineinläßt. Alle seine Ausführungen und Reden sind nicht an England gerichtet, sie richten sich an Deutschland, an uns. Aber wenn man sie hineinläßt, soll unser *Kanzler* antworten, und zwar nicht, wie die Münchhausensche Trompete, die im Frühjahr auftaut, während sie im Winter vielleicht eingefroren ist, sondern man soll Zug um Zug antworten. Sonst kommt schließlich englische Auffassung noch in deutsche Köpfe hier bei uns hinein. (Sehr richtig!)

Ich war der Überzeugung, daß der *Kanzler* uns nicht Führer sein konnte in der Zukunft, habe ihr Ausdruck gegeben[161]), die Fraktion hat sich in ihrer großen

[158]) *Stresemann* selbst hat es für seine Person abgelehnt, sich für die Vaterlandspartei zu exponieren. Vgl. seinen Brief an *Jaenicke* am 22. 10. 1917, in: Nachlaß Stresemann 176.

[159]) Siehe Sten. Berichte Bd. 306 S. 7. — Dieselben Vorwürfe gegenüber den *Bethmannschen* Äußerungen hatte bereits *Bassermann* erhoben, vgl. S. 199 f.

[160]) *Stresemann* stellte später in seinem Schreiben an den Untersuchungsausschuß geradezu fest: „Entscheidend für die gegnerische Stellung der Mehrheit der Nationalliberalen Partei zu *Bethmann* war [. . .] die Frage der Errichtung des Königreichs Polen." WUA Bd. 7/II S. 303.

[161]) Vor allem in: HA. 160. Sitzung, 9. 7. 1917. Vgl. auch *Stresemanns* Aufzeichnung über *Bethmanns* Sturz, abgedruckt in: Quellen 1/I S. 74 ff.

Mehrheit auf diese Seite gestellt[162]). Dem todkranken *Bassermann* das in der geschmacklosen Form mitzuteilen: „Es ist erreicht", ist eine Erfindung, die vielleicht dem Geschmack des Herrn *Haußmann* Ehre macht, mit der ich aber meinerseits nichts zu tun habe. Bedauerlich ist es aber nur, und meiner Meinung nach ein Tiefstand der Politik in Deutschland, wenn solches Hintertreppengewäsch überhaupt einreißt in großen politischen Reden von einem Manne, der sich Führer einer Partei nennt[163]). (Sehr wahr!)

Meine Herren, der neue *Kanzler* hat eine sehr schwere Erbschaft vorgefunden, nicht nur auf dem Gebiet der äußeren Politik, das ich verlasse, sondern auf dem Gebiet der inneren Politik, wo zwei Fragen im Vordergrund standen, die Frage des gleichen Wahlrechts, das *Bethmann* noch hineinwarf, meiner Meinung nach, um sich zu halten[164]) (sehr richtig!) — das werfe ich ihm am allermeisten vor — und zweitens die Frage der Parlamentarisierung.

Meine Herren, das führt in das Gebiet der inneren Fragen. Sie wissen, *Bassermann* hat den Standpunkt vertreten[165]), und ich habe ihn auch vertreten bis in das vorige Jahresende hinein: man solle die innerpolitischen Fragen im Kriege nicht berühren, sie sollten bis zur Zeit des Friedens bleiben. Diesen Standpunkt hat die Reichstagsfraktion geändert[166]). Sie hat ihn geändert Ende März, als sie sich ihrerseits bekannte einmal zu der Frage der Inangriffnahme der Reform des preußischen Wahlrechts, zweitens zu der Frage der Parlamentarisierung.

Lassen Sie mich über das erste wenige Worte sprechen, denn diese Frage berührt weniger den Zentralvorstand, als etwa einen preußischen Delegiertentag. Die Frage des preußischen Wahlrechts war bei uns in die Reichstagsdebatte dadurch hineingeworfen worden, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten von einem Versprechen des *Königs von Preußen* auf diesem Gebiet abhängig machte, und, meine Herren, mit diesen Dingen müssen wir hier rechnen. Herr Geheimrat *Brandenburg* irrt darin, wenn er sagt, äußere und innere Politik lassen sich da voneinander trennen[167]). Wenn die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten nur unter bestimmten, nach unserer

[162]) *Prinz zu Schönaich-Carolath* war am 12. 7. 1917 von der Reichstagsfraktion — bei 3 oder 4 Gegenstimmen — beauftragt worden, dem Kabinettschef *v. Valentini* mitzuteilen, „die Lösung der Krise sei nur möglich, wenn der *Kanzler* ginge". Vgl. Quellen 1/I S. 78.

[163]) Conrad *Haußmann* hatte am 19. 9. auf einer Versammlung der FVP über den Sturz *Bethmanns* berichtet und dabei lt. Frankfurter Zeitung (20. 9. 1917, 2. Morgenblatt) erklärt: „*Stresemann*, diese politische Doppelnatur, habe noch an den hoffnungslos erkrankten *Bassermann* telegraphiert: ‚Es ist erreicht'." Über den diesbezüglichen Vorgang hieß es am 14. 7. 1917 in einem Brief *Stresemanns* an *Bassermann:* „Ich telephonierte gestern an Sie nach Baden-Baden und teilte Ihrer Gattin mit, daß das Rücktrittsgesuch des *Reichskanzlers* genehmigt worden ist. Ich hoffe, Ihnen damit eine Freude gemacht zu haben, denn im Laufe dieses Weltkrieges haben Sie mir wiederholt dargelegt, wie sehr Deutschland unter diesem Manne leidet. Deshalb glaube ich in Ihrem Sinne gehandelt zu haben, wenn ich bei diesem Sturz eine aktive Rolle spielte." (Nachlaß Stresemann 133). An die Äußerung *Haußmanns* knüpften sich in der Öffentlichkeit längere Auseinandersetzungen, vgl. NLC vom 20. 9., 25. 9., 27. 9., 25. 10. 1917.

[164]) Gemeint ist der königliche Erlaß betr. Einführung des gleichen Wahlrechts vom 11. 7. 1917.

[165]) Vgl. noch *Bassermanns* Artikel in der NLC Nr. 81 vom 17. 4. 1917.

[166]) Sichtbares Zeichen für die Kursänderung war die Reichstagsrede *Stresemanns* am 29. 3. 1917. Siehe Sten. Berichte Bd. 309 S. 2849 f.

[167]) Zu *Brandenburg* vgl. Anm. IV, 229 sowie V, 289.

Meinung zu tragenden Konzessionen zu erhalten ist, dann haben wir uns zu fragen, ob wir unser Gewicht gegenüber dem Auslande mit 120 Neinstimmen bei einer Kriegskreditvorlage beladen wollen. (Sehr richtig!) Meine Herren, das kann auch kriegsverlängernd wirken. Man kann draußen wieder auf einen Niederbruch der Stimmung in Deutschland warten, „die nächste Vorlage bekommen sie gar nicht wieder durch", und wenn wir vor einer solchen Situation stehen, wenn wir vor der gewiß unerquicklichen, aber doch nicht einfach in die Luft hinein zu werfenden Situation stehen, daß uns auch mit Arbeitseinstellungen und anderem gedroht wird, dann kann man sagen, das ist eine unerhörte Pression (sehr richtig!), in der Zeit der höchsten politischen Not von den unabhängigen Sozialisten, nicht von der *Scheidemann*gruppe, angedroht, von *Scheidemann* aber dazu benutzt, nun zu sagen: Wenn die politischen Konzessionen nicht gewährt werden, dann laufen mir die Leute zu denen hinüber, und deshalb von uns in die Debatte hineingestellt, so daß wir nicht mehr fundamental entscheiden können: Ist das Preußen, oder ist das Deutschland? Lassen Sie mich, der ich ja selbst geborener Preuße bin, ein Wort persönlich sagen. Ich hätte gewünscht, daß aus der freien Initiative des Königs heraus diese ganze Frage der preußischen Wahlreform längst früher erledigt worden wäre. (Sehr richtig!) Ich sehe es als das historische Unrecht der Konservativen in Deutschland an, daß sie damals den *Bülowschen* Plänen sich entgegengesetzt haben. (Sehr richtig!) Sie sollten sich schämen, wenn sie daran denken, daß sie wegen der Erbschaftssteuer und der Reform des preußischen Wahlrechts diesen *Kanzler* zu Fall gebracht haben und eine Neuorientierung in einer Zeit verhindert haben, die uns vor Forderungen bewahrt hätte, wie wir sie jetzt erleben[168]). Wenn jetzt das gleiche Wahlrecht kommt, so sollte sich Herr *v. Heydebrand* sagen, daß das seine eigene Schuld ist. (Sehr richtig!) Dahin brauchte es in der Jetztzeit nicht zu kommen, denn das haben ja die Sozialdemokraten im Grunde gar nicht verlangt. Was sie verlangt hatten, war, daß die Wahlrechtsvorlage bis zum Herbst kam, und so finde ich es unverantwortlich, daß *Bethmann*, um sich zu retten gegenüber den Parteien, die Krone zu dieser weitgehenden Konzession in einem Augenblick veranlaßte, wo der Krone gar nicht Dank dafür gesagt wurde. Wenn die Krone bis dahin nachgab, dann hätte er sagen können: Ich verlange von euch das Halten des Burgfriedens bis zu Ende, den Verzicht auf jedes weitere Anstürmen auf jedem Gebiet der inneren Politik, und das hätte er sogar damals erreicht, wenn er nichts weiter zugesagt hätte, als bis zum Herbst eine Vorlage zu bringen. Hier hat er die Person über das Ganze gestellt. Hier trägt er die Verantwortung dafür, daß wir an Stelle des verständigen Pluralwahlrechts[169]) nun mindestens mit der Frage des gleichen Wahlrechts zu rechnen haben[170]) und daraus doch

[168]) Die in der Thronrede vom 20. 10. 1908 zugesagte preußische Wahlrechtsreform war im Jahre 1910 gescheitert.

[169]) *Stresemann* war ein „überzeugter Anhänger des Pluralwahlrechts", wie er am 31. 3. 1917 an *Bassermann* geschrieben hatte, denn: „Es ist ein freiheitliches Wahlrecht und gibt doch gleichzeitig dem angemessenen Besitz und der Bildung einen gewissen Schutz gegenüber einem allzustarken Einfluß der Sozialdemokraten." Vgl. Nachlaß Stresemann 133.

[170]) *Bethmann* hatte im Juni 1917 den Kompromiß für ein Pluralwahlrecht abgelehnt, auf den sich Deutschkonservative, Freikonservative, Zentrum und Nationalliberale in Zusammenarbeit mit dem preußischen Innenminister *v. Loebell* bereits geeinigt hatten. Vgl. WUA Bd. 7/II S. 190 ff.; Westarp II S. 267 ff.

große Folgerungen zu ziehen sind bei denjenigen, die hier die Entscheidung tragen.

Damit komme ich zu der Frage unserer eigenen Neuorientierung in der Richtung, daß wir uns inneren Fragen nicht verschlossen. Wir konnten die Sozialdemokratie nicht mehr bei der Stange halten. Die Zeit, wo nach kurzen Erklärungen die Kriegskredite bewilligt wurden, war vorbei. Im dritten Kriegsjahre mußten wir uns fragen: Wie gelingt es uns, diese innere Einheitlichkeit nicht brüchig werden zu lassen? Wie gelingt es uns, wenigstens in dieser großen, entscheidenden Frage die Sozialdemokraten doch an unserer Seite zu halten? Und das, was wir damals gefordert haben, die Zusage einer Reform[171]), und daß dann der Ostererlaß kam, meine Herren, das hätte nun nicht gegenüber der Fraktion kritisiert werden sollen[172]), sondern dafür hätte man ihr Dank sagen sollen, denn dieser Ostererlaß war doch ganz auf nationalliberalen Grundsätzen aufgebaut[173]). (Sehr richtig!) Das direkte und geheime Wahlrecht war doch das, was die preußischen Parteitage wiederholt gefordert hatten[174])! Wenn nun durch eine Initiative der [Reichstags]fraktion, mochte sie auch ihre formale Zuständigkeit überschreiten[175]), das erreicht wurde, brauchte man doch in diesem Augenblick nicht gegen die [Reichstags]fraktion anzugehen. Man sollte ihr dafür Dank wissen, daß sie es damals auf diese Karre brachte, denn die Dinge lagen so, meine Herren, nicht wir haben die Initiative ergriffen, um die Sache ins Rollen zu bringen, sondern vor uns lag ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei auf namentliche Abstimmung: Wir sollten im Reichstag beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, in Preußen das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht, also das Reichstagswahlrecht, einzuführen[176]). Da sagten wir uns, taktisch bringt uns das in eine unangenehme Lage. Wir stimmen gegeneinander. Zweitens haben wir auch ein praktisches Interesse, daß hier nicht ein derartiger Druck ausgeübt wird, und aus diesen Gesichtspunkten heraus, um diese Abstimmung zu verhindern und das auf eine ganz andere Grundlage zu bringen, entstand unser Antrag auf Einrichtung des Verfassungsausschusses[177]), dem alle vorliegenden Anträge zu überweisen wären[178]). Wir wußten durch Mitteilungen von *Helfferich*,

[171]) Vgl. *Stresemanns* bereits zitierte Reichstagsrede vom 29. 3. 1917, in: Sten. Berichte Bd. 309 S. 2849.

[172]) Diese Kritik wurde vor allem in den von *Fuhrmann* geleiteten Berliner Neuesten Nachrichten vorgebracht, vgl. Nr. 163 vom 30. 3. 1917, Nr. 165 vom 31. 3. 1917 und öfter; vgl. ferner *Stresemann* an *Bassermann* am 2. 4. 1917, in: Nachlaß Stresemann 133.

[173]) In der nationalliberalen Presse war diese Übereinstimmung auch gelegentlich hervorgehoben worden, vgl. NLC Nr. 76 vom 10. 4. 1917 sowie Deutsche Stimmen Nr. 8 vom 25. 4. 1917.

[174]) Vgl. Preußischer Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 25. und 26. 4. 1908 in Magdeburg, Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen, Berlin o. J., S. 65 f.; dass. am 6. 4. 1913 in Hannover, Berlin o. J., S. 12 ff. u. 52 ff.

[175]) Die Frage des preußischen Wahlrechts fiel verfassungsrechtlich in den Kompetenzbereich des preußischen Abgeordnetenhauses.

[176]) Siehe Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 321 Nr. 736 (29. 3. 1917).

[177]) Siehe Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 321 Nr. 735 (28. 3. 1917).

[178]) Zur Entstehung des nationalliberalen Antrages vgl. *Stresemann* an *Bassermann* am 31. 3. 1917, in: Nachlaß Stresemann 133; Eugen Schiffer, Der Verfassungsausschuß und seine Arbeit, Berlin 1917, S. 3 f.

daß in der Zwischenzeit eine Kundgebung des *Königs von Preußen* erfolgen würde, und waren in der Fraktion ganz klar darüber: In dem Augenblick, wo diese Kundgebung erfolgen würde, würden wir im Verfassungsausschuß erklären: Nunmehr beteiligen wir uns nicht mit an Diskussionen über das preußische Wahlrecht, jetzt scheidet diese Frage für uns aus, und, meine Herren, das war meiner Meinung nach eine ganz richtige und ganz gute Taktik, die uns damals davor bewahren sollte, daß die Regierung durch die große Mehrheit auf die Bahn des Reichstagswahlrechtes gedrängt werden sollte[179]). Daß Herr *v. Bethmann* das nachher kaputtgeschmissen hat, ist nicht unsere Schuld. Wir haben es zunächst auf die Basis der Osterbotschaft gebracht, und die war zu ertragen, die war von unserem Standpunkt aus sogar zu begrüßen.

Nun, das andere ist das Streben nach Parlamentarismus. Ich bitte, nicht zu glauben, daß das inkonsequent ist gerade von denjenigen, die, wie ich, auf dem Boden starker Kriegsziele gestanden haben. Der Ruf nach Parlamentarismus war der Aufschrei gegenüber dem Niederbruch diplomatischer Staatskunst bei unserem heutigen System. (Sehr richtig!) Wir haben doch in dieser Zeit so viel an Niederbrüchen erleben müssen, daß wir uns schließlich einmal sagen mußten: Geht das so weiter? (Sehr richtig!)

Ich muß in diesem Kreise von engsten Parteifreunden doch auch von Dingen sprechen, von denen man sonst nicht spricht, von der Person des *Kaisers*. Ich erinnere daran, wir sind doch wiederholt gezwungen gewesen, auch diese Dinge in voller Öffentlichkeit zu erörtern. *Bassermann* war es doch, der einst die Interpellation wegen des persönlichen Regiments einbrachte[180]). *Bassermann* war es, der damals *Bülow* sagte: Das geht nicht so weiter mit den Depeschen des *Kaisers*, worauf ihm *Bülow* sagte: Sie kennen ja nur die, die veröffentlicht wurden; was würden Sie erst sagen, wenn Sie auch die kennten, deren Veröffentlichung ich verhindert habe. (Hört, hört!) Ich erinnere Sie an die Daily Telegraph-Affäre. Wieder eine Interpellation *Bassermanns*[181])! Und so war es doch diesmal auch gerade in den Kreisen unserer westfälischen Freunde.

Wie haben wir uns doch darüber beschwert, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg uns anscheinend überhaupt nicht gewährt wurde, weil der Einfluß des Marinekabinetts viel stärker war, als was der Chef des Reichsmarineamts und was der

---

[179]) Tatsächlich ist der Gedanke einer königlichen Kundgebung zur Wahlrechtsfrage erst nach dem Reichstagsbeschluß zur Einsetzung eines Verfassungsausschusses gereift. Vgl. Westarp II S. 262 ff.; Helfferich S. 434 f.; Ludwig Bergsträsser, Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1929, S. 130 ff. Auch der Brief an *Bassermann* am 31. 3. 1917 (siehe Anm. 178) weiß nichts von der bevorstehenden Osterbotschaft.

[180]) Eine solche Interpellation hat *Bassermann* nie eingebracht, wohl aber hat er am 14. 11. 1906 anläßlich seiner Interpellation über „unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten" Kritik am Byzantinertum geübt, was vor allem mit der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten des *Fürsten Hohenlohe* in Zusammenhang stand. Vgl. Sten. Berichte Bd. 218 S. 3620; Karola Bassermann, Ernst Bassermann — Das Lebensbild eines Parlamentariers aus Deutschlands glücklicher Zeit, Mannheim o. J. [1920], S. 133.

[181]) Siehe Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 248 Nr. 1003 (3. 11. 1908); *Bassermanns* Begründung siehe Sten. Berichte Bd. 233 S. 5374 ff. (10. 11. 1908).

Admiralstab sagte[182]). Wenn wir daraus die Folgerungen ziehen, daß wir auch diesen Stellen einen größeren Einfluß gegenüber dem unverantwortlichen Chef des Marinekabinetts geben wollen, dann nehmen Sie uns das nicht übel, wenn wir aus den praktischen Erfahrungen dieses Weltkrieges zu dieser Auffassung gekommen sind.

Wir haben wiederholt versucht, an den *Kaiser* heranzutreten, ihm von der Stimmung des Volkes zu sprechen. Wo sind denn die Wirtschaftsverbände, bekannt durch die Eingaben, die wir gemacht haben, jemals zum *Kaiser* gekommen? Wir haben stets von Herrn *v. Valentini*[183]) eine ablehnende Antwort bekommen. Wir fürchteten, daß *Bethmann* unser Unheil würde: ja, die Herren in Westfalen sagten: Der Mann richtet das Reich zugrunde. Wo hatten sie die Möglichkeit, anzukommen, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß das lediglich dem Einfluß des *Reichskanzlers* zuzuschreiben ist, daß man zum *Kaiser* überhaupt nicht kommt, weil eine Mauer den Weg zu ihm versperrt und er erst in der letzten Stunde vor *Bethmanns* Abgang zu seinem Sohn sagte: Wie hat man mir ein falsches Bild von der ganzen Lage gegeben, bis ich von dir die Aufklärung erhalten habe[184]). (Hört, hört!)

Dazu kam, daß man sagen muß, daß dieser Krieg diplomatisch verloren war, als er militärisch begann, daß wir gesehen haben, wie das System der Kabinettswirtschaft ganz abgewirtschaftet hatte, daß der *Kaiser* Herrn *v. Tschirschky* nach Wien schickte, als ihn der *Reichskanzler* von der Stelle des Staatssekretärs des Äußern[185]) abgehalftert hatte[186]).

Wir erlebten die Äußerungen über Belgien und den „Fetzen Papier", die uns so furchtbar geschadet haben[187]): wir erlebten, daß Italien[188]), daß Rumänien[189]) auf die Seite der Gegner trat; wir erlebten den furchtbaren Niederbruch in den Vereinigten Staaten, wo wir ja unser Wort gebrochen haben, wo nicht *Bernstorff* derjenige ist, den die Schuld trifft, sondern die deutsche Diplomatie[190]), die

[182]) Admiral *v. Müller*, der Chef des Marinekabinetts, gehörte im Februar und März 1916 zu dem Kreis derjenigen, die beim damaligen Stand der deutschen U-Boot-Waffe den Übergang zum verschärften U-Boot-Krieg für verfehlt hielten. Inwieweit er für den Aufschub der Entscheidung maßgebend war, läßt sich nicht genau feststellen. Sicher ist, daß er am Sturz von *Tirpitz* mitwirkte und darum von *Tirpitz* und seinem Anhang erbittert bekämpft wurde. Vgl. Müller S. 159 ff.; Alfred v. Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 365 u. 368; v. Müller, Meine Stellungnahme zu den Tirpitz-Erinnerungen, in: Deutsche Politik Jg. 4, 1919, S. 660.

[183]) Chef des Zivilkabinetts (1908—1918).

[184]) Vgl. das Schreiben von *Kronprinz Wilhelm* an *Michaelis* vom 18. 7. 1917, in dem es u. a. heißt: „Die unerhörte Politik des Herrn *v. Bethmann Hollweg*, welche ihre Krönung in der dem *König von Preußen* vom Deutschen Reichstag abgetrotzten demokratischen Wahlrechtsreform in Preußen gefunden hat, wäre niemals möglich gewesen, wenn *Valentini* schon seit Jahren seine Pflicht getan hätte und Se. Majestät den *Kaiser* über die wirklichen Stimmungen im Volke orientiert hätte." Abgedruckt bei: Scheidemann, Memoiren II S. 51.

[185]) Bis 7. 10. 1907. Vgl. Bülow II S. 215 f. u. 300 f.

[186]) Der Stenograph vermerkt hier am Rande, daß er diese Stelle nicht deutlich verstanden habe.

[187]) Vgl. S. 200.

[188]) Am 23. 5. 1915.

[189]) Am 27. 8. 1916.

[190]) Gemeint ist offenkundig das sog. „Zimmermann-Telegramm". Siehe S. 312.

Friedensvermittlung durch Herrn *[Hoffmann]*[191]) in der Schweiz, Niederbruch des letzten Diplomaten der Deutschfreundlichkeit[192]), der Kurier in Norwegen[193]), jetzt die Sache in Argentinien[194]), die Ära *Wolff-Metternich*, die uns beinahe die Bundesgenossenschaft der Türkei gekostet hätte. Meine Herren, wenn man hört, ein Botschafter, der unmöglich ist — ich rufe Herrn *van Calker*, Herrn *List* zu Zeugen an, die ihn kennenlernten —, der eine Spottfigur in Konstantinopel war[195]), dann ein Versuch der Türkei, den Mann loszuwerden[196]), ein Marineattaché, der in das Hauptquartier geschickt wird, um dort zu erklären: das Bündnis steht auf dem Spiel, wenn *Wolff-Metternich* bleibt, und der 3 Tage nicht dazu kommt, den *Kaiser* zu sprechen, der nicht Gelegenheit hat, beim *Kaiser* zu Wort zu kommen als amtlicher Marineattaché in Konstantinopel[197]), so daß schließlich der Druck von *Enver:* „Wir können das Bündnis nicht verlängern, wenn der Mann länger bleibt" die Entscheidung bringt. Ja, wenn man sich fragt, ob das richtig ist, daß ohne Parlamentskontrolle alle diese Ernennungen erfolgen, Telegramme, die uns festlegen, dieses unglückliche Telegramm an den *König Konstantin*, das jetzt *Venizelos*[198]) veröffentlicht: Ich kämpfe den Kampf gegen das Slawentum[199]), das muß man veröffentlichen, damit *Czernin* das ausnutzen kann, das muß in Sofia Herr *Radoslawoff* verteidigen — ja, daß man sich da sagt: Es muß eine Stelle sein, die darauf Einfluß bekommt, damit nicht das, was in Jahren der Staatskunst aufgebaut ist, durch eine Gefühls-

[191]) Im Or. „Ador". Hs. dazu am Rande vermerkt: „sollte wohl heißen *Hoffmann*".

[192]) Bundesrat Arthur *Hoffmann*, der das schweizerische Department für auswärtige Angelegenheiten leitete, hatte am 19. 6. 1917 zurücktreten müssen, als bekannt geworden war, daß er mit dem amtlichen Apparat des schweizerischen Außendienstes Bestrebungen für einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland unterstützt hatte. Vgl. Schulthess 1917/II S. 552 ff.; J. Ruchti, Die Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges (1914—1919), Berlin 1928, Bd. 2 S. 229 ff.

[193]) Der deutsche diplomatische Kurier *v. Rautenfels* war am 28. 6. 1917 von der norwegischen Polizei verhaftet worden, als er in seinem Gepäck Sprengmaterialien mit sich führte. Vgl. Schulthess 1917/I S. 659, 665, 680 ff.; 1917/II S. 637 ff.

[194]) Siehe S. 313.

[195]) *Graf* Paul *Wolff-Metternich* (1853—1934), der vom 3. 11. 1915—28. 10. 1916 deutscher Botschafter in Konstantinopel war, fiel durch seine „Zerstreutheit und Wortkargheit" auf, wodurch auch lt. *Kühlmann* in der Türkei „viel [. . .] verdorben worden" ist. Vgl. Kühlmann S. 288 f.

[196]) *Graf Wolff-Metternich* hatte sich bei der türkischen Regierung vor allem durch ständige Proteste gegen die Greuel in Armenien unbeliebt gemacht. Vgl. Deutschland und Armenien 1914—1918, Sammlung diplomatischer Aktenstücke, hrsg. und eingeleitet von Dr. Johannes Lepsius, Potsdam 1919, S. 294, ferner S. 201 ff. (passim).

[197]) Der Marineattaché, Korvettenkapitän *Humann*, war im Juni 1916 im Großen Hauptquartier gewesen. Vgl. Müller S. 197, auch S. 214.

[198]) Griechischer Ministerpräsident seit 27. 6. 1917.

[199]) Es handelte sich hierbei um ein Telegramm vom 24. 7. 1914, das im Auftrage des *Kaisers* an den deutschen Geschäftsträger in Athen gesandt wurde, als Nachrichten von einem bevorstehenden griechischen Angriff auf die Türkei nach Berlin gelangten. Dem Telegramm zufolge sollte der Geschäftsträger dem *griechischen König* mitteilen: „Die Türkei habe Wunsch, sich an Dreibund anzuschließen, also mit Österreich sich zu verständigen. Dadurch werde sie für uns von Wert, und S[eine] M[ajestät] dürfe nicht einen mir wertvollen Dreibundfreund aus kleinen eigenen Gründen anfallen, wenn dieser Österreich beistehen wolle gegen die Slawen." Vgl. Große Politik Bd. 36/II Nr. 14647, Anm.; ferner Albertini III S. 635 ff.

wallung verlorengeht —, soll man das lediglich als Einfluß der Demokratie betrachten? Haben wir nicht Marokko durch eine Frühstücksunterhaltung verloren, wo die Franzosen uns ...[200]) boten, wo der *Kaiser* die Mitteilung bekam, *Delcassé* ist gegangen und darauf sagte: Dafür danke ich Ihnen, dann verzichte ich auch auf Marokko und habe kein Interesse mehr daran[201]); das sind doch Dinge, wo man sich fragen muß, ob man nicht Kautelen schaffen muß, die einem Ausschuß von Parteien die Möglichkeit geben, hier mitzuwirken, derartiges zu verhindern und diejenigen Männer zu stützen, die heute gegenüber diesen Verhältnissen sich nicht durchsetzen können. Ich erinnere Sie an ein anderes, ich erinnere Sie, die Herren aus Westfalen, an unseren schönen Parteitag[202]), wo *Bassermann* und ich sprechen konnten mit einem Bedauern darüber, daß ein *Hindenburg* überhaupt solange kaltgestellt werden konnte in Deutschland. (Sehr richtig!) Ist das denn nicht etwas, das einem das Blut in die Wangen treibt, wenn man sich sagen muß: Jetzt haben wir den genialsten Feldherrn, den die Welt vielleicht seit *Hannibal* und *Friedrich dem Großen* und *Napoleon* gesehen hat, und dort sitzt er oben in Kurland mit ein paar Divisionen und wird nicht herangeholt: hier kommt der große Kronrat[203]), der eine ist für Verdun, der andere für Oberitalien. Er hat den großen politischen Blick und sagt: Entweder Bündnis mit Rumänien, Rumänien uns angeschlossen, oder den Krieg erklärt und dann los auf Odessa, auf die großen Vorräte Rußlands zurückgegriffen. Der Rat wird nicht gehört, wir verbluten vor Verdun, die Österreicher gehen in Italien zurück und verlieren gegen Rußland Hunderttausende an Gefangenen[204]). Ja, da ist es doch begreiflich, daß man da schließlich sagt: Das ist nicht zu ertragen, es geht um unsere Zukunft, es geht um unsere Existenz, und da muß die Möglichkeit bestehen, daß einmal gesagt wird: *Majestät*, das Volk verlangt das; das kann man nicht mit ansehen. (Sehr richtig!)

Man hat mir zum Vorwurf gemacht, ich hätte das ausländische System sehr weit erhoben und das eigene sehr weit kritisiert. Gewiß, das habe ich zum Vergleich getan, um nachzuweisen, daß das heutige System in der alten Form sich in diesem Weltkriege nicht bewährt hat[205]). Mir stand vor Augen das eine, was ich Ihnen doch auch sagen möchte, jener Tag, wo uns General *Groener* mitteilte: Wir müssen das Hilfsdienstgesetz machen, und dies damit begründete, wir hätten in der Zeit, in der England seine Munition verzwanzig- und verdreißigfachte, in Deutschland die Munitionserzeugung in einzelnen großen Fabriken bis auf 40

---

[200]) Im Or. unleserlich und unvollständig. Muß wohl heißen: „den Sus".

[201]) Vgl. Bülow II S. 122 f.

[202]) Gemeint ist vermutlich die gemeinsame Tagung des rheinischen und des westfälischen Parteivorstands am 18. 7. 1915. Vgl. hierzu auch S. 243.

[203]) Mit dem „großen Kronrat" sind wohl die Besprechungen gemeint, die während einer Fahrt zum östlichen Kriegsschauplatz zwischen dem *Kaiser*, *Falkenhayn* und *Hindenburg* zwischen dem 10. und 12. 12. 1915 geführt wurden; vgl. Weltkrieg Bd. 10 S. 25. *Falkenhayn* konnte hierbei die Genehmigung des Obersten Kriegsherrn zum Angriff im Westen erlangen. Zum Zusammenhang siehe ebd. S. 1 ff.

[204]) Während der *Brussilow*-Offensive im Juni 1916.

[205]) In der Reichstagsrede vom 29. 3. 1917; vgl. Sten. Berichte Bd. 309 S. 2854.

und 50 % abgestellt[206]), auf Anregung des Herrn *v. Falkenhayn* (hört, hört), damals, wo Tausende an . . . ? litten[207]), und gerade damals, wo die Eisen- und Stahlindustriellen in Verzweiflung waren, was kommen würde, da steht man doch einmal vor der Frage: ist es möglich, daß ein Mann bleibt, der uns in diese Entwicklung hineingebracht hat[208])? Deutschland ist gerettet worden durch den Regen, der damals am Ende der Sommeschlacht mit solcher Gewalt einsetzte, daß die Franzosen nicht mehr angriffen, denn unsere Munition hätte nicht mehr für zwei Tage gereicht. Wir hätten nicht gewußt, wie weit wir zurückgehen sollten, um noch eine Verteidigungsbasis zu finden[209]). Da nehmen Sie es einem nicht übel, wenn man sich sagt: Das kann man nicht alles beschönigen, da kann man nicht sagen: Es ist alles schön und gut; da muß man sich fragen, ob dem nicht für die Zukunft vorgebaut werden muß, ob man da nicht eine Kontrolle einrichten muß, die doch zunächst eine parlamentarische Kontrolle sein muß. Herr Kollege *Hirsch* hat mir gesagt: Ihre Kritik mag in vielen Punkten richtig sein, aber Sie vergessen das alte englische Wort: Men not measures. Wenn wir andere Persönlichkeiten hätten, wäre das alles nicht geschehen. Ja, wie soll ich zu anderen Persönlichkeiten kommen, wenn ich das System nicht ändere (sehr richtig!), wenn ich mir sage, dazu bleibt mir in späteren Jahren Zeit, und ich muß 25 Jahre warten, bis ein neuer Monarch kommt, der diese Dinge ändert, und, meine Herren, ein monarchisches System aufbaut, das ein so großes Reich haben muß. Es ging in der Zeit des *alten Kaisers* und *Bismarcks*, aber *Bismarck* selber hat in Jena davon gesprochen, weil er einsah, es war zugeschnitten auf seine Person[210]). Er hat damals die Wilhelmstraße zum Mittelpunkt der Weltgeschichte gemacht und hat Großes damit erreicht, aber wir haben heute keinen *Bismarck*. Wenn wir einen solchen hätten, würden wir als Nationalliberale diese Frage jetzt nicht in die Diskussion geworfen haben. Aber wir warfen sie in die Diskussion, weil wir Sorge hatten um unsere Zukunft und größeren Einfluß haben wollten.

Nun ist es ja leicht möglich, zu sagen: Kann man auf diese Basis treten, kommt man da zu einer großen Mehrheit? Da müssen wir uns vergegenwärtigen: Zu

[206]) HA. 113. Sitzung, 23. 11. 1916. Die genannten Zahlen sind im Protokoll nicht enthalten. Vgl. jedoch W. Groener, Lebenserinnerungen — Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hrsg. von F. Frhr. Hiller v. Gaertringen, Göttingen 1957, S. 338 f.

[207]) So im Or. Möglicherweise zu ergänzen: „Arbeitslosigkeit".

[208]) Bereits in der damaligen Sitzung des Haushaltsausschusses hatte *Stresemann* im Hinblick auf die Versäumnisse ausgerufen: „Die Frage nach den Schuldigen müsse hier später einmal aufgerollt werden."

[209]) Diese Behauptung wird durch die Darstellung im amtlichen deutschen Weltkriegswerk nicht ganz bestätigt, demzufolge sich der Munitionsmangel primär auf die ersten Monate der Sommeschlacht, die sich bis in den November 1916 hinzog, beschränkte. Seit Ende September hätten in den Feuerstellungen meist drei bis vier Tagesraten Munition gelagert. Siehe Weltkrieg Bd. 11 S. 115, ferner Bd. 10 S. 387.

[210]) *Bismarck* hatte sich am 30. 7. 1892 in einer Ansprache an eine Abordnung der Universität Jena für „eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament" eingesetzt und hinzugefügt: „Vielleicht habe ich selbst unbewußt dazu beigetragen, den Einfluß des Parlaments auf sein jetziges Niveau herunterzudrücken, aber ich wünsche nicht, daß er auf die Dauer auf demselben bleibt. Ich möchte dazu beitragen, daß das Parlament wieder zu einer konstanten Majorität gelangt, ohne die es die Autorität nicht haben wird, die es braucht." Zitiert in: Bismarck und der Staat — Ausgewählte Dokumente, eingeleitet von Hans Rothfels, Dritte Auflage, Stuttgart 1958, S. 87 f.

der Zeit, als wir von diesen Dingen sprachen, gab Herr *Spahn* die Erklärungen über die Kriegsziele für die bürgerlichen Parteien genauso ab wie wir[211]), und ich glaube, niemand von Ihnen hat vorausgesehen, daß das Zentrum diese Wendung machen würde. (Sehr wahr!) Herr *Spahn* hat, soviel ich weiß, bis zum letzten Augenblick an seiner früheren Auffassung festgehalten[212]). Ich gebe die Hoffnung auch nicht auf, daß weite Zentrumskreise zu ihr zurückkommen werden. Was mir vorschwebte, und was der Fraktion vorschwebte, das war das, daß wir zunächst ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament haben wollten, auch durch Berufung von Vertrauensmännern der Fraktionen in die Regierung, um sie zur Mitverantwortung an der Gesetzgebung zu veranlassen. Meine Herren, ich mache kein Hehl daraus: Darunter verstehe ich auch die Sozialdemokraten. Ich habe die Berufung eines Mannes wie August *Müller* in das Kriegsernährungsamt für eine der glänzendsten Regierungskünste gehalten (sehr richtig!), die sich gegenüber den anderen Dingen gut abhob[213]). Glauben Sie, wenn nur *Batocki* dort gewesen wäre, dann hätte man gesagt: Natürlich, der konservative Agrarier aus Ostpreußen[214]! Wie konnte man das beruhigend verwerten in der Öffentlichkeit, daß man sagte: Euer sozialdemokratischer Vertrauensmann sitzt im Kriegsernährungsamt, und wenn der Euch sagt: Es sind keine Kartoffeln da, dann könnt Ihr Euch darauf verlassen, daß das nicht aus irgendeiner Bevorzugung der Agrarier heraus geschieht. Und dann das eine: Ich glaube, meine Herren, wir müssen den Blick doch auch in die Zukunft richten. Mir graut vor der Zukunft bei diesen Steuervorlagen, wenn ich mir vorstellen sollte, ich wäre in der Regierung und hätte mir gegenüber eine verantwortungslose Sozialdemokratie mit 100 und mehr Mandaten. Wenn es dazu kommt, daß sie nicht zur Verantwortung gezwungen sein wird, wenn sie alles ablehnt an Steuern, die sein müssen, dann geht die Demagogie zunächst auf die Fortschrittler über, die Angst haben vor dieser mächtigen Partei. Dann kommen die Arbeitervertreter im Zentrum. Da muß der arme Reichsschatzsekretär jede Mark zusammenbetteln. Da habe ich mir vorgestellt, ob die Frage nicht besser zu lösen wäre, wenn man Vertrauensmänner in die Regierung schafft. Ich hatte damals auch noch die Empfindung: Dann wird *Scheidemann* isoliert, dann steht er allein da, weil die anderen sich gegen den Verzichtfrieden wehrten. Solche Szenen, wie in diesem Saale gegenüber *Michaelis*[215]) wären unmöglich, wenn die Fraktionen in der Versammlung vertreten wären, und damit war unmöglich die Diskreditierung nach außen, mindestens für die Übergangszeit. Diese Kriegsziele haben uns die Zerfleischung gebracht. Man muß nach Mitteln suchen, um derartigen Zerfleischungen entgegenzuwirken.

---

[211]) Zuletzt am 15. 5. 1917; vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3398.

[212]) Vgl. hierzu auch Erzberger S. 262 f.

[213]) August *Müller* war am 5. 9. 1917 zum Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt ernannt worden; vgl. Schulthess 1917/I S. 788.

[214]) Vgl. Anm. IV, 38.

[215]) *Stresemann* spielt hier auf die 172. Sitzung des Hauptausschusses am 22. 8. 1917 an, in der die Abgeordneten *David* und *Erzberger* gegen den *Reichskanzler* empörte Proteste gerichtet hatten, weil er nach ihrer Ansicht mit der Formulierung „wie ich sie auffasse" angesichts der getroffenen Absprachen illoyal gehandelt hatte.

[...][216]) und braucht das meiner Meinung nach auch für die Übergangszeit, für die großen Steuer- und Wirtschaftsgesetze, die dann kommen, die wir nicht dem Zufallswechsel der Mehrheiten überlassen können.

Es kommt die Gegenfrage: Ist denn eine tragfähige Mehrheit da? Meine Herren, eine solche tragfähige Mehrheit sehe ich nicht etwa in der jetzigen Mehrheit und unserem Anschluß an diese. Ich sehe sie in dem Zusammenwirken von den Konservativen bis zu den Fortschrittlern, oder, wenn sich irgendwie der extreme Flügel davon ausschließt, von den Freikonservativen bis zu den Fortschrittlern, und die Entwicklung geht dahin, das Zentrum kann mit der Sozialdemokratie nicht Steuerpolitik machen, das ist ganz ausgeschlossen, und ich lasse mich auch keineswegs einschüchtern durch solche Aufsätze, wie sie *Erzberger* heute in der Germania veröffentlicht[217]), wo er uns den Mund verbieten will, draußen zu sagen, wie wir empfinden. Nein, so liegen die Dinge nicht, daß man wegen der interfraktionellen Besprechungen nicht mehr nationalliberale Reden im Lande halten darf, und wenn er sagt, wir seien angewiesen auf sie, so geht daraus hervor, daß ihnen sehr bange ist, wenn wir nicht dabei sind, daß das Zentrum diese Politik gar nicht treiben kann, wenn sie nicht von den Nationalliberalen gegengezeichnet wird, sie nicht treiben kann vor seinen eigenen Wählern. So war es bei der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Das Zentrum pflegt nicht Haß auf lange Zeit irgendwie auszubreiten, wenn eigene Parteiinteressen diesem Haß entgegenwirken. Ich erinnere Sie an das, was ich vorhin sagte. Die Zentrumsleute werden sagen: Wir müssen zusammen doch die künftige Politik treiben. Wir haben

---

[216]) Hier beginnt im Or. eine neue Seite. Der ausgefallene Passus dürfte indes nicht sehr lang sein, zumal in der fortlaufenden Paginierung keine Lücke besteht.

[217]) Die dem Abgeordneten *Erzberger* nahestehende Germania veröffentlichte am 22. 9. (Nr. 440) einen Artikel, der sich gegen die maßlose Kritik nationalliberaler Kreise an der Friedensresolution wandte: „[...] Wir möchten aber nicht unterlassen, doch auch darauf hinzuweisen, daß eine solche öffentlich zur Schau getragene Nichtachtung der wohlerwogenen Entschliessungen einer großen bürgerlichen Partei [Zentrum] schwerlich wird ohne Folgen bleiben können. Wer sich auch nur einigermaßen ein Bild von der kommenden politischen Entwicklung des Deutschen Reiches macht, der muß sich darüber klar sein, daß die großen Fragen, die nach dem Kriege zu lösen sind, eine Zusammenarbeit gerade derjenigen großen Parteien erfordert, die in ihren Wählerschichten eine ähnlich geartete Zusammensetzung aufweisen und die in vielen Fragen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art durchaus keinen ungleichen Zielen zustreben. Ein Verhalten, wie es aber von führenden Persönlichkeiten der Nationalliberalen Partei und von nationalliberalen Organisationen aus Anlaß der Friedensresolution den Mehrheitsparteien gegenüber an den Tag gelegt wird, könnte allerdings geeignet sein, eine solche Zusammenarbeit für die kommenden Zeiten unmöglich zu machen. Dies ruhig auszusprechen, haben wir gerade jetzt für unsere Pflicht erachtet, wo die deutsche Antwort an den *Heiligen Vater* die deutsche auswärtige Politik in einer bestimmten Linie endgültig festlegt, und damit die Möglichkeit besteht, die Gegensätze, wenn nicht zum Schweigen zu bringen, so doch mehr und mehr zu mildern." Dieser Artikel war von dem nationalliberalen Abgeordneten Hartmann *Frhr v. Richthofen* angeregt und entworfen worden. Er schrieb am 21. 9. an *Erzberger:* „Ich würde mir, wie die Lage gegenwärtig ist, von einem Abdruck eine große politische Wirkung versprechen. Eine Wirkung, die, glaube ich, in der kommenden Session sogleich auf das bedeutendste in Erscheinung treten würde. Mit Rücksicht auf die Sonntag zu erwartenden Vorgänge müßte der Abdruck allerdings spätestens morgen abend erfolgen." Vgl. Nachlaß Richthofen 13.

damals den Zolltarif gemacht[218]), wir machen die großen Wirtschafts- und Steuergesetze, und Herr *Fehrenbach* drückte das mit den Worten aus: Die sich einst am meisten bekämpft haben, werden in Zukunft am meisten aufeinander angewiesen sein[219]). Das ist auch meine Meinung, auch für den Wahlkampf, und deshalb müssen Sie verstehen, daß wir auf der einen Seite nicht auf einen Kampf eingehen wollen gegen die Mehrheit, die Sie nun als vaterlandsfeindlich hinstellen. Meine Herren, das ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil es im Ausland einen miserablen Eindruck machen würde, wenn man annehmen würde, es gäbe überhaupt eine vaterlandsfeindliche Mehrheit im Deutschen Reiche, sondern wir müssen eine Politik treiben, die bei aller Aufrechterhaltung unseres Standpunktes darauf hinausgehen muß, ohne Abbrechung der Brücke die verständigen Elemente des Zentrums und der Fortschrittspartei zu uns hinüberzuziehen, und ich bin der Überzeugung, daß bald der Augenblick gekommen sein muß, namentlich, wenn praktische Politik gemacht wird, wo diese Elemente sich an uns heranfinden und sich von *Erzberger* lossagen, der nicht zu der Bedeutung gekommen wäre, wenn nicht *Spahn* seinen Ohnmachtsanfall erlitt und *Gröber* ausscheiden mußte durch die furchtbaren Brandwunden, die er sich zugezogen hatte. Solange *Spahn* und *Gröber* die Fraktion führten, wären wir nicht zu diesen Dingen gekommen. Aber wenn Sie uns die Berechtigung zur Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen absprechen, so machen Sie uns isoliert in den großen Wirtschaftsfragen. Jetzt kommt das große Gesetz über Entschädigung der deutschen Schiffahrt[220]), dem ich die größte Bedeutung beimesse, auch politisch. Nichts hat in England mehr konsternierend auf die Reeder gewirkt, als daß sie sich sagten: Jetzt baut Deutschland seine Schiffe auf, jetzt kommen wir noch mehr ins Hintertreffen. Soll ich das *Erzberger* und *Scheidemann* überlassen, wie die Dinge werden? Ich glaube, da würde die deutsche Schiffahrt nicht in guten Händen sein. Auch dort werden wir in der Lage sein, Einfluß auszuüben, und wie wir uns den Einfluß in auswärtigen Fragen wahren, haben Sie schließlich aus meinen eigenen Reden ersehen[221]).

Meine Herren, die Regierung hat den Weg eines gewissen Parlamentarismus mit der Ernennung von Parlamentariern beschritten, wobei natürlich der Wunsch bestehen bleibt, daß diese Ernennungen im Einverständnis mit den Fraktionen

[218]) Gemeint ist das Gesetz über den Zolltarif vom 14. 12. 1902, das in engem Zusammenspiel zwischen *Gröber* und *Bassermann* zur Annahme gebracht wurde. Vgl. Karola Bassermann, Ernst Bassermann — Das Lebensbild eines Parlamentariers aus Deutschlands glücklicher Zeit, Mannheim o. J. [1920], S. 112 f.

[219]) Siehe S. 335.

[220]) Vgl. P. Stubmann, Der Wiederaufbau der deutschen Seefahrt, in: Deutsche Stimmen, Jg. 29, 1917, S. 433 ff.

[221]) *Stresemann* schrieb am 19. 9. 1917 an *Ballin:* „Wie Sie wissen, nimmt meine Fraktion auch an den interfraktionellen Besprechungen teil, und ich darf Ihnen sagen, daß wir dies im wesentlichen mit wegen des Entschädigungsgesetzes getan haben. Es schien mir unrichtig, dieser Mehrheit, die namentlich volkswirtschaftlich keine geschulten Köpfe aufweist, die Leitung der inneren Politik grundsätzlich in die Hand zu geben und uns zur Einflußlosigkeit zu verdammen. [. . .] Mit *Erzberger* werde ich vorher noch einmal Fühlung nehmen, da ich gehört habe, daß von seiner Seite abfällige Äußerungen über das Milliardengeschenk gefallen sind. Vielleicht empfiehlt es sich, wenn auch von Ihrer Seite mit *Erzberger* Fühlung gesucht wird." Nachlaß Stresemann 175.

erfolgen mögen, die ja doch durch diese Parlamentarier in den betreffenden Ämtern ihre Vertrauensmänner haben sollen. Wir haben gesehen, daß man auch mit dem alten Zopf gebrochen hat, nur Leute zu Staatssekretären und Ministern zu nehmen, die die ganze Staffel der Entwicklung durchlaufen haben. Man hat Oberbürgermeister genommen[222]). Ich freue mich, daß man einen Mann wie *Müller* zum Unterstaatssekretär gemacht[223]) und damit nach außen dokumentiert hat, daß da, wo tüchtige Männer sind, sie unbeschadet der Partei auch zu Stellen herangezogen werden, zu denen sie früher nicht zugezogen wurden. Ich freue mich, daß die frühere Engherzigkeit bei Regierungsernennungen beseitigt ist, daß wir nach langer Zeit wieder bewährte nationalliberale Parteifreunde als Oberpräsidenten[224]), als Regierungspräsidenten[225]) sehen können. Der Weg für die Mitverantwortung der Partei an der Regierung in den Landtagen wird kommen, weil sonst die großen Gesetze nicht zu machen sind. Übrigens hat sich ja auch im preußischen Landtage eine Art Parlamentarismus vollzogen, indem die Regierungsmaßnahmen auf die Konservativen zugeschnitten waren, die sämtliche Geschäfte für sich in Anspruch nahmen. Nicht nach fremdländischer Art, sondern nach Deutschlands eigener Art muß ein derartiges Zusammenwirken kommen. Nie wird ein Deutscher verstehen, daß ein Zivilist Marineminister oder Kriegsminister wird[226]), nie wird er zugeben, daß jemand, nur weil er Politiker ist, an die Spitze eines Amtes kommt, zu dem ihm die sachlichen Unterlagen, die Kenntnisse, die Befähigung fehlen. Wenn Sie aber das als Unterlage nehmen, dann erscheint mir auch für die Regierung und für das deutsche Volk die verantwortliche Mitwirkung der Parteien besser, als die heutige Situation, bei der die Mehrheitsparteien der Regierung ein kaudinisches Joch vorgestellt haben, und wo wir die klägliche Situation erleben, in der sich der *Kanzler* und die ganze Reichsleitung heute gegenüber dieser Demagogie befinden.

Meine Herren, wenn man sagt, das Parlament hat nicht die genügenden Persönlichkeiten, so gebe ich das in gewissem Sinne zu, und deshalb freue ich mich, daß wir voraussichtlich andere Unterlagen bekommen werden mit der Verhältniswahl für die Großstädte[227]). Ich bin überzeugt, daß wir dann eine ganze Anzahl Mandate in Deutschland zu vergeben haben werden, die sicherer Besitz sind, und wo sich uns vielleicht Persönlichkeiten zur Verfügung stellen, die nicht in der

[222]) Der Oberbürgermeister von Köln Max *Wallraf* (1859—1941) und der Bürgermeister von Straßburg Rudolf *Schwander* (1868—1950) waren am 5. 8. 1917 zu Unterstaatssekretären ernannt worden.

[223]) Siehe S. 346.

[224]) Ernst *v. Richter*, seit Mai 1917 Oberpräsident von Hannover.

[225]) Rudolf *v. Campe*, seit Mai 1917 Regierungspräsident von Hildesheim.

[226]) Diese Ansicht hat *Stresemann* schon einige Wochen später geändert, nachdem sich der preussische Kriegsminister *v. Stein* bei den Auseinandersetzungen um die alldeutsche Propaganda ziemlich hilflos erwiesen hatte. Siehe Erwin Gugelmeier, Das schwarze Jahr (1917—1918), Freiburg 1926, S. 41 f.

[227]) In einer vom Reichstag gefaßten Resolution war die Regierung am 6. 7. 1917 aufgefordert worden, eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche den größten Wahlkreisen mehrere Mandate zugeteilt werden und in ihnen das Verhältniswahlrecht eingeführt werden sollte; siehe Sten. Berichte Bd. 310 S. 3507 ff. Die Nationalliberalen verknüpften mit dieser Modifikation des Wahlrechts die Erwartung, auch in den Großstädten, aus denen sie 1912 fast völlig verdrängt waren, wieder zu Mandatsgewinnen zu kommen.

Lage sind, den Wahlkampf in der häßlichen Art durchzumachen, wie er heute in den Niederungen des politischen Kampfes üblich ist. Wir werden in Zukunft in Dresden, Leipzig, Hannover, Hamburg, auch in Berlin — ich kenne die anderen Bezirke nicht — hervorragende Persönlichkeiten aus allen Kreisen heranziehen können, die dann in der Lage sind, in die Fraktion einzutreten, und ich glaube, wir werden dadurch auch in der Frage der Parlamentarisierung die Grundlagen für ein derartiges Zusammenwirken unsererseits schaffen.

Diese Entwicklung ist im Werden. Die Regierung zu drängen, liegt meiner Meinung nach kein Anlaß vor. Deshalb habe ich mich dagegen gewehrt, daß wir durch eine Ära der Konflikte und Krisen etwa weiter hindurchgetrieben werden sollen, und ich glaube, unsere Fraktion wird sich dagegen wehren müssen, sich an derartigen Konfliktmachenschaften zu beteiligen. Ich habe die feste Überzeugung, daß das Volk im Lande eines will: Daß jetzt einmal in ruhiger sachlicher Arbeit hier im Reichstage verhandelt wird (Beifall.), und daß wir aus dieser Demagogie herauskommen, die uns so unendlich im Auslande schadet. Wenn der Sozialdemokrat *Troelstra* diese Mahnung an *Scheidemann* richtet, so zeigt er doch, wie berechtigt, wie gesund diese Empfindung des deutschen Volkes in dieser Zeit ist[228]). (Beifall.)

Meine Herren, daß wir uns bei allen diesen Gedanken nicht etwa von ausländischer Beeinflussung treiben lassen, ist sicher. Ich glaube, im Kreise nationalliberaler Männer bedarf das eigentlich keines Beweises gegen einen *Wilson*[229]). Es ist kein Wort zu stark, das zu kennzeichnen, was er geglaubt hat, dem deutschen Volke bieten zu können. So selbstverständlich unsere Abwehr gegen seine Unverschämtheit ist, so gut wäre es vielleicht auch, daß wir heute nicht auseinandergehen, ohne dieser Abwehr einen kräftigen Ausdruck zu geben (Beifall.), so kräftig, wie man in den Vereinigten Staaten gewohnt ist, Politik zu machen (Beifall.), so kräftig, daß es zu ihm hinübertönt, und daß er wenigstens sieht, daß er nur das ist, als was ihn *Hindenburg* hinstellte, der weltpolitische Mephistopheles, der das Böse wollte und doch das Gute geschaffen hat, uns zu einer größeren Einheit zusammenzuschließen, als uns vorher beschieden war.

Meine Herren, damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Es wäre wohl verlockend, den Blick in die Zukunft zu lenken, aber heute pocht die Gegenwart an die Tore, heute haben wir uns mit ihr zu beschäftigen. Für diese Zukunft, glaube ich, hat uns *Bassermann* das Vermächtnis hinterlassen, das uns Wegweiser sein wird für unsere Stellung zu den großen Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, in denen wir stehen. Jetzt geht es um die Zukunft unseres Volkes und um die Sicherstellung unserer Existenz, und ich hoffe, daß trotz allem, was Trübes in den letzten Tagen, in der letzten Zeit sich gezeigt hat, wir doch

[228]) Vgl. S. 321.

[229]) *Stresemann* spielt hier auf *Wilsons* Antwort auf die päpstliche Friedensnote an, die am 31. 8. veröffentlicht worden war. In ihr hatte *Wilson* den Versuch gemacht, bei Deutschland zwischen Regierung und Volk zu scheiden:
„Wir können das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands nicht als Bürgschaft für irgendetwas annehmen, was dauerhaft sein soll, wenn es nicht durch den beweiskräftigen Ausdruck des Willens und der Absicht des deutschen Volkes selbst unterstützt wird, so daß die anderen Völker der Welt gerechtfertigt wären, es anzunehmen." Zitiert nach Wippermann 1917/II,1 S. 416.

durch das Zusammenraffen aller Kräfte ein freies, kraftvolles, großes Deutschland erreichen werden, in dem wir gesichert leben und wirken können, und daß unsere Verhandlungen dazu beitragen mögen, es auf diesem Wege weiterzubringen, dazu lassen Sie uns zusammenarbeiten, getragen von dem Gedanken der Notwendigkeit der inneren Einigkeit in der Partei. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, der rauschende Beifall, mit dem Sie die Worte unseres verehrten Redners, unseres Freundes *Stresemann*, begleitet haben, zeigt, welchen Widerhall er in Ihren Herzen gefunden hat. Ich gebe diesem Gefühl dadurch Ausdruck, daß ich ihm herzlich Dank sage für das, was er uns heute geboten hat.

Meine Herren, ich möchte aber bei dieser Gelegenheit an etwas anknüpfen, was Herr Kollege *Stresemann* bereits hat durchblicken lassen. Er hielt sich hier für verpflichtet, in diesem engeren Kreis vieles mitzuteilen, was man sonst nicht in die Öffentlichkeit zu bringen pflegt. Er hat damit die Bitte verknüpft, diesen Teil seiner Ausführungen — ich brauche ihn nicht näher zu kennzeichnen — als vertraulich zu behandeln. Ich wiederhole seine Bitte und bitte Sie, danach zu handeln.

Ich möchte Sie jetzt noch bitten, meine Herren, das zweite Referat

[Die elsaß-lothringische Frage]

entgegenzunehmen. Herr Professor *van Calker* hat das Wort.

Abgeordneter Professor Dr. **van Calker**[230]**:** Meine Herren, es ist nach einer so ausgezeichneten Rede über unsere gesamte politische Lage außerordentlich schwierig für den Referenten, über eine Einzelfrage[231]) Sie um kurzes Gehör zu

[230]) *van Calker* (1864—1957) wirkte seit 1896 als Professor für Strafrecht an der Universität Straßburg. Obwohl er kein Altelsässer war, machte er sich schon um die Jahrhundertwende die einheimischen Autonomieforderungen zu eigen; vgl. Reichsland-Werk, Berlin 1936, Bd. 2/I S. 54. Als 2. Vorsitzender der Liberalen Landespartei, in welcher der linke und rechte Flügel des elsässischen Liberalismus vereint waren, setzte er sich 1910/11 zur Zeit der Verfassungsberatungen für Elsaß-Lothringen als autonomen Bundesstaat ein; (siehe S. 415; vgl. auch Haegy-Werk II S. 62 u. 64.). Während des Zabernfalles gehörte er zu den erbitterten Kritikern an dem psychologischen Versagen der staatlichen Organe. (Haegy-Werk I S. 170.) Damals sprach er im Reichstag die vielzitierten Worte: „Sie werden meine Bewegung verstehen, in einem Moment, in dem man heute nach 16 Jahren der Arbeit sich bei aller ruhigen Überlegung der Sache fragen muß: Ist nun wieder alles kaputt? — Alles wieder kaputt!" Vgl. Sten. Berichte Bd. 291 S. 6168, 3. 12. 1913. Bei den interfraktionellen Beratungen über die Friedensresolution erhob *van Calker* dann die Forderung, daß gleichzeitig mit der Resolution eine Erklärung über Elsaß-Lothringen abgegeben werde: „Unsere Feinde wollen Elsaß-Lothringen erobern; daß sie es nicht können, hoffen wir. Aber wenn wir heute eine Erklärung abgeben, daß Elsaß-Lothringen als autonomer Bundesstaat im Deutschen Reich bleiben soll — das wird auch auf Frankreich und auf die anderen Ententestaaten wirken. Diese Erklärung muß neben der Resolution abgegeben werden." Vgl. Quellen 1/I S. 9; vgl. ebd. S. 107 u. 109. Eine solche Erklärung kam nicht zustande, aber die Autonomielösung wurde in den folgenden Monaten Gegenstand zahlreicher Erörterungen zwischen der Reichsleitung und den Mehrheitsparteien.

[231]) Auf der Zentralvorstandssitzung vom 21. 5. 1916 hatte man sich geeinigt, die elsaß-lothringische Frage beim nächsten Zusammentreten auf die Tagesordnung zu setzen; siehe S. 290. Weshalb diese Frage auf der Sitzung vom 4. 2. 1917 nicht erörtert wurde, ließ sich nicht ermitteln.

bitten. Ich darf von vornherein sagen: ich will Ihre Zeit ganz sicher nicht zu lange in Anspruch nehmen.

Meine Herren, ziehen Sie für eine kurze Spanne Zeit mit mir aus dem großen deutschen Vaterlande in ein kleines Eck unseres lieben Vaterlandes, das uns heute auch am Herzen liegt, am Herzen liegen muß um deswillen, weil es, mögen wir das wollen oder nicht, mehr oder weniger heute in den Mittelpunkt unserer auswärtigen Politik gerückt wird. Freilich, meine Herren, nicht von dem Gesichtspunkt auswärtiger Momente aus möchte ich zunächst die Frage der Zukunft Elsaß-Lothringens hier in Betracht ziehen. Im Gegenteil, was wir Deutsche für unser deutsches Vaterland und für seine Teile wollen, das allein kann der maßgebende Gesichtspunkt auch bei dieser Betrachtung nur sein.

Meine Herren, leider hört man heute gelegentlich den Ausruf: Was ist mir Elsaß-Lothringen, und was kommt mir schließlich darauf an; wenn wir den Krieg dadurch beenden können, gut, mögen sie Elsaß-Lothringen noch haben. (Pfui!) Meine Herren, dieser Ausruf macht es ganz klar, daß wir uns mit solchen Dingen nicht zu befassen haben. Bevor nicht Deutschland, deutsche Macht und Herrlichkeit zerschlagen und zerrissen am Boden liegt, wird Deutschland auf Elsaß-Lothringen nicht verzichten, wird Elsaß-Lothringen nicht französisch, wird Elsaß-Lothringen auch kein Pufferstaat. (Lebhafte Zustimmung.) Mit diesen Gedanken haben wir uns hier nicht zu beschäftigen. Sie scheiden aus den Möglichkeiten, die wir hier miteinander besprechen müssen, meiner Überzeugung und Ihrer Überzeugung nach von vornherein vollständig aus. Wir können uns hier nur mit Möglichkeiten einer zukünftigen Stellung von Elsaß-Lothringen beschäftigen, die gegeben sind: Elsaß-Lothringen fest im Rahmen des deutschen Vaterlandes.

Meine Herren, wie kommen wir auf den Gedanken, über die zukünftige Gestaltung Elsaß-Lothringens zu sprechen? Soll es nicht so bleiben, wie es ist? Nein, meine Herren, es kann nicht so bleiben. Jeder, der die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen kennt, wird hierauf eine einfache, klare Antwort haben. Die gegenwärtige Gestaltung ist im Jahre 1870/71 als Provisorium gedacht gewesen, sie ist heute ein Provisorium geblieben, und die Tatsache, daß sie ein Provisorium war und ist, hat in all ihren Konsequenzen tatsächlich herbeigeführt, daß wir Elsaß-Lothringen innerlich heute noch nicht gewonnen haben. Wenn jener Spruch richtig ist: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen, — es gilt von Elsaß-Lothringen. Wir müssen Elsaß-Lothringen in Zukunft besitzen, und wenn wir uns heute darüber besinnen, wie wir diese Zukunft gestalten, so müssen wir es tun unter dem Gesichtspunkt: Wie gestalten wir die Zukunft Elsaß-Lothringens so, daß es deutsch wird? Heute ist es das noch nicht, noch nicht genügend jedenfalls.

Meine Herren, ich glaube in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich nicht eingehe auf die Vergangenheit Elsaß-Lothringens in deutschen Händen, nicht eingehe auf die Momente, die wir vorbringen können und müssen, wenn wir die Frage aufwerfen: Warum ist Deutschland noch heute nicht im vollen Besitz von Elsaß-Lothringen? Ich will nicht die Fehler besprechen, die wir selber gemacht haben. Gar viele sind es, viele Fehler vor diesem großen Kriege und viele Fehler auch während des Krieges. Aber, meine Herren, es kann nicht das

Entscheidende sein, daß wir uns heute darüber beklagen, was wir an Fehlern hier bei unseren Behörden und bei manchen anderen in Elsaß-Lothringen zu konstatieren haben. Wir müssen die Frage so stellen: Wie konstruieren wir die staatsrechtlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen so, daß dadurch die möglichst große Sicherheit für eine deutsche Zukunft Elsaß-Lothringens gegeben ist?

Meine Herren, wenn wir heute, so wie wir hier zusammen sind, jetzt unmittelbar darüber abstimmen sollten, welche staatsrechtliche Stellung sich für Elsaß-Lothringen empfiehlt, — ich glaube die große Majorität der Kollegen würde für Einverleibung in Preußen sein. (Sehr richtig!) Ich glaube, die Majorität würde sich dahin entscheiden.

Warum liegt diese Anschauung am nächsten? Meiner Meinung nach um deswillen, weil die große Anzahl aller Gründe für eine Einverleibung in Preußen sprechen würde, weil wir allein in dem Zusammenhang mit dem größten deutschen Bundesstaat die feste Garantie dafür gegeben sehen würden, daß Elsaß und Lothringen in Zukunft, in naher oder in fernerer Zukunft, deutsche Provinzen wären. Und doch, meine Herren, wenn wir diese Möglichkeit als diejenige bezeichnen, die uns vor allem am Herzen läge und am wünschenswertesten erscheinen würde, — warum ist im Jahre 1871 diese Möglichkeit nicht gewählt worden? Meine Herren, wir müssen auf gar manche Seite der Geschichte Elsaß-Lothringens innerhalb des deutschen Vaterlandes die Überschrift schreiben: propter invidiam! (Sehr richtig!) *Bismarck* hat im Jahre 1871 deshalb eine Einverleibung in Preußen nicht durchgeführt, weil er glaubte, das gegenüber den anderen deutschen Einzelstaaten nicht tragen zu können. Liegt die Frage heute anders? Würde heute eine Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Preußen möglich sein mit Rücksicht auf die Stimmung in den übrigen deutschen Bundesstaaten?

Meine Herren, ich will nicht so eingehend von den Stimmungen sprechen, die heute in Süddeutschland bestehen. Sie kennen sie ja zum Teil alle, vielleicht wenige so gut, wie ich sie leider kenne, wie ich sie kennengelernt habe im Laufe der drei Kriegsjahre. In den ersten Monaten des Krieges freilich, da sagte ich mit großer Freude — ich bin ja gleichzeitig Preuße und Bayer —: so gut für Preußen ist die Stimmung noch niemals in Bayern gewesen, seit ich sie überhaupt kennengelernt habe. (Hört, hört!) So war es, und so ist es nicht geblieben. Ich untersuche die Schuldfrage nicht. Es hat keinen Sinn und keinen Zweck. Ganz ohne Schuld ist man hier in Berlin nicht an der Sache, aber gar manche Übertreibungen haben natürlich dazu geführt, Momente zu vergrößern und zu vergröbern, die tatsächlich keinen so wichtigen Anlaß zu der Mißstimmung gebildet hätten.

Meine Herren, als wir in einer unserer Fraktionssitzungen die Frage Elsaß-Lothringens besprachen, und als einer der Kollegen den Gedanken der Einverleibung in Preußen als den richtigen bezeichnete, hat eines unserer Mitglieder aus Bayern[232]) eine derart bajuvarisch kräftige Rede gehalten, daß doch eine Reihe von unseren Kollegen, die an der Stimmung etwas gezweifelt haben und gesagt haben, das mögen so einzelne Klerikale sein, die gegen das protestantische

[232]) Vermutlich handelt es sich hier um den Abg. Friedrich *Thoma*, der als einziger Nationalliberaler im rechtsrheinischen Bayern in den Reichstag gewählt worden war.

Deutschland sind, das mögen einzelne *Sigl*[233])-Anhänger sein[234]), das geht nicht weiter hinauf in die Kreise unserer Parteigenossen, das geht überhaupt nicht durch ganz Bayern und durch ganz Süddeutschland durch, — daß doch diese Kollegen gesehen haben, es geht in unsere Kreise tief hinein die Überzeugung: wir können Elsaß-Lothringen aus innerpolitischen Erwägungen, aus Erwägungen in bezug auf das Verhältnis der Einzelstaaten zueinander heute nicht in Preußen einverleiben.

Meine Herren, ich verlasse zunächst diese Möglichkeit; wir werden später noch einmal darauf zurückkommen.

Eine weitere Möglichkeit, die von vielen Seiten empfohlen wird, ist die Teilung Elsaß-Lothringens, auch teils aus politischen, teils aus anderen Erwägungen heraus, Teilung zwischen Bayern auf der einen, Preußen auf der anderen Seite, eventuell unter Beteiligung von Baden[235]). Meine Herren, es ist ganz zweifellos, daß auch eine solche Maßnahme manche Vorteile bieten würde. Ich führe nur an: Lothringen, das dann naturgemäß zu Preußen kommen würde, hat heute zweifellos schon sehr starken inneren Anschluß an die Rheinprovinz. Ich glaube, Preußen würde Lothringen sehr schnell gewinnen. Lothringen würde sehr schnell ein tüchtiger, für unser Vaterland nützlicher Teil der Rheinprovinz werden, oder wie man die Gestaltung dann im einzelnen machen würde. Ich glaube ebenso, daß das Elsaß verhältnismäßig leicht von Bayern gewonnen werden könnte. Es ist so, daß die bayerische Art der elsässischen Art ja naturgemäß nähersteht als die norddeutsche Art, und wo wir heute bayerische Beamten, süddeutsche Beamten will ich einmal sagen, im Elsaß arbeiten sehen, da ist zumeist der Erfolg ein stärkerer, ein kräftigerer und im Sinne des Deutschtums günstigerer, als das bei manchen Beamten der Fall ist, die aus dem Norden und Nordosten unseres Vaterlandes kommen. Das ist ja begreiflich und kann gar kein Vorwurf sein. Es käme ein anderes hinzu, auch die Tatsache, daß Bayern dieselbe Konfession hat, wie sie im Elsaß die maßgebende und, wollen wir sagen, die herrschende ist. Auch das würde Bayern gewiß eine Assimilierung erleichtern[236]). Der Gedanke, daß Elsaß etwa an Bayern kommen sollte, ist auch in manchen elsässischen Kreisen mit einer gewissen Genugtuung begrüßt worden[237]).

[233]) Im Or. Siegel.

[234]) Es handelt sich hier offenbar um eine Anspielung auf die Richtung des Dr. *Sigl* (1839—1902), der in seinem — auch nach seinem Tode fortbestehenden — Organ, dem „Bayerischen Vaterland", die bayerischen Interessen mit einem starken antipreußischen Affekt vertreten hatte.

[235]) Zu den Aufteilungsplänen, die bereits seit September 1914 erörtert wurden, vgl. Haegy-Werk I S. 373 ff.; Janßen S. 21—164, passim.

[236]) Die Argumente für den Anschluß des Elsaß an Bayern sind zusammengestellt in der „Denkschrift zur Elsaß-Lothringen-Frage", die von der bayerischen Regierung verfaßt wurde und das Datum des 1. 8. 1917 trug. Abgedruckt in: Charles Schmitt, Die geheimen Pläne der deutschen Politik in Elsaß-Lothringen (1915—1918), Paris 1923, S. 94 ff.

[237]) Vermutlich hat hier *van Calker* den Kreis um den im Elsaß geborenen Straßburger Theologen Albert *Ehrhard* im Auge, der seit 1915 im Sinne des Anschlusses an Bayern wirkte. Vgl. Erzberger S. 162 f.; Janßen S. 117, 151, 238 f.; Haegy-Werk I S. 380. Die Führer des elsaß-lothringischen Zentrums, Dr. *Ricklin* und Charles *Hauß*, setzten sich zwar für die bundesstaatliche Lösung ein, gaben aber gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten *Hertling* am 2. 12. 1914 zu erkennen, daß sie hinsichtlich des Elsaß den Anschluß an Bayern einer Einverleibung in Preußen vorziehen würden. Vgl. Erzberger S. 161; Janßen S. 40.

Meine Herren, welche Momente stehen einer Aufteilung Elsaß-Lothringens in diesem Sinne entgegen? „Propter invidiam!" Sie wissen, daß der Kollege *v. Payer* vor kurzem im Hauptausschuß eine außerordentlich temperamentvolle Rede gehalten hat, die sich sehr scharf, meiner Ansicht nach zu scharf, gegen diesen Gedanken gewendet hat[238]). Auf demselben Standpunkt steht Sachsen und stehen, soviel ich weiß, auch einzelne andere kleinere Staaten. Baden, sagt man, würde eine Opposition in der Richtung nicht machen, da es ja selber sich beteiligen kann. Immerhin, meine Herren, es scheint mir zweifellos zu sein, daß eine Teilung von Elsaß-Lothringen zwischen Bayern und Preußen eine Zustimmung im Bundesrat heute nicht finden würde. Ebensowenig würde dieser Gedanke eine Zustimmung im Reichstag finden; ich glaube es wenigstens.

Wie ist es im Bundesrat und im Reichstag bezüglich der Einverleibung in Preußen? Beim Bundesrat würde ich eine Zustimmung für denkbar halten. Württemberg und Sachsen, die einer Aufteilung zwischen Bayern und Preußen entgegenstehen, würden, soviel mir bekannt ist, einer Einverleibung in Preußen nicht so unbedingt verneinend gegenüberstehen. Im Bundesrat würde ich eine Zustimmung für möglich halten, nicht dagegen eine Zustimmung im Reichstag.

Meine Herren, so liegt nun das Verhältnis, daß wir hier zwei Möglichkeiten haben: Einverleibung in Preußen, Aufteilung zwischen Bayern und Preußen, von denen jede ihre Gründe für sich hat, die aber, mag man sagen leider, bedauerlicherweise, eine praktische Durchführbarkeit bezüglich der Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren leider heute vermissen lassen. Wir sind ja hier nicht nur dazu da, um Wünsche auszusprechen, sondern wir sind gewiß dazu da, um uns praktisch die Durchführbarkeit unserer Wünsche und des Wünschenswerten zu überlegen.

Ich komme zur dritten Lösung, die heute vielfach besprochen wird, zur Gestaltung von Elsaß-Lothringen als autonomem Einzelstaat. Meine Herren, ich habe, um zunächst mit meiner persönlichen Anschauung gar nicht hinter dem Berge zu halten, sehr schwere Bedenken gegen die autonome Gestaltung (Zustimmung.), und zwar um deswillen, weil alle die Mängel und alle die schweren Bedenken, die gegen die heutige Gestaltung von Elsaß-Lothringen vorgebracht werden können, ich möchte sagen, in erhöhtem Maße gegen ein autonomes Elsaß-Lothringen sprechen[239]). Es ist ganz zweifellos, daß zunächst jedenfalls die, ich will einmal sagen, Deutschland unfreundliche Gesinnung im Lande verstärkt, intensiver noch und freier ganz naturgemäß sich zur Geltung bringen würde in einem vollkommen freien, autonomen Herzogtum oder Großherzogtum, oder wie man es konstruieren will. Meine Herren, darüber habe ich gar keinen Zweifel: Wenn es je zu einem autonomen Staat werden sollte, so bricht zunächst in Elsaß-Lothringen eine Zeit an, die an politischen Kämpfen mit der bisherigen überhaupt gar nicht verglichen werden kann, während wir nach dieser Richtung bei jeder anderen Gestaltung, Einverleibung in Preußen oder Teilung zwischen Bayern, Preußen und Baden, eventuell in ganz anderer Weise Aussicht auf ruhigere Zeiten hätten. Darüber kann gar kein Zweifel sein. Es ist eine Selbst-

[238]) HA. 163. Sitzung, 3. 7. 1917.

[239]) *van Calker* hatte sich in den ersten Kriegsjahren für den Anschluß des Elsaß an Bayern eingesetzt, um dieses Gebiet fester an Deutschland zu binden. Vgl. Haußmann S. 51 u. 100.

täuschung, wenn man glaubt, die Elsaß-Lothringer würden nun in dem Moment, wo wir sie zu einem autonomen Staat machen, mit andauerndem Hurra als Deutsche erster Klasse voranmarschieren. Davon kann gar keine Rede sein.

Meine Herren, freilich vor einem müssen wir uns hüten. Es wird bei der Betrachtung dieser Frage so häufig von der einen Seite der Gesichtspunkt heute hineingebracht, die autonome Gestaltung von Elsaß-Lothringen als Lohn für bewiesene Bundestreue zu betrachten (Lachen.), und von der anderen Seite wird gesagt: Nein, zur Strafe kriegt Ihr das nicht. Meine Herren, Lohn und Strafe sind Begriffe, die in die politische Kinderstube hineingehören, und die für den ernsten Politiker nicht in Betracht kommen können. Weder haben sich die Elsaß-Lothringer im Anfang des Krieges so vaterländisch benommen, wie man damals irrtümlicherweise behauptet hat — leider sind da auch von militärischer Seite manche Anschauungen erweckt worden, die doch nicht ganz Stich gehalten haben[240]) —, noch haben sich die Elsaß-Lothringer in dem Maße und in dem Umfange als Verräter erwiesen, wie das von manchen Seiten behauptet wird[241]). Beides ist unrichtig, ich betone: auch das letztere. Ich habe in meinem Bataillon eine sehr genaue Erhebung über das Verhalten der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegenüber unseren Leuten gemacht. Da gehen die Anschauungen direkt auseinander. Ich habe Anschauungen gehört, nach denen die Elsaß-Lothringer sich namentlich den bayerischen Truppen gegenüber ganz ausgezeichnet benommen haben, und ich habe wiederum Nachrichten, nach denen das nicht der Fall war. Also, meine Herren, daraus ist heute sehr schwer etwas zu entnehmen. Auch von Offizieren habe ich eigentümliche Nachrichten gehört. Einer sprach mir andauernd von einem Franzosenkopf, einem Kreisdirektor, der nur französisch spreche und der wahrscheinlich von einer französischen Familie abstamme, und wie ich ihn dann auf Herz und Nieren prüfte, wie der Mann eigentlich hieße, war es *Back*, der Sohn unseres hochverdienten Bürgermeisters von Straßburg, der gewiß kein Franzosenkopf ist. Meine Herren, die Anschauungen sind da so unsicher, daß wir allein auf solche Anschauungen unsere Maßnahmen für die Zukunft nicht stützen wollen. Ich schalte das ein, um Sie zu bitten, solche Stimmungen, mögen sie zu Gunsten oder zum Nachteil von Elsaß-Lothringen sprechen, bei Ihren Entscheidungen möglichst zurückzudrängen. Wir können nur fragen: Was wird für die Zukunft das Beste sein? Wir können nur fragen: Welche Lösung ist durchführbar? Welche von den an sich uns wünschenswert erscheinenden Lösungen können wir hier miteinander als die womöglich zutreffende bezeichnen?

Meine Herren, ich sagte eben, wir wollen hier miteinander besprechen: welche Lösung ist die zutreffende? Ich möchte bitten, von einer Beschlußfassung hier abzusehen, und zwar aus dem Grunde, den Kollege *Stresemann* vorhin angeführt hat[242]). Ganz gleichgültig, nach welcher Richtung unser Beschluß gefaßt würde,

[240]) *van Calker* hat hier offenbar das Dankschreiben des Generals *v. Deimling* im Auge, der am 5. 8. 1914 in seiner Eigenschaft als Kommandierender General des XV. Armeekorps geschrieben hatte: „Als ein Zeichen patriotischen Opfermuts begrüße ich mit besonderer Freude, daß viele Tausende von jungen Männern, namentlich aus altelsässischen Familien, als Freiwillige zu unseren Fahnen geeilt sind." Zit. in: Haegy-Werk I S. 188; vgl. auch ebd. S. 295.

[241]) Siehe S. 371.

[242]) Gemeint ist sein Eintreten für „das Zusammenraffen aller Kräfte", vgl. S. 351.

sei es für die Einverleibung in Preußen, sei es für die Teilung zwischen Bayern und Preußen, sei es für die Autonomie, — in jedem Falle würde ein solcher Beschluß starke Meinungsverschiedenheiten draußen hervorrufen, und das würde zweifellos die weitere Arbeit nur erschweren. Nehmen wir einmal an, wir würden den Beschluß fassen, der gefaßt würde, wenn wir jetzt abstimmen würden: für Preußen. Ich kann Ihnen fest versichern: das würde in ganz Deutschland, insbesondere natürlich in Bayern eine so starke Mißstimmung erregen, daß das für das Ausland ein außerordentlich erfreulicher Anblick sein würde. Das ist für mich der entscheidende Grund, warum ich Sie bitte, von einer Beschlußfassung hier abzusehen. Jede Beschlußfassung, auch die negative: unter keinen Umständen Autonomie, würde in dem Sinne wirken, würde nach außen ungünstig erscheinen, und ich möchte Sie deshalb dringend bitten, davon Abstand zu nehmen[243]). Über die Frage Elsaß-Lothringen entscheiden wir allein diktatorisch, möchte ich sagen, dann, wenn sie nicht am Friedenstisch als Frage aufgeworfen wird, und das ist nun wohl heute das schwierigste Problem bei der ganzen Sache. Ja, kommen wir in der Stellung des unbedingten Siegers an den Friedenstisch, in der wir unbedingt und sicher sagen können: Von Elsaß-Lothringen kann hier nicht die Rede sein, dann, meine Herren, nehmen wir selbstverständlich keine Rücksicht auf das, was das Ausland sagt. Meine Herren, ich weiß es nicht, wir haben jedenfalls als Politiker die Pflicht, auch die Möglichkeit zu betrachten, auch die Möglichkeit zu untersuchen, ob nicht ein Moment kommen wird, wo wir die Frage etwa so stellen: Wir sitzen am Friedenstisch, aber in dem Moment, wo wir es ablehnen, über Elsaß-Lothringen zu sprechen, müssen wir wieder aufstehen.

(Zuruf: Das tun wir!)

Meine Herren, Sie sagen ganz ruhig: Dann stehen wir auf. Ich habe vorhin gesagt, wenn es sich darum handelt, Elsaß-Lothringen vom Deutschen Reich loszureißen, einen Pufferstaat zu bilden, dann stehen wir auf, ganz gewiß. Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, daß wir das tun werden. Aber bitte, überlegen Sie ganz ruhig, als Männer, die die Verantwortung dabei tragen, wenn die Frage so gestellt wird: Wir bleiben am Tisch sitzen, wenn Elsaß-Lothringen als autonomer Staat innerhalb des Deutschen Reiches bleibt; wir stehen auf, wenn Elsaß-Lothringen nicht zu einem autonomen Staatengebilde innerhalb des Deutschen Reiches wird. — Meine Herren, stehen wir dann auf?

(Lebhafte Rufe: Ja! Zuruf: Wenn das Ausland es verlangt! Zurufe: Irland![244]))

Meine Herren, wir sagen heute: Ja und mit aller Sicherheit, nicht wahr?

(Erneute Rufe: Irland! Glocke des Präsidenten.)

Der Einwurf ist so interessant, daß er in der Debatte ja gewiß besonders wirksam

[243]) *van Calker* selbst hatte sich in den vergangenen Monaten bereits stark für die Autonomielösung engagiert; siehe Anm. 230. Am 21. 7. 1917 war er zusammen mit *Erzberger*, *David* und *Naumann* beim *Reichskanzler Michaelis* gewesen, um diesen zu einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu bewegen. Vgl. Quellen 1/I S. 107 ff.

[244]) Die Zurufe, die sich auf Irland beziehen, wollen offenbar darauf hinweisen, daß England auch nicht daran denke, Irland die — bereits 1912 in Aussicht gestellte — „home rule" zu gewähren. Tatsächlich war ja die irische Freiheitsbewegung im April/Mai 1916 rücksichtslos unterdrückt worden. Vgl. Schulthess 1916/II S. 122 f., 125, 128, 138 f., 141 f., 148, 149, 151 f., 154 f., 156, 159.

ist. Meine Herren, wir wollen das doch kühl und ruhig betrachten. Glauben Sie doch ja nicht, daß ich es wünsche, aber ich fühle als Referent die Pflicht, diese Frage hier ruhig zu betrachten. Wenn die Situation so wäre — ich bin felsenfest davon überzeugt, daß sie nicht so werden wird, aber wir haben doch die Verpflichtung, das auch zu überlegen, nur dann gewinnen wir die entsprechende Distanz dazu und die entsprechende Klarheit — dann, sage ich, müssen wir kühl und klar überlegen: Ist der Nachteil, den wir sicher dadurch haben, daß wir Elsaß-Lothringen zu einem autonomen Staat gestalten, größer oder kleiner, als daß der Krieg um Elsaß-Lothringens willen verlängert wird, verlängert wird ins Unabsehbare vielleicht, ich weiß es nicht. Meine Herren, wir dürfen noch eins nicht vergessen: Elsaß-Lothringen als Kriegsziel ist heute das einzige Band, das unsere Gegner zusammenhält, dasjenige Moment, das Frankreich an die Seite Englands getrieben hat, das einzige, das Frankreich heute aufrecht hält an diesen Kämpfen[245]).

Meine Herren, ein Mann, der Deutschland außerordentlich wohlgeneigt ist, der viel für Deutschland gearbeitet hat, der leider aus der politischen Arbeit ausgeschieden ist, der Bundesrat *Hoffmann* in der Schweiz, hat mir im vorigen Jahr gesagt: Die Autonomie des Elsaß allein ist es, die den Krieg beenden wird, das ist meine feste Überzeugung, wenn es Ihnen nicht gelingt, die ganze Entente auf die Knie zu zwingen. Meine Herren, ich führe Ihnen auch diesen Ausspruch eines Mannes an, der zweifellos Deutschland — er ist für Deutschland gefallen[246]) — in jeder Beziehung wohlgesinnt war, und der die Franzosen kennt, und der die Politik der Entente kennt. Ich habe Ihnen dieses Moment nur als eine Möglichkeit vorgelegt.

Ich muß allerdings weiter noch eine Frage aufwerfen. Wenn ein Moment käme, in dem wir sehen, auf dem Friedenskongreß kann die Frage aufgeworfen werden — und es kann möglich sein —, daß wir Elsaß-Lothringen als autonomen Staat im Rahmen des Deutschen Reiches gestalten, — meine Herren, wenn das der Fall wäre, empfiehlt es sich dann, von Frankreichs oder von der Entente Gnaden Elsaß-Lothringen als autonomen Staat zu erlangen, oder würde es dann wünschenswert sein, vorher Elsaß-Lothringen zu einem autonomen Bundesstaat zu gestalten[247])? Das ist vielleicht die schwierigste politische Frage, die heute vor uns liegt, um die wir aber nicht herumkommen für eine kühle, klare Entscheidung. (Unruhe und Widerspruch.) Meine Herren, Sie sagen: Nein; wir

[245]) Erst nach langen Bemühungen gelang es der französischen Außenpolitik am 25. 9. 1917, die englische Regierung auf die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens als unverzichtbares Kriegsziel festzulegen. Im Haegy-Werk I S. 452 heißt es über die Verhandlungen in Boulogne: „*Lloyd George* äußerte einige Bedenken, fragte, ob Frankreich in jeder Lage und unter allen Umständen an der Forderung festhalte, und erst als *Painlevé* ihm sein Wort gab, erklärte er sich zu einer definitiven und bindenden Zusage bereit." *van Calkers* Argumentation zielte also auf eine durchaus verletzliche Stelle im englisch-französischen Bündnis.

[246]) Vgl. S. 343.

[247]) Bereits am 18. 7. 1917 war *Erzberger* an den *Reichskanzler* mit dem Vorschlag herangetreten, Elsaß-Lothringen die Autonomie zu gewähren, um damit Frankreich gleichsam das Kriegsziel aus der Hand zu schlagen. Er erhoffte sich von diesem präventiven Schritt, wie es in seinem Schreiben hieß, „eine gewaltige internationale Wirkung". Vgl. Erzberger S. 164 ff.; Janßen S. 147 f.; auch Anm. 243.

warten, wenn es sein muß, bis zu dem Moment, wo wir gezwungen werden, gewiß.

(Zuruf: Wir werden überhaupt nicht gezwungen!)

Wir werden überhaupt nicht gezwungen? Desto besser! Ganz sicher! Ich lege Ihnen auch alle diese Fragen lediglich meiner Pflicht als Referent gehorchend vor, denn das ist das Wichtige, nicht also, ob wir heute Elsaß-Lothringen teilen oder preußisch machen, das steht heute nicht in Frage, weil das weder im Bundesrat noch im Reichstag durchführbar ist. In Frage steht die Autonomie, das wissen Sie aus den Zeitungen, das liegt durch die Verhältnisse nahe, und deshalb müssen wir zu dieser Frage heute Stellung nehmen, und ich bitte Sie, das klar, deutlich und temperamentvoll zu tun, aber, meine Herren, bewußt der Verantwortung, die wir alle bei der Entscheidung dieser Frage haben. Ich habe absichtlich nicht beschönigt, absichtlich nicht in optimistischer Weise hier die Verhältnisse dargestellt. Ich bin überzeugt — und damit lassen Sie mich schließen, um genau die Zeit einzuhalten, die mir gestellt ist —: Elsaß-Lothringen wird ein guter deutscher Teil unseres großen Vaterlandes werden. Wir müssen nur das Richtige tun (sehr richtig!) an Personen und an Maßregeln nach innen und nach außen. (Bravo!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich gestatte mir auch diesem Berichterstatter meinen herzlichen Dank auszusprechen. Er hat uns die Probleme gezeigt, um welche es sich in der elsaß-lothringischen Frage handelt, und hat es seinerseits vorsichtig vermieden, selbst die Antwort darauf zu erteilen. Hoffentlich gelingt es in der Diskussion, manchen von diesen Punkten im Sinne einer nationalen Entscheidung für uns schlüssig zu machen.

(Pause.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und eröffne gleich die Diskussion.

Es ist von verschiedenen Seiten an mich der Wunsch herangetreten, daß bei der Fülle von Material, die wir in der Diskussion zu bewältigen haben, und bei der Fülle von Rednern, die bereits gemeldet sind und sich noch melden werden, von vornherein eine gewisse Beschränkung eingeführt werden soll, damit wir möglichst jedem gerecht werden. Diese Beschränkung muß meines Erachtens so gewählt werden, daß sie jedem die ausreichende Zeit gibt, seinen Gedankengang voll zu entwickeln, andererseits das dazu notwendige Maß nicht überschreitet. (Sehr richtig!) Es führt zu einer Beeinträchtigung der späteren Redner, wenn man die ersten Redner gewissermaßen frei reden läßt, die dann sehr lange sprechen, und sagt, nun geht die Sache nicht weiter, jetzt müssen wir eine Beschränkung eintreten lassen. (Sehr richtig!) Das ist sehr unerwünscht. Deshalb halte ich es für richtiger, daß von vornherein eine gewisse Beschränkung eintritt. (Beifall.) Ich schlage Ihnen daher vor, wenn sich kein Widerspruch erhebt, daß jedem Redner 15 Minuten Zeit gewährt werden.

(Rufe: Zu lange! Rufe: 10 Minuten!)

Von anderer Seite wird der Vorschlag gemacht: 10 Minuten.

(Rufe: 7 Minuten!)

Ich bitte diejenigen, die 10 Minuten beschließen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Majorität. Also jedem Redner stehen 10 Minuten zur Verfügung.

Ich bin vielfach gefragt worden, ob der Versammlung nicht eine Resolution mitgeteilt werden würde, die vielleicht als Unterlage für die Diskussion dienen könnte. Das wäre gewiß sehr zweckmäßig. Diese Resolution ist aber erst im Entstehen begriffen. Sobald sie spruchreif ist, wird sie Ihnen unterbreitet werden.

Justizrat Dr. **Marwitz:** Meine Herren, wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so ist es um deswillen geschehen, weil ich mit Bedauern in der nationalliberalen Presse verfolgt habe, in welcher Weise gegen die Politik unserer Fraktion im Reichstage in vielen Teilen des Landes Stellung genommen worden ist[248]), und weil ich die Überzeugung habe, daß es für die Partei im äußersten Grade schädlich sein muß, wie sich die Dinge entwickelt haben[249]). Sie haben aus dem beredten Munde des Herrn Dr. *Stresemann* eine Verteidigung dieser Politik gehört, zu der ich absolut nichts hinzufügen kann und die, wie ich glaube, nicht übertroffen werden kann.

Meine Herren, es ist in weiten Kreisen des deutschen Volkes die Überzeugung lebendig gewesen, daß der Reichstag in den schwierigen Aufgaben, die ihm gestellt waren, versagt habe. (Sehr richtig!) Man hat vielfach darüber geklagt, daß der Reichstag in jener Zeit, die uns Herr Dr. *Stresemann* gezeigt hat, und in der wir wiederholt am Rande des Abgrundes entlang getaumelt sind, nicht die Pflicht erfüllt habe, die ihm eigentlich obgelegen hätte. Meine Herren, da ist die Sache so gekommen, daß der Reichstag die Konsequenzen des Verhältnisses gezogen hat, indem er selber von sich aus die Verantwortung übernommen hat, von sich aus eingegriffen hat in die Leitung der Dinge. Was ist der Erfolg in vielen Teilen unserer Partei gewesen? Dieselben Leute, die ursprünglich über den Reichstag gescholten haben, daß er seine Pflicht nicht erfülle, haben dann gesagt: Ja, aber um Himmelswillen, wie kommt Ihr denn dazu, Euch in dieser Weise jetzt im Kriege um Parlamentarisierung zu kümmern und in dieser Weise in die Leitung des Reiches einzugreifen, die Euch überhaupt nicht zusteht? Meine Herren, wenn der Reichstag das getan hat, so hat er es doch aus der Erwägung heraus getan, daß, wie uns einst die preußischen Diplomaten nach Olmütz führten, wir die große Gefahr liefen, daß uns die deutschen Diplomaten nach London führen und uns ein zweites Olmütz bereiten würden.

Nun, meine Herren, wenn ich von den hiesigen, den Berliner Verhältnissen sprechen darf, so gibt es für mich keine unangenehmere und unerfreulichere Frage, als wenn ein neugewonnenes Mitglied unserer Partei mich fragt oder mir schreibt: Nun sagen Sie mir einmal, was für ein nationalliberales Blatt in Berlin soll ich eigentlich lesen? Da kann ich sagen: Sie können das 8 Uhr-Abendblatt[250])

[248]) Siehe S. 389 u. 393.

[249]) *Stresemann* hatte *Marwitz* in einem Schreiben vom 14. 9. 1917 auf die mangelnde Disziplin in der nationalliberalen Presse hingewiesen; vgl. Nachlaß Stresemann 174. Ob die Wortmeldung von *Marwitz* durch *Stresemann* veranlaßt wurde, muß jedoch dahingestellt bleiben.

[250]) Das 8 Uhr-Abendblatt war eine Fortsetzung der ehemaligen National-Zeitung, die sich als Morgenblatt in der Reichshauptstadt nicht mehr hatte halten lassen. Vgl. Thieme S. 41.

lesen, das erscheint nur abends; Sie können den Deutschen Kurier lesen, die Neuesten Nachrichten[251]) und die Berliner Börsenzeitung[252]). Ja, meine Herren, wenn nun dieser unglückliche Mann den Deutschen Kurier und die Berliner Börsenzeitung abonniert, um sich genügend zu orientieren, dann scheidet er in 8 Tagen aus der Partei aus, oder er sagt: Ich weiß überhaupt nicht, wo die Partei eigentlich steht; was soll denn die ganze Sache ?[253]) (Sehr richtig!) Meine Herren, so kann man natürlich keine nationalliberale Politik machen, und wenn ich mir erlauben darf, von dem großen Gedanken der vaterländischen Politik auf unsere Parteipolitik überzugehen, so bin ich der Überzeugung, daß wir die schweren Kämpfe, die unsere Partei nach rechts und nach links wird durchmachen müssen, nicht durchführen können, wenn diese Verhältnisse in der Presse nicht vollständig und von Grund auf geregelt werden. (Sehr richtig!) Meine Herren, die Sache geht soweit, daß der Deutsche Kurier und die Neuesten Nachrichten mit seltenen Ausnahmen überhaupt nur die Kreuz-Zeitung, die Post, die Deutsche Tageszeitung und etwa noch die Tägliche Rundschau zitieren. Andere Blätter werden überhaupt nicht oder sehr selten genannt. Es fehlt vollständig jeder Zusammenhang mit der Provinzpresse. Aus diesen Blättern kann man sich weder über die Haltung der Magdeburgischen Zeitung noch des Hannoverschen Kuriers noch der Kölnischen Zeitung usw. irgendwie orientieren, und ich bin der Ansicht, daß, wenn auf diese Weise fortgewirtschaftet wird, unsere Wähler vollständig kopfscheu werden müssen. Und wenn Sie nun einmal fragen: Wodurch ist die Mißstimmung im Lande draußen unter den Wählern, die zweifellos

---

[251]) Der Deutsche Kurier, der 1913 auf Initiative des Deutschen Bauernbundes entstanden war (siehe S. 179 f.) und die Berliner Neuesten Nachrichten waren im Frühjahr 1917 von dem Essener Syndikus Wilhelm *Hirsch* aufgekauft worden und wurden seitdem durch *Fuhrmann* im Sinne des rechten Parteiflügels redigiert. Vgl. Anm. II, 206 und Thieme S. 41.

[252]) Die Berliner Börsenzeitung diente dem Abgeordneten *Frhr. v. Richthofen* als Plattform für seine innerpolitischen Reformideen und seine gemäßigten Kriegsziele. Vgl. Thieme S. 41.

[253]) Vgl. z. B. die gegensätzlichen Kommentare über den am 21. 8. 1917 gefaßten Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion, sich wieder an den interfraktionellen Besprechungen zu beteiligen. Deutscher Kurier: „Wir hatten die Erwartung ausgesprochen, daß sich die nationalliberale Reichstagsfraktion, gewarnt durch die überall hervortretende Absicht der Mehrheitsparteien, sie zum Feigenblatt für ihre kompromittierte Verzichtfriedenspolitik zu machen, nicht dazu herbeilassen würde, in diese sogenannte Mehrheit als fester Bestandteil einzutreten [. . .] Diesen Beschluß halten wir im Gegensatz zu der Berliner Börsenzeitung, die ihn begrüßt, für überaus bedauerlich und auch für nicht recht vereinbar mit den politischen Richtlinien, die für die Nationalliberale Partei noch jüngst bei der Tagung ihres Geschäftsführenden Ausschusses und ihrer Landesvorsitzenden beschlossen worden sind [. . .] Wenn man z. B. an die Ordnung der Reichsfinanzen und an den Neuaufbau der Wirtschaftspolitik denkt, so vermag man sich am allerwenigsten vorzustellen, daß diese Aufgaben in gedeihlicher Weise durch ein Zusammengehen mit der radikalen Linken gelöst werden könnten." Zitiert nach Berliner Neueste Nachrichten Nr. 425 vom 23. 8. 1917.

Berliner Börsenzeitung: „Die vorstehende Entschließung der nationalliberalen Reichstagsfraktion darf für die zukünftige Gestaltung unserer politischen Verhältnisse größte Bedeutung beanspruchen. Sie zeigt, daß in der Fraktion bei aller Verschiedenheit der Ansichten, die zwischen ihr und den Mehrheitsparteien in einzelnen Fragen der auswärtigen Politik bestehen, doch der feste Wille lebt, wirklich liberale Politik zu treiben, und daß sie dies im praktischen Sinne zur tatsächlichen Erzielung einer Neuordnung unserer politischen Verhältnisse zu tun entschlossen ist. Wir brauchen nicht zu sagen, wie sehr wir diesen Standpunkt begrüßen." Zitiert nach Berliner Neueste Nachrichten Nr. 424 vom 22. 8. 1917.

vorhanden war und vorhanden ist, im wesentlichen entstanden, so ist es lediglich dadurch gekommen, daß es nicht möglich war, rechtzeitig die genügende Orientierung zu geben. Das ist kein vorübergehender Zustand. Das wird immer schlimmer werden, denn je mehr unsere Partei, je mehr der Reichstag als solcher mit in die Leitung der Dinge eingreift, um so mehr übernimmt er die Verantwortung und kommt damit in den Zwiespalt hinein. Auf der einen Seite soll er für die Partei wirken, soll er die Interessen der Wähler vertreten, auf der anderen Seite hat er die große Verantwortung für die Politik, die er macht. Er kann über die vielen Gründe dieser Politik natürlich draußen im Lande nicht sprechen, denn, was Sie heute von Herrn Dr. *Stresemann* gehört haben, und was ja wesentlich ist für die Frage: Warum hat denn die Fraktion in diesem Sinne gearbeitet und nicht anders?, ja, meine Herren, das hat er uns zum großen Teil auch hier rein vertraulich mitgeteilt, er hat ausdrücklich gebeten, darüber im Lande nicht zu sprechen.

Meine Herren, nehme ich die Quintessenz aus alledem heraus, so bin ich der Ansicht, daß unser aller Aufgabe die ist, daß wir in dieser schweren Zeit zunächst dahin wirken, daß im Lande das Vertrauen zu unserer Fraktion besteht, das sich nicht durch Hurrarufe usw. dokumentieren soll, daß das Vertrauen zu unserer Fraktion besteht, daß sie nicht aus lauter Dummköpfen zusammengesetzt ist, sondern daß die Leute ganz genau wissen, was sie wollen, und daß sie eine ganz bestimmte Richtlinie dabei haben, daß, wenn man zunächst einer etwas flauen Resolution gegenüber der Mehrheitsresolution gegenübersteht, man nicht gleich hingeht und zu schimpfen anfängt, sondern zunächst abwartet: Warum ist das geschehen? Nach der Richtung müssen wir unsere Wähler ganz anders in die Hand bekommen, als es bisher der Fall war. (Sehr richtig!) Dazu ist ferner erforderlich, daß wir eine ordentliche Verbindung haben zwischen Berlin und dem Lande. Ich bedauere es, daß hier in Berlin nicht eine große nationalliberale Zeitung besteht, die richtunggebend ist und die, wenn sie auch nicht eigentlich offiziell sein soll, doch für die Wähler im Lande insofern maßgebend ist, als sie sagen kann, warum dieser oder jener sonst unverständliche Schritt geschieht[254]).

Meine Herren, wenn wir einmal von den großen vaterländischen Dingen auf unsere Partei übergehen wollen, so müssen wir doch daran denken: In welcher Weise können wir unsere Partei abhalten von der Teilnahme an der neuen Vaterlandspartei. Dieser neuen Vaterlandspartei kann man verschieden gegenüberstehen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es eine verkappte konservative Gründung ist.

(Lebhafter Widerspruch. Rufe: *Körte*![255])

---

[254]) Um die von *Marwitz* erörterten Schwierigkeiten zu verringern, wurde am 28. 10. 1917 der „Reichsverein der nationalliberalen Presse" gegründet. Zweck des Zusammenschlusses sollte sein: Herstellung enger vertrauensvoller Kontakte der nationalliberalen Presse mit der Parteileitung, Eingliederung des Vereins in die Parteiorganisation, Vertreter im Zentralvorstand (siehe Einleitung S. 40) und die Annäherung der nationalliberalen Pressevertreter untereinander. Vgl. den Bericht über die Gründungsversammlung, in: Nachlaß Stresemann 176.

[255]) Der Königsberger Oberbürgermeister Siegfried *Körte* (1861—1919), welcher der Fortschrittspartei angehörte, zählte zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes. Vgl. Schulthess 1917/I S. 782.

Ich weiß wohl, daß eine Anzahl von nationalliberalen Herren dabei sind[256])

(Zurufe: Fortschrittler!),

oder daß auch Fortschrittler dabei sind. Trotzdem bin ich der Überzeugung — aber, meine Herren, ich kann mich darin täuschen, ich gebe das zu — ich bin der Ansicht, daß es eine verkappte konservative Gründung ist[257]). Aber trotzdem kann man der Sache ganz verschieden gegenüberstehen und kann entweder sagen: Wir beteiligen uns überhaupt nicht, oder wir beteiligen uns so, daß wir wirklich die Leitung in die Hand bekommen. Aber es muß unter allen Umständen eine einheitliche Parole ausgegeben werden, daß nicht die Pommern sagen: Wir treten unter allen Umständen bei[258]), und andere wieder davor warnen. Was sollen denn die Wähler im Lande denken, wenn sie zusammenkommen, und wenn es heißt, der eine hat dies gesagt, der andere hat jenes gesagt?

Also ich bin der Ansicht, daß wir unter allen Umständen dahin kommen müssen, zwischen der Fraktion und den Wählern im Lande eine engere Fühlung herzustellen, und daß wir unter allen Umständen dahin wirken müssen, daß unsere Wähler im Lande Vertrauen zur Fraktion gewinnen. (Sehr richtig!)

Abgeordneter Dr. **Schifferer**[259]): Ich habe mich mit einem gewissen Zagen hier zum Wort gemeldet, und zwar deshalb, weil ich infolge fast einjähriger Abwesenheit aus Deutschland naturgemäß nicht mehr alle die Einzelheiten so übersehen kann, die dazu gehören, um einen richtigen politischen Überblick über die gesamte Lage zu besitzen. Wenn ich trotzdem hier das Wort ergreife, so geschieht es, weil mich Gewissensnot und auch große politische Sorge dazu drängt, und Sie werden mir gestatten, daß ich mit dem Freimut hier spreche, der durch den Ernst der Stunde und durch die schwierige Lage, in der unser Vaterland sich befindet, geboten ist. Wie ich das einschätze, mögen Sie daraus ersehen, daß mich diese politische Sorge dazu getrieben hat, vor einiger Zeit einen ausführlichen Brief an den *Reichskanzler* zu schreiben, und daß ich das, was ich in diesem Brief niedergelegt habe, dem *Kanzler* gegenüber selbst wiederholt habe, als ich vor einiger Zeit Gelegenheit hatte, ihn einen halben Tag an der Westfront zu führen[260]).

---

[256]) Vgl. z. B. die Sammlung von Reden, die gegen Ende des Jahres 1917 unter dem Titel „Die Nationalliberalen und die Deutsche Vaterlandspartei" (Schriften der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 3, Berlin o.J.) veröffentlicht wurden; die Redner waren: *Bacmeister* (M.d.A.), *Blankenburg-Zeitz* (M.d.A.), *Fuhrmann* (M.d.A.), *Ripke*, *Schifferer* (M.d.A.), *Stubmann* (M.d.R.), Stadtdirektor *Tramm* (M.d.H.).

[257]) Trotz der hier geäußerten Bedenken trat Dr. *Marwitz*, der aus der jungliberalen Gruppe hervorgegangen war, später der Vaterlandspartei bei und wurde sogar im Januar 1918 Mitglied ihres Reichsausschusses; vgl. Nachlaß Marwitz 1, in: Pol. Archiv des Auswärtigen Amts.

[258]) Der Geschäftsführende Ausschuß der Provinzialorganisation hatte den pommerschen Parteimitgliedern den Beitritt empfohlen. Vgl. NLC Nr. 180 vom 17. 9. 1917.

[259]) Anton *Schifferer*, der als Rittmeister an der Westfront stand, war vom preußischen Landtagsabgeordneten *Westermann* in einem Brief aufgefordert worden, zur Zentralvorstandssitzung nach Berlin zu kommen und dort „kräftig deutsch" zu reden. *Schifferers* Auftreten in der Sitzung war auch ein Kontakt mit *Ludendorff* vorausgegangen. Vgl. Thieme S. 76 f.

[260]) Der *Kanzler* hatte vom 28. 8.—2. 9. eine Informationsreise nach Belgien und an die Westfront unternommen. Vgl. Wippermann 1917/II,1 S. 290 u. 479. — Es scheint indes *Schifferer* nicht gelungen zu sein, den *Kanzler* in seinem Sinne zu überzeugen; vgl. Michaelis S. 322.

Das, was ich empfinde, und das, was ich Ihnen sagen möchte, empfinden mit mir sehr viele Kameraden an der Westfront, insbesondere auch in Flandern.

Allerdings mischt sich mit dieser Sorge eine gewisse Hoffnung, eine Hoffnung, die ich und viele mit mir auf die Nationalliberale Partei Deutschlands oder, um die Sache noch etwas präziser zum Ausdruck zu bringen, auf die nationalliberale Reichstagsfraktion setzen, denn über eins müssen wir uns doch klar sein: Was nützen uns alle Reden hier, was nützen uns die Reden im Lande, was nützen uns die vielen nationalliberalen Pressestimmen; sie sind gewiß von außerordentlichem Wert, und sie können dazu beitragen, daß die allgemeine Stimmung im Volke in gewissem Sinne und nach einer gewissen Richtung hin beeinflußt wird, aber die entscheidenden Worte in dieser großen Frage, die maßgebend sind für die nationale Zukunft unseres deutschen Volkes, fallen durch die Abstimmungen und durch die Handlungen im Reichstage (sehr richtig!), und dort ist meines Erachtens wieder gerade in dieser Zeit die nationalliberale Reichstagsfraktion die Fraktion, die den Ausschlag zu geben hat.

Es handelt sich bei diesen Dingen um zwei Punkte. Es handelt sich um die Frage der auswärtigen Politik, um die Frage der Kriegszielpolitik, und es handelt sich um die sogenannte Neuorientierung im Innern.

Um eins vorweg zu nehmen: Ich halte in gewissem Gegensatz zu Herrn Dr. *Stresemann*[261]) eine Trennung dieser beiden Fragen durchaus für geboten, und ich halte sie auch für möglich.

Meine Herren, wenn wir — wenn ich jetzt zunächst einmal von unserer Nationalliberalen Partei sprechen darf — diese Dinge nicht zu trennen versuchen, dann ist es uns meines Erachtens nicht möglich, die Geschlossenheit und die Einigkeit bei uns herbeizuführen und aufrechtzuerhalten, die unbedingt notwendig ist, wenn wir für unser deutsches Vaterland die nationale Zukunft mit unserer Mitarbeit herbeiführen helfen wollen, die wir unbedingt für notwendig halten. Diese beiden Dinge sind nicht auseinandergehalten; sie sind jedenfalls nach außen nicht auseinandergehalten. Es ist nach außen hin nicht erkennbar geworden, daß man bemüht gewesen ist, die Dinge voneinander zu trennen, und das ist mir, soweit ich in der Lage gewesen bin, die Entwicklung der letzten Zeit zu verfolgen, auch nicht verwunderlich gewesen, denn wir wissen — und wir müssen uns darüber doch ganz offen aussprechen —, daß ein Teil unserer Freunde in der Reichstagsfraktion, soweit die Fragen der inneren Reform auf der Tagesordnung stehen, sich mit ihrem inneren Herzen bei der jetzigen Reichstagsmehrheit jedenfalls — ich will das wieder einschränken — in beschränktem Umfange befinden[262]), und daraus müssen — das ist ganz natürlich — Bindungen persönlicher und auch Bindungen anderer Natur entstehen, die nicht ohne Rückwirkung bleiben können auf die Haltung, die wir von der Reichstagsfraktion in der Behandlung der Frage der auswärtigen Politik gern sehen möchten.

Meine Herren, ich komme nachher mit einem ganz kurzen Wort auf die Frage der inneren Reformen zurück. Nur eins lassen Sie mich jetzt vorwegnehmen. Ich stelle auch heute wieder die Frage: Warum hat man mit diesen Dingen nicht

[261]) Siehe *Stresemanns* Rede S. 338 f.

[262]) Vgl. Quellen 1/I S. 18 f., 21—25, 159 f. und öfter.

bis nach dem Kriege warten können? (Sehr richtig!) Denn das mußte sich meines Erachtens jeder sagen: Wenn diese Fragen in dem Umfange angeschnitten werden, in dem sie angeschnitten worden sind, dann mußte das zu innerpolitischen Kämpfen führen, dann nützt uns auch das Wort *Hindenburgs*, daß jetzt ein neuer Burgfriede entstehen soll[263]), gar nichts, wenn wir diese Fragen immer wieder in der Weise behandeln, wie wir sie in der letzten Zeit behandelt gesehen haben.

(Zuruf: Andere Fraktionen!)

Darauf komme ich ja noch. Das sagte ich ja, es richtet sich das auch gar nicht gegen die Reichstagsfraktion, sondern ich gebe jetzt das Stimmungsbild, wie sich die ganzen Vorgänge im Reichstage den Draußenstehenden darstellen. Auf die Schlußfolgerungen komme ich nachher. — Da meine ich, gerade die Parteien im Reichstage, die so für die Betreibung der inneren Reformen eingetreten sind, mußten sich von ihrem demokratischen Standpunkt aus — den ich scharf von dem wirklich liberalen Standpunkt trenne (sehr richtig!) — sagen, daß dieser Reichstag an sich doch in Wirklichkeit nicht dazu berufen ist, diese Dinge in dem Umfange anzuschneiden und zu behandeln, wie er es getan hat. (Zustimmung.) Denn es ist der Reichstag des Mißvergnügens — ich spreche es aus: des berechtigten Mißvergnügens über eine niemals starke Politik —, jedenfalls aber kein Reichstag, der die Voraussetzungen erfüllt, die erforderlich sind, um so große politische Aufgaben zu lösen[264]).

Und dann, meine Herren, noch eins: Alle die vielen Millionen Männer, die jetzt da draußen stehen und die draußen kämpfen, haben doch sicher auch einen gewissen Anspruch darauf, bei der Lösung dieser innerpolitischen Fragen gehört zu werden. (Sehr richtig!) Dazu, meine Herren, fehlen aber die technischen Voraussetzungen, und deshalb hätte ich für meine Person gewünscht, daß man bei diesen Fragen etwas zurückhaltender gewesen wäre. Ich habe neulich, als ich Gelegenheit hatte, mit einer Kommission des Reichstages draußen im Felde zusammenzusein und sie zu führen, mit einem Führer der Mehrheitsparteien gesprochen, und als ich ihm dieselbe Frage vorlegte, die ich hier jetzt angeschnitten habe: Warum haben Sie das eigentlich gemacht?, sagte er: Ja, wir müssen doch jetzt den Augenblick benutzen. (Hört, hört!) Er fügte weiter hinzu: Wir haben ein gesundes und berechtigtes Mißtrauen: es geht uns nachher ebenso wie nach 1815[265]). (Sehr richtig!) Ja, das ist sehr richtig. Ich möchte Ihnen aber eins sagen: Mir steht da das andere höher, und ich stehe nicht an, auszusprechen, daß die Parteien, die das tun, die eine solche Politik treiben, die also die Not des Vater-

[263]) In einem Telegramm an den *Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg* anläßlich der Gründung der Vaterlandspartei, abgedruckt in: Schulthess 1917/I S. 783.

[264]) In einer am 20. 11. 1917 in Dresden gehaltenen Rede spitzte *Schifferer* diesen Gedankengang noch weiter zu: „[. . .] hinter dieser Reichstagsmehrheit steht nicht die Mehrheit des deutschen Volkes. Die Reichstagsmehrheit ist im Jahre 1912 unter politischen Voraussetzungen und Bedingungen gewählt, die für die große Zeit, in der wir jetzt leben, längst nicht mehr zutreffen. Das ist die Tragik in unserem heutigen politischen Leben." Siehe: Die Nationalliberalen und die Deutsche Vaterlandspartei, Schriften der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 3, Berlin o. J., S. 79.

[265]) Einen ähnlichen Gedankengang hatte *Scheidemann* am 12. 7. 1917 im Interfraktionellen Ausschuß vorgetragen. Vgl. Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S. 90—92.

landes benutzen, um solche Dinge durchzudrücken — ich glaube, darin sind wir alle einig —, mit einem guten deutschen Wort bezeichnet, Erpresserpolitik treiben. (Sehr richtig!) Daß das der Geist ist, der einen Teil dieser Mehrheitsparteien beseelt, ersehen Sie ganz genau aus dem, was heute im Berliner Tageblatt steht[266]), und wovon auch der Herr Abgeordnete *Stresemann* gesprochen hat[267]). In dem Tempo soll das weitergehen. Jetzt sollen auch der Nationalliberalen Partei von dieser Mehrheit, vom Zentrum und von der Fortschrittspartei die Daumenschrauben angesetzt werden, und daß gerade heute am Tage unserer Zentralvorstandssitzung diese Dinge im Berliner Tageblatt stehen und aus der Germania übernommen werden, ist ganz gewiß nicht zufällig.

Nun, meine Herren, muß ich ohne weiteres zugeben, daß dadurch, daß diese Fragen der inneren Reformen in den Vordergrund gerückt sind, die Stellung und Haltung unserer nationalliberalen Fraktion der Reichstagsmehrheit gegenüber schwieriger geworden ist, als wenn das nicht geschehen wäre, und man muß für die Schwierigkeiten, die daraus der nationalliberalen Reichstagsfraktion entstanden sind, durchaus Verständnis besitzen. Ich für meine Person hätte gewünscht, daß der Standpunkt, den unser Führer im Landtag, *Friedberg*, einmal ausgesprochen hat: Erst siegen und dann reformieren — es war bei einer Rede, die er über die Wahlrechtsvorlage gehalten hat[268]) —, auch weiterhin aufrechterhalten worden wäre.

Meine Herren, wir sind alle von Freude und Dankbarkeit erfüllt gewesen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion, wie wir es auch nicht anders erwartet haben, sich der Friedensresolution des Reichstages nicht angeschlossen hat, sondern daß sie sich auf den Standpunkt einer eigenen Entschließung gestellt hat. Aber es ist doch in dieser Entschließung stark zum Ausdruck gekommen, was vorhin der Herr Abgeordnete *Stresemann* auch gesagt hat: der kompromißartige Charakter dieser Entschließung, und für den, der die ganze Entwicklung dieser Frage im einzelnen nicht so hat verfolgen können, wie es die Herren haben tun können, die an diesen Dingen mitgearbeitet haben und die im Lande waren, ist der Eindruck jedenfalls nicht von der Hand zu weisen, daß diese Entschließung sich mit Ausnahme eines — allerdings ich gebe zu: wesentlichen und prägnanten — Satzes[269]) von der Friedensresolution recht wenig unterscheidet, und das ist sicherlich für uns bei unseren Feinden nicht zum Vorteil gewesen, meine Herren, das ist auch nicht zum Vorteil gewesen für uns, die wir da draußen stehen, und wenn ich vorhin davon gesprochen habe, daß ich vor einiger Zeit aus tiefer Sorge heraus an den *Reichskanzler* geschrieben habe, so habe ich ihm auch das gesagt: Wenn die Reichsregierung dieser Friedensresolution nicht schärfer entgegentritt, als wie sie es getan hat, dann ist die Rückwirkung einer solchen Friedensresolution auf die Armee sicherlich

[266]) Der von *Richthofen* inspirierte Artikel in der Germania (Nr. 440) war im Berliner Tageblatt (Nr. 486) abgedruckt worden mit der Überschrift: „Das Zentrum und die Nationalliberalen. Eine Warnung."

[267]) Vgl. S. 347.

[268]) Vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1914/15 Bd. 7 Sp. 8583, 2. 3. 1915.

[269]) *Schifferer* spielt hier auf die Formulierung an, daß der zu schließende Frieden „dem deutschen Volk und seinen Verbündeten Dasein und volle Entwicklungsfreiheit" gewährleisten müsse. Siehe Sten. Berichte Bd. 310 S. 3585.

keine gute. Die Leute, die da draußen stehen, denken nicht so kompliziert, sondern sie ziehen die einfache Folgerung: Wenn das die Auffassung der Mehrheit der Volksvertretung oder der Mehrheit des Volkes im Innern ist, wozu stehen wir dann noch weiter hier draußen und kämpfen? (Sehr richtig!) Wenn wir hier die ganzen Jahre unsere Kraft eingesetzt haben und die großen Verluste gehabt haben, wenn wir da nicht die nötigen Gebietserweiterungen haben sollen, die uns unsere nationale Zukunft sichern, wenn wir nachher die ganzen Lasten wirtschaftlich weiter tragen sollen, — warum sind wir denn eigentlich hier noch draußen? Meine Herren, unterschätzen Sie nicht die Wirkung dieser Dinge auf die Armee. Das ist nicht mein Urteil allein, sondern das ist das Urteil einer ganzen Menge maßgebender Leute, mit denen ich draußen über diese Dinge gesprochen habe.

Und nun gestatten Sie mir im Zusammenhange damit mit einem Worte auf die sogenannte Stimmung an der Front einzugehen. Wenn ich mit verschiedenen Herren darüber rede — ich glaube, die Herren Reichstagsabgeordneten, die bei uns draußen gewesen sind, werden mir das bestätigen —, dann lauten die Berichte ganz außerordentlich verschieden. Das eine ist ganz sicher: Jeder einzelne Soldat draußen, vom Kommandierenden General angefangen bis zum letzten Soldaten, möchte den Frieden, und er möchte den Frieden sehr bald, denn es ist für die Leute, die jetzt seit dem August 1914 da draußen stehen, oder die in den späteren Jahren nachgeschoben worden sind, wirklich kein Vergnügen, jahrelang draußen zu stehen und der Arbeit daheim und ihrer Familie entzogen zu sein. Aber neben dieser tiefen Friedenssehnsucht, die draußen in der ganzen Armee vom ersten bis zum letzten Mann besteht, ist jetzt eines vorherrschend, und das ist besonders gesteigert seit Arras und besonders wieder gesteigert seit Flandern, das ist das absolute Gefühl des Sieges, das die Leute da draußen haben[270]). (Beifall.) Ich kann das aus meiner praktischen Erfahrung mit bestätigen, was hier Kollege *Stresemann* gesagt hat, ich kann es bestätigen aus zweijährigen Erfahrungen an der Front, aus den Erfahrungen bei Arras und aus den Erfahrungen in Flandern, daß das Siegesgefühl unserer Armee und unserer Soldaten sich von Fall zu Fall gesteigert hat (Beifall.), gesteigert auch deshalb, weil die Heimat jetzt besser für sie sorgt, weil sie mehr Munition haben, weil sie in jeder Weise das Gefühl haben, daß das, was die Armee braucht, von der Heimat unter allen Umständen geliefert wird, und, um es mit einem Wort zu sagen: Es herrscht das Gefühl vor, an der Westfront — und auf die Bedeutung der Westfront ist hingewiesen worden — kommt kein Engländer durch, und — ich war jetzt bei meiner Reise hierher auch bei der VII. Armee und am Chemin des Dames — hier kommt der Franzose nicht durch. Daran wird auch die amerikanische Hilfe nichts ändern. Wir werden das, was wir an Mannschaftsersatz nicht mehr haben, durch die vervollkommnete Technik, unterstützt durch die vermehrte Menge an Munition und die gesteigerte Anzahl Maschinengewehre ersetzen können.

(Der **Vorsitzende [Dr. Friedberg]** mahnt den Redner an die Zeit)

[270]) Bei Arras und in Flandern hatten die englischen Streitkräfte im April bzw. Juni 1917 großangelegte Durchbruchsoffensiven unternommen, die abgesehen von einem geringfügigen Geländegewinn erfolglos geblieben waren. Vgl. Schulthess 1917/I S. XX ff.

Ich bin gleich fertig, aber ich bitte mir noch 5 Minuten zu geben. Ich bin ausdrücklich aus dem Felde hierher gekommen, um diese Sorge, die wir haben, auszusprechen. Wenn es gewünscht wird, höre ich auf.

(Lebhafte Rufe: Nein!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Nein, Herr Kollege, ich muß dann aber die Versammlung befragen, damit kein Präzedenzfall entsteht.
Wünscht die Versammlung den Herrn Redner weiter zu hören?

(Rufe: Einverstanden!)

Also, die Versammlung ist einverstanden.

Abgeordneter Dr. **Schifferer** (fortfahrend): Meine Herren, dieses Gefühl des Sieges, von dem ich eben gesprochen habe, das die Armee beseelt, gibt uns die Gewähr, daß die Oberste Heeresleitung und das deutsche Volk auch jeden Augenblick von der Armee alles verlangen kann, was notwendig ist, um durchzuhalten, um unsere nationale Zukunft zu sichern (Beifall.), und deshalb ist dieses Gefühl so wichtig, und deshalb war es so bedauerlich, daß diese Friedensresolution der Mehrheit für dieses Gefühl jedenfalls nicht sehr zuträglich war. Meine Herren, ich habe eben vom Westen gesprochen, ich will vom Osten ganz absehen. Ich habe nach dem Bericht, den Kollege *Stresemann* gegeben hat, das Gefühl, daß wir im Osten nicht besorgt zu sein brauchen um das, was wir an Sicherung für unsere deutsche Zukunft bekommen. Aber in Sorge bin ich in dieser Frage wegen des Westens, in Sorge bin ich besonders Belgiens wegen, in Sorge bin ich der flandrischen Küste wegen. Der ganze Verlauf des Krieges und die augenblickliche Lage zeigt uns: Darum geht es jetzt. (Sehr richtig!) Es ist das Duell England—Deutschland. Es ist deshalb das Duell England—Deutschland, weil hier die Lebensfrage Englands und die Lebensfrage Deutschlands getroffen wird, weil es richtig ist, wenn man sagt: Hier in Belgien, hier an der flandrischen Küste ist für beide kein Platz. Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen, in welcher Form man wohl den Einfluß auf Belgien sich sichern soll. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man heute an eine restlose Annexion von Belgien nicht denken kann, aber wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, daß uns eine papierne Neutralität Belgiens zugesichert wird, sondern wir müssen eine straffe und eine realpolitische Form finden, durch die der deutsche Einfluß in Belgien gewährleistet wird, und da, meine ich, müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß deutsche Garnisonen in belgischen Festungen liegen (sehr richtig!), daß Antwerpen deutscher Hafen wird (sehr richtig!), daß die belgische Bahnverwaltung unter deutschen Einfluß kommt, und daß Belgien wirtschaftlich in ein Verhältnis zu uns gebracht wird, daß es wirtschaftlich von uns abhängig bleibt. (Sehr richtig!)

Nun die Frage: Ist das möglich? Unsere glänzende militärische Lage gestattet uns, diese Frage mit einem glatten Ja zu beantworten. Eine Gefahr, meine Herren, besteht allerdings, daß wir diese Dinge nicht erreichen, und das ist folgende: Wenn der U-Boot-Krieg so wirkt, wie wir es alle glauben, dann wird sehr bald der Augenblick kommen, daß England die Friedenshand ausstreckt — die Friedensfühler sind schon da[271]) — und von uns Frieden haben will, und

[271]) Vgl. Stresemanns Rede S. 317 sowie Anm. 31.

dann besteht die große Gefahr, daß die Nerven verlorengehen (sehr richtig!), nicht draußen, meine Herren, sondern hier drinnen, und daß wir dann sagen: Gott sei Dank, daß du uns jetzt kommst und Frieden von uns verlangst. Meine Herren, da sage ich: Bitte, nein, jetzt kommen wir (Beifall.), jetzt wollen wir noch einmal zwei, drei Monate aushalten, und dann wollen wir einmal sehen, wie du dich zu dieser Frage stellst. (Beifall.) Das ist meines Erachtens der Gedanke, den wir jetzt in jeden deutschen Kopf hineinhämmern müssen (Beifall.), das ist der Gedanke, mit dem wir deutsche, nationale Zukunftspolitik machen wollen, und in diesem Sinne müssen wir allen den Leuten bei uns entgegentreten, die versuchen, uns letzten Endes noch, wenn vielleicht auch gutgläubig, um unseren Siegespreis zu bringen. (Zustimmung und Beifall.)

Meine Herren, es ist nicht zufällig, daß die Mehrheit, die diese Friedensresolution im Reichstage gefaßt hat, dieselbe Mehrheit ist, die dem Altreichskanzler *Bismarck* am 80. Geburtstage den Glückwunsch verweigert hat. (Sehr richtig!) Ich meine, das müssen wir uns unter allen Umständen auch vor Augen halten. Meine Herren, ich hätte Ihnen noch viel zu sagen. Ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, nachdem nun wiederholt gedrängt wird, weil die Zeit vorüber ist. Das eine möchte ich zum Schluß wieder sagen: Für das, was ich auf dem Herzen habe, für die Verwirklichung dieser Herzenswünsche und für die Beseitigung der Sorge, die mich und viele Kameraden beseelt, setzen wir die Hoffnung auf die Nationalliberale Partei, insbesondere auf die nationalliberale Reichstagsfraktion. Im Jahre 1871 hat sie das große nationale Ziel mit Hilfe *Bismarcks* verwirklicht.

Meine Herren, wir haben heute keinen *Bismarck*; um so größer die Verantwortung, um so größer die Aufgabe, die von der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu lösen ist. (Beifall.) Möge ihr die Lösung dieser Aufgabe so gelingen, daß ein späterer Geschichtsschreiber diese nationalliberale Reichstagsfraktion mit ihrem Führer[272]) der nationalliberalen Fraktion unter *Bennigsen* im Bunde mit *Bismarck* dereinst würdig an die Seite stellt. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Steiner[273]**):** Meine Herren, die gleiche nationale Wärme, die Herr Dr. *Schifferer* bei Ihnen für die belgische Frage, für die Frage unserer Sicherung im Auslande angerufen hat, möchte ich bei Ihnen für unsere Sicherung in der Westmark anrufen. Herr Professor *van Calker* hat Ihnen die Möglichkeiten der Lösung der elsaß-lothringischen Frage vorgeführt, ohne darauf zu antworten, wie und wann die Frage zu lösen ist. Er hat vor allem die bange Frage zum Schluß aufgeworfen: Wie wollen wir uns verhalten, wenn bei Friedensverhandlungen der Friede von dem Feinde davon abhängig gemacht wird, ob wir Elsaß-Lothringen die Autonomie gewähren oder nicht.

Meine Herren, unserem Gefühl nach wird in Elsaß-Lothringen bei den deutschgesinnten Leuten im Lande die Antwort genau die gleiche sein, wie sie heute Herrn *Wilson* aus ganz Deutschland entgegenschallt: das geht euch nichts an!

[272]) *Schifferer* dürfte hier *Stresemann* meinen, der am übernächsten Tage zum Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion gewählt wurde. Vgl. NLC Nr. 188 vom 26. 9. 1917.

[273]) Rechtsanwalt Dr. Victor *Steiner*, der erst im Mai 1916 in den Zentralvorstand zugewählt worden war, versah in Straßburg die nationalliberale Geschäftsstelle für Elsaß-Lothringen. Vgl. Organisationshandbuch 1914/15 S. 548.

(Stürmischer Beifall.) Meine Herren, das Reich ist geworden in dem gleichen Augenblick, in dem Elsaß-Lothringen wieder deutsch wurde, und wenn wir die elsaß-lothringische Frage nicht als rein deutsche behandeln, dann geht unsere Weltgeltung verloren, wir mögen sonst so gut dastehen, wie wir wollen. (Zustimmung.) Lieber alle Kolonien verloren als Elsaß-Lothringen unter fremdem Einfluß. Meine Herren, wenn wir Elsaß-Lothringen auf Grund fremden Druckes autonom machen, dann haben wir nicht die Möglichkeit, ihm die Autonomie wieder zu nehmen, wenn es sie noch so sehr mißbraucht, und mißbraucht wird sie werden, meine Herren, in einem Maße, von dem Sie sich alle gar keinen Begriff machen. (Sehr wahr!)

Meine Herren, der erste Elsaß-Lothringer, der der nationalliberalen Reichstagsfraktion beigetreten ist, Dr. *Petri*[274]), hat kürzlich das Wort gesprochen: Wenn Elsaß-Lothringen autonom wird, dann ist für einen deutschen Mann keine Luft zu atmen mehr in dem Lande. (Hört, hört!) Ich habe von Alt-Elsässern, die national sind, gehört: Wir gehen weg aus dem Lande, wenn es autonom wird, denn wir können unter den Verhältnissen nicht deutsch bleiben. Meine Herren, eine Autonomie auf der jetzigen Basis mit dem jetzigen Landtage bedeutet eine ewige Wiederholung von Fällen wie dem Falle Zabern, von dem Professor *van Calker* allerdings nach der falschen Seite hin gesagt hat: alles kaputt[275])! Damals ist vieles kaputt gegangen für die deutsche Sache, ich meine für die Sicherheit des Deutschtums im Lande.

Meine Herren, von Anfang an geht durch die elsaß-lothringische Frage ein Zwiespalt. *Moltke* und *Bismarck* wollten das Land haben, um unseren Westen mehr zu sichern, um ein Aufmarschgebiet in Frankreich zu haben, um den Rhein, um die blühenden altdeutschen Lande vor französischem Einfall zu schützen. Die Sentimentalität, die im deutschen Volke liegt, wollte das Land haben, um die verlorenen Brüder zu gewinnen. Meine Herren, unsere Politik hat von Anfang an unter dem Zwiespalt gelitten. Jedesmal, wenn der gesunde realpolitische Gedanke der Grenzsicherung zur Herrschaft kam, was leider seinerzeit nicht der Fall war, wurden die Verhältnisse im Lande besser, so nach 1887, nach den Septennatswahlen, als *Bismarck* den Paßzwang einführte und den Diktaturparagraphen anwenden ließ, da wurden die Verbindungen mit Frankreich gelockert, zum Teil ganz unterbrochen[276]). Da fing das Land an, deutscher zu werden. Dann kam Anfang der 90er Jahre wieder die sentimentale Ära, die Leute gewinnen zu wollen, eine Ära, die ihren Gipfelpunkt unter Herrn Matthias *v. Köller* gefunden hat[277]). Von da ab ist es zurückgegangen. Ich selbst habe die Entwicklung seit 1895 im Lande miterlebt, und ich kann

[274]) Dr. Emil *Petri* vertrat den Wahlkreis Straßburg-Stadt in den Jahren 1887—1893 im Reichstag, wo er sich als Hospitant der nationalliberalen Fraktion anschloß. Später war er Unterstaatssekretär für Justiz und Kultur (1898—1914) und galt als Vertreter des Regierungsliberalismus. Vgl. Haegy-Werk I S. 154 u. 173; II S. 50; IV S. 66.

[275]) *van Calker* hatte sich mit seiner Kritik gegen die Reichsleitung gewandt. Vgl. Anm. 230.

[276]) Vgl. Reichsland-Werk II,1 S. 50; Haegy-Werk I S. 88 u. 100 f.

[277]) Matthias *v. Köller* war 1901—1908 Staatssekretär für Elsaß-Lothringen. Unter ihm wurde 1902 der sogenannte Diktaturparagraph aufgehoben, der den Statthalter mit weitreichenden polizeilichen Befugnissen (Haussuchungen, Ausweisungen, Versammlungs- und Preßverboten) ausstattete. Vgl. Haegy-Werk I S. 92.

Ihnen sagen: es ist schlechter geworden von Jahr zu Jahr[278]). Es ist sehr viel schlechter geworden in diesem Kriege. (Hört, hört!) Meine Herren, ich habe in nationalliberalen Blättern im Frühjahr 1913 geschrieben, die einzige Hoffnung auf eine Eindeutschung Elsaß-Lothringens sei, daß die Elsaß-Lothringer einen siegreichen Krieg Seite an Seite mit der übrigen Nation durchfechten würden[279]). Daraufhin ist mir von elsaß-lothringischer Seite geantwortet worden, für diese Eindeutschung sei ihnen das ein zu hoher Preis. Meine Herren, meine Hoffnung hat mich betrogen. Wohl finden Sie draußen unter der Jungmannschaft gut deutsch Gewordene, und die im Lande, die vor dem Krieg deutsch waren, sind es heute mehr als je, ich meine die Gebildeten, die Leute, die sich offen insbesondere zur Nationalliberalen Partei oder zum Alldeutschen Verbande bekannt hatten. Im übrigen aber ist die Stimmung im Lande so schlecht, wie sie vor dem Kriege nicht war. Wir stehen auf einem Boden des Verrats, der Hinterlist, der Feindschaft. (Hört, hört!)

Meine Herren, Herr *Stresemann* hat erwähnt, daß zu Beginn des Krieges die Kommandierenden Generale mit den Fehler gemacht hatten, die Stimmung im Lande zu loben[280]). Das geschah auf einen Wunsch des Herrn *v. Bethmann Hollweg*. (Hört, hört!) Der wollte, daß auswärts wenigstens der Schein gewahrt werde, als ob im Lande alles glänzend ginge. Es wurden damals fabelhafte Zahlen elsaß-lothringischer Kriegsfreiwilliger verbreitet. Es waren im ganzen beim XV. Korps, das den größten Teil des Elsaß einnimmt, 12300 Kriegsfreiwillige. Von diesen 12300 waren aber bloß 26% Leute, die aus dem Elsaß stammten, also auch Söhne der Altdeutschen, alles übrige waren Altdeutsche, die in ihrer Heimat bei dem großen Andrang nicht ankommen konnten. Die wurden alle als elsässische Kriegsfreiwillige gezählt[281]). Und dann beachten Sie, meine Herren: Unter den Elsässern, die als Kriegsfreiwillige eintraten, waren nur 22%, die zur Infanterie gingen, aber 72%, die zum Train gingen[282]), und ich kann Ihnen aus meinen Erfahrungen beim Generalgouvernement Straßburg sagen, daß wir Jahre gebraucht haben, bis wir die jungen Kriegsfreiwilligen aus der Kraftfahrtruppe, aus der Sanitätsmannschaft, der Feuer-

---

[278]) Vgl. demgegenüber Martin Spahn, Elsaß-Lothringen, Berlin 1919, S. 327: „Der Zug nach Deutschland hin war im ganzen Elsaß gegen das Jahr 1905 erstaunlich stark [. . .] Der Franzosen bemächtigte sich das deutliche Gefühl, daß ihnen Land und Leute entglitten." *Spahn* vertritt die Auffassung, daß die Verschlechterung der Lage im Grenzland auf die Zunahme der deutsch-französischen Spannungen seit der ersten Marokkokrise 1905 datiert. Vgl. ebd. S. 329.

[279]) Vgl. den nicht gezeichneten „Straßburger Brief" mit der Überschrift: „Patriotismus und Partikularismus in Elsaß-Lothringen", in: Nationalliberale Blätter Jg. 25, 1913, S. 403 ff.

[280]) Diese Erwähnung machte *van Calker*, nicht *Stresemann*; vgl. S. 356.

[281]) Die Angaben *Steiners* stützen sich offenkundig auf eine Statistik, die im Sommer 1915 vom XV. Armeekorps in Straßburg aufgestellt worden war; abgedruckt in: Haegy-Werk IV S. 83. Das Haegy-Werk (I S. 295 f.) kommt auf Grund sorgfältiger Berechnungen zu dem Ergebnis, daß sich insgesamt etwa 8000 Elsaß-Lothringer als Freiwillige gemeldet haben.

[282]) Diese Ausführungen *Steiners* sind irreführend. Tatsächlich meldeten sich von den 3153 altelsässischen Freiwilligen des XV. Armeekorps 1298 zur Infanterie und 345 zum Train. Die von *Steiner* angeführten Prozentzahlen beziehen sich offenkundig auf den Anteil der Elsässer an den Freiwilligenkontingenten der einzelnen Waffengattungen. Vgl. Haegy-Werk I S. 297.

wehr und anderen ähnlichen Stellungen ins Feld bringen konnten. Da waren die Leute hingegangen, aber nicht an die Front, wenigstens nur zu einem ganz kleinen Teil, und, meine Herren, dieser Zahl steht gegenüber, daß über 20000 Elsässer bis zur Mitte des Jahres 1916 fahnenflüchtig geworden sind[283]) (hört, hört!), nicht gerechnet diejenigen, die bei anderen Korps draußen im Felde fahnenflüchtig wurden, sondern nur die, die im Lande gezählt worden sind. Wir haben Fälle erlebt, daß bei zwei badischen Landwehrregimentern im Elsaß an einem Tage etwa 200 Mann nach Mülhausen übergelaufen sind, und wie wir hinsahen, waren es restlos Elsässer.

Meine Herren, das ist die Zuverlässigkeit der Elsässer im ganzen genommen. Und schlimmer als bei der Truppe ist die Stimmung sonst im Leben.

Meine Herren, glauben Sie mir: Wenn wir heute Elsaß-Lothringen autonom machen, dann haben wir Zustände, die für das Reich unerträglich sind und deren wir einfach nicht mehr Herr werden können. Denn glauben Sie doch nicht, meine Herren, daß wir die Elsaß-Lothringer befriedigen, wenn wir ihnen von Reichs wegen eine Autonomie geben. Vor wenigen Tagen hat Georg *Wolf*, der Führer der elsaß-lothringischen Fortschrittspartei, einen Artikel in der Deutschen Politik des Herrn *Rohrbach* veröffentlicht, in dem er ganz naiv fordert, das Reich möge sich für ganz kurze Zeit seiner Souveränität begeben und mit dem Lande Elsaß-Lothringen als gleichberechtigter Partei sich über die künftige Verfassung einigen[284]). Meine Herren, die elsaß-lothringische Bescheidenheit! Wenn wir ihnen heute die Autonomie geben, das heißt den jetzigen Zustand mit einem erblichen Fürsten, dann ist das nächste, was verlangt wird, die Eisenbahnhoheit, und was dann folgt, ist die Militärhoheit in dem Umfang, wie etwa Baden oder Hessen sie hat, und wenn sie das haben, sind sie immer noch nicht zufrieden. Die Leute sagen heute auch ganz naiv: Wir wissen, daß wir wirtschaftlich nicht existieren können, wenn wir autonom werden, aber das Reich muß uns eben beisteuern.

Meine Herren, bisher war das Reich in weitem Umfange Kostgänger der Einzelstaaten, nun soll ein Bundesstaat mit vollen bundesstaatlichen Rechten entstehen, der Kostgänger des Reiches wird. Das wäre ein Bruch mit der ganzen geschichtlichen Entwicklung Deutschlands, den mitzumachen wir gar keinen Grund haben.

Meine Herren, die vernünftigen Leute im Lande sagen alle, auch soweit sie nicht deutsch fühlen: Das einzige, was das Land wirtschaftlich retten kann, ist, daß es preußisch wird. (Sehr richtig!) Das hat kein geringerer als der jetzige Unterstaatssekretär Dr. *Schwander* Herrn Professor *van Calker* und mir und einer ganzen Reihe anderer Leute immer und immer wieder gesagt. Sie (zum Abgeordneten *van Calker*) haben es in der Fraktion neulich bestätigt, daß er Ihnen das auch gesagt hat, daß er in der letzten Zeit allerdings gesagt habe, es sei nicht zu erreichen, aber daß er das für das gesündeste für das Land halte. Jedenfalls

[283]) Vgl. dazu einschränkend Haegy-Werk I S. 316 f.

[284]) Georg Wolf, Die Zukunft Elsaß-Lothringens, in: Deutsche Politik, 1917 S. 1186 f.; der erwähnte Passus S. 1191.

habe ich es nicht nur selbst gehört, ich habe eine ganze Reihe von Zeugen dafür, daß er das gesagt hat[285]).

Meine Herren, das ist gar nicht wunderbar. Das Land hat keine eigenen Mittel, hat keine Staatsdomänen, hat verhältnismäßig geringen Waldbesitz[286]), keine eigenen Bahnen, keine Bergwerke, es hat keines der Mittel, die ihm helfen können, und, meine Herren, aus dem gleichen Grunde, aus dem wirtschaftlich die Autonomie nicht möglich ist, ist auch die Teilung mit Bayern nicht möglich. Bayern ist auch nicht so gestellt, um dieses zurückgebliebene Land hoch zu bringen. Sie dürfen nicht vergessen, daß im Elsaß eigentlich heute alles zurückgeblieben ist. Die Textilindustrie, die im Jahre 1871 die fortgeschrittenste in Deutschland war, ist, wie mir Fachleute versichern, heute die zurückgebliebenste[287]). Die Landwirtschaft im Elsaß ist in einem kläglichen Zustand, der Weinbau im Vergleich zu der angrenzenden Pfalz bejammernswert, und so geht es durch alles durch. Das Land ist wirtschaftlich im Verkommen. Wirtschaftliches Aufblühen sehen wir nur auf dem Gebiet der Schwerindustrie in Lothringen, die im wesentlichen in deutschen Händen ist, mit Ausnahme einer Firma[288]). Also, meine Herren, wirtschaftlich ist die Sache bloß vernünftig zu gestalten, wenn Elsaß-Lothringen preußisch wird. Die Teilung ist meiner Ansicht nach nicht möglich, weil sie auch die wirtschaftliche Ruhe nicht bringt, aber auch, weil dann sofort Schwierigkeiten zwischen Preußen und Bayern über die Militärhoheit entstehen. Denn Preußen kann die Militärhoheit und die Besetzung des Landes nicht aus der Hand lassen.

Meine Herren, eine andere Frage ist: Sollen wir die Aufgabe jetzt lösen oder später? Für später spricht, daß wir es jetzt bei der leider starken partikularistischen Strömung in Bayern nicht ohne Majorisierung Bayerns im Bundesrat und in diesem Reichstag ja überhaupt nicht erreichen können. Der ist natürlich in der elsaß-lothringischen Frage für eine nationale Politik so wenig zu haben wie in der Frage der sonstigen Kriegsziele. Aber, meine Herren, das muß doch gesagt werden: Wenn wir auf die Friedensstimmung der Franzosen einwirken wollen, dann dürfen wir jetzt nicht mit dem Autonomiegedanken spielen, denn das würden die Franzosen immer nur als Anfang vom Ende der deutschen Herrschaft betrachten (sehr wahr!), sondern wir müßten den Mut finden, jetzt die Einverleibung in Preußen zu betreiben, und die anderen Bundesstaaten, also auch Bayern, müßten einsehen, daß das eine nationale Pflicht ist, weil bloß dadurch dem Ausland bewiesen würde, daß das, was der Hohenzollernaar in seinen Fängen hat, von ihm festgehalten wird. (Lebhafter Beifall.)

---

[285]) Rudolf *Schwander* (1868—1950), der Altelsässer war und sich als Bürgermeister von Straßburg ein großes Ansehen erworben hatte, sprach sich auch noch im Winter 1917/18 in einer undatierten Denkschrift für den Anschluß an Preußen als die vorteilhafteste Lösung aus. Abdruck der Denkschrift bei Charles Schmitt, Die geheimen Pläne der deutschen Politik in Elsaß-Lothringen (1915—1918), Paris 1923, S. 215—228; vgl. auch Reichsland-Werk II,1 S. 103 ff.

[286]) Immerhin befanden sich im Jahre 1912 etwa 31,3% des Waldes im Staatsbesitz. Siehe Statistisches Jahrbuch für Elsaß-Lothringen Jg. 6, 1912, S. 80.

[287]) Vgl. Reichsland-Werk I S. 264, auch S. 19.

[288]) Der altlothringischen Familie *de Wendel* gehörte ein beträchtlicher Teil der Erzgruben und Hüttenwerke.

Geheimrat Professor Dr. **Brandenburg**[289]): Meine Herren, Herr Dr. *Stresemann* hat uns einen ausgezeichneten Überblick über die gesamte Weltlage und die Stellung der Nationalliberalen Partei dazu gegeben. Wenn ich ihm in einzelnen Punkten widersprechen muß, so möchte ich von vornherein ausdrücklich erklären, daß in einem Punkte ich mit ihm völlig übereinstimme, nämlich darin, daß es in der auswärtigen Politik die Pflicht der Nationalliberalen Partei ist, von der jetzigen Reichstagsmehrheit abzurücken und einen starken deutschen Frieden bei jeder Gelegenheit als ihr Ziel zu proklamieren. Wir sind Herrn Dr. *Stresemann* ganz besonders dankbar dafür, daß er es zu allen Zeiten gewesen ist, auch da, wo andere nationalliberale Politiker in dieser Beziehung versagten, der überall innerhalb seiner Fraktion und im Lande diesen Gedanken hochgehalten hat und der, das kann man wohl sagen, den Kredit der Partei aufrechterhalten hat bei vielen, bei denen er sonst verlorengegangen wäre. (Sehr wahr!) Wir danken ihm dafür von ganzem Herzen und hoffen, daß er auch in Zukunft die Möglichkeit haben wird — den Willen hat er gewiß —, diese Stimmung im Lande und in der Fraktion aufrechtzuerhalten.

Die Punkte aber, in denen ich nicht mit ihm übereinstimmen kann, betreffen zunächst die Resolution, welche die Fraktion zu der Friedensresolution der Mehrheit gefaßt hat. In dieser Resolution — es ist schon eben von einem der Vorredner gesagt worden — wird viel zu wenig von der Mehrheit abgerückt, und wenn es auch die Rücksicht gewesen ist, die Fraktion zusammenzuhalten, diejenigen Elemente, die weiter nach der Mehrheit zu standen, bei der Fraktion festzuhalten — wenn auch dieses Bestreben gewiß begreiflich und lobenswert ist, so muß man sich doch die Frage vorlegen, ob nicht mehr vergeben wird, wenn man über die Haltung einer großen Partei Zweifel bei ihren Wählern und im ganzen Volke aufkommen läßt, als wenn sich schließlich einige Abgeordnete aus der Fraktion absplittern, wenn sie durchaus nicht mitgehen können[290]). (Widerspruch.) Diese Frage muß man sich sehr ernst vorlegen.

Meine Herren, wenn Sie wissen wollen, wie diese Haltung der Nationalliberalen Partei von den Mehrheitsparteien aufgefaßt worden ist und noch aufgefaßt wird, nicht ohne Schuld von Mitgliedern unserer Fraktion, die immer wieder versichert haben, es sei ja eigentlich gar kein Unterschied zwischen den beiden

---

[289]) Prof. *Brandenburg* (vgl. Anm. IV, 229) hatte in zwei Aufsätzen, die zunächst im Deutschen Kurier erschienen waren und von den Berliner Neuesten Nachrichten (Nr. 477 vom 20. 9. und Nr. 479 vom 21. 9. 1917) nachgedruckt wurden, vor der Zentralvorstandssitzung versucht, die Nationalliberale Partei auf einen scharfen Kurs gegen die Mehrheitsparteien und ihre nationalliberalen Freunde festzulegen. Darin hatte *Brandenburg* zweierlei vor allen Dingen für nötig erklärt (Nr. 479): „ein unzweideutiges Bekenntnis zu Siegeszuversicht und starkem deutschen Frieden und eine ebenso unzweideutige Absage an alle Bestrebungen, die in irgendeiner Form die Herrschaft der jeweiligen Parlamentsmehrheit im Deutschen Reiche zur Geltung bringen wollen."

[290]) Tatsächlich hatte man sich in der nationalliberalen Fraktion am 10. 7. schon damit abgefunden, daß einzelne Fraktionsmitglieder für die Resolution der Mehrheitsparteien stimmen würden. Damals hatte *Paasche* im Interfraktionellen Ausschuß erklärt: „Im Hause dürfen wir zum Teil für diese Erklärung stimmen, das ist uns schon zugesagt worden." Vgl. Quellen 1/I S. 29; siehe auch Anm. 123.

Resolutionen[291]), dann brauchen Sie nur zu lesen, was Conrad *Haußmann* in der schon einmal zitierten Rede gesagt hat. Ich möchte in dieser Beziehung noch eine ganz bestimmte Frage an die Reichstagsfraktion richten. Ich weiß nicht, ob der Bericht, der über die *Haußmannsche* Rede in der Frankfurter Zeitung gestanden hat[292]), in allen Einzelheiten korrekt ist. Aber er soll danach gesagt haben, der Parteiangriff der Nationalliberalen auf die Resolutionsmehrheit sei höchst illoyal, weil die eigene nationalliberale Erklärung im Reichstag, allerdings verwässert, das gleiche gesagt habe und weil die nationalliberalen Vertreter im Reichstag den Mehrheitsparteien die formelle Erklärung abgegeben hätten, sie würden einem Reichskanzler nach *Bethmann*, der die Politik der Resolution mache, keinerlei Widerstand entgegensetzen[293]).

(Zuruf: Absolut nicht wahr!)

Wir sind sehr interessiert daran, ob das wahr ist, ob es wirklich Mitglieder der Fraktion sind, die eine derartige Erklärung abgegeben haben.

(Widerspruch des Abgeordneten **Prinz zu Schönaich-Carolath**[294]).

Um so besser. Dann ist es aber notwendig, daß das in der Öffentlichkeit gegenüber Herrn *Haußmann* festgestellt wird, denn es ist beleidigend für unsere Fraktion und unsere Partei, wenn derartige Dinge unwidersprochen in die Öffentlichkeit hinausgehen.

Nach meiner Meinung ist für unsere Nationalliberale Partei jetzt ein Moment vorhanden, wie er sobald nicht wiederkommt, wo sie eine werbende Kraft entfalten kann (sehr wahr!), gerade auch nach der Seite der Fortschrittspartei hin, in der viele mit der Stellung unzufrieden sind, die diese Partei gegenüber den Kriegszielen einnimmt[295]). (Sehr richtig!) Wenn unsere Partei diese Gelegenheit ergriffen und gesagt hätte: wir halten fest an einem starken deutschen Frieden

[291]) *van Calker*, von dem der Vorschlag einer selbständigen Erklärung der Nationalliberalen stammte, hatte am 12. 7. im Interfraktionellen Ausschuß versichert: Die von ihm vorgeschlagene Erklärung sei „nicht eine Aktion, die gegen Sie [die Mehrheitsparteien] gerichtet sein kann, sondern die parallel mit Ihnen gehen würde". Vgl. Quellen 1/I S. 47, auch S. 35.

[292]) 20. 9. 1917, 2. Morgenblatt.

[293]) In der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 9. 7. 1917 hatten *Junck*, *Richthofen* und *Schiffer* in diesem Sinne Erklärungen abgegeben; vgl. Quellen 1/I S. 22 u. 24. *Haußmann* (S. 110) zufolge hatte *Junck*, der wie *Brandenburg* in Leipzig lebte, erklärt: „Ich kann als Ansicht der Fraktion hinzusetzen, daß, wenn eine neue Regierung zustande käme, unsere Partei eine Politik, wie sie in der Resolution niedergelegt ist, nicht bekämpfen und ablehnen würde." *Stresemann* hatte allerdings in derselben Sitzung erklärt: „In den Kriegszielfragen aber müssen Sie eine Nuancierung vertragen." Vgl. Quellen 1/I S. 24.

[294]) *Prinz zu Schönaich-Carolath* war in der erwähnten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses nicht anwesend.

[295]) Als Gegner der Friedensresolution war besonders der fortschrittliche preußische Landtagsabgeordnete Gottfried *Traub* hervorgetreten, der am 28. 7. in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung die Resolution mit dem Argument bekämpfte, daß sie der „Front unserer Krieger in den Rücken" falle. — Besonderes Aufsehen erregte dann eine Resolution, die nach einem Referat des Abg. *Müller-Meiningen* am 23./24. 9. auf der Landesausschußsitzung der FVP angenommen wurde. Diese Resolution sprach sich zwar für einen Verständigungsfrieden aus, hob aber zugleich hervor, „daß das deutsche Volk nur einem Frieden zustimmt, der auch den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht". Vgl. Wippermann 1917/II,1 S. 522.

auf jeden Fall und auf jede Gefahr hin, so würde sie Elemente zu sich herüberbekommen haben, die in der anderen Partei unzufrieden waren. Daran hat es leider gefehlt. Aber noch ist die Zeit nicht vorbei, noch kann das geschehen. Aber es muß geschehen, denn, wenn es nicht geschieht, so laufen wir Gefahr, daß alle diejenigen Leute, welche unsere nationale Zukunft durch den *Scheidemann—Erzbergerschen* Frieden bedroht sehen, sich von der Partei abwenden, weil sie ihnen nicht zuverlässig genug ist, und daß wir einen Abmarsch nach rechts zu erwarten haben, den wir durch kein Mittel nachher mehr aufhalten können. Das ist die große Gefahr, vor der wir stehen, und die große Möglichkeit, vor der wir stehen, und darum kommt so viel darauf an, daß die Reichstagsfraktion in dieser Beziehung eine klare, unzweideutige Stellung einnimmt und daß auch unser Zentralvorstand sich ganz entschieden in diesem Sinne ausspricht. Die Resolution, die vorbereitet wird, liegt ja leider noch nicht vor[296]), aber soviel ich unterrichtet bin, kommt dieser Wille in ihr zum Ausdruck, und ich bitte, diesen Passus so unzweideutig wie möglich zu gestalten. (Sehr richtig!)

Ein anderer Punkt, den ich noch erwähnen möchte, ist der, daß wir in der jetzigen Situation keinen Zweifel darüber lassen dürfen, wie ja auch schon einer der Herren Vorredner betonte, daß wir die Sicherung Belgiens für uns in irgendeiner Form, unsere Macht über Belgien, zu den absolut notwendigen Kriegszielen rechnen. (Sehr richtig!) Wir müssen das auch in unserer heutigen Resolution zum Ausdruck bringen. (Zustimmung.) Die Sicherungen, die Herr Dr. *Stresemann* erwähnte, die in diesen Klauseln liegen, die der offiziösen Erklärung hinzugefügt sind[297]), genügen nicht, weil es sich nicht darum handelt, Garantien für die Neutralität Belgiens zu bekommen. Die können immer nur durch Verträge gegeben werden, und daß Verträge in einem großen Ernstfall nicht gehalten werden, wissen wir aus Erfahrung. Es handelt sich einfach darum, daß wir an dieser Flanke nur dann sicher sein können, wenn wir die Macht dort selbst in der Hand haben (sehr richtig!), und das müssen wir auch unzweifelhaft sagen, wir müssen aussprechen, daß das die Überzeugung unserer Partei ist[298]).

Ich komme nun noch mit wenigen Worten auf die Frage der inneren Neugestaltung. Herr Dr. *Stresemann* hat erklärt, er will nicht die Übertragung westeuropäischer Vorbilder auf uns, er will, es solle sich bei uns ein eigenes System entwickeln[299]), und soweit ich ihn verstanden habe, denkt er sich die Sache so, daß möglichst Vertreter aller Parteien in die Regierung hineingezogen werden sollen, damit alle Parteien die Mitverantwortung für die Geschäfte tragen. Das hat er wohl hauptsächlich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Fragen gesagt, die nach dem Kriege auftauchen werden, die Verteilung der Steuerlast usw. Er hat gemeint, es wäre nicht möglich, eine Steuergesetzgebung durchzuführen, wenn man nicht die Sozialdemokraten zur Mitarbeit dafür gewinnen könne. Aber, meine Herren, ist denn das möglich, wenn man eine Regierung hat, die

[296]) Siehe S. 378 f.

[297]) Vgl. dazu Anm. 134.

[298]) Zu Beginn des Jahres hatte *Brandenburg* in seiner Schrift „Deutschlands Kriegsziele" (Leipzig 1917, S. 76 ff.) Prinzipien entwickelt, nach denen ein gewisses militärisches, politisches und wirtschaftliches Verfügungsrecht Deutschlands über Belgien sichergestellt werden sollte.

[299]) Vgl. S. 344 f.

sich aus Parteien zusammensetzt, die einander in ihren Anschauungen und Zielen ganz diametral entgegengesetzt sind? Gibt das nicht einen Wirrwarr, der furchtbar ist? Muß nicht eine Regierung einheitlich nach einheitlichem Geiste geleitet werden und gerade in Deutschland, wo wir — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — nach dem Frieden — mag es ein Verständigungsfriede oder sonst einer sein — nach wie vor auf allen Seiten vom Haß unserer Gegner und Feinde bedroht sein werden, wo wir immer wieder bereit sein müssen, das Erkämpfte zu verteidigen? Ist es da nicht notwendig, daß wir eine einheitliche, fest geschlossene Leitung unserer Gesamtpolitik haben, und kann diese gewährleistet werden, wenn sämtliche Parteien in der Regierung mitzureden haben? Das scheint mir ganz unmöglich zu sein. Gewiß ist es möglich, Männer einzelner Parteien zu bestimmten Aufgaben mit bestimmtem Wirkungskreis heranzuziehen, so daß sie keinen Einfluß auf die Gesamtpolitik haben. Aber, meine Herren, werden sich das die Vertreter dieser Parteien gefallen lassen? Wenn man einem Sozialdemokraten z. B. sagt, er soll mit in die Regierung eintreten, aber nur für die Arbeiterfragen dort etwas zu sagen haben, so wird er naturgemäß erklären: Ich trete nur in eine Regierung ein, von der ich überzeugt bin, daß ich für ihre gesamte Haltung mitverantwortlich sein kann, daß sie nicht in ihrer gesamten Haltung, in der auswärtigen Politik z. B. ganz etwas anderes will als meine Partei, denn er würde ja sonst mit seiner eigenen Partei in Konflikt gebracht, die ihn zum Austritt drängen würde. Also auch das scheint mir nicht möglich zu sein.

Der springende Punkt in dieser Frage ist meines Erachtens der, wer den leitenden Mann in der Regierung zu bestimmen hat.

Unsere Regierung ist mit dem *Reichskanzler* als Spitze monarchisch organisiert. Der *Reichskanzler* hat absolut die Leitung der gesamten Politik in der Hand, und es muß eine Instanz geben, die in letzter Linie darüber entscheidet, wer diese Persönlichkeit ist. Die Gesamtheit der Parteien kann das nicht sein; sie würde sich nie einigen. Eine Mehrheit könnte es sein, wenn sie Dauer hätte. Aber, meine Herren, ich frage Sie, wenn die jetzige Mehrheit die Macht hätte, den *Reichskanzler* zu bestimmen und die Leitung unserer auswärtigen Politik in die Hand zu nehmen — was würde die Folge für uns sein? Es würde die Folge sein, daß wir einen Frieden bekämen, bei dem wir nicht leben und nicht sterben können, daß die größten Interessen unseres Volkes preisgeben würden, nur dem Prinzip zuliebe, daß die Mehrheit des Reichstags über den Kanzlerposten zu bestimmen haben soll. Wir würden bei einem Ministerium, das sich aus Zentrum und Sozialdemokraten in irgendeiner Weise zusammensetzt, solange es überhaupt zusammenhalten würde, eine antinationale Regierung haben in dem Sinne, wie wir die nationalen Ziele verstehen (sehr richtig!), und ich glaube, es kann niemand bei uns der Meinung sein, daß das auch nur vorübergehend der Fall sein dürfte. Denn, wenn man sagt, eine solche Regierung wird abwirtschaften oder sie wird anders handeln, wenn sie sich der Verantwortung bewußt ist, so ist das Abwirtschaften eine gefährliche Sache, denn es kann inzwischen soviel Schaden gestiftet sein, daß das gar nicht wieder gut zu machen ist, und daß die Herren, wenn sie die Verantwortung auf sich hätten, nicht dieselbe Politik treiben würden, die sie jetzt verkünden, das glaube ich nicht. Denn bei diesen

Männern herrscht der Glaube an die Möglichkeit eines dauernden Friedenszustandes in der Welt — wir wollen zu ihrer Ehre annehmen, daß sie davon fest überzeugt sind —, und aus diesem Glauben heraus handeln sie, aus diesem Glauben heraus würden sie vielleicht in der besten Meinung die Garantien für unsere Kraft aus der Hand geben, und wer würde uns dann nachher dafür irgendeinen Ersatz leisten, wenn wir plötzlich zu unserem Schaden erkennen müßten, daß dieser Glaube falsch war, daß diese Meinung bei unseren Gegnern nicht bestände, daß wir doch eine neue Kraftprobe zu riskieren hätten? Darauf dürfen wir es niemals ankommen lassen, und deshalb bin ich der Meinung, wir müssen durch unsere Resolution auch der Auffassung Ausdruck geben, daß in Deutschland für ein parlamentarisches Regime kein Boden ist. (Sehr richtig!) Die Fühlung muß in anderer Weise hergestellt werden.

Ich finde es psychologisch sehr begreiflich, daß Herr *Stresemann* gesagt hat, es sind so viele Fehler von der jetzigen Regierung gemacht worden, das jetzige System hat tatsächlich so schlecht bestanden, daß man sich fragen muß, ob es weiter bestehen kann. Aber, meine Herren, würde denn das andere System, das an die Stelle gesetzt werden soll, bessere Ergebnisse für uns erhoffen lassen? Das ist doch die Frage. Das System, das wir bisher gehabt haben, kann natürlich, wie jedes System, falsche Leute an die Spitze bringen, aber es hat eher die Aussicht, sich in sich zu bessern als ein System, das einer Zufallsmehrheit die Herrschaft selbst in die Hand gibt.

(**Vorsitzender** Dr. **Friedberg:** Sehr richtig!)

Darum möchte ich bitten, daß Sie in der Resolution, die heute zur Annahme kommen soll, diese beiden Punkte mit unzweideutiger Klarheit aussprechen, daß wir keine Mehrheitsherrschaft wollen, daß wir einen Frieden wollen, der uns für die Zukunft sichert durch Ausdehnung unserer Macht nach unseren Grenzen hin und daß auch ganz besonders erwähnt wird, daß zu dieser Sicherstellung unserer Zukunft die Verfügung über Belgien in irgendeiner Form gehört. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [Dr. **Friedberg**]: Meine Herren, durch eine technische Unvollkommenheit ist es noch nicht möglich gewesen, Ihnen die Resolution vervielfältigt vorzulegen, aber ich möchte doch, damit sie eine Grundlage für die Diskussion haben, Ihnen wenigstens durch Verlesung diese Resolution mitteilen. Herr Dr. *Weber* wird die Freundlichkeit haben, das zu tun.

(Zuruf: Laut und langsam!)

Dr. **Weber:** Meine Herren, in Gemeinschaft mit *Friedberg*, *v. Casselmann*[300]), *Künne*[301]) und *Röchling* haben wir vorhin eine Resolution aufgestellt, die folgendermaßen lautet:

> Nachdem am 12. Dezember 1916 in der Kundgebung des *Kaisers* die Friedensbereitschaft Deutschlands betont worden ist, wendet sich der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei mit Entschiedenheit gegen die fortgesetzte einseitige Hervorhebung unseres Friedenswillens. In der Entschließung der Mehrheitsparteien des Reichs-

[300]) Leopold *v. Casselmann*, Oberbürgermeister von Bayreuth, war Vorsitzender der Liberalen Vereinigung in Bayern.

[301]) Robert *Künne*, Fabrikant in Elberfeld, war im September 1917 Vorsitzender der rheinischen Provinzialorganisation geworden.

tages vom 19. Juli dieses Jahres sieht der Zentralvorstand eine schwere Gefährdung unserer deutschen Zukunftsentwicklung. (Sehr gut!) Er dankt der Reichstagsfraktion, daß sie die Entschließung einmütig abgelehnt hat. (Bravo!) Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nur auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein[302]). (Beifall.) Ohne Machterweiterung in Ost, West und Übersee würden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unserer Existenz haben[303]) und politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Die militärische Lage gibt uns die Gewähr, daß Deutschlands Grenzen den notwendigen Schutz erhalten und die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sichergestellt wird.

Der Zentralvorstand fordert eine strenge Durchführung aller das Gebiet der Ernährung des Volkes berührenden Maßnahmen und weitgehende Fürsorge für die minderbemittelten Schichten, insbesondere für den schwerleidenden gewerblichen Mittelstand und die auf feste Besoldung angewiesenen Kreise des Volkes. (Beifall.)

Die anmaßende Einmischung des Präsidenten *Wilson* in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes weist der Zentralvorstand mit aller Entschiedenheit zurück. Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems ab, verlangt aber ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volksvertretung und Regierung. Dann wird auch die Frage der Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse unter vollster Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches in Ruhe einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt werden können. Immer aber müssen diese Fragen zurücktreten hinter dem einen großen Ziele: der Sicherung unserer deutschen Zukunft; alle Kräfte des Landes sind im Kriege zusammenzufassen, um den vollen Sieg über unsere Gegner zu gewährleisten.

Ich glaube, in der Resolution sind im allgemeinen die Gesichtspunkte vereinigt, die bisher in den Reden der Diskussionsredner und in der Rede des Herrn Referenten zum Ausdruck gekommen sind, und ich kann mir wohl namens der Herren Antragsteller eine weitere Begründung ersparen. (Beifall.)

Geheimrat Dr. **Rebmann:** Ich kann im Augenblick zu der eben verlesenen Resolution noch nicht ein abschließendes Urteil geben. Das muß man sich erst in Ruhe überlegen. Nur einen Wunsch möchte ich aussprechen, daß der Protest gegen den Eingriff des Herrn *Wilson* nicht in einem Nebensatze, sondern mit voller Schärfe in seiner ganzen Bedeutung in einem eigenen Abschnitt zum Ausdruck kommt.

(Sehr richtig! — Zuruf: Viel gröber! — Zuruf: Ja, Unverschämtheit muß gesagt werden!)

Zum anderen möchte ich zunächst einige Worte über Elsaß-Lothringen sprechen. Ich bin dem Herrn Referenten dankbar dafür, daß er seine Rede nicht mit Einzelheiten belastet hat. Das hat uns ermöglicht, den Hauptpunkt ins Gesicht zu fassen. Ich schließe mich den vorhergehenden Herren Rednern an, daß wir die Erklärung der Autonomie im gegenwärtigen Augenblick, während des

[302]) Ursprünglich lautete dieser Satz im Or.: „Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Völkerverträgen beruhen, sondern muß auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein." Änderung handschriftlich.

[303]) Ursprünglich lautete dieser Satz im Or.: „Ohne Machterweiterung in Ost, West und Sicherung unserer weltpolitischen Stellungen über See und ohne ausreichende Kriegsentschädigungen würden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unserer Existenz haben [...]" Änderung handschriftlich.

Krieges, unter allen Bedingungen rundweg abzulehnen haben[304]). (Beifall.) Würden wir auch nur einen Schritt darin tun, so kämen wir heute in die Lage von Rußland, das schließlich Provinzen die Autonomie verleiht, die es überhaupt nicht mehr besitzt, und wir würden aus Elsaß-Lothringen ein zweites Polen machen. (Sehr wahr!)

Zum anderen möchte ich bestätigen, daß hier die wirtschaftlichen Verhältnisse viel tiefer eingreifen, als man in der Ferne das beurteilt. Das Deutsche Reich hat gegen Elsaß-Lothringen eigentlich ein schweres Verbrechen begangen. Gewiß, es hat diesen Staat deutsch gemacht, aber ohne dieses neu erworbene Kind auszustatten. Es hat nicht nur nichts für seine Ausstattung getan, es hat ihm noch eine Quelle von Einnahmen, die Reichseisenbahnen, weggenommen. Das ist ein beschämender Zustand. Was es ihm gegeben hat, ist ein Dekorationsstück, die Universität Straßburg, die trotz der intensivsten Arbeit deutscher Professoren heute ein Mittelpunkt der französischen Propaganda geworden ist[305]).

Es hat ihm dann weiter noch eine steinerne Burg im Stil der Romantik geschenkt[306]). Das ist so ziemlich alles, was das Reich materiell für dieses Land getan hat. So kommt es heute, daß Elsaß-Lothringen — ich will nicht sagen: ein armes Land, aber ein armer Staat ist. Man macht jetzt viel Aufhebens von den Naturreichtümern, dem Besitz des Kali. Aber, meine Herren, wer in diesen Dingen bewandert ist, weiß, daß diese Kalischätze bei unserer heutigen Gesetzgebung gar nicht zur Wirkung kommen können, daß sie sozusagen wertlos sind[307]), und was aus den Ölfeldern werden wird, das weiß heute noch kein Mensch. Es ist ein Staat, der in seiner ganzen wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben ist, und dem man vor allem mit reichen Mitteln aufhelfen müßte. Diese reichen Mittel kann keiner von den Einzelstaaten geben, Bayern nicht, am allerersten noch Preußen. Daß in dem Augenblick, wo von einer Aufteilung zwischen Bayern und Preußen die Rede gewesen ist, die anderen angrenzenden Staaten sich im Interesse ihrer Existenz melden mußten, das versteht sich ganz von selbst, und in dem Augenblick haben wir uns auch gemeldet. Baden[308]) und Württemberg[309]) können es nicht ertragen, daß sie von dieser bayerischen

[304]) Vgl. S. 372.

[305]) *Rebmann* spielt hier offenbar auf Bestrebungen in jenem Teil der elsässischen Studentenschaft an, der sich die These von der französisch-deutschen Mischkultur zu eigen gemacht hatte bzw. sich kulturell ganz nach Frankreich hingezogen fühlte. Die deutschen Behörden glaubten vor dem Krieg Veranlassung zu haben, den mit französischer Unterstützung gegründeten „cercle des étudiants" auflösen zu müssen. Vgl. Reichsland-Werk III S. 25 f.

[306]) Gemeint ist die Hohkönigsburg bei Schlettstadt. Vgl. E. Hauviller, Kaiser Wilhelm II. als Schloßherr auf elsässischem und lothringischem Boden, Gebweiler 1913, S. 7 ff.

[307]) Der Staat hatte für den Verkauf von Kalisalzen Maximalpreise festgesetzt, wodurch die Gewinnspanne der Unternehmungen sehr eingeschränkt wurde. Vgl. Sten. Berichte Bd. 307 S. 972 ff., 10. 4. 1916; ferner Reichsgesetzblatt 1916/I S. 559 f.

[308]) Der badische Staatsminister *v. Dusch* hatte für den Fall einer Aufteilung des Elsaß Ansprüche auf das Oberelsaß angemeldet. Vgl. Janßen S. 50 f.

[309]) Der württembergische Widerstand gegen die Aufteilung des Reichslandes war besonders nachhaltig. Vgl. Erzberger S. 163; Haußmann S. 36 f., 41, 47, 63, 92, 100, 141, 143, 157, 166, 177, 200, 225, 246; *v. Payer* im HA. 163. Sitzung, 3. 7. 1917; Charles Schmitt a.a.O. S. 228 bis 238, bes. S. 236 f.; Carl v. Weizsäcker, Zur elsaß-lothringischen Frage im Weltkrieg, in: Deutsche Revue Jg. 45/IV (1920) S. 193 ff.

Herrlichkeit im Osten und Westen umklammert und wirtschaftlich in ihrer Existenz davon abhängig werden. So hat das naturgemäß zur Anmeldung aller möglichen Ansprüche geführt, und das ist ein schwerer Schritt nach rückwärts. Meine Herren, ich habe gehofft, daß mit der Errichtung des Deutschen Reiches dieses Hin- und Herschieben von Länderfetzen zwischen verschiedenen Dynastien deutschen Geblüts ein für allemal ein Ende haben würde. Das ist meine Hoffnung gewesen, und heute erleben wir es wieder, daß Staat auf Staat sich mit seinen Ansprüchen auf diesen und jenen Fetzen meldet[310]). Das ist fürchterlich anzusehen. Darum ist meine Meinung — und ich habe ihr bei den verschiedensten Anlässen Ausdruck gegeben —: das einzig richtige ist, daß wir diesen Staat Elsaß-Lothringen an Preußen angliedern. (Zustimmung.) Aber wir sind nun, Gott sei es geklagt, in der Lage, daß wir nach der historischen Entwicklung und nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht das tun können, was richtig ist, sondern daß wir das tun müssen, was uns die bisherige Entwicklung vorschreibt. Wir haben keine Freiheit, da zu handeln, tausend und tausend Rücksichten verbieten dies, und darum ist meine Meinung, daß, so schlecht die Lösung an sich sei, es im Augenblick am besten ist, wenn wir die Sachen so weitergehen lassen, wie sie heute sind. Es ist ein Jammer, daß man am Ende dieser drei Jahre für Elsaß-Lothringen nichts anderes weiß, als daß man sagen muß: diese Lotterwirtschaft soll in Gottes Namen weitergehen. Aber das ist immer noch besser als irgendeine von den anderen Lösungen. Zum allermindesten wird dadurch erreicht, daß jetzt nichts geschieht, was uns die Zukunft verbaut. Wir wollen hoffen, daß die zukünftige Entwicklung uns die Möglichkeit schafft, es anders zu machen.

Eines aber müßten wir fordern: daß man dieses Land endlich erlöst von den Rücksichten auf höfische Repräsentation. Sie im Reiche draußen wissen nicht, meine Herren, was das für ein Krebsschaden gewesen ist von allem Anfang an, von dem Augenblick, wie der alte *Moeller* von seinem Posten verdrängt worden ist und verdrängt worden ist dadurch, daß er damals — man weiß das jetzt — die einzige richtige Entwicklung gefordert hat: die Einverleibung in den preussischen Staat und daß er damals gescheitert ist, weil *Bismarck* dieselben Bedenken hatte, die ihn schon im Jahre 1871 verhindert haben, die elsaß-lothringische Frage in der richtigen Weise zu lösen[311]). Also schon lieber keinen Schritt als einen falschen Schritt, und falsch scheint mir der Schritt der Teilung und am allerfalschesten der Schritt der Autonomie.

Und nun zu den übrigen Fragen:

Da muß ich zunächst bestätigen, daß wir vollständig damit einverstanden waren, daß sich die nationalliberale Fraktion des Reichstags mit ihrer Resolution

[310]) Vgl. hierzu Janßen passim.

[311]) Der elsaß-lothringische Oberpräsident *Moeller* hatte nicht die „Einverleibung" in Preußen gefordert, wie *Rebmann* behauptet. *Moeller* setzte sich vielmehr für eine bundesstaatliche Lösung ein und wollte Elsaß-Lothringen zu einem Großherzogtum machen, dessen Krone allerdings mit der Kaiserkrone in Personalunion verbunden sein sollte. Es trifft zu, daß *Bismarck* diesen Plan ablehnte, weil ihm der davon zu erwartende „Zuwachs an Macht" für Preußen unerwünscht war; jedoch war für seine negative Haltung die Befürchtung, daß sich die bundesstaatliche Selbständigkeit für das Reich nachteilig auswirken könnte, kaum weniger entscheidend. Vgl. Reichsland-Werk II,1 S. 24 f.

auf eigene Füße gestellt hat. Dagegen haben wir den Ton der eigenen Begründung nicht mehr recht verstanden. Die Gründe dafür sind uns ja heute gegeben worden. Sie mildern den peinlichen Eindruck, den wir gehabt haben, doch etwas ab. Ebensowenig haben wir verstanden, daß die Fraktion sich wiederum an diesen interfraktionellen Beratungen beteiligt hat. Auch darüber ist uns heute eine Reihe von Aufklärungen zuteil geworden, die die Sache in einem etwas anderen Lichte erscheinen lassen. Bestätigen muß ich, daß es an Instruktionen unserer Presse gefehlt hat. Es ist ein Jammer, wie unsere Presse draußen im Lande im finstern getappt hat und wie die Vertreter der Presse zu uns gekommen sind und um Instruktionen gebeten haben und wir ihnen nichts sagen konnten. Hier ist ein Gebiet, das durchaus in Angriff genommen werden muß. Wir müssen das Instrument der Presse ganz anders handhaben, als das bisher geschehen ist[312]). (Sehr richtig!) Ich sage das noch aus einem bestimmten anderen Grunde. Wir stehen in Süddeutschland unter der Wirkung der Frankfurter Zeitung. Wir haben es erlebt, daß die Fortschrittspartei ihre Organe hat eingehen lassen. Sie hat es gar nicht notwendig, die Frankfurter Zeitung besorgt alles, und es fehlt uns ein Gegengewicht dagegen, und daran hängt nicht bloß die Zukunft der Partei, sondern es hat durch die Wirkung dieses Organs eine Verseuchung weitester Volkskreise und eine Knochenerweichung des nationalen Empfindens stattgefunden, von der Sie sich gar keine Vorstellung machen können. (Sehr richtig!) Also das ist eine Lebensfrage der Partei, aber noch vielmehr eine der wichtigsten Fragen unseres nationalen Denkens und Empfindens.

Mit dem, was uns heute hinsichtlich der Neuorientierung — um dies üble Fremdwort zu gebrauchen — in Aussicht gestellt worden ist, können wir uns im ganzen wohl einverstanden erklären. Es hat nicht viel Zweck, daß man in die Wolken hinein Schlösser baut und sich ausmalt, wie schön dies und jenes bei uns werden könnte. Wir müssen an das anknüpfen, was wir haben, was wir besitzen, und weil es bei uns so geworden ist, darum erscheint mir diejenige Lösung, die der Herr Abg. *Stresemann* uns empfohlen hat, als die beste, weil sie die mögliche Lösung ist, und ich meine, das, was an Fehlern geschehen ist, ist nicht so sehr die Folge des Systems als, wie uns heute ganz eindringlich klargemacht worden ist, die Folge der Persönlichkeiten (sehr richtig!), von unten bis oben hinauf. Wir leben eben, Gott sei es geklagt, in einer Zeit, in der nicht bloß die *Bismarcks*, sondern auch die um ihn herum uns fehlen. Wir leben auf einem ganz anderen Niveau, und dieses Niveau hat eben den Willen der höchsten Spitze und die Persönlichkeit der höchsten Spitze zu einem Maß auswachsen lassen, dessen Folgen uns heute auf das eindringlichste geschildert worden sind.

Darüber darf kein Zweifel aufkommen, daß *Kaiser* und Kaisertum als solche für uns unantastbar sind (beifällige Zustimmung.) und daß, wenn wir an dieser Stelle Änderungen wünschen, dies mit der ganzen Einrichtung nichts zu tun hat. (Sehr richtig!) Wir dürfen diejenigen Momente nicht aus den Augen lassen, die zur Gründung des Deutschen Reiches geführt und das Deutsche Reich bisher gehalten haben, und wer noch, wie ich, die Tage des Jahres 1870 erlebt hat, außerhalb des preußischen Staates erlebt hat, der weiß, daß nichts so in die Seele hineingeklungen hat als das Wort *Deutscher Kaiser*. (Beifall.) In dem einen Wort repräsentiert

[312]) Vgl. S. 361.

sentiert sich für uns die Zukunft unseres ganzen Volkes, die Zukunft in weite Zeiten hinein, nicht an der einzelnen Person hängend, sondern die Zukunft unseres ganzen Reiches, und wir sind doch, weiß Gott, mit unseren *Kaisern* im großen und ganzen recht gut gefahren, mit denen, die wir gehabt haben. Ich will um Einzelheiten und Kleinigkeiten nicht rechten. Aber diese Gewalt braucht eine Remedur, sie braucht eine Bremse, sie braucht ein Leitseil, wenn ich das Wort gebrauchen darf, und das scheint mir in den Vorschlägen gegeben zu sein, die uns heute gemacht worden sind. Also keine Änderung der Reichsverfassung etwa in dem Sinne eines Parlamentarismus nach englischem Muster. Auch da müssen wir anknüpfen an das, was ist. Wir können uns zwei große Parteien wünschen, hoffen, erträumen, aber schaffen können wir sie heute nicht und auf absehbare Zeit nicht. Wir müssen mit dem zufrieden sein, was wir haben, und daran muß die Nationalliberale Partei anknüpfen, und wenn einmal, so ist heute wieder die Zeit gekommen, wo sie sich an die Spitze des deutschen Volkes stellen, den Kaiser- [und] den Reichsgedanken wieder mit voller Kraft und Würde herausarbeiten und in die Zukunft hineintragen muß. (Lebhafter Beifall.)

Geheimrat Dr. **Poensgen:** Meine Herren, zunächst ist uns heute Aufklärung über die Haltung der Reichstagsfraktion gegeben worden, und es ist uns in dankenswerter Weise vieles verständlich gemacht worden, was im Lande nicht verständlich war. Ich stimme auch mit denen überein, die glauben, daß ein großer Teil davon an der ungenügenden Orientierung der Presse lag. Ich glaube aber, daß es das nicht allein war, sondern daß es tatsächlich daran gelegen hat, daß infolge des Interregnums in der Führerschaft der Reichstagsfraktion, das leider damals bestand[313]), in der kurzen Zeit noch kein fester Wille da war.

Meine Herren, ich glaube auch, daß es durchaus richtig ist, daß unsere Partei durch die Beteiligung an interfraktionellen Besprechungen ihre nationalliberalen Ideen in den Kreisen ihrer benachbarten Parteien propagieren kann, in denen doch vielfach ihre Ansichten geteilt werden, insbesondere beim Zentrum. Aber, meine Herren, ich möchte es entschieden zurückweisen, wenn etwa aus Rücksicht auf diese Parteien, so wie es in einem Artikel der Germania und in anderen geschehen ist, deshalb wir als Zentralvorstand der Partei daran gehindert sein sollten, unsere Ansichten über die Kriegsziele ganz klar und deutlich auszusprechen[314]). (Sehr gut!) Deshalb begrüße ich es, daß die vorgeschlagene Resolution in klarer Weise auf denselben Boden tritt, den wir damals unter Führung unseres verewigten *Bassermann* eingenommen haben. Daran wollen wir festhalten, und ich glaube, zukünftige Geschlechter werden uns dankbar sein, daß wir in dieser Zeit der Nervosität fest diesen Kurs gesteuert haben.

Wollen wir aber nun diese unsere Ziele erreichen, so ist es auch notwendig, dazu in jeder Weise die Wege zu erleichtern. Es ist uns auseinandergesetzt worden, daß wir militärisch das beste hoffen können, daß es also heute darauf ankommt, welche von den beiden kämpfenden Parteien, England mit seinen Verbündeten

[313]) Seit der Erkrankung *Bassermanns* im Februar 1917 führte *Prinz zu Schönaich-Carolath* provisorisch den Vorsitz der Fraktion; vgl. NLC Nr. 44 vom 23. 2. 1917. Zum endgültigen Nachfolger *Bassermanns* wurde am 25. 9. 1917 Stresemann gewählt; vgl. NLC Nr. 188 vom 26. 9. 1917.

[314]) Vgl. S. 347 u. 366.

oder wir, jetzt am besten durchhält in materieller Beziehung und am besten durchhält in moralischer Beziehung, das heißt, nicht die Nerven verliert, und dazu halte ich es auch für sehr gut, daß in der vorgeschlagenen Resolution diese Punkte berührt werden. Es ist unbedingt notwendig, daß unsere Abgeordneten, wie bisher, auf das ernsteste darauf dringen, daß die Frage der Beschaffung der Nahrungsmittel und der wichtigsten Rohstoffe in entschiedener Weise behandelt wird. Wir haben leider auch während des Krieges von seiten der Regierung immer sehen können, daß die Maßnahmen zu spät erfolgten und daß, wenn sie erfolgten, sie nicht mit der genügenden Energie durchgeführt sind. Ich hoffe von dem jetzigen *Reichskanzler*, daß er darin Wandel schaffen wird. Das ist auch sehr wichtig für die Stimmung des Durchhaltens. Denn, meine Herren, aus allen Kreisen der Arbeiter und Angestellten höre ich, daß nichts dem Willen zum Durchhalten mehr schadet als die vielen Ungerechtigkeiten, die sich bei dieser Regelung ergeben. (Sehr richtig!) Wenn wir einmal eine solche Regelung haben, müssen wir auch dem Charakter der belagerten Festung Rechnung tragen, ohne jede Rücksicht, ohne jede Ausnahme die Entbehrungen allen auferlegen und nicht immer Hintertüren öffnen, die es dem, der wohlhabend ist, ermöglichen, sich Vorteile zu verschaffen, was die anderen nicht können.

Aber zur Sicherstellung des Durchhaltens gehört nun einmal auch die Frage der inneren Reformen. Ich kann den Herrn Abgeordneten *Schiffer* vollständig verstehen, wenn er beklagt, daß diese innerpolitischen Fragen heute in den Vordergrund des Interesses gerückt sind[315]). Aber, meine Herren, das ist nun einmal der Fall, das können wir nicht mehr ändern, und daran ist nicht so sehr die Volksvertretung schuld wie die vorige Regierung selbst. (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie daran, daß, als wir seinerzeit die entschiedenen Kriegsziele forderten gegenüber der schwankenden Regierung, gerade in Regierungskreisen und in ihrer Presse immer verbreitet worden ist: ja, das wird ja immer nur von denjenigen Parteien gefordert, die reaktionär sind. Da ist es gerade die Regierungspresse gewesen, welche die Verbindung zwischen auswärtiger und innerer Politik herzustellen suchte. Wenn wir das wollen, so müssen wir auch heute auf den Boden der Reformen treten, die wir für richtig halten. Ich halte es für falsch, Reformen anzunehmen oder scheinbar anzunehmen, um Beruhigung zu schaffen. Ich halte es aber auch für falsch, solche Reformen, die organisch sind, deshalb nicht anzunehmen, weil wir uns im Kriege befinden. Wenn wir doch einmal dieser Frage gegenüberstehen, müssen wir die Stellung annehmen, die wir als Nationalliberale auch sachlich einnehmen. Ich glaube, daß die Resolution in diesen Dingen im allgemeinen das richtige wiedergibt. In einem Punkte möchte ich vielleicht eine kleine Änderung vorschlagen. Die Resolution richtet sich gegen die Übertragung des Parlamentarismus. Ich möchte vorschlagen, dabei einzufügen, „nach fremdem Muster", einmal, um damit jene Seite zu treffen, die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt, die uns immer die Zustände in den westlichen Staaten als ideal erscheinen lassen, andererseits aber auch, um Mißverständnisse zu vermeiden. Denn, meine Herren, das, was wir jetzt gesehen haben, insbesondere auch die Berufung unserer eigenen Freunde in leitende Stellen der Regierung ist bereits ein Bruch mit der bisherigen Tradition, das ist etwas, was man unter

[315]) Vgl. S. 366.

Umständen als Parlamentarismus bezeichnen kann. (Zustimmung.) Um das nicht scheinbar zu mißbilligen, halte ich es für richtig, zu sagen „gegen einen Parlamentarismus nach fremdem Muster". (Zustimmung.) Ich stimme mit Geheimrat *Brandenburg* ganz dahin überein, daß wir absolut nicht wollen, daß von einer Mehrheitsabstimmung im Parlament das Verbleiben des *Reichskanzlers* abhängt. Das wollen wir nicht, und das nenne ich Parlamentarismus nach fremdem Muster. Dagegen kann die vertrauensvolle Arbeit zwischen Parlament und Regierung nur gefördert werden, wenn wir tüchtige Leute, wie wir sie in die Regierung entsandt haben, auch späterhin von Zeit zu Zeit in die Regierung entsenden. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Hirsch**[316]: Meine Herren, nur einige wenige Worte, da Herr Kollege Dr. *Stresemann* so freundlich war, mich an verschiedenen Stellen seiner Ausführungen zu zitieren. Ich möchte zunächst mit den Herren *Schifferer*, *Brandenburg* und anderen Herren, die vor mir gesprochen haben, mein nahezu restloses Einverständnis mit den Ausführungen erklären, die Kollege *Stresemann* so plastisch zur auswärtigen Politik hier gemacht hat und die ja in weitem Umfang den Beifall der Versammlung gefunden haben. Etwas anders stehe ich in der Frage der inneren Politik. Ich möchte aber aus dem ganzen weitschichtigen Thema nur drei Punkte herausgreifen. Einmal, was die Entschließung angeht, soweit die äußere Politik in Frage kommt, weiter was die innerpolitischen Fragen und die Beschäftigung mit ihnen grundsätzlich angeht und drittens, was die Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen angeht.

Was zunächst die Entschließung angeht, so hat Abg. *Stresemann* gemeint, sie wäre ein Kompromiß, dem die Fraktion von *Hirsch* bis *Richthofen* zustimmen konnte und zugestimmt hat. Gewiß, meine Herren, ich habe zugestimmt und muß die Verantwortung dafür mit tragen. Daß sie nach meinen Empfindungen, vielleicht auch nach den Empfindungen mancher anderen, schärfer hätte lauten können und lauten mögen, mag nur nebenbei bemerkt sein. Aber wir haben dafür gestimmt, und wenn Herr Kollege *Rebmann* gemeint hat, die Dinge seien ja in etwa entschuldigt und erklärt und damit vielleicht auch gemildert, so darf ich vielleicht noch ein Wort zur Erklärung hinzufügen, das die Situation am Ende noch plastischer zur Darstellung bringt.

Was wollte der Urheber der Entschließung *Erzberger?* Er wollte den Boden für das vorbereiten, was jetzt gekommen ist: die *Papst*note und ihre Wirkungen[317]. Das wußten wir damals nicht. Wir sahen damals nur das, was er angeblich vor sich hatte, nämlich den *Kanzler* zu beseitigen. Damit ist er hausieren gegangen, und er erklärte, daß er dieses Ziel erreichen würde, wenn er einstimmig die Entschließung, wie sie hinterher angenommen worden ist, durch den Reichstag brächte. Da haben wir uns gesagt: wie ist das zu verstehen? Wenn jemand einen leitenden Staatsmann beseitigen will, so gibt er ihm doch nicht eine Ehrenerklä-

[316]) Wilhelm *Hirsch*, der in der Kriegszielbewegung eine bedeutende Rolle spielte, gehörte zu den entschiedenen Befürwortern eines Zusammengehens mit den Konservativen. Vgl. Westarp II S. 50; Thieme S. 203 f.

[317]) Namentlich von rechtsstehender und — was teilweise dasselbe war — von protestantischer Seite wurde gegen *Erzberger* der Vorwurf erhoben, daß er die Friedensresolution im Zusammenspiel mit dem Vatikan initiiert habe. Vgl. dazu Anm. 343.

rung für alles das, was er in der Vergangenheit verpaßt hat und gibt ihm doch noch nicht einen Freibrief für alles, was er etwa auf Grund dieser Anerkennung in Zukunft machen will und machen wird, wenn er bleibt, und man übernimmt doch nicht schließlich als Reichstag die ganze Verantwortung für diese Dinge[318])! Diese Sache kann nicht stimmen. Wenn Herr *Erzberger* das Ziel erreicht, daß die Parteien sämtlich oder vielleicht bis auf die Konservativen mitgehen, dann wird der *Kanzler* nicht gehen, sondern er wird bleiben, und es wird ein Freibrief werden für alles, was er tun wird. (Sehr richtig!) Was das heute zu bedeuten hat, nachdem wir die *Papst*note vor uns gesehen haben, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Aber, meine Herren, wir sagten uns weiter, wenn es ihm gelingt, womöglich den ganzen Reichstag zusammenzubringen bis auf wenige Bruchteile von Fraktionen, dann legt Ihr, auch wenn *Bethmann* gehen müßte, die Politik dieses Mannes in einer Stärke und mit einer Wirkung fest, deren Tragweite auf Regierung, auf Ausland, auf Volksstimmung gar nicht abzusehen ist, und wenn ich davon sprechen darf: Als dann die Frage der nationalliberalen Stellung herantrat, ob Leute absplittern sollten, ob man es zulassen sollte, daß einzelne Herren ihre eigenen Wege gingen, da habe ich mir persönlich gesagt, in dem Augenblicke einer solchen Gefahr können wir nicht das Risiko laufen, daß es nachher heißt, der ganze Reichstag mit Ausnahme der Konservativen und eines Bruchteiles der Nationalliberalen steht auf dem Boden der Mehrheitsentschließung. Das mußte eine reine und klare Sache sein, und um dieser klaren Sache willen, daß neben der konservativen auch die nationalliberale Fraktion sich geschlossen gegen die Entschließung erklärte, um dieser klaren Äußerung willen, habe ich mir gesagt, ist es zu tragen, daß die Erklärung nicht die Schärfe hatte, die ich ihr selber gewünscht hätte. Aber, meine Herren, wenn Sie sie ansehen: sie enthält im Kern das, worauf es ankommt, nämlich Sicherung von Bedürfnissen und Zukunft unseres Vaterlandes. Darauf kommt es an; alles andere ist darum herum. Ob da noch einige Floskeln dabei sind oder nicht, darauf kommt es nicht an.

(Zuruf: So etwas steht in der anderen auch!)

Nein, das steht in der anderen nicht darin. Unsere Entschließung unterscheidet sich von der Mehrheitsentschließung gerade in diesem Punkte ganz essentiell[319]), und das bitte ich im Auge zu behalten,

(Zuruf: Scharfe Betonung der militärischen Lage!)

und natürlich scharfe Betonung der militärischen Lage. Ich wollte aber auf das eine hinaus: Sicherheit der Zukunft des Vaterlandes; darauf kommt es an, das durchzuholen, und nachdem das drin stand, haben mit mir auch andere gesagt: Gut, wollen wir so die Dinge treffen, dann kann man nicht behaupten, daß unsere Fraktion auch nur zu einem Teile oder, wie es dann wahrscheinlich von einer übelwollenden Presse wieder umgelogen würde, in der überwiegenden Mehrzahl für die Mehrheitsentschließung gestimmt hat, und man braucht nicht die Wir-

[318]) Vieles spricht dafür, daß *Erzberger* sich für den Sturz *Bethmanns* einsetzte, nur um eine möglichst breite parlamentarische Basis, d. h. mit Einschluß der Nationalliberalen, für die Friedensresolution zu gewinnen. Für diese von *Epstein* vertretene Hypothese war *Bethmanns* Sturz nur ein taktisch bedingtes Nebenprodukt der Friedensresolution im politischen Konzept *Erzbergers*.

[319]) Vgl. Anm. 269.

kung vor die Regierung und vor das Ausland zu bringen. Das ist das eine. Nun, meine Herren, was die Beschäftigung mit innerpolitischen Fragen angeht, so kann man in einzelnen Fragen, die hier in Betracht kommen, auf diesem oder jenem Standpunkt stehen, man wird aber doch nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, sagen müssen, daß die Beschäftigung mit diesen Fragen heute eine Gefahr für den Ausgang des Krieges und für die Erreichung der Ziele bedeutet, die wir im Interesse der Sicherung unserer Zukunft erreichen müssen. Meine Herren, wie sind die Dinge gelaufen? Von Anbeginn des Krieges ist unter namhafter Mitwirkung, entscheidender Mitwirkung vielleicht, unseres Führers *Bassermann* es gelungen, die vier Parteien der Konservativen, der Freikonservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen in den vaterländischen Zielen unter einen Hut zu bringen. Ich erinnere Sie an die wiederholten Erklärungen, die der Abgeordnete *Spahn* für die vier Parteien abgegeben hat[320]). Die Mehrheit stand fest auf vaterländischem Boden und brauchte nicht Auseinandersetzungen zu fürchten, wenn sie etwa von der Linken hervorgerufen worden wären oder hervorgerufen wurden.

Das alles hat sich mit einem Schlage geändert, als der Reichstag daranging, die Verfassungsfragen, innerpolitischen Fragen im Verfassungsausschuß zu erörtern. Da verschob sich die Mehrheitsbildung in ganz charakteristischer Weise nach links hinüber unter Ausschaltung der Konservativen[321]) (sehr richtig!), und bei der Verhandlung über die Dinge, die dann erörtert worden sind, haben sich die Parteien, die sonst miteinander in den vaterländischen Dingen unter Zurückstellung aller innerpolitischen Fragen mitgegangen waren, die zusammengestanden hatten, so miteinander verkatzt und verzankt, daß sie hinterher nicht mehr miteinander konnten, als dann wieder große vaterländische Dinge auf den Plan kamen und zur Entscheidung standen. Da habe ich mir gesagt: Unter keinen Umständen auch nur einen Schritt auf diesem Wege. Es ist so weit gegangen, meine Herren, daß man hören mußte: Gott, wir sind ja natürlich mit den Konservativen in den vaterländischen Dingen ganz einverstanden, aber aus taktischen Gründen können wir mit Euch jetzt nicht gehen[322]). (Hört, hört!) Meine Herren, wenn es so ist, daß man in der Stunde der Not des Vaterlandes eine Partei, die von Anfang an in vaterländischen Dingen fest gestanden hat, nicht mittun lassen will und mit ihr nicht mittun will, in diesen Dingen höchstens neben ihr her seine Ziele verfolgen will, dann ist Gefahr im höchsten Verzuge. (Sehr wahr!) Deswegen an der Hand dieser Erfahrungen warne ich davor, daß man den Weg weiter beschreitet[323]).

Ich habe es von Herzen begrüßt, daß Kollege Dr. *Stresemann* erklärt hat, wir brauchen für die Zukunft einen Zusammenschluß, der von rechts hinübergeht bis zum Freisinn[324]), und ich bin überzeugt, wenn wir eine solche Mehrheit nicht

[320]) Sten. Berichte Bd. 306 S. 21, 2. 12. 1914; Bd. 306 S. 48, 10. 3. 1915; Bd. 306 S. 437, 9. 12. 1915; Bd. 310 S. 3398, 15. 5. 1917. An der zuletzt zitierten Kriegszielerklärung waren die Deutschkonservativen nicht beteiligt.

[321]) Westarp II S. 237 u. 240 ff.

[322]) Ebd. S. 241.

[323]) In den Julitagen hatte *Hirsch* zu denjenigen gehört, die in Verhandlungen mit dem *Grafen Westarp* ein gemeinsames Vorgehen mit den Konservativen gegen die Friedensresolution zu erreichen versuchten. Vgl. ebd. S. 472.

[324]) Siehe S. 347.

bekommen, werden wir nicht dahin gelangen, die großen, ungeheuer wichtigen steuerpolitischen, wirtschaftspolitischen Fragen so zu lösen, wie es zum Heile unseres Vaterlandes nötig ist. Nur mit einer positiv gerichteten Mehrheit können wir das machen (sehr richtig!), und wenn wir das machen wollen, meine Herren, wenn wir das Ziel ins Auge fassen wollen, dann müssen wir doch vor allen Dingen in den Fragen mit der Rechten Schulter an Schulter stehen, ohne daß wir uns ihr in anderen Fragen zu verschwören haben, aber in solchen Dingen, die rein vaterländisch sind, die gemeinsam sind, die das Ziel des Sieges und das Ziel der Ausnutzung des Sieges im Auge haben.

Meine Herren, aus der Befürchtung heraus, daß hier Schwierigkeiten erwachsen könnten, bin ich auch der Ansicht gewesen, daß die Beteiligung an interfraktionellen Besprechungen die allergrößten Bedenken hat[325]). Schon diese Mehrheit, die diese Besprechungen unter sich veranstaltete, an denen unsere Freunde sich nicht beteiligen wollten, trug einen Stempel, der es bedenklich erscheinen lassen mußte, daß eine Partei wie die nationalliberale mitmacht. Die Mehrheit war geboren aus der Entschließung, sie war durch die Mehrheitsentschließung in einer Weise stigmatisiert, daß jeder, der sich anschloß, auch wenn er sich mit allem Vorbehalt anschloß, damit rechnen mußte, daß im Lande diese Dinge mißverstanden wurden.

Und so haben wir uns in die Gefahr begeben — und das war der Grund gewesen, weswegen ich mich gegen diese Dinge gewehrt habe —, mitverantwortlich gemacht zu werden für das, was diese Mehrheit getan hat, als sie entstand, als sie die Entschließung faßte, die durch die Namen *Erzberger—Scheidemann* gekennzeichnet ist.

Meine Herren, Sie haben von Herrn Dr. *Stresemann* gehört: die Fraktion hat sich die volle Freiheit der Entschließung in allen Einzelheiten, insbesondere hinsichtlich der äußeren Politik vorbehalten. Aber, meine Herren, täuschen Sie sich nicht darüber: Wer in einen solchen Block hineingeht, kann wohl hoffen, daß er ihn davon abhalten wird, zu weit nach der einen oder der anderen Seite zu gehen; sicher, daß er das erreichen wird, ist er nicht, denn der Block ist stärker, er ist mächtiger. Viel näher liegt die Gefahr, daß er, wenn er nicht ebenso stark, nicht ebenso mächtig ist, hinübergerissen wird, weiter hinübergezogen wird, als es ihm vielleicht hinterher selbst lieb ist. Das ist ein Bedenken, das ich nicht von der Hand weisen kann und das mir immer und immer wieder auftaucht, und wenn ich mir vorstelle, daß das gerade in diesen politischen Dingen, in dieser Kriegszeit geschehen könnte, dann fürchte ich, daß wir abgedrängt werden von den Elementen, mit denen wir in vaterländischen Dingen zusammengehen müssen. Deshalb warne ich heute nochmals, auf diesem Boden weiterzugehen. Ich empfehle dringend, die allergrößte Vorsicht walten zu lassen, damit man in diese Gefahr nicht kommt.

Das waren die wenigen Ausführungen, die ich Ihnen machen wollte. Ich wiederhole, ich habe mit großer Freude und durchweg mit Zustimmung das angehört, was hier von unserem Herrn Dr. *Stresemann* und von den Herren, die zur Sache

[325]) *Hirsch* stimmte in der Fraktionssitzung vom 21. 8. als einziger gegen die nationalliberale Beteiligung an den interfraktionellen Besprechungen, die übrigen 20 anwesenden Fraktionsmitglieder sprachen sich dafür aus. Vgl. Berliner Neueste Nachrichten Nr. 425 vom 23. 8. 1917.

gesprochen haben, ausgeführt worden ist, und wenn ich hier diese Bemerkungen gemacht habe, so bitte ich zu verzeihen, daß sie den etwas sehr persönlichen Charakter trugen, den ich ja nicht fehlen lassen konnte. (Beifall.)

von Casselmann[326]**:** Meine Herren, ich glaube, mir Ihren ganz besonderen Dank zu verdienen, wenn ich mich möglichst kurz fasse. Ich kann das um so mehr, als ich glaube, daß viel Neues zu den Gegenständen der Beratung wohl nicht wird vorgebracht werden können. Ich beschränke mich deshalb darauf, namens meiner Freunde aus Bayern in kurzen Zügen die Stellung zum Ausdruck zu bringen, die wir gegenüber der Resolution und zu den Ausführungen der beiden Herren Referenten des heutigen Tages einnehmen, zunächst unsere Auffassung bezüglich der Friedensziele. Wir haben in der Landespartei Bayern — ich bin hier genügend autorisiert, auch namens meiner Pfälzer Freunde zu sprechen — von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß wir die Stellung der Mehrheitsparteien des Reichstages nicht nur für verfehlt, sondern geradezu für gefährlich halten. (Beifall.) Wir haben es in diesem Sinne auch nicht, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, an Mahnungen schärfster Art gegenüber der Reichstagsfraktion fehlen lassen[327]). Wir können heute mit Genugtuung sagen, daß wir über die Abstimmung der Reichstagsfraktion in dieser Frage sehr erfreut waren, und wir sind es um so mehr heute, als wir aus den Ausführungen des Herrn Referenten ja im einzelnen die triftigen Gründe gehört haben, die zu dieser Abstimmung geführt haben. Eine andere Frage ist freilich die, ob das Verhalten der Reichstagsfraktion vor dieser Abstimmung immer ein glückliches war. Ich will aber hier keine Rekriminationen machen. Meine Herren, es ist ja Freude über einen Sünder, der Buße tut (Heiterkeit.), wie man weiß, und freuen wir uns, daß wir wenigstens heute darüber einig sind, daß wir in Zukunft an dem Standpunkt festhalten, der ja auch in der Resolution zum Ausdruck gekommen ist. Wie sehr, meine Herren, ich will einmal sagen, zum mindesten die nationalliberale Reichstagsfraktion mißverstanden werden konnte, geht aus einem Brief hervor, der aus der Feder eines Zentrums-Reichstagsabgeordneten stammt, der nicht mit der Mehrheitspartei für die Friedensresolution gestimmt hat. Ich will den Namen nicht nennen, es ist ein bayerischer Zentrumsabgeordneter,

(Zuruf: Wir können ihn uns selbst denken.[328])

der einem Freunde von mir, als dieser seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben hatte, daß er nicht mehr Freunde zu seiner Auffassung in der Zentrumsfraktion habe hinüberführen können, unter anderem den Satz schrieb, daß daran das Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion schuld gewesen wäre. (Hört, hört!)

Aber ich will das heute hier nicht weiter betonen. Ich spreche nur davon, wie außerordentlich gefährlich derartige Dinge schließlich draußen bei denen aussehen, die — das will ich einmal von vornherein zugeben — nicht zu den

[326]) Vgl. Anm. 300.

[327]) Vgl. die Entschließung des Geschäftsführenden Ausschusses der Nationalliberalen Partei im rechtsrheinischen Bayern, abgedruckt in: Deutsche Stimmen Nr. 14 vom 25. 7. 1917.

[328]) Es handelt sich hier vermutlich um Dr. Franz Joseph *Pfleger*, der sich seit langem in der Kriegszielbewegung betätigte (vgl. Schäfer S. 209) und in der Zentrumsfraktion als Gegner der Friedensresolution hervorgetreten war; vgl. Quellen 1/I S. 65.

Auserwählten gehören, die diese ganzen Dinge von Anfang an an der Quelle so mitmachen konnten, wie die verehrten Herren der Fraktion.

Meine Herren, wir stehen im Süden, in Bayern, auf dem Standpunkt — ich wiederhole es —, daß gar nicht scharf genug zum Ausdruck gebracht werden kann, daß wir mit dieser Friedensresolution aus den bekannten Gründen nicht einverstanden sind, daß wir möglichst weit von ihr abrücken. (Beifall.)

Das zweite, meine Herren, betrifft, um auch das schöne Wort zu gebrauchen, die Neuorientierung, die inneren Reformen. Hier bin ich mit meinen Freunden aus Bayern vollständig mit der Resolution einverstanden[329]). Nicht ganz einverstanden aber bin ich mit allen den Ausführungen, die der verehrte Herr Referent Dr. *Stresemann* zu dieser Sache gemacht hat. Wenn ich ihn recht verstanden habe — in dieser Zeit der Wirren ist es ja dem *Reichskanzler* sogar passiert, daß er auch einmal von der Resolution, „wie er sie verstanden hat", gesprochen hat: Es ist ja außerordentlich schwer, immer alles richtig zu verstehen —, aber wenn ich Herrn Dr. *Stresemann* recht verstanden habe, so hat er doch eigentlich aus seinem Herzen nach der Richtung hin keine Mördergrube gemacht, daß er sich auch heute wieder als Freund des parlamentarischen Regiments erklärt hat[330]).

(Widerspruch des Abgeordneten **Stresemann.**)

Dann liegt es an meiner Beschränktheit, daß ich die Dinge nicht so auffasse wie andere Leute. Herr Dr. *Stresemann* wäre sich übrigens ja auch nicht untreu geworden. Er wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß das, was er seinerzeit im Reichstag ausgeführt hat, doch auch ähnlich gelautet hat, daß er sich damals sogar auf die Westmächte berief und darauf, wie herrlich sich in diesen westlichen Staaten das parlamentarische Regiment bewährt habe[331]). Meine Herren, es kam heute schon einmal das Wort von der bajuwarischen Gradheit zum Ausdruck (Zuruf: Wildheit!), Wildheit sogar. Nun, davon bin ich weit entfernt. (Heiterkeit.) Aber ich meine, wir sind dazu da, daß wir die Dinge sagen wie sie sind (sehr richtig!), und da muß ich nun sagen, daß diese Rede des Herrn Dr. *Stresemann* damals bei uns in Bayern doch allgemeines Schütteln des Kopfes hervorgerufen hat, um so mehr aber, meine Herren, — es tut mir leid, das zum Ausdruck bringen zu müssen —, als mir gesagt worden war, Herr Dr. *Stresemann* habe mit dieser Rede direkt im Auftrage der ganzen Reichstagsfraktion gehan-

[329]) Der Geschäftsführende Ausschuß der bayerischen Landesorganisation der Nationalliberalen gab in seiner Sitzung vom 7. 10. 1917 der Resolution des Zentralvorstandes seine ausdrückliche Zustimmung. Siehe Deutsche Stimmen Nr. 20 vom 25. 10. 1917.

[330]) Vgl. hierzu S. 341 ff.

[331]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 309 S. 2854, 29. 3. 1917. *Stresemann* hatte damals erklärt, daß die Nationalliberalen nicht von Partei wegen die Einführung des parlamentarischen Systems forderten. Er hatte sich darauf beschränkt, eine „Überprüfung unseres Regierungssystems" zu verlangen, und daran die Bemerkung angeschlossen: „Es scheint mir fraglich, ob wir das Recht haben, auf die demokratisch regierten Länder gewissermaßen herabzusehen, als wenn sie nicht in der Lage wären, die Aufgaben, die sie sich staatlich gestellt haben, ebenso zu erfüllen wie wir." — In seinem Schreiben an den Untersuchungsausschuß hat dann *Stresemann* ganz ohne Einschränkung für sich in Anspruch genommen, daß „von bürgerlicher Seite [...] die schärfste Kritik am alten Regime in der Forderung der Einführung des parlamentarischen Systems überhaupt zum ersten Mal durch mich als Sprecher der nationalliberalen Fraktion erfolgt" sei. Vgl. WUA Bd. 7/II S. 301 f.

delt[332]). Meine Herren, die Berufung auf die Verhältnisse in den Entente-Staaten in bezug auf das parlamentarische Regiment ist meines Erachtens nicht glücklich, denn, wenn dieser Krieg etwas bewiesen hat, dann ist es doch das, daß das parlamentarische Regiment in diesen Staaten sich, so will ich sagen, so gegen die Interessen des eigenen Volkes wendend gezeigt hat, wie man es eigentlich klassischer sich nicht denken kann. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, ob den Herren die Kriegs[schrift][333]) des bekanntlich jetzt deutschen Herrn *Chamberlain* bekannt ist[334]). Man kann über *Chamberlain* denken, wie man will, man braucht also seine subjektive Auffassung über diese Dinge sich gar nicht zu eigen zu machen, wenn man nur die reichen Belege gelten läßt, die er aus Frankreich, England und Amerika aufführt, um aus ihnen zu ersehen, daß wir unserem Schöpfer danken müssen, wenn wir solche Zustände bei uns nicht einführen. (Sehr wahr!)

Nun bin ich ja natürlich schon so klug, daß ich annehme, Herr Dr. *Stresemann* will das auch nicht, er lehnt das ausdrücklich ab, er meint eine Demokratisierung ohne Parlamentarisierung.

(Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Er schätzt aber die englischen Diplomaten höher als die deutschen!)

Meine Herren, Herr *Stresemann* sagt, er schätzt die englischen Diplomaten höher als die deutschen.

(Rufe: Wir auch!)

Die Zeit langt ja nicht dazu — der Herr *Vorsitzende* schaut schon wieder auf die Uhr —, um sich hier eingehend aussprechen zu können, aber das eine steht doch fest, wenn man auch immer auf England hinweist: gerade die Politik, die in England betrieben wird, ist weit entfernt, eine parlamentarische zu sein. Wer regiert denn in England? Einzelne Männer sind die Leithammel, denen die ganze Herde nachläuft (sehr richtig!), und das ist eine Parlamentarisierung, wenn man auf England, auf das klassische Land hinweist, mit der wir nicht einverstanden sein können.

Aber, meine Herren, die Resolution weist ja mit dankenswerter Deutlichkeit darauf hin, daß wir dieses parlamentarische Regiment nicht wollen. Es ist auch von anderer Seite kein Widerspruch gegen diesen Teil der Resolution erhoben worden, und es bleibt mir nur übrig, namens meiner Freunde in Bayern unsere volle Zustimmung dazu zu erklären.

Befürchten Sie nicht, daß ich ein Partikularist bin. Das bin ich gewiß nicht; in Bayern werde ich für das Gegenteil gehalten. Aber etwas möchte ich betonen, und mich freut, daß das auch in der Resolution enthalten ist: daß die Neuordnung nur zu geschehen hat unter voller Wahrung des föderativen Charakters

[332]) So auch *Stresemann* an *Bassermann* am 31. 3. 1917; vgl. Nachlaß Stresemann 133. Wieweit auch die Absprache innerhalb der Fraktion gegangen sein mag, Tatsache ist, daß sich *Hirsch* im Namen einer Minderheitsgruppe von *Stresemanns* Vorgehen mindestens teilweise distanzierte. Vgl. Sten. Berichte Bd. 309 S. 2932, 30. 3. 1917.

[333]) Im Or. „Kriegsgeschichte".

[334]) *v. Casselmann* meint aller Wahrscheinlichkeit nach die am 11. 5. 1917 abgeschlossene Broschüre „Demokratie und Freiheit" (München 1917), in der *Chamberlain* die Deutschen davor warnt, sich nicht „von den [westlichen] Phrasenmachern zum besten halten" zu lassen. (Ebd. S. 49.) Was die Stärke der Westmächte ausmache, sei gerade nicht demokratisch.

des Reiches. Ich bin nämlich der Meinung, daß der Reichstag bezüglich Einführung des preußischen Wahlrechts — das geht mich ja eigentlich nichts an — sich hier schon einigermaßen in die föderative Grundlage des Reiches hineingemischt hat[335]). (Sehr richtig!) Ich als Bayer müßte das ablehnen, denn was Preußen recht ist, wird ja natürlich Bayern billig sein, wenn der deutsche Reichstag, vor dem ich eine unbegrenzte Hochachtung habe, versuchen sollte, in unsere einzelstaatlichen Dinge sich einzumischen. Nebenbei bemerkt — dem Herrn *Vorsitzenden* vielleicht auch zur gütigen Danachhaltung — betrifft das auch die finanzpolitische Seite und die Abgrenzung der Zuständigkeit auf dem Gebiet der direkten Besteuerung (Heiterkeit.), wo ich eine Rede des hochverehrten Herrn *Vorsitzenden* im Auge habe, die er im Landtag gehalten hat, und die ich, der ich doch sonst so sehr mit ihm übereinstimme, als Bayer nicht ganz habe —

(Zuruf: Verknusen können!)

verknusen können[336]).

Nur noch ein einziges Wort zu der elsaß-lothringischen Frage. Was ich bis jetzt gehört habe, geht im Grundeffekt darauf hinaus, heute keinen Beschluß darüber zu fassen. Auch ich möchte dringend darum bitten, das nicht zu tun. Wir wollen über die Frage der Autonomie und was sonst etwa da gesagt werden könnte, nicht viel reden. Nur weil ich gerade das Wort habe, werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich zu den Ausführungen des Herrn Dr. *Steiner*, die mir sonst ausgezeichnet gefallen haben, doch das eine zu bemerken hätte: Er soll uns Bayern nicht gar so schlecht behandeln. Ich meine das nicht im bösen Sinne; schlecht insofern, als er die Behauptung aufgestellt hat, wir wären finanziell gar nicht in der Lage, diesen Brocken zu vertragen[337]). Ja, der Ansicht kann man sein: die Frage ist noch nicht geklärt. Aber, meine Herren, daß es bei uns in Süddeutschland — ich muß schon wieder sagen, daß ich kein Partikularist bin — keinen guten Eindruck machen wird, wenn es heißt: wenn Elsaß-Lothringen an einen deutschen Bundesstaat kommt, dann kann es nur Preußen sein, darüber dürfen Sie sich nicht wundern.

(Zuruf: Nur an Bayern, an Württemberg und Baden nicht!)

Ja, meine Herren, was die Württemberger und was die Badener tun, ist ja ihre Sache,

(Zuruf: Es ist aber auch Süddeutschland!)

---

[335]) Diese Ausführungen haben z. T. auch eine Spitze gegen *Stresemann*, der am 29. 3. 1917 im Reichstag gesagt hatte: „Die Einzelheiten der bundesstaatlichen Wahlrechte werden wir den Parlamenten dieser Bundesstaaten überlassen müssen. Aber, meine Herren, darüber ist für mich und meine politischen Freunde kein Zweifel: das preußische Wahlrecht ist eine deutsche Frage; es kann nicht lediglich unter preußischen Gesichtspunkten bewertet werden. Und ich sehe darin auch gar nicht etwas für Preußen Niederdrückendes." Vgl. Sten. Berichte Bd. 309 S. 2855. Gegen diese Stellungnahme setzte sofort eine Pressekampagne der von *Hirsch* kontrollierten Organe ein. Vgl. Thieme S. 100 sowie Anm. 172.

[336]) *Friedberg* hatte in seiner Landtagsrede vom 21. 3. 1916 davor gewarnt, das Reich prinzipiell von sämtlichen direkten Steuern ausschließen zu wollen: „Man kann ja auch nicht ein für allemal sagen: das soll die unverrückbare Grenze sein. Man kann gar nicht wissen, inwieweit die eine oder andere Besitzsteuer doch im Reich für notwendig gehalten wird, um als Ausgleich für die eine oder andere Steuer zu dienen." Vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 2 Sp. 2063, siehe auch Sp. 2042 (Antrag *Friedberg*) u. Sp. 2089 (Abstimmung).

[337]) Vgl. S. 373.

ich spreche für Bayern, und als Bayer muß ich das Recht für mich in Anspruch nehmen, auch meine Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Das waren die wenigen Worte, die ich zum Gegenstand der Diskussion sagen wollte. (Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, darf ich eine kurze persönliche Einschaltung machen. Ich wäre Herrn *v. Casselmann* außerordentlich dankbar, wenn er mir die Rede zeigen wollte, die sein Mißfallen erregt hatte.

(Abgeordneter **von Casselmann:** Ich habe sie leider nicht bei mir!)

Ich bin mir nämlich bewußt, mit ihm immer an einem Strang gezogen zu haben und für die Finanzautonomie Preußens eingetreten zu sein, im Gegensatz zu den Eingriffen des Reiches durch die Vermögenssteuer usw. Es muß also auch hier ein Mißverständnis vorliegen, das sich ja klären wird.

Dr. **Osann**[338]**:** Meine Herren, ein Wort zu der elsaß-lothringischen Frage. Ich glaube, wir sind es der Öffentlichkeit schuldig, daß wir unsere heutige Stellung ihr auch in ein paar Worten übermitteln. Es ist bekannt, daß wir heute im Zentralvorstand über die elsaß-lothringische Frage verhandeln, und es würde doch ganz merkwürdig aussehen, insbesondere da ja diese Frage in aller Kürze dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird[339]), wenn heute nicht ein Wort von dem hinausdränge, was hier gesprochen worden ist, und was einen Widerhall in allen Kreisen, die wir heute gehört haben, gefunden hat. Deshalb möchte ich die Anregung geben, auch noch diesen Punkt in der Resolution zu behandeln, wenn auch nur dahin, daß man sagt, daß es zur Zeit nicht erforderlich ist, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

(Zuruf: Sondern erst nach dem Kriege!)

Nach dem Kriege.

Meine Herren, was die Grundfragen angeht, die Freund *Stresemann* heute behandelt hat, so freue ich mich der Festigkeit und der Entschiedenheit, mit der er seinen Gedanken heute Ausdruck gegeben hat. Ich möchte hoffen und wünschen, daß diese Festigkeit und Entschiedenheit, die wir heute von ihm gehört haben, auch die Festigkeit bedeutet, die in der Reichstagsfraktion sein muß und sein soll. (Beifall.) Meine Herren, wir im Lande waren der Auffassung, daß die Festigkeit damals nicht vorhanden gewesen ist, als *Erzberger/Scheidemann* den Antrag gestellt haben. Wir im Lande waren der Auffassung, daß es notwendig sei, durch Entschließungen und Telegramme auf die Reichstagsfraktion zu wirken[340]) (sehr richtig!), damit sie den Weg ginge, den die Mehrheit unserer Parteigenossen vielleicht mit Ausnahme von denen, die im Reichstage sitzen, als den allein richtigen ansieht. Und, meine Herren, das sind nicht bloß innere Dinge gewesen, sondern auch äußere Dinge. Wir konnten es nicht begreifen, daß die Reichstagsfraktion, deren Führer *Bassermann* und *Stresemann* landauf und landab gezogen sind und in so scharfer Weise gegen die Friedensresolution des Reichstages ein-

[338]) Arthur *Osann* (1862—1924), M.d.hess.L., war Vorsitzender der nationalliberalen Organisation in Hessen-Darmstadt.

[339]) Es gelang *Michaelis* in den darauffolgenden Tagen, im Reichstag eine Beschlußfassung über die elsaß-lothringische Frage zu verhindern; vgl. Janßen S. 158 ff. sowie Haegy-Werk I S. 385 f.

[340]) Vgl. Wippermann 1917/II,1 S. 102; Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz Jg. 11 Nr. 8 vom 16. 8. 1917; NLC Nr. 148 vom 23. 7. 1917.

getreten waren, nun in der entscheidenden Stunde nicht die Farbe bekennen konnten, die ihre Führer in der Öffentlichkeit bekannt hatten, und, meine Herren, das hat die größte Verwirrung in unsere Kreise hineingetragen. (Sehr richtig!) Die Verwirrung ist heute noch lange nicht durch die weiteren Verhandlungen geebnet. Die Vaterlandspartei, die jetzt entsteht, ist die Quittung für die Reichstagsfraktion, daß sie damals nicht den richtigen Weg gefunden hat. (Sehr richtig!) Meine Herren, die Herren der Reichstagsfraktion werden mir sagen — es ist ja auch schon in anderen Versammlungen gesagt worden —: Wir sind selbst die Männer, um im geeigneten Augenblick zu entscheiden, wir sind uns vor unser[e]m Gewissen schuldig, uns nach der einen oder nach der ander[e]n Richtung zu entscheiden. Meine Herren, dann brauchen die Herren nicht mehr in den Zentralvorstand zu gehen, dann brauchen wir überhaupt keine Parteiversammlungen mehr zu halten. Hier im Zentralvorstand ist die Stelle, wo auch die Stimme der Provinzialen einmal nach Berlin ertönen muß. (Sehr richtig!) Ich bin der Auffassung gewesen, daß das allzulange Leben in Berlin die Ansichten verdirbt (heitere Zustimmung.), daß man die provinzielle gute Luft entbehrt. (Sehr richtig!) Man muß wieder hinaus, man muß auf den Boden zurück, um die Bodenerscheinungen und die Bodenbegriffe wieder in sich aufzunehmen. (Sehr wahr!) Meine Herren, wenn das geschehen wäre, ja, wenn man nur konsequent in dem gewesen wäre, was die Führer in das Land hinausgetragen haben —, nun und nimmer wäre es möglich gewesen, einer Resolution zu folgen, die den Namen *Erzberger* und den Namen *Scheidemann* an der Stirn getragen hat. Meine Herren, wenn wir uns in nationalen Fragen früher gefragt haben, mit wem haben wir denn eigentlich zu gehen, wer sind denn diejenigen, auf die wir uns in nationalen Fragen zu verlassen haben, dann wußten wir ganz genau, weder *Scheidemann* ist eine entscheidende Persönlichkeit nach der Richtung, noch auch sind es die Herren um *Erzberger*. Es war schon zu unserer Zeit[341]) eigentlich der Gedanke, wenn Herr *Erzberger* etwas empfiehlt, mit der größten Vorsicht auf derartige Dinge einzugehen. (Sehr richtig!)

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Wir haben es doch abgelehnt!) Ja, nachher abgelehnt.

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Nein, nicht nachher, gleich!) Meine Herren, Sie haben doch geschwankt.

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Es ist ein Kompromiß gewesen!) Sie haben doch in der Fraktion geschwankt.

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Sind Sie in der Fraktion gewesen? Können Sie das beurteilen?) Durchlaucht, ich weiß nicht, wie Sie das heute bestreiten können, daß man geschwankt hat.

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Das können Sie nicht sagen!) Kann man denn bestreiten, was in der Öffentlichkeit klargelegt ist, und daß man sich schließlich zu einem Kompromiß zusammengefunden hat?

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Einzelne haben geschwankt!)

[341]) *Osann* hatte von 1907—1911 dem Reichstag angehört, als die Nationalliberalen in scharfem Gegensatz zum Zentrum standen, insbesondere zu *Erzberger*, der an der deutschen Kolonialverwaltung harte Kritik geübt hatte.

Das hat aber in der Öffentlichkeit einen großen Sturm erregt, daß man nicht einig gewesen ist[342]).

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Was soll man denn da machen? Wollen Sie die Leute zwingen? — Rufe: Weiter reden!)

Meine Herren, ich sage, es hat schwerwiegend bei uns in der Provinz der Nationalliberalen Partei geschadet, und Sie haben ja auch aus dem Lauf der Dinge gesehen, wie sich alles entwickelt hat. Sie sehen ja auch jetzt, was *Erzberger* gewesen ist: ein Werkzeug von Österreich, ein Werkzeug des *Papstes*, und, meine Herren, nicht zur größeren Machtstellung von Deutschland, sondern ein Erfolg[343]), den Österreich und sein katholisches Kaiserhaus davontragen muß. Und, meine Herren, Sie werden es noch mehr sehen in dem, was getan wird, um Belgien mit seinem katholischen Fürstentum zu stützen[344]). (Sehr wahr!) Meine Herren, derartige Dinge müssen auch einmal gesagt werden und müssen ins Auge gefaßt werden, und da hilft es auch alles gar nicht, wenn einige Zentrumsabgeordnete vielleicht anderer Auffassung gewesen sind. In dem Moment, wo der *Papst* gesprochen hat, kommt die Weisung, und der Weisung werden sich nach und nach ganz langsam, aber sicher alle im Zentrum fügen. Die Erfahrung haben wir aus früheren Zeiten. Wie war es mit der Kölnischen Volkszeitung[345]), die früher in das Horn geblasen hat: Gegen die *Erzbergersche* Friedensresolution? Da sehen wir, wie abgebaut wird und abgebaut wird, und wie man dem, was von der Fremde herübergetragen wird, folgt. Deshalb, meine ich, darf es auch einmal hier in unser[e]m Kreis ausgesprochen werden: Die Festigkeit, die man haben muß gegenüber den Lockungen der Linken und des Zentrums nicht allein bei den großen außenpolitischen Fragen, sondern auch bei den innerpolitischen Fragen. Auch hier, meine Herren, nachdem wir nun einmal leider die *Bethmannsche*

[342]) Vgl. S. 329.

[343]) Daß die päpstliche Friedensaktion speziell auf österreichisch-ungarische Veranlassung erfolgt war, läßt sich nicht schlüssig nachweisen (vgl. Friedrich Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan 1846—1918, Graz/Wien/Köln 1960, Bd. II S. 300 ff., bes. S. 309; Wolfgang Steglich, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Wiesbaden 1964, Bd. I S. 122 f.). Richtig ist allerdings, daß der österreichisch-ungarische Außenminister *Graf Czernin* nach Anlauf der päpstlichen Initiative auf die deutsche Regierung im Sinne von Konzessionen in der elsaß-lothringischen bzw. belgischen Frage einen Druck auszuüben suchte (vgl. Steglich a.a.O. S. 149 f.; Engel-Janosi a.a.O. S. 313 ff.; Fischer S. 531, 538 f., 544 f.). Abwegig ist es jedoch, *Erzberger* als österreichisch-ungarischen bzw. als päpstlichen Agenten hinzustellen (vgl. Epstein S. 210 f.). Für *Erzberger* spielte bei seiner Aktion im Reichstag gewiß auch das Motiv eine Rolle, Österreich-Ungarn in seiner bedrohlichen Lage einen Dienst zu erweisen und den päpstlichen Friedensbemühungen den Weg zu bereiten (vgl. Epstein S. 208 ff.). Entscheidender aber war für sein Handeln die allgemeine Kriegslage der Mittelmächte und speziell der Druck von sozialistischer Seite (vgl. Epstein S. 211 f.; ferner Ritter III S. 568 ff.).

[344]) Zur Bestätigung vgl. Engel-Janosi a.a.O. S. 295, 310 u. 313 ff.

[345]) Eine päpstliche Weisung an die Kölnische Volkszeitung im einzelnen oder an die katholische Presse insgesamt ist in diesem Zusammenhang nicht erfolgt; vgl. Karl *Bachem* an *Trimborn* am 13. 11. 1917, in: Politisches Archiv, Nachrichten-Abteilung — Presse in Deutschland 14. Wenn die Kölnische Volkszeitung ihre Gegnerschaft gegen die Friedensresolution im September 1917 mäßigte, so spielte dabei allerdings die Furcht vor einer Isolierung innerhalb des Zentrums eine erhebliche Rolle; vgl. Ernst Heinen, Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Germania", Phil. Diss. Köln 1962, S. 119 ff. u. 139 ff.

Botschaft über das preußische Wahlrecht über uns haben ergehen lassen müssen — hier kann man mit Fug und Recht sagen: Was die Linke erreichen wollte, hat sie erreicht in der Gestalt des gleichen Wahlrechts für Preußen. Mehr brauchen wir nicht zu tun, mehr brauchen wir insbesondere in der Reichsverfassung nicht zu tun: Richtung der Festigkeit, und zwar dahin, abzulehnen das, was von der Linken dem Reichstage vorgelegt wird. (Beifall.)

Präsident Dr. **Vogel**[346]: Meine Herren, nach den Ausführungen, die wir eben gehört haben, kann ich mich sehr kurz fassen. Ich will darauf hinweisen, daß das Statut unserer Partei vorschreibt, daß die Politik der Partei vom Zentralvorstand gemacht wird. Nun konnte jeder, der der letzten Sitzung des Zentralvorstandes noch unter der Führung unseres heimgegangenen *Bassermann* beigewohnt hat, nicht darüber im Zweifel sein, daß wir einen unbedingt die Zukunft Deutschlands sichernden Frieden haben wollen und durchhalten wollen bis zur letzten Stunde[347]. (Beifall.) Wenn nun die Reichstagsfraktion als solche gewiß die praktische Politik zu treiben hat, so ist sie doch im [gewissen] Sinne das ausführende Organ der Partei, daß sie von den niedergelegten grundlegenden Bestimmungen nicht abweichen kann, und wenn einzelne glauben, da nicht mitmachen zu können, so ist es doch das mindeste, was man meiner Ansicht nach fordern kann, daß sie stillschweigend nicht mitmachen, meinethalben hinausgehen. Richtiger würde es vielleicht noch sein, wenn sie auch da dem Willen der Gesamtpartei sich fügen, denn, meine Herren, darüber kann doch kein Zweifel sein, daß nur die Partei Erfolg hat, die einmütig, praktisch und gleichmäßig vorgeht. Die Stärke der Sozialdemokratie liegt gewiß nicht zum geringsten in ihrer straffen Organisation.

Nun wird hier gesagt: Wir sind ja einmütig vorgegangen. Ja, leider auf Grund eines Kompromisses, das schwerwiegende Bedenken im ganzen Reiche und in der Partei wachgerufen hat. (Sehr richtig!) Und das ist das Bedauerliche. Es mußte der klare Wille der Gesamtpartei zum Ausdruck kommen, und die wenigen, die glaubten, nicht mitmachen zu können, mußten zum mindesten schweigen. Ich meine, das ist eine Mahnung und Bitte, die wir wohl heute für die Zukunft der Partei auch an unsere Vertreter richten können. Nur wenn der geschlossenen Partei eine geschlossene Fraktion zur Seite steht, werden wir unsere Ziele auf die Dauer erreichen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun noch ein kurzes Wort zu Elsaß-Lothringen. Die Frage ist zweifellos sehr schwer zu lösen, und obwohl ich einem Partikularstaat angehöre, der früher vielleicht vielfach im Gegensatz zu Preußen gestanden hat, so kann ich, ich möchte sagen, unter allen Übeln immer noch in der Einkörperung in Preußen das kleinste sehen. Alles andere bringt nur neue und schlimme Mißstände. Das einzige, was man in betreff einer Einverleibung in Preußen Bayern gegenüber hervorheben kann, ist das, daß vielfach die bisher vom Reich und zum größten Teil aus Preußen nach Elsaß-Lothringen gesandten Beamten nicht in der rich-

[346]) Zur Person vgl. Anm. II, 129.

[347]) *Bassermann* hatte damals, am 4. 2. 1917, ausgeführt: „Die Verhandlungen im Zentralvorstand seien stets getragen gewesen von dem Grundsatz rücksichtsloser Kriegsenergie und von der Forderung, daß man aus einem siegreichen Friedensschluß für die Mehrung der deutschen Macht die letzten Konsequenzen ziehen müsse." Vgl. NLC Nr. 28 vom 4. 2. 1917.

tigen Weise vorgegangen sind, daß sie nicht fertiggebracht haben, auch etwas von der Seele des dortigen Volkes zu verstehen und auf sie einzuwirken. Das ist aber immerhin doch eine Personenfrage, die nicht den Kernpunkt der Sache trifft. Bei einer Teilung unter verschiedenen Bundesstaaten findet naturgemäß eine Verschiebung der ganzen Struktur des Reiches statt, und das kann weitgehende und bedenkliche Folgen haben, selbst wenn das Stimmverhältnis dadurch nicht berührt wird.

Das ist das eine, und das andere ist, daß auch ich der Überzeugung bin, daß wir im Deutschen Reiche und namentlich an der gefährlichsten Ecke nicht einen neuen Einzelstaat schaffen können, nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, und nach der ganzen Entwicklung, die das Reich nun genommen hat, daß wir dort in einem Einzelstaat nicht ein kräftiges Glied des Reiches schaffen, wie es die übrigen Staaten sind, sondern an der gefährlichsten Stelle einen sehr unsicheren Kantonisten, denn dieser Fürst, der nicht im Lande wurzelt, würde nur zu leicht ein Werkzeug in den Händen der deutschfeindlichen Kreise werden. Ich warne deshalb vor dieser Lösung. Wenn der jetzige Zustand auf die Dauer nicht zu halten ist, würde ich immer noch die Einverleibung in Preußen, das einmal der größte Staat ist und durch diese Verstärkung der Macht keinen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung im gesamten Reich ausübt, für die richtigste halten. Die Hauptsache ist doch dabei immer, daß die großen deutschen nationalen Fragen gewahrt werden, denen gegenüber alle Einzelinteressen wieder zurücktreten müssen.

Abgeordneter Dr. **Cremer**[348]): Meine Herren, als der Krieg begann, ist von sämtlichen Parteien die Parole ausgegeben worden: Es handelt sich um einen Verteidigungskrieg, es handelt sich darum, die Unversehrtheit des deutschen Territoriums in diesem Kriege aufrechtzuerhalten. Dieser Standpunkt ist bis heute auch von der Sozialdemokratischen Partei vertreten worden, und ich glaube wirklich, daß diese entfernte Möglichkeit, von der Abgeordneter *van Calker* gesprochen hat, daß bei Friedensverhandlungen etwa in irgendeiner Weise das Ausland versuchen könnte, auf die Gestaltung Elsaß-Lothringens Einfluß zu gewinnen, von den deutschen Delegierten selbst mit Aufstehen vom Tisch der Friedensverhandlungen beantwortet werden würde. Daß wir bei der Frage, wie wir uns zu diesen Dingen stellen, überhaupt nicht mehr davon sprechen und reden sollten, was mit Rücksicht auf das Ausland mit Elsaß-Lothringen zu geschehen hat, ist doch wohl klar. (Sehr richtig!) Also, meine Herren, wir müssen unbedingt, wie ich meine, nach der Auseinandersetzung, die hier stattgefunden hat, und von der auch die Öffentlichkeit erfahren hat, in irgendeiner Weise zu der Angelegenheit eine Stellung nehmen, die von vornherein jeden Zweifel an unserer Haltung nach dieser Richtung hin ausschließt.

Wie nun die elsaß-lothringische Frage zu lösen ist, meine Herren, darüber haben wir bereits mehrere Ausführungen von Elsaß-Lothringern gehört, so daß es einem Nicht-Elsaß-Lothringer erspart sein mag, darüber mehr zu sagen. Nur soviel, meine Herren: Wenn den Bayern die Fähigkeit abgestritten wird, dieses Land

[348]) Carl *Cremer*, der den Wahlkreis Dortmund-Land im preußischen Abgeordnetenhaus vertrat, stand auf dem rechten Flügel seiner Fraktion; vgl. Thieme S. 46, 106, 117, 169.

oder einen Teil desselben einzudeutschen, so möchte ich Ihnen aus meinen Erfahrungen sagen, daß man im Gegenteil den Bayern wohl zutrauen darf, daß gerade sie zu dieser Aufgabe geeignet sein würden (sehr richtig!), vorausgesetzt, daß sie wirtschaftlich dazu in der Lage sind, was ich nicht ganz überblicken kann. Ich habe dort in Litauen, wo ich nun seit zwei Jahren arbeite[349]), fortgesetzt mit Bayern im preußischen Okkupationsgebiet zu tun. Ich kann nur sagen, daß dort nicht die geringste Antipathie zwischen Nord- und Süddeutschen hervortritt, sondern daß gerade wir Norddeutschen dort die volle Überzeugung gewonnen haben, daß die Bayern noch energischer und zielbewußter vorzugehen verstehen, als es der so viel verschrieene preußische Beamte und das preußische Offiziertum zu tun vermag. Also, ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, daß gerade Bayern in der Lage ist, diese antideutschen Elemente einzudeutschen, allerdings so, daß man Lothringen mit Preußen und das Elsaß mit Bayern vereinigt. Wenn die übrigen Süddeutschen nicht damit zufrieden sind, so wäre ein geeignetes Kompromißgebiet für Württemberg in der Abtretung der Hohenzollernschen Lande zu erblicken.

Ich bin zwei Jahre aus Berlin hinausgekommen. Die Berliner Luft, von der Kollege *Osann* vorher sprach[350]), ist also augenblicklich bei mir ziemlich spurlos. Ich fühle mich jedenfalls vollständig frei von jeglicher Anwandlung. Ich habe zwei Jahre lang nur mit deutschen Truppen, Offizieren, zu tun gehabt, und das, was ich Ihnen hier sagen will, gibt wesentlich die Meinung derjenigen wieder, die ich in Not und Tod fast täglich draußen getroffen habe. Da man weiß, daß ich Abgeordneter bin, bin ich vielfach interpelliert worden. Meine Herren, seit diesem Frühjahr geht eine außerordentliche Beunruhigung durch unser ganzes Heer, Offiziere und Mannschaften, und zwar, weil der ursprüngliche Burgfriede seit dieser Zeit zusammengebrochen ist und die Machtbestrebungen der Sozialdemokratie seit dieser Zeit unverkennbar mehr und mehr in den Vordergrund treten. Allgemein empfindet man als eine Erpressertaktik die Art und Weise, wie sie ihre innerpolitischen Forderungen mit der Drohung durchzusetzen versucht, daß sie sonst die Kriegskredite verweigern würde. Ob die Verweigerung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie solche politisch ungünstigen Wirkungen gehabt hätte, wie sie das ganze innerpolitische Durcheinander dieser Sommermonate mit sich gebracht hat, will ich hier nicht entscheiden. Jedenfalls muß es aufs tiefste beschämend wirken, wie man hier bei der Regierung die Politik der schlotternden Angst hervorgerufen sieht, wenn man sieht, wie vor der Drohung des Massenstreiks, eventuell Revolution, Schritt vor Schritt die berufenen Hüter des Königtums zurückgewichen sind, bis schließlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine derartige königliche Kundgebung erfolgte, wie sie das letzte Werk *Bethmanns* gewesen ist. Ich will mich nicht in preußische Angelegenheiten verlieren, weil ich der Meinung bin, daß sie nicht zur Kompetenz dieser Versammlung gehören[351]). Es sind innerpolitische preußische Angelegenheiten, keine deutschen, und was Herr *v. Casselmann* bezüglich Bayerns und

[349]) Als Kreishauptmann bei der Oberostverwaltung.

[350]) Siehe S. 394.

[351]) Tatsächlich hat sich der Zentralvorstand auf seiner Sitzung vom 10. 3. 1918 ausführlich mit der preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigt; vgl. NLC Nr. 53 vom 10. 3. 1918.

seines bundesstaatlichen Verhältnisses gesagt hat[352]), wird ja auch für Preußen gelten. Immerhin haben diese Vorgänge große Beunruhigung bei uns hervorgerufen, und am meisten hat es uns befremdet, daß alle diese wichtigen Dinge gemacht werden sollen, ohne im geringsten die sechs Millionen deutscher Wähler zu fragen, die draußen im Felde stehen, die schließlich doch wohl auch einen Anspruch darauf haben, gehört zu werden, wie ihr Haus aussehen soll, wenn sie zurückkommen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter sagte, dazu wäre keine Zeit, man müßte jetzt schon das Haus recht wohnlich einrichten, damit sich die Zurückkehrenden in dem neu eingerichteten Heim recht wohl fühlen. Meine Herren, die Soldaten, die draußen im Felde stehen, nehmen das Recht für sich in Anspruch, über die Wohnlichkeit des Hauses nicht weniger urteilen zu können als die Daheimgebliebenen, und ich meine, es wäre selbstverständliche Pflicht der Daheimgebliebenen, so wichtige Entscheidungen nicht ohne diejenigen zu treffen, die draußen kämpfen und bluten und Opfer bringen für das, was hier erhalten und geschaffen werden soll. Ich möchte unsere Fraktion auch aus diesem Gesichtspunkte bitten, recht vorsichtig dabei zu Werke zu gehen und uns nicht mit Entscheidungen zu überraschen, oder dafür zu sorgen, daß Reichstag und Abgeordnetenhaus uns nicht mit Entscheidungen überraschen, über die wir nicht Gelegenheit gehabt haben, unsere Stimme abzugeben. Der gegenwärtige Reichstag ist unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt, als sie heute bestehen, und wir müssen ihm jede Legitimation dazu absprechen, heute grundlegende Verfassungsänderungen zu beschließen[353]). Auch das Diskutieren über diese Verfassungsänderungen im Verfassungsausschuß hat leider nicht die Wirkung gehabt, beruhigend auf Land und Armee zu wirken, sondern hat im höchsten Grade beunruhigend gewirkt, am allerbeunruhigendsten die Tatsache, daß doch ein großer Teil der Beschlüsse unter Mitwirkung der Nationalliberalen Partei zustande gekommen ist[354]) und diese Beschlüsse alle mehr oder weniger auf Änderung wichtiger Bestimmungen der Reichsverfassung abzielen[355]). Es ist kein Wunder, daß nun im Zusammenhang mit der schwankenden Haltung eines Teiles auch unserer Partei, vor allem aber mit dem Wechsel der Stellung der Zentrumspartei bezüglich der Kriegsziele, eine ganz außerordentliche Beunruhigung Platz gegriffen hat, von der sich niemand eine Vorstellung macht, der nicht selber draußen gewesen ist und von Soldaten und Führern gehört hat, mit welchen Empfindungen sie diese Vorgänge begleiten. Meine Herren, die Quittung darauf ist die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. Ich kann Ihnen mitteilen, daß an dem Tage, wo die Gründung der Vaterlandspartei bekannt wurde, in einem kleinen Bezirk, wo etwa 20 Offiziere der verschiedensten politischen

[352]) Siehe S. 392.

[353]) Ähnlich *Schifferer*, vgl. S. 365.

[354]) Z. B. setzten sich die Nationalliberalen Anfang Juli 1917 für eine Entschließung ein, in welcher der *Reichskanzler* aufgefordert wurde, für die Beseitigung des Klassenwahlrechts und für die „volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten" zu sorgen; vgl. Schulthess 1917/I S. 669.

[355]) Wenige Tage darauf, am 27. 9. 1917, wurde z. B. im Verfassungsausschuß mit Unterstützung der Nationalliberalen ein Antrag angenommen, demzufolge der Schlußsatz im Art. 9 der Reichsverfassung „Niemand kann zugleich Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein" gestrichen werden sollte; vgl. Schulthess 1917/I S. 820 f.

Auffassung waren, alle diese 20 Offiziere ohne weiteres an die Vaterlandspartei schrieben: sie treten der Partei bei. So ist es überall gewesen, wo ich davon gehört habe. Es ist ein Notschrei derjenigen Deutschen, die fürchten, daß die Sicherung des Bestandes des Deutschen Reiches nicht als Kriegsziel erreicht werden wird. Es ist der letzte Aufschrei der Not, wo es vielleicht noch möglich ist, diese Dinge zu bessern. Da möchte ich dem Abg. *Stresemann* als dem neugewählten zweiten Vorsitzenden unseres Zentralvorstandes zurufen: Gehen Sie hinaus in das Land, vertreten Sie den Standpunkt. Treten Sie überall ein, wo Sie können, mit der Ihnen gegebenen Beredsamkeit und der Gewalt der sachlichen Gründe und sorgen Sie dafür, daß diese Dinge überall im deutschen Volke als Gemeingut der Nationalliberalen Partei erkannt werden, dann brauchen Sie keine Angst zu haben vor einem Abmarsch der Wähler nach rechts, dann erreichen Sie in diesem Augenblick, daß die Nationalliberale Partei, wie sie es im Anfang des Krieges sein sollte und auch unter *Bassermann* gewesen ist, als Führerin in dieser Frage erkannt wird und daß ihr Tausende und aber Tausende von Wählern wieder zuströmen, die das Vertrauen zu uns mehr oder weniger verloren haben. Sie (zum Abg. Dr. *Stresemann*) können es, wenn Sie wollen. Bitte, setzen Sie die Rücksichten zurück, die etwa aus anderen Gründen bestehen könnten. Setzen Sie sich an die Spitze dieser Bewegung. Sorgen Sie dafür, daß die Nationalliberale Partei überall die Zügel in dieser Sache in die Hand nimmt, dann wird unsere Partei den größten Vorteil haben. Fürchten Sie nicht, daß ein Rechtsabmarsch der Wähler eintritt und daß die Vaterlandspartei in konservatives Fahrwasser gerät, wenn wir uns mit aller Macht an die Spitze stellen. Ich wünsche, daß wir draußen in der Armee und auch im Lande das Ansehen gewinnen, daß wir absolut zuverlässig sind in dieser schweren Schicksalsstunde, daß man über das, was gewesen ist, hinweggeht und auf das Künftige schaut und in der Nationalliberalen Partei nicht bloß die Partei der Reichsgründung, eine Partei der vergangenen Tätigkeit, sondern auch eine Partei der Reichserweiterung, der Reichsvermehrung, der Reichsweltmachtstellung erblickt. Das ist mein Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Rießer**[356]): Meine Herren, ich will zunächst die Dinge betonen, die uns einigen, und nachher die Bedenken gegen verschiedene Punkte vorbringen, die mich beseelen.

Zuerst die etwas neutrale, die Gemüter weniger bewegende Frage Elsaß-Lothringens. Hier möchte ich meine Ansicht dahin feststellen: Ich bin durchaus nicht gegen eine Kundgebung des Zentralvorstandes dahin, daß wir auf das entschiedenste davon abraten, während des Krieges irgendeine Änderung staatsrechtlicher Art in Elsaß-Lothringen vorzunehmen, jede Änderung, meine Herren, geschweige denn die Autonomie, die ich unbedingt verwerfen würde, denn sie würde im Auslande, speziell in Frankreich so gedeutet werden: das ist der Anfang des Abbaues in Elsaß-Lothringen. Deshalb würde ich, wie gesagt, mich nur freuen, wenn als Resultat unserer Erwägungen ein solcher Beschluß gefaßt

[356]) Jakob *Rießer* (1853—1932), M.d.R. seit 1916, Präsident des Hansa-Bundes, stand auf dem zahlenmäßig schwachen linken Parteiflügel. Vgl. *Stresemann* an Julie *Bassermann* am 18. 7. 1917: „Seitdem *Rießer* in Heidelberg gewählt ist, hat diese Minderheit eine ziemliche Verstärkung erfahren." Vgl. Nachlaß Stresemann 133.

würde: man warnt davor, daß während des Krieges eine Änderung, sei es, welche es wolle, an der heutigen Verfassung in Elsaß-Lothringen vorgenommen würde. Und nun, meine Herren, zu der zweiten Frage, in der wir ja nicht in allen Punkten einig sind. Aber ich will hier zunächst die Punkte hervorheben, in denen ich absolut übereinstimme.

Ich teile von ganzem Herzen die Ansicht, daß die Resolution *Erzberger* — so will ich sie einmal kurz nennen — als solche und in ihrem Inhalt ein furchtbarer Fehler war, und ich glaube, daß unsere Ansicht richtig war, die dahin ging, daß diese Resolution nach außen miserabel wirken würde, daß sie mißverstanden und entstellt werden würde, daß sie an der Front schlimm und geradezu verheerend wirken würde und daß sie auch nach innen eine ganz verhängnisvolle Bedeutung haben würde,

(Zuruf: Niederschmetternd!)

weil ja die Gründe nicht angegeben waren, teilweise auch nicht angegeben werden konnten, weil niemand verstand, was denn in aller Welt inzwischen passiert sei, das es rechtfertigen könnte, daß man plötzlich mit einer solchen Resolution kommt, nachdem seit unserer Friedensbotschaft vom 16. Dezember doch erst kurze Zeit verflossen war. Auch taktisch, muß ich sagen, bin ich ganz mit dem Standpunkt der Herren einverstanden, die erklären: Es ist das Törichteste, was man dem Gegner gegenüber vornehmen kann, wenn man sofort das Äußerste, das man eventuell konzedieren will, ihm darbringt (sehr richtig!): keine Annexionen, keine Entschädigung. Ja, meine Herren, das würde mir — es ist lange her, daß ich Advokat gewesen bin — gerade so vorkommen, wie wenn ich als Anwalt dem Gegner nachlaufe, um ihm sofort und dreimal am Tage zu sagen: ich bin willens, mit Ihnen einen Vergleich zu schließen. Das würde natürlich die entgegengesetzte Wirkung haben als die, die ich damit erzielen will. Und dann, einmal rein wirtschaftlich gesprochen: Es ist ja gar keine Frage, daß, wenn man sofort die letzten Trümpfe ausspielt, man dem Feinde eine Option gibt, es kann ja für ihn nicht schlechter werden. Den Grundsatz: keine Annexionen, keine Entschädigungen, den hat er, das nimmt er ad saccum, etwas Schlimmeres kann nicht passieren, folglich kann er nur gewinnen, wenn er den Krieg noch weiterführt. Es ist also in der Tat eine Verlängerung und nicht eine Verkürzung des Krieges, wie die Herren angenommen haben.

Und nun, nachdem ich dies vorausgeschickt habe, will ich doch bemerken: Ich bitte nicht einen Augenblick zu verkennen, daß ja doch die Urheber dieser Resolution keine Vaterlandsverräter — wie man sich ausgedrückt hat[357]) — gewesen sind, daß sie auch vaterländische Gründe gehabt haben und in erster Linie,

(Zuruf: *Erzberger!*)

[357]) Im Anschluß an die Friedensresolution hatte vor allem gegen *Erzberger* eine feindselige Kampagne eingesetzt (vgl. Epstein S. 236). Besonderen Auftrieb erhielt diese Hetze durch *Erzbergers* Biberacher Rede am 16. 9., die einer Flugschrift Friedrich Hussongs zufolge (Matthias Erzbergers Wege und Wandlungen, 2. Aufl., Leipzig o. J., S. 22) „selbst von amtlicher Seite dahin gekennzeichnet wurde, daß sie ‚alle Merkmale eines objektiven Landesverrats' trage".

denn das kann ich, obwohl ich nicht berufen bin, für diese Herren zu sprechen — es kommt aber für unsere Resolution in Betracht — Ihnen doch mit ein paar Worten sagen.

Meine Herren, die Urheber der Resolution gingen tatsächlich von dem Zustande aus, der damals herrschte und den man nicht in die Zeitungen bringen konnte, schon um des Auslandes willen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erklärt hatten: Wir können in diesem Winter die Massen nicht mehr in der Hand behalten, wenn wir nicht auf eine wenn auch vergeblich verlaufende nochmalige Friedensresolution hinweisen können. Das war nicht etwa eine taktische Redensart, meine Herren, sondern das war durch mehrfache Streiks den Gewerkschaftsführern sehr deutlich unter die Nase gerieben worden[358]). (Zuruf.) Wie man darüber denkt, ist eine andere Sache. Ich referiere nur über die Gründe, die hier obgewaltet haben. — Der zweite Grund war der, den der Herr Referent angeführt hat, das war die Tatsache, daß unsere Bundesgenossen teilweise, weil ihre Kriegsziele erfüllt waren, teilweise weil sie am Ende ihrer Kräfte angekommen waren, wie man fürchtete, nicht mehr lange mitmachen würden[359]), und endlich hat man in sehr vielen Kreisen der Fortschrittspartei und des Zentrums besten Glaubens angenommen, daß eine solche Resolution die Schar der Friedensfreunde in neutralen Ländern vermehren wird. Ob man diese Ansichten teilt oder, wie viele hier im Kreise, nicht teilt, darauf kommt es nicht an. Ich will nur einmal feststellen, daß es nicht vaterlandsverräterische Ziele waren, sondern Ansichten, die auch von vaterländischen Beweggründen ausgingen und die, was die Arbeitermassen betrifft, von vielen von uns geteilt worden sind.

Deshalb, meine Herren, glaube ich, daß es nicht richtig gewesen ist, wenn immer und immer wieder in dieser Weise auf die Urheber der Friedensresolution gehauen wird. Ich lese heute morgen wieder in einer hiesigen Zeitung, daß die Herren *Erzberger* und *Scheidemann* eine möglichst gründliche und möglichst schnelle Erschöpfung des Deutschen Reiches wünschten[360]). Das ist doch unendliche Übertreibung. Wenn man objektiv bleiben will, wenn man nicht in einer Volksversammlung spricht, sondern ruhig die Dinge erwägt, so muß man auch den Gegnern gerecht werden können. Und deshalb und weil wir taktisch — ich komme darauf zurück — in den inneren Fragen vielfach mit diesen Mehrheitsparteien zu gehen derzeit gezwungen sind und gewillt sind, halte ich es nicht für richtig, immer wieder auf diese Friedensresolution zu schlagen.

Was haben wir dagegen getan, in welchen Punkten unterscheiden wir uns? Ja, meine Herren, der Herr Referent[361]) und der Kollege *Hirsch*[362]) haben darüber das Nötige bereits gesagt; aber das möchte ich meinerseits doch hervorheben: Wenn Männer wie Herr Dr. *Hirsch* und ich — er ist natürlich auch liberal, ich bin aber vielleicht noch liberaler als er (Heiterkeit.) — sich in dieser Resolution zusammenfinden, so leitet sie dabei, wie ich glaube, die Erwägung: wir wollen

[358]) Vgl. Quellen 1/I S. XXV.

[359]) Siehe S. 324 ff.

[360]) In der Deutschen Zeitung. Vgl. ähnlich Deutsche Tageszeitung Nr. 465 vom 12. 9. 1917.

[361]) Vgl. S. 327 ff.

[362]) Vgl. S. 385 f.

die Extreme nach beiden Seiten vermeiden und wollen uns auf eine Resolution einigen, die folgende Punkte zum Ausdruck bringt — und die hat sie zum Ausdruck gebracht; ich will sie einmal ganz scharf zusammenfassen: wir wollen zwar keinen Eroberungsfrieden, wir wollen aber auch keinen Verzichtfrieden, und wir wollen einen Sicherungsfrieden haben, das heißt einen Frieden, der unser Recht auf nationale und wirtschaftliche Entwicklung — so heißt es in der Resolution, die wir gefaßt haben — vollkommen wahrt. Wir haben hinzugefügt, daß wir auf dieser Basis mit unseren Gegnern zu verhandeln bereit sind, sobald sie selbst zu verhandeln bereit sein werden, und haben, wie ich glaube, dadurch alles getan, was man verlangen kann, namentlich da in der Resolution auch der bei der anderen nicht zum Ausdruck gekommenen Überzeugung Rechnung getragen ist, daß nicht der leiseste Grund zum Verzagtsein vorliegt, und in dieser Richtung sind wir speziell auf den U-Boot-Krieg eingegangen und haben unsere Überzeugung, die auch die meinige ist, auch heute noch ist, dahin ausgedrückt, daß die numerischen Erfolge unsere Erwartungen weit übertroffen haben und daß auch die Wirkungen eintreten werden, wenn sie auch langsamer vielleicht, als manche Voraussage es erwarten ließ, eintreten werden.

Ich glaube also, daß unsere Resolution unter Berücksichtigung der Verhältnisse, wie sie liegen, alles geleistet hat, was man verlangen kann, und wenn gesagt worden ist, man habe im Deutschen Reich das anders empfunden, so will ich doch erwähnen, daß wir eine ganze Masse freudiger Zustimmungen zu dieser Resolution bekommen haben und daß viele von uns in ihrem Wahlkreis sofort die ganze Sache vorgetragen und einstimmig von den Vertrauensmännern ihre volle Zustimmung und Anerkennung erhalten haben[363]). Ich könnte es also nicht für richtig halten, und könnte es deshalb auch nicht mitmachen, daß wir in der Resolution erklären, daß wir vom Zentralvorstand in der Entschließung der Mehrheitsparteien eine schwere Gefährdung der zukünftigen Entwicklung sehen, nicht etwa, daß ich anderer Meinung bin — ich stelle fest, daß das auch meine Meinung ist —, sondern weil ich es für falsch halte, im heutigen Moment nochmals auf die Friedensresolution zurückzukommen und auf Männer, mit denen wir aus verschiedenen Gründen, die hier erörtert worden sind, zusammengehen werden und zusammengehen müssen, jetzt bei dieser Gelegenheit noch einmal einen Stein zu werfen. Das halte ich nicht für richtig. Man kann ja dasselbe auch sagen, ohne auf die Friedensresolution zurückzukommen (Widerspruch.) — ich werde gleich zeigen, daß man es sagen kann —, und um so mehr halte ich es für unrichtig, weil diese Friedensresolution — ob das recht war oder nicht, will ich im Augenblick nicht kritisieren — in unserer Antwort auf die *Papst*note ausdrücklich erwähnt worden ist.

(Zurufe: Leider!)

Leider sagen Sie. Den Standpunkt kann man durchaus einnehmen, aber jedenfalls würde die Betonung dieses Standpunktes gleichzeitig wie eine andere, auf die ich

[363]) Das Ausmaß der positiven Reaktionen läßt sich schwer beurteilen, zumal die offiziösen Organe der Partei, die Nationalliberale Correspondenz und die Deutschen Stimmen, keine Zustimmungsadressen veröffentlichten. Es dürfte indes feststehen, daß die Ablehnung weitaus größer war als die Zustimmung. Vgl. S. 393.

noch komme, eine schwere Kritik unserer Beantwortung auf die *Papst*note bedeuten.

(Zuruf: Soll es auch!)

Gewiß, nach der Meinung mancher soll es das auch, nach meiner Meinung nicht, und ich würde deshalb auch nicht zustimmen können. Ebensowenig würde ich es für richtig halten, wenn wir jetzt in diesem Moment den materiellen Punkt hineinbringen: ohne Machterweiterung in Ost und West und Übersee würden wir keine Sicherheit haben usw. Das richtet sich nach dem Ausgang des Krieges. Ich wünsche es von ganzem Herzen. Ich stehe da ganz auf dem Standpunkt eines engeren Landsmannes von mir, der gesagt hat: „Mer nehme, was mer kriege könne." Das ist vollkommen richtig. Aber daß wir jetzt, nachdem unsere Regierung die päpstliche Note in diesem Sinne beantwortet hat, damit replizieren, daß wir erklären: ohne Machterweiterung in Ost und West und Übersee geht es nicht ab, halte ich für falsch, das mache ich nicht mit, das muß ich ablehnen.

Und nun, meine Herren, die Bemerkungen über das parlamentarische Regime. Ich glaube, wenn man hier einmal die gewiß doch außerordentlich bewanderten Herren Abgeordneten fragen würde: was verstehen Sie unter parlamentarischem Regime, bekäme man ungefähr hundert Antworten. Das, was wir verurteilen wollen, ist ja nicht nur die Nachäffung des ausländischen Regimes. In der ersten Fraktionssitzung, in der wir diese Frage besprachen, habe ich, wie die Herren mir bestätigen werden, gesagt: Wir können in Deutschland niemals ein parlamentarisches Regime im Sinne des Auslandes bekommen, und ich würde es bedauern, wenn wir es bekämen[364]). Aber parlamentarisches Regime heißt auch engerer Zusammenhang mit dem Parlament, und das wollen wir. Parlamentarisches Regime heißt auch die Stärkung der Kontrollrechte des Parlamentes — oder wünschen Sie etwa wirklich, daß sich oft noch wiederhole, daß eine Note wie die betreffs Belgiens ohne jede Kenntnis des Parlaments oder auch nur des Ausschusses oder auch nur des Siebenerausschusses abgehe? Ich denke, das wünschen wir nicht, und insofern wünschen wir ein parlamentarisches Regime, und der Herr Kollege trifft also meine Meinung, der gesagt hat[365]): Hier muß es heißen: wir lehnen ein parlamentarisches Regime nach dem Muster des Auslandes ab. Da kann ich mitmachen, aber das andere mache ich nicht mit, weil es viel weitere Konsequenzen herausfordert als die, die wir selber wollen.

Und nun, meine Herren, die Bemerkungen wegen der interfraktionellen Verhandlungen. Ich weiß nicht, ob ich weitersprechen darf oder ob ich die zehn Minuten schon erschöpft habe.

(Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Nein, es fehlen noch drei Minuten!)

Meine Herren, was die interfraktionellen Verhandlungen anbetrifft, so haben wir ausdrücklich erklärt: sie beziehen sich nicht auf die auswärtige Politik, und in der inner[e]n Politik kann kein Mitglied von uns bindende Erklärungen für die Fraktion abgeben. Wir müssen immer darüber gehört werden. Mit dieser Maßgabe sind wir aber entschieden der Meinung, daß wir diese Verbindung aufrechterhalten müssen, wenn wir uns nicht selbst im Parlament isolieren wollen, eine

[364]) Dies war vermutlich vor der Reichstagsrede *Stresemanns* am 29. 3. 1917.

[365]) Vgl. S. 384 f.

Isolierung, die selbstverständlich auch später — aber das ist keine vaterländische, sondern eine fraktionelle Frage — bei den Wahlen nachwirken würde. Wir können es nicht und wir werden es nicht.

Nun, meine Herren, wurde noch gesagt[366]) — ich glaube, es war der Herr Kollege *Brandenburg*, der das sagte: Wir wollen keine Mehrheitsherrschaft. Ja, glauben Sie wirklich, daß er dieselbe Meinung ausgesprochen haben würde, wenn diese Mehrheit zufällig so zusammengesetzt wäre, wie er sie sich wünscht? Im preussischen Landtag haben wir seit Dezennien eine Mehrheitswirtschaft äußerster Art, und ich brauche nur zu konstatieren, daß in allen Ländern diese Mehrheitswirtschaft vorhanden ist. Suchen wir, meine Herren, mit unseren liberalen und nationalen Gedanken die Mehrheit zu erlangen, dann brauchen wir uns vor keiner Mehrheit anderer zu fürchten. Eine Übertreibung natürlich wäre es — um darauf noch zurückzukommen —, und kein Mensch hat das gesagt, wenigstens nicht von uns, daß der Reichstag die Person des Reichskanzlers zu bestimmen hätte. Wohl aber wünschen wir und glauben, der Wunsch wird in weiten nationalliberalen Kreisen geteilt, daß kein Kanzler sich im Amte erhalten kann, wenn er dauernd bewußt gegen den Willen der Volksvertretung handelt. (Sehr richtig!) Das verstehe ich eben auch unter parlamentarischem Regime.

Endlich ein Wort über unsere Fraktion. Ja, meine Herren, ich glaube, es heißt gegen Windmühlen kämpfen, wenn mein hochverehrter Herr Nachbar (Präsident Dr. *Vogel)* gesagt hat[367]): die allgemeinen Richtlinien der Politik bestimmt der Zentralvorstand der Partei. Selbstverständlich, das hat niemand geleugnet. Aber was im einzelnen Falle zu geschehen hat inklusive der taktischen Fragen, das bestimmen wir im Reichstag, und keine Partei der Erde wird uns davon abbringen. (Sehr richtig!) Und, meine Herren, das ist nicht nur unser gutes Recht, das ist unsere Pflicht kraft der Reichsverfassung, kraft deren wir unseren Wählern, und nur unseren Wählern, für den einzelnen Entschluß verantwortlich sind, den wir fassen. Sie mögen uns nicht mehr wählen, wenn es ihnen nicht mehr paßt, das ist ihr gutes Recht, aber wir nehmen es als unser gutes Recht in Anspruch, im einzelnen Falle so zu handeln, wie es uns unser Gewissen vorschreibt, und das, meine Herren, möge Ihnen gesagt sein: qualvolle Wochen waren es für die Mitglieder des Parlaments, und es ist unendlich leicht, ex post zu kritisieren. Wenn Sie die Tage mitgemacht hätten, so würden Sie nicht zweifeln, daß auch nur einer in der Fraktion wäre, der nicht bei seinen Entschließungen das Beste des Vaterlandes im Auge gehabt hätte. Damit, glaube ich, kann ich meine Bemerkungen abschließen bis auf das eine Wort, das Sie mir noch gestatten zu der Äußerung: der Reichstag, wie er jetzt ist, sei nicht berufen, diese Fragen innerer Art zu lösen, wie er es versucht hat[368]). Meine Herren, solange der Reichstag da ist, ist er berufen, alle Fragen zu lösen, die an ihn herantreten, und wird sich dieses Recht nicht nehmen lassen. Aber, meine Herren, diejenigen, die, weil der Reichstag in diesem und jenem Punkt ihren Ansichten nicht entsprochen hat, diesen Satz aufstellen, mögen doch nur einmal abwarten, welcher Reichstag

[366]) Vgl. S. 378.

[367]) Vgl. S. 396.

[368]) Vgl. S. 365 u. 399.

vielleicht diesen von ihnen getadelten Reichstag ablösen wird. (Zustimmung und Beifall.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Darf ich Herrn Dr. *Weber* bitten, einmal die eingegangenen Anträge zu verlesen.

Dr. Weber: Meine Herren, zu der ersten Resolution, die ich vorhin verlesen habe[369]), sind folgende Anträge eingegangen. Der dritte Satz lautet:

Er dankt der Reichstagsfraktion, daß sie die Entschließung einmütig abgelehnt hat.

Und es folgt dann der Satz:

Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nur auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein.

Da ist der Wunsch ausgesprochen worden, diesen Satz so zu fassen:

Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Völkerverträgen beruhen, sondern muß auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein.

Und zwar aus dem Grunde, weil in der *Papst*note die Völkerrechtsverträge erwähnt sind und weil sich mit diesem Vorschlage der *Papst*note sowohl die Konservativen wie auch unser Vertreter in der Kommission, Abg. *Stresemann*, einverstanden erklärt hat. Ich glaube, es ist auch nichts dagegen einzuwenden. Dann käme der Satz:

Ohne Machterweiterung in Ost und West und Übersee würden wir keine Sicherheit usw. haben.

Da ist der Wunsch ausgesprochen worden, zu sagen:

Ohne Machterweiterung in Ost und West und ohne Sicherung unserer weltpolitischen Stellung in Übersee würden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen usw. haben.

Dann wünscht Herr *Rebmann*, daß die Stelle über die *Wilson*sche Einmischung in einem eigenen Satz stehen möge:

Die anmaßende Einmischung des Präsidenten *Wilson* in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes weist der Zentralvorstand mit aller Entschiedenheit zurück.

Dann fährt die Entschließung fort:

Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems ab.

Da liegt ein Antrag des Herrn Kollegen *Poensgen* vor:

Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems nach fremdem Muster ab.

Dann liegt noch ein Antrag vor, der von verschiedenen Herren, an der Spitze Prof. *Meyersahm* usw. unterschrieben ist, die beantragen, in die Resolution folgenden Satz einzuschieben:

Die vollständige Räumung der besetzten Gebiete, insbesondere Belgiens, würde unsere Sicherheit für die Zukunft gefährden und den Gegnern den Beginn eines neuen Krieges erleichtern.

Ich glaube, die letzte Einfügung hat sehr große Bedenken. Aber die Herren werden sich wohl dazu äußern.

[369]) Vgl. S. 378 f.

Dann liegen drei Resolutionen zur elsaß-lothringischen Frage vor.

Antrag Dr. *Steiner:*

1. Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei lehnt jede Absicht, die elsaß-lothringische Verfassung während des Krieges abzuändern, als den Interessen des Reiches widersprechend ab, denn ein gerechtes Abwägen der verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten setzt eine gründliche Durcharbeitung so vieler und weittragender politischer und wirtschaftlicher Probleme voraus, daß sie unter den drängenden Aufgaben der Kriegszeit unmöglich geleistet werden kann. Auch ist eine öffentliche Erörterung der Gründe, die für und gegen die verschiedenen Formen der Verfassungsänderung sprechen, unter den gegenwärtigen Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit nicht möglich[370]).
2. Für die endgültige Gestaltung der elsaß-lothringischen Verfassung nach dem Kriege muß in erster Linie die Sicherheit der Westgrenze maßgebend sein; in zweiter Linie die Notwendigkeit, die kulturelle, politische und wirtschaftliche Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem übrigen Reiche so sicherzustellen, daß die Westmark nicht zur Stütze von Sonderbestrebungen werden kann, die mit der notwendigen Stärkung der Reichsgewalt in Widerspruch stehen.

Antrag *Fuhrmann:*

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei erwartet, daß die deutsche Reichsleitung unter keinen Umständen zulassen wird, daß das eine innere deutsche Frage bildende Verhältnis Elsaß-Lothringens zum Reiche zum Gegenstande der Friedensverhandlungen gemacht wird. Für die endgültige, erst in der kommenden Friedenszeit vorzunehmende Regelung dieses Verhältnisses ist im gleichmäßigen allgemeinen deutschen und elsaß-lothringischen Interesse die Schaffung eines selbständigen Bundesstaates zu verwerfen.

Antrag Dr. G. *Struckmann:*

Da die Frage der etwaigen Neuordnung der Verfassung von Elsaß-Lothringen nicht durch die demnächstigen Friedensverhandlungen mit unseren Feinden zu regeln ist, sondern lediglich auf dem Wege der deutschen Reichsverfassung nach abgeschlossenem Frieden, so sieht der Zentralvorstand zur Zeit von einer Beschlußfassung über die in dieser Beziehung in Betracht kommenden Möglichkeiten ab.

Meine Herren, ich glaube, die Resolutionen werden wohl nicht zur Aussprache kommen, und ich halte es auch nicht für opportun, das zu tun, denn die ganzen Ausführungen, die bisher gemacht wurden, lassen doch den dilatorischen Charakter dieser Frage erkennen, und es wird wohl außerordentlich schwierig sein, bei diesen Verhältnissen die Reichstagsfraktion auf irgendeinen Punkt festzulegen.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Ich werde noch auf etwas anderes aufmerksam gemacht, was sich auf die Resolution bezüglich Elsaß-Lothringen bezieht. Mir wird eben von einem hervorragenden Vertreter der Presse gesagt, daß eine strenge Zensurvorschrift besteht, wonach über die zukünftige Stellung Elsaß-Lothringens nichts veröffentlicht werden darf[371]). Wir würden also wohl nicht

[370]) Der hier folgende Satz ist im Or. mit Bleistift durchgestrichen: „Ganz abgesehen davon, daß eine so weittragende Verfassungsänderung durch einen Reichstag, der nur noch aus eigener Machtvollkommenheit besteht, schwere Bedenken hervorrufen muß."

[371]) Vgl. Janßen S. 159: „Solange *Kühlmann* sein Spiel mit den zwei Trümpfen *(Villalobar, Lancken)* noch nicht aufgegeben hatte, durften weder Belgien noch Elsaß-Lothringen öffentlich als ‚Handelsobjekt' genannt werden."

in der Lage sein, überhaupt eine Resolution in dieser Beziehung zu veröffentlichen. Vielleicht ist das für die folgenden Redner von Wert, wenn sie die Frage anschneiden wollen, ob wir überhaupt in dieser Angelegenheit eine Resolution fassen oder lieber ganz davon absehen sollen.

Abgeordneter **Fuhrmann**[372]): Meine Herren, was das Zensurverbot betrifft, die elsaß-lothringischen Dinge in der Presse zu erörtern, so liegt die Sache nicht ganz so, wie hier eben mitgeteilt worden ist. Das Presseverbot besteht seit einiger Zeit. Es wurde besonders verschärft, als der Aufsatz des Herrn Professor Dietrich *Schäfer* über Elsaß-Lothringen erschien oder erscheinen sollte[373]). Nach diesem Artikel sind andere Artikel in der Presse erschienen, so z. B. in der Täglichen Rundschau, die für Lothringen die Einverleibung in Preußen verlangt hat, ohne daß die Zensur irgendeinen Anlaß zum Einschreiten gefunden hätte. Es hat weiter Herr *Wolf*, wie vorhin erwähnt wurde, in der Deutschen Politik einen Artikel schreiben dürfen[374]), einen Artikel, den ich nicht näher zu kritisieren brauche. Es wird sich fragen, wieweit man in der Veröffentlichung einer Resolution gehen kann. Daß irgendeine Meinungskundgebung der Partei zu erfolgen hat, meine Herren, steht für mich persönlich außer jedem Zweifel, denn, wenn Sie, nachdem Sie zwei wichtige Punkte auf die Tagesordnung gesetzt haben, die allgemeine politische Lage und die elsaß-lothringische Frage, zu dem ersten Punkt eine Meinungsäußerung der Partei von sich geben und zu dem zweiten Punkte schweigen, wird das zu Rückschlüssen herausfordern, die in der Öffentlichkeit gezogen werden.

Weiter, meine Herren, ist folgendes zu beachten. Die Mehrheit sucht auch in dieser Frage den *Reichskanzler* mit sanftem oder minder sanftem Zwang zu ihrem Standpunkt zu bewegen. Ein führender Zentrumsabgeordneter hat vor acht Tagen zu einem Bekannten von mir geäußert: Was wollen Sie, das sind gar nicht einmal unsere Zentrumsbestrebungen, sondern auch Herr *van Calker* erstrebt die Autonomie der Reichslande[375]). (Hört, hört!) Daß die Regierung, wenn sie jemals sich der Mehrheit fügen sollte — und wer von Ihnen will sagen, daß sie sich niemals diesem Verlangen der Mehrheit fügen wird — dann ein Feigenblatt sucht, so wie die Mehrheit für ihre Mehrheitsresolution schon bei uns das Feigenblatt gesucht hat, ist klar. Dann, meine Herren, ist die große Sorge die, daß mindestens die Versuche gemacht werden, die Reichstagsfraktion dafür zu gewinnen, wenn auch nicht die gesamte Reichstagsfraktion, von der ich das ohne weiteres nicht annehme. Ich habe zu meiner Freude vorgestern einen Brief Seiner Durchlaucht an meinen Freund Professor Dietrich *Schäfer* gelesen, worin Durchlaucht *Prinz Schönaich-Carolath* seine Meinung dahin ausspricht, daß es augenblicklich unter allen Umständen zu verwerfen sei. Ich glaube, daß die Reichstagsfraktion in ihrer Mehrheit, wenn nicht einstimmig, auf

[372]) Paul *Fuhrmann* war als stellvertretender Vorsitzender des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" ein Wortführer der Kriegszielbewegung; vgl. Thieme S. 202.

[373]) Vermutlich handelt es sich hier um die Denkschrift Dietrich *Schäfers* vom 27. 8. 1917, welche die Überschrift „Das Reichsland" trug und als Manuskript gedruckt wurde; vgl. Schäfer S. 212 f.

[374]) Vgl. S. 372.

[375]) Vgl. Haußmann S. 100; Berliner Tageblatt Nr. 352 vom 13. 7. 1917; Quellen 1/I S. 9; siehe auch Anm. 230 u. 243.

diesem Standpunkt stehen wird. Aber Versuche werden gemacht werden. Diese Versuche wehren wir ab, wenn wir heute unsere Meinung zu dieser Frage äußern.

Nun hat ja vorhin Herr Geheimrat *Rießer* gesagt[376]), daß trotzdem die Reichstagsfraktion tun werde, was sie für richtig hält. Das ist selbstverständlich ihr gutes Recht — ich komme auf die Grundsätzlichkeit dieser Frage noch zurück —, aber bei der allgemeinen nationalen Bedeutung dieser Frage, glaube ich, würde doch eine Entschließung des Zentralvorstandes von sehr großer Bedeutung für die Reichstagsfraktion sein, und darum, meine Herren, kommen wir um die Frage nicht herum, wir kommen nicht darum herum, weil die Dinge in Elsaß-Lothringen so liegen, wie sie unser Freund aus Straßburg hier geschildert hat[377]).

Ich bin in den Kriegsjahren in der Lage gewesen, aufs intimste die Vorgänge in Elsaß-Lothringen zu verfolgen. Ich kenne an Denkschriften, was unsere Militärverwaltung und die Zivilverwaltung über die Kriegserfahrungen veröffentlicht hat, für sich veröffentlicht hat. Wenn diese Denkschriften einmal nach dem Krieg der breiteren Öffentlichkeit überliefert werden, dann werden wir staunen über das Bild, das das Reichsland uns in dem Kriege dargeboten hat[378]). (Sehr wahr!) Es ist vorhin schon die Lüge von den 90000 Kriegsfreiwilligen erwähnt worden. Es sind bis zum 31. Juli 1916 einheimische Elsaß-Lothringer 1378 gewesen[379]), denen über 5200 offene Fahnenflüchtige gegenüberstanden, und nach dem Bericht des deutschen Gesandten in Bern standen um jene Zeit in den Reihen der Franzosen gegen uns 38000 Elsaß-Lothringer[380]). (Hört, hört!) Die offenen Übergänge von ganzen Korporalschaften, die vorhin geschildert worden sind, haben so massenhaft stattgefunden, daß die Heeresleitung genötigt worden ist, die Elsaß-Lothringer an andere Fronten zu bringen, und was in der Evakuierung des Oberelsaß geschehen ist, einer Bevölkerung, die die [deutschfeindlichste][381]) ist, hat sich zum Teil über das Unterelsaß fortgesetzt, und dieser Einfluß auf diese minder deutschfeindliche Bevölkerung muß ein erschreckender gewesen sein. — Kurz, ich will Sie mit Einzelheiten nicht behelligen; das Land ist heute so französisch, wie es noch niemals in der ganzen Zeit gewesen ist. Wenn Sie einen selbständigen Bundesstaat schaffen, wenn Sie diesem Lande eine Autonomie geben, dann geben Sie dieses Land auf ewig für

[376]) Vgl. S. 405.

[377]) Vgl. S.369 ff.

[378]) Es handelt sich vermutlich um: v. Hahndorff (Generalquartiermeister), Das Verhalten des Elsaß-Lothringer in drei Kriegsjahren, Berlin 1917, sowie: Denkschrift der Armee-Abteilung B, Beiträge zur Beurteilung der Gesinnung und Stimmung in der oberelsässischen Bevölkerung. Vgl. die Auseinandersetzung mit diesen Schriften im Haegy-Werk I S. 325 ff.

[379]) Diese Zahl ist offensichtlich einer Statistik über das badische XIV. Armeekorps entnommen, das nur die oberelsässischen Kreise Altkirch, Mülhausen, Thann, Gebweiler und Kolmar umfaßte. Demgegenüber kommt das Haegy-Werk I S. 296 auf Grund von sorgfältigen Berechnungen zu dem Resultat, daß sich die Zahl der elsaß-lothringischen Freiwilligen auf etwas über 8000 belaufen hat. Vgl. auch Anm. 281 und 282.

[380]) Tatsächlich betrug die Zahl der Elsaß-Lothringer, die sich freiwillig ins französische Heer meldeten, gegen Kriegsende 17650; vgl. Haegy-Werk I S. 326.

[381]) Im Or. versehentlich: „deutschfreundlichste".

uns verloren. Darum müssen wir klar unsere Meinung noch heute sagen, wo die Gefahr besteht, daß doch während des Krieges eine Lösung vorgenommen wird. Sie haben gesehen, daß der Herr *Reichskanzler* in seiner letzten Haltung vor dem Haushaltsausschuß keine sehr glückliche Rolle gespielt hat, daß er am Nachmittag negierte, was er am Vormittag gesagt hatte[382]). Ich habe zu ihm nicht das Zutrauen, daß er unter allen Umständen diejenige Festigkeit haben wird, die dazu ausreicht, um eine in sich geschlossene und entschlossene Mehrheit im Lande zu finden, und wo soll er sie finden als bei uns? Wenn wir zu dieser Frage schweigen, meine Herren, wo soll dann der *Reichskanzler* die Anschauungen kennenlernen? Ich dächte, wir haben hier ein Vermächtnis von *Bassermann*, der bis in die letzten Monate die Auffassung bekundet hat, daß es nur eine Lösung gibt: keine Autonomie, sondern Einverleibung in Preußen. Später ist einmal der Gedanke der Teilung aufgetaucht, aber immer wieder von ihm zurückgewiesen. Aber darüber wollen wir nicht reden. Es gilt nur, das eine Grundübel zu verhindern: die Schaffung eines selbständigen Bundesstaates. Deswegen bitte ich um Annahme der Resolution.

Meine Herren, was die allgemeine Frage betrifft, so wollte ich zu Ihnen nicht sprechen, aber die Ausführungen des Herrn Geheimrat *Rießer*[383]) nötigen mich zu einigen Worten. Ich muß gestehen, ich bin etwas peinlich von seiner Rede überrascht worden, die mir fast wie ein Plädoyer für die Mehrheitsresolution geklungen hat.

(Widerspruch des Abg. Dr. **Rießer**)

Es war doch eine Verteidigungsrede, das ist nicht zu leugnen und das ist ja auch verständlich, denn, meine Herren, wir wollen doch hier ganz klar sehen, ganz klar sprechen. Es hat in der Reichstagsfraktion eine Reihe von Mitgliedern gegeben, die an sich gewillt waren, auf den Boden dieser Mehrheitsresolution zu treten (hört, hört!), und die nur unter schweren Opfern der Überzeugung von der anderen Seite bewogen werden konnten, im Kompromiß schließlich die Resolution anzunehmen, die die Reichstagsfraktion gefaßt hat und die leider der Mehrheitsresolution in den meisten Punkten so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen[384]).

Nun bemerkte Herr Geheimrat *Rießer*, wir sollten der Mehrheit nicht Vaterlandslosigkeit, Vaterlandsverrat vorwerfen. Es wäre widersinnig, wenn einer von uns der Mehrheit des Deutschen Reichstags vorwerfen wollte, daß sie Vater-

[382]) Gemeint ist wohl die 172. Sitzung des Haushaltsausschusses am 22. 8. 1917. *Michaelis* hatte am Vormittag auseinandergesetzt, daß er am 19. 7. nach den vorangegangenen Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien zu dem Zusatz „wie ich sie auffasse" berechtigt gewesen sei. Unter dem Druck der Mehrheitsparteien fühlte sich *Michaelis* dann jedoch am Nachmittag desselben Tages gezwungen, sich positiv zur Friedensresolution zu stellen. Vgl. auch Quellen 1/I S. 138 ff.

[383]) Vgl. S. 401 ff.

[384]) Ganz ähnlich hatte *Stresemann* am 18. 7. an *Julie Bassermann* geschrieben: Gegen die alte Mehrheit in der Fraktion stünden jetzt „Leute wie *Junck*, *Rießer*, *Calker* und *Schiffer*, und zu diesen gesellen sich Leute wie *Marquart*, *Ickler* und neuerdings auch *Wachhorst de Wente* [. . .]" Angesichts dieser oppositionellen Gruppe freue er, *Stresemann*, sich schon, erreicht zu haben, daß die Fraktion „einstimmig gegen die *Erzbergersche* Resolution stimmt. Allerdings wird Ihnen unsere Resolution auch nicht gefallen, denn sie läuft schließlich auch auf einen Verständigungsfrieden hinaus". Vgl. Nachlaß Stresemann 133.

landsverrat üben will oder geübt hätte; ganz gewiß nicht subjektiv. Aber die Wirkung, meine Herren, die diese Resolution ausgeübt hat, ist doch nicht ganz verschieden von manchem anderen, was man sonst Landesverrat nennt. (Sehr richtig!) Ich dächte, es gibt keinen schlimmeren Akt dem Vaterlande gegenüber als den Siegesmut der Feinde zu heben und die Siegeszuversicht im Lande zu schwächen (sehr wahr!), und das ist wohl die einzige Wirkung dieser eben genannten Resolution der Mehrheit des Reichstags gewesen. Ich bedaure sehr, daß unsere Reichstagsfraktion nicht gerade einen schärferen Ton demgegenüber gefunden hat.

Aber, nachdem sich unsere Fraktion geeint hatte, mußte sie wenigstens diese Einigkeit in allen ihren Mitgliedern und in der ihren Mitgliedern zur Verfügung stehenden Presse zur Erscheinung bringen. Wir haben aber sehen müssen, und sehen es bis heute, daß insbesondere die beiden Zeitungen, die den Herren Kollegen, dem Abgeordneten *v. Richthofen*[385]) und dem Abgeordneten Dr. *Junck*[386]) zugänglich sind, in hellen Tönen die Mehrheitsresolution verteidigen und von der Regierung verlangen, daß sie sich dieser Mehrheitsresolution fügt.

Meine Herren, ich spreche nicht gern ein starkes Wort aus, aber ich sage: Das ist ein politischer Skandal, wenn das erlaubt und möglich ist. Nachdem unter schwersten Opfern der Überzeugung der ander[e]n Seite der Reichstagsfraktion eine Einigung der Fraktion erfolgt war, mußten vor allem die anderen Abgeordneten, weil dieses Opfer der Überzeugung von der anderen Seite gebracht worden war, dafür sorgen

(Zuruf: Von beiden Seiten!)[387])

— von beiden Seiten selbstverständlich —, daß sie und ihre Organe einzig auf dem Boden der Resolution der Reichstagsfraktion standen. (Sehr richtig!) Und ich möchte die Hoffnung und die Bitte aussprechen, daß Herr Dr. *Stresemann* bei seinem nunmehrigen überragenden Einfluß in der Reichstagsfraktion dafür sorgen möge, daß solche Dinge in Zukunft unterbleiben, denn wir wollen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Haltung, die die Reichstagsfraktion in den nunmehr eintretenden entscheidenden Phasen des Weltkrieges einnehmen wird, entscheidend sein wird für den Bestand, für die Größe und die Zukunft der Partei. (Sehr richtig!)

Es ist vorhin gesagt worden, man hätte sich einigen müssen, um eine einige Partei zu erhalten. Gewiß bin ich der letzte, der die Einigkeit in dieser Frage untergraben wollte; aber, meine Herren, hier stand doch das Vaterland auf dem Spiel, und bloß um die Einigung herzustellen, eine Resolution zu fassen, die am letzten Ende den Interessen des Landes nicht so dient, wie ich es von der nationalliberalen Reichstagsfraktion gewünscht hätte, das scheint mir nicht der richtige Standpunkt zu sein, und wenn in den kommenden Monaten die nationalliberale Reichstagsfraktion wieder vor der Frage steht: nach rechts oder nach links — nicht im politischen Sinne, sondern im Sinne der Mehrheitsbildung, wie

[385]) Berliner Börsenzeitung. Vgl. Anm. 252.

[386]) Leipziger Tageblatt.

[387]) Der Zuruf richtet sich gegen *Fuhrmann* selbst, der die von *Hirsch* aufgekauften Berliner Neuesten Nachrichten im Sinne der Kriegszielbewegung leitete.

sie sich jetzt vollzogen hat — in den Kriegszielfragen zu gehen, dann möchte ich bitten und wünschen, daß die Reichstagsfraktion eine klarere Stellung einnehmen möge, als sie es diesmal hat tun können. Denn, meine Herren, jetzt geht es um das Ganze, jetzt geht es um das Reich und seine Zukunft, und wenn die Partei und ihre Vertretung im Parlamente auch nur im kleinsten in dieser Frage jetzt versagen sollte — täuschen Sie sich nicht über die Bewegung, die durch das Land geht, und die wie eine Lawine anwachsen wird, wenn die nationalliberale Reichstagsfraktion jemals auch nur im geringsten versagen sollte (sehr richtig!), die Existenz der Partei stünde in Frage. Das ist meine feste Überzeugung. (Lebhafter Beifall.)

Geheimrat **Hirschberg:** Meine Herren, ich werde im übrigen auf das Wort verzichten: bloß eine wichtige Frage möchte ich an die Versammlung richten. Sie ist heute schon wiederholt gestreift worden[388]). Wie stellen wir uns zu der Gründung der sogenannten Vaterlandspartei?

(Zuruf: „Sogenannten"?)

Ja, „sogenannten". Ich sage mit Recht „sogenannten", denn wir sind auch eine Vaterlandspartei, und ich halte es für eine Überhebung, daß eine neue Gründung sich diesen Namen gibt, die ja selbst sagt, sie ist gar keine Partei.

Meine Herren, man kann darüber denken, wie man will; es gibt verschiedene Wege. Man kann sagen: Wir kümmern uns nicht um die Sache, wir können sie bekämpfen, oder wir können ihr uns anschließen. Ich persönlich wäre, wenn res integra wäre, entschieden dafür, daß wir sie bekämpfen (oho!), ohne sie zu kennen. Die begeisterte Zustimmung des Bundes der Landwirte müßte uns doch eigentlich sehr zu denken geben.

(Zuruf: Warum denn?)

Ich habe die innere Überzeugung, daß es weiter nichts ist als eine reaktionäre Gründung (oho!), wenn auch einige liberale Oberbürgermeister darin sind[389]). (Unruhe.) Ja, meine Herren, das ist meine Überzeugung. Nun aber gebe ich zu, daß die Sache dadurch ein ganz anderes Aussehen gewonnen hat, daß bereits maßgebende Herren von uns — leider muß ich sagen —, ohne die Vorstandssitzung abgewartet zu haben, sich der Sache angeschlossen haben. Das sind die Herren aus Pommern[390]), und das sind die Herren aus Sachsen[391]).

(Zuruf: Braunschweig!)

Das ist ja nun geschehen. Dagegen läßt sich nichts mehr machen. Ich möchte nun aber hören, in welcher Weise wir uns verhalten sollen. Ich persönlich bin auch schon vor acht Tagen von einem konservativen Herrn aufgesucht und

[388]) Vgl. S. 362 f. u. 399 f.

[389]) Z. B. *Körte*-Königsberg.

[390]) Der Geschäftsführende Ausschuß der pommerschen nationalliberalen Organisation hatte am 15. 9. den Parteimitgliedern „dringlichst" empfohlen, „sich diesem Bunde anzuschließen". Vgl. NLC Nr. 180 vom 17. 9. 1917.

[391]) In der Leitung der Vaterlandspartei im Königreich Sachsen waren so prominente nationalliberale Persönlichkeiten wie Paul Wilhelm *Vogel* (stellvertretender Vorsitzender des Zentralvorstandes) und *Hettner* (Vorsitzender der nationalliberalen Landtagsfraktion in Sachsen). Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 485 vom 22. 9. 1917.

gefragt worden. Ich habe die Sache dilatorisch behandelt und gesagt: Ich muß erst die Sitzung des Zentralvorstandes abwarten. Also ich bitte um Information, was wir tun sollen.

(Rufe: Beitreten!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, die Zeit ist sehr weit vorgerückt. Wir müssen nachher noch über die Resolution abstimmen. Es wäre daher eine äußerste Einschränkung der Zeit der einzelnen Redner geboten. Inzwischen ist aber ein Schlußantrag eingegangen. Herr Walter *Paß* (Remscheid) beantragt den Schluß der Diskussion.

Dr. **Struckmann** (zur Geschäftsordnung): Ich habe zu Anfang der Sitzung einen Antrag eingereicht. Gerade eben ist er verlesen worden[392]). Mir war keine Gelegenheit geboten, zu dem Antrag irgendein Wort zu sagen. Ich möchte doch bitten, vor dem Schluß noch denjenigen, die Anträge eingereicht haben, das Wort zur Begründung zu geben. Der Herr *Vorsitzende* wird wissen, daß der Antrag seit Stunden hier auf dem Tisch gelegen hat.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Ja, Herr *Struckmann*, ich habe Sie aber ausdrücklich gefragt, ob Sie das Wort dazu wünschen. Das haben Sie verneint. Nachher sind Sie zu mir gekommen und haben ums Wort gebeten, und da habe ich Sie ganz korrekt in die Rednerliste eingetragen, in dem Moment, in dem Sie sich zum Wort gemeldet haben. Aber die Versammlung hat zu beschließen, wenn wir den Schluß der Besprechung herbeiführen — was ich Ihnen anheimstelle —, ob denjenigen, die Resolutionen beantragt haben, zu diesen Resolutionen kurz das Wort zur Begründung gegeben werden soll.

Dr. **Struckmann** (zur Geschäftsordnung): Ich habe gemeint, die Frage, die eben besprochen worden ist, würde unter „Verschiedenes" behandelt werden. Ich lege großes Gewicht darauf, daß diese Frage wegen des neugegründeten Vereins hier zur Sprache kommt. Ich halte es für durchaus notwendig, das zu tun. Ich bitte dann, unter „Verschiedenes" diese Sache besonders zur Sprache zu bringen. Es zeigt ja auch das große Interesse, das sie findet, daß diese Frage außerordentlich wichtig ist, und heute, wo wir hier versammelt sind, notwendig zur Sprache kommen muß.

Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, es sind so lebhafte Angriffe gegen die Reichstagsfraktion — wie ich annehme in freundschaftlichster Gesinnung und aus nachbarlichsten Empfindungen — hier gerichtet worden, daß ich doch glaube, es dürfte auch unsererseits darauf erwidert werden können. (Sehr richtig!) Es hat sich der Herr Kollege *List* zum Wort hierzu gemeldet, und ich wollte, wenn es gestattet würde, auch noch gern einige Bemerkungen dazu machen. Ich nehme an, daß die Herren es ja nicht allzu böse mit uns gemeint haben, trotz der sehr scharfen Worte, die hier gefallen sind, und was mich anbetrifft, werde ich mich bemühen, nicht in diesen scharfen Ton zu verfallen. Ich glaube, das Beispiel der Antigone ist besser zu befolgen als andere. Ich möchte mich damit aber nicht dem Vorwurf der Sentimentalität aussetzen. Ich behandle diese Frage absolut nicht sentimental.

[392]) Vgl. S. 407.

Ich möchte nur bitten, daß uns Gelegenheit gegeben wird, auf diese vielfachen Angriffe noch etwas zu erwidern.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich handle auch nicht sentimental, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß wir nur noch eine Viertelstunde Zeit haben und noch in Ruhe die schwerwiegende Frage der Resolution lösen müssen. Aber ich stelle Ihnen die Entscheidung anheim. Der Schlußantrag rührt nicht von mir her, sondern ist von ander[e]n Herren eingebracht worden.

Dr. **Weber:** Meine Herren, der Wirt hat uns gesagt, daß wir pünktlich zum Essen kommen müssen, weil er sonst nicht gewährleisten kann, daß die Verpflegung einer so großen Anzahl von Teilnehmern möglich ist. Wir leiden jetzt unter außerordentlichen Schwierigkeiten, Hilfskräfte stehen nicht zur Verfügung. Der Wirt hat sich Kellner ausborgen müssen, die später noch woanders tätig sein müssen. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir dem Antrag auf Schluß der Debatte über die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung entsprechen müssen, um dann noch die Frage der Vaterlandspartei zu erörtern. Ich bitte deshalb, den Antrag auf Schluß der Debatte anzunehmen.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich werde erst die Rednerliste verlesen. Auf der Rednerliste stehen die Herren *Stadthagen*, *Röchling*, *List*, *Prinz Carolath*, *Struckmann*, *Hebel*.

(Zuruf: Jeder 5 Minuten!)

Heimann-Kreuser (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Auffassung, wenn wir Verhandlungen haben, so gehen sie entschieden vor. Wir wollen doch in Ruhe die Punkte durchsprechen. Dabei kann das Essen nicht in Frage kommen. Ich bin ganz entschieden gegen Schluß.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: So etwas ist ja leicht gesagt. Aber wir müssen doch mit den realen Verhältnissen rechnen. Wir haben Vorsorge treffen müssen, und wenn wir das nicht getan hätten, würde man uns auch einen Vorwurf machen. Wir können doch wirklich nichts dafür, daß die Restaurationsverhältnisse in Berlin so ungünstig liegen.

Aber, meine Herren, die Geschäftsordnungsdebatte dauert schon sehr lange. Inzwischen hätte schon ein Redner gesprochen. Ich werde einfach den Schlußantrag zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen, die den Schlußantrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Die Mehrheit hat den Schluß herbeigeführt. (Widerspruch.)

Bitte, dann wollen wir die Abstimmung noch einmal wiederholen. Ich bitte das Büro, eine Auszählung vorzunehmen. Ich bitte alle diejenigen, welche den Schluß herbeiführen wollen, noch einmal die Hand zu erheben. (Geschieht.)

(Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Alle die Herren, die uns angegriffen haben, stimmen jetzt für den Schluß!)

Fünfundfünfzig. Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Sechzig. Der Schlußantrag ist abgelehnt. Wir fahren in der Diskussion fort. Vielleicht beschränken sich die Herren aber von selber, ohne daß ich eine bestimmte Zeit nenne, auf das Notwendigste.

Geheimrat **Stadthagen:** Meine Herren, zu der elsaß-lothringischen Frage möchte ich mir eine andere kurze Fassung vorzuschlagen erlauben, und zwar in folgender Weise:

Der Zentralvorstand lehnt jede Aufrollung der sogenannten elsaß-lothringischen Frage während des Krieges oder bei den Friedensverhandlungen mit größter Entschiedenheit ab.

(Sehr gut!) Irgendein Eingehen auf die einzelnen Möglichkeiten würde ich für außerordentlich bedenklich halten.

Meine Herren, ich kann mich kurz fassen. Die Gründe, die gegen den Vorschlag des Herrn Professor *van Calker*, gegen eine Lösung der Frage sprechen, sind hier so eingehend erörtert worden, daß sich jedes weitere Eingehen darauf erübrigt. Es wundert mich eigentlich, daß Herr Professor *van Calker*, der uns mit seinem Vorschlage vor fünf, sechs Jahren wegen Einführung des Wahlrechts in Elsaß-Lothringen doch, glaube ich, nicht den richtigen Weg geführt hat[393]) — ich bin allerdings damals mit meiner Gegnerschaft im Zentralvorstand ziemlich allein gewesen —, heute mit einem solchen Vorschlage wiederkommt. Welche Folgen das damalige Vorgehen gehabt hat, wissen wir ja alle.

Nun aber, meine Herren, meine ich, wir müssen, nachdem die andere Lösung der elsaß-lothringischen Frage hier berührt worden ist, uns doch noch einige Punkte überlegen, die nicht erwähnt worden sind. Es ist von mehreren Seiten der Wunsch geäußert worden, die Lösung einmal im Anschluß an Preußen zu finden. Das hat nach drei Richtungen hin die größten Bedenken. Welche Wirkungen das bei einem anderen Bundesstaate auslöst, haben wir aus der temperamentvollen Rede des Herrn *v. Casselmann* heute hier schon gehört[394]). Bedenken Sie doch auch weiter die Folgen für die Zusammensetzung des preußischen Parlaments. Wenn Elsaß-Lothringen zu Preußen kommt, dann wird das Zentrum und die Sozialdemokratie außerordentlich gestärkt.

(Ruf: Schluß!)

Und, meine Herren, dann der dritte Punkt, daß wir den Grundstock von Reichsländern — nicht von einem Reichslande, sondern von Reichsländern — damit verlegen. Ich will auf diesen Punkt nicht näher eingehen, würde mich aber freuen, wenn von der Reichstagsfraktion bei Gelegenheit, vielleicht auch bei den parlamentarischen Verhandlungen in einem besonderen Ausschuß einmal darauf hingewiesen würde, daß es sich sehr empfiehlt, einmal ein Gesetz durchzubringen, das besagt: Sobald ein Thron in Deutschland erledigt ist, wird die Frage aufgerollt, ob dieser betreffende Bundesstaat nicht auch Reichsland wird. (Zurufe.) Ich glaube, die Entscheidung nach dieser Richtung hin darf einmal von unserer Partei in die Hand genommen werden, daß wir nicht wieder solche Fälle bekommen wie in Coburg-Gotha[395]).

[393]) Vermutlich handelt es sich um die Sitzung des Zentralvorstandes am 13. 3. 1910, von der kein Protokoll überliefert ist. — *van Calker* hatte sich auch auf dem 12. allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 1. und 2. 10. 1910 in Kassel für die Einführung des gleichen Wahlrechts ausgesprochen; vgl. das Protokoll S. 82.

[394]) Vgl. S. 392f.

[395]) In Sachsen-Coburg und Gotha war 1900 die englische Linie *Albany* zur Herrschaft gelangt, was zu vielen Unzuträglichkeiten, u. a. zu schweren Auseinandersetzungen um die Rechtsstellung der Domänen, geführt hatte.

Im übrigen ist gegen die glänzenden Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. *Stresemann* ja wohl nur von einigen Seiten insofern Widerspruch erhoben worden, als es sich um die innere Orientierung handelt. Ich glaube, der Wunsch, die innere [Neu-]Orientierung bis nach dem Friedensschluß aufzuschieben, besteht an sich in der gesamten Partei. Aber muß man sich fragen, ob es möglich ist, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Der Herr Abgeordnete *Stresemann* hat, glaube ich, mit so überzeugenden Worten uns dargelegt, daß es jetzt nicht möglich war, an der inneren Orientierung vorbeizugehen, daß wir uns damit abfinden müssen. Wir müssen uns auf diesen Boden der praktischen Verhältnisse stellen.

In der äußeren Politik sind wir ja glücklicherweise einig in dem Ziel, daß wir unter allen Umständen einen Sicherungsfrieden wollen, und daß wir die Erwerbungen wollen, die wir unbedingt zur weiteren Entwicklung Deutschlands brauchen. Aber eines, meine Herren, bitte ich doch bei der öffentlichen Diskussion zu berücksichtigen. Es gibt ja unter uns leider Pessimisten, auch, glaube ich, bei der Reichstagsfraktion, die der Meinung sind, das eine oder andere läßt sich nicht mehr erreichen. Aber, meine Herren, schweigen Sie doch von diesen pessimistischen Auffassungen in der Öffentlichkeit. Verlangen Sie doch in der Öffentlichkeit, genau so, wie die Engländer alles mögliche verlangen, was sie schon längst als nicht erreichbar aufgegeben haben, Ihrerseits auch unsere Sicherung nach Ost und nach West und in Übersee, und stecken Sie da nicht immer ein Loch nach dem anderen zurück.

Abgeordneter **Röchling:** Meine Herren, in der elsaß-lothringischen Frage kann es sich ja eigentlich nur darum handeln, welche Resolution wir annehmen wollen.

(Zuruf: Die kürzeste!)

Die kürzeste ist die, die Herr *Stadthagen* verlesen hat[396]). Sie hat insofern einen gewissen Vorzug. Andererseits aber fehlt darin, daß wir uns dahin aussprechen, worin wir Nationalliberalen, glaube ich, alle einig sind, daß Elsaß-Lothringen unter keinen Umständen zu einem selbständigen Bundesstaat entwickelt werden soll. Ich würde deshalb der Resolution *Fuhrmann*[397]) den Vorzug geben.
Im übrigen, meine Herren, wollte ich nur noch kurz über die neue Vaterlandspartei mich äußern.

(Zuruf: Das kommt unter dem Punkt „Verschiedenes"!)

Abgeordneter **List**[398]): Meine Herren, zur Frage Elsaß-Lothringen bin ich trotz des Zensurverbots der Meinung, daß wir eine Resolution unsererseits heute beschließen sollen. Wir müssen wissen, wie die Stimmung ist, und das kommt am besten in einer Resolution zum Ausdruck. Unsere Freunde im Lande wollen doch wissen, wie der Zentralvorstand sich zu dieser Frage stellt. Ich bin durchaus einig mit allen Rednern, auch als Württemberger, als Schwabe, daß die Lösung: Autonomie für Elsaß-Lothringen nicht in Frage kommen kann. Herr Professor

[396]) Vgl. S. 415.

[397]) Vgl. S. 415.

[398]) Friedrich *List* (Reutlingen) war seit Februar 1917 stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion.

van Calker sagte im Laufe seines Referats, propter invidiam habe man das Elsaß den Bayern nicht gegönnt[399]). Dem muß ich als Württemberger widersprechen. Wir sind gegen die Angliederung des Elsaß an Bayern, aber nur deshalb, weil wir das süddeutsche Gleichgewicht nicht verschieben lassen wollen, weil wir uns nicht umklammern lassen wollen von einer ultramontanen Mehrheit rechts und links, und weil wir auch das Gleichgewicht im Reich nicht verschieben lassen wollen[400]). Es war eben das Reichsinteresse, das uns bestimmte, gegen diese Lösung der Frage zu sein. Wir haben uns schon früher dahin schlüssig gemacht, daß die beste Lösung der elsaß-lothringischen Frage die Einverleibung beider Landesteile in Preußen wäre, und an dieser Lösung halten wir als Württemberger heute noch fest. Ich möchte aber bitten, daß wenigstens die kurze Resolution angenommen wird, die zum Schluß verlesen wurde.

Und nun, meine Herren, noch zu den ander[e]n Fragen, die uns heute bewegt haben, und die auch zum Teil zu Angriffen auf die Reichstagsfraktion geführt haben.

Es ist schon widerlegt worden, was Herr Präsident *Vogel* sagte, daß die Politik der Partei vom Zentralvorstand gemacht würde[401]). Es ist ja richtig, daß der Zentralvorstand die Richtlinien aufzustellen hat. Aber daß die Reichstagsfraktion gewissermaßen nur das ausführende Organ sei, zu dieser Stellung kann die Reichstagsfraktion von Ihnen unter keinen Umständen gedrängt werden. Das widerspricht der Verfassung, und die Reichstagsfraktion wird sich dazu auch nicht drängen lassen. Ihre Selbständigkeit muß sie haben, und sie hat sie unter allen Umständen, sie läßt sie sich nicht nehmen. Meine Herren, wir gehen nach unserem Gewissen, nach unserer Überzeugung. Treten wir damit in Widerspruch mit Ihnen, dann müssen wir es eben hinnehmen. Aber wir müssen nach unserer eigenen Meinung, nach unserer eigenen Überzeugung gehen.

Ich möchte vor allen Dingen das betonen, was einer der Herren, ich glaube, es war Kollege *Schifferer*[402]), schon in der heutigen Diskussion gesagt hat, daß man die beiden Hauptfragen, die Frage der Friedensresolution und der Kriegsziele und die Frage der inneren Neuordnung durchaus voneinander zu trennen hat. Es kann einer der wütendste Annexionist und zugleich der wütendste Freund der Einführung des parlamentarischen Systems sein. (Sehr richtig!) Die beiden Dinge gehen durchaus nebeneinander, unabhängig voneinander. (Sehr richtig!) Also eine Verquickung beider muß von vornherein ausgeschaltet werden. Man darf nicht einen Reichstagsabgeordneten deshalb tadeln, weil er für beides war, oder weil er für das eine war.

Nun, meine Herren, die Frage der Friedensresolution, der Kriegsziele. Es ist schon betont worden, die Reichstagsfraktion hat schwere Kämpfe und schwere Tage durchgemacht, bis sie sich zur Einigung durchzuringen vermochte. Die Tatsache besteht, daß verschiedene Strömungen in der Reichstagsfraktion vorhanden waren. Aber wenn es trotzdem in diesen heißen Kämpfen und in heißem

[399]) Vgl. S. 355.

[400]) Über den württembergischen Widerstand gegen die Aufteilung der Reichslande vgl. Anm. 309.

[401]) Vgl. S. 396 u. 405.

[402]) Vgl. S. 364.

Ringen gelungen ist, die Einigkeit herzustellen, dann, meine Herren, hätten wir eigentlich erwarten können, Sie würden das etwas mehr anerkennen, als das tatsächlich geschehen ist. Es war eine böse Arbeit, und es hat viel Aufopferung von allen Seiten gekostet, bis wir uns zu dieser Einigkeit durchgerungen haben. Die Reichstagsfraktion hat es in der Zeit vorher an entschiedener Haltung in Kriegsziel- und nationalen Fragen nicht fehlen lassen. Die Reichstagsfraktion war es, die zum Beispiel vor dem 1. Februar 1917 den U-Boot-Krieg mit allem Nachdruck forderte[403]). Die Reichstagsfraktion war es, die immer wieder starke Kriegsziele aufstellte. Sie können uns in keiner Weise vorwerfen, daß wir die Pflicht gegenüber der Partei und dem Vaterlande in dieser Frage verletzt haben, und deshalb hätten wir auch erwartet, daß Sie etwas mehr Anerkennung für die Leistung gehabt hätten, die die Reichstagsfraktion mit der Einigung zustande gebracht hat, die sie gegenüber der Friedensresolution der Mehrheit herstellte. Einer der Herren hat gesagt, daß es bedauerlich sei, welche Angriffe in der Presse dieserhalb erfolgten[404]). Ich möchte da doch auch einmal nach der anderen Seite hinübergreifen und fragen: Hat denn die nationalliberale Presse, zum Beispiel Berlins, in der kritischen Zeit verstanden, uns etwas zu unterstützen? (Sehr richtig!) Im Gegenteil. Der Deutsche Kurier und die Berliner Neuesten Nachrichten haben uns Steine in den Weg geworfen, wo sie konnten.

(Abgeordneter Dr. **Hirsch**: Absolut unzutreffend und aus der Luft gegriffen!)[405])

Ich bedaure, das sagen zu müssen; es wurden uns tatsächlich Steine in den Weg geworfen. Wir sind trotzdem unseren Weg gegangen und sind fertig geworden. Wir haben uns geeinigt.

Die Unterstützung der eigenen Fraktion durch die Presse im Lande wäre manchmal sehr, sehr erwünscht. Meine Herren, es wäre sehr gut, wenn Sie auch einmal Bedenken, die gegen die Politik der Reichstagsfraktion bestehen, zurückstellen würden, um die schwierige Lage der Reichstagsfraktion nicht noch mehr zu erschweren, um ihr die Aufgabe zu erleichtern und nach außen nicht den Eindruck der Zwiespältigkeit, sondern der Geschlossenheit herzustellen. Auch die Presse im Lande dürfte vielfach uns besser unterstützen, als es geschehen ist.

Meine Herren, in der Resolution, die uns vorgelegt ist, kommt der Satz von der Sicherheit in Ost, West und Übersee vor. Persönlich bin ich durchaus der Meinung, daß wir derartige Sicherheiten verlangen müssen. Aber, meine Herren, ob es in diesem Augenblick angebracht ist, eine derartige Wendung in unsere Resolution hineinzubringen, nachdem die Antwort auf die *Papst*note von diesen Dingen nicht spricht,

(Zuruf: Gerade darum!)

möchte ich doch zu bedenken geben. Ja, verehrte Herren Kollegen, es gab eine Zeit, wo es notwendig war, derart starke Worte zu gebrauchen, und damals hätte eine tatkräftige Regierung kolossales Kapital aus dem Verhalten einer

[403]) Vgl. den Resolutionsantrag vom 17. 3. 1916, in: Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 317 Nr. 231; ferner HA. 86. Sitzung, 29. 9. 1916; Westarp II S. 131 f.

[404]) Es war *Fuhrmann*, vgl. S. 411.

[405]) Es handelt sich um die von *Hirsch* aufgekauften Organe.

Partei wie der unsrigen schlagen können. Ein *Bismarck* hätte gesagt: Da seht Ihr, das Volk will ja diese starken Ziele, und deshalb müssen wir diese Ziele verfolgen. Die Regierung hat uns leider schnöde im Stich gelassen. Aber nun ist es einmal so. In diesem Augenblick verspreche ich mir nicht viel davon, so sehr ich innerlich durchaus mit dem Sinn der Worte einverstanden bin. Aus praktischen Erwägungen würde ich glauben, man läßt sie jetzt am besten weg, ebenso wie man die Erörterung der belgischen Frage am besten aus der Resolution wegläßt. Materiell bin ich durchaus einverstanden. In der Richtung bewegt sich meine Absicht und bewegen sich auch die Absichten und die Politik des allergrößten Teils der nationalliberalen Reichstagsfraktion.

(Zuruf: Dann muß man es auch sagen!)

Nur aus diesen praktischen Erwägungen würde ich vorschlagen, diese Worte wegzulassen, wenn aber nicht, sie dann jedenfalls in dem Sinne umzuändern, wie das ein Ergänzungs- oder Berichtigungsantrag vorschlägt[406]).

Meine Herren, einige wenige Worte noch über die Frage der inneren Neuordnung. In dieser Beziehung stehe ich nicht an, zu sagen, daß ich durchaus ein Freund der inneren Neuordnung bin. Man kann darüber streiten, ob es notwendig ist, jetzt gerade in dieser Zeit mit besonderem Nachdruck darauf hinzuarbeiten, aber, nachdem einmal die Sache ohne unser Zutun in Gang gebracht worden ist, war es unsere Pflicht, auch unsere politische Pflicht, der Sache nicht den Lauf zu lassen und sie damit in ein radikales Fahrwasser zu bringen (sehr richtig!), sondern uns der Sache anzunehmen und zu versuchen, ihr wenigstens die allerschlimmsten Spitzen abzubrechen. Ich glaube auch, daß das bis zu einem gewissen Grade gelungen ist. Wäre es möglich, die Frage der inneren Neuordnung in der nächsten Zeit zurückzustellen bis zur Beendigung des Krieges, so wäre ich damit vollkommen einverstanden. Aber wenn hier die Mehrheitsparteien weiter drängen, so können wir nicht zurückbleiben. Wir müssen dann wieder sehen, daß wir mitarbeiten, um allzu schwere Ausartungen in dieser Sache zu verhindern.

Noch ein Wort zu dem, was Herr Kollege *v. Casselmann* gesagt hat[407]). Ich glaube, er hat, wie so mancher im Lande, die seinerzeitige Rede des Herrn Kollegen *Stresemann* über das parlamentarische System bei unseren Feinden falsch verstanden. Kollege *Stresemann* hat sich dieses System durchaus nicht zu eigen gemacht. Er hat nur zum Vergleich auf das parlamentarische System bei unseren Feinden und auf seine Ergebnisse hingewiesen, und wenn Kollege *v. Casselmann* die Meinung aussprach, daß das parlamentarische System gerade in England besonders versagt habe, so möchte ich dahinter denn doch ein Fragezeichen insofern machen, meine Herren, als Sie anerkennen müssen: England hat glänzende Politiker, Politiker, denen unsere Regierungspolitiker auch nicht das Wasser reichen können (sehr richtig!), und diese glänzenden Politiker sind hervorgegangen aus der englischen politischen Schule, die sich wiederum auf das dortige parlamentarische System gründet (sehr richtig!), und, meine Herren, was ist denn dasjenige, was wir mit der Parlamentarisierung erstreben wollen?

[406]) Vgl. S. 426.

[407]) Vgl. S. 390 f.

(Zuruf: Es ist eine ganz andere Erziehung!)

Schulerziehung, aber auch politische Erziehung. Der junge Mann tritt in England sehr frühzeitig in die Politik ein auf Grund der politischen Schulung, auf Grund des politischen Systems, wie es dort ist. Was wollen wir mit unserer Parlamentarisierung erreichen? Wir wollen es doch gestehen, meine Herren: Bei uns hat doch das System der politischen Schulung in der Regierung restlos Schiffbruch erlitten. Wir haben einen Mann wie *Bethmann Hollweg* erlebt, wir erleben jetzt, daß ein tüchtiger, ausgezeichneter Verwaltungsbeamter wie *Michaelis* an die erste politische Stelle des Reiches berufen ist und dort vollständig versagt. Man kann es nicht anders ausdrücken: er hat versagt. Es genügt eben die Verwaltungslaufbahn noch lange nicht zur politischen Erziehung. Wollen Sie das ändern, meine Herren, dann müssen Sie die Politik auf eine breitere Grundlage stellen und müssen sehen, daß die politischen Köpfe auch in die Regierung hineinkommen. Und wo werden die politischen Köpfe herangeschult? Doch in der Hauptsache im Parlament. Also, meine Herren, daraus folgt das, was wir ja alle wollen: Innere Verbindung zwischen Regierung und Parlament, und zu diesem Zweck muß man gewisse Opfer bringen, muß man dem Parlament größeren Einfluß einräumen, größere Rechte zugestehen, muß man überhaupt die politische Schule etwas verbreitern gegenüber dem bisherigen System. Das ist es, was wir wollen. Das streben wir an, und ich glaube, in dem Punkt könnten wir alle einig sein, und in der Frage könnten Sie das Zutrauen zu der nationalliberalen Reichstagsfraktion haben, daß sie ihren Weg gehen wird, ohne die Grundlagen des heutigen Staates zu erschüttern, ohne den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu gefährden und ohne das System zu gefährden, das sich heute darin verkörpert, daß der Monarch die Minister ernennt und die Minister nicht von Parlaments Gnaden sind. Soweit gehen wir nicht, das liegt uns fern. Aber vorwärts wollen wir gehen, wir wollen auf politischem Wege weitergehen im Deutschen Reich. (Beifall.)

Abgeordneter **Prinz zu Schönaich-Carolath:** Ich wollte mir im Anschluß an das Gesagte nur folgende Bemerkungen gestatten. Meine Herren, sehen Sie sich nur die französischen und englischen Diplomaten an, sehen Sie sich die Gesandten und Botschafter an, die Frankreich auf große Posten gestellt hat, denken Sie an die Gebrüder *Cambon*, denken Sie an *Barrère* in Rom usw. Frankreich hat eben nicht nach Geburt und nach Stellung seine Vertreter ernannt, sondern nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten, und diese Fähigkeiten haben sie sich im Parlament erworben[408]). Was hat es für ein Aufsehen gemacht, als ein bürgerlicher Herr, Herr *Zimmermann*, ein ausgezeichneter Mann, endlich Staatssekretär des Auswärtigen wurde[409]), als so viele Schwierigkeiten überwunden worden waren, daß man endlich einsah, es könnte vielleicht auch einmal mit einem Bürgerlichen gehen. Ich meine, eine große bürgerliche Partei sollte und müßte einsehen, daß man dem Tüchtigen die Bahn eröffnen soll. Herr *v. Bethmann* hat gesagt:

[408]) Weder die Gebrüder *Cambon* noch *Barrère* waren je Abgeordnete im Parlament. Richtig ist vielmehr, daß in der Vorkriegszeit "by far the vast majority of the top positions in the French foreign service were held by career men". Vgl. Richard D. Challener, The French Foreign Office — The Era of Philippe Berthelot, in: The Diplomats, ed. by Gordon A. Craig and Felix Gilbert, Princeton 1953, S. 49 ff.

[409]) Arthur *Zimmermann* war vom 25. 11. 1916 bis 5. 8. 1917 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Freie Bahn dem Tüchtigen[410]). Wo ist das geschehen? Bitte, sehen Sie sich unsere Botschafter an — ich sage das ganz vertraulich, ich nehme an, daß es nicht über den Kreis der Anwesenden hinausgeht: aber wir haben ja Mißerfolg auf Mißerfolg gehäuft. Wer waren denn unsere Botschafter, als der Krieg ausbrach[411])?

Meine Herren, es heißt immer: Suum cuique, jedem das Seine! Ist denn wirklich in Preußen-Deutschland jedem das Seine geworden? Sind nicht aus wer weiß was für Gründen Personen und Männer zurückgestellt worden, weil sie sich mißliebig gemacht haben, weil sie aus irgendwelchem Grunde nicht gefielen, und wer hat den Schaden davon? Das Vaterland und das Reich. Insofern bin ich der Ansicht, daß es ein sehr richtiger Gedanke in den Ausführungen des Herrn Kollegen *Stresemann* war[412]), daß er sagte, wir sollen ebenso wie Frankreich und England und, wir können hinzufügen, die Vereinigten Staaten die Personen auswählen ohne Rücksicht auf Geburt oder eine Mißstimmung, die aus irgendeinem unerfindlichen Grunde gegen sie herrschen mag, und sie an die Stelle setzen, wo sie wirklich dem Reich dienen können, wo sie für die Allgemeinheit arbeiten können. Statt dessen haben wir das schlimmste Fiasko auf allen möglichen Gebieten gehabt, das sich täglich vollzieht. — Das nur zu dieser einen Sache.

Dann, meine Herren, wollte ich sagen, was die Angriffe auf die Reichstagsfraktion anlangt: Ich glaube, Sie werden mir darin zustimmen: Es ist sehr schwer für Außenstehende, die inneren Vorgänge in einer Fraktion zu beurteilen und schwer, darüber zu Gericht zu sitzen. Vielleicht denken die Herren auch daran: Die Kritik ist leicht, besser machen ist schwer. Wenn Sie diese Tage und Wochen mit uns durchgemacht hätten, würde jedenfalls das Urteil sehr viel milder ausgefallen sein, als dies von einzelnen Herren geschehen ist. Ich bedaure auch, daß die Herren nicht anwesend waren, als ich beispielsweise im Hauptausschuß den Antragstellern entgegentrat bezüglich ihrer Friedensresolution, als ich sie ausdrücklich darauf aufmerksam machte[413]), wie es das Törichtste von der Welt ist, fortwährend um Frieden zu winseln, daß das den gegenteiligen Eindruck machen müsse auf unsere Feinde, auf die Neutralen und im Reich, wenn wir ewig mit diesen Friedensangeboten kommen, und daß keine Zeit ungünstiger wäre zu solchen Friedensanerbietungen als die jetzige. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß man im deutschen Volke kein Verständnis habe für diese Friedensresolution. Das können natürlich alle die Herren, die unsere Haltung kritisiert haben und sehr scharf kritisiert haben, nicht wissen; aber vielleicht gibt es ihnen Veranlassung, darüber nachzudenken, ob sie nicht unsere Haltung zu schroff und zu scharf beurteilt haben.

Es soll ja auch in anderen Parlamenten, den Parlamenten der Einzelstaaten vorkommen, daß in den Fraktionen diese oder jene Meinungsverschiedenheiten in die Erscheinung treten. Ich habe das aus dem Königreich Sachsen gelesen, aus dem Großherzogtum Hessen ist mir auch einiges erinnerlich, und ich glaube,

[410]) In seiner Reichstagsrede am 28. 9. 1916; vgl. Bethmann Hollwegs Kriegsreden S. 143.

[411]) Vgl. S. 342.

[412]) Vgl. S. 349 f.

[413]) HA. 167. Sitzung, 7. 7. 1917.

sogar der größte deutsche Bundesstaat, Preußen, macht keine Ausnahme[414]). Also, meine Herren, wenn man im Glashause sitzt, soll man doch nicht mit Steinen werfen.

Es ist wiederholt auf *Bismarck* hingewiesen worden. *Bismarck* mit seinen Kürassierstiefeln wußte sehr genau, wann er ruhig, bedächtig, freundlich, höflich, verbindlich aufzutreten hatte, er wußte ganz genau, mit wem er es zu tun hatte, und richtete sein Verhalten danach ein.

Wenn Sie uns den Vorwurf machen, daß wir nicht deutlich genug gesprochen hätten, ja, meine Herren, so kann ich Sie nur immer wieder bitten, zu berücksichtigen: Es mußte ein Kompromiß geschlossen werden, und ich weiß nicht, ob es besser gewesen wäre — oder ich weiß ganz genau, daß es nicht besser gewesen wäre —, wenn nach außen hin ein Dissensus zum Ausdruck gekommen wäre. Einige Herren haben gesagt: Was hätte das geschadet, dann wären ein paar Stimmen abgeschlittert[415]). Das hätte ich für ein großes Unglück gehalten, das hätte ich sehr bedauerlich gefunden, und ich bin überzeugt, unsere Freunde im Lande und Sie selbst würden die gleiche Empfindung gehabt haben.

(Präsident Dr. **Vogel**: Sie hätten hinausgehen sollen!)

Kann ich den Herren das befehlen, daß sie hinausgehen sollen? Können wir von Fraktions wegen das befehlen? Versuchen Sie es, Herr Präsident *Vogel*. Sie haben vielleicht in Dresden gefügigere Herren[416]), aber versuchen Sie es bei uns und sagen Sie den Herren: Gehen Sie hinaus! Die Antwort, die Sie bekommen, würde Ihnen sicher nicht gefallen. Sie sind vielleicht in Dresden verwöhnt worden.

(Zuruf: Dann durfte man aber nicht die beiden Herren *Junck* und *Richthofen* zu den interfraktionellen Besprechungen abordnen. Das hat den Eindruck verstärkt[417])!)

Meine Herren, ich möchte nur noch eins sagen. Der Zentralvorstand kann die Politik leiten, kann die Direktiven geben. Wir werden für die Direktiven nur dankbar sein und werden ihnen gewiß die nötige Beachtung zuteil werden lassen. Aber ich kann unmöglich im Zentralvorstand eine Instanz sehen, die uns den Weg vorschreibt, den wir in der Politik zu gehen haben. Das müssen Sie uns überlassen. Das muß jeder einzelne Politiker seinem Gewissen gegenüber und seinen Wählern gegenüber verantworten. Meine Herren, ich bin seit 1881, also seit über 36 Jahren ununterbrochen von denselben Wählern in den Reichstag gewählt worden[418]). Ich weiß nicht, ob sehr viele oder auch nur manche in unserer

[414]) Zu den Auseinandersetzungen in der preußischen Abgeordnetenhausfraktion vgl. Thieme passim.

[415]) Vgl. S. 374 u. 396 *(Brandenburg* bzw. *Vogel)*.

[416]) *Vogel* war Präsident der Zweiten Sächsischen Kammer.

[417]) Es ist in der Tat richtig, daß in den Juli-Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses der linke Fraktionsflügel mit *Junck*, *v. Richthofen*, *van Calker* und *Schiffer* stärker vertreten war, als es seiner numerischen Stärke entsprochen hätte. Von Oktober 1917 an kamen die anderen Richtungen der nationalliberalen Reichstagsfraktion im Interfraktionellen Ausschuß zahlenmäßig stärker zur Geltung. Vgl. die Übersicht in: Quellen 1/II S. 800 f.

[418]) *Prinz zu Schönaich-Carolath* hatte das Mandat für den Wahlkreis Guben-Lübben. Bis 1893 hatte der Prinz allerdings der freikonservativen Fraktion angehört.

Versammlung das von sich sagen können. Das lasse ich dahingestellt. Aber wenn man mit seinen Wählern so steht, beweist man damit, daß man das Vertrauen seiner Wähler gerechtfertigt hat und in ihrem Sinne handelt. Was ich aber noch viel höher stelle, ist: Für das Vaterland, für das Deutsche Reich zu arbeiten, ist unsere Aufgabe gewesen, und ich bin mir bewußt, das Meinige dafür getan zu haben, und ich bin mir auch bewußt, daß die Reichstagsfraktion das Ihre getan hat, und ich danke der Reichstagsfraktion ihr Verhalten, und wenn ihre Entschließung Ihnen nicht kräftig genug gewesen ist, meine Herren — suaviter in modo, fortiter in re.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage erneut Schluß der Debatte!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Ich bin gezwungen, den Antrag zur Abstimmung zu bringen. Es sind noch gemeldet die Herren *Struckmann, Hebel, Strathmann.*

Dr. Struckmann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch, daß denjenigen, die von Anfang an Anträge gestellt haben, die aber nicht mitgeteilt worden sind, Gelegenheit gegeben wird, mit ein paar Worten zu sagen, was sie mit den Anträgen gemeint haben.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Herr *Struckmann*, Sie befinden sich in einem Irrtum. Ihr Antrag ist von Herrn Dr. *Weber* verlesen worden[419]). Zur Abstimmung kommen wir jetzt erst.

Ich bringe den Schlußantrag zunächst zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die den Schlußantrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

(Zuruf: Die große Mehrheit!)

Das ist die große Mehrheit, wie das Büro versichert. Die Diskussion ist geschlossen.

Wollen Sie (zu Dr. *Weber*) jetzt erst die Anträge verlesen?

Dr. Weber: Darf ich die Herren einmal zunächst um Gehör bitten. Darf ich zunächst einmal der Einfachheit halber die elsaß-lothringischen Anträge nochmals zur Erörterung stellen. Der Antrag des Herrn Abgeordneten *Fuhrmann* und [der] des Herrn Dr. *Steiner* ist zurückgezogen worden. Die Herren haben ihre Anträge zurückgezogen, und zwar zugunsten des Antrages des Herrn Geheimrat Dr. *Stadthagen.* Dieser Antrag lautete:

Der Zentralvorstand lehnt jede Aufrollung der sogenannten elsaß-lothringischen Frage während des Krieges oder bei den Friedensverhandlungen mit größter Entschiedenheit ab.

Es ist dem Sinne nach derselbe Antrag, den Herr Geheimrat *Struckmann* gestellt hat. Er drückt dieselbe Sache etwas präziser aus. Wenn die Herren Wert darauf legen, verlese ich nochmals den Antrag *Struckmann:*

Da die Frage der etwaigen Neuordnung der Verfassung nicht durch die demnächstigen Friedensverhandlungen mit unseren Feinden zu regeln ist, sondern lediglich auf dem Wege der deutschen Reichsverfassung nach abgeschlossenem Frieden, so sieht der Zentralvorstand zur Zeit von einer Beschlußfassung über die in dieser Beziehung in Betracht kommenden Möglichkeiten ab.

[419]) Vgl. S. 407.

Ich stelle anheim, diesen Antrag vielleicht zugunsten des Antrages des Geheimrates *Stadthagen*, der dieselbe Sache präziser ausdrückt, zurückzuziehen. Damit sind dann alle Anträge erledigt. Man würde also abzustimmen haben über den Antrag des Geheimrats *Struckmann*, wenn er nicht zurückgezogen wird, und über den Antrag *Stadthagen*.

Dr. **Struckmann:** Ich darf vielleicht noch zwei Worte sagen, weil Sie (zu Dr. *Weber*) sagten, der andere Antrag drückt das präziser aus. Mein Antrag soll etwas ganz anderes sagen. Er soll sagen, daß wir uns keine Einmischung unserer Feinde in diesen Fragen gefallen lassen wollen, daß wir aus diesem Grunde jetzt von einer Erörterung absehen und erst nach dem Frieden das machen. Ich habe eine Äußerung des Herrn *van Calker* dahin verstanden, als ob er es deshalb für notwendig hielte, weil man nicht wissen könnte, ob nicht beim Friedensschluß diese Sache zur Entscheidung kommen werde. Das habe ich vermeiden wollen. Das ist lediglich eine innere Frage, und das findet in dem anderen Antrag keinen Ausdruck.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich habe Herrn *Struckmann* ausnahmsweise während der Abstimmung das Wort gegeben, weil ihm durch die Annahme des Schlußantrags das Wort zur Begründung seines Antrages versagt worden ist. Ich kann aber natürlich eine weitere Diskussion nicht zulassen und muß Sie bitten, über diese beiden Anträge abzustimmen.

Der Antrag des Herrn *Struckmann* ist früher eingegangen. Ich bitte also, über ihn zuerst abstimmen zu wollen. Sollte der Antrag *Struckmann* angenommen werden, so können Sie natürlich nicht noch den zweiten Antrag annehmen. Wird der Antrag *Struckmann* abgelehnt, dann bleibt nur der Antrag *Stadthagen* übrig.

Ich bitte alle diejenigen Herren, die den Antrag *Struckmann* annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist eine Minderheit.

Ich bitte dann diejenigen Herren, die den Antrag *Stadthagen* annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist beinahe einstimmig angenommen.

(Zuruf: Die anderen Herren sind nicht stimmberechtigt!)

Dann war es wahrscheinlich einstimmig.

(Rufe: Gegenprobe!)

Ich bitte um die Gegenprobe, diejenigen, die gegen den Antrag *Stadthagen* sind. (Die Gegenprobe erfolgt.) Mit allen gegen 2 Stimmen.

Nun kommt die andere Resolution.

(Zuruf: Satzweise verlesen!)

Dr. **Weber** (liest):

Nachdem am 12. Dezember in der Kundgebung des *Kaisers* die Friedensbereitschaft Deutschlands betont worden ist, wendet sich der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei mit Entschiedenheit gegen die fortgesetzte einseitige Hervorhebung unseres Friedenswillens.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Kein Widerspruch.

Dr. **Weber** (liest):

In der Entschließung der Mehrheitsparteien des Reichstags vom 19. Juli d. J. sieht der Zentralvorstand eine schwere Gefährdung unserer deutschen Zukunftsentwicklung.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Erfolgt Widerspruch? — 2 Stimmen.

Dr. **Weber** (liest):

Er dankt der Reichstagsfraktion, daß sie die Entschließung einmütig abgelehnt hat.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Kein Widerspruch.

Dr. **Weber:** Nun kommt im nächsten Satz eine Abänderung, die die Antragsteller angenommen haben:

Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Völkerverträgen beruhen, sondern muß auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Kein Widerspruch, soweit ich sehe.

Dr. **Weber:** Dann käme der nächste Satz, in dem wir auch eine Abänderung vorgenommen haben:

Ohne Machterweiterung in Ost, West und Sicherung unserer weltpolitischen Stellungen über See würden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unseres Daseins haben und politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Hier liegen verschiedene Anträge vor, zunächst von Herrn Geheimrat *Rießer:*

Ich beantrage, den Satz: „ohne Machterweiterung" usw. zu streichen, weil er unsere Friedensunterhändler zu sehr bindet, und weil er eine Kritik der eben erst erteilten Antwort unserer Regierung auf die päpstliche Note enthält, die im gegenwärtigen Augenblick besonders zu vermeiden ist.

Also das wäre ein Antrag auf Streichung. Der muß in der Gesamtabstimmung angenommen oder abgelehnt werden.

Dann beantragt Herr Kollege *Hirsch*, hinter die Worte: „in Ost und West" usw. einzufügen: „und ohne ausreichende Kriegsentschädigungen". (Beifall.)

Meine Herren, die Antragsteller haben diese Frage wiederholt eingehend erwogen, und wir haben uns schließlich dahin verständigt, diese Worte „ohne ausreichende Kriegsentschädigungen" fallenzulassen, weil man nicht ohne weiteres sagen kann, wie und auf welchem Wege eine derartige Sache durchgeführt werden kann. (Unruhe.) Man kann das finanziell erledigen, man kann es auch auf andere Weise erledigen, und wir haben geglaubt, daß in unserer Resolution im nächsten Satze die Sache genügend zum Ausdruck gebracht wäre. Wenn ich den nächsten Satz verlesen darf:

Die militärische Lage gibt uns die Gewähr, daß Deutschlands Grenzen den notwendigen Schutz erhalten und die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sichergestellt wird.

Damit glaubten wir, auch diese Entschädigungsfrage erledigt zu haben, die in verschiedenen Kreisen unserer Partei auf Widerstand stoßen wird.

(Abgeordneter Dr. **Hirsch:** Das kann ich nicht anerkennen!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich möchte hinzufügen, daß es mir auch nicht richtig erscheint, zu viele Spezialien in diese Sache hineinzubringen. Das ist der Einwand, den ich dagegen habe. Im übrigen können wir ja darüber abstimmen.

Zunächst muß ich über den Zusatzantrag abstimmen lassen, die Worte einzuschalten:

und ohne ausreichende Kriegsentschädigungen.

Ich bitte diejenigen Herren, die diese Worte einfügen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Das ist die Minderheit; die Worte sind angenommen.

Nun stimmen wir über den ganzen Satz ab, dessen Streichung Herr *Rießer* beantragt hat. Seinem Antrag wird man dadurch gerecht, daß wir über den Satz abstimmen. Ich möchte alle diejenigen Herren, die dafür sind, daß wir den Satz annehmen, bitten, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit.

Dr. Weber: Meine Herren, damit wäre der erste Absatz der Resolution erledigt. Es käme nun im Anschluß an den ersten Absatz noch folgender Antrag, der von verschiedenen Herren[420]) gestellt ist:

Wir beantragen, in die Resolution folgenden Satz einzufügen: Die vollständige Räumung der besetzten Gebiete, insbesondere Belgiens würde unsere Sicherheit für die Zukunft gefährden und den Gegnern den Beginn eines neuen Krieges erleichtern.

(Dr. **Stresemann:** Das ist ja ein Widerspruch. Hier steht ja: Machterweiterung im Westen!)

Wir haben als Antragsteller der Resolution die schwersten Bedenken und glauben, daß durch den Satz, den Sie angenommen haben, alles ausgedrückt wird. Wir kommen in Widerspruch, und Sie belasten, wie Herr Geheimrat *Friedberg* gesagt hat, mit diesen vielen Spezialien die Resolution mehr, als wir ihr nützen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, ich muß sagen, daß ich in dieser Vinkulierung einer verantwortlichen Regierung doch eigentlich etwas sehe, was nicht tragbar ist. Wir können hier zwar allgemeine Richtlinien aufstellen, aber wir können wirklich nicht wissen, nach welchen Grundsätzen die Friedensverhandlungen im einzelnen geführt werden sollen. Ich würde vielleicht gegen die Resolution stimmen, wenn so etwas angenommen würde.

Ich bitte also, zur Abstimmung zu schreiten.

(Zuruf: Ziehen Sie doch zurück! — Rufe: Abstimmen!)

Ich hätte gewünscht, daß die Antragsteller diesen Antrag zurückziehen. Da sie dazu nicht bereit sind, wollen wir abstimmen lassen. Ich bitte, über den Antrag *Brandenburg-Meyersahm* abstimmen zu wollen. Ich bitte, daß diejenigen Herren, die den Antrag annehmen wollen, die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag wird abgelehnt.

Dr. Weber: Dann darf ich mit dem zweiten Absatz fortfahren:

Der Zentralvorstand fordert eine strenge Durchführung aller das Gebiet der Ernährung des Volkes berührenden Maßnahmen und weitgehende Fürsorge für die minderbemittel-

[420]) Der Antrag wurde von den Professoren *Brandenburg* und *Meyersahm* gestellt.

ten Schichten, insbesondere für den schwer leidenden gewerblichen Mittelstand und die auf feste Besoldung angewiesenen Kreise des Volkes.

(Dr. **Rebmann:** Ich schlage vor, den anderen Satz von *Wilson* vorauszunehmen.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Nein, das ist eine andere Materie.

(Dr. **Rebmann:** Aber hier muß ein Absatz kommen!)

Dr. **Weber:** Das ist schon vorgesehen.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Findet dieser Satz über die Ernährung Widerspruch? (Wird verneint.)

Dr. **Weber:** Es käme dann ein neuer Absatz, und darin steht:

Die anmaßende Einmischung des Präsidenten *Wilson* in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes weist der Zentralvorstand mit aller Entschiedenheit zurück.

Damit ist dem Wunsche des Herrn *Rebmann* Rechnung getragen, der einen eigenen Satz formuliert haben wollte.

(Dr. **Rebmann:** Der muß doch vorweggenommen werden!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Warum denn?

Dr. **Weber:** Es kommt also jetzt ein neuer Absatz, meine Herren, und der beginnt:

Die anmaßende Einmischung des Präsidenten *Wilson* in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes weist der Zentralvorstand mit aller Entschiedenheit zurück.

(Zuruf: Mit Entrüstung!)

(Zuruf: Mit Verachtung!)

Meine Herren! Eine Verachtung kann man ja nicht aussprechen.

(Zuruf: Mit Entrüstung!)

Also statt:

mit aller Entschiedenheit: mit Entrüstung zurück.

Also würde es zum Schluß heißen:

weist mit Entrüstung zurück. Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems ab, verlangt aber ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volksvertretung und Regierung.

Zu diesem Satz, meine Herren, ist ein Zusatzantrag gestellt worden:

Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems nach fremdem Muster ab.

Goldschmidt (zur Geschäftsordnung): Der erste Satz spricht von *Wilson*. Da heißt es: Der Zentralvorstand. Dann kommt ein neuer Absatz, der kann nicht mit „er" beginnen. Da muß es wieder heißen: Der Zentralvorstand.

Dr. **Weber:** Ich verstehe nicht, Herr *Goldschmidt*. Es ist doch ganz richtig. (Unruhe.)

Vorsitzender [Dr. **Friedberg]:** Herr *Goldschmidt* hat recht. Wenn ein neuer Absatz gemacht würde, dann müßte er wieder anfangen: Der Zentralvorstand. Aber es kommt kein neuer Absatz.

Dr. **Weber:** Es wäre über den Zusatz abzustimmen:

nach fremdem Muster.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Ich bitte, daß die Herren, die die Worte „nach fremdem Muster" einfügen wollen, die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Wir müssen abzählen. Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche nach dem Antrage *Poensgen* diesen Einschub machen wollen: nach fremdem Muster, die Hand erheben. (Geschieht.)

(Dr. **Hugo:** 50!)

Ich bitte um die Gegenprobe. Diejenigen, die den Antrag ablehnen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.)

(Dr. **Hugo:** 52!)

Der Antrag ist also abgelehnt.

Dr. **Weber:** Also, der Satz lautet nach wie vor:

Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems ab, verlangt aber ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volksvertretung und Regierung.

Dagegen ist wohl kein Widerspruch?

(Widerspruch. Justizrat Dr. **Marwitz:** Ich bitte, es noch einmal zu verlesen!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Herr Dr. *Marwitz* hat recht. Über den ganzen Satz ist noch nicht abgestimmt. Es wäre doch möglich, daß Herren jetzt nach der Ablehnung des Antrages *Poensgen* den ganzen Satz streichen wollen. Ich bitte die Herren, die die Streichung vornehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Der Satz bleibt also stehen.

Dr. **Weber** (liest):

Dann wird auch die Frage der Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse unter vollster Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches in Ruhe einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt werden können.

Abgeordneter Dr. **Lohmann** (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, das erste und das dritte Wort „dann" und „auch" zu streichen, und für das erste Wort „so" zu setzen. „Dann" ist zeitlich gemeint. Als Folge des Antrages wird man „so" sagen müssen.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]:

So wird die Frage der Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse in vollster Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches in Ruhe einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt werden können.

(Zuruf: Ich beantrage, die Worte: „in Ruhe" zu streichen!)

Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Ich beantrage, das Wort „vollster" durch „voller" zu ersetzen. Voller als voll kann man nicht sein. (Heiterkeit.)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Herr Geheimrat *Hirschberg* beantragt, die Worte: „in Ruhe" zu streichen.

Meine Herren, ich halte es für ziemlich gleichgültig, ob sie stehen bleiben.

(Abgeordneter Dr. **Stresemann:** Es hat schon seine Bedeutung!)

Sollen wir wirklich darüber abstimmen?

(Rufe: Nein! — Zuruf: Wir wollen es stehen lassen!)

Geheimrat **Hirschberg:** Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Dr. **Weber:** Der nächste Satz lautet:

Immer aber müssen diese Fragen zurücktreten hinter dem einen großen Ziele der Sicherung unserer deutschen Zukunft: alle Kräfte des Landes sind im Kriege zusammenzufassen, um den vollen Sieg über unsere Gegner zu gewährleisten.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Wird der Satz beanstandet? — Das ist nicht der Fall.

Haenser: Ich würde den Wunsch aussprechen, den Satz 2, der sich mit einer rein inneren Angelegenheit, der Ernährungsfrage, befaßt, während die Frage *Wilson* doch in gewissem Sinne auf das Ausland geht, an den Schluß zu setzen. (Widerspruch!)

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Nein, man muß volltönender schließen. Meine Herren, nun kommt die Abstimmung über die ganze Resolution. Ich glaube, wir machen es so: Ich bitte diejenigen Herren, die die Resolution nicht annehmen wollen, die Hand zu heben. (Geschieht.) — 8. Also die Resolution ist mit allen gegen 8 Stimmen angenommen[421]). Meine Herren, wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung. Bei

Verschiedenem

ist beantragt, die Frage der Vaterlandspartei zur Sprache zu bringen. Es liegt ein Antrag vor:

Der Zentralvorstand fordert alle Vereine auf, der deutschen Vaterlandspartei beizutreten und ihren Einfluß innerhalb derselben dahin geltend zu machen, daß gegenüber allen innerpolitischen Fragen volle Neutralität gewahrt und die Wirksamkeit der Partei ausschließlich auf das Streben nach Sicherung unserer Machtstellung nach außen gerichtet würde.

Der Antrag steht also im Widerspruch zu den Ausführungen, die wir vorhin von verschiedenen Seiten gehört haben[422]).

Die Redner wiesen vorhin auf die Gefahren hin, die diese Bildung der neuen Vaterlandspartei für unsere Partei haben könne. Dieser Antrag steht gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Er wünscht, daß wir ex officio alle unsere Parteifreunde auffordern, nach Möglichkeit der neuen Partei beizutreten und innerhalb dieser neuen Partei dann unseren Einfluß dahin geltend zu machen, daß völlige politische Neutralität gewahrt wird. Ich mache darauf aufmerksam, meine Herren, daß man einen solchen Antrag selbstverständlich überhaupt nicht veröffentlichen kann. Sie können taktische Direktiven, die Sie den Vereinen in bezug auf die Haltung einer ganz anderen Organisation geben, unmöglich veröffentlichen. Das kann nur sozusagen eine geheime Instruktion sein.

[421]) Nachdem sich bei den vorhergehenden Abstimmungen 115 bzw. 102 Delegierte beteiligt hatten (vgl. S. 414 und S. 428), darf man annehmen, daß sich etwa 100 Delegierte für die Annahme der Resolution entschieden.

[422]) Vgl. S. 362 f. u. 412.

Dr. **Struckmann:** Meine Herren, ich halte diesen Antrag für bedenklich. Ich habe die ganze Gründung für bedenklich gehalten. Wenn eine Anzahl Herren meinen, sie müßten vorzugsweise darauf bedacht sein, für das Vaterland zu sorgen, so, glaube ich, haben wir uns in unseren Vereinen schon seit Jahrzehnten, seit Anfang des Reichs, nach Kräften bemüht. Ich habe lange dem Reichstag angehört[423]), bin seit langer Zeit im Zentralvorstand[424]), und ich weiß, wohin es führt, wenn innerhalb einer Vereinigung wie der unsrigen nachher eine Reihe von Mitgliedern einer anderen Vereinigung angehören, die zu gleicher Zeit wiederum gänzlich andere Interessen verfolgt. Das muß auf die Dauer zu Mißverständnissen führen, und der Fall ist auch leider eingetreten. Ich erinnere daran, wie die wirtschaftliche Vereinigung im Jahre 1873 gegründet wurde[425]). Das hat damit geendet, daß nationalliberale Vereine und unsere Fraktion mehr und mehr verfielen. Es hat schließlich damit geendet, daß *Bennigsen* sich eine Zeitlang überhaupt aus Mißfallen über dieses ganze Getriebe vom parlamentarischen Leben zurückgezogen hat. Wir haben es nachher beim Bunde der Landwirte erlebt, dem beizutreten auch eine Reihe unserer Mitglieder für nötig hielten. Wir haben nachher ganz schwere Zeiten in der Fraktion durchgemacht, als die Tendenzen des Bundes der Landwirte, der sich ursprünglich lediglich als Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Bauern darstellte, ganz anders wurden, als aus dieser Partei [sic!] eine hochpolitische Partei wurde. Sehr viele von unseren Mitgliedern konnten sich nachher sehr schwer davon trennen[426]). Schließlich haben sie es getan, und erst dann kam Ruhe in unsere Partei hinein. Ich könnte ja auf neuere Vorgänge noch hinweisen, wo sich innerhalb der Partei eine Reihe von Mitgliedern wiederum anderen Parteien angeschlossen haben, im Gegensatz dazu andere wieder einer der ersten entgegenstehenden Partei. Sie werden noch alle unter dem Eindruck stehen, wie unerquicklich die Verhandlungen gewesen sind, die dadurch veranlaßt wurden.

Meine Herren, wenn ein Verein — es handelt sich um einen Verein — sagt, er will, abgesehen von jeder Partei, bloß die Vaterlandsliebe geltend machen, so muß ich sagen, wir alle sind doch bei unseren Bestrebungen darauf bedacht gewesen, uns von Vaterlandsliebe treiben zu lassen, und sind trotzdem in manchen Fragen zu sehr verschiedenen Ansichten gekommen. Sollte es dort anders sein? Wenn in dem neuen Verein eine Reihe von Mitgliedern sind, die nachher in unsere Reihen treten, so fühlen sie sich selbstverständlich gebunden, wenn sie dort einer Sache zugestimmt haben, ohne die Stimmung in unseren Kreisen zu kennen, dahin zu gravitieren, und wir erleben dann dasselbe, was wir vielfach erlebt haben, daß wiederum Zwistigkeiten in unsere Mitte gebracht werden. Wir sollen unsere Vaterlandsliebe in unseren Vereinen beweisen nach allen Rich-

[423]) 1874—1876 und 1884—1890.

[424]) Seit 1903; vorher bereits 1887—1890. Vgl. Organisationshandbuch 1914/15 S. 50.

[425]) Die „Freie wirtschaftliche Vereinigung", die sich 1874 auf überfraktioneller Grundlage bildete, setzte sich für die Einführung von Schutzzöllen ein. Ihr gehörten namentlich freikonservative und nationalliberale Abgeordnete an. Vgl. Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 10. Aufl., München 1960, S. 143.

[426]) Es handelte sich hauptsächlich um die Gruppe um den *Frhrn. v. Heyl zu Herrnsheim*, die z. T. 1909 aus der Reichstagsfraktion ausschied. Vgl. Kriegbaum S. 97 ff. u. 164 ff.

tungen hin, aber wir brauchen dazu keinen anderen Verein. Er wird auch nach meiner Auffassung als Verein gar nicht große Wirkungen haben. Ich warne dringend davor. Vestigia terrent! Ich habe das selbst genügend erlebt und möchte nicht alle diese Dinge noch einmal mitmachen.

Vorsitzender [Dr. Friedberg]: Meine Herren, es haben sich jetzt zum Wort gemeldet Dr. *Röchling*, Geheimrat *Brandenburg*, Dr. *Vogel*, Dr. ???[427]), Dr. *Hirsch*[428]). Sie werden mir zugeben: Es ist ganz unmöglich, die Frage zum Abschluß zu bringen. Sie werden mir auch zugeben, daß schon aus den Ausführungen des Herrn *Struckmann* und aus dem gegenteiligen Antrag des Herrn *Brandenburg* hervorgeht, daß die Meinungsdifferenzen außerordentlich groß sind, so daß wir zu einem befriedigenden Abschluß heute nicht gelangen können. Unter diesen Umständen möchte ich Ihnen vorschlagen, die ganze Frage mit dem Antrag *Brandenburg* dem Geschäftsführenden Ausschuß zu überweisen.

(Zuruf: Freigeben!)

Das ist überhaupt selbstverständlich. Jeder von uns ist ein freier Mann. Wer irgendeiner Vereinigung beitreten will, den können wir nicht daran hindern. Darüber ist gar nicht zu reden. Es kann sich ja nur darum handeln, ob wir den Beitritt empfehlen sollen oder nicht empfehlen sollen. Aber diese Frage gerade möchte ich dem Geschäftsführenden Ausschuß überweisen. Er wird sie prüfen und dann den Mitgliedern des Zentralvorstandes in irgendeiner Form einen Bericht über seine Prüfung erstatten[429]).

Wenn die Herren damit einverstanden sind, so würde ich die Frage jetzt von der Tagesordnung absetzen. (Zustimmung.) Ein Widerspruch erhebt sich nicht. Dieser letzte Punkt der Tagesordnung ist abgesetzt.

Meine Herren, wir stehen damit am Schlusse unserer Erörterungen. Die Zeit ist zu weit vorgeschritten, als daß ich, wie ich es beabsichtigte, Ihnen ein kurzes Resümee hätte geben können. Ich glaube aber, Sie werden mit der Überzeugung von hier fortgehen, daß das, was wir heute gehört haben, für uns alle außerordentlich lehrreich gewesen ist, sowohl die Aufklärungen, die uns von seiten der Herren Reichstagsabgeordneten gegeben worden sind, als auch die Kritik, die an diesen geübt worden ist.

Meine Herren, wenn sich bei unseren Reichstagskollegen hier und da eine gewisse Empfindlichkeit über ein leichtes Übermaß von Kritik geltend gemacht hat, so muß ich offen gestehen, man kann das ja zunächst begreifen, aber sachlich berechtigt finde ich es nicht. Ich bin ein zu alter Politiker, als daß ich nicht daran gewöhnt wäre, kritisiert zu werden. Nur der geschlagene Stein gibt Funken, und gerade aus dieser Kritik heraus entwickeln sich die richtigen Leitsätze und Grundsätze, nach denen die Politik unserer Partei geführt werden soll. Sie werden daraus ersehen, welche Bedeutung gerade der Zentralvorstand für die Partei hat,

[427]) Der Name fehlt im Or.

[428]) Die hier Genannten standen alle auf dem rechten Parteiflügel und dürften positiv zur Vaterlandspartei gestanden haben.

[429]) Als Ergebnis teilte *Friedberg* am 2. 10. 1917 den Mitgliedern des Zentralvorstandes mit: „In Ausführung dieses Beschlusses überläßt der Geschäftsführende Ausschuß jedem einzelnen Mitglied der Partei die Freiheit der Entschließung gegenüber der Vaterlandspartei." Vgl. Nachlaß Marwitz 1, in: Pol. Archiv.

und wenn einzelne schriftstellernde Kollegen aus dem Parlament sich in diesen Tagen bemüht haben, die Bedeutung, die dem Zentralvorstand gerade nach dieser Richtung hin innewohnt, herabzusetzen[430]), so kann ich das nur als eine taktlose Entgleisung außerordentlich bedauern, und ich würde wünschen, daß die Vorstände der betreffenden Fraktionen auf die schriftstellernden Kollegen nach der Richtung hin einwirken, daß solche Entgleisungen in Zukunft unterbleiben, denn das trägt nicht dazu bei, das freundliche Verhältnis zwischen Fraktion und Zentralvorstand zu stärken.

Aber diese Bemerkung nur nebenbei. Ich möchte, daß Sie alle von hier heute scheiden mit dem Bewußtsein, daß unsere Partei in wesentlichen Punkten einig geworden ist. Die Kriegsziele, die wir heute aufs neue proklamiert haben, sind Gemeingut unserer Partei geworden. In der Auffassung der inneren Politik waren ja erhebliche Differenzen, aber ich habe doch die Empfindung, daß durch das, was wir heute gehört haben, zum Beispiel die Ausführungen des Herrn Kollegen *Stresemann* und anderer Herren über das parlamentarische System, eine wesentliche Annäherung unserer Anschauungen erfolgt ist, daß man auch hier von einer wesentlichen Differenz nicht mehr sprechen kann. (Sehr wahr!)

So wird denn auch diese Tagung eine außerordentlich fruchtbare für die Partei sein. Ich danke Ihnen im Namen des Vorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses für Ihr zahlreiches Erscheinen und für die außerordentliche Teilnahme und Aufmerksamkeit, die Sie den Verhandlungen gewidmet haben. Damit schließe ich die Sitzung. (Lebhafter Beifall.)

Schluß gegen 6½ Uhr.

[430]) So Karl *Böhme*, M.d.R., in der Berliner Börsenzeitung, zitiert in: Berliner Neueste Nachrichten Nr. 480 vom 21. 9. 1917.

Register*)

*) Biographische Hinweise fehlen bei Mitgliedern des Zentralvorstandes (ZV; vgl. dazu das Verzeichnis S. 66—80.) und des Reichstages (MdR). Bei den übrigen Personen wurden ergänzende Angaben auf den Text abgestimmt.

Bearbeitet von Martin Schumacher

Abessinien 302

Abrüstung (internationale) u. Schiedsgerichte 136, 331
— mögliches Rüstungsabkommen mit England 1913 119, 131 f., 148, 189

8 Uhr-Abendblatt (Berlin) 178, 360

Ackermann, W. 163, 170 f., 177

Adenauer, Konrad 287

Admiralstab (Seekriegsleitung) 228, 232 f., 278, 315, 318, 342
— Denkschrift 12. 2. 1916 260

Aehrenthal, Aloys Graf Lexa von 118

Afrika 111
— Bismarcks Kolonialpolitik 112
— Mittelafrikapläne 1916 256 f.
— Ostafrika 148

Agadir 117
— „Panthersprung" 114 f.

Agitationsgesellschaften 12

Aisne 225

Albanien 121

Albrecht, Karl (ZV) 66

Alexander II., russ. Zar 1855—1881 110

Algeciras, Konferenz 1906 113 f., 189

Algerien 133

Alldeutscher Verband 12, 333, 371
Propaganda gegen v. Stein 349

Alldeutsche Blätter (Berlin) 33

Alliierte Mächte s. Entente

Altnationalliberale 30 f., 166, 168, 176, 178

Altnationalliberale Reichskorrespondenz 166, 171 f., 174 f.
— Artikel Calmans 14. 2. 1913 129

Altnationalliberaler Reichsverband 143, 152, 154—156, 166—168, 173—176, 218
— Sammlung des äußersten rechten Parteiflügels (1912) 29
— Auflösungsversuch 1914 30 f., 39
— Mitgründer 99

Anders, Gotthold 304

Andres, Carl (ZV) 66

Annexionen, Annexionsfrage 41, 200 f., 241, 256, 281
— im Osten 239, 273, 333 f., 336, 379, 406
— im Westen 201, 237, 240, 256 f., 273, 333, 368, 376, 378 f., 406, 426
— Kolonien 134, 138, 147, 196, 256 f., 379, 406
— Annexionsloser Frieden s. Friedensfrage
— „Hinausschiebung der Land- und Seegrenzen" s. Grenzen

Antisemitismus 178

Antwerpen 269

Appelius, Alfred (ZV) 66

Arabien 121

Arabic, Untergang 19. 8. 1915 229

Arbeiterkolonien 186

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine 300

Arendt, Otto, MdR 162

Argentinien 268, 313, 343

Arizona 313

Armenien 343

Arning, Wilhelm (ZV), MdR 66, 134, 142 f. 145, 148
— Zentralvorstandssitzung 1913 132—134, 190

Arnstatt, Otto (ZV) 66, 187 f.

Arras 367

Asien, franz. Kolonialpolitik 111

Asquith, Lord Herbert Henry 116, 131, 236 f.,
— für engl.-russ. Bündnis 240

Australien 316

Auswärtiger Dienst des Reiches, Reformen 122—124, 130

Auswärtiges Amt 134, 143—145, 148, 226, 231, 262, 267, 269, 278, 313
— für Separatfrieden mit Rußland 242

Bachem, Karl, MdR 395

Bachmann, Gustav, Admiral 233

Back 356

Bacmeister, Walter 363

Baden, Großherzogtum 142, 149, 224, 298, 372
— Resolution gegen Aufteilung der Reichslande 249
— zur Aufteilung Elsaß-Lothringens 354 f., 380, 392

Badische Presse 186

Badischer Großblock 22 f.

Bäckler, Max 47

Bärwinkel, Felix, MdR 232

Bagdad 332

Balkan 116, 141
— Balkanwirren 1912/13 110, 189
— Balkankrieg 1912 111, 114
— Balkanbund 111, 118, 120

Ballin, Albert
— zur Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges 235
— an H. Stinnes 6. 9. 1917 322
— Brief Stresemanns 19. 9. 1917 348

Baltische Staaten, Baltische Fragen 237, 240, 334 s. a. Rußland; Kurland; Litauen; Livland

Baltishport 120

Barrère, Camille, 1897—1924 franz. Botschafter in Rom 113, 420

Bartels, C. Volckmar (ZV) 66, 166

Bartels, Dr. (ZV) 66, 100, 102, 211—213, 216, 244, 249

Bartikowski, E. (ZV) 66

Bartling, Eduard (ZV), MdR 66, 96, 244, 249
— Wahl in Gf. A. 1912 89, 91

Bassermann, Ernst (ZV), MdR 23 f., 27 f., 30—32, 39, 44 f., 66, 89, 94, 129—133, 135, 137, 142 f., 145—147, 150—152, 158, 161 f., 165, 167, 169 f., 172, 174—178, 181, 184—191, 195—199, 202 f., 210—214, 216 f., 219 f., 223 f., 232, 245, 249 f., 254, 256, 261, 263, 267, 273, 280, 283 f., 290, 293—298, 303, 312, 314, 338, 341, 344, 350, 383, 387, 393, 396, 400

Nationalliberale Partei 22 f., 25, 44, 102, 282
— Fürsprecher eines mittleren Kurses 20, 24, 90
— für eine Parteizeitung 179
— Linksschwenkung 23, 96
— Rede auf dem Allg. Vertretertag 1910 24
— Rechtsopposition gegen den Bassermannschen Kurs 28
— Wiederwahl in ZV 1912 89
— Einspruch gegen die Zentralvorstandswahl 1912 91
— Wahl zum 1. Vorsitzenden 1912 91, 97, 99—101
— Verhältnis zu Stresemann 93
— zur Haltung der Südd. Nationalliberalen Korrespondenz und zum Fall Becker 162, 164 f.
— Resolution zur Unabhängigkeit der Partei 21. 5. 1916 249

Innenpolitik 92, 219—244
— für geheimes Wahlrecht 1907 95
— für liberale Reformen 22
— Wehrvorlagen 1912 und 1913 89 f., 124—127
— Quinquennatsvorlage 1911 126, 131
— zur elsaß-lothring. Frage 222 f., 241 f., 410
— zur Ernährungsfrage 289
— Artikel in der Nationallib. Correspondenz 17. 4. 1917 338
— Zolltarif 1902 348

Steuer- und Finanzfragen
— nationalliberale Steuerpolitik 1913 127—131, 149 f.

Weltkrieg
— Besprechung mit Bethmann Hollweg 13. 5. 1915 201
— Auseinandersetzung mit Bethmann Hollweg 202 f., 337
— „Tirpitz" (Berlin o. J.) 233
— zur U-Boot-Kriegsfrage 228—235, 268
— Abstimmung über die Resolution Neumayer 281 f.
— Kriegsziele und Friedensfrage 31, 235—238, 242 f.

Außenpolitik
— Reichstagsrede 14. 11. 1906 113
— Anfrage im Reichstag 23. 1. 1913 121
— Referent für auswärtige Politik und Landesverteidigung 9. 2. 1913 107, 109—132
— Kritik an der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 110 f.
— Bedenken gegen ein Rüstungsabkommen 119
— dementiert Rüstungsabkommen mit England (1913) 131 f.
— Reichstagsdebatte 7. 4. 1913 135

— zur Ostpolitik 238—240
— zur belgischen Frage 239—241
— Interpellation zur Daily Telegraph-Affäre 341

Auswärtiger Dienst
— für Reformen im Auswärtigen Dienst 122—124, 130
— Die Reichstagsverhandlungen über die Reform des diplomatischen Dienstes, in: Nationalliberale Blätter 11. 5. 1913 124

Bassermann an
— Schiffer 24. 5. 1910 23
— Stresemann 1. 3. 1912 93
28. 3. 1912 95
28. 8. 1912 180
28. 1. 1913 169
— Schiffer 17. 11. 1914 123
19. 2. 1915 243
— Stresemann 2. 4. 1917 340
— Telegramm an v. Buhl 212

Briefe an Bassermann
— Stresemann 27. 1. 1912 162
30. 1. 1912 151, 162
30. 5. 1912 151
— Wachhorst 28. 8. 1912 180
— Stresemann 7. 11. 1912 166, 178
— Friedberg 9. 8. 1915 197 f.
— Stresemann 31. 3. 1917 340 f., 391
19. 6. 1917 42
14. 7. 1917 338

Bassermann, Julie, geb. Ladenburg 400, 410

Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz von 221, 285, 288, 346

Baumann, Julius (ZV) 66

Bayerische Staats-Zeitung (München) 223

Das Bayerische Vaterland (München) 354

Bayern 220, 287, 353 f., 389—393, 398 f., 417
— Aufteilung Elsaß-Lothringens 222, 241, 249, 354 f., 357, 380 f., 396—398
— partikularistische Strömungen 373

Bebel, August, MdR 25
— Wahl des Reichstagspräsidiums 1912 26, 93, 95

Beck, Anton Eugen (ZV), MdR 66, 94
— Wahl in Gf. A. 1912 89, 92

Becker, Jacob, MdR 161—163, 165—167

Behnke, Emil (ZV) 66

Belfort, Bedrohung Süddeutschlands 241

Belgien 225, 236, 240 f., 256, 342, 395, 404
— Flandern 310, 319, 364, 367
— strategische Bedeutung der Küste 241, 368
— Kongokolonie als dt. Kriegsziel 256
Belgische Frage 239—241, 254—256, 407, 419
— Annexion 201, 237, 240, 256, 273, 368, 376, 378, 406, 426
— Ernährung 270, 280
— Wiederherstellung der Neutralität 310, 330, 332 f., 337, 426
Flämische Frage 237, 240, 243
— flämische Bewegung 239, 241
— „Flanderns Erwachen" 241

Below-Saleske, Konrad v., dt. Gesandter in Sofia 1910—1913 116, 123

Benedikt XV., Papst 347, 395
— Friedensverhandlungen 242, 261
— Notenwechsel mit Wilson 242
— Friedensnote vom 1. 8. 1917 309
s. a. Friedensresolution; Papstnote

Bennigsen, Rudolf v., MdR 168, 270, 297, 369, 430

Berchtold, Leopold Graf v. 118

Berlin, 14, 36, 64 f., 301, 303, 313, 350, 353, 394, 398
— Nationalliberaler Verein 94
— Vertretertag 1912 104

Berliner Kongreß 110, 118

Berliner Abendpost 179

Berliner Börsen-Courier 24, 93

Berliner Börsen-Zeitung 361, 411, 432

Berliner Lokalanzeiger 200

Berliner Morgenpost 179

Berliner Morgenzeitung 179

Berliner Neueste Nachrichten 32, 340, 361, 374, 411, 418

Berliner Tageblatt 17 f., 22, 94, 97—99, 168, 171 f., 176, 196, 201, 285, 329, 366, 384
— „Krach bei den Nationalliberalen" 1912 94—97
— „Niederlage Bassermanns und Dr. Stresemanns" 1912 94

Bernstorff, Graf Johann Heinrich 342
—Telegramm v. Bethmann Hollweg 6. 5. 1916 253

Besitzsteuer s. Steuern

Best, Franz (ZV) 66

Bethmann Hollweg, Theobald v. 31 f., 97, 121, 123 f., 133, 144, 195 f., 198—203, 212, 219, 232 f., 235 f., 242, 246, 258—260, 262 f., 266—270, 273, 276—278, 280—282, 284 f., 287, 309, 317, 337—339, 341 f., 371, 375, 385 f., 399, 420
— Spannungen mit Wermuth 1912 89
— Haltung zu Österreich während der Balkankriege 117
— Denkschrift Kühns 5. 10. 1912 128
— zur Steuerpolitik 1912/13 90, 130
— Reichstagsdebatte 7. 4. 1913 135
— Kriegsziele 197, 237 f.
— Verständigung mit Frankreich 201
— zur U-Boot-Frage 231, 234, 263, 265
— zur Polenfrage 238 f.
— Interview mit v. Wiegand 264
— Bitte an Wilson um Friedensvermittlung 314
— zur Wahlrechtsfrage 338 f., 395 f., 398

Besprechungen mit
— Stresemann u. Roetger 8. 12. 1914 201
— Gerard 1. 5. 1916 263
— v. Hertling 10. 5. 1916 222
Brief an Westarp 23. 4. 1915 201
Telegramm an Bernstorff 6. 5. 1916 253
Schreiben der Nationalliberalen Reichstagsfraktion 29. 9. u. 3. 11. 1916 331

Betri, v. 198

Beukenberg, H. Wilhelm, Generaldirektor 233

Beumer, Wilhelm, Generalsekretär 302 f.

Beyer, Dr. (ZV) 66

Beyer, Otto (ZV) 67

Bickes, Theodor (ZV) 67, 108 f.

Bielfeld, Harald (ZV) 67, 244

Bieske, Emil (ZV) 67, 211

Bingener Konferenz 334

Bismarck, Otto Fürst v. 11, 21, 135, 144, 187, 201, 345, 369 f., 382, 419
— als politisches Vorbild 107, 109 f., 112, 130, 142, 160 f., 190, 195, 419, 422
— „ehrlicher Makler" auf dem Berliner Kongreß 110
— Rückversicherungsvertrag 110, 189
— Kolonialpolitik in Afrika 112
— Kontinentalpolitik 114
— Rede in Jena 30. 7. 1892 345
— und die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens 353, 381

Bissing, Moritz Ferdinand Frhr. v. 239

Blank, Oskar (ZV) 67, 157, 335

Blankenburg, Wilhelm 363

Blankenhorn, Ernst (ZV), MdR 67, 293 f., 298
— Wahl in Gf. A. 1912 89, 92

Bleichröder, S., Bankhaus 300

Blüher, Richard (ZV) 67

Blum, Friedrich (ZV) 67

Boehm, Theodor (ZV) 67, 299

Böhme, Karl, MdR 178, 222, 432

Böttger, Hugo (ZV), MdR 24 f., 29, 67, 94

Bohm, Felix (ZV) 67

Boisly, Theodor (ZV) 67, 273

Bollert, Gerhart (ZV), MdR 67, 125, 299

Boltz, Heinrich (ZV), MdR 67, 216, 244

Bong-Schmidt, Paul (ZV) 67, 244

Bosnische Frage 114, 189

Brandenburg, Erich (ZV) 33, 67, 244, 288, 338, 385, 405, 422, 426, 431
— Artikel in den Berliner Neuesten Nachrichten 1917 374
— Gegner der Friedensresolution 374—376, 378
— zur belgischen Frage 376
— „Deutschlands Kriegsziele" (1917) 376
— Gegner einer Parlamentarisierung 376—378

Brasilien 124, 313
— Abbruch diplomatischer Beziehungen 312

Braunschweig, v. 166

Breithaupt, Paul (ZV) 16, 31, 68, 90 f., 98, 151 f., 158 f., 207 f.
— Gegner der Jungliberalen 90
— Zuwahl in ZV 1912 89, 91
— Wahl in Gf. A. 1912 89, 92

Brentano, Lujo 280

Briand, Aristide 337

Briey s. Erzgebiete

Broecker, J. v. (ZV) 68, 176

Brües, Ernst (ZV) 68, 103, 281

Brüssel
— Rat von Groß-Flandern 17. 10. 1915 241

Brune, Generalsekretär 332

Brussilow-Offensive 1916 226, 236, 238, 344

Buchanan, George 320

Budgetkommission s. Hauptausschuß

Bülow, Bernhard Fürst v. 112, 114, 341
— zur Einkreisungspolitik 113
— Politik in der Frage Bosniens und der Herzegowina 114
— für türkenfreundliche Politik 117
— Reichsfinanzreform 127, 149
— gegen Wiederherstellung Polens 238

Bülowblock, Scheitern des 22 f., 38

Buhl, Franz v. 116, 199, 202, 212

Bukowina 311, 323, 325, 330

Bulgarien 118, 132, 248, 323 f.
— Wirkung der Friedensresolution 324

Bund der Landwirte 161 f., 177 f., 430
— Unterstützung der Vaterlandspartei 412

Bundesfürsten 258, 266, 281

Bundesrat 128—130, 149 f., 258, 266, 373, 399
— Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten 202
— zur elsaß-lothring. Frage 355, 359

Bundesstaaten 22, 129, 148, 284, 287

Bürklin, Albert (ZV), MdR 68

Burenkrieg 112

Burgfrieden 248, 250, 339, 398
— Zerstörung 31 f.
— neuer Burgfrieden 365
s. a. Friedensfrage

Burchard, W. A. (ZV) 68

Calais 225, 273

Calker, Fritz van (ZV), MdR 68, 111, 148, 308, 343, 354 f., 358, 369 f., 372, 397, 408, 410, 415, 417, 421
— Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges 232
— zur Friedensresolution 329
— zur elsaß-lothring. Frage 23. 9. 1917 351—359
Einverleibung in Preußen 353—355, 357
Aufteilung zwischen Preußen und Bayern 354 f., 357
Autonomie 355—357
— Interfraktioneller Ausschuß Juli 1917 375, 422
— bei Besprechung mit Michaelis 21. 7. 1917 357

Calman, Eugen (ZV) 68, 161, 165—167
— in Zentralvorstand 1912 91
— Presseartikel 1913 129
— zur Parteiorganisation 160—164, 171

Cambon, Jules, franz. Botschafter in Berlin 1907—1914 420

Cambon, Paul, franz. Botschafter in London 1898—1920 420

Campe, Rudolf v. (ZV) 68, 215, 258, 276, 349
— Antrag zur Resolution Neumayer 21. 5. 1916 256, 266 f.
— zum Einsatz der U-Boot-Waffe 267
— zur Ernährungsfrage 289

Capelle, Eduard v. 233, 260, 268 f., 276—278, 316
— Haltung in der U-Boot-Kriegsfrage 234
— nennt Verluste im unbeschränkten U-Boot-Krieg 23. 8. 1917 315

Caprivi, Leo Graf v. 111, 160

Carolath s. Schönaich-Carolath

Casselmann, Leopold v. (ZV), MdR 68, 179, 391, 393, 398 f., 415, 419
— Wahl in Gf. A. 1917 298 f.
— zur Resolution 23. 9. 1917 378 f., 389 f., 390 f.
— Gegner der Friedensresolution 390
— zur Parlamentarisierung 390 f.
— zur elsaß-lothring. Frage 392

Cecil, Robert 309

Chamberlain, Houston Stewart 391

Chemin des Dames 367

Chicago Daily News 235

China 312

Churchill, Winston 122

Claß, Heinrich 115

Clemenceau, George 272

Cloß, W. A. Gotthard (ZV) 68, 244

Contemporary Review s. Review

Coupienne, Jean Bapt. (ZV) 68

Cremer, Carl (ZV) 68, 308
— zur Wahl v. Scheller-Steinwartz 303 f.
— zur nationalliberalen Frauenorganisation 307
— zur elsaß-lothring. Frage 397 f.
— zur Innenpolitik 398—400

Czernin von und zu Chudenitz, Ottokar Graf 325, 343
— zur Friedensresolution 326
— Einfluß auf die päpstliche Friedensaktion 395

Czernowitz 311

Dänemark 122, 162, 271, 273, 280
— Seekrieg 231

Daily Telegraph-Affäre 112

Dallwitz, Johann Frhr. v. 222

Dardanellenfrage 121, 200

David, Eduard, MdR
— zur Friedensresolution 329
— Hauptausschußsitzung 22. 8. 1917 346
— bei Besprechung mit Michaelis 21. 7. 1917 357

Deesen (ZV) 68, 289, 305

Deimling, Berthold v. 356

Delbrück, Clemens v. 221, 285

Delbrück, Hans 200 f.

Delcassé, Theophile 344

Delegiertentag s. Nationalliberale Partei

Demokratisierung s. Parlamentarisierung

Dernburg, Bernhard 115, 200 f.

Deutsche Bauernvereine 336

Deutsche Demokratische Partei (DDP) 36 f., 39 f., 43

Deutsche Morgenzeitung s. Berliner Morgenzeitung

Deutsche Politik (Berlin) 372, 408

Deutsche Tageszeitung (Berlin) 180, 212, 326, 361, 402

Deutsche Vaterlandspartei 19, 336 f., 362 f., 365, 394, 399 f., 412—414, 416, 429—431
— Reichsausschuß 363

Deutsche Volkspartei (DVP) 35, 37, 40, 46, 182
— Verhältnis zu den Nationalliberalen 39 f.
— Satzung und Organisation 39 f., 43
— uneinheitliche Haltung beim Kapp-Putsch 43

Deutsche Zeitung (Berlin) 402

Deutscher Bauernbund 170, 177 f., 180, 185 f., 222

Deutscher Kurier (Berlin) 179, 361, 374, 418

Deutscher Wehrverein 125

Deutsch-Konservative Partei 221
— für Pluralwahlrecht Juni 1917 339

Dieckmann, Dr. 68
— für Aufnahme von Frauen in ZV 306

Dingeldey, Eduard, MdR 46

Diplomatie, deutsche 124, 135
— Versagen 312 f., 342
— Aufgaben nach dem Krieg 221

Dirr, Pius 202, 239

Dobrudscha 324

Döring, G. (ZV) 68

Dombrowski, Erich, stellv. Chefredakteur d. Berliner Tageblatts 1916—1926 17
— (Johannes Fischart, Pseud.): Das alte und das neue System, Berlin 1919 99, 152

Dove, Heinrich, MdR 98

Doyle, Sir Arthur Conan 268

Dreibund 113, 121, 140, 343

Dresden 64, 301 f., 350, 422

Dreyer, Ludwig (ZV) 69

Düna, russ. Offensive 227

Dünaburg 330

Dusch, Alexander Frhr. v. 380

Eduard VII. 112
— Werben um Italien 113
— Wirkung der Einkreisungspolitik 114, 189, 237

Egelhaaf, Gottlob 24

Ehrenberg, Amtsgerichtsrat 304

Ehrhard, Albert 354

Eilts 242

Elsaß-Lothringen 111, 139, 145, 241 f., 249 f., 290, 334, 353, 409
— Haltung der Elsaß-Lothringer im Krieg 355, 371 f., 409

Elsaß-lothringische Frage 222 f., 351—359, 369—373, 379—381, 392 f., 396—398, 400 f., 407—410, 415—417
— Abtrennung 235, 243
— Einverleibung in Preußen 353—355, 357, 359, 372 f., 392, 396 f., 408, 415, 417
— Teilung zwischen Preußen und Bayern 354 f., 357, 359, 373, 381, 392, 396, 398, 417
— Autonomie 355—359, 370, 372 f., 379—381, 392, 397, 400, 407—409, 416 f.
— als Kriegsziel Frankreichs 358
— Eindeutschung 371
— wirtschaftl. Verhältnis zum Dt. Reich 373, 380
— Denkschrift Schäfer 27. 8. 1917 408
— Resolution (Anträge Steiner, Fuhrmann, Struckmann 23. 9. 1917) 407, 423

England (Großbritannien) 121, 125, 130, 135, 140 f., 143, 189, 226, 228—230, 233—235, 240—242, 245—248, 251, 257 f., 260—262, 268 f., 275 f., 278, 281, 285, 316—321, 325, 332, 337, 344, 348, 358, 368, 383, 391, 421
— keine Mäßigung der U-Boot-Blockade 32
— dt.-engl. Beziehungen 30, 110—112, 134, 138, 146, 180
— Rüstungsabkommen 1913 119, 131 f., 148, 189
Kolonialabkommen 1911/14 136
Einkreisungspolitik 114, 189, 199
— Flottenübereinkunft mit Frankreich 120
— Krieg 268, 271
Wirkung des U-Boot-Krieges 256, 260, 315 f., 330, 368
— mögliche Landung in England 225 f.
— und die irische Frage 271 f., 357
— Frage der U-Boot-Blockade 277 f.
— „angemaßte" Weltherrschaft 315
— zur elsaß-lothringischen Frage 334
— engl. Parlamentarismus als Vorbild 135 f., 419

Entente, Alliierte (West-)Großmächte 236, 272, 320
— Verzicht auf Eroberungen 332

Enver Bey (Pascha), Erhebung 116, 118, 343

Epstein, Klaus 386

Erbschaftssteuer s. Steuern

Erk (ZV) 69

Ernährungsfrage 219, 221 f., 236, 244, 259 f., 266, 269—271, 273, 276, 278, 280, 327, 379, 384
— Bericht Paasche 21. 5. 1916 284—289
s. a. Kriegsernährungsamt

Ernst II., Herzog von Sachsen-Altenburg 302

Erzberger, Matthias, MdR 125, 129, 147, 149, 198, 202, 316, 319, 330, 335, 348, 376, 388, 393, 401 f., 410
— zur Steuerfrage 127 f., 190
— Artikel in „Der Tag" 8. 2. 1913 129
Germania 22. 9. 1917 347
— zum U-Boot-Krieg 231, 315
— Unterredungen mit Karl I. 326
— zur Friedensresolution 327, 385 f., 394 f.
— Hauptausschußsitzung 22. 8. 1917 346
— bei Besprechung mit Michaelis 21. 7. 1917 357
— für Autonomie Elsaß-Lothringens 358
— an Michaelis 18. 7. 1917 358
— Biberacher Rede 16. 9. 1917 401

Erzgebiete von Longwy und Briey 241, 334

Europa 237 f., 254, 270

Falk, Bernhard (ZV) 68, 149, 181
— zur Steuerpolitik 1913 149, 175 f., 190
— zur nationalliberalen Frauenorganisation 308

Falkenhayn, Erich v. 226, 243, 344 f.

Fehrenbach, Constantin, MdR 335, 348

Felde, C. (ZV) 69

Finanzreform s. Reichsfinanzreform

Fink, Gustav (ZV) 69

Fischer, Hermann (ZV) 69, 93, 104
— Abwahl des Gf. A. 1912 27, 92, 101—103
— Vorsitzender des jungliberalen Reichsverbandes bis 1911 92

Fisher, Sir John 112

Flämische Frage s. Belgien

Flandernschlacht 1914 226

Fleischer, Friedrich (ZV) 69, 216

Flotow, Hans v., Botschafter in Rom 1913 bis 1915 123

Flottenpolitik, deutsche 112, 119, 125, 132, 189, 228

Flottenverein 112

Fortschrittliche Volkspartei (FVP) 35, 41, 91, 98, 171, 179, 336, 346—348, 362, 366
— Jugendvereine 98
— für Verbesserung der dt.-engl. Beziehungen 112
— Stellung zu Fideikommissen 185
— Haltung zum Petroleummonopol 188
— Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen in Bayern 220
— zur Wahlrechtsfrage 340
— Kriegsziele und Friedensfrage 375
Friedensresolution 328, 402
Antwort auf die Papstnote 330, 335
— zur Parteipresse 382

Frankfurt a. M. 104

Frankfurter Zeitung 25, 30, 93, 198, 201, 338, 375, 384
— „Die Altliberalen" 11. 4. 1912 100
— Einfluß in Süddeutschland 382

Frankreich 121 f., 125, 134, 201, 225, 234—236, 240 f., 254, 257, 267, 274, 316, 321, 326, 391, 421
— Flottenübereinkunft mit England 120
— Revanchegedanke 110 f., 114
— Beziehungen zu Rußland 111, 120, 189
— Kolonialpolitik 111, 132
— franz. Parlament 135
— Kriegsziel Elsaß-Lothringen 358
— Wirkung einer möglichen Autonomie Elsaß-Lothringens 400 s. a. Elsaß-Lothringen

Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 137

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn 113, 118

Französisch-Äquatorialafrika 134

Freie Vereinigung Hessischer Nationalliberaler 91, 299

Freie Wirtschaftliche Vereinigung 430

Freigang, Hermann (ZV) 69

Freikonservative Partei 347, 387, 422, 430
— zur polnischen Frage 331 f.
— für Pluralwahlrecht 1917 339

Freisinnige Volkspartei 98, 160, 163, 387
— Organisationsstatut für die FVP 98
s. a. Fortschrittliche Volkspartei

Frey, Ernst (ZV) 69

Frey, Wilhelm (ZV) 69

Friedberg, Robert (ZV) 20, 30, 36 f., 42, 69, 96, 100 f., 129 f., 146, 152, 165 f., 168, 172, 176—178, 185, 190, 197—199, 211, 213 f., 217 f., 244 f., 249, 261, 267, 281, 284, 289, 294, 299—302, 304 f., 331, 351, 359, 366—368, 378, 391—393, 404, 406, 413 f., 423—429, 431 f.
— für Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten 21
— Fraktionsführer im preuß. Abgeordnetenhaus 22
— Verbindung zu westf. Industrievertretern 22, 32
— Einfluß auf die Parteiorgane 22
— Artikel in NLC 10. 4. 1914 25, 30
— Gegner der Jungliberalen 22, 26 f., 90, 93, 95 f., 102
— „Antipode" Bassermanns 30
— Wahl als stellv. Vorsitzender des ZV 1912 89, 91, 98
— zum Antrag Marwitz 1913 154—160
— zur Wahlkreisorganisation 283 f.
— Zentralvorstandssitzung 1917 293 f., 296 f., 378 f.
Kandidatur u. Wahl für den 1. Parteivorsitz 32 f., 294 f.
zur nationalliberalen Frauenorganisation 308 f.
— Rede im preuß. Abgeordnetenhaus 392
— zur Elsaß-Lothringen-Resolution 1917 407 f.
— Friedberg an
Rebmann 20. 2. 1917 40
Bassermann 9. 8. 1915 197 f.
— Brief von Ossent an Friedberg 14. 4. 1912 29, 91, 151

Friedensburg, Leopold (ZV) 69, 212

Friedensfrage 220, 228, 320, 367, 374
— Bedingungen für einen Frieden 1915 31
— Friedensverhandlungen 240, 242 f., 311, 318, 326, 333, 337, 369
— Friedensmöglichkeit Sommer 1917 310
— Frieden durch unbeschränkten U-Boot-Krieg 317, 368 f., 403
— annexionsloser Frieden 311, 325, 328
— Friedensbotschaft 16. 12. 1916 401
— Verständigungsfrieden 39, 401
— Sicherungsfrieden 403, 416
— Verzichtfrieden 39, 346
— Siegfrieden 41, 379
— Resolution 23. 9. 1917 378 f., 384 f., 390 f., 393—395, 406 f., 415, 424—429
— Weltfriedenskongreß 331
Unabhängiger Ausschuß für einen dt. Frieden 336, 408
s. a. Friedensresolution; Papstnote

Friedensresolution, Juliresolution vom 19. 7. 1917 21, 33—35, 39, 42, 296, 330, 347, 369, 375, 390, 393, 401, 403, 410, 417 f., 425
— Wirkung in Bulgarien 323
— Stresemann auf ZV 1917 327—331
— gleichzeitige Erklärung über Elsaß-Lothringen 351
— Rückwirkung auf die Armee 366—368
— Resolution der Reichstagsfraktion 374, 385—387
— Erzberger und die Papstnote 385 f.
— Haltung sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer 402

Friedensziele s. Kriegszielpolitik

Friedrich II., König von Preußen 122, 136, 271, 344

Friedrich Franz IV., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin 271

Fritsch, Bruno (ZV) 69, 249

Fromme, Heinrich (ZV) 69

Fuchs, Staatsanwaltschaftsrat 94

Fuhrmann, Paul (ZV), MdR 35, 69, 99, 155, 175, 249, 340, 361, 363, 418, 423
— im Altnationalliberalen Reichsverband 29, 166
— „Der Altnationalliberale Reichsverband" 99
— zur elsaß-lothring. Frage 290, 408—410
Resolution 23. 9. 1917 407, 416
— zur Friedensresolution 410—412
— Leiter der Berliner Neuesten Nachrichten 411

Galizien 239, 311, 320, 323, 325, 330, 332, 337

Camp-Massaunen, Karl Frhr. v., MdR 201

Gasparri, Pietro 310

Gebhardt, Rudolf (ZV) 69

Gerard, James Watson 263

Germania (Berlin) 336
— Artikel v. Richthofens 22. 9. 1917 347, 362, 383

Gevers, Willem Alex. Fred., Baron 270

Gewerkschaftsbewegung 223
— Haltung sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer zur Friedensresolution 402

Gibraltar 143

Gläser (ZV) 69

Glockner, Karl (ZV) 70

Goehring, Emil (ZV) 70

Görck, Wilhelm (ZV) 70

Goethe, Johann Wolfgang 296

Goldschmidt, Hans 182, 427

Gortschakow, Fürst Alexander Michailowitsch, russ. Reichskanzler 1870—1882 u. Minister des Äußeren 1856—1882 110

Goschen, Sir William Edward, engl. Botschafter in Berlin 1908—1914 200

Gothein, Georg, MdR 328

Graser, Julius (ZV) 70

Gregor, Paul (ZV) 70

Grenzen, deutsche
— West- u. Ostgrenze 237, 406 f.
— militärische Sicherungen 203, 241 f., 245, 248, 273
— wirtschaftl.-militärische Sicherung gegenüber Frankreich 254 f.
— „Hinausschiebung der Land- u. Seegrenzen in Ost u. West u. in Übersee" 31, 203, 245, 255, 257, 273, 281, 406
s. a. Elsaß-Lothringen; Maasgrenze; Rheingrenze; Annexionen

Greupner, Richard, Generalsekretär der schlesischen Provinzialorganisation 211

Grey, Sir Edward 116, 235, 240

Griechenland 132, 316
— Neutralität 231

Griesinger, Julius Adolf Frhr. v., Gesandter in Belgrad 1911—1914 123

Gröber, Adolf, MdR 348

Groener, Wilhelm 344

Grund, Bernhard (ZV) 70, 211

Haarmann, Wilhelm (ZV) 70, 145, 165, 181, 210, 217, 244, 249
— Mitglied des Gf. A. des Altlib. Verbandes 166
— zur Fleischversorgung 187

Haas, Wilhelm (ZV) 70, 107 f., 189, 244, 249

Hackenberg, Albert 107, 189

Haeseler, Gottlieb Graf v. 271

Haeuser, Adolf (ZV) 70, 429

Haldane, Richard Burdon 109 f.

Hamburg 350

Hamburger Nachrichten 176, 190

Hamm, Oskar (ZV) 70

Hammerschmidt, Carl (ZV) 70

Handelskrieg 252

Hannibal 344

Hannover 64 f., 184, 306, 350
— nationalliberaler Provinzialvorstand 1918 36
— Provinzialparteitag Oktober 1917 39

Hannoverscher Courier (Kurier) 29, 168, 274, 361

Hansa-Bund 93, 124, 148, 180

Harpener Bergbau-AG 187

Hartmann, Fritz (ZV) 70

Hatzfeldt, Hermann Fürst v., Herzog zu Trachenberg, MdR 198, 201

Hauptausschuß, Haushaltsausschuß (Budgetkommission) des Reichstags 121 f., 124, 126, 128, 134, 219, 222, 231, 258, 260 f., 276, 278—280, 287, 289, 309, 313, 336, 345, 404
— für Verbesserung der dt.-engl. Beziehungen 1913 112
— zur Frage des U-Boot-Krieges 315, 317
— Mitteilungen Koeths 321
— zur elsaß-lothringischen Frage 354
— Kriegszieldiskussion 22. 8. 1917 346
Michaelis zur Friedensresolution 410
Sitzungen [23. 11. 1916] 345; [6. 7. 1917] 315, 326; [7. 7. 1917] 327, 421; [9. 7. 1917] 337; [22. 8. 1917] 309, 346, 410; [23. 8. 1917] 315—317; [24. 8. 1917] 321, 327

Hauptausschuß der wirtschaftsfriedlichen Verbände, Resolutionen 18. 9. 1917 336

Hauptquartier, Großes 232

Hauptquartier Ost (Oberost) 227, 236, 240

Hausmann, Fritz (ZV), MdR 70
— Wahl in Gf. A. 1912 89, 92

Hauß, Karl (Charles), MdR 139
— Unterredung mit v. Hertling 2. 12. 1914 354

Haußmann, Conrad, MdR 338, 375
— zur Friedensresolution 328
— über den Sturz Bethmann Hollwegs 338
— Interfraktioneller Ausschuß 9. 7. 1917 375

Hebel, Otto (ZV) 70, 196, 414, 423

Heckmann, Karl, MdR 17

Heckscher, Siegfried, MdR 124, 132, 335

Heer, Deutsches
— Erhöhung der Schlagkraft 1913 124—127, 189
— Verhältnis der Offiziere zu den Mannschaften 225
— Haltung der Elsaß-Lothringer im Krieg 371 f., 409
— Wirkung der Friedensresolution 364—368, 375
— Aufgaben nach einem Frieden 221
s. a. Weltkrieg, Oberste Heeresleitung

Heitzig, Dr. 304

Heim, Georg 287

Heimann-Kreuser, Carl (ZV) 70, 414
— zur künftigen Westgrenze 254 f.

Heinrich, Prinz von Preußen 228

Heinze, Rudolf (ZV), MdR 27, 71, 100
— Rede 24. 3. 1912 93, 101

Held, Theodor, MdR 161 f.

Helfferich, Karl 221, 232, 234, 271, 327, 335, 340
— Denkschrift 26. 2. 1916 277
— Unterredung mit Czernin 325

Heraeus, Wilhelm (ZV) 71

Herbette, Jean 312

Hermanni, Bernhard (ZV) 71

Hertling, Georg Graf v. 202
— Besprechung mit Bethmann Hollweg 10. 5. 1916 222
mit Ricklin und Hauß 2. 12. 1914 354

Hervé, Gustave 272

Herwig, Friedrich (ZV) 71

Herzegowina 114, 118

Hessen-Darmstadt, Großherzogtum 372, 421
— Gegensätze in der Partei 91, 299

Hettner, Franz (ZV) 71, 179
— in der Leitung der Vaterlandspartei 412

Heydebrand und der Lasa, Ernst v., MdR 331, 339

Heygster (ZV) 71

Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm Frhr. v., MdR 92, 430
— Austritt aus der Reichstagsfraktion 161
— gründet 1910 Südd. Nationalliberale Korrespondenz 163

Hieber, Johannes v. (ZV), MdR 71, 298

Hildesheim 282
— nationalliberale Parteiorganisation 306

Die Hilfe (Berlin) 161, 175, 220

Hilfsdienstgesetz (Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst) 344

Hindenburg, Paul v. 227, 242 f., 270, 344, 350
— zur polnischen Frage 239
— Telegramm an Michaelis 20. 8. 1917 320
an Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg 365
— Gespräch mit Scheidemann 14. 7. 1917 336

Hinrichs (ZV) 71

Hirsch, Wilhelm (ZV), MdR 71, 179, 218, 249, 258, 266—269, 274, 281, 345, 361, 385, 391 f., 402, 411, 425, 431
— Vertreter der Schwerindustrie 34, 42
— Mitglied des Gf. A. des Altliberalen Verbandes 166
— Annexionsforderungen 201
— zur Resolution Neumayer 257—264, 282
Resolution Osann 264—266
— für unbeschränkten U-Boot-Krieg 263
Innenpolitik 385—389
— zur Friedensresolution 328, 385—387
— führende Rolle in der Kriegszielbewegung 385
— gegen interfraktionelle Besprechungen 21. 8. 1917 388

Hirschberg (ZV) 71, 304, 428 f.
— zur Gründung der Vaterlandspartei 412 f.

Hobrecht, Arthur, MdR 107, 189

Hobrecker, Eduard (ZV) 71

Höferolle 186

Hoffmann, Arthur 358
— Friedensvermittlung 343

Hoffmann, Leberecht (ZV) 71

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu 341

Hohkönigsburg b. Schlettstadt 380

Holland, Niederlande 122, 162, 231, 273, 280, 316
— deutschfeindliche Stimmung 270 f.

Hollmann, Fritz v. 112

Holtzendorff, Hennig v. 233, 277, 279

Honoratiorentum s. Nationalliberale Partei

Hopf, Generalsekretär d. württ. Landesorganisation 25

House, Edward Mandell 263

Hugo, Otto (ZV) 71, 273, 276, 297, 428
— Pressezensur u. U-Boot-Krieg 1916 274 f.

Humann, Marineattaché 343

Hurra-Patriotismus 122

Hussong, Friedrich
— „M. Erzbergers Wege und Wandlung" 401

Huysmans, Camille 321

Ickler, Gustav (ZV), MdR 17, 71, 216, 410

Illgen 93

Industriegesellschaft 14

Innenpolitik, Neuorientierung im Innern 223, 364 f., 376 f., 382, 384—390, 398—401, 416 f., 419

Interessenverbände 12

Interfraktioneller Ausschuß 35, 45, 345 f., 348, 361, 365, 374 f., 382 f., 385, 388
— Interfraktionelle Verhandlungen 404 f.
— Einfluß des linken Fraktionsflügels der Nationalliberalen 422
— nat.- lib. Vorbehalte 21. 8. 1917 334

Irische Frage 271 f., 278, 357

Italien 113, 117, 121, 140, 235, 320, 342, 344

Jacobi, Richard (ZV) 168, 207

Jaenicke
— Brief an Stresemann 27. 6. 1912 155
— Brief Stresemanns 22. 10. 1917 337

Jagow, Gottlieb von 123, 136, 246, 263 f., 282
— über dt.-engl. Beziehungen 1913 119, 135

Jakobstadt
— Eroberung 22. 9. 1917 311

Japan 316
— Uschida-Verhandlungen 242

Jena 65, 345

Jesuitengesetz, Aufhebung 224

Johann Albrecht, Herzog von Mecklenburg 365

John, W. (ZV) 71

Jütland 121

Junck, Johannes (ZV), MdR 31, 71, 196—197, 199, 375
— Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges 32, 232
— Kandidat f. d. Gf. A. 24. 3. 1912 92
— Friedensresolution 329, 410 f.
— Interfraktioneller Ausschuß Juli 1917 422

Jungliberale (Jungnationalliberale) 29, 31, 94 f., 99—103, 151, 166, 168, 176, 363
— Verfechter der Reform 14—17
— Zusammenschluß im Reichsverband (1900) 14
— jungliberale Vertreterversammlung 1902 15
— für gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten (1906) 22, 102
— Status in der Partei 14, 25—27
— Bejahung imperialistischer Zielsetzungen 30
— Einspruch gegen die Wahl Friedbergs zum stellv. Vorsitzenden 24. 3. 1912 91
— Vorschlag zur Wahl des Gf. A. 92
— für die Simultanschule 102
s. a. Jungliberaler Reichsverband; Jungliberalismus

Jungliberale, Badische 24

Jungliberale Blätter (Berlin) 22 f., 41, 93, 101, 152, 174
— „Eine ‚Palastrevolution' im nationalliberaralen Verein Berlin" 23. 3. 1912 94
— „Ein kritischer Tag" 30. 3. 1912 99
— Artikel Ludewigs 15. 1. 1913 169

Jungliberaler Reichsverband (1900) 25, 90, 92, 157, 176, 213 f., 216, 218
— für den „Abmarsch nach links" 25
— finanzielle Unterstützung der Partei 26
— Auflösungsversuche 1912/14 27, 30 f., 39, 93, 96
— Trennung von der Parteiorganisation 1912 28

Jungliberalismus 14, 25, 96, 103

Kaempf, Johannes, MdR 98

Kahl, Wilhelm 71, 196 f., 200 f., 213, 216, 244
— Brief an Stresemann 11. 3. 1918 212

Kaisertum, Bedeutung für die Zukunft Deutschlands 382 f.

Kalkoff, Hermann, 152, 155, 177, 182

Kanada 119, 133, 261, 270

Kapp-Putsch 43

Kardorff, Wilhelm von, MdR
— Kardorffmehrheit 95

Karl I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn 325 f.

Károlyi, Michael Graf, Führer der „Unabhängigkeitspartei"
— Rede in Szeged 16. 9. 1917: für Vermittlerrolle der Habsburger Monarchie 325 f.

Kauffmann, Robert (ZV) 71, 131, 135, 177, 212—217, 244
— Brief an Bassermann 27. 3. 1912 28, 101
— gegen Angriffe auf die Jungliberalen 24. 3. 1912 101
— „Der deutsche Weg — Fünf Gespräche über Macht und Freiheit", Berlin 1912 131
— Zentralvorstandssitzung 9. 2. 1913 176

Kaunitz, Wenzel Anton Graf von 122

Kehren, Ernst (ZV) 72, 244

Keil, Friedrich (ZV) 72, 249

Keinath, Otto (ZV), MdR 24, 72, 93
— gegen unbeschränkten U-Boot-Krieg 232

Kempkes, Adolf, MdR
— Brief an Stresemann 10. 9. 1929 44

Kerenski, Alexander 320, 325, 328

Kerschensteiner, Georg 223

Kessel, Gustav von, Generaloberst 200

Kiamil Pascha, Großwesir 116, 118

Kiautschou 114

Kiderlen-Wächter, Alfred von 117, 123, 134
— Einschätzung des Dreibundes 113
— zur Marokkopolitik 1911 115

Kiew 227

Kirchrath, Anton (ZV) 72
— Wahl in ZV 23. 9. 1917 300, 304

Kisker, Georg (ZV) 72

Kleinasien, Möglichkeit f. deutsche Kolonien 133, 145, 148

Knoll, Hans (ZV) 72

Knupe, Karl (ZV) 72

Koch, Fritz (ZV) 72

Köhler, Dr. (ZV) 72
— Wahl in ZV 1917 300, 304

Koehler, Heinrich (ZV) 72

Kölblin, Hermann (ZV) 72

Köller, Matthias von 370

Köln 197
— „Vorort Köln" 12
— Gründung nationalliberaler Vereine 1899/1900 102

Kölnische Volkszeitung 336, 395

Kölnische Zeitung 12, 37, 120, 181, 207, 361

Kölsch, Leopold (ZV), MdR 72

Koeth, Joseph 321

Kol, Hendrick van 321

Körte, Siegfried 421
— Gründung der Vaterlandspartei 362

Kolonialgesellschaft 12

Kolonialpolitik, deutsche 111 f., 134, 136, 138 f., 147, 196, 221, 242, 256 f., 277
— Mittelafrika-Pläne 256 f.
s. a. Kleinasien

Kongo 135

Konservative 23—25, 38, 93, 96, 99, 163, 339, 347, 349, 385—387, 406
— zur Steuerfrage 128 f.
— zum Petroleummonopol 188
— Resolution zum U-Boot-Krieg 231
— zur polnischen Frage 332
s. a. Deutsch-Konservative Partei; Freikonservative Partei

Konstantin, König von Griechenland 1913 bis 1917 343

Konstantinopel 116, 118, 121, 343

Kornilow, L. G. 320

Krause, Paul v. (ZV) 31, 72, 168, 170, 174 f., 196, 214, 298
— Wahl in Gf. A. 1912 89, 92
— zur Frage der Nationalliberalen Korrespondenz 167 f.

Kreuz-Zeitung (Berlin) 94, 361

Krefelder Generalanzeiger 148

Kriegsernährungsamt 221, 284 f., 287, 346
s. a. Ernährungsfrage

Kriegskredite 327
— Zustimmung der SPD 338—340, 398

Kriegszielpolitik 31, 33 f., 39, 41, 195, 197—199, 202 f., 212, 218, 235—238, 254 f., 310, 345, 364, 373, 375, 383 f., 399 f., 408, 411 f., 417 f.
— der bürgerlichen Parteien 346
Jung- u. Altliberalen 30
Fortschrittspartei 375
— Kriegszielprogramm 16. 5. 1915 31
— Konferenz der Landesvorsitzenden 41 f.
— und Parlamentarismus 341
— Diskussion im Hauptausschuß 22. 8. 1917 346
— „Deutschlands Kriegsziele" 1917 376

Kriegszuwachssteuer s. Steuern

Kröcher, Jordan v., MdR 178

Kronrat 344

Kronstadt 111

Krug, E. (ZV) 72

Krumbhaar, Heinrich (ZV) 72, 212

Kübel, Franz (ZV) 72

Kühlmann, Richard v. 332, 343, 407
— Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges 231
— im Hauptausschuß 309, 313
— dt. Antwort auf die Papstnote 330, 335
— Verbindung mit Villalobar 310
— zur belg. Frage 333
— Haltung gegenüber Südamerika 313

Kühn, Hermann 128

Künne, Robert (ZV) 72, 284
— zur Lebensmittelversorgung 289
— Resolution 23. 9. 1917 378 f.

Künzer, Franz (ZV) 73

Kuhn, Max 26

Kurland 239, 243, 333, 336
— Verbindung mit Deutschland 334

Lammasch, Heinrich 325 f.

Lahm, Wilhelm 166

Lancken Wakenitz, Oskar Frhr. v. d. 407

„Langnamverein" (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen) 302

Lansing, Robert, amerik. Staatssekretär des Äußern 247

Laser, Otto Karl (ZV), MdR 73

Lauts, Adolf (ZV) 73

Lebensmittelorganisation und Verteilung
s. Ernährungsfrage

Legien, Carl, MdR 223

Leidig, Eugen (ZV) 73, 100, 211, 216, 307
— für die Gründung eines nationalliberalen Industriellenverbandes 1908 19
— Presseartikel 25, 37
— in Zentralvorstandssitzung 1913 143—145, 170 f., 190
Reform des Auswärtigen Dienstes 144
zur Polenfrage 144 f.
— Mitglied des Gf. A. d. Altliberalen Verbandes 166
— zur Ernährungsfrage 287
— Frauen in ZV 306 f.

Leipzig 15, 65, 285 f., 350
— jungliberaler Verein 176

Leipziger Tageblatt 411

Lentzke, v. (ZV) 73

Leuckel, Heinrich (ZV) 73

Levy, Leopold (ZV) 73, 244
— Mitglied des Gf. A. des Altliberalen Verbandes 167

Lewald, Theodor 280

Libanon 121

Liberale Vereinigung 298

Liberalismus 45, 94, 107, 168
— elsässischer Liberalismus 351
s. a. Linksliberalismus, Rechtsliberalismus

Lichnowsky, Karl Max Fürst von 123, 131, 133, 137 f.
— zur Balkanfrage 117
— Rede vor der Royal Society 30. 11. 1912 119

Lichtenberg, Alb. (ZV) 73, 216

Liebermann v. Sonnenberg, Max Hugo, MdR 178

Liebreich, Julius (ZV) 73

Liesching, Theodor, MdR 336

Liepmann, Paul (ZV) 73, 92, 157, 218, 281

Liman, Paul, Schriftsteller 115

Lindequist, Friedrich von 115

Linksliberalismus 164
s. a. Liberalismus, Rechtsliberalismus

List, Friedrich (ZV) MdR 73, 296, 343, 413 f.
— Gewissensfreiheit und Verantwortung des Abgeordneten 34, 417
— zur elsaß-lothring. Frage 416 f.
— stellv. Vorsitzender d. Reichstagsfraktion 416
— über die Aufgaben des Zentralvorstandes 417
— Friedensresolution und Kriegsziele 417—419
— zur inneren Neuordnung 417, 419 f

Lissabon 124

Litauen 239, 243, 398

Liverpool 316

Livland 311, 333 f.

Lloyd George, David 116, 337, 358

Loebell, Friedrich Wilhelm von 339

Loeser, Ottomar (ZV) 73

Lohan, Max, Schriftsteller 115

Lohmann, Friedrich 318

Lohmann, Walter (ZV) 73, 258, 281, 428
— Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 255 f.
— für begrenzte Annexionen 256
— Wahl in Gf. A. 1917 299

Lohse, Fr. (ZV) 73, 244

London 117, 227 f., 316, 360

Longwy s. Erzgebiete

Ludendorff, Erich 226, 242 f.
— Denkschrift 21. 12. 1912 125
— Gespräch mit Stresemann 7. 7. 1917 311
Hindenburg u. Scheidemann 14. 7. 1917 336
— Kontakte mit Schifferer 1917 363

Ludewig (ZV) 73, 91, 151, 169

Ludewig, Friedrich (ZV) 73

Ludwig III., König von Bayern 199, 202

Luftschiffahrt 126

Luge (ZV) 73

Lusensky, Franz (ZV) 73, 216, 244

Lusitania, Versenkung 7. 5. 1915 229, 271

Lux, Jos. (ZV) 73, 244

Luxburg, Karl Graf 313

Luxemburg, franz. Bombenangriffe auf die Industrie 255

Maasgrenze 240
s. a. Grenzen, deutsche

Macdonald, James Ramsay 328

Magdeburg 64, 174 f.

Magdeburgische Zeitung 361

Mahla, Friedrich (ZV) 73

Mahmud Schewket Pascha 118

Mainz, nationalliberaler Verein 91

Mallinckrodt, Gustav v. (ZV) 74

Marine, Kaiserliche 221, 228
s. a. Admiralstab, Reichsmarineamt, U-Boot-Krieg

Marinekabinett 228, 341

Marneschlacht 225 f., 243

Marokko 132, 134 f., 138, 143, 146, 148 f., 344

Marokkofrage 100 f., 114
— erste Marokkokrise Oktober 1905 121, 371
— zweite Marokkokrise 1911 115, 125, 189
— dt.-frz. Abkommen 4. 11. 1911 133

Marquart, Felix MdR 17, 410
— Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 232

Marschall von Bieberstein, Adolf Frhr., 117

Marwitz, Bruno (ZV) 25, 47, 74, 154—160, 165, 168, 170, 180 f., 215, 218, 262, 267, 281, 301, 308, 428
— Führer der Berliner Jungliberalen 1914 26
— für Ausgestaltung der Parteizentrale 9. 2. 1913 151—154, 168—170
— zur Geschäftsordnung 21. 5. 1916 214, 217, 257, 267
— U-Boot-Krieg 253 f.
— zur nat.-lib. Frauenorganisation 307
— zur Haltung der nat.-lib. Presse 360 f.
— Schreiben Stresemanns 14. 9. 1917 360
— Haltung zur Vaterlandspartei 362 f.
— für engere Verbindung zu den Wählern 363

Mathis, Karl (ZV) 74

Max, Prinz von Baden 42

Mayer, Eduard Wilhelm 182

Mayer-Kaufbeuren, Wilhelm, MdR 327

Mazedonien 324

Menck, Johannes, Fabrikant 19

Menzel, Karl (ZV) 74, 244

Mesopotamien 121, 332

Mettenheimer, Bernhard (ZV) 74

Mexiko 313
— Zimmermann-Telegramm 16. 1. 1917 312

Meyer, Geheimrat 279

Meyer, Theodor (ZV) 74

Meyer, Wilhelm (ZV) 74, 304

Meyersahm, Hans Hermann (ZV) 74, 426
— zur Wahl v. Scheller-Steinwartz 23. 9. 1917 301
— Brief Stresemanns 26. 8. 1917 335
— gegen Räumung Belgiens 406

Michaelis, Georg 337 f., 349, 384, 390, 408, 420
— Telegramm an Radoslawoff 18. 7. 1917 324
— Schreiben an Erzberger 18. 7. 1917 358
— Reichstagsrede 19. 7. 1917 324
— Unterredung mit Mehrheitsvertretern 21. 7. 1917 357
— Antwort auf Papstnote 330
— Behandlung des Parlaments 331
— Telegramm an Hindenburg 20. 8. 1917 320
— Hauptausschußsitzung 22. 8. 1917 346, 410
— Informationsreise nach Belgien und an die Westfront 1917 363
— Brief Schifferers 1917 363, 366
— verhindert Reichstagsbeschlußfassung über Elsaß-Lothringen 393

Miethke 92

Miletič, Ljubomir, Universitätsprofessor in Sofia 324

Miquel, Johannes Franz von 22, 270

Mittelmächte (verbündete Regierungen) 311

Mittelmann, Fritz (ZV) 74

Mittelmeer 120

Möller, Eduard von 381

Moldenhauer, Franz (ZV) 12, 74, 145, 195, 244

Moltke, Helmuth Graf von 125, 370

Montenegro 118, 132, 225

Morath, Albrecht (ZV) 74, 216, 244

Mosse, Rudolf 179

Müller, August 346, 349

Müller, Eduard (ZV) 74

Müller, Georg Alexander von
— zum verschärften U-Boot-Krieg 1916 342

Müller-Meiningen, Ernst, MdR 336, 375

München 236

Nagold, jungliberaler Verein 177

Namur 241

Napoleon I. 271, 344

Nationalliberale Blätter 23, 124, 132, 168, 181

Nationalliberale Correspondenz 29, 44, 92, 104, 151 f., 172, 197, 199, 181
— „Zur gestrigen Zentralvorstandssitzung" 26. 3. 1912 97
— Offizieller Bericht der Zentralvorstandssitzung v. 9. 2. 1913 189—191
— Resolution des ZV 1915 203
— Artikel Bassermanns 11. 4. 1917 338

Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz 19, 27 f., 195

Nationalliberale Partei 36 f., 59 f., 95—97, 101, 103, 161, 166, 172 f., 175—178, 180, 185, 196 f., 200—203, 208, 219, 221, 223, 237, 244, 248, 252 f., 255 f., 275, 282, 286, 300 f., 308, 322 f., 335, 337, 347, 362—364, 366, 371, 374, 383, 386 f., 394—396, 400, 411, 430

Abgeordnete
— Entscheidungsfreiheit 21, 34, 417

Arbeitsgemeinschaft mit FVP in Bayern 220

Ausschuß, Geschäftsführender 11, 13, 15 f., 19 f., 22, 35, 41 f., 51, 53, 58, 60, 89 f., 101, 108, 157, 165, 168 f., 181, 198, 214—216, 266
— Mitglieder 10, 14, 16, 21
— innerparteiliche Spannungen 1909 38
— Rechtsopposition 1912 26 f.
— Mitarbeit in der Vaterlandspartei 19
— Zentrum der Initiative 19
— Kandidatenaufstellung u. Wahlabsprachen 20
— Kritik des ZV 1910 20
— Wahl des Gf. A. 1912 u. 1917 91 f., 95, 101, 297—299
— Kriegszielprogramm 1915 31
— Zerstörung des Burgfriedens 31 f.
— Reichsgeschäftsstelle 36
— Parteizentrale 151—160

„Badenser" 24

Bassermannscher Kurs 20, 24, 28, 44

Delegationsrecht 13, 16

Delegiertentag, Allgemeiner (Allgemeiner Vertretertag) 18, 23, 29, 31, 51—55, 103
— oberste Parteiinstanz 1905 17, 51
Festlegung des allgemeinen Programms 14, 20
— Reform des Delegiertentages 15—18
— Stellungnahme zu Wahlabsprachen 1911 20
— Tätigkeit:
Allgemeiner Delegiertentag [1902] 11 f.; [1905] 15—18, 21, 26; [1907] 95; [1910] 18, 20, 23 f.

Finanzausschuß 40

Berliner Fraktionen 11, 13, 20, 37 f.

Frauenbewegung 98
— Frauen in der nationalliberalen Organisation 305—309

Geldgeber 28

Honoratiorentum 12, 15 f., 37 f., 44 f., 178

Interessenverbände 19
— Arbeiter-, Angestellten- u. Beamtenausschüsse 19, 190, 282 f.

Landtagsfraktion 12, 52, 57

Mittelpartei 44, 158

Parteidisziplin 154, 165—168, 173, 175 f., 181
— Ausschluß 18

Parteigeschichte 181 f., 190

Parteiorganisation 12 f., 36, 51, 90, 282
— Parteistruktur 19
— Organisationshandbuch 13, 152, 155
— Vertrauensmänner 12 f., 52—54

Parteipresse 168, 172, 178 f., 360, 362
— Desorganisation 382
s. a. Deutscher Kurier

Parteiprogramm 163

Parteizentrale 11, 151, 170, 172

Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus
s. Preußisches Abgeordnetenhaus

Propaganda-Ausschuß der Frauen 308

Reichskonferenz nationalliberaler Frauen 305

Reichstagsfraktion s. Reichstagsfraktion der Nationalliberalen Partei

Richtungskämpfe 18, 24, 29

Satzung [1892] 13 f., 51—60; [1905] 17, 21, 51—63; [1912] 16, 18, 51—63, 98
— Satzungskommission 15

Schulfrage 21

Verbände, regionale 12 f., 24, 28 f., 41, 62, 308
— Verbindung zur Berliner Zentrale 12, 24
— Präsentationsrecht 13
— Vorbereitung der Reichstagswahlen seit 1910 41
— Einwirkung auf den ZV 42
— zur Kriegszielfrage 41 f.

Organisationen
— Baden 16
— Brandenburg 23, 157
— Hamburg 176
— Hannover 304
— Hessen-Darmstadt 23, 41, 163, 245—248
s. a. Freie Vereinigung hess. Nationalliberaler
— Oldenburg 43
— Pfalz 244
— Pommern 30, 159, 169 f., 175
— Rheinland 12, 16, 40, 195, 250, 378
— Sachsen 249
— Schlesien 210—213, 215, 239
— Schleswig-Holstein 23, 41, 213, 217
— Westfalen 16, 23, 29, 41, 195, 282, 303
— Württemberg 176

Vereine, nationalliberale 51, 98 f., 152
— Verbindung mit Verbänden 19, 45, 190, 283 f.

Wahlen 38, 162, 166
— zum Reichstag 53, 220
— Kandidatenaufstellung 13, 41, 20, 282
— Wahlkreisorganisation 20, 51, 54, 61 f., 162, 282 f.
— Stichwahlabsprachen 12, 20, 41, 161 f.
— Wahlniederlage 1890 12
— Reichstagswahl 1912 24, 41, 92, 99, 147, 162, 178 f., 186
s. a. Wahlrechtsfrage

Zentralbüro (Zentralwahlbüro) 20
— Agitation 11, 156, 169
— Unterstützung rechtsoppositioneller Landesverbände 26, 28

Zentralvorstand s. Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei

Zentralwahlkomitee 11

Nationalzeitung s. 8 Uhr-Abendblatt

Naumann, Friedrich, MdR 175
— bei Besprechung mit Michaelis 21. 7. 1917 357

Nebelthau, August (ZV) 74

Neue Freie Presse (Wien) 137, 326

Neumann, Franz Stephan 172

Neumayer, Friedrich (ZV) 74, 92, 244, 266 f.
— zur Kriegszielfrage 245, 256, 281 f.
— zu politischen Fragen 1916 250—253

Neutrale Staaten 261, 271
— U-Boot-Krieg 230, 246, 262, 264, 270, 280
— Wirkung der Friedensresolution 421

Neven DuMont, Josef (ZV) 74, 207

New Mexico 313

New Statesman (London) 320

New York Tribune 196

New York World 264

Niederlande s. Holland

Niethammer, Konrad (ZV) 74

Nikolaus II., Zusammenkunft mit Wilhelm II. 4. bis 6. 7. 1912 120

Nitzschke, Emil (ZV) 74

Noelle, Ernst Otto (ZV) 74

Nord und Süd (Berlin) 137

Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Berlin) 117, 197

Nordsee 120, 131

Norwegen 271, 316, 343

Nürnberg 65

Oberschlesien, Streiks Sommer 1917 327

Oberste Heeresleitung 261, 265 f., 311, 368
— zur Frage eines polnischen Heeres 332
— zur belgischen Frage 332
— Bingener Konferenz 31. 7. 1917 334

Obkircher, Rudolf (ZV) 75, 207 f.

Odessa 227, 344

Österreich-Ungarn 113, 117, 121, 136 f., 140, 311, 324—326, 330, 343, 395
— Balkanpolitik 1912 118, 141
— Armee 132 f., 238
— polnische Frage 238
— Friedensresolution 395
s. a. Ungarn

Oldenburg, Großherzogtum 178

Olmütz 360

Oncken, Hermann 173

Ortmann, Konrad, MdR 301

Osann, Arthur (ZV), MdR 33, 75, 163, 244, 394, 398
— in ZV 1912 91
— Resolution 16. 5. 1916 245—248, 264—266
— zur elsaß-lothring. Frage 393
— zur Friedensresolution 393—395

Osnabrück 306

Ossent, C. (ZV) 75, 244
— Brief an Friedberg 14. 4. 1912 29, 91, 151

Ostende 241, 273

Osterbotschaft 1917 42, 340 f.

Ostmarkenverein 224

Ostpreußen 211, 225, 237, 239, 346

Ostsee 120
— Ostseestaaten 273

Paasche, Hermann (ZV), MdR 75, 98, 147, 171, 216, 249, 282, 285, 287, 374
— Vizepräsident des dt. Wehrvereins 125
— Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges 232
— Kriegszielpolitik 280
— zur Lebensmittelfrage 284 f.

Painlevé, Paul 334, 358

Palästina 332

Der Panther (Berlin)
— Artikel Arnings zur Kolonialpolitik 1913 148 f.

Pagenstecher, Hermann 91

Panamakanal 119

Papstnote vom 1. 8. 1917 309, 328, 395, 406
— dt. Antwort 330, 403 f., 418
— Antwort Wilsons 31. 8. 1917 350
— Erzberger und die Friedensresolution 385 f.

Paris 115, 225, 227

Parlamentarisierung 46, 335, 338, 350, 360, 378, 381 f., 390, 404, 419 f.
— Ablehnung einer „Parlamentsherrschaft nach fremdem Muster" 34, 42, 383—385, 406, 427 f.
— Parlamentarismus in Preußen 349
— Mitverantwortung aller Parteien nach dem Kriege 376
— Resolution des ZV 23. 9. 1917 379

Paß, Walter (ZV) 75, 413

Patzig, Albrecht K., MdR 21

Payer, Friedrich v., MdR 232, 328, 334 f.
— gegen Aufteilung Elsaß-Lothringens 354, 380

Persien 120

Pester Lloyd 326

Peter, C., Generalsekretär 195

Peters, Albert (ZV) 75, 307

Petersburg 225, 227 f.

Petersen 188

Petri, Emil, MdR 370

Petroleummonopol 187 f.

Pfleger, Franz Joseph, MdR 389

Pflug, Philipp (ZV) 75

Poensgen, Oskar (ZV) 75, 173, 208—212, 214, 216 f., 219, 273, 301
— über den demokratischen Aufbau der Partei 1902 15
— Kandidat für den Gf. A. 1912 92
— Vorstandsmitglied des jungliberalen Reichsverbandes 157
— auf ZV 1913 171—173, 181
— Krieg mit England 275 f.
— zur Zensur im Kriege 276
— zur Kriegszielpolitik 383 f.
— gegen Parlamentarismus nach fremdem Muster 384 f., 406, 428

Poincaré, Raymond 235

Polen 144, 380
— polnische Frage 139, 144 f., 224, 237, 331 f.
— Annexion 239, 273
— Teilung 238 f.
— Errichtung des Königreiches Polen 332, 337

Pommern, Provinzialorganisation 91 f.
— für den Beitritt zur Vaterlandspartei 363, 412

Posadowsky-Wehner, Arthur Graf v. 243

Posen 144 f., 304

Die Post (Berlin) 361

Potsdamer Abkommen 1910 120

Prager, Michael (ZV) 75, 167

Presse, 29 f., 247, 265 f., 382
s. a. Nationalliberale Partei

Preußen 95, 185, 235, 239, 288, 339, 398, 421
— Einfluß der Sozialdemokratie 224
— zur Einverleibung Elsaß-Lothringens 353—355, 357, 396 f.
Aufteilung zwischen Bayern und Preußen 354 f., 357, 380 f., 392, 398
— Finanzautonomie 393
s. a. Wahlrechtsfrage

Preußisches Abgeordnetenhaus 399, 405
— Nationalliberale Fraktion 11, 35, 51, 94, 102, 107, 166, 180, 183, 197 f., 273, 299, 323
Vorstand 16
Einfluß im ZV 1917 39
Widerstand gegen Wahlrechtsreform 23, 366
Unterstützung der Rechtsopposition 1912 28

Puttkamer, Erich v. 25

Quadt, Albert Graf v. 269

Radoslawoff, Vasil, bulg. Ministerpräsident 1913—1918 324, 343

Rapmund (ZV) 75

Rautenfels, Friedrich Walter v. 343

Rebmann, Edmund (ZV) 75, 142, 179, 244, 385, 406, 427
— Brief Friedbergs 20. 2. 1917 40
— Bericht v. d. Konferenz der Landesvorsitzenden 20. 6. 1917 42
— zur Kolonialpolitik 138 f.
— zur elsaß-lothring. Frage 139 f., 380
— zur Polenfrage 139
— zum dt.-engl. Verhältnis 140 f.
— zur Steuergesetzgebung 141
— Wahl in Gf. A. 1917 298
— zur Resolution 23. 9. 1917 379
— zur nationalliberalen Presse 382
— gegen Neuorientierung im Innern 382 f.

Rechtsliberalismus 44 f.
s. a. Liberalismus, Linksliberalismus

Redlich, Josef 325

Regendanz, Wilhelm 115

Reichardt, Hermann (ZV) 75

Reichsamt des Innern 221
— parlamentarischer Ernährungsbeirat 222, 287

Reichsbank 128

Reichsfinanzreform 21, 127, 149, 220

Reichskanzler 385
— Leitung der Gesamtpolitik 377

Reichsmarineamt 112, 228 f., 233 f., 277, 315, 319, 341

Reichsschatzamt 221

Reichstag 107, 130—132, 149, 219 f., 232, 235, 258, 266, 281, 296, 321, 365, 396, 399, 404, 311, 387
— Geschäftsordnung 55
— Militärvorlage 109
— Novelle zur Reichsversicherungsordnung 223 f.
— U-Boot-Krieg 230, 315
— Resolution 6. 7. 1917 349
— zur Friedensresolution 327—330, 385 f., 393—395, 410 f.
— zur Frage Elsaß-Lothringens 354, 359, 393
— Unabhängigkeit des Abgeordneten 405
— Aufgaben 405 f.
s. a. Hauptausschuß; Parlamentarisierung; Nat.-Lib. Partei; Reichstagspräsidiumswahl; U-Boot-Krieg; Verfassungsausschuß

Reichstagsfraktion der Nationalliberalen Partei 11, 13, 21, 23, 26, 35, 38, 41, 45, 51 f., 57 f., 90, 94, 96, 99, 101, 118, 122, 147, 149, 161—163, 165 f., 168, 171, 180, 183, 190 f., 197 f., 207, 222 f., 244, 249—253, 266, 276, 285, 289, 295 f., 298 f., 303, 334, 337 f., 340, 348, 360, 362, 364 f., 369, 372, 374, 378, 383, 390, 393, 396, 404—406, 408 f., 413, 415—417, 420, 423, 432
— Vorstand 16
— Zusammensetzung 17, 38
— „Linkstendenzen" 1917 33, 35
— zur Quinquennatsvorlage 1911 126, 131
— U-Boot-Kriegsfrage 32, 230, 256, 418
— gegen amerik. Friedensvermittlungen 1916 261
— zur polnischen Frage 331 f.
— zur elsaß-lothring. Frage 353
— Schreiben an Bethmann Hollweg 29. 9. 1916, 3. 11. 1916 331
— interfraktionelle Besprechungen 21. 8. 1917 361
— Haltung gegenüber der Reichstagsmehrheit 366
— zur Friedensresolution 376, 378 f., 389 f., 393 f., 410—412, 417 f., 421 f., 425
Erklärung vom 19. 7. 1917 328 f., 381 f., 385 f., 402 f.

Reichstagsmehrheit der Friedensresolution 349, 369, 378, 405
— U-Boot-Krieg 255
— Friedensresolution 327, 329, 334, 374 f., 378, 386, 389, 408, 410 f.
— Parlamentarisierung 335, 364—366
— zur Papstnote 335

Reichstagspräsidiumswahl 1912 24 f., 92 f., 95, 98, 169

Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften 108

Reichsverband für die Vereine der nationalliberalen Jugend 14 f., 53 f., 56 f., 101—104, 156
— Zusammenschluß der Jungliberalen 1900 14, 102
s. a. Jungliberaler Reichsverband

Reichsverein der nationalliberalen Presse 40, 362

Reichsverfassung 34, 399, 405

Reichsversicherungsordnung, Novelle 223 f.

Reiß (ZV) 75

Reitz, Carl (ZV) 75

Reusch, Paul 233

Reval 273

Reventlow, Ernst Graf von 130, 326

Review, Contemporary (London) 326

Revolution
— deutsche Novemberrevolution 35, 39
— russ. Februarrevolution s. Rußland

Rheingrenze 235
s. a. Grenzen, deutsche

Rheinisch-Westfälische Politische Korrespondenz 280

Rheinisch-Westfälische Zeitung (Essen) 153, 375

Richter, Ernst von (ZV) 75, 303, 349

Richthofen, Hartmann Frhr. von, MdR 47, 178, 312, 361, 375, 385
— für Verständigungsfrieden 1917 39
— Resolutionsantrag im Reichstag 18. 5. 1912 124
— Hansabund u. dt. Wirtschaftspolitik, in: Krefelder Generalanzeiger 11. 10. 1913 148
— gegen unbeschränkten U-Boot-Krieg 230, 232
— Friedensresolution 328 f., 411
— im Interfraktionellen Ausschuß Juli 1917 422
— Brief v. 3. 5. 1916 242
— Brief an Erzberger 21. 9. 1917 347
— Artikel in der Germania 22. 9. 1917 347, 366

Ricklin, Eugen Georg, elsaß-lothringischer Zentrumsführer 354

Rießer, Jacob (ZV), MdR 75, 216, 244, 409, 425 f.
— zur elsaß-lothring. Frage 400 f.
— zur Friedensresolution 401—403
— für einen Sicherungsfrieden 403
— U-Boot-Krieg 403
— zur Innenpolitik 404 f.
für Wahlbündnis mit der FVP 1918 35

Riezler, Kurt (Pseudonym I. J. Ruedorffer), 262 f., 279
— „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" (1916) 263

Riga 337
— Eroberung 3. 9. 1917 311, 320, 330, 333

Rimpau, Hans (ZV), MdR 76

Ripke, Axel 363

Rippler, Heinrich, Herausgeber d. Tägl. Rundschau 115, 279

Rizoff, Dimiter, bulg. Gesandter in Berlin 324

Rockefeller, J. Davison 188

Röchling, Karl (ZV) 76, 89, 91 f., 173, 213 f., 249, 414, 431
— zur auswärtigen Politik 9. 2. 1913 142 f., 190
— Mitglied des Gf. A. d. Altliberalen Verbandes 167
— Resolution 23. 9. 1917 378 f., 416

Roedern, Siegfried Graf von 221

Roenick, Paul (ZV) 76

Roesicke, Gustav, MdR 96

Roetger, Max 202

Rohrbach, Paul 372

Rohde, Adolf (ZV) 76

Roland-Lücke, Ludwig, MdR 125

Rosen, Friedrich, Gesandter in Lissabon 1912—1916 124

Rosenzweig, Georg (ZV) 76

Rosenhauer (ZV) 76, 211 f., 218

Roter Tag s. Der Tag

Rückert, Max (ZV) 76

Rückversicherungsvertrag 110 f.

Ruedorffer, I. J. s. Riezler

Rumänien 160, 324, 345
— Kriegseintritt 323, 342

Rußland 110, 118, 121 f., 133, 160, 225, 235, 237, 240, 310, 320, 326, 344, 380
— Februarrevolution 1917 33, 42
— russ.-franz. Annäherung 111, 120, 189
— im Krieg 225, 276, 311
Entlastungsoffensive 18.—29. 3. 1916 227
Brussilow-Offensive 4. 6. 1916 226, 236
Offensive 30. 6. 1917 327
— Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen 311, 325, 328
— zur Frage eines Separatfriedens mit Deutschland 242, 343

Rust (ZV) 76

Sachs, Hans (ZV) 76, 244

Sachsen, Königreich 142, 148 f., 184, 222, 286, 289, 421
— Industrieexport in die USA u. U-Boot-Kriegsfrage 277
— Resolution und Leitsätze des nationalliberalen Landesvereins 285 f.
— partikularistische Tendenzen 286
— gegen Aufteilung Elsaß-Lothringens 355
— zur Vaterlandspartei 412

Sachsen-Altenburg 301 f.

Sachsen-Coburg und Gotha 415

Salomonsohn, Arthur 233

Salis, John Francis Charles Count de 310

Saloniki 118, 133

Sandschak Novibazar 118, 141

Sanne, Louis (ZV) 76

Sauerland, Paul (ZV) 76

Sauerwein, Wilhelm (ZV) 76

Schäfer, Carl Ludwig (ZV) 76

Schäfer, Dietrich 408
— Denkschrift „Das Reichsland" 27. 8. 1917 279, 408
— für unbeschränkten U-Boot-Krieg 22. 3. 1916 236

Schanzer, St. 268

Schaumburg-Lippe 299 f.

Scheidemann, Philipp, MdR 321, 336, 346, 348, 350, 376, 388, 393 f., 402
— Wahl des Reichstagspräsidiums 1912 25 f., 92
— zur Friedensresolution 327 f.,
— Gespräch mit Hindenburg und Ludendorff 14. 7. 1917 336
— preuß. Wahlrechtsfrage 339
— interfraktioneller Ausschuß 12. 7. 1917 365

Scheller-Steinwartz, Robert Richard von (ZV) 76
— Wahl in ZV 23. 9. 1917 300—304

Schenckendorff, Emil von (ZV) 76

Schiffahrt
— Gesetz über Entschädigung der deutschen Schiffahrt 348

Schiffer, Eugen (ZV), MdR 31, 39, 47, 76, 96, 100, 103, 186, 190, 196, 199, 218, 250, 282, 296, 312, 375, 410
— Wahl in Gf. A. 24. 3. 1912 89, 92
— Reichstagspräsidiumswahl 1912 92
— Referent für Fleischversorgung und innere Kolonisation 9. 2. 1913 104, 150, 182—185, 187, 191
— Steuerkompromiß 2. 6. 1916 219
— gegen unbeschränkten U-Boot-Krieg 230, 232
— im Interfraktionellen Ausschuß Juli 1917 422
— Brief Bassermanns v. 24. 5. 1910 23
17. 11. 1914 123
19. 2. 1915 243
— Um Bassermann u. Bethmann, in: Hist.-polit. Archiv I 1930 32, 44

Schifferer, Anton (ZV) 76, 96, 102, 166, 175, 178, 202, 363, 366, 368 f., 384 f., 417
— Mitglied d. Gf. A. d. Altliberalen Verbandes 167
— in Zentralvorstandssitzung 1913 173
1917 363—369
— Kontakt mit Ludendorff vor 23. 9. 1917 363
— Kriegszielpolitik 364
— Neuorientierung im Innern 364—366
— Nationalliberale Partei 364
— Einfluß d. Friedensresolution auf die Armee 366—369
— zur belgischen Frage 368
— U-Boot-Krieg als Mittel zum Frieden 368 f.
— Rede in Dresden 20. 11. 1917 365
— Brief an Michaelis 363, 366
— Brief Westermanns 363

Schlee, Bernhard (ZV) 77

Schleicher, Carl (ZV) 77

Schlesien, Parteileben 210—213, 215, 239

Schleswig-Holstein 121, 179
— Parteiorganisation 23, 41, 213, 217

Schlieben, Hans, Konsul in Belgrad 116

Schlieffen-Plan 225

Schmidt, Hermann (ZV) 77

Schmidthals, Wilhelm (ZV) 77, 210 f., 219
— Sprecher des Bauernbundes 170

Schmieding, Theodor (ZV) 77, 91, 101

Schnabel, Alban (ZV) 77

Schön, Ignaz (ZV) 77

Schoen, Wilhelm Frhr. von, Botschafter in Paris 1910—1914 123

Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu (ZV), MdR 68, 142, 145, 196 f., 219, 249, 275 bis 277, 280, 296, 338, 375, 383, 394 f., 413 f., 422
— zur Reichstagspräsidiumswahl 1912 24
— über die politische Funktion des Zentralvorstandes 34, 422
— Wahl in Gf. A. 24. 3. 1912 89, 92
— Verhältnis zu England 1913 30, 134—138, 146, 190
— Artikel in der Neuen Freien Presse 1912 137
— gegen unbeschränkten U-Boot-Krieg 232, 270
— zur Kriegspolitik 267—273
— zur nat.-lib. Frauenorganisation 309
— zur Friedensresolution 328 f., 421—423
— Vergleich dt. u. ausländischer Diplomatie 420 f.
— Brief Stresemanns 13. 6. 1917 42
— Brief an D. Schäfer 408

Schoenner, Georg (ZV) 77

Schorlemer-Lieser, Clemens Frhr. v., 129, 288

Schottland 278

Schröder, Hermann (ZV) 77

Schüler (ZV) 77

Schütte-Lanz 126

Schulenburg, Georg (ZV), MdR 77

Schuwalow, Graf Peter, 1878 russ. Bevollmächtigter auf d. Berliner Kongreß 110

Schwabach, Felix (ZV), MdR 77, 301
— Wahl in Gf. A. 24. 3. 1912 89, 92
— gegen unbeschränkten U-Boot-Krieg 232

Schwabach, Paul von (ZV) 77, 301
— Wahl in ZV 23. 9. 1917 300, 304

Schwander, Rudolf, 349, 372
— Lothringen an Preußen 373

Schweden 241 f., 271, 280, 316
— Seekrieg 231

Schweinitz, Hans Hermann Graf von (ZV) 77, 216

Schweiz 326, 343

Schwerin-Löwitz, Hans Graf von 129

Schwerindustrie 34, 153, 254, 257, 269, 345 f.
— in Lothringen 373

Selbstbestimmungsrecht der Völker 333

Semler, Johannes (ZV), MdR 77, 207
— Wahl in Gf. A. 24. 3. 1912 89, 92

Septennatswahlen 370

Serbien 118, 132 f., 137, 225, 236, 324

Seyfert, Richard (ZV) 77, 287
— zur Ernährungswirtschaft 286 f., 289

Seyffardt, Ludwig Friedrich, MdR 12

Siebenerausschuß 309 f., 404
— Antwort auf die Papstnote 330
— zur belgischen Frage 332

Siebert, Fritz (ZV) 77

Sieg, Julius (ZV), MdR 77, 96
— Wahl in Gf. A. 24. 3. 1912 89, 92
— zur Fleischversorgung u. inneren Kolonisation 186 f., 191

Sigl, Joseph 354

Simon, Gustav (ZV) 77
— bis 1903 Vorsitzender d. Gf. A. 11, 156

Slawen 343

Sofia 343

Sommeschlacht 1916 226, 345

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 12, 110, 160 f., 173, 179, 184, 186, 224, 236, 254, 328, 339, 345, 347, 376 f., 397 f., 415
— als schlechtes bürokratisches Beispiel 17
— straffe Organisation 33, 396
— Wahlbündnis mit den badischen Nationalliberalen 1905 22
— für Verbesserung dt.-engl. Beziehungen 112
— zum Petroleummonopol 188
— Resolution zum U-Boot-Krieg 231
— zur Antwort auf die Papstnote 330, 335
— Zustimmung zu den Kriegskrediten 338, 340
— zur Steuerpolitik 346

Spahn, Martin, MdR 371

Spahn, Peter, MdR 348, 387
— Wahl des Reichstagspräsidiums 1912 24, 92 f.
— bei Besprechung mit Bethmann Hollweg 13. 5. 1915 201
— zur Friedensresolution 327
— Kriegsziele 345

Spanien 231, 271

Springorum, Friedrich 232

Stadthagen, Hans E. (ZV) 77, 284, 302, 414—416, 423 f.
— zur Kolonialpolitik 9. 2. 1913 145
— für Sicherungsfrieden 416

Standard Oil Company 188

Stein, August, Publizist 198, 201

Stein, Hans Karl Frhr. v. 285

Stein, Hermann v. 349

Steiner, Victor (ZV) 78, 371, 392, 432
— zur elsaß-lothring. Frage 369—373, 407

Stephan, Karl (ZV) 78

Stempelsteuern s. Steuern

Stettiner, Paul (ZV) 78

Steuern
— Besitzsteuer 127—129, 147, 190
— Erbschaftssteuer 89 f., 121, 128 f., 131, 142, 145, 147—149, 163, 190, 339
— Kriegszuwachssteuer 219
— Stempelsteuer 129
— Verbrauchs- u. Verkehrssteuer 127 f., 219
— Vermögenssteuer 128—131, 141 f., 145, 148—150

Stinnes, Hugo 233, 242
— Brief Ballins 6. 9. 1917 322

Stöfen, W. (ZV) 78, 244

Straßburg, Universität 380

Strathmann 423

Streik
— der Munitionsarbeiter in Leipzig 1916 286
— in Oberschlesien 1917 327

Stresemann, Gustav (ZV), MdR 39, 42—45, 47, 78, 93 f., 148, 167, 170, 172, 174, 176 f., 215—217, 250, 268, 273, 278, 280—282, 296, 300, 310, 313 f., 317, 322, 324 f., 330, 332, 336, 345, 349—351, 356, 360, 362, 364, 366—369, 371, 374, 376, 378, 382 f., 385, 387 f., 390—393, 400, 402, 406, 411, 416, 421, 426, 428
Nationalliberale Partei 40, 165—167, 186, 302
— für die Gründung eines nationalliberalen Industriellenverbandes 1908 19, 34
— Nicht-Wahl in den Gf. A. 1912 27, 92, 99
— zur Wahl des Parteivorsitzes 1912 32 f. des Gf. A. 24. 3. 1912 92, 101
— Selbständigkeit oder Fusion 1918 36
— Aufbau der DVP 43 f.
— Rede in Offenbach 28. 2. 1912 92
— Zentralvorstandssitzung 1913 146—148, 190
— Aufzeichnung über ein Gespräch mit Kalkhoff 152
— Gedenkrede für Bassermann 293
— Wahl zum 2. Vorsitzenden 297
Innenpolitik 309—351
— Reichstagswahlen 1912 92
— zur Wirtschaftspolitik 146 f. Steuerpolitik 147 f., 219
— Besprechung mit Bethmann Hollweg 8. 12. 1914 201
— Aufzeichnungen 15. 8. 1915 46, 195—203
— zur Ernährungsfrage 289
— Gespräch mit Ludendorff 7. 7. 1917 311
— „Gedanken zur Krise" 327
— zur elsaß-lothring. Frage 334
— Bethmann Hollwegs Sturz 337 f.
— zur Vaterlandspartei 337
— beim Kapp-Putsch 43
Friedensresolution 327—330, 346, 375
Wahlrechtsfrage 338—341

Parlamentarisierung 341
— Reichstagsrede 29. 3. 1917 338, 340, 390, 404, 419, 432

Außenpolitik
— Artikel in der Wiesbadener Zeitung 7. 5. 1913 135
— zur deutschen Amerikapolitik 261, 312—314
— zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg 312 bis 319
— zur Lage der Verbündeten 323—325
— zur Papstnote 330 f.
— Unterhaltung mit Graf Westarp 330
— Abrüstung und Schiedsgerichte 331
— zur polnischen Frage 331 f.
— zur belgischen Frage 333 f.
— zur Kriegszielpolitik 276—280, 341, 375

Briefe an
— Bassermann 27. 1. 1912 162
30. 1. 1912 151, 162
— A. Weber 29. 3. 1912 93, 100, 211
— Greupner 30. 4. 1912 211
— Bassermann 30. 5. 1912 151
7. 11. 1912 166, 178
— Prof. Hebel 10. 8. 1915 196
— Rippler 13. 5. 1916 279
— Eilts 27. 5. 1916 242
— Bassermann 31. 3. 1917 339, 341, 391
2. 4. 1917 340
— Schönaich-Carolath 13. 6. 1917 42
— Bassermann 19. 6. 1917 42
14. 7. 1917 338
— Julie Bassermann 18. 7. 1917 400, 410
— Meyersahm 26. 8. 1917 335
— Blank 29. 8. 1917 335
— Brune 14. 9. 1917 332
— Marwitz 14. 9. 1917 360
— Ballin 19. 9. 1917 348
— Jaenicke 22. 10. 1917 337

Briefe von
— Bassermann 1. 3. 1912 93
— Kauffmann 27. 3. 1912 27, 101
— Bassermann 28. 3. 1912 27, 95
— Weber 28. 3. 1912 102
3. 4. 1912 172
— Wyneken 15. 4. 1912 100, 102
— Jaenicke 27. 6. 1912 155
— Bassermann 28. 8. 1912 180
28. 1. 1913 169
— v. Richthofen 21. 9. 1917 347
— Kahl 11. 3. 1918 212
— Kempkes 10. 9. 1929 44

Struckmann, Gustav (ZV), MdR 78, 103, 145, 257 f., 281, 413 f., 423 f., 431
— zur Kolonialpolitik 21. 5. 1916 256
— zur Aufteilung Belgiens 257
— zur Organisation nat.-lib. Frauengruppen 306
— Resolution zur elsaß-lothring. Frage 23. 9. 1917 407, 423
— zur Vaterlandspartei 430 f.

Struve, Wilhelm, MdR 96

Stubmann, Peter Franz (ZV), MdR 78, 363

Stürgkh, Karl Graf, österr. Min.-Präs. (1913) 137

Stürken, Alfred (ZV) 78

Stuttgarter Neues Tagblatt 322

Südamerika 269, 312 f.

Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz 18, 39, 162—164, 166 f., 170—172, 174 bis 178, 190

Süddeutschland 99, 288, 354, 392
— partikularistische Tendenzen 286
— elsaß-lothring. Frage 353
s. a. Baden, Bayern, Württemberg
— Wirkung der Frankfurter Zeitung 382

Südekum, Albert, MdR 335

Südsee 114

Suezkanal 143, 200

Sundgau 225

Syrien 121, 332

Tägliche Rundschau (Berlin) 25, 361, 408

Der Tag (Roter Tag, Berlin) 99, 129, 200

Tanger 114

Tarnopol 311

Le Temps (Paris) 312

Teudeloff, Friedrich (ZV) 78, 216

Texas 313

Thiel, Heinrich (ZV) 78

Thieme, Hartwig 35

Thießen, H. (ZV) 78

Thoma, Friedrich, MdR 353

Thorbecke, P. 25

Tirpitz, Alfred von 112, 131, 199, 228, 233, 243, 248, 268
— zu den dt.-engl. Beziehungen 1913 119, 189
— Rücktritt 229, 233, 342
— zur belgischen Frage 241

Tönnies, G. Corn. Johannes (ZV), MdR 78, 213, 216, 244

Toulon 111

Tramm, Heinrich (ZV) 32, 39, 78, 363

Traub, Gottfried 335 f., 375
— Agitator für einen „Deutschen Frieden" 336

Trimborn, Carl, MdR 395

Triple-Entente 113

Tripolis 117, 138

Trittel, Gustav (ZV) 78

Troelstra, Pieter J. 321, 350

Truppel, Alfred von, Admiral 200

Tschirschky u. Bögendorff, Heinrich Leonhard von, Botschafter in Wien 1907—1916 123, 342

Tsingtau 200

Tuchman, B. W. 313

Türkei 110, 116—118, 120, 133, 247, 323 f., 332, 343
— dt.-türk. Handelsbeziehungen 117
— ital.-türk. Krieg 1911/12 117
— Note der Großmächte 17. 1. 1913 118

U-Boot-Krieg 32, 200, 228—234, 236, 242, 245—248, 250, 253—256, 258, 263—265, 267—269, 274, 276, 280, 342
— uneingeschränkter Gebrauch der U-Boot-Waffe 252 f., 257, 281, 310, 312—319, 341
— Nützlichkeit 258, 264
— Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion 418
— Ausbau der U-Boot-Waffe 259 f., 278
— Wirkungen auf England 260, 281, 315 f., 330
— und das Verhältnis zu den USA 312—314
Friedensmöglichkeiten 317, 368 f., 403
— Versenkungsziffern 318
Lusitania-Versenkung 1915 229, 271
Arabic 1915 229

Fa. Ullstein & Co. 179

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 339

Ungarn 326

Urach, Thronkandidatur in Polen 238

Uschida, S. 242

Valentini, Rudolf v. 338, 342

Varnhagen (ZV) 78

Das Vaterland (Leipzig) 92 f.

Venizelos, Eleuthérios 343

Ventzki, August (ZV) 78

Verband Sächsischer Industrieller 278

Verbrauchssteuer s. Steuern

Verdun 226 f., 310, 344

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 32, 200, 229 f., 235, 244, 246, 248, 261—265, 269 f., 272, 274, 276 f., 280 f., 312 f., 316, 319, 337, 342, 350, 391, 421
— Haltung zum U-Boot-Krieg 229 f., 232 f., 253, 257 f., 267, 281, 313
amerik. Intervention bei verschärftem U-Boot-Krieg 32, 278
— Friedensvermittlung 261, 314
— Kriegseintritt 6. 4. 1917 234, 278, 312 f., 320
Streitkräfte in Europa 261 f., 271
— und die irische Frage 271 f.
— Notenwechsel mit Deutschland 252, 262 bis 266, 279
— Präsidentenwahl 279
— Zimmermann-Telegramm 16. 1. 1917 312 f.
s. a. Wilson

Vereinigte Verbände, Auskunftsstelle 212

Vereinsrecht, preuß. 13

Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen s. Langnamverein

Verfassungsausschuß 42, 340 f., 387, 399

Verkehrs- u. Vermögenssteuer s. Steuern

La Victoire (Paris) 272

Victor Emanuel III., König von Italien 113

Villalobar, Marquis de 310, 332, 335, 407

Vitzthum von Eckstädt, Christoph Graf 277

Völkerbund, Studienkonferenz für Organisation eines Völkerbundes 1917 326

Vogel, Paul (ZV) 33, 79, 89, 91, 152, 179, 196, 213, 249, 405, 417, 421, 431
— zu Parteifragen 33 f., 209 f., 255, 302, 396 Vorstandswahl 1917 294 f., 297
— zur Kolonial- und Steuerpolitik 1913 148, 190
— zur elsaß-lothring. Frage 1917 396 f.
— in der Vaterlandspartei 412

Vogt, Johannes (ZV) 79

Volkswirtschaftlicher Verband 155

Vorwärts (Berlin) 324

Vossische Zeitung (Berlin) 28, 104

Wachhorst de Wente, Friedrich Wilhelm (ZV) 79, 177 f., 410
— Gründung des Deutschen Kuriers 179 f.
— Brief an Bassermann 20. 8. 1912 180

Wagner, Franz (ZV) 79

Wahlrechtsfrage, preuß. 21—23, 35, 38, 95, 102, 174, 185, 338—340, 342, 392, 395 f., 398 f., 415
— Wahlrechtskommission der Nationalliberalen 23

Waldthausen, Julius v., Gesandter in Bukarest 1912—1914 123

Wallbrecht, Max (ZV) 79

Wallraf, Max 349

Wamhoff, Hermann (ZV), MdR 79, 187, 191, 207
— zur Fleischversorgung u. inneren Kolonisation 185 f.

Wangenheim, Adolf Frhr. v., Botschafter in Konstantinopel 1912—1915 116, 120

Fa. F. M. Warburg 115

Warschau, Medizinalkongreß 224

Warschauer, Otto (ZV) 79, 216, 244

Weber, Carl W. August (ZV), MdR 32, 79, 147, 297, 414, 423 f.
— Artikel im Panther 1913 30
— Resolutionen 1917 378 f., 406 f., 423—429

Briefe an
— nationalliberale Geschäftsstelle Württemberg 90
— Stresemann 28. 3. 1912 102
3. 4. 1912 172
— Tramm 28. 7. 1917 32

Brief Stresemanns 29. 3. 1912 93, 100, 211

Wehrmann, Karl (ZV) 79

Wehrmann, Karl Oskar 304

Wehrvorlage 1912 89 f., 126

Wellington, Arthur Wellesley Herzog von 271

Weltkrieg 40, 209 f., 234, 250, 327
— aufgezwungen 242
— Kriegslage 21. 5. 1916 224—231, 258
— Kriegsentschädigung in Ost und West 34, 196, 425 f.
— Haltung der Neutralen 230 f.
— Entwicklung der Industrie 243, 327
— Zerstörung des Mittelstandes 322 f.
— Rohstoffversorgung u. Mannschaftsersatz 236, 259 f.
— Westfront 364, 367
— Kriegsmüdigkeit u. Friedenssehnsucht 243 f., 367
— militärische Lage Sommer 1917 310—312
— Seekrieg 231
— Luftkrieg 243
— Stellungskrieg 225 f., 276
— Deutschland nach dem Kriege 220 f.
s. a. Belgien, Friedensfrage, U-Boot-Krieg

Wendel, de 373

Wendel, Hermann, MdR 324

Wentzcke, Paul 182

Wermuth, Adolf 89

Werner, Josef (ZV) 79

Wessel, Heinrich (ZV) 79

Westarp, Kuno Graf v., MdR 330, 387
— bei Besprechung mit Bethmann Hollweg 13. 5. 1915 201
— Brief Bethmann Hollwegs 23. 4. 1915 201
— Aufzeichnung einer Unterredung mit Stresemann 21. 9. 1917 330

Westdeutsche Landeszeitung (M.Gladbach) 139

Westermann, Heinrich (ZV), MdR 79, 283, 301 f.
— Wahlkreisorganisation 282 f.
— zur Lebensmittelfrage 288
— Brief an Schiffer 363

Westfälische Politische Nachrichten 196

Westfalen, Provinzialorganisation 100, 103

Westminster Gazette (London) 131

Westphal, Rudolf (ZV) 79

Westpreußen 237, 239

Wetterlé, Émile, MdR 139

Wiegand, Karl v. 229, 264

Wieland, Philipp (ZV) 79, 244

Wiemer, Otto, MdR 98 f.

Wien 325, 328
— Stimmung 1917 326

Wiesbaden 64, 95

Wiesbadener Zeitung 135

Wieseler, Theodor (ZV) 79

Wilhelm I. 345

Wilhelm II. 168, 185, 199 f., 229, 248, 264, 268, 274, 280, 325, 338, 342 f., 378, 424
— zur Marokkofrage 114, 342
— Zusammenkunft mit Nikolaus II. 4. bis 6. 7. 1912 120
— Proklamation zum 1. Jahrestag des Kriegsausbruches 198
— zur baltischen Frage 334
— zur preuß. Wahlrechtsfrage 341
— Telegramm 24. 7. 1914 an dt. Geschäftsträger in Athen 343

Wilhelm, Kronprinz von Preußen 226
— Schreiben an Michaelis 18. 7. 1917 342

Wilson, Woodrow 234, 263 f., 275, 312, 314, 331, 336, 369, 379, 406, 427, 429
— Notenwechsel mit Benedikt XV. 242, 350
s. a. Vereinigte Staaten von Amerika

Windecker, Adolf (ZV) 79, 91

Wittelsbacher, polnische Thronkandidatur 238

Witu, Sultan von 333

Witzmann, Julius (ZV) 79

Wölz, Otto (ZV) 79, 287 f.

Wolf, Georg 372, 408

Wolff (Posen) 304

Wolff, M. (ZV) 80, 244

Wolff, Theodor 201

Wolff-Metternich, Paul Graf von 343

Wolff's Telegraphisches Bureau 198

Württemberg 90, 142, 149, 392
— Lebensmittelversorgung 288
— gegen Aufteilung Elsaß-Lothringens 355, 380

„Wormser Ecke" 93, 161, 174

Wyneken, Alexander (ZV) 80, 249
— Brief an Bassermann 17. 4. 1912 27
Stresemann 15. 4. 1912 100, 102

Yser 226

Zabel, Hans, Generalsekretär 195

Zabern-Affäre 351, 370

Zapf, Albert (ZV) 80

Zechlin, Arthur (ZV) 80

Zedlitz und Neukirch, Octavio Frhr. von, MdR 331

Zeebrügge 241

Zensur 32, 199, 236, 246, 258, 265 f., 270, 274 f., 279—282, 285
— Telegrammzensur 203

Zentralverband Deutscher Industrieller 143, 211

Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei 11, 15, 19, 26, 29, 34, 37 f., 41, 45 f., 52, 55—58, 62 f., 103, 108, 131, 165, 180 f., 249, 263, 276, 396, 432
— Entstehung 11—14
— Zusammensetzung 16 f., 24, 40, 43, 56 bis 58, 208—219, 299—305
— Integrationsfähigkeit 23, 31, 46
Funktion u. Zuständigkeit 18, 20, 37—45
— Wahl des Gf. A. 13, 59

— nach der Satzung von 1892 55—60
1905 14—22, 55—58
1912 55—58
— Richtlinienkompetenz 20, 33 f., 37—39, 405, 417

Sitzungen
[13. 3. 1910] 415; [19. 3. 1911] 162; [24. 3. 1912] 39, 45, 87—104; [9. 2. 1913] 46, 105—191; Resolution 130 f., 150; [29. 3. 1914] 30 f.; [15. 8. 1915] 41, 46, 193—203; Resolution 203; [21. 5. 1916] 46, 205—290; Ergänzungswahlen 208—219; Resolutionen 281 f.; [23. 9. 1917] 32 f., 42, 46, 291—432; Zuwahlen 299—305; Resolution 378 f., 384 f., 390 f., 393—395, 415, 424—429; Ergänzungsanträge 406 f., 424—429; Resolution zur Vaterlandspartei 429; [10. 3. 1918] 35, 40; [15. 12. 1918] 36

Politische Rolle 21—37
— zur allgemeinen Wehrpflicht 131
— Schulfrage 1904 21
— Reichsfinanzreform 1909 21

Vertraulichkeit der Verhandlungen 46, 94, 97, 103 f., 136, 150, 176, 195, 233, 249, 294, 321, 324, 335, 351, 421

Zentrumspartei, Deutsche 22, 24, 91, 93—95, 121, 139, 161, 163, 173, 220, 335 f., 347 f., 366, 377, 383, 387, 394 f., 415
— 1913 für Verbesserung dt.-engl. Beziehungen 112
— zur Frage eines Petroleummonopolgesetzes 188
— Steuerpolitik 127 f., 190, 346
— Resolution zum U-Boot-Krieg 231
— Teilung des Elsaß 241
— für Pluralwahlrecht 1917 339
— Kriegszielpolitik 346, 399
— Einstellung zur Friedensresolution 327, 402
— in Elsaß-Lothringen 139, 354

Zeppelin, Ferdinand Graf v. 126, 243

Zimmermann, Arthur 115, 264, 325, 420
— Telegramm 16. 1. 1917 312 f., 342

Zöphel, Georg (ZV) 33, 80

Zolltarifgesetz 1902 348

Zuckschwerdt, Wilhelm 283